



Für die Steiermark Partei ergreifen!

# 60 Jahre Steirische Volkspartei

---

60 Jahre Steirische Volkspartei  
Für die Steiermark Partei ergreifen!

---

Herausgeber

Alfred Ableitinger  
Bernd Beutl

Graz 2005

Steirisches Jahrbuch für Politik

herausgegeben von

Herwig Hösele, Reinhold Lopatka, Wolfgang Mantl,  
Manfred Prisching, Bernd Schilcher, Andreas Schnider

Gesamtredaktion: Bernd Beutl

Satz, Fotobearbeitung und Layout: Edi Höller

Umschlagentwurf: Alexander Kada

Druck: Print & Art Faksimile GmbH

Cover: Die fünf verschiedenen Signets  
der Steirischen Volkspartei von 1945 bis 2005

ISBN: 3-9501565-3-4

Alle Rechte vorbehalten

© 2005, Verein für steirische Politik und Zeitgeschichte, Graz

Fotos: Amsüss, Beutl, Dusek, Jungwirth, Philipp, Stuhlhofer,

Fotoarchiv Steirische Volkspartei

Trotz Bemühungen war es nicht möglich, alle Bildautoren zu ermitteln.

Wir bitten diese, sich an den Verein für steirische Politik und Zeitgeschichte zu wenden.

Faksimiles: Archiv Steirische Volkspartei, Steiermärkisches Landesarchiv

Printed in Austria

# Vorwort

---

Das besondere Jahr 2005 steht im Zeichen mehrerer wahrlich historischer Jahrestage: 60 Jahre Ende des Zweiten Weltkriegs und Beginn der Zweiten Republik, 50 Jahre Österreichischer Staatsvertrag und 10 Jahre Österreich in der Europäischen Union. Wir blicken aber auch zurück auf 60 Jahre ÖVP und auf 60 Jahre Steirische Volkspartei, die am 18. Mai 1945 in Graz gegründet wurde. Das österreichische Jubiläumsjahr ist somit auch ein „Gedankenjahr“ für die Volkspartei und ihre Repräsentanten. Seit 1945 ist die Steirische Volkspartei die gestaltende Kraft in unserer Heimat Steiermark, sie hat stets die politische Hauptverantwortung getragen, sie ist die Steiermarkpartei und arbeitet gerne und mit großem Einsatz für Land und Menschen. „Für die Steiermark Partei ergreifen!“ ist daher auch der treffende Untertitel dieses Sonderbandes des Steirischen Jahrbuchs für Politik.

„Will man die Dinge wirklich und ernstlich verstehen, so muss man ihre Herkunft, ihre Entwicklung, ihre Geschichte kennen. Das gilt für Menschen, für Völker und auch für Länder. Wer unsere Steiermark von heute, ihre besondere Wesensart, im Kern erfassen will, der muss sich intensiv mit steirischer Geschichte befassen.“ Diese Worte von Landeshauptmann Josef Krainer sen. aus dem Jahr 1962 haben heute noch Gültigkeit, ja, sie sind zeitlos. Die Geschichte der Steirischen Volkspartei von 1945 bis heute war und ist eng mit unserer Heimat verbunden. Viele Ereignisse und Entwicklungen „beweg(t)en“ die Partei wie das Land, manchmal sanft, dann wieder heftig. Die vorliegende historische Darstellung garantiert einen spannenden und interessanten Rückblick, eine Rück- und Zusammenschau, eine Reise in und durch die Zeit(en). Im ersten Teil des Buches wird in fünf Kapiteln die Geschichte der Volkspartei von 1945 bis 2005 skizziert. Ergänzend dazu werden einige ausgewählte Persönlichkeiten unserer Gesinnungsgemeinschaft in knappen biographischen Porträts dargestellt. Der zweite Teil des Buches besteht aus Beiträgen und Analysen von 26 namhaften Autoren zu verschiedenen Themen der Zeit; in der Art eines Entwicklungsbogens, nach dem Motto: Perspektiven – gestern, heute, morgen. Illustrationen und ein umfangreicher Anhang runden das Buch ab.

Für das Zustandekommen dieses Projekts danke ich besonders den beiden Historikern Alfred Ableitinger und Bernd Beutl, die beide mit großem Einsatz, mit bewundernswerter Ausdauer und mit großer Hingabe gearbeitet haben. Mit der vorliegenden Publikation haben sie ein profundes Werk geschaffen, das ein wichtiger Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte der Steirischen Volkspartei ist. Ich wünsche dem Buch viel Erfolg und viele Leser.

Herzlichst  
Waltraud Klasnic



# Inhalt

---

Alfred Ableitinger Startschwierigkeiten, Triumph und Krisen 1945–1948	
Gründung und Etablierung als erste Kraft	13
Bilddokumente und Faksimiles	39
Alfred Ableitinger Die Ära Josef Krainer sen. 1948–1971	
Konsolidierung, Wiederaufbau und „Politik der Reformen“	53
Bilddokumente und Faksimiles	83
Alfred Ableitinger Die Ära Friedrich Niederl 1971/72–1980	
Modernisierung, Modellarbeit, Meilensteine	97
Bilddokumente und Faksimiles	115
Bernd Beutl „Z’samm’arbeiten und was weiterbringen“ – Die Ära Josef Krainer jun. 1980–1995	
Die Volkspartei und die Transformation des politischen Systems	129
Bilddokumente und Faksimiles	155
Bernd Beutl Die Ära Waltraud Klasnic	
Ein neuer politischer Stil auf dem Weg ins 21. Jahrhundert	169
Bilddokumente und Faksimiles	185

Bernd Beutl  
Personen sind auch Programme

---

23 kurze Porträtskizzen 197

Perspektiven – gestern, heute, morgen

Waltraud Klasnic  
Heimat und Zukunftsregion 225

---

Martin Bartenstein  
Für Wirtschaft und Arbeit Partei ergreifen 233

---

Burgi Beutl  
60 Jahre Frauenbewegung – 60 Jahre Arbeit für die Steiermark 240

---

Christopher Drexler  
Der Steiermärkische Landtag – zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft 246

---

Kristina Edlinger-Ploder  
Rabenmütter? Nein, Rabenstaat – für eine neue Familienpolitik 252

---

Thomas Einwallner/Klaus Hatzl  
JVP Steiermark – Sprachrohr der Jugend und starke Interessenvertretung 258

---

Fritz Grillitsch  
Österreichische Bauern – stark in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft! 262

---

Herwig Hösele  
Medien und Politik – steirische Spezifika im globalen Dorf 267

---

Kurt Jungwirth  
Kulturpolitik in der Steiermark 276

---

Reinhold Lopatka  
Politik und Wahlkämpfe in der Mediendemokratie 283

---

Wolfgang Mantl  
Die moderne Steiermark: politisches System und politische Kultur 290

---

Peter Mühlbacher  
Aufbau – Aufstieg – Aufbruch  
Gedanken zu „60 Jahre Steirische Volkspartei“ aus der Sicht der Wirtschaft 299

---

Siegfried Nagl Vision: Steirische Volkspartei 2065	303
Klaus Poier Verfassungspolitik und Landesverfassungsreform	310
Manfred Prisching Gedankenreise durch ein halbes Jahrhundert	324
Reinhard Rack Zehn Jahre Europa – die Steiermark ist gut unterwegs	336
Maria Schaumayer/Isabella M. Poier Frauen in Verantwortung	340
Bernd Schilcher Was bleibt und was sich ändern wird	350
Andreas Schnider 60 Jahre Volkspartei	356
Gerald Schöpfer Die steirische Wirtschaft in der Zweiten Republik	362
Hermann Schützenhöfer Soziales und Arbeit	369
Hans Seitinger Umwelt, Natur und Nachhaltigkeit – ein steirisches Alphabet	374
Helmut Strobl Graz als Kulturstadt	383
Gerhard Wlodkowski Bauer sein im 21. Jahrhundert	388
Anhang	
Zeittafel 1945–2005	397
Wahlergebnisse seit 1945	411
1945–2005: Personen, Daten, Fakten	423
Autorenverzeichnis	449





„60 Jahre Steirische Volkspartei“

---

Für die Steiermark Partei ergreifen! –  
60 Jahre Steirische Volkspartei



„60 Jahre Steirische Volkspartei“

---

Startschwierigkeiten,  
Triumph und Krisen  
1945–1948



Prolog: Parteigeschichtsschreibung als Gratwanderung zwischen Akribie und seriöser Reduktion der historischen Komplexität

---

Die Geschichte österreichischer Parteien zu schreiben, ist immer noch nur auf unbefriedigende Weise möglich. Das gilt für alle Parteien und für alle Perioden ihrer Geschichten von den Frühphasen bis an die Grenzen der Gegenwart. Das gilt gleichermaßen, ob man sich mit ihren bundes-, landes- oder regionalpolitischen Ebenen befasst, ob man sich auf Sachprobleme konzentriert, mit denen sie sich im Alltag politischen Handelns, d. h. nicht bloß in programmatischen Texten, auseinandersetzen, oder ob man das Augenmerk auf wichtige ihrer Personen richtet. Denn oft sind die Informationen, die aus der Vergangenheit überliefert sind, nicht immer zuverlässig, oft sind sie bruchstückhaft. Fast nie erlauben die noch vorhandenen Unterlagen Antworten auf alle Fragen, die im Zuge der Recherchen akut werden. Allerdings fällt das Niveau an Kenntnis und Erkenntnis, das erzielt werden kann, unterschiedlich aus – unterschiedlich je nach Partei und Periode, Problem und Person.

Selbst für die Geschichte der Volkspartei in der Steiermark verhält es sich so. Dank der intensiven Arbeiten und Anstrengungen der letzten Jahre um Sammlung und Erschließung von Schriftstücken und Akten aller Art, von Druckwerken, Photographien, Filmen und Tonträgern in einem Archiv ist der potenzielle Kenntnisstand über sie bedeutend gehoben worden. Manches, was vor zehn und weniger Jahren ausgeblendet oder offen gelassen werden musste, wenn etwa über die frühe Nachkriegszeit berichtet wurde, kann jetzt aufgeklärt werden, manches, was vermutet wurde, lässt sich jetzt bestätigen bzw. erweist sich nunmehr als irrig. Besonders für die Zeit bis in die 1970er Jahre sind wir heute relativ gut im Bilde – wenngleich nach wie vor nur relativ gut, nicht annähernd perfekt. Von da an aber fehlt es zwar keineswegs an Dokumenten, im Gegenteil, ihr Umfang nimmt insgesamt noch zu. Doch es ändert sich die Art ihrer Aussagekraft: Über interne Entscheidungsvorgänge findet sich weniger, über die landespolitisch relevante Programmarbeit und über die Selbstdarstellung der Partei nach außen hin dagegen mehr. In einem Satz: Auf nunmehr signifikant gesteigertem Informationsniveau bleibt es zunächst noch dabei, dass auch über die Geschichte der Steirischen Volkspartei seit 1945 nur ungleichmäßig berichtet werden kann – eingehender über die Anfänge und früheren Phasen, pauschaler über die jüngsten 25 Jahre.

Geradezu mit Selbstverständlichkeit wird seit etwa 1943 und besonders zu Anfang 1945 in unseren Breiten eine Partei von der Art der ÖVP für die Zeit nach Ende des NS-Regimes vorausgesetzt. Sosehr ihre Gründerväter in den Traditionen dieser Partei auch Defizite feststellen, sosehr sie also auch selbstkritisch über sie denken und deshalb Innovationen an ihrem Profil vorsehen, eines ist für sie zweifelsfrei: Sie werden diese Partei zu schaffen haben, teils Gewohntes wieder belebend, teils Neues kreierend.<sup>1</sup> Ebenso gilt für die früheren und die künftigen Konkurrenten dieser Partei: Sie rechnen mit ihr. Sie geht ihnen sogar ab. Wenn irgendwo im Frühjahr 1945 – etwa in Graz – niemand zu sehen ist, der halbwegs glaubwürdig berufen wäre, für sie zu sprechen, dann rufen diese Rivalen geradezu nach solchen Repräsentanten, dann lassen sie, wir werden das kurz sehen, buchstäblich nach ihnen suchen. In einem Satz: Das „neue Österreich“, von dem bereits gegen Kriegsende viel, wenn auch leise die Rede ist und 1945 viel und vernehmlich, ist den Zeitgenossen ohne eine Partei von der Art der ÖVP geradezu denkunmöglich. Es kann damals ohne eine Partei, die katholische und konservative sowie liberal-rechtsstaatliche und in gewissem Maße liberal-ökonomische Motive bündelt, ohne eine Partei, der Bauern und Bürger in erheblichem Umfang vertrauen und die gleichzeitig das Selbstgefühl der meisten der österreichischen Länder zum Ausdruck bringt, jedenfalls weniger gedacht werden als das zeitgenössische Frankreich ohne das MRP, Italien ohne die DC, die damaligen deutschen Besatzungszonen ohne CDU bzw. CSU.

Das überdurchschnittliche Maß, in dem sich eine Partei von der Art der ÖVP mit als konstitutiv für die politische Identität dessen erweist, was jeweils Österreich heißt, erklärt sich aus der Geschichte: Als im späten 19. Jahrhundert gleichzeitig mit der Demokratisierung von Politik die politische Selbstformierung der österreichischen Gesellschaft stattfand, geschah das in der Gestalt der bekannten drei „Lager“. Neben anderem war ihnen vor 1914/1918 gemeinsam, dass in der multinationalen Habsburgermonarchie keines von ihnen als schlechthin staatstragend in Betracht kam: Das liberale trat de facto stets als deutsch-, tschechisch-, slowenisch-liberal auf – und mehr und mehr als deutsch-, tschechisch-, slowenisch-national –, aber nicht als österreichisch-liberal bzw. -national. Im sozialistischen wurde die trans- bzw. internationalistische Programmatik zunehmend von den nationalen Impulsen in der eigenen Anhängerschaft unterlaufen. Das konservative Lager stieß wegen seiner katholisch-antiliberalen, der kulturellen und intellektuellen Enge der damaligen Kirche verhafteten Tradition an Grenzen seiner Ausstrahlung, seiner Integrations- und Kooperationsfähigkeit. Nach 1918 galten andere Rahmenbedingungen, herrschten in der und für die Republik Österreich andere Orientierungserfordernisse: Der deutschösterreichische Nationalliberalismus – und schon gar der aus ihm zuvor erwachsene explizite Deutschnationalismus – verfehlte sie, weil er den neuen Kleinstaat nicht als dauerhaftes politisches Gebäude anerkannte und weil er ihm seine Kräfte konstruktiv nur insoweit – z. B. in Gestalt

der Regierungskoalitionen der 1920er Jahre – zur Verfügung stellte, als das kurz- und allenfalls mittelfristige Überleben gesichert werden musste. Auch die Sozialdemokratie qualifizierte sich nicht gerade als staatstragend: Obwohl sie während der Gründungsphase viel zur Grundausrüstung der Republik beigetragen hatte – nicht zuletzt durch Staatskanzler Karl Renner –, gab sie sich ab 1920 ihrer ideologischen Tradition hin, wonach im „bürgerlichen“ Staat ihre natürliche Rolle die der Opposition sei; dass ihre Führungsmannschaft, voran Otto Bauer, Renner an den Rand drängte, war dafür von großer Signalkraft. Dazu kam, dass gerade auch in der Sozialdemokratie starke national-deutsche Impulse wirkten – bekanntlich bis 1938 und da und dort noch länger. So blieb die Funktion der Staatspartei, falls diese sie annahm, der Partei des christlich-konservativen Lagers, den Christlich-Sozialen. Ohne Zweifel richteten sie sich faktisch und zunehmend auch mental mehr als irgendeine andere politische Kraft auf diese Funktion ein. Zwar fassten auch sie in ihrer Mehrheit das kleine Österreich nicht von Anfang an als etwas Endgültiges auf, auch unter ihnen war die Parole vom „Anschluss“ an Deutschland lebendig. Auch hafteten ihnen für eine Staatspartei zusätzliche Mängel an: ihr fast überall bemerkbarer Provinzialismus; der mit diesem zusammenhängende, gerade auch unter ihnen verbreitete, schier selbstverständliche Antisemitismus; die soziale Arroganz ihrer sich „besser“ dünkenden Bürger und Bauern namentlich gegenüber den von diesen so genannten „Proleten“. Trotzdem: Die Christlich-Sozialen richteten sich pragmatisch auf den neuen Staat ein, sie vertraten oft mit einiger Selbstverleugnung, was seine Existenz erforderte, sie stellten sich als die Regierungspartei den gewöhnlich unerfreulichen Tagesaufgaben, z. B. denen der ökonomischen und staatsfinanziellen „Sanierung“. Damit positionierten sie sich zugleich – scheinbar paradox unter der faktischen Führung eines Priesters, nämlich Ignaz Seipels – mehr als zuvor als allgemein „bürgerlich“, d. h. als weniger prononciert katholisch-konservativ. Sie zeigten einigen Sinn für wirtschaftspolitischen Liberalismus, sie praktizierten einigen Integrationswillen über die herkömmlichen Grenzen ihres Lagers hinaus. In einem Satz: Sie signalisierten Potenzial zur Volkspartei und sie wurden dafür, wenigstens temporär, vom Wähler bedankt: Die 42,3 bzw. 45 % Stimmenanteil, die ihnen bei Nationalratswahlen 1920 bzw. 1923 zuteil wurden, bedeuteten mehr Zuspruch, als die Partei jemals zuvor erhalten hatte. (Dass die Christlich-Sozialen ab etwa 1930 sowie später ihre Erben in Gestalt der Vaterländischen Front diese Integrationspotenziale, diesen Zuspruch wieder verspielten, braucht hier nur festgehalten zu werden; der fehlende publizistische Raum verbietet, darauf einzugehen.)

Rekonstruktion 1945: Tradition, Verwerfung, Neudefinition,  
Abgrenzung, Integration

---

Bei Kriegsende knüpft die am 17. April 1945 in Wien im Schottenstift formell gegründete Österreichische Volkspartei an die staatstragenden Traditionen ihrer Vorgängerinnen



an. Sie nennt sich nicht nur Volkspartei, sie will wieder mehr tatsächlich Volkspartei werden. Auch deshalb lässt sie das berufsständische und vor allem das „autoritäre“ Erbe ihres Lagers hinter sich, sie streift Programmelemente ab, zu deren Gunsten das „schwarze“ Lager in den 1930er Jahren wesentlich mitgeholfen hatte, jene österreichische Demokratie zu demolieren, die die Christlich-Sozialen 1918/20 mit aufgebaut hatten. Die Volkspartei definiert sich entschieden als Partei unter und in Konkurrenz mit anderen Parteien im demokratischen Parteienstaat und sie empfiehlt sich nicht zuletzt damit der Bevölkerung erfolgreich: Allen Prognosen zum Trotz, die sie in der Wählergunst hinter der Sozialdemokratie erwarten, wird sie am 25. November 1945 mit 49,8 % Stimmenanteil und mit 85 von damals 165 Nationalratsmandaten ausgestattet – mit noch mehr Zustimmung als jemals. Gleichzeitig erzielt sie in sieben der neun Landtage absolute Mehrheiten. Die Bevölkerung schenkt ihr also überproportional Vertrauen bzw. sie gibt ihr einen beachtlichen Vertrauensvorschuss. Sie deutet an, dass sie die Volkspartei als hauptzuständig für den Kurs sieht, den das Land nehmen soll: einen nüchternen, wenig spektakulären Kurs von Wiederaufbau, einen an im weiteren Wortsinne „bürgerlichen“ Tugenden orientierten Kurs, einen ohne potenziell gefährliche Visionen.

Allerdings verdankt die Volkspartei ihre Wahlsiege in Bund und Ländern 1945 auch besonderen, wie sich zeigen sollte nie wieder eintretenden Umständen:<sup>2</sup> Erstens tritt sie als einziges „bürgerliches“ Politikangebot vor die Wählerschaft und macht daraus eine Tugend. Während es die SPÖ damals, anders als zwischen 1919 und 1930, erstmals mit einer KPÖ zu tun bekam, die mehr war als nur eine politische Sekte, kandidierte die ÖVP gewissermaßen konkurrenzlos im „bürgerlichen“ Wählersegment und sie betonte diesen Umstand. Schon im Sommer 1945 begannen ihre Vertreter in den westlichen Bundesländern offen die Umbildung der provisorischen Staatsregierung zu fordern, die unter Karl Renner seit Ende April mit dem Segen der sowjetischen Besatzung, der damals noch einzigen in Wien, amtierte. Die Renner-Regierung, in der die Volkspartei nur rund ein Drittel der Staats- und Unterstaatssekretäre stellte, d. h. etwa gleich viele wie die KPÖ, sei nicht repräsentativ für Österreich, lautete ihre Kritik: Sie vertrete nur Ostösterreich und bevorzuge außerdem die beiden sozialistischen Parteien zulasten der „bürgerlichen“ ÖVP. Wahlen müssten dringend stattfinden, möglichst noch 1945, damit der demokratische Wille der Österreicher verlässlich festgestellt werden könne, damit das Land die Regierung bekomme, die seine Bürger wirklich wünschten. Dieser Kritik wird auf der so genannten „ersten Länderkonferenz“, die vom 24. bis 26. September in Wien stattfindet, in erheblichem Umfang entsprochen. Das stärkte das Selbstbewusstsein der Volkspartei und zeigte den Wählern, die sich selbst zwar als „Bürgerliche“, aber nicht als „Schwarze“ definierten, dass die kampfkraftig und durchsetzungsfähig sei, mit einem Wort wählbar.

Zweitens: Der Masse der bisherigen NS-Parteimitglieder wurde 1945 die Wahlberechtigung noch nicht zuerkannt, auch nicht den damals so genannten bloßen „Mitläufern“. Zwar hatten SPÖ und ÖVP unübersehbar und die KPÖ nur etwas reservierter seit

dem Mai 1945 darin übereingestimmt, dass das „neue Österreich“ besonders den Letzteren eher früher als später die Hand reichen solle, statt sie gesellschaftlich und politisch zu stigmatisieren und zu potenziell gefährlichen „Märtyrern“ zu machen. Nur innerhalb dieser übereinstimmenden Orientierung gab es zwischen den drei rivalisierenden Parteien Differenzen darüber, welche konkret zu definierenden Gruppen von „Mitläufern“ auf wie lange Zeit mit welchen Sühnemaßnahmen belegt werden sollte – z. B. Entfernung aus beruflichen Stellungen, Arbeitspflichten, Vermögensbußen –, bevor ihre stufenweise oder volle Reintegration in die österreichische Gesellschaft vollzogen würde. Einstweilen wurden sie alle zur Registrierung verpflichtet, doch konnten Ansuchen um Ausnahme davon bzw. um Entregistrierung gestellt werden. Nicht selten wurden sie von einer der drei Parteien befürwortet und im Abtausch zwischen ihnen positiv erledigt: „My Nazi is no Nazi“, sei dabei die Devise jeder Partei, stellte die britische Besatzungsmacht fest.<sup>3</sup> Über die Wahlberechtigung der „Mitläufer“ herrschte 1945 jedoch Dissens. Einmütig wollten die Besatzungsmächte von ihr nichts wissen. Dasselbe galt für die KPÖ. In der SPÖ verlief die Meinungsbildung zu diesem Punkt offensichtlich schwieriger, schließlich aber stand sie in dieser Frage Schulter an Schulter mit den Kommunisten. Anders hatte sich die Volkspartei positioniert. Als eine zweite Länderkonferenz am 9. und 10. Oktober über das Wahlgesetz beriet, plädierte zwar auch sie dafür, dass Funktionäre des NS-Apparates vom Wahlrecht auszuschließen wären, für dessen einfache Mitglieder bzw. die „Mitläufer“ verlangte sie hingegen Zulassung. Durchsetzen konnte sich die ÖVP damit nicht; sie stimmte nach heftigen Auseinandersetzungen der Nichtzulassung zu, weil sie die frühe Abhaltung der Wahlen nicht verhindern wollte. Aber sie machte ihre abweichende Auffassung öffentlich, also auch zu einem der Themen des Wahlkampfes. Damit zielte sie auf jene Angehörigen und Freunde der vom Wahlrecht Ausgeschlossenen, die selbst, weil von NS-Mitgliedschaft unbelastet, wahlberechtigt waren – vor allem auf deren Frauen und Mütter usw. Das Wahlergebn gab dieser Taktik recht: Dass im November beinahe zwei Drittel aller Wahlberechtigten Frauen waren, kam nach übereinstimmendem Urteil der Zeitgenossen der Volkspartei zugute.

Drittens: Hunderttausende überproportional junge und sehr junge Männer waren aus dem Krieg noch nicht zurück, als im Spätherbst 1945 gewählt wurde. Sie befanden sich noch in Kriegsgefangenschaft. Welche Parteien sie gewählt hätten, war damals keine aktuelle Frage. Aber man hielt nicht für wahrscheinlich, dass sie sich so entschieden hätten wie der Durchschnitt der damaligen Wählerschaft. Denn die meisten dieser „Heimkehrergeneration“ hatten entweder schon seit 1933/34 oder jedenfalls seit 1938 nicht mehr in den geläufigen Netzwerken der österreichischen politischen Lager sozialisiert werden können. Sie galten, wenn sie nicht überhaupt vom Nationalsozialismus vereinnahmt worden waren, für politisch gewissermaßen heimatlos. Deshalb warb man dann in den späten 1940er Jahren um sie mit teilweise speziellen Programmpunkten und auf sie als Zielgruppe ausgerichteten, besonderen Organisationen. Kurzum: Es ist plausibel, zu meinen, dass ihre Abwesenheit der Volkspartei bei den Wahlen 1945 eher nützte als schadete.

## „Kathreinwahlen“ – die Gunst der Stunde oder ein überraschender Triumph

---

Die 1945 in der Steiermark maßgeblichen Funktionäre der ÖVP taten sich weder bei der programmatischen noch bei der taktischen Ausrichtung hervor. Wohl nahmen jeweils einige von ihnen an den zwei Länderkonferenzen teil sowie an einer diese vorbereitenden ÖVP-internen Zusammenkunft in Salzburg. Aber sie spielten, so viel darüber bekannt ist, keine besondere Rolle.<sup>4</sup> Im Land dagegen kümmerten sie sich um ihre Hausaufgaben: Erstens taten sie, was sie konnten, um zu verhindern, dass der „Landbund“ als vierte Partei wieder zugelassen wurde – d. h. jene national-liberale Bauernpartei, die während der Ersten Republik unter den steirischen Bauern zeitweise fast so viele Anhänger gehabt hatte wie der Katholische Bauernverein. Die britische Besatzungsmacht, die über die Zulassung zu entscheiden hatte, entschloss sich schließlich gegen sie, weil viele Landbund-Funktionäre Ämter und Rollen im NS-Regime innegehabt hatten. (Reinhard Machold, der steirische SPÖ-Vorsitzende und provisorische Landeshauptmann, bemühte sich vergeblich, die Briten umzustimmen.) Für das Wahlergebnis im Land wurde bedeutsam, dass sich – ähnlich wie auf der Bundesebene Vinzenz Schumy – Franz Thoma aus Gröbming für die Volkspartei aussprach. Thoma war seinerzeit einer der bedeutendsten Landbundführer der Steiermark gewesen. Britische Beobachter schätzten, dass sein Votum der Volkspartei allein im Ennstal ca. 6.000 Stimmen zugeführt hätte.<sup>5</sup>

Zweitens hielt es die steirische ÖVP bezüglich der Wahlberechtigung der NS-„Mitläufer“ ganz wie die Bundespartei. Sie kritisierte deren Ausschluss vom Wahlrecht öffentlich so massiv, dass die Landesorganisation der SPÖ noch während des Wahlkampfes von der Linie ihrer Bundespartei abzuweichen begann.<sup>6</sup> Überhaupt führte die Volkspartei den Wahlkampf im Land mit Schwung: Im Herbst 1945 hatte sie längst flächendeckend auf Orts- und Bezirksebene Vertrauensleute und Funktionäre rekrutiert, vielfach solche der 1930er Jahre reaktiviert. Die kümmerten sich nun besonders um die Anlage der Wählerverzeichnisse durch die Wahlbehörden; Aufnahme in die bzw. Streichung aus der Wählerliste war damals, wie angedeutet, ein erstrangiges Thema. Lokalfunktionäre aller Parteien engagierten sich für die Versammlungen, für die Verteilung von Propagandamaterial, für die so genannte „Mundpropaganda“, sie sorgten insbesondere auch dafür, dass die Wähler die damals noch nicht amtlichen Wahlzettel tatsächlich zur Verfügung hatten. Ab 26. Oktober gab die Volkspartei das „Steirerblatt“ (zuerst als Wochenzeitung) heraus, so wie die Sozialisten die „Neue Zeit“ und die Kommunisten die „Wahrheit“. Das „Steirerblatt“ startete mit 50.000 Exemplaren, steigerte seine Auflage jedoch bald auf damals sagenhafte 140.000 Stück; die Zeitung wurde demnach wirklich landesweit verbreitet und hätte in noch größerer Zahl verkauft werden können, wenn die Papierknappheit es zugelassen hätte. Selbstverständlich war die Volkspartei – wie alle Parteien – während des Wahlkampfes im von den Briten verwalteten Rundfunk präsent sowie im öffentlichen Raum durch Plakate und Flugblätter. Im Wahl-

kampf machte ihr die SPÖ die Freude, auf einem Plakat den „Austausch“ der zu Hause anwesenden „Nazis“ gegen die fern der Heimat internierten Kriegsgefangenen zu fordern; das lasen Frauen und Mütter der „Nazis“ mit Sicherheit gern. Schließlich ließ es die Volkspartei auch an Akzenten nicht fehlen, die die Leute zum Lachen reizten und ihr deren Aufmerksamkeit bescherten: Knapp vor dem Wahltag lud sie in Graz mittels Transparent „Ursteirer und Steirer ohne Uhr“ ein, sie zu wählen – eine Anspielung auf die Zustände während der Wochen sowjetischer Besatzung zwischen 8. Mai und 24. Juli 1945.<sup>7</sup>

Am Wahltag entfielen in der Steiermark bei fast 93 % Wahlbeteiligung 53 % der gültigen Stimmen auf die Volkspartei, in absoluten Zahlen 261.065. Ihr Vorsprung auf die SPÖ machte 56.000 Stimmen aus. Ungeachtet regionaler Unterschiede – im Bezirk Radkersburg erreichte sie 78 %, in der Stadt Graz 41 % – zeigte sich: Unter dem neuen Namen war die Partei überall geläufig geworden, sie war in der Bevölkerung verankert, sie hatte die Wahlberechtigten hervorragend motiviert, zur Wahl zu gehen und gültig zu wählen (es gab insgesamt nur 6.000 ungültige Stimmen, wenig mehr als 1 % der abgegebenen). Allerdings: Dass es am 25. November 1945 im Land rund 147.000 Wahlberechtigte weniger gegeben hatte, als es dann 1949 geben sollte, dass beinahe zwei Drittel der Wahlberechtigten Frauen gewesen waren: das hatte der ÖVP auf einmalige Weise genützt. (1949 befand sich unter dem Plus von 147.000 die Masse der „minderbelasteten“ ehemaligen „Nazis“, die 1948 amnestiert worden waren und das Wahlrecht wieder erhalten hatten – insgesamt knapp 87.000 Personen in der Steiermark, darunter nur 26.000 Frauen. Auch die Kriegsgefangenen waren 1949 zum großen Teil wieder zuhause und wählten selbstverständlich mit. Demgemäß sank der Frauenanteil an den Wahlberechtigten damals auf 57 %.)<sup>8</sup> So wurde der triumphale Erfolg der ÖVP im Lande, der ihr 26 von damals 48 Landtagsmandaten und 13 (von insgesamt 165) Nationalratssitze bescherte, 1945 nicht zuletzt durch einmalige Faktoren verursacht. 53 % Stimmenanteil hatten die Christlich-Sozialen im Land niemals auch nur annähernd erzielt und 53 % sollte auch die Steirische Volkspartei später nur mehr einmal erzielen: bei der Landtagswahl am 20. Oktober 1974 – freilich unter, gemessen an 1945, wesentlich erschwerten Konkurrenzverhältnissen. Den „schlechten Start“, den sie während der Wochen sowjetischer Besatzung im Land gehabt hatte, hatte die steirische ÖVP im November 1945 jedenfalls in vieler Hinsicht überwunden, besonders in der Wahrnehmung der Wählerschaft. Zwischen Mai und Juli hatten viele gezögert, sich für die ÖVP zu erklären, für sie einzutreten. Im Herbst 1945 zählte sie tausende Funktionäre und Vertrauensleute sowie hunderttausende Wähler.

---

## Der Motor stottert – schwieriger Aufbau und chronische Konflikte

Dabei war es all die Monate bis zum Wahlerfolg in den Führungskreisen drunter und drüber gegangen, hatten die internen Auseinandersetzungen nie aufgehört.<sup>9</sup> Was diese

wirklich hervorrief, ist jedenfalls nicht vollständig erkennbar. Mit Sicherheit ging es um die „Chemie“ zwischen Personen, um deren wechselseitige Hoch- bzw. Geringschätzung, um Positionen, die Personen damals im Augenblick bekleideten, bzw. um Erwartungen und Ansprüche, die sie jeweils für die eigene politische Zukunft hegten. Es ging aber auch um unterschiedliche Organisationskonzepte für die Partei, um kontroverse Vorstellungen von deren innerer Struktur. Strittig war de facto bereits von Anfang an der Mann, der an die politische Spitze des „schwarzen“ Lagers geraten war und sich zu dessen Parteiführer gemacht hatte: Alois Dienstleder. Reinhard Machold, der anerkannte Führer der steirischen Sozialdemokratie vor 1934 und seit 1945, war auf den Gedanken gekommen, dass in erster Linie Dienstleder die „Schwarzen“ in der provisorischen Landesregierung repräsentieren sollte, die er, Machold, Anfang Mai 1945 zusammenstellte. Dienstleder war im November 1933 der letzte Landeshauptmann gewesen, den der Landtag demokratisch gewählt hatte. Damals hatte er nur als „Platzhalter“ für seinen langjährigen Förderer und Amtsvorgänger Anton Rintelen gegolten, den Kanzler Dollfuß mit einiger Mühe aus Österreich fort und nach Rom weggeschoben hatte.<sup>10</sup> Wohl wegen der Nähe zu Rintelen hatte Dienstleder während der Jahre 1934 bis 1938 politisch so gut wie keine Rolle gespielt. Er war mithin nicht als „Austrofaschist“ punziert und den beiden linken Parteien von 1945, SPÖ und KPÖ, als Regierungspartner akzeptabel. (Dass er, wie die 1930er Jahre gezeigt hatten, im eigenen Lager offenbar kein gefestigtes Ansehen hatte, mochte Machold als Vorteil sehen.) In Macholds Auftrag suchte Karl Kober nach Dienstleder und fand ihn im Sanatorium der Kreuzschwestern in Graz. Kober war damals 25 Jahre alt und politisch schon altersbedingt noch ein „Nobody“. Nur zögernd folgte Dienstleder am 8. Mai Macholds Ruf. Er nahm die Funktion eines Landeshauptmannstellvertreters an und behielt sie auch ab dem 15. Mai, als die sowjetische Besatzungsmacht die anscheinend inzwischen umgebildete, aus je drei Vertretern von SPÖ, KPÖ und ÖVP zusammengesetzte Machold-Regierung akzeptierte. Außer durch ihn wurde die Volkspartei in der Regierung durch Josef Schneeberger und Anton Pirchegger vertreten. Ersterer war ein gänzlich unbekannter Schlossermeister aus Graz-Eggenberg, der aber rasch politischen Ehrgeiz zeigte. Pirchegger dagegen hatte sich seit den 1920er Jahren als „schwarzer“ Bauernpolitiker im Nationalrat einen Namen gemacht, 1935 war er steirischer Bauernbundobmann geworden. Auch er zögerte. Vor seiner Berufung in die Landesregierung war er nicht einmal gefragt worden. Am 17. Mai holte ihn Schneeberger von seinem Hof in Allerheiligen im Mürztal einfach ab; erst die Mitteilung, dass die sowjetische Besatzungsmacht ihn in der Landesregierung wünschte, beendete Pircheggers Widerstand.<sup>11</sup> Aber es war bei ihm wie bei Dienstleder: Sobald „die Politik“ wieder nach ihnen gegriffen hatte, entwickelten beide einigen Ehrgeiz. Allerdings prallten ihre Rollenerwartungen zunächst nicht aufeinander. Pirchegger konzentrierte sich auf den Bauernbund, Dienstleder auf die Partei.

Nach der Regierungsbildung galt es für Dienstleder die „schwarze“ Partei rasch formell zu konstituieren. Ohne Parteigründung konnte es keine Zulassung durch die Besat-

zungsmacht geben, konnte keine Parteiarbeit in Angriff genommen werden, gab es für diese keine Infrastruktur usw. Es ist durchaus glaubwürdig, dass die Sowjets die umgehende Parteigründung von Dienstleder verlangten. So berief er für den 18. Mai 1945 eine Zusammenkunft zur „Eröffnung der Österreichischen Volkspartei“ ein – der in Wien beschlossene neue Name der Partei war also inzwischen in Graz bekannt geworden. Die Versammlung fand im Provinzhaus der Kreuzschwestern, Kreuzgasse 34, statt, das Soldaten der Roten Armee zum größeren Teil beschlagnahmt hatten und das von den Sowjets anschließend der ÖVP als erstes Hauptquartier zur Verfügung gestellt wurde.<sup>12</sup> Ob, wie das „Gründungsprotokoll“ uns wissen lässt, etwa 60 Personen erschienen oder – Dienstleder eingeschlossen – nur die 28 Männer (keine Frau!), die die Anwesenheitsliste ausweist, muss offen bleiben. Bedeutsamer ist, dass, von Dienstleder und Adolf Leskovar, dem seinerzeitigen Landesobmann der christlichen Gewerkschafter, abgesehen, niemand anwesend war, der vor 1938 einige Statur im „schwarzen“ Lager gehabt hätte, und nur einer, der nicht in Graz wohnte, namentlich Adolf Enge aus Weiz. Pirchegger, obwohl nachweislich den ganzen Tag in Graz, war nicht dabei. In einem Satz: Die Versammlung war gewiss nicht repräsentativ. Zwar konnte sie das unter den damaligen Verhältnissen keinesfalls sein. Aber es ist nicht auszuschließen, dass manche, die hätten kommen können, nicht eingeladen wurden bzw. dass manche Eingeladenen sie boykottierten. Jedenfalls begnügte sie sich damit, das absolut erforderliche Minimum zu erledigen: Sie akzeptierte Dienstleder als „Landesleiter“ und, wohl auf dessen Vorschlag, mit Hollersbacher und Pirchegger zwei Bauern, mit Leskovar einen Gewerkschafter, mit Schneeberger einen Gewerbetreibenden als simple „Beisitzende“ der „Landesleitung“ (auf Vertretung der späteren Bünde wurde also geachtet, auch auf das Übergewicht der Bauern). – Dazu kamen Beschlüsse über die Innengliederung der „Landesleitung“, über Bezirks- bzw. Hauptbezirksleitungen, die eingerichtet werden sollten, sowie vier weniger belangvolle Nominierungen. Kober wurde nicht durch die Versammelten, sondern anschließend von Dienstleder zum „Organisationsleiter“ bestimmt. Anscheinend ist Dienstleder sehr bald vorgeworfen worden, dass er damals vollendete Tatsachen geschaffen und in der Landesregierung eine quantitativ zu schwache Vertretung der ÖVP hingenommen habe – besonders im Vergleich zur KPÖ. Den Kritikern kam er als zu wenig durchsetzungskräftig nach außen vor; bald wurde verbreitet, er wäre nur ein Geschöpf der Sowjets bzw. in Wahrheit eines von Machold.<sup>13</sup> Gleichzeitig fanden sie deshalb und wegen Dienstleders geringer Rolle in den 1930er Jahren seinen Anspruch, als Parteiführer zu fungieren und als solcher personelle und strukturelle Entscheidungen zu fällen, als anmaßend. Wie die Konflikte ausgetragen wurden, verraten die Quellen nicht. Erkennbar ist nur, dass am 9. Juni eine Sitzung stattfand, die die „Landesleitung“ erweiterte – um Viktor Notar, Hermann Quanditsch und Josef Krainer. Zwei Tage später schrieb Dienstleder an Kober, dieser habe seine Aufgaben nun „unter der Leitung und Anordnung der Obmänner, im besonderen auch des nunmehr berufenen Obmannstellvertreters oder Geschäftsführers, des Herrn Präsidenten Krainer“

zu erledigen.<sup>14</sup> Wir sehen: Aus den „Beisitzenden“ vom 18. Mai waren mittlerweile „Obmänner“ geworden – man darf vermuten, dass die frühere Bezeichnung entrüftet hatte. Außerdem wurde Kober ein Kontrollor vor- und Dienstleder ein „Geschäftsführer“ an die Seite gesetzt. Krainer traute man anscheinend auch zu – wer „man“ war, ist unbekannt –, zwischen der „Partei“ im engeren Sinne und den einzelnen Gruppierungen Balance herzustellen. Jedenfalls zeigt seine Etablierung in der skizzierten Funktion, dass er, geboren 1903, sich vor 1938 als damals noch recht junger Mann bemerkenswertes Ansehen erworben hatte. Ohne dieses wäre er damals auch kaum gleichzeitig in die Positionen eines Vizeobmannes des Bauernbundes, des Arbeiterkammerpräsidenten der Steiermark und des Vizebürgermeisters von Graz gewählt bzw. entsandt worden. An einer Kontrolle Kobers und an Balance in der Partei herrschte im Frühsommer 1945 offensichtlich Bedarf. Spätestens seit dem 18. Mai – nach seinen eigenen Angaben von 1946 bereits seit 10. Mai – war Kober rastlos tätig. Schon Anfang/Mitte Juni verfügte die Partei auch über Büros am Karmeliterplatz, die zuvor von der NSDAP-Kreisleitung genutzt worden waren; Kober hatte sie den Sowjets abgerungen. Seinen späteren Äußerungen von 1985 zufolge kümmerte er sich auch einigermaßen erfolgreich um die Parteifinanzierung; auf unorthodoxe Weise trieb er Spenden auf (und manchmal ein). Wahrscheinlich mit ihrer Hilfe errichtete er, so rasch er konnte, Orts- und Bezirksorganisationen, vorrangig in Graz, bald auch außerhalb der Hauptstadt. Bis Mitte Juni waren sie in fast allen Grazer Bezirken etabliert.<sup>15</sup> „Orts- bzw. „Bezirksleiter“ wurden anscheinend von der „Landesleitung“ bestellt oder wenigstens bestätigt – also von Dienstleder und/oder Kober. Entstand da ein Kader von verlässlichen Vertrauten der beiden, der Misstrauen erregte? Misstrauen provozierte mit Sicherheit, dass das Publikum wiederholt öffentlich aufgefordert wurde, Beitritte zur Partei nur in deren Dienststellen vorzunehmen und auch nur dort Mitgliedsbeiträge zu zahlen<sup>16</sup> d. h., nicht in Büros der wieder auflebenden traditionellen Vereinigungen des Lagers. Beides deutet darauf hin, dass ein wirklicher Bruch mit dessen Organisationskultur angepeilt wurde. Die Partei mit einer flächendeckenden territorialen Gliederung und ergänzend einer an Berufsgruppen, z. B. den Lehrern, orientierten sollte eindeutig im Zentrum des Lagers stehen und durch ihre „Landesleitung“ in ihm tatsächlich das Sagen haben.

Mehr als irgendeine andere Gruppe irritierte das den Bauernbund. Am 12. Juli brachte es dessen Direktor Leopold Babitsch in seinem Tagebuch auf den Punkt: „Leider gab’s hier in der Steiermark früher die Partei und dann die Bünde, umgekehrt war’s in Niederösterreich.“ „Mit der ÖVP“ hätte er nur Schwierigkeiten, setzte er fort, die Leute „dort“ hätten „sture Ansichten“, würden sich aber für die „geborenen Organisatoren“ halten. Man erkennt: Für Babitsch ist die „Partei“ anderswo, als er ist, sie ist „dort“. Mit ihr, beinahe etwas Fremdem, hat er nur Schwierigkeiten. Seine Loyalität gilt seinem Bund, von der Parteiorganisation erwartet er wenig. So äußert sich im Juli auch Pirchegger: „Nur durch die Bünde kann sich die Volkspartei voll und ganz entfalten“, zitiert ihn das Proto-

koll einer Diskussion, „denn mit der Partei als solcher wollen die Leute heute nichts zu tun haben.“<sup>17</sup> Deren Ansprüchen setzten er, Babitsch, und andere demgemäß die traditionelle Forderung nach Autonomie der bäuerlichen Organisationen entgegen: der Orts- und Bezirksbauernräte, der Genossenschaften, der Bezirksbauernkammern; sie alle gelten ihm als Filialen des Bauernbundes. Wichtig ist für Babitsch, dass der Bauernbund, wie seit den 1930er Jahren erstmals realisiert, die einzige Vertretung der Bauern bleibt, dass das alte Neben- und Gegeneinander von katholischen und landbündlerischen Bauern nicht wieder beginnt. Die „Bauerneinheit“ ist seine Devise.<sup>18</sup> Sie aber kann nur gelingen, wenn die Bauern autonom bleiben, ihr Bund nicht zur Untergliederung einer Partei sozusagen erniedrigt wird. Deshalb arbeitet Babitsch im Sommer 1945 mit Vehemenz und Erfolg an der Wiederbelebung der genossenschaftlichen Bauernorganisationen, besonders der für die Stadtbevölkerung so notwendigen Molkereien, und der Bezirkskammern: Solche Institutionen sind es, die im damals unvermeidlichen System politisch-behördlicher Wirtschaftslenkung sowohl für die Gesamtbevölkerung wie für die Bauern wirtschaftlich Konkretes leisten. „Man kann so am besten das Vertrauen und die Festigkeit der Mitarbeiter stärken“, notiert Babitsch, viel besser als durch Versammlungen (Tgb., 12. 9. 1945). Gemessen an diesen Bauernorganisationen ist ihm die „Partei“ ein geradezu künstliches Gebilde, sind ihm ihre Protagonisten geradezu Phantasten. Zu vermuten ist, dass bereits damals ein analoges Spannungsverhältnis zwischen den Organisationen der Wirtschaftstreibenden und der Partei bestand.

Selbstverständlich konnte Krainer diesen für die Parteigeschichte grundlegenden und sie durch Jahrzehnte begleitenden Konflikt nicht auflösen. Dennoch hat anscheinend in erster Linie er Anfang August 1945 versucht, Dienstleder zu entmachten. Die Gelegenheit schien sich zu bieten, als infolge der Übernahme der alleinigen Besatzungsgewalt durch die Briten eine Neu- und Umbildung der provisorischen Landesregierung verhandelt wurde. Als Hauptsprecher ihrer Verhandlungsdelegation verlangte Krainer mehr Positionen als bisher für die ÖVP und nannte neben den bisherigen auch neue Personen als potenzielle Regierungsmitglieder seiner Partei.<sup>19</sup> Jedoch wurde jetzt nicht mehr erreicht als von Dienstleder im Mai. Dessen Revanche folgte sofort. Die Grazer Bezirksleiter flickten dem Parteigeschäftsführer Krainer am Zeug, Kober begehrte, den Primat der Partei vor den Bünden in einem „genauen Organisationsplan“ präzise zu fixieren. Begleitet wurden die Attacken von Forderungen nach Umbildung bzw. Erweiterung der „Landesleitung“. Sitzungen, die dieses um Bezirksleiter vergrößerte Gremium am 22. August, am 18. September und wieder am 2. Oktober abhielt, eskalierten in „großen Streitereien“ (Babitsch-Tgb., 21. 9.). Sie dauerten Stunden, vertagten Entscheidungen, endeten zweimal mit der Einsetzung von Ausschüssen, die anschließend nichts bewirkten.<sup>20</sup> Die Organisationsfragen wurden schließlich de facto zugunsten hochgradiger bündischer Autonomie – besonders in finanzieller und personeller Hinsicht – dadurch entschieden, dass in Wien mit Leopold Figl der vormalige österreichische Bauernbunddirektor zum Bundesparteiober-



mann designiert wurde und dass die Salzburger ÖVP-Konferenz vom 23. September dem zustimmte. Verschwand diese Frage demgemäß im Oktober fürs Erste vom Tisch, so blieb es in Graz bei den persönlichen Zerwürfnissen: Dienstleder/Kober konnten Krainer nicht aus der „Landesleitung“ entfernen, der sie nicht. Dieses Patt rief geradezu nach einem Dritten.

Anfang Juli 1945 war Karl Maria Stepan aus seiner zweiten KZ-Haft wieder nach Graz gekommen, Ende Juli Alfons Gorbach, der sich seit seiner Befreiung aus dem KZ Dachau daheim in Wörschach einigermaßen erholt hatte.<sup>21</sup> Die beiden kannten einander seit etwa 1920 aus gemeinsamer CV-Mitgliedschaft. Ab 1933/34 hatten sie auch in der steirischen Politik eng zusammengearbeitet: Stepan war Generalsekretär der Vaterländischen Front (VF), Gorbach auf seinen Vorschlag hin deren Landesleiter; dann hatte Stepan seinen Amtsvorgänger Dienstleder im Amt des Landeshauptmannes beerbt, 1937 war Gorbach als Landesrat in die Landesregierung nachgerückt (und VF-Landesleiter geblieben). Soviel zu erkennen ist, hatten beide in diesen Jahren Vertrauen zu Krainer gefasst – und der zu ihnen. Für Stepan ist jedenfalls gewiss, dass er, als er 1941/43 gerade nicht im KZ, sondern in Graz war, Krainer wiederholt in dessen Ziegelei in Gasselsdorf aufsuchte; es war einer der ganz wenigen Kontakte zu vormaligen Politikern, die Stepan auf diese Weise hielt.<sup>22</sup> Dass Stepan nun, 1945, wirklich wieder in die aktive Politik zurückkehren wollte, ist wenig wahrscheinlich. Aber dem stand ohnehin das kategorische Nein Macholds entgegen: Für den war Stepan austrofaschistisch punziert, für SPÖ und KPÖ war er inakzeptabel. Im Hintergrund dagegen konnte Stepan im „schwarzen Lager“ tätig sein, sozusagen als graue Eminenz. Seit Ende September jedenfalls werden er, Gorbach und Krainer in britischen Intelligence-Berichten aus Graz als eine Gruppe wahrgenommen, die Dienstleder und Schneeberger bekämpft (aber nicht Pirchegger). Schon im Vorfeld der ÖVP-Sitzung vom 2. Oktober wollten die Briten wissen, dass Gorbach als neuer Landesleiter installiert werden solle.<sup>23</sup> Dazu kam es damals nicht, das Sitzungsprotokoll bemerkt dazu nichts. Aber am 15. Oktober wurde beschlossen – von wem ist fraglich –, Gorbach als Mitglied in die Landesleitung aufzunehmen. Als er in dieser erstmals am 23. Oktober erschien, wurde er, übrigens in Anwesenheit von Figl und Julius Raab, mit „endlosem Beifall“ empfangen (so Babitsch). Angeblich hatte erst Figls Intervention bei Dienstleder diesen dazu gebracht, sein Veto gegen Gorbach fallen zu lassen. Wie auch immer: Die personelle Blockade/Krise in der Führungsebene der steirischen ÖVP war aufgelöst.

Bevor Gorbach am 2. November 1945 tatsächlich an Krainers bisherige Stelle treten konnte – formell als stellvertretender Landesobmann, aber „mit allen Vollmachten“ (Babitsch) –, wurde noch über die Kandidatenlisten für die bevorstehenden Nationalrats- und Landtagswahlen befunden. Der Proporz zwischen den Bünden wurde am 1. November fixiert: Dem Bauernbund fiel die Hälfte, Wirtschafts- bzw. Arbeiter- und Angestelltenbund je ein Viertel der sicheren bzw. aussichtsreichen Listenplätze zu.<sup>24</sup> Diese Proportion hatte bereits Dienstleder am 18. Mai halbwegs beachtet. Sie sollte für lange Zeit als Faust-

regel gelten. Eine ihrer Konsequenzen war, dass für die Frauenorganisation als solche keine Prozentnische blieb; ihre Vertreterinnen gingen leer aus oder mussten auf „Bündemandaten“ „untergebracht“ werden. Demgemäß kam mit Frieda Mikola bzw. Sophie Wolf 1945 für die steirische ÖVP nur je eine Frau in den Nationalrat bzw. Landtag. Heikler dürfte für die Zeitgenossen gewesen sein, auf welchen Listen bzw. Listenplätzen die Protagonisten der vorangegangenen Kontroversen kandidierten. Diesbezüglich wurde es zur bedeutenden Weichenstellung, dass Gorbach in den österreichischen Nationalrat ging; im Grazer Wahlkreis führte er die ÖVP-Liste von da an durch Jahrzehnte an. Dennoch war Gorbach damit damals noch nicht ganz aus landespolitischen Personalkombinationen ausgeschieden. Auch Babitsch wurde in den Nationalrat entsandt, aus dem weststeirischen Wahlkreis. Für drei der vier Landtagswahlkreise wurden Prominente als Spitzenkandidaten bestimmt: Pirchegger für den ober-, Krainer für den west- und Dienstleder für den oststeirischen. Dass „Papa“ Hollersbacher erst hinter Dienstleder aufschien, erstaunt im Rückblick. Im Grazer Wahlkreis wurde der Baumeister Anton Bauer an die Spitze der Liste gesetzt, ein Förderer und Vertrauter Krainers; Schneeberger kam gar nicht mehr vor. Auch von den im Sommer und Herbst so aktiven Bezirksleitern wurde keiner berücksichtigt, Kober als bloßer Parteiangestellter erst recht nicht. Wie man es mit ehemaligen Landbündlern hielt, sofern sie nicht ohnedies von der Wahl ausgeschlossen waren, bedarf noch näherer Untersuchung. Franz Thoma begegnete jedenfalls auf keiner Liste.<sup>25</sup> Sein Aktionsfeld wurde in den Jahren bis 1948 primär die Landeslandwirtschaftskammer.

Spätestens nach dem triumphalen Wahltag des 25. November 1945 brachen alle Konflikte wieder aus, galt es doch über die Person zu entscheiden, die jetzt die Volkspartei dem Landtag zur Wahl zum Landeshauptmann vorschlagen sollte. Ein unbestrittenes Verfahren für die Entscheidung dieser Frage stand (noch) nicht zur Verfügung. Offen war insbesondere, welche Personen das Entscheidungsgremium bilden sollten. Zwischen 30. November und 4. Dezember brauchte es drei Sitzungen mit jeweils unterschiedlicher Zusammensetzung, um diese Frage und in Folge über die Person zu entscheiden. Krainer beantragte am 30. November, das Gremium solle sich auf die Mitglieder der Parteileitung und des Landtagsklubs beschränken. Kober forderte, ihm „sämtliche Bezirksleiter“ beizuziehen. Alle wussten, dass Kobers Antrag die Designierung Dienstleders ermöglichen sollte, Krainers die von Pirchegger. Beide Namen waren in der vorangegangenen Debatte bereits genannt worden. In namentlicher Abstimmung siegte Krainer mit sieben gegen sechs Stimmen. Aber einer der sieben erklärte anschließend, er habe nicht verstanden gehabt, über welchen Antrag er abstimmte. „Scharfe Wortgefechte“ folgten, schließlich verließ Krainer mit drei Anhängern unter Protest den Raum. Vermutlich bereits am nächsten Tag wurde die Sache wieder aufgenommen. Vertreter der Bezirksleiter, die nun zugezogen waren, begehrten, nicht nur arbeiten, sondern auch mitbestimmen zu dürfen; bei der Ermittlung der Mandatare hätten sie nichts zu sagen gehabt, man wäre „autoritär“ über sie hinweggegangen. Krainer replizierte, unter den Bezirksleitern wären „noch mehrere

Nieten“, die aus Graz wechselten „alle vier Wochen“ ihre Meinung; man könne sie zwar alle hören, aber nur einige mitentscheiden lassen. Kurzum: Krainer fand harte Worte, hatte aber einem Kompromiss nicht ausweichen können. Schließlich stimmten am 4. Dezember zwölf zum Teil durch Los ermittelte Bezirksleiter, die weder Mandatare waren noch der Parteileitung angehörten, gesondert ab: Ihr Votum fiel acht zu vier für Dienstleder aus. Aber die gemeinsame Entscheidung von Parteileitung und Landtagsklub lautete 27 zu 10 für Pirchegger, sodass auf ihn in Summe 31 Stimmen, auf Dienstleder 18 entfielen. Bauern- und Wirtschaftsbund, die im Klub dominierten, hatten sich zugunsten Pircheggers zusammengetan. Babitsch war begeistert: Dass die Bauern erstmals (!) den Landeshauptmann stellten, machte auch für die Zukunft unwahrscheinlich, dass der Landbund wieder auftreten werde.<sup>26</sup> Dienstleder dagegen versuchte noch, die Veröffentlichung der Entscheidung zu verhindern, offenbar in der Hoffnung, sie noch revidieren zu können. Aber im „Steirerblatt“ vom 7. Dezember stand sie zu lesen. Dass es dort hieß, „mit Bedauern“ habe die Partei zur Kenntnis genommen, dass Dienstleder für den Landeshauptmann nicht kandidieren habe wollen, war ein starkes Stück. Geradezu glatt ging dagegen über die Bühne, dass die Bauern von fünf Regierungssitzen drei besetzen durften – neben Pirchegger nominierten sie Hollersbacher und Krainer – und der Wirtschaftsbund statt zwei nur einen erhielt. Der benannte Anton Bauer, den Führer der Landtagsliste im Grazer Wahlkreis. Der ÖAAB bezeichnete den dort hinter Bauer zweitgereihten Hugo Mrazek, seinerzeit Obmann der Christlichen Gewerkschafter im öffentlichen Dienst, als „sein“ Regierungsmitglied. Alle diese Namen wurden publiziert.

#### Flächendeckender Aufbau der Parteiorganisation bis zum ersten Landesparteitag 1946

---

So war die Volkspartei in der Steiermark, wenn sie Anfang Dezember 1945 auf die Zeit seit Mai zurückblickte, sozusagen „über den Berg“ gelangt – nach dem schlechten Start und vielen internen Auseinandersetzungen zum Wahlerfolg und schließlich zur Entscheidung ihrer teilweise bitteren Personenkonflikte. Sie hätte ein wenig zufrieden sein dürfen. Aber die „Mühen der Ebene“, die hinter jedem Berg warten, begannen noch im alten Jahr. Am 28. Dezember sollte der Landtag die Mitglieder der Landesregierung wählen. Zwei Stunden vor der Plenarsitzung erfuhr der ÖVP-Landtagsklub von Pirchegger, dass statt Anton Bauer nunmehr Udo Illig, statt Hugo Mrazek Tobias Udier gewählt werden sollten. Bauer und Mrazek wären illoyal, hätten Partei-Geheimnisse ausgeplaudert. Die Fraktion war wie vor den Kopf geschlagen, „es war ein fürchterlicher Wirbel“ in ihr (Babitsch). Doch sie beugte sich; im Plenum erfolgten dann alle Wahlakte einstimmig. Aber intern herrschte durch Wochen Alarmstimmung. Babitsch fürchtete: „Wir haben nun zwei Bünde gegen uns, aber Pirchegger ließ sich nicht warnen.“<sup>27</sup> Der Jänner 1946 war

voll von Misstrauenskundgebungen gegen Pirchegger und voll von Krisensitzungen. Schließlich zwang die Partei durch eine hochrangige Delegation dem Landeshauptmann Ehrenerklärungen für Bauer und Mrazek ab. Beide machten nicht nur im Landtag weiter, sie wurden im Frühjahr in den Grazer Stadtsenat entsandt. Der Vorgang war symptomatisch für Pircheggers Neigung zu spontanen Alleingängen, für seine „Beratungsresistenz“. Dass der Landeshauptmann und die oberen Etagen seiner Partei nicht gut miteinander harmonierten, sollte sich als eine der „Mühen“ herausstellen. Aber bis das wahrgenommen werden konnte, dauerte es noch. Die erste Jahreshälfte 1946 stand für die Partei im Zeichen von „Mühen“, die nicht frustrierten, sondern sich lohnten. Es galt ihren personellen Aufbau zu vervollständigen bzw. zu verdichten, es galt ihn demokratisch zu legitimieren und auf dem Wege dahin aus unterschiedlichen Gründen nicht ganz selten auch personelle Wechsel vorzunehmen. Im Detail sind diese Prozesse kaum jemals gut zu verfolgen, am besten wohl für die Stadt Graz.<sup>28</sup> Gewöhnlich gingen sie mehr oder weniger Hand in Hand mit der Besetzung der Gemeinderäte aufgrund des bereits am 4. Jänner 1946 im Landtag beschlossenen Gesetzes über die „Konstituierung der provisorischen Gemeindevertretungen“. 1945 waren die Gemeindeorgane oft ziemlich willkürlich besetzt worden, in der Regel mit überproportionalem Einfluss der KPÖ. Dabei konnte es nach dem 25. November 1945 nicht bleiben. Da man separate Gemeinderatswahlen nicht für zweckmäßig hielt, behalf man sich mit einem Landesgesetz; es war bezeichnend, dass die KPÖ es im Landtag ablehnte. Es sah vor, dass die Mandate im jeweiligen Gemeinderat sich auf die drei Parteien in dem Verhältnis verteilten, in dem auf sie in der Gemeinde bei der Nationalratswahl vom 25. November die gültigen Stimmen entfallen waren. Zur Nominierung befugte es die Bezirksorganisationen der jeweiligen Partei. Bei damals mehr als 1.000 steirischen Gemeinden, von denen es in den meisten absolute ÖVP-Mehrheiten gegeben hatte, erforderte das die Rekrutierung von tausenden Personen, die große Mehrzahl von ihnen in den Klein- und Kleinstgemeinden. Ganz von selbst bewirkte das einen Aktivierungsschub im bäuerlichen Bevölkerungssegment, innerhalb der Volkspartei de facto im Bauernbund. In der Entwicklung von dessen Mitgliederzahlen – und demgemäß von dessen Finanzkraft – schlug sich das dann nieder. Freilich kamen für Bünde- bzw. Parteifunktionen nicht allein Gemeindemandatare in Betracht; aber diese bildeten doch einen fruchtbaren Fundus für deren Besetzung. Über die Auswahlvorgänge auf Orts- und Bezirksparteitagen und über deren Ergebnisse verlangte die „Landesparteileitung“, so hieß die Zentrale seit 1946, aus den Bezirken eingehende Berichte. Viele von ihnen sind erhalten. In Summe listen sie hunderte Personen mit ihren Funktionen auf – von der Bezirks- hinunter auf die Gemeindeebene und in vielen Gemeinden weiter bis zu den Wahlsprengeln. (Ausdrücklich sollte nämlich auch erreicht werden, dass der Parteiapparat jederzeit fähig war, alle Wahlbehörden mit Vertrauensleuten zu besetzen.)

Das alles hatte lokal bzw. regional erhebliche Bedeutung. Es diente aber auch der Vorbereitung des ersten regulären Landesparteitages der steirischen ÖVP. Der fand

schließlich am 16. Juni 1946 in Graz im Saal der Arbeiterkammer statt. In seinem Vorfeld wurden von Graz zahlreiche Tätigkeits- bzw. Organisationsberichte eingefordert. Nicht alle sind noch vorhanden<sup>29</sup> und nicht alle vorhandenen sind von gleichmäßigem Aussagewert; ein Schuss Selbstberühmung fehlt fast nie. Einige von ihnen sind aufschlussreich dafür, womit sich Parteistellen in der unmittelbaren Nachkriegszeit bei der „Betreuung“ von Bürgern zu befassen hatten. Dazu gehören etwa die Berichte des Sozial- bzw. des Wohnungsreferates in der Landesparteileitung. Ersteres nennt unter seinen Leistungen unter anderem die Verschickung von 1.409 Kindern aufs Land und freut sich, dass die Kleinen dort durchschnittlich sieben Kilogramm zugenommen haben. Im Wohnungsreferat geht es um zweierlei: Erstens sind beim Wohnungsamt des Grazer Magistrates möglichst viele Zuweisungen von Hauptmietwohnungen, Untermieträumen oder auch nur Bettplätzen an Ausgebombte oder sonstige Obdachlose zu erwirken; da rivalisieren die drei Parteien scharf und die mit der SPÖ sympathisierenden Gemeindebediensteten machen der ÖVP „immense Kalamitäten“. Zweitens geht es um „Schlichtung“ in Fällen „widerrechtlich besetzter Wohnungen ehemaliger „Nazis“ bzw. Evakuierter; der Bericht sagt, dass im Wege von Verhandlungen „eine wesentliche Zahl ehemaliger Pg. wieder in ihre ursprünglichen Mietrechte eingesetzt“ werden konnte; dafür kam allerdings nicht in Betracht, wem wie immer geartete Aktivitäten in der NSDAP, Denunziationen oder gar Verbrechen nachgewiesen waren. Auch im Bericht des „Ärztbundes“ steht die Frage im Zentrum, wie mit den „Ehemaligen“ umzugehen sei; die Angelegenheit ist dort besonders brisant, weil nach Schätzung des Berichts rund 50 % der steirischen Ärzte nicht bloß „Nazis“ gewesen wären, sondern „Illegale“, also NS-Mitglieder in den Jahren des NS-Verbotes 1933–1938. Diese könnten nicht ohne weiteres „entnazifiziert“ werden; man müsse dazu die bevorstehende Gesetzgebung abwarten, heißt es.

Bemerkenswert sind auch die Berichte der Landesgruppen von ÖAAB und ÖWB. Für den ÖAAB reklamieren Obmann Leskovar und Landessekretär Sauer zurückhaltend rund 14.000 Mitglieder für sich; Kober in der Parteileitung zählte dagegen fast 18.000. Die Differenz mag durch unterschiedliche finanzielle Interessen verursacht gewesen sein; je weniger Mitglieder ein Bund meldet, für desto weniger muss er Anteile von Mitgliedsbeiträgen an die Partei abführen. Der ÖAAB ist jedenfalls sehr knapp bei Kasse und kann die Aufgaben, die nun den Bündnen zufallen, kaum bewältigen. Auch ist in ihm erst durch die Heimkehrer der kriegsbedingte Mangel an Funktionären einigermaßen behoben worden. Aber immerhin sind jetzt die Orts- und Bezirksgruppen „größtenteils gewählt“. Das Schwergewicht legt der ÖAAB aber auf den „Aufbau nach Berufsgruppen“; diesbezüglich werden Erfolge gemeldet von den Postbediensteten, den Eisenbahnern, den öffentlichen, insbesondere den Gemeindeangestellten, den ehemaligen Berufssoldaten und den Arbeitern (!) im Hotel- und Gastgewerbe. Für den ÖWB berichten Obmann Carl Lipp und Landessekretär Josef Stöffler. Der Bund sei zwar im Juni 1945 begründet worden, der organisatorische Aufbau habe aber erst im Herbst begonnen. Zu den Wahlkampfgeldern habe

der ÖWB aber bereits bedeutend beigetragen; die Informationen des Finanzberichtes bestätigen das. Jetzt hat der Bund „in der Provinz“ 19 und in Graz 13 Bezirksgruppen, außerhalb von Graz 157 Ortsgruppen. Das sind relativ wenige, aber beinahe jede fasst Wirtschaftstreibende aus mehreren kleinen Gemeinden zusammen. In nächster Zukunft würden „Berufsgruppen“ aufgebaut; breiter als die jeweiligen Innungen und „Fachschaften“ der Handelskammern angelegt, würden sie bessere Interessenerfassung verwandter Branchen ermöglichen. Eine Gesamtzahl der ÖWB-Mitglieder wird nicht genannt. Anders als der etwas kleinlaute ÖAAB-Bericht liest sich der des ÖWB so nüchtern wie selbstbewusst; er würdigt seinen Adressaten keiner weiteren Erklärungen für das, was er mitteilt, bzw. für das, was er beiseite lässt.

Auch Karl Kober's Bericht über die Partei im engeren Sinne lautet nicht kleinmütig; Kober wünscht ihm dem Parteitag umso mehr selbst vorzutragen, als er „bis heute alle Durchführungen selbst tätigte“. Ohne einen Groschen habe er im Mai 1945 begonnen, am Jahresende aber – nach Abzug der „Wahlausgaben“ – rund 336.000 Schilling übergeben können. Durch das Tempo, das im Frühjahr 1945 eingeschlagen wurde und damals auch Verärgerung erzeugte, seien „unzählige Vermögenswerte der NSDAP für die ÖVP“ sichergestellt worden; Kober schätzte diese Sachwerte auf ca. 150.000 Schilling. Nach seinen Angaben zählte die Partei im Mai 1946 insgesamt 82.758 Mitglieder – davon der Bauernbund 55.638, der AAB 17.818, der ÖWB 8.644 –, mehr als je eine „rechtsgerichtete Partei im Lande“ aufwies. Dass ein Drittel ihrer Wähler auch Mitglieder der Partei sind, charakterisiert Kober als „ein gesundes Verhältnis“. Es sind nun 627 Ortsgruppen- und 864 Sprengelleitungen aufgestellt, für fast alle sind Leiter „gewählt“. Dasselbe gilt für die 30 „Bezirksleiter“. „Im ganzen hat die Partei zur Zeit 3.811 Funktionäre, die unentwegt (...) tätig sind.“ „So wurde für die Partei organisatorisch nicht am wenigsten geleistet. Es sehen zwar die meisten an diesen Leistungen vorüber und betrachten dies als eine Selbstverständlichkeit.“ Aber diese Leute hätten „keine Ahnung, weil sie selbst in dieser Notzeit in der Partei nicht mitarbeiteten.“ Man sieht, dass Kober sich in der Defensive weiß und dass er darum offensiv formuliert: An seinen Erfolgen könne „wohl in keiner Weise gerüttelt werden“; und er erlaubt sich als simpler Organisationsreferent einen ziemlich kühnen Rat: „noch viel mehr“ als im November 1945 könne „in Zukunft durch gute Auswahl der Mandatäre (...) geleistet werden“.

Schließlich der Finanzbericht für die Landespartei. Er zeigt für 1945 Einnahmen von rund 590.000 Schilling, von denen die eine Hälfte aus Mitgliedsbeiträgen und „Beitrittsgebühren“ stammten, die andere fast ganz aus Wahlfondsspenden, so genannten „Aufbauspendenbüchern.“ Demgegenüber sind zwischen Jänner und Mai 1946 nur rund 80.000 Schilling eingegangen, ca. 36.000 davon aus Mitgliedsbeiträgen, d. h. aus Überweisungen von den Bünden; ausgewiesen wurde nicht, was die Bünde der Partei allenfalls unter diesem Titel schuldeten, sondern nur, was tatsächlich auf den Parteikonten eingegangen war. Die Überweisungen für fünf Monate erreichten demgemäß nur rund 15 %

dessen, was die Parteileitung 1945 in sieben Monaten in dieser Rubrik eingenommen hatte. Die Ausgaben machten 1945 rund 254.000 Schilling aus, davon explizit für den Wahlkampf 101.000; vom Rest von 153.000 entfielen etwa 86.000 auf Personalkosten, also mehr als 50 %. 1946 waren für die ersten fünf Monate schon 186.000 aufzuwenden gewesen, knapp 40 % davon für das Personal. Die Lücke zwischen Ein- und Ausgängen belief sich bereits Ende Mai auf mehr als 100.000 Schilling und hätte sich selbst durch Einsparung sämtlicher Personalkosten nicht völlig schließen lassen. Kurzum, hier wurde bereits im Frühjahr 1946 ein ernstes strukturelles Problem für die Partei sichtbar. Einstweilen finanzierte sie ihren Aufwand aus den Reserven von 1945; Kober scheint demnach nicht grundlos stolz auf sie gewesen zu sein.

Zum Landesparteitag konnten schließlich 593 Personen erscheinen, 372 mehr waren eingeladen worden. 568 der Anwesenden waren berechtigt, den Parteiohmann zu wählen. In geheimer Abstimmung entfielen 449 Stimmen auf Gorbach, 41 auf Illig; der Rest verteilte sich. Zu berücksichtigen ist, dass Gorbach erstmals zur Wahl stand. Auch die Zerwürfnisse von 1945 wirkten noch nach. Gorbachs Stellvertreter brauchten nicht gewählt zu werden; gemäß Statut waren das automatisch die Bündeobmänner Pirchegger, Leskovar und Lipp. Von den „Bezirksparteiohmännern“, wie sie nun hießen, wurden sechs in die Landesparteileitung „kooptiert“, unter ihnen für Bezirk und Wahlkreisvorort Felzbach Josef Wallner. Das „Steirerblatt“ vom 16. Juni berichtete auch über die „Referenten“ der Landespartei: Danach war Kober zum Landespartei sekretär aufgerückt, Otto Holzinger, später lange Jahre Direktor der Landwirtschaftskammer, war für Propaganda, Franz Wegart für Organisation zuständig; ein Finanzreferent wurde nicht genannt; merkwürdigerweise bestimmte man neben der Österreichischen Jugendbewegung einen Referenten für „Jugend (besondere Aufgaben)“, nämlich Ernst Strachwitz.

Die Resolution, die der Parteitag beschloss, sprach, wie zu erwarten, viele der gerade aktuellen Themen an, die meisten von ihnen bundespolitischer Natur: Verstaatlichung ohne „Staatskapitalismus“, sondern mit Mitbestimmungschancen der Beschäftigten; Wohnungseigentum durch Gesetz zu ermöglichen; die Forderung nach dem, was dann Opferfürsorge heißen sollte, gehörte ebenso hierher wie das Verlangen, den Schleichhandel schärfer zu bekämpfen. Immerhin unterschied sich die Resolution in vielem von einer auf dem Wiener Landesparteitag verabschiedeten; wofür die steirische ÖVP Partei ergreifen wollte, überlegte sie ziemlich autonom. Spezifisch für das Land tat sie es, indem sie Pläne, die Grazer Universität gänzlich zu schließen, zurückwies und indem sie einmal mehr forderte, den Problemkomplex um die früheren Nationalsozialisten endlich zu lösen.<sup>30</sup> Gerade in Graz, in der vormaligen „Stadt der Volkserhebung“, war das, wie auch mehrere Berichte gezeigt hatten, ein Fragenbündel erster Ordnung. Mit diesem Landesparteitag schloss die Frühgeschichte der steirischen ÖVP. In ihr hatten die politischen Verhältnisse im „schwarzen Lager“ eine gewisse Strukturierung erfahren. Zum Teil war das in offenen bzw. verdeckt geführten Auseinandersetzungen erfolgt; Gorbach äußerte im

Sommer 1947, er habe „alle Ereignisse vor dem Parteitag vergessen (...), um wieder Eintracht und Einigkeit in die Reihen zu bringen“ (2. 6. 1947). Volle Konsolidierung war natürlich dennoch nicht eingeleitet. Aber über weite Strecken gingen die Dinge nun weniger dramatisch vor sich, vieles wurde zur Routine. Das lässt sich nicht mehr erzählen, sondern nur mehr mit Schlaglichtern beleuchten bzw. zusammenfassen.

### Die „Mühen der Ebene“ zwischen 1947 und 1948 bis zur Wahl Krainers

---

Unter den „Mühen der Ebene“, mit denen sich die steirische ÖVP nun zu befassen hatte, sind besonders zu identifizieren:

Erstens: Das Finanzierungsproblem der Partei, wie es sich schon vor dem Parteitag angedeutet hatte, wurde zum Dauerthema. Die Bünde hatten ihre Finanzhoheit durchgesetzt – so wie es der Tradition und den primären Loyalitätsempfindungen im Lager entsprach. Die Parteiorgane in Bund, Land und Bezirk erhielten Anteile von gewöhnlich zehn Prozent an den Mitgliedsbeiträgen, die die Bünde einhoben und mitunter nur schleppend überwiesen. Aus ihnen war deren Finanzbedarf nicht annähernd zu decken. Es konnte nicht ausbleiben, dass auch die Bundespartei mit den Landes- bzw. Bezirksparteiorganisationen um die Verteilung der Anteile rivalisierte. Das schlug sich dann unter anderem in dem Tauziehen um einzelne Bestimmungen des Bundesorganisationsstatuts nieder. Über befriedigende Antworten auf die Finanzmalaise konnte nie Konsens hergestellt werden, die Konzepte funktionierten jeweils nur kurze Zeit; irgendwie bestanden sie immer aus einem Mix von zusätzlicher Spendenwerbung, Einsparungen (besonders beim Personal), akuten Aushilfsaktionen von Bauern- und/oder Wirtschaftsbund. Von all dem finden sich Belege in den erhaltenen Dokumenten. Im Laufe des Jahres 1947 gehen am Karmeliterplatz die seinerzeitigen finanziellen Reserven zur Neige, man hofft nun, die steirische ÖVP an den Gewinnen des „Steirerblattes“ erheblich und nachhaltig beteiligen zu können, die ja schließlich in der Steiermark erwirtschaftet werden; Schätzungen beziffern deren Gesamtvolumen zwischen Oktober 1945 und Herbst 1947 auf mehr als zwei Millionen Schilling. Doch das Blatt gehört längst zum Österreichischen Verlag in Wien, dessen Eigentümer die Bundespartei und die Bünde sind. An der Jahreswende 1947/48 sagt Gorbach, Wegart habe „etwas ausgearbeitet“: Der Plan war, das „Steirerblatt“ in einen zu gründenden steirischen Verlag überzuführen. Im April 1948 berichtete Gorbach vom vorhersehbaren Scheitern der Idee: Schließlich wollten auch die Bundes- und mehrere andere Landesparteien Anteile aus den Gewinnen des Österreichischen Verlages. Der steirischen ÖVP wurden für 1948 dann 145.000 Schilling zugeteilt, knapp 12 % der gesamten Ausschüttung. Krainer, in dieser Sache immer schon skeptisch, fand nun, man müsse definitiv „von den kleinen Tropfen zu leben lernen“. So war es, so blieb es auf lange Zeit. Woher man während der 1950er Jahre größere Spenden akquirierte und wie man wieder Reserven



bilden konnte, wurde selbst im Parteipräsidium nicht erörtert. Es gab dort sogar einen Beschluss, über Zahlen etc. nicht zu sprechen.

Zweitens: Auseinandersetzungen mit der Bundespartei betrafen nicht nur Finanzfragen. Aber was man in Wien in Bezug auf sie für sich forderte bzw. der steirischen ÖVP nicht gewähren wollte, bekräftigte in Graz die ohnehin stets lebendige Sorge vor zentralisierenden Tendenzen. Wiener Institutionen und in ihnen wirkende Personen standen allemal unter Zentralismusverdacht, sich ihnen gegenüber zu positionieren, war stets eine Frage des Selbstwertgefühls der Steirer. Vielleicht hätten sich die Empfindlichkeiten gegenüber der Metropole weniger geltend gemacht, wenn die steirische ÖVP damals personell in der Bundesregierung oder in den Organen der Bundespartei substantiell präsent gewesen wäre. Sie war es de facto weder durch Gorbach noch durch Pirchegger und erst recht nicht durch Minister Krauland, der bloß aus der Steiermark stammte. Nur Babitsch hatte und pflegte innerhalb des Bauernbundes besondere „Drähte“ zu Kanzler Figl und Ferdinand Graf, dem gesamtösterreichischen Bauernbunddirektor und zugleich Organisationsreferenten der Bundespartei. So war es geradezu selbstverständlich, dass auch das Bundesparteistatut in Graz vornehmlich kritisch beleuchtet wurde. Dessen im Juni 1947 ausgesandte Fassung enthielt unter anderem wieder einmal den „Primat der Partei“ vor den Bünden, den diese so, wie er formuliert war, nicht hinnehmen mochten. Der Text beanspruchte außerdem den Einfluss der Bundespartei auf die Verteilung von Mandaten, er sah generelle Regelungen gegen Ämterhäufung vor. In Gorbachs Auftrag hatte darüber Wegart mit steirischen Bünde- und Bezirksvertretern Gespräche geführt, um eine Vorabklärung der Auffassungen herbeizuführen, und Gorbach ließ Wegart auch deren Ergebnisse in der Sitzung der Landesparteileitung vom 2. Juni 1947 referieren. Offensichtlich hatte der Obmann zu dem jungen Organisationsreferenten das Vertrauen gefasst, das er zu Landespartei sekretär Kober nie hatte gewinnen können. Die überzeugendsten Ausführungen stammten damals aber einmal mehr von Krainer. Die steirischen Bündeobmänner hatten ihn zu ihrem Sprecher bei den Vorberatungen in Wien nominiert, er kannte die Diskussionslage dort und fand sie „nicht günstig“. Allerdings, sagte er, bedürfe es des Primats der Partei und das bedeute, dass sie „nicht nur das Dach, sondern auch der Dirigent des ganzen Apparates“ sein müsse. Das Statut dürfe aber den Bünden nicht „das eigene Leben“ nehmen: „Die Bünde sind in der Struktur der Partei etwas Natürliches“, formulierte Krainer. So weit er also auch über deren oft enge Horizonte hinaussah, spontan teilte er das hergebrachte Selbstverständnis im Lager, das wir aus Äußerungen Pircheggers und Babitschs von 1945 schon kennen. In diesem Selbstverständnis war er auch selbst politisch sozialisiert worden. Den Bünden, sagte er, komme zu, die Landesinteressen zu vertreten, die Partei habe „die verschiedenen Auffassungen auf eine Linie zu bringen, das ist der Sinn einer Volkspartei“. Im Übrigen könne deren „Apparat“ auf keinen Fall ausreichend von den Bünden finanziert werden; diese könnten zwar einen „höheren Prozentsatz an die Landesparteileitung abliefern“, die Bundespartei aber müsse sich selbst

Geld beschaffen. Was die Mandate anlangte, müssten zwar der Landespartei „ein paar“ zur Verfügung gestellt werden, aber es gehe nicht an, „dass Wien hier einen derartigen Einfluss“ nehmen wolle. Analog meinte Krainer, „Ämterkumulierung“ sei manchmal mehr als nur zweckmäßig: „Die Verbindung der wirtschaftlichen Körperschaften mit politischen Mandataren ist notwendig“; auch die SPÖ erkenne das und handhabe es zunehmend so. „Die Leute in Wien, die diesen Paragraphen im Statut aufgestellt haben, verstehen nicht viel von dieser Materie.“ Gorbach dankte nur und fand, was Krainer ausgeführt habe, wäre „so treffend, dass dem nichts mehr hinzuzufügen ist“. Vielleicht fand an diesem 2. Juni 1947 eine Sternstunde nicht nur für die weitere Karriere Krainers statt, sondern zudem für die der steirischen ÖVP und sogar die des Landes selbst. Der Landespolitiker Krainer sprach aus voller eigener Überzeugung und also überzeugend aus, wonach dem nahezu vollständig anwesenden Führungspersonal der Partei Herz und Sinn standen.

Drittens: Überproportional und an sich unnötig massiv, ja zu einer wahren Mühsal entwickelte sich für die steirische ÖVP bereits ab 1946 ein Spannungsverhältnis, das wenigstens latent für alle Parteiendemokratien charakteristisch ist und nicht selten akut wird: Die strukturelle Spannung zwischen den Regierungspolitikern einer Partei und deren Funktionärskadern. Regierungshandeln kann nie – und konnte besonders wenig unter den Bedingungen der Nachkriegszeit – alle Erwartungen erfüllen, die sich an es richten bzw. die eine Regierungspartei oft selbst geweckt hat. Die unvermeidlich sich einstellende Differenz wird nicht nur von der Wählerschaft mehr oder weniger kritisch wahrgenommen umso mehr die parteipolitischen Rivalen sie unausgesetzt zum Thema von Polemiken machen. Sie wird besonders auch von den Funktionären der „eigenen“ Partei als Defizit „ihrer“ Regierungspolitiker bewertet und intern – bisweilen auch öffentlich – kritisch zur Sprache gebracht. Gewiss verhält sich das Regierungspersonal im Sinne von Spannungsabbau in der Regel selbst parteipolitisch funktional, es kommt den Funktionären entgegen und tut es im eigenen Interesse. Und gewiss anerkennen die Funktionäre dieses Bemühen auch mehr oder weniger, nicht zuletzt, weil sie selbst oft auf der zweiten oder dritten Ebene Regierungsaufgaben, z. B. in Land oder Gemeinde, wahrnehmen und demgemäß den Rollenkonflikt an sich selbst erfahren: Das Spannungsverhältnis aber bleibt latent erhalten. Es kann nur, im günstigen Fall, durch intensive Binnenkommunikation und gleichzeitig offensives Auftreten gegenüber der parteipolitischen Konkurrenz gemindert werden. Andernfalls wird die Spannung zunehmend akut und allenfalls bedrohlich. Das erlebte die steirische ÖVP zwischen 1946 und 1948. Schon im September 1946 gibt es viele einschlägige Beschwerden aus Parteikreisen. Kritisiert wird, dass Mandatare und Bezirksleiter der Partei von Pirchegger und anderen VP-Landesräten „nicht empfangen, nicht gehört werden“; in der SPÖ sei das ganz anders. Pirchegger, aber auch Udier, heißt es weiter, wären nachgiebig gegenüber SPÖ und KPÖ, der Landeshauptmann besonders bei der Personalpolitik; sein Personalhofrat setze sich nicht durch. Die SPÖ-Landesräte

würden „auf die Beamten mehr Druck“ ausüben „als unsere“; so lautet der dritte Punkt. Kober hat diese Beschwerden schriftlich zusammengefasst, weil ohnedies eine herbe Aussprache mit Pirchegger bevorsteht. Die Bezirksleitung Knittelfeld hat eine Sitzung der Landesparteileitung über Vorgänge in Leoben gefordert. Dort sind mit Wissen des Landeshauptmannes einige Einzelhandelsgeschäfte geschlossen worden, nachdem der „Versorgungsausschuss“ bei ihnen „Verheimlichung“ von Warenbeständen festgestellt hatte. Solche Ausschüsse sind, auf britische Anregung, eingerichtet worden, um Gewerkschafter, de facto Sozialisten und Kommunisten, in die Kontrolle der Ablieferungspflichten von Bauern, der Warenhaltung von Kaufleuten usw. einzubinden – als Instrumente zur Förderung des Vertrauens bzw. zum Abbau des Misstrauens der Arbeitnehmer. Sie haben keine Entscheidungsbefugnisse. Aber besonders die KPÖ nützt sie zur Polemik und Aufwiegelung. In Leoben haben Kommunisten sogar die kurzzeitige Besetzung der Bezirkshauptmannschaft angeführt; deswegen ist Pirchegger dorthin geeilt. Rund fünf Stunden dauert die Parteileitungssitzung am 23. September darüber und zu ihr sind 19 von 21 Eingeladenen erschienen, darunter alle „Granden“ der steirischen ÖVP. Pirchegger wird besonders von Seite des Wirtschaftsbundes nichts erspart: Er habe die Schließung zugelassen, bevor die Vertretung der Wirtschaft angehört worden sei; er verhindere, dass im „Steirerblatt“ darüber berichtet werde, dass Konsumgenossenschaften, besonders die in Eisenerz, viel größere Warenmengen horteten und dass der „Versorgungsausschuss“ dagegen nicht einschreite; überhaupt dulde er rechtswidrige Übergriffe dieses bloß beratenden Gremiums in den administrativen Bereich. Lipp, Stöffler sowie zwei „Bezirksleiter“ sind die Hauptkritiker. Illig trägt, teilweise zur Verteidigung des Landeshauptmannes, einige Einzelheiten bei; aus ihnen geht hervor, dass in Abwesenheit Pircheggers LHStv. Machold von der SPÖ die bereits aufgehobene Schließung der Geschäfte nochmals verfügt habe. Noch findet das unter den Anwesenden anscheinend keine Beachtung. Beschlüsse werden nicht gefasst, doch die Situation ist angespannt.

Das ist nicht zuletzt durch die ganz außerordentliche Versorgungskrise verursacht, die der strenge Winter 1946/47 nach sich zieht. Josef Kraus, der Bundesminister für Landwirtschaft und österreichische Bauernbundobmann, fordert bereits im Oktober, dessen Mandatare müssten „den letzten Rest von Popularität“ opfern und die Bauern „zur Ablieferung mahnen“. Babitsch, der das notiert, wundert sich gar nicht, dass Kraus von der früheren Popularität nur mehr Reste übrig sieht; offenbar teilt er dessen pessimistische Sicht. Kraus' Forderung schließt ein, dass der Minister nicht zufrieden ist mit dem, was geleistet wird. Er, Figl und Graf kritisieren nicht zuletzt den steirischen Bauernbund. Josef Hollersbacher, der Agrarlandesrat und zugleich Präsident der Landwirtschaftskammer, ist ihr Hauptadressat; er sei zu alt und zu schwach, die vorgeschriebenen Kontingente durch den Apparat der Kammer tatsächlich einzutreiben. Auch Pirchegger erhält von Figl am 19. November 1946 einen „Anpfeiff“; er werde sich, sagt ihm der Kanzler, noch „über gewisse Verordnungen wundern“, die demnächst ergehen würden. Man sieht, wie

die Mitglieder der Bundesregierung über „ihre“ Mitglieder in den Landesregierungen schwer verärgert sind, wenn diese ihre Landsleute bzw. ihre Wähler im Land einigermaßen zu schonen trachten. Der „Anpfeiff“ veranlasst Pirchegger, „sich von allem zurückziehen“ zu wollen. Am 22. November 1946 erleidet er eine Herzattacke, tags darauf ist Minister Kraus bei ihm in Allerheiligen, um die Wogen zu glätten.<sup>31</sup> Für diesmal gelingt das. Aber de facto glost in der steirischen ÖVP seitdem das Feuer, das komplexe Personalfragen stets verursachen. Unter dem Druck „von oben“ wie „von unten“ sind wenigstens zwei ÖVP-Landesregierungsmitglieder überfordert. Nur scheinbar will eines von ihnen „gehen“, tatsächlich wollen beide noch bleiben. In Frage steht nicht allein, wer ihnen auf welche Weise beibringen kann, dass sie abtreten müssen, sondern auch, wie die interne Balance in den oberen Stockwerken der Landespartei und besonders des Bauernbundes nach ihrem Abgang gewahrt werden kann, und selbstverständlich steht in Frage, wer als Landeshauptmann nachfolgen soll.

Das ganze Jahr 1947 hindurch bleiben diese Fragen ungelöst, obwohl ihre Lösung spürbar dringlicher wird. Am 30. September tagt erstmals ein Landesparteirat: Rund 90 Funktionäre und Mandatäre der mittleren Ebene sind eingeladen, 38 sind gekommen, darunter 16 Bezirksobleute. In Anwesenheit Pirchegggers lassen sie ziemlich Dampf ab. Mitte Oktober hat Pirchegger mit Kanzler Figl wieder einen Zusammenstoß, von dem Babitsch denkt, dass der nun „nicht mehr auszugleichen“ ist. Unmittelbar danach, am 17. Oktober, erleidet der Landeshauptmann einen Angina-Pectoris-Anfall, der ihn für Monate von der Politik ausschließt. Aus der Sicht der Partei ist schlimmer, dass er die Referate, für die er in der Landesregierung zuständig ist, an LHStv. Machold von der SPÖ zur Leitung übertragen hat, sei es aus Groll über die eigene Partei, sei es aus Gedankenlosigkeit. Jetzt entflammt das Feuer. Am 27. Oktober befasst sich der „Landesparteivorstand“ erstmals damit, am 12. November muss er es wieder tun: Lipp sagt unumwunden, Pirchegger habe das Vertrauen des Wirtschaftsbundes „im weitesten Masse verscherzt“. Beinahe ultimativ wird die Rücknahme der Verfügung zugunsten Macholds gefordert. Der ÖAAB hat bereits eine „Entschliebung“ vorbereitet, in der Pirchegger zum Amtsverzicht aufgefordert wird. So weit will man aber noch nicht gehen. Ein ernster Brief, der an Pirchegger geschickt wird, bewirkt freilich nichts. Schließlich übernimmt der Landeshauptmann Anfang Jänner 1948 die Geschäfte wieder selbst. Es sind qualvolle Wochen, denen qualvolle Monate folgen.

Erst im Juni ist Pirchegger wirklich bereit zu „gehen“. Dass ihm Krainer nachfolgen soll, ist inzwischen zwar vielfach beredet worden, doch verlangt der eine förmliche Vertrauenskundgebung des Bauernbundes. Die erfolgt am Vormittag des 28. Juni durch den „Landesbauernrat“ einstimmig. Am Nachmittag versammelt sich die Landesparteileitung mit dem Landtagsklub. Zuerst schlägt Krainer als neuen Landeshauptmann Gorbach vor und der lehnt ab. Dann nennt Pirchegger Krainer als seinen Nachfolger. Dessen Nominierung geht aber keineswegs glatt vor sich, auch Illig wird vorgeschlagen. Dass Lipp, der

Wirtschaftsbundobmann, zu diesem Vorschlag schweigt, ist für jedermann als Distanzierung von Krainer zu werten. Der ÖAAB dagegen spricht sich klar für Krainer aus, „der aus dem Arbeiterstand kommt“. Eine Sitzungsunterbrechung braucht es noch, um zu klären, ob die Wahl des Landeshauptmannes im Landtag Zweidrittelmehrheit erfordert; weder der Jurist Gorbach noch eines der anwesenden Regierungsmitglieder weiß darüber verlässlich Bescheid. Nachdem man belehrt worden ist, dass zwei Drittel nicht benötigt werden, d. h., dass es keiner Verhandlungen mit der SPÖ bedarf, wird geheim abgestimmt: Auf 27 Stimmzetteln steht „Krainer“, auf 6 „Illig“, einer ist leer. Die originalen Stimmzettel existieren noch.

Im Landtag wurde Josef Krainer am 6./7. Juli 1948 dann de facto einstimmig gewählt; erhielt 44 von 45 abgegebenen Stimmen. Vermutlich kam damals niemand auf den Gedanken, dass mit diesem Wahlakt eine ganze Ära steirischer Geschichte eingeleitet wurde. Allerdings hatte Krainer bereits in den 30er Jahren seine politische Begabung gezeigt und zwischen 1945 und 1948 erwiesen, dass ihm wenigstens in seiner Partei kaum eine(r) das Wasser reichen konnte. Aber seine herausragenden Qualitäten, sein Charisma konnten erst im Amt des Landeshauptmannes sichtbar werden.

- 
- 1 Ludwig REICHHOLD: Geschichte der ÖVP. Graz/Wien/Köln 1975. Robert KRIECHBAUMER: Von der Illegalität zur Legalität. Die ÖVP im Jahre 1945. Politische und geistesgeschichtliche Aspekte des Entstehens der Zweiten Republik. Wien 1985.
  - 2 Vgl. zum Folgenden aus der reichen Literatur, z. B. Alfred ABLEITINGER. Politik in der Steiermark. In: Ders./Dieter A. BINDER (Hrsg.): Steiermark. Die Überwindung der Peripherie (= Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945. Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr. Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Bd. 6/7). Wien/Köln/Weimar 2002. S. 55–61.
  - 3 Alfred ABLEITINGER: Vom „bad start“ im Mai zur absoluten Mehrheit im November. Die Österreichische Volkspartei in der Steiermark 1945. In: Siegfried Beer (Hrsg.): Die „britische“ Steiermark. Graz 1995. S. 81–108. Vgl. auch Ders.: Die Anfänge der Österreichischen Volkspartei in der Steiermark (Mai bis Juli 1945). In: Friedrich BOUVIER/Helfried VALENTINITSCH (Hrsg): Graz 1945 (= Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 25). Graz 1994. S. 93–108.
  - 4 ABLEITINGER: „bad start“ (Anm. 3) S. 93 f., S. 98 f.
  - 5 Anders als die „Großdeutsche Volkspartei“ der Ersten Republik kam der „Landbund“ 1945 für eine Wiederezulassung an sich in Betracht. Jene hatte noch im Mai 1933, kurz vor deren Verbot bzw. Abtauchen in die Illegalität, ein „Kampfbündnis“ mit der österreichischen NSDAP geschlossen; de facto waren die Reste der „Großdeutschen“ in der NS-Bewegung aufgegangen. Dagegen hatte die Führung des Landbundes am demokratischen Kurs festgehalten und die Koalition mit den Christlich-Sozialen beendet, weil diese mit dem faschistischen „Heimatblock“, der parlamentarischen Vertretung der Heimwehren, nicht brechen wollten. Nicht wenige Landbund-Anhänger und -Funktionäre hatten allerdings damals bereits den Weg zur NSDAP gefunden oder sollten ihn später finden. Zum Landbund generell: Alexander Haas: Die vergessene Bauernpartei. Der Steirische Landbund und sein Einfluss auf die österreichische Politik 1918–1934. Graz/Stuttgart 2000. Zu den Bestrebungen, den Landbund noch 1945 zu reaktivieren bzw. zur geschätzten Zahl von zusätzlichen ÖVP-Wählern im Ennstal vgl. ABLEITINGER: „bad start“ (Anm. 4), S. 102 mit Anm. 76 bzw. 79. Zu Thoma vgl. das Kurzporträt in diesem Band im Kapitel „Prägende Persönlichkeiten“.
  - 6 Einzelheiten und weitere Hinweise bei ABLEITINGER: Politik (Anm. 2), S. 61 f.
  - 7 Zum Wahlkampf Ergänzendes bei ABLEITINGER: „bad start“ (Anm. 4), S. 101–103.

- 8 Zu den Zahlen betreffend Wahlberechtigte, Registrierte, Entregistrierte, „Minderbelastete“ vgl. ABLEITINGER: Politik (Anm. 2), S. 61 und Astrid JURI: Die Novemberwahlen 1945 in der Steiermark. In: Siegfried BEER (Hrsg.): Die „britische“ Steiermark (Anm. 3), S. 35–55, besonders S. 40–44.
- 9 In der Folge stammen die meisten Detailinformationen im Text aus den Protokollen (samt deren Beilagen, z. B. Anwesenheitslisten) über Sitzungen von Vorstand, Präsidium oder Leitung der steirischen ÖVP, wobei die Bezeichnung der Gremien wechselt. Diese Protokolle befinden sich im Archiv der Steirischen Volkspartei. Sie sind von 1945 an in „Jahresmappen“ eingelegt worden, in jeder Mappe in chronologischer Ordnung. Jedes einzelne Dokument kann somit leicht identifiziert und gefunden werden. Der Text ist zumeist so formuliert, dass aus ihm hervorgeht, auf welche Sitzung bzw. auf welches Protokoll er sich bezieht. Einzelnachweise sind demnach weitestgehend entbehrlich. Ergänzend stützt sich der Text auf andere Dokumente aus dem Archiv der Steirischen Volkspartei, Detailinformationen aus ihnen werden im Einzelnen nachgewiesen. Das Archiv besitzt auch eine Kopie der Transkription eines Interviews, das Stefan Karner im Jahr 1985 mit Karl Kober geführt und aufgezeichnet hat. Nicht zum Bestand des Archivs gehört das Tagebuch von Leopold Babitsch, dem steirischen Bauernbunddirektor ab 1945. Sein Original ist Eigentum von Frau Annemarie Maitz, Graz. Einmal mehr darf ich hier Frau Maitz für die Benützungserlaubnis sehr herzlich danken. Mit Ausnahme des Großteils der erwähnten Protokolle und des Interviews sind die genannten und andere Quellen, z. B. zeitgenössische Zeitungen, ausgewertet worden in den in Anm. 2 und 3 nachgewiesenen Studien des Verfassers. Einige Aussagen bzw. Einschätzungen in ihnen bedürfen als Folge von Informationen aus den neu erschlossenen Quellen nunmehr der Revision bzw. Modifikation; aus Platzgründen werden diese nicht besonders ausgewiesen. Zu einigen der anschließend im Text mehrfach genannten Personen, nämlich zu Dienstleder, Gorbach, Illig, Krainer, Pirchegger, Thoma, Wallner und Wegart finden sich Kurzporträts in diesem Band im Kapitel „Prägende Persönlichkeiten“.
- 10 Vgl. Matthias OPIS: Karl Maria Stepan. Porträt eines Unbequemen. In: Fritz CSOKLICH/Matthias OPIS (Hrsg.): Karl Maria STEPAN. Briefe des steirischen Landeshauptmannes aus Gefängnis und KZ. Mit einem Essay von Kurt Wimmer. Graz/Wien/Köln 2001. S. 69–145, hier S. 98 f.
- 11 Helmut EBERHART: Wiederaufbau und Nachkriegsalltag. Das Tagebuch Anton Pirchegggers. In: Siegfried Beer (Hrsg.): Die „britische Steiermark (Anm. 3), S. 100–102.
- 12 Die Steirische Volkspartei nützte anfangs das gesamte Haus der Kreuzschwestern, am 23. Juni 1945 zog die Partei aus dem 1. Stock aus, am 16. Juli übersiedelte der Parteiparat dann endgültig in die neue Parteizentrale am Karmliterplatz. Vgl. dazu die Provinzchronik der Kreuzschwestern.
- 13 Vgl. ABLEITINGER: „bad start“ (Anm. 3), S. 99 f., mit Nachweis der britischen Quellen. Dienstleder wurde auch zum Vorwurf gemacht, dass die Volkspartei bei der Ressortverteilung innerhalb der provisorischen Landesregierung extrem schlecht abgeschnitten hatte. Vgl. auch ABLEITINGER: Politik (Anm. 2), S. 26–28. Vgl. auch unten, Anm. 18.
- 14 Durchschriften dieses Briefes an Kober sowie der Briefe Dienstleders an Notar (irrtümlich: „Notta“) und Quanditsch, alle vom 11. Juni datiert, in der Mappe „1945“; im Brief an Quanditsch ist die Sitzung vom 9. Juni erwähnt.
- 15 Eine unvollständige, dennoch instruktive Zusammenstellung aufgrund der Zeitungsmeldungen bei ABLEITINGER: Anfänge (Anm. 3), S. 104 f.
- 16 Ebenda, S. 107.
- 17 Es handelt sich um die Niederschrift von einer „Tagung am 17. Juli 1945 anlässlich der Anwesenheit des Herrn Minister Dr. Hans Pernter im Rahmen der ÖVP“, die sich in der Mappe „1945“ befindet; auf ihrer letzten Seite wird eine Diskussion protokolliert, in der als letzter Redner Pirchegger das Wort ergriff.
- 18 Vgl. HAAS: Landbund (Anm. 5), S. 221–227 und S. 299–308.
- 19 „Aktennotiz“ über Regierungsverhandlungen mit Reinhard Machold am 3. August 1945 und Durchschrift eines Briefes von Krainer (!) an Oberst Wilkinson, den Chef der britischen Militärregierung, über personelle Vorstellungen der ÖVP vom 8. August – beide in der Mappe „1945“. Im Zug der Verhandlung mit Machold sagte Krainer, „während der russischen Besatzung“ habe „nicht die ÖVP, sondern der Stadtkommandant die Vertreter der ÖVP gerufen“ (...), „wogegen heute die Parteileitung alle diese Fragen behandle“; gemeint war selbstverständlich, dass Machold dem Stadtkommandanten empfohlen hatte, wen dieser rufen solle. Mit klarer Spitze gegen den anwesenden Dienstleder, der vollkommen schwieg und dem es vielleicht die Rede verschlagen hatte, setzte Krainer fort, die ÖVP habe „hinsichtlich der Personen noch keinen Beschluss gefasst“. Krainer behauptete sogar, gerade „daher“ wären „versteckte Vorwürfe, dass die ÖVP sich nicht einig sei, unberechtigt“. In Wahrheit liefen die Äußerungen darauf hinaus, dass kein bisheriges ÖVP-Regierungsmitglied sicher sein durfte, es zu bleiben, de facto mit Ausnahme Pirchegggers, der spätestens seit Juni 1945 bereits im Bauernbund als Obmann fungierte. Demgemäß fanden sich in dem Brief an Wilkinson

vom 8. August als von der ÖVP vorgeschlagene Regierungsmitglieder „absichtlich in alphabetischer Reihung“ Dienstleder, Gorbach, Hollersbacher, Pirchegger, Stepan und Schneeberger, ironischerweise um nun doch der britischen Militärregierung „die freie Auswahl zu überlassen“. Möglicherweise war Schneeberger bereits so sehr marginalisiert, dass es gar nicht auffiel, dass er – entgegen der alphabetischen Reihung – an die letzte Stelle gesetzt worden war.

20 Einige Details bei ABLEITINGER: „bad start“ (Anm. 3), S. 97.

21 OPIS: Stepan (Anm. 10), S. 127.

22 Ebenda, S. 125.

23 ABLEITINGER: „bad start“ (Anm. 3), S. 99 f.

24 Ebenda, S. 100 (zitiert nach dem Babitsch-Tagebuch vom 3. November 1945).

25 Vgl. die Kandidatenlisten im „Steirerblatt“ vom 9. November 1945, S. 3 f.

26 ABLEITINGER: „bad start“ (Anm. 3), S. 103 f.

27 Ebenda, S. 105.

28 Zahlreiche Sitzungsprotokolle in der Mappe „1946“ handeln von Graz.

29 Die vorhandenen befinden sich in der Mappe „1946“.

30 Die Resolution findet sich im Bericht über den Parteitag im „Steirerblatt“ vom 16. Juni 1946.

31 Zum Vorstehenden gestützt auf das Babitsch-Tagebuch, vgl. ABLEITINGER: Politik (Anm. 2), S. 72–74.

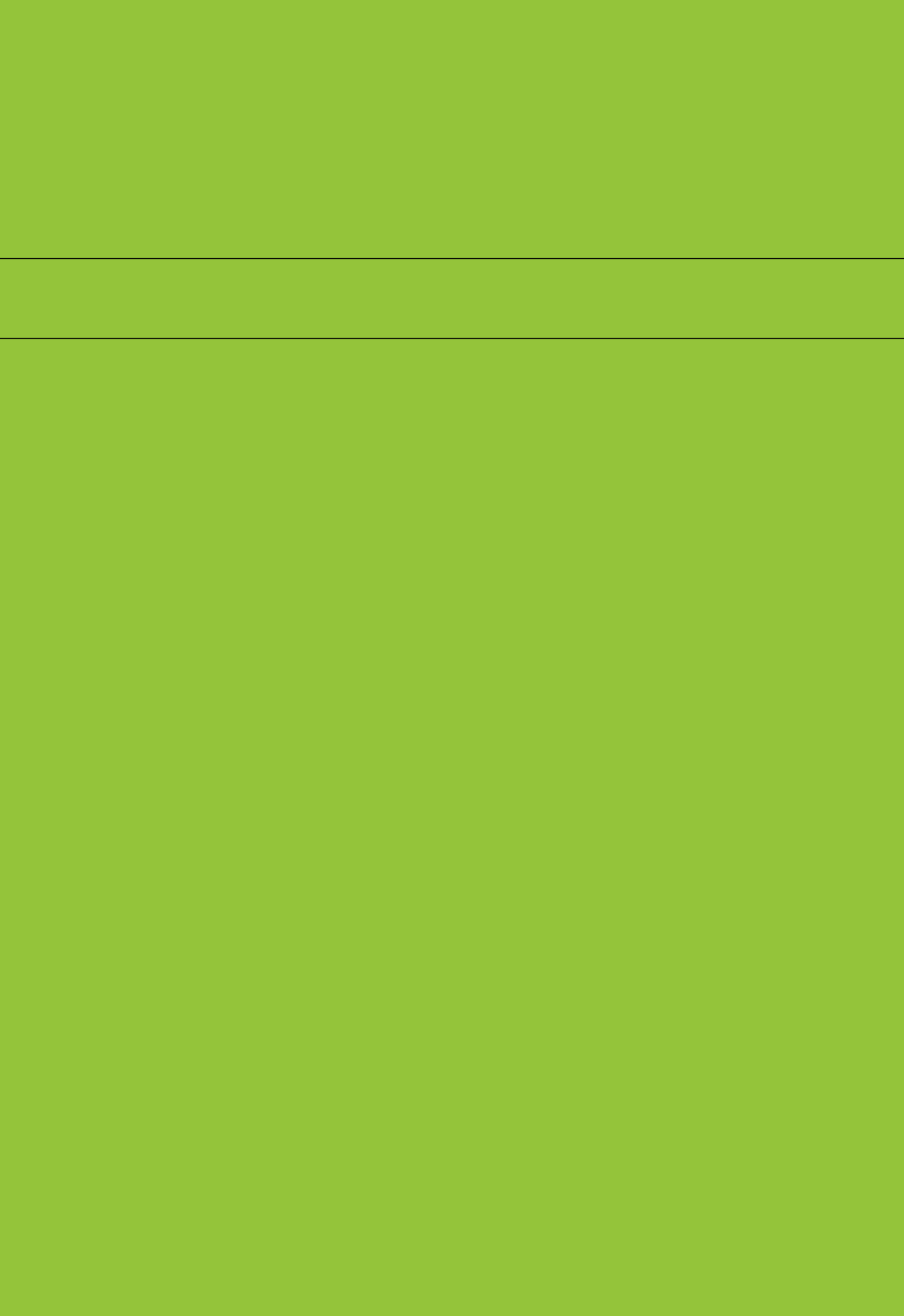
---

„60 Jahre Steirische Volkspartei“

---

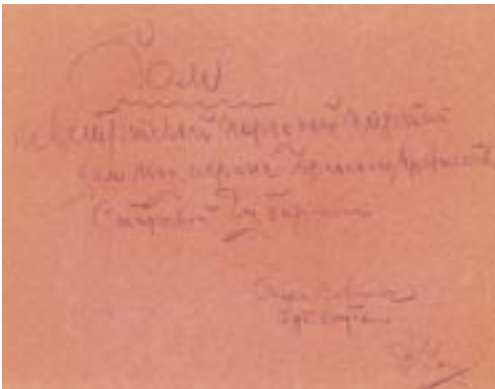
## Bilddokumente und Faksimiles 1945–1948







Im Konventsgebäude der Kreuzschwestern, Kreuzgasse 34, wurde am 18. Mai 1945 die Steirische Volkspartei gegründet.



Oben: Plakat der russischen Armee, angeschlagen am Haus der Kreuzschwestern, mit folgendem Text: „Haus – Haus der Österreichischen Volkspartei. Haus ist von Übergangsregierung des Landes Steiermark unter Schutz gestellt. Der Zuständige des russischen Sowjetorgans. (Unterschrift unleserlich.)“



Rechts:  
Gründungsobmann Univ.-Prof. Dr. Alois Dienstleder.

Protokoll Nr.1

Am 18. Mai 1945 wurden durch Herrn Prof. Dr. Dienstleder eine Anzahl früherer Funktionäre der Christlich-sozialen Partei, zwecks Eröffnung der "Osterr. Volkspartei, (früher Christlichsozialen Partei) einberufen. Es erschienen ca. 60 frühere Funktionäre.

Tagesordnung war:

- 1.) Provisorische Aufstellung der Landesleitung.
- 2.) Festlegung der Bezirksleitungen.
- 3.) Einteilung der Abteilungen in der Landesltg.
- 4.) Bestellung zweier Vertreter für die freie Gewerkschaft.
- 5.) Bestellung zweier Vertreter für das Wohnungswesen Graz.

Die Besprechung wurde um 17 Uhr durch Herrn Prof. Dr. Dienstleder eröffnet. Er erwähnte, dass der Stadtkommandant von Graz ihn beauftragte die "Osterr. Volkspartei", sofort ins Leben zu rufen. Die Anwesenden zeigten großes Interesse und es kann ohne Zweifel gesagt werden, dass die früheren Funktionäre wieder ihre ganze Persönlichkeit, wie früher, einsetzen werden. Es wurde sofort auf Punkt 1 in der Tagesordnung übergegangen.

Punkt 1:

Bestellt wurden in die provisorische Landesleitung:

Prof. Dr. Dienstleder, als Landesleiter,  
Nationalrat Leskovetz, <sup>Erst</sup> Beisitzender,  
Landeshauptmannstellv. Hollersbacher, Beisitzender,  
Landesrat Pirchegger, Beisitzender,  
" Schneberger, "

Punkt 2:

Es wurden folgende Bezirksleitungen festgelegt:

Hauptbezirksleitung Graz-Stadt (I), Graz-Land (II)  
Graz-Land (III), Bruck a. d. M., Deutschlandsberg,  
Feldbach, Fürstenfeld, Hartberg, Judenburg, Leibnitz,  
Leoben, Liesen, Mureck, Murau, Mürzzuschlag, Voitsberg,  
Weiz.

Punkt 3:

Es wurden 5 Hauptabteilungen in der Landesleitung festgelegt:

Abteilung I, Organisation,  
" II, Kassenleitung,  
" III, Jugend,  
" IV, Werbung,  
" V, Recht.

Punkt 4:

# Österreicher!

Wach mehr als siebenhundert Tausend ist bei Tagelöhnen gesammelt worden. Zehntausende und weitere Tausend haben jahrelang in Gefangnisse und Konzentrationslagern für Österreich gekämpft. Tausende sind aber Tausende sind ein freies Österreich für die geliebte Heimat gekämpft. Ein großer Teil unserer inländischen Jugend ist in den von Hitler verführten Krieg für eine verborgene Sache gestorben. Unsere Heimat ist und bleibt Wien, aber Wien ist ein Volkswort, Wort und Geist herrschen im Lande. — Über allem Erb und allen Sorge aber leuchtet die beständige Freiheit!

# Österreich ist wieder frei!

In dieser bewegungsvollen Stunde unserer Vaterland sind wir über am Oben und alle Sinne und haben mit der Abgabe unserer jungen Töchter an die Weiblichkeit gehen. Die Kraft, die uns in diesen letzten Jahren der nationalsozialistischen Diktatur herrschend widerstand, wird und wird immer stärker, immer stärker von der selbstbestimmten Liebe zu Österreich. Diese Liebe ist bei jeder unserer Töchter, bei jeder der Österreicher aller Völkergemeinschaften, und wir sind gewillt, mit allen menschlichen Kräften der Einheit und jeden Kampfes zusammenzuführen am Aufbau des neuen Österreich.

## Was will die Österreichische Volkspartei?

Die Partei:  
Die Forderung einer freien, unabhängigen, demokratischen Österreich ist eines der höchsten Gebote der Zeit und der Menschheit.  
Diese Partei hat auf den Grundgedanken von Freiheit, Einheit, Wohlstand, Ordnung und Wirtschaftlichkeit aufgebaut und in den letzten Jahren die wichtigsten Aufgaben der Einheit und der Ordnung gelöst.  
Die soziale Forderung dieser Partei ist die soziale Gerechtigkeit und die soziale Sicherheit.  
Diese Partei hat sich für die soziale Gerechtigkeit und die soziale Sicherheit eingesetzt und hat die soziale Gerechtigkeit und die soziale Sicherheit erreicht.  
Die Forderung dieser Partei ist die soziale Gerechtigkeit und die soziale Sicherheit.  
Die Forderung dieser Partei ist die soziale Gerechtigkeit und die soziale Sicherheit.  
Die Forderung dieser Partei ist die soziale Gerechtigkeit und die soziale Sicherheit.  
Die Forderung dieser Partei ist die soziale Gerechtigkeit und die soziale Sicherheit.

Die Österreichische Volkspartei gliedert sich in:

- Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbund, Graz, Republikstraße 92 (Arbeiterheim)
- Österreichischen Bauernbund, Graz, Reichshausgasse 1/3
- Österreichischen Wirtschaftsband, Graz, Rarmelherplatz 5

Wir treten alle aufzukommende Österreichische gesammelter Männer und Frauen mit allen Kräfte der Bevölkerung auf der Mitarbeit an dem neuen Staat:

## Für ein neues, freies und glückliches Österreich!

Wahlkreisverordnungen bei den Bezirkswahlkreisen  
und in der Landesregierung, Graz, Rarmelherplatz 5

Österreichische Volkspartei

Graz, Rarmelherplatz 5

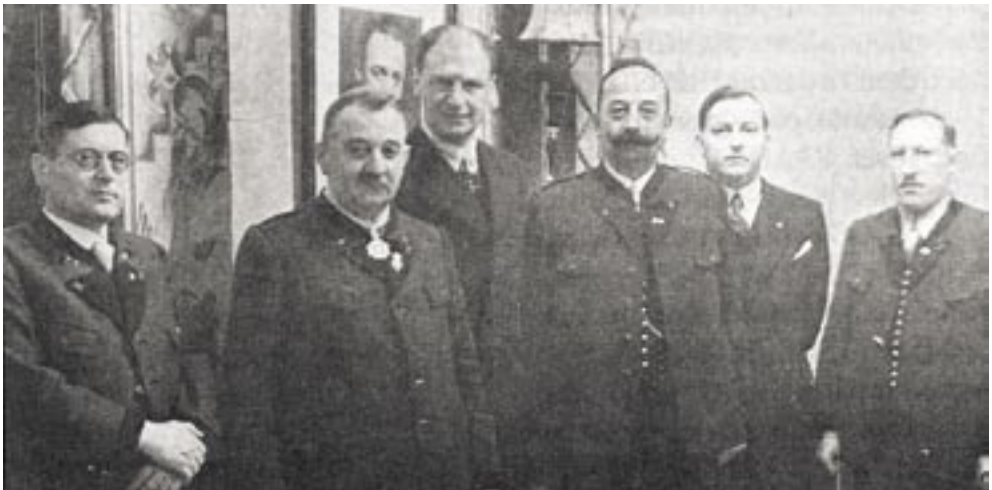




Ankündigungsplakat für die Landesparteitagung am 23. Oktober 1945.



Wahlplakat, 1945.



Viele führende Funktionäre der neuen Volkspartei waren bereits vor 1938 aktiv. Das Foto von 1937 zeigt von links nach rechts: Bauernbunddirektor Leopold Babitsch, Landesrat Josef Hollersbacher, Karl Maria Stepan, den Landeshauptmann von 1934 bis 1938, der nach 1945 keine politische Funktion mehr ausübte, Anton Pirchegger, Alfons Gorbach und Josef Krainer sen.

# Das Steirerblatt

Redaktion und Verwaltung:  
Gross, Nibelungenplatz No. 1, E. Steier  
Tel. 10-4-10  
Eingepreist 26 Groschen

Wochenzeitung der Österreichischen Volkspartei

Grös. Freitag, den 22. Oktober 1945 1. Jahrgang

## Wir werden es meistens!

Von Leopold-Adamovich-Verlag, Ebn.-Feld

„Ich bin ein Arbeiter“, schreiben die Arbeiter in den Briefen, die sie an die Redaktion des „Steirerblattes“ schreiben. Sie schreiben, dass sie die Arbeiter sind, die die Arbeit machen, die die Arbeit machen, die die Arbeit machen...

Wir wissen, daß gerade die arbeitende Klasse diejenige ist, die die Arbeit macht, die die Arbeit macht, die die Arbeit macht...

Wir wissen, daß gerade die arbeitende Klasse diejenige ist, die die Arbeit macht, die die Arbeit macht, die die Arbeit macht...

Wir wissen, daß gerade die arbeitende Klasse diejenige ist, die die Arbeit macht, die die Arbeit macht, die die Arbeit macht...

Wir wissen, daß gerade die arbeitende Klasse diejenige ist, die die Arbeit macht, die die Arbeit macht, die die Arbeit macht...

## Zum Geleit!

Nach der Debatte über die Arbeit, die die Arbeit macht, die die Arbeit macht...

Aber, und es soll heißt dazu beitragen, daß die Arbeit gemacht wird, die die Arbeit macht, die die Arbeit macht...

## Wahlaufruf der Österreichischen Volkspartei

Am 22. November 1945 werden die Wahlen zur Arbeit, die die Arbeit macht, die die Arbeit macht...

1. Arbeit der Arbeiter, die die Arbeit macht, die die Arbeit macht...

2. Arbeit der Arbeiter, die die Arbeit macht, die die Arbeit macht...

3. Arbeit der Arbeiter, die die Arbeit macht, die die Arbeit macht...

4. Arbeit der Arbeiter, die die Arbeit macht, die die Arbeit macht...

5. Arbeit der Arbeiter, die die Arbeit macht, die die Arbeit macht...

Wahlaufruf der Arbeiter, die die Arbeit macht, die die Arbeit macht...

Die Arbeit, die die Arbeit macht, die die Arbeit macht...

## Die Woche in Kürze

Die Arbeit, die die Arbeit macht, die die Arbeit macht...

## Die Österreichische Volkspartei

Die Arbeit, die die Arbeit macht, die die Arbeit macht...

Die erste Ausgabe des „Steirerblattes“ vom 26. Oktober 1945, die bis Jahresende als Wochenzeitung herausgegeben wurde. Mit Jahresanfang 1946 wurde das Blatt sodann als Tageszeitung kolportiert.



Zielgruppenplakat der ÖVP.



Plakat mit dem Aufruf zur Mitarbeit in der ÖVP.



Leopold Figl und Josef Krainer sen., die Männer des Wiederaufbaus.





Großkundgebung mit LH Anton Pirchegger und Landesleiter Alfons Gorbach.



Plakat zum 1. Treffen der Österreichischen Jugendbewegung Steiermark.



Zeitungsausschnitt des „Steierblattes“ zum 1. Landesparteitag der Steirischen Volkspartei am 16. Juni 1946.





Anton Pirchegger, der nach den ersten freien Wahlen gewählte Landeshauptmann der Steiermark nach 1945. Gemälde von Ingrid Copertini aus dem Jahr 2001, zu sehen im Landtagsklub der Steirischen Volkspartei.



In der ersten Reihe sitzend: LH Josef Krainer sen. und der spätere Minister für Handel und Wiederaufbau Udo Illig, der bei der Nachfolge von Anton Pirchegger als Landeshauptmann innerparteilicher Gegenkandidat Krainers war.



Plakat aus dem Jahr 1948, das die Wiederaufbauleistungen der ÖVP propagiert.

„60 Jahre Steirische Volkspartei“

---

Die Ära Josef Krainer sen.  
1948–1971



## Konsolidierung in der Volkspartei

---

Innerhalb der Volkspartei beendete die Entscheidung für Josef Krainer<sup>1</sup> auf der Führungsebene eine Phase von wachsender Zersplitterung, ja nahezu von Chaotisierung. Daraus hätten durchaus Desintegration und Chaos im zweiten und dritten Stockwerk folgen können – etwa im Landtagsklub, etwa zwischen bzw. in den Bündeln auf Landes- und/oder Bezirksebene. Aber nicht nur durch die Wahl Krainers wurde damals Konsolidierung bewirkt. Zu diesem Effekt trugen wenigstens drei weitere Vorgänge bei:

Von erstrangiger Bedeutung wurde 1948/49, dass sensible personelle Weichenstellungen im Bauernbund bzw. in dessen Einflussbereich schließlich bemerkenswert glatt abliefen, obwohl sie das Potenzial für anhaltende schwere Konflikte durchaus beinhalten. Mit dem Abgang Pirchegggers und Hollersbachers war de facto ja über die Besetzung von vier Funktionen zu befinden: über die Sitze der beiden in der Landesregierung, über die Präsidentschaft in der Landeswirtschaftskammer und über die Obmannschaft im Bauernbund selbst. In drei Schritten kam man zwischen Jänner 1948 und März/April 1949 zu belastbaren und darum dauerhaften Ergebnissen: Anfang 1948 resignierte Hollersbacher als Kammerpräsident; Josef Wallner, bisher Vizepräsident der Kammer, folgte ihm; freilich ging bereits das im Bauernbund nicht ohne „Kampfabstimmung“ ab; Franz Thoma rückte in das Amt des Vizepräsidenten auf; damit waren an der Kammerspitze wie bislang die ober- wie die oststeirischen Bauern vertreten, zugleich der katholische wie der „landbündlerische“ Flügel des Bauernbundes. Im Frühsommer stand neben der Entscheidung über den Landeshauptmann auch die über die Landesräte an: Der Landesbauernrat vom 28. Juni 1948 designierte Franz Thoma und Ferdinand Prirsch, den Bezirksobmann von Fürstenfeld und bisherigen Nationalratsabgeordneten. Thoma war praktisch unumstritten. Von ihm hofften Bauern und Partei, dass es mit ihm gelingen werde, entweder die Formierung einer vierten Partei in der Steiermark noch zu verhindern oder deren Erfolg bei den 1949 fälligen Nationalrats- bzw. Landtagswahlen, aber auch bei den nicht mehr fernen Wahlen in die Landwirtschaftskammer zu begrenzen. Er musste geradezu auf den Schild gehoben werden und mit 36 von etwa 40 Stimmen geschah das im Landesbauernrat auch eindrucksvoll. Um den anderen Regierungssitz aber ritterten Wallner und Prirsch: Jener kam nur auf sechs, dieser auf 25 Stimmen (neun lauteten auf Babitsch). Trotzdem resümierte Babitsch: „Wirklich feiner Verlauf.“<sup>2</sup> Offenbar nahm Wallner die schmerzliche Niederlage nicht nur im Augenblick fair hin, sondern tatsächlich ohne anhaltende Bitterkeit. Er und Prirsch vereinbarten gute Kooperation und praktizierten sie. Nicht zuletzt

deshalb ging im dritten Schritt Wallners<sup>3</sup> Wahl zum Bauernbundobmann im Frühjahr 1949 ganz glatt.

Konsolidierungswirkung in der Partei hatte zweitens bereits kurz- wie noch mehr langfristig eine Personalmaßnahme, die die Landesparteileitung bereits im Juni 1947 vorgenommen hatte: Kobers Entfernung als Landespartei sekretär. Scheinbar spontan wurde die Causa in der Sitzung vom 2. Juni erstmals besprochen – unter „Allfälliges“. So sollte vermutlich verhindert werden, dass sich eine Gruppe für Kober formiere. Es hagelte schwere Vorwürfe, unter anderem, dass Kober intensive Kontakte zur KPÖ pflege, dass er sich in heikle Dinge mische, die ihn nichts angingen, usw. Gorbach wollte von all dem noch nie etwas gehört haben. Nur Illig sprach für Kober, wenn auch zurückhaltend. Schließlich bezeichnete Krainer die Linie, auf die sich alle verständigen konnten: Über die einzelnen „Anschuldigungen“ gegen Kober solle das Ehrengericht der Partei befinden, die Parteileitung brauche nur festzustellen, dass der Mann als Landespartei sekretär nicht mehr „tragbar“ sei; er sei zu jung und es fehle ihm „jedes Verständnis und jeder Takt“ für diese Funktion. Knapp zwei Wochen später, am 14. Juni 1947 wurde in diesem Sinne einstimmig Beschluss gefasst.<sup>4</sup> Kobers Nachfolge trat am 1. September 1947 Franz Wegart<sup>5</sup> an. Schon 1945 war er durch Quanditsch für die Funktion eines Organisationsleiters im Bezirk Radkersburg/Mureck gewonnen worden, 1946 hatte ihn Babitsch überredet, dieselbe Funktion in der Landespartei zu übernehmen. Mit ihm „konnte“ Gorbach, der Offizier des Ersten Weltkrieges harmonierte mit dem Unteroffizier des Zweiten. Jung war Wegart, geb. 1918, kaum weniger als Kober, geb. 1920. Aber er brachte den „Takt“ mit, der an seinem Vorgänger vermisst worden war. Ihn zeichneten Diskretion, Übersicht, Genauigkeit, langer Atem, detaillierte Kenntnisse, Organisations- und Finanzierungstalent sowie rhetorische Begabung aus. Bis 1962 fungierte er als Landespartei sekretär, bereits 1961 stieg er in die Landesregierung auf. Von Wahl zu Wahl war sein Gewicht in der Volkspartei schwerer geworden und sie verdankte die Dauerhaftigkeit ihres Status als führende Partei des Landes seit den 1950er Jahren mehr und mehr auch ihm. Jedenfalls wurden strategisch-taktische Qualität und „Kampfkraft“ des Apparates der steirischen ÖVP mit den Jahren geradezu legendär.

Drittens: Auf dem zweiten Landespartei tag der steirischen ÖVP wurden am 27. November 1948 das „Landesparteiorganisationsstatut“ und die es ergänzende „Geschäftsordnung“ beschlossen – einstimmig und ohne weitere Debatte. Jahrelange Auseinandersetzungen, die allerdings primär über das Bundespartei statut, den normativen Rahmen aller Landesstatute, geführt worden waren, fanden damit ein Ende. In diesen Texten bildeten Regelungen über die Zusammensetzung der Parteiorgane, über deren Wahlmodalitäten und über deren Zuständigkeiten den harten Kern. Seitdem standen solche Fragen, anders als bislang, nicht mehr sozusagen von Monat zu Monat zur Disposition. Das „Landespartei präsidium“ wurde als oberste Autorität etabliert. Es bestand aus dem Partei obmann, den drei Bündeobleuten als seinen Stellvertretern, der Vorsitzenden der Frauen-

organisation, den ÖVP-Mitgliedern der Landesregierung, dem Landespartei sekretär sowie den Hauptbezirksparteiobleuten der Wahlkreisvororte Graz, Leibnitz, Feldbach und Leoben – damals somit 15 Personen, denen ein Jugendvertreter mitunter zugezogen wurde. Formell ist es der ungefähr 50 Personen zählenden „Landesparteileitung“ verantwortlich, de facto aber übergeordnet. Komplex genug zusammengesetzt, taugt es gut zur Legitimation von Beschlüssen gegenüber der zweiten und dritten Ebene – z. B. bei der allemal dornigen Thematik der Mandatsverteilung. Aber es ist zu groß und zu sehr aus Funktionären unterschiedlicher Autorität innerhalb des Parteigefüges gebildet, um in seinem Plenum andere heikle und strittige Fragen tatsächlich diskutieren und entscheiden zu können. Deren Bearbeitung verlagert sich demgemäß in der Folge auf informelle Ebenen, z. B. Gespräche zwischen Parteiobmann, Landeshauptmann und Bündeobleuten. Was dort vereinbart wird, akzeptiert das Präsidium dann in der Regel umstandslos. Es anerkennt mithin, dass während der Jahre 1945–1948, das heißt während der Phase von Formierung und Strukturbildung in der Partei, Autoritätsverhältnisse entstanden sind, die in ihrer Summe aus einem Mix von Organisations- und Hausmacht, von finanzieller Kapazität, von Urteils- und Überzeugungskraft einzelner Personen usw. herrühren – also aus dem Mix ganz verschiedenartiger Faktoren, ohne deren Berücksichtigung die flexible Stabilität in Partei und Lager schlechthin nicht zu haben, noch weniger zu wahren ist. Als Konsequenz davon geht es im Parteipräsidium demgemäß routinierter zu; anders als zuvor gibt es in ihm zu Debatten, die elementare Fragen berühren, kaum mehr Anlass. (Die Sitzungsprotokolle büßen von ihrem Aussagewert ein, die Historiker trauern.)

#### Konsolidierung in Staat und Land:

##### Wirtschaftsaufschwung durch den Marshall-Plan

Konsolidierung wurde ab 1948 nicht nur parteiintern spürbar. Konsolidierung war, wenn auch vorerst nur in Spurenelementen, generell zu bemerken und das wirkte auf die Träger der Politik so zurück wie auf die Bevölkerung, nämlich hauptsächlich ermutigend. Im Brennpunkt standen die ersten Anzeichen wirtschaftlicher Konsolidierung. Bis dahin hatten Land und Leute trotz Anspannung aller ihrer Kräfte gerade von der Hand im Mund existieren können; Hilfslieferungen aus „Übersee“ (Stichwort UNRRRA) hatten in Österreich und anderswo das pure Überleben ermöglicht, nicht mehr. Braunkohlen- und Eisenproduktion waren in der Steiermark zwar schon zwischen 1946 und 1948 rasanter gewachsen als in den Folgejahren – aber nur gemessen an der erbarmungswürdigen Ausgangslage von 1945.<sup>6</sup> Wirtschaftliche Regeneration auf breiter Front war aber nicht in Gang gekommen, auch in Westeuropa nicht. Die damaligen staatlichen Wirtschaftslenkungssysteme – Rationierung bzw. Zuteilung von Gütern aller Art, politisch fixierte Preise, möglichst niedrig gehaltene Löhne – waren zwar für den Augenblick unvermeidlich, aber gleichzeitig



für wirklichen Aufschwung untauglich, ja kontraproduktiv. Erst die Beschlussfassung über den „Marshall-Plan“<sup>7</sup> im Frühsommer 1948 und über die mit ihm verknüpfte OEEC löste die Blockade zwischen dem kurzfristig Zwingenden und dem gleichzeitig langfristig Schädlichen. Ohne Gegenleistungen der europäischen Länder zu fordern – ausgenommen ihren nachhaltigen Kooperationswillen innerhalb der OEEC – finanzierte der Plan aus den US-Budgets durch vier Jahre (1949–1952) die Lieferung von Waren aller Art nach Europa, vor allem die von Produktionsmitteln und Investitionsgütern (= ERP-Programm). Auf dem „alten Kontinent“ – übrigens inklusive Großbritannien und Irland – lösten die dann jenen beispiellosen Produktionsaufschwung aus, der in den 1950er Jahren in die „Wirtschaftswunder“ überging. Trotz Besatzungsstatut und trotz sowjetischer Opposition gegen das gesamte Projekt konnte Österreich an ihm vom Start weg teilnehmen, ja es wurde im Ländervergleich sogar überdurchschnittlich berücksichtigt. Nicht nur Industrie, Bergbau- und Energiesektor (Kaprun!) profitierten davon, vielmehr besonders stark auch die Landwirtschaft.<sup>8</sup> In einem Satz: Auch in Graz, auch in der Steiermark sah man den bekannten Silberstreifen – und bald mehr. Dass mit Wilhelm Taucher der bisherige steirische Handelskammerpräsident zum Leiter des österreichischen ERP-Büros berufen wurde, stimmte im Land nicht traurig.

#### Konsolidierung in Staat und Land: Gesellschaftliche Integration und „Versöhnungspolitik“

---

Auch gesellschaftliche Konsolidierung kam so ein wenig in Gang. Wer in dem sich entfaltenden Wirtschaftsleben als Selbstständiger, als Arbeiter oder Angestellter „seinen Mann“ stellte – und allerdings waren es noch bzw. wieder weit überwiegend Männer –, gewann ein zuversichtlicheres Selbstverständnis. Das galt besonders für altersbedingt noch gar nie berufstätig gewesene oder nach langer Lagerhaft desorientierte, verunsicherte Heimkehrer. Auch manchen „volksdeutschen“ Flüchtlingen gelang bereits Integration: Etwa 56.000 waren 1945 in die Steiermark gekommen, die meisten aus Jugoslawien; rund 12.000 von ihnen waren zuerst, sehr wesentlich mit britischer Hilfe, in 14 Lagern untergebracht worden. Bis 1954 machten sich 7.000, wie es hieß, „sesshaft“ (5.000 lebten auch damals noch in Lagern.) In diesen und anderen Sektoren taten Bundes- und Landespolitik, was sie nur konnten. Dabei ging nach Lage der Mehrheitsverhältnisse dort wie da nichts ohne zumeist aktives Eintreten der Volkspartei. Ab 1948 war das Land zusehends mehr in der Lage, sich zu engagieren: teils infolge des Finanzausgleichsgesetzes von 1948, teils der konjunkturellen Entwicklung wegen stiegen seine Einnahmen pro Jahr mehrmals um mehr als 100 Millionen Schilling, sein Spielraum wurde größer.<sup>9</sup>

Wunsch nach bzw. Bedarf an gesellschaftlicher Konsolidierung betraf sehr viele und auf sehr unterschiedliche Weise. Sie betraf keine Gruppe mehr als die früheren Mitglieder

der NSDAP und der ihr angegliederten Organisationen.<sup>10</sup> Das Verbotsgesetz 1945 hatte sie zur Registrierung verpflichtet. Dabei wurden sie in verschiedene Kategorien eingeteilt, an die sich unterschiedliche Straf- und Sühnebestimmungen knüpften. Weder hatte die Gesetzgebung pauschale Bestrafung vorgesehen noch das Problem bagatellisiert. Ihre Prinzipien waren rechtsstaatliche, weil sie erstens Willkür verbot, indem sie Tatbestände definierte, an die sich Folgen knüpften, und weil sie zweitens Einsprüche gegen erstinstanzliche Entscheidungen ermöglichte. Hunderttausende waren potenziell betroffen, zigtausende erhoben Einspruch – gegen ihre Registrierung überhaupt oder gegen ihre Einstufung. Das erforderte individuelle Prüfungen und umständliche Verwaltungsverfahren. Bereits 1946 zeigte sich Revisionsbedarf: Die Verfahren waren zu zahlreich und die in ihnen vorgelegten Dokumente und aufgerufenen Zeugen sehr oft fragwürdig. An Interventionen, nicht zuletzt an parteipolitischen, war kein Mangel. So kritisierten auch die Besatzungsmächte das Gesetz und noch mehr seine Anwendung; nicht zuletzt deshalb nahmen sie „Entnazifizierung“ teilweise selbst in die Hand.

Das Ergebnis der Revision war das massiv veränderte Verbots- bzw. Nationalsozialistengesetz vom Februar 1947. Es sah vor allem nur mehr zwei Kategorien von Registrierungspflichtigen vor: die Minderbelasteten und die Belasteten. Spezielle Kommissionen nahmen die Zuordnung vor. Die Rechtsfolgen für die beiden Gruppen lauteten vollkommen unterschiedlich, sehr einschneidend für die Belasteten, sehr reduziert für die Minderbelasteten. Zwar galten auch für sie „Sühnefolgen“, einmalige Abgaben vom Vermögen und laufende in Form von Steuerzuschlägen; auch wurde ihnen der Zugang zu einigen Berufen entweder vollkommen verwehrt (z. B. zur Exekutive und zur Strafrechtspflege) oder wesentlich erschwert. Aber § 27 des Gesetzes ermöglichte teilweise oder gänzliche „Ausnahme“ von den Sühnefolgen aufgrund eines großzügig gehaltenen Kriterienkatalogs und ein ergänzendes Gesetz richtete noch 1947 spezielle Kommissionen ein, die bezüglich der Berufszugänge das Sagen bekamen (in ihnen waren die Parteien und die Berufsvertretungen repräsentiert). Schließlich beendete 1948 ein Amnestiegesetz die Sühnefolgen für die Minderbelasteten überhaupt. Das aktive wie das passive Wahlrecht hatte ihnen bereits das NS-Gesetz von 1947 wieder zuerkannt.

Ein Jahr nach dessen Inkrafttreten lag das wesentliche Ergebnis vor: In ganz Österreich waren 487.000 als Minderbelastete eingestuft worden (darunter 135.000 Frauen) und 43.500 als Belastete. Die entsprechenden Zahlen für die Steiermark lauteten: 86.945 Minderbelastete (davon 26.215 Frauen) und 6.628 Belastete. In Summe waren somit rund 7,5 % der Gesamtbevölkerung Österreichs von der Problematik direkt betroffen, in der Steiermark mit 8,4 % überproportional viele; rechnete man den Anteil von Kindern und Jugendlichen aus der Gesamtbevölkerung heraus, dann kam man zum Befund, dass das NS-Gesetz wenigstens ein Zehntel der erwachsenen Österreicher und etwa jeden achten erwachsenen Steirer unmittelbar anging. Volumen und Stellenwert der Thematik für vermutlich lang dauernde Labilität der österreichischen Gesellschaft einerseits, für deren

Konsolidierungschancen andererseits bildeten sich in diesen Zahlen ab. Dass die, selbstverständlich nur mit Zustimmung aller vier Besatzungsmächte, ermöglichte NS-Gesetzgebung von 1947/48 einem Anteil von mehr als 90 % der ursprünglichen „Zielgruppe“ unter dem Titel „minderbelastet“ rechtliche Reintegration zuteil werden ließ, bedeutete für das „neue Österreich“ bzw. für seine Gesellschaft einen Konsolidierungsgewinn erster Ordnung.

Den Grundzug dieser Gesetzgebung hatten alle politischen Parteien Österreichs, anfangs auch die KPÖ, bereits 1945 im Auge gehabt: die Unterscheidung zwischen und differenzierte rechtliche Behandlung von NS-„Mitläufern“ einerseits, NS-Aktivisten und -Funktionären andererseits. Neben anderen Motiven und Zielen war für diese Unterscheidung die Überlegung zentral, dem voraussichtlich lernunwilligen harten Kern der bisherigen NS-Anhängerschaft die Chance zu nehmen, die Masse der Mitläufer weiter in seinem Sinne beeinflussen, sie gewissermaßen als seine Geisel halten zu können. In anderen Worten: Deren Reintegration in das „neue Österreich“ sollte den Kreis der sich voraussichtlich als verfolgte „Märtyrer“ Beklagenden möglichst gering halten. Aber diese Reintegration war zudem umso mehr angesagt, als es ohnedies zu Recht als ebenso kontraproduktiv wie unrealisierbar galt, sie auf lange Zeit auszugrenzen, sie rechtlich und faktisch als Staatsbürger zweiter Klasse zu behandeln. Unter dieser Voraussetzung aber hatten sie früher oder später wieder das Wahlrecht zu bekommen: Demokratien können sich ihr Volk nicht aussuchen. Rebus sic stantibus: Jede Partei musste sie auch als potenzielle künftige Wähler sehen, als eigene oder als die der Konkurrenz.

Niemand stand in der Öffentlichkeit damals mehr für diese „Versöhnungspolitik“ als Alfons Gorbach.<sup>11</sup> Er avancierte zu deren Hauptsprecher in der Volkspartei überhaupt, österreichweit und naturgemäß besonders in der Steiermark. Als KZ-Opfer konnte er diese Politik aller NS-Sympathien unverdächtig vertreten. Er vertrat sie als praktizierender Christ aus voller Überzeugung, freilich nicht naiv. In der Debatte über das Amnestiegesetz sagte er am 21. April 1948 im Nationalrat, es könne durchaus als „Mangel der Demokratie“ aufgefasst werden, „dass ihr Gerechtigkeitsbegriff (...) freigehalten werden soll von Härte“, erst recht von Rücksichtslosigkeit und Rache. In einem Satz: Er übersah das Dilemma nicht, das zwischen dem herrschte, was im Namen von „Gerechtigkeit“ wünschenswert sein mochte, und dem, was gerade auch in Übereinstimmung mit der Mehrheitsmeinung der Bevölkerung Konsolidierung und innere Befriedung geboten. Bekanntlich nahmen sich die österreichischen Parteien dann nicht nur im Wege der Gesetzgebung der „Ehemaligen“ an. Dem Amnestiegesetz hatte übrigens 1948 selbst die KPÖ zugestimmt. Besonders SPÖ und ÖVP wirkten auch an der Umsetzung der Gesetze in die Alltagspraxis nachdrücklich mit. Beide bemühten sich, zigtausende während der 1930er und frühen 1940er Jahre an die NS-Bewegung bzw. NS-Ideologie „verlorene Söhne“ – viel weniger verlorene Töchter – für sich zurückzugewinnen. Beide hatten daran Bedarf: Aus dem sozialistischen Lager waren nach 1934 und 1938 scharenweise „Proletarier“ zu den

„Braunen“ übergegangen, aus dem „schwarzen“ Lager scharenweise Bürger und Bauern. Auch Leute, die sozusagen „immer“ schon dem dritten Lager zugehört hatten, machten ÖVP und SPÖ zu ihren Zielgruppen: Jene sollten bei ihnen ihre politisch „neue Heimat“ finden. Praktisch manifestierten sich diese Bestrebungen darin, dass getrachtet wurde, zuerst für möglichst viele die Einstufung als „Minderbelastete“ zu erreichen, dann ihre Wiederezulassung zu Berufen. Viele Ansuchen um Anwendung von § 27 NS-Gesetz wurden durch die zwei Großparteien gefördert, überhaupt Arbeitsplätze an „Ehemalige“ – freilich nicht nur an diese – zu vermitteln versucht (am besten gelang dies natürlich bei Jobs im öffentlichen Dienst, in Krankenanstalten, in Sozialversicherungsanstalten usw., wogegen sich private Arbeitgeber anscheinend gegen Parteiinterventionen oft „schwerhörig“ stellten) Die Durchführungsbestimmungen der Gesetze und deren Verfahrensregeln – z. B. die Rolle der erwähnten Kommissionen, in denen auch Parteienvertreter saßen – gaben den Parteien zahlreiche Handhaben für ihr Einschreiten. SPÖ und ÖVP richteten spezielle Organisationen und Referate ein, die sich ausschließlich oder hauptsächlich um einschlägige Angelegenheiten zu kümmern hatten. Die SPÖ gründete z. B. den „Bund Sozialistischer Akademiker“ (BSA) damals primär für diese Zwecke. In der steirischen ÖVP wurde 1948 unter dem Vorsitz von Gorbach selbst der „Amnestie-Aktions-Ausschuss“ (AAA) eingerichtet; seine Tagesgeschäfte standen unter der Federführung von Franz Allitsch, einem minderbelasteten höheren Industrieangestellten. Bereits dem 2. Landesparteitag vom 27. November 1948 legte der Ausschuss eine Resolution vor, die in vier Punkten zwecks „einer humanen Gesetzesanwendung“ weitere Erleichterungen in den Durchführungsbestimmungen forderte und außerdem ein Gesetz zur „Heimkehreramnestie“. <sup>12</sup> Mit dem AAA war zwar weder organisatorisch noch hinsichtlich ihrer generellen Zielsetzung die „Hilfs- und Betreuungsstelle für Heimkehrer“ (HBH) identisch, deren Leitung Gorbach Ernst Strachwitz übertragen hatte (wie gezeigt war Strachwitz in der Partei auch für „besondere Aufgaben“ der Jugendbetreuung zuständig). Aber beide, HBH und AAA, arbeiteten, wie man sieht, de facto vielfach Hand in Hand. Dazu kamen innerhalb des Landespartei sekretariats je ein Rechts-, Interventions- und ein „personalpolitisches“ Referat. Landespartei sekretär Wegart freute sich in seinem Bericht an den 2. Landesparteitag am 27. November 1948, dass es gelungen war, sie finanziell und personell zu realisieren, und beschrieb ihre Aktivitäten so: „Für die unzähligen Vorsprachen von unverschuldet in Not geratenen ehemaligen Nationalsozialisten wurde ein eigenes Referat eingerichtet.“ Es habe „vornehmlich (...) Rechtsberatung durchzuführen in jenen Fällen, wo Nationalsozialisten ohne persönliche Schuld nur wegen reiner Formaldelikte in politische und wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind. In vielen Fällen gelang es, bei der Registrierungsbehörde erster und zweiter Instanz helfend einzugreifen. Von den an die Bundesparteileitung in Vorlage gebrachten § 27-Ansuchen wurden bisher 168 Fälle positiv erledigt.“ <sup>13</sup>

Die tägliche Praxis solcher Referate, Ausschüsse und Organisationen war bei ÖVP wie SPÖ selbstverständlich maßgeblich durch den faktischen Zwang bestimmt, im Blick

auf kommende Wahlen der Konkurrenz große Zahlen neu Wahlberechtigter nicht geradezu fahrlässig zu überlassen. Wer aus sehr guten, wenn auch, wie gezeigt, nicht unanfechtbaren Gründen A gesagt hatte, musste bei Strafe gesamtpolitischen Einfluss- und Gestaltungsverlustes auch B sagen. Hinsichtlich ihrer Einzelheiten bedürfen die skizzierten Vorgänge weitgehend noch der Erforschung; das gilt nicht zuletzt für den Amnestieausschuss, von dem das Archiv der Steirischen Volkspartei keinen geschlossenen Dokumentenbestand besitzt. Mitunter fanden bereits Zeitgenossen, in der Volkspartei z. B. Babitsch, es werde nicht selten über das Ziel geschossen, der Hilfe Unwürdige machten sich an die Partei(en) heran, manchmal auf geradezu erpresserische Weise; die von früher bekannte Anmaßung von NS-Leuten sei wieder zu verspüren, besonders bei Akademikern. Insbesondere Allitsch war in der ÖVP zunehmend umstritten.<sup>14</sup> Aber trotz vermutlich nicht weniger Schatten hat die „Versöhnungspolitik“ insgesamt im weitesten Sinne dieses Begriffes soziale Konsolidierung vollbracht, und zwar gerade in dem sensibelsten, das heißt für das Gefüge der österreichischen Gesellschaft damals am meisten Destabilisierungspotenzial bergenden Segment. Der Rückblick zeigt, dass dessen Re- bzw. Neuintegration gelungen ist. „Versöhnungspolitik“ hat nicht Insassen trojanischer Pferde in das Innere der Zweiten Republik befördert, sie hat deren demokratische und rechtsstaatliche Substanz weder ausgehöhlt noch verdorben.

#### Politische Konsolidierung oder Destabilisierung? – Die Vierte Partei

Gesellschaftliche Konsolidierung und besonders ihre auf die Einbindung der „Ehemaligen“ gerichteten Prozesse liefen mit der politischen Stabilisierung weder simpel parallel noch standen sie ihr einfach entgegen. Auf der einen Seite fing die soziale Konsolidierung, namentlich die „Versöhnungspolitik“ Destabilisierungspotenziale so nachhaltig auf, dass Rechtsstaat, Parlamentarismus, demokratisch legitimierte Regierung – kurz: die Verfassungsordnung – in der Folge gar keinen außergewöhnlichen Herausforderungen ausgesetzt wurden; sie brauchten sich „nur“ im Alltag zu bewähren. Aber anders verhielt es sich mit dem Parteiensystem. Mehrere teils skurrile, teils ernst zu nehmende Bemühungen, es über die drei Parteien von 1945 hinaus zu erweitern, waren im Sande verlaufen. 1949 aber wurde die damals die „Vierte“ genannte Partei Realität. Sie trat das Erbe des „dritten“ Lagers an, sie versuchte sich als die „Dritte Kraft“ zu positionieren. Insofern stellte ihr (Wieder-)Auftreten die traditionelle österreichische Drei-Lager-Struktur wieder her, bedeutete es geradezu einen Schub zurück zur „Normalität“. Tatsächlich bildeten die nun wahlberechtigten „Minderbelasteten“ und jene von deren Angehörigen und Freunden, die schon 1945 wählen dürfen, ferner die Masse der Heimkehrer – ob von NS-Gesetzgebung betroffen oder nicht: 1949 allesamt Neuwähler – und einige tausend inzwischen eingebürgerte Volksdeutsche die hauptsächlichen Zielgruppen der „Vierten Partei“, sie

machten den sozialen Humus aus, auf dem sie zu gedeihen hoffte. Aber das neue Wahlangebot wandte sich mit Nachdruck auch an solche selbstständige Bürger und Bauern, (Privat-)Angestellte und nicht zuletzt Arbeiter, die 1945 eine der damaligen Parteien nicht aus Überzeugung, sondern bloß als kleineres Übel gewählt hatten oder die sich seitdem von diesen allen enttäuscht sahen. Gerade die 1949 in der ersten Reihe der „Vierten Partei“ stehenden, als ihre unmittelbaren Gründer anzusprechenden beiden Journalisten Herbert Kraus und Viktor Reimann appellierten ausdrücklich an die – modern gesprochen – traditionelle oder neu entstandene Parteienverdrossenheit vieler Zeitgenossen, sie appellierten an den Missmut vieler gegen die Allgegenwart der beiden Großparteien („Proporz“), gegen die Intensität, mit der beide in wirklich oder vermeintlich „unpolitische“ Lebensbereiche eindringen und Gefolgschaft bzw. Dank für geleistete oder in Aussicht gestellten Hilfe einforderten.

Kurzum: Es gab nicht nur einen Zusammenhang zwischen dem bevorstehenden Auftreten von „Minderbelasteten“, Heimkehrern usw. in den Wahllokalen und den Chancen der „Vierten Partei“, es zeichnete sich auch ein Zusammenhang ab zwischen den Hoffnungen dieser Partei und dem (Wieder-)Entstehen von – modern gesprochen – „Bürgergesellschaft“ als Konsequenz wirtschaftlich-sozialer Konsolidierung. Durch beide Zusammenhänge wurde um 1950 primär die Volkspartei herausgefordert: Aktuell stand sie – wie auch die SPÖ – vor der Frage, wie viele der Adressaten von „Versöhnungspolitik“ usw. sie bei ihren Fahnen halten konnte. Mittelfristig aber hatte sie sich mit der Spannung zwischen den traditionellen Vorstellungen und Praktiken von „policy-making“ in ihren Reihen einerseits und den Erwartungen andererseits auseinander zu setzen, die das sich zunehmend emanzipierende, „autonome“ staats- bzw. zivilbürgerliche Selbstbewusstsein an Inhalte und Stil von Politik richtete. In anderen Worten: Bedarf an der später so genannten „Reformpolitik“ begann sich bereits abzuzeichnen, Bedarf an „Reformern“. (Die Sozialdemokratie war bzw. wähnte sich von dieser Problematik damals noch nicht betroffen.)

Die Vorgeschichte der „Vierten Partei“ spielte nicht zuletzt in der Steiermark.<sup>15</sup> Da die SPÖ ein erstrangiges strategisches Interesse am Auftreten einer „bürgerlichen“ Rivalin der ÖVP hatte, war ihr Landesvorsitzender LHStv. Machold in dieser Vorgeschichte hoch aktiv. Die früheren Landbundpolitiker Leopold Stocker und Karl Hartleb wurden dabei zu seinen maßgeblichen Partnern, Ersterer Buch- und Zeitschriftenverleger, Zweiterer seinerzeit, von Landbund und sozialistischen Bauern gegen die „Schwarzen“ gewählt, erster Präsident der Landwirtschaftskammer. Die ÖVP setzte viel daran, diese Kreise zu stören – Zuckerbrote unter anderem durch Unterstützung für Stockers Verlag, die Peitsche in Gestalt staatsanwaltlicher Ermittlungen gegen ihn. 1948 hatte sie noch Erfolg. Doch im März 1949 wurde von Salzburg aus der „Verband der Unabhängigen“, kurz VdU, ins Leben gerufen, diesmal mit Hilfe von Innenminister Helmers (SPÖ).<sup>16</sup> Formell war der VdU zunächst nur ein Verein; als solchen konnte Helmer ihn genehmigen ohne Ingerenz der Besatzungsmächte. Aber es war klar, dass er im Herbst bei den Wahlen kandidieren würde,

als „Wahlpartei der Unabhängigen“, WdU. „Unabhängig“, das war eine Parole gegen alle vorhandenen Parteien und für Emanzipation von ihrer „Herrschaft“.

Die steirische ÖVP antwortete, indem sie sich selbst möglichst noch attraktiver als bisher für die Zielgruppen von VdU/WdU zu machen versuchte. Bereits Thomas Aufstieg zur Vizepräsidentenschaft in der Kammer und dann in die Landesregierung hatte, wie gezeigt, damit zu tun gehabt. Jetzt hofierte die Partei die „Junge Front“ (JF), eine national-konservative Verbindung von jüngeren seinerzeitigen Wehrmachtssoldaten, besonders von Offizieren; Strachwitz stand auch an ihrer Spitze. Im Juli 1949 fand auf der Stubalpe, also nicht gerade in voller Öffentlichkeit, eine „Zusammenkunft der ÖVP-Leitung“ statt, die dort mit „ehemaligen Nazis“ und der Jungen Front über Kandidatenplätze beriet. Deren Forderungen, voran die der JF, erwiesen sich als überzogen.<sup>17</sup> Aber in der Folge kam Strachwitz doch an wählbarer Stelle auf die Nationalratsliste und mit Thoma, Franz Koller d. J., Richard Kaan, Franz Amschl, Allitsch u. a. wurden Personen für den Landtag nominiert, die bei den potenziell „Unabhängigen“ wenigstens gut beleumundet waren. Franz Wegart wurde nicht zuletzt gut gereiht, um als Signal für die Soldaten- und Heimkehrergeneration zu wirken.

#### Verluste für die Volkspartei bei den Wahlen 1949

Am 9. Oktober 1949 wurden ein neuer Nationalrat und auch die Landtage gewählt.<sup>18</sup> In der Steiermark gab es rund 147.000 Wahlberechtigte mehr als 1945. Die Wahlbeteiligung stieg von ohnehin 94 % auf sogar 97%, der Anteil der ungültigen Stimmen wuchs nur schwach von rund 1 % auf 1,6 %. VdU/WdU erzielten 94.698 Stimmen, das entsprach 14,53 % (gegenüber 12 % im österreichischen Durchschnitt). In der Landeshauptstadt lauteten die entsprechenden Zahlen sogar 29.044 Stimmen bzw. 19,9 %. Die KPÖ sank im Land auf 4,53 % ab, die „Demokratische Union“ des Univ.-Prof. Dobretsberger kam auf 0,6 % und erwies sich als Eintagsfliege. Die weitaus größten Verluste hatte die Volkspartei zu tragen: In der Steiermark ging sie von ihren bislang 53 % auf 42,9 % zurück (österreichweit von knapp 51 % auf 44 %); aus 159.000 mehr gültigen Stimmen konnte sie gerade 18.000 an sich ziehen, in Graz aus gut 48.000 mehr nur 5.400, d. h. wenig mehr als jede zehnte neue Stimme. Demgegenüber kam die SPÖ mit einem blauen Auge davon: 37,4 % statt 41,6 %; allerdings, in Graz hatte auch sie ein Minus von 10,5 Prozentpunkten hinzunehmen (41 % statt 51,5 %). Wirklich erleichtern konnten sie diese Ergebnisse allerdings nicht. Als zwei Wochen später erstmals seit dem Krieg die Vollversammlung der steirischen Arbeiterkammer von deren Mitgliedern gewählt wurde, erreichte die SPÖ gerade 65,4 % – ihr bescheidenstes Ergebnis bis 1984 –, wogegen WdU/VdU mit 14,6 % zur zweitstärksten Fraktion aufstiegen; ÖVP/ÖAAB brachten es überhaupt nur auf 9,4 %.

Im Landtag lautete die Mandatsverteilung nun 22 (bisher 26) für die ÖVP, 18 (bisher 20) für die SPÖ, 1 (bisher 2) für die KPÖ und 7 für WdU/VdU. Damit war nicht nur im Landesparlament die absolute Mehrheit für die ÖVP verloren, sondern auch in der Landesregierung. In ihr hatte sie einen ihrer 5 Sitze an WdU/VdU abzutreten. Babitsch resümierte das Gesamtergebnis seiner Partei als in „Österreich gottlob gut, aber nur durch das Aushalten von Wien, Niederösterreich und Burgenland. Steiermark hat verloren und alle Länder.“ Sie bleibe „halt ein Land des Landbundes und der Nazi. Daran konnte auch der Amnestieausschuss nichts ändern. Gorbach ist auch recht deprimiert.“<sup>19</sup> Und wirklich hatte der Parteiobmann allen Grund dazu. Als er wenig später in Wien im Nationalratsklub der ÖVP erschien, schlug ihm eine „eiskalte Stimmung über das Fehlschlagen“ seiner Politik entgegen; es hieß „ein geschlagener General muss in die Pension usw.“.<sup>20</sup> Im Juni 1950 sollte es auf dem 3. Landesparteitag der Steirischen Volkspartei noch schlimmer für Gorbach kommen. Selbst Krainer, zweifellos aus härterem Holz geschnitzt als Gorbach, scheint nach dem Wahldebakel niedergeschlagen gewesen zu sein und sich gefragt zu haben, ob er zurücktreten solle. Am 12. Oktober redete ihm Babitsch eine Stunde lang zu, „zu bleiben“. Vielleicht gab der Landeshauptmann aber auch nur vor, resignieren zu wollen. Denn die größten aktuellen Schwierigkeiten standen gerade in „seinem“ Bauernbund bevor, der auf eines seiner bislang drei Landesregierungsmitglieder verzichten musste, aber – wenn man von Krainers „eigenem“ Platz absah – für den verbleibenden Sitz drei Interessenten hatte: Prirsch und Thoma, die neuen Landesräte von 1948, und allenfalls Wallner. Dass der sich nur bereit erklärte „einzutreten, um niemand zu kränken“, das heißt quasi als Notnagel, um eine Kampfabstimmung zu vermeiden, ist wenig glaubwürdig. Mittlerweile Obmann des Bauernbundes, hatte er sich wiederholt für die Landesregierung sozusagen angemeldet. Schließlich verzichtete er aber und die Landesparteileitung entschied am 3. November mit 21 zu 20 (!) Stimmen für Prirsch.<sup>21</sup> Wallner räumte, damit Thoma abgefunden werden konnte, sogar das Landtagspräsidium; als Thoma 1952 als Landwirtschaftsminister nach Wien ging, kehrte Wallner allerdings als Landtagspräsident zurück.

Um den Bestand der Volkspartei:

Die Krisen 1949/52 und erneute Verluste bei den Wahlen 1953

Die Wirkungen der Wahlniederlagen gingen tief. Zwar gab es nach der abermaligen Enttäuschung durch die Arbeiterkammerwahl – wie gezeigt: nur 9,4 % für den AAB, weit weniger als für die WdU – noch 1949 einen beachtlichen Erfolg bei der ersten Nachkriegswahl in die Landwirtschaftskammer: 79,5 % behauptete der Bauernbund trotz der Konkurrenz der „Freiheitlichen Bauernschaft“, die auf 12,4 % kam; das „Steirische Landvolk“ der SPÖ musste sich mit knapp 8 % begnügen. Dass man in der Vollversammlung 32 von



insgesamt 39 Kammerräte erobern würde, hatte im Bauernbund kaum mehr jemand zu hoffen gewagt. – Ähnlich günstig verliefen 1950 die Wahlen in die Handelskammer für den Wirtschaftsbund: Mittlerweise unter der Obmannschaft Rupert Roths von der Industrie, kam er auf knapp 82 %. Allerdings hatte er sich nur mit dem sozialistischen „Freien Wirtschaftsverband“ (10,9 %) bzw. „Sonstigen“ auseinander zu setzen – VdU/WdU hatten zugunsten von Einheitslisten mit dem Wirtschaftsbund auf eigene Kandidaturen verzichtet.<sup>22</sup> Aber die ÖVP als Partei konnte sich diese guten Ergebnisse nicht gutschreiben.

Dafür brachten die Gemeinderatswahlen den Beweis. Sie fanden am 23. April 1950 statt (außer in Graz). Gerade 38,85 % entfielen auf die ÖVP-Listen (aber 39,7 auf die der SPÖ und 11 % auf die des VdU); dass „Sonstige“, d. h. diverse lokale Namenslisten, 5,7 % erzielten, konnte für die Volkspartei nur wenig Trost sein.<sup>23</sup> Dem tristen Befund an den Wahlurnen entsprachen Verlauf und Qualität der parteiinternen Diskussionen vor und nach dem Wahltag. Seit Jahresbeginn hatte man über wichtige Einzelheiten der Wahlordnung gesprochen, die als Landesgesetz noch zu beschließen gewesen war: starre Listen, gelockerte Listen, Wahlpflicht u. a. m. waren die Themen gewesen. Dabei war man nicht einmal zu einem Katalog des Wünschenswerten gekommen, über den man mit den anderen Parteien wenigstens hätte verhandeln können, wenn auch vielleicht erfolglos. Auch die Nachbetrachtungen im Parteipräsidium brachten fast nur Deprimierendes zur Sprache: Nur mit den Landgemeinden war man einigermaßen zufrieden, der Bauernbund brauchte sich also nichts vorzuwerfen. Dagegen hatte es in aller Öffentlichkeit wilde – und naturgemäß schädliche – Konflikte zwischen AAB und JF auf dem Grazer Stadtparteitag gegeben. In Stadt- und Industriegemeinden waren empfindliche Organisationsdefizite festzustellen, die sich aber bei der deplorablen Finanzlage nicht beheben ließen, usw. Bereits im Mai vermutete LHStv. Udier, dass es auf dem bevorstehenden Landsparteitag ganze „Gruppen“ geben würde, die Kandidaten gegen Gorbach als Parteiobmann präsentieren würden, und der Grazer Stadtrat Jawornik sah sogar „viele Bewerber“ voraus. Er warnte, ein Personalwechsel im Amt des Obmannes würde überhaupt „ein Chaos (!) entstehen lassen“. Der Parteitag am 3. Juni 1950 verlief dann zwar nicht ganz so schlimm, aber schlimm genug: Von 349 wahlberechtigten Delegierten erschienen fast 60 nicht bzw. sie stimmten nicht ab – überwiegend aus unterschiedlichen Motiven frustrierte Funktionäre aus den Gemeinden. Aber selbst von den 292 tatsächlich Abstimmenden sprachen Gorbach als Landsparteiobmann in geheimer Wahl nur 235 das Vertrauen aus; 59 Stimmzettel waren entweder leer oder ungültig.<sup>24</sup>

In einer der Landesparteileitungssitzungen des Frühjahrs hatte Landeshauptmann Krainer konstatiert, die Gemeinderatswahlen hätten die „bürgerliche Feigheit“ gezeigt, die sich in geringer Wahlbeteiligung in Städten und Märkten manifestiert habe (24. April 1950).<sup>25</sup> Gewissermaßen die Begründung dafür lieferte der Leibnitzer Bezirksobmann Stenitzer mit dem Satz: „Die Bevölkerung sagt immer wieder, die ÖVP sei schwach, und ist deshalb unzufrieden.“<sup>26</sup> In beiden Äußerungen wurde in Wahrheit ein Dilemma angespro-

chen, dem sich die Steirische Volkspartei nicht hätte entziehen können, selbst wenn sie in besserer Verfassung gewesen wäre, als sie tatsächlich war: die bundespolitische Situation. Seit sie 1949 die absolute Mehrheit im Nationalrat eingebüßt hatte, war die ÖVP im Bund in allem und jedem auf die Zustimmung der SPÖ angewiesen, sie machte also „schlechte Figur“. Vor allem vermochte sie vitale Interessen ihrer ureigensten Klientel nicht zu befriedigen: Die Produzentenpreise der Bauern wurden nicht oder kaum erhöht, aber die Ablieferungspflichten blieben. Naturgemäß polemisierten die VdU-Bauernvertreter gegen Minister Josef Kraus. Die Wirtschaftstreibenden stöhnten unter den weiter geltenden Vorschriften der Wirtschaftslenkung inklusive zahlreicher Preisbindungen; die Schuld wurde beim Handelsminister geortet. Gehaltsverbesserungen im öffentlichen Dienst, besonders in dessen mittleren und höheren Etagen, stand der Finanzminister im Wege. Der bremste auch umfangreichere Einstellungen von Lehrern, die, weil vielfach „Ehemalige“, bei Unterrichtsminister Hurdes ohnehin nicht hoch im Kurs standen; denn Hurdes, zugleich Generalsekretär der Bundes-ÖVP, hielt nicht viel von „Versöhnungspolitik“, schon gar nicht seit dem „Wahlerfolg“ 1949. Es konnte nicht ausbleiben, dass sich alle diese Missstimmungen auch über Leopold Figl<sup>27</sup> ergossen, den Kanzler und Bundesparteiobmann.

Freilich war die Kritik ungerecht und kurzsichtig. Sie berücksichtigte nicht, wie eng die Spielräume der Bundesregierung insgesamt und die ihrer ÖVP-Fraktion speziell waren. Seit Sommer 1950 stiegen die Weltmarktpreise infolge des Korea-Krieges dramatisch. Nicht nur die Selbstständigen bekamen das als Druck auf ihre Kosten zu spüren, auch die Konsumenten. SPÖ und Gewerkschaftsbund wurden von links nicht weniger angefeindet als die ÖVP von rechts. Die Arbeitslosigkeit wuchs wieder. Ende September und Anfang Oktober rief die KPÖ gegen die Bestimmungen des „4. Lohn- und Preisabkommens“, auf das sich Regierung und Sozialpartner verständigt hatten, einen unbefristeten Generalstreik aus. Es kam zu Gewaltakten und Ausschreitungen, einige Tage schien das Schicksal des Landes auf des Messers Schneide („KP-Putsch“). Bundesregierung, Gewerkschaftsbund (voran Franz Olahs Bau- und Holzarbeiter) und die Koalitionsparteien brachten schließlich die Lage unter Kontrolle. Der Vehemenz der „bürgerlichen“ Kritik und der Resonanz, die sie fand, tat das alles keinen Abbruch.

Am 31. Dezember 1950 starb Bundespräsident Karl Renner. Gemäß Bundesverfassung war sein Nachfolger erstmals direkt vom Volk zu wählen. Gerne wäre die ÖVP dem entgangen, hätte sie das Staatsoberhaupt wieder wie 1945 von der Bundesversammlung küren lassen. Doch die SPÖ war für die erforderliche Verfassungsänderung nicht zu haben. So kandidierten für den 1. Wahlgang am 5. Mai 1951 schließlich für die SPÖ Theodor Körner, bislang Bürgermeister von Wien, für die ÖVP Heinrich Gleissner, Landeshauptmann in Oberösterreich, für die KPÖ der Vizepräsident des ÖGB Gottlieb Fiala – alle drei professionelle Politiker. Eine vom VdU gesteuerte frühe Bürgerinitiative präsentierte mit dem Innsbrucker Chirurgieprofessor Burghard Breitner hingegen einen „Unpolitischen“. Für die drei ersten entsprach das Ergebnis ungefähr den Erwartungen: Gleissner errang

knapp die relative Mehrheit vor Körner. Breitner aber kam überraschend auf rund 660.000 Stimmen, ca. 50 % mehr als VdU/WdU bei ihrem Triumph 1949. Für den 2. Wahlgang rechnete die ÖVP mit einem klaren „bürgerlichen“ Sieg. Aber am 27. Mai lag Körner um 170.000 Stimmen vor Gleissner. Nicht nur fast alle 220.000 Fiala-Wähler hatten vermutlich für ihn votiert, sondern auch wenigstens die Hälfte der Breitner-Wähler. Es war kaum zu viel gesagt, wenn Gorbach in der Partei eine „Schockwirkung“ diagnostizierte. Erstmals seit 1919 hatte es in Österreichs Wählerschaft eine „linke Mehrheit“ gegeben. Gorbach überkam beinahe Panik. Am 28. Mai 1951 fragte er sich, ob Körner oder der sowjetische Hochkommissar Swiridow nun de facto „Präsident sein“ würde; Körner galt ihm also immer noch als der „Bolschewik“ von ehemals. Auch glaubte Gorbach: „Mit dem Verbots-gesetz hat es angefangen.“ Den Fakten näher kam er mit der Beobachtung, der Mittelstand wäre von der ÖVP „am meisten enttäuscht“. Ein paar Tage später stellte er ergänzend fest, dass sich die ÖVP seit 1949 „als willfähriger Proporzpartner“ gezeigt, den „Auftrag der Wählerschaft nicht ausgeführt“, in der „NS-Frage versagt“ habe. Es fehlten ihr „neue Ideen und neue Männer“ und der „VdU müsse eingebaut werden“.

Schon in der Sitzung, in der Gorbach das alles sagte, beschloss das Landespartei-präsidium, öffentlich „sachliche und personelle Reformen“ zu fordern.<sup>28</sup> Damit begann die erste ebenso massive wie ernst gemeinte Intervention der steirischen ÖVP auf Kurs und Personal der Bundespartei. Die Steirer setzten sich geradezu an die Spitze der damaligen „Reformisten“. Während der folgenden Wochen jagten einander die Sitzungen in Graz, Wien und andernorts, z. B. in Wartholz (im Schulungsheim der Bundespartei am Fuße des Semmering). Figl müsse „abgesetzt“ werden, verlangte der junge Alfred Rainer aus Liezen, und Gorbach müsse an die Parteispitze, „bevor wir die ÖVP ganz aufgeben“. Gorbach freilich hatte keine Neigung, das „Himmelfahrtskommando“ zu übernehmen. Selbst Bauernbundobmann Wallner sprach gegen Figl, der doch ein Urgestein unter den Bauern Niederösterreichs war; außerdem forderte Wallner im Zuge der unabdingbaren Regierungsumbildung das Landwirtschaftsministerium für einen Steirer, nämlich für Thoma. Da Gorbach nicht wollte, plädierten manche für Julius Raab<sup>29</sup>, sei es als Mitglied der Regierung, sei es als Parteiohnbmann. Aber, hieß es aus dem Munde von NR Hans Roth aus Feldbach, Raab habe für die Bauern „nicht viel übrig“ und so bestehe die Gefahr, dass sich dann „eine eigene Bauernpartei“ bilde. Udier, inzwischen auch Landesobmann des ÖAAB, fragte, wie die Partei zum Gewerkschaftsbund stehe, und bekam von Gorbach zur Antwort, das sei wirklich eine „Kardinalfrage“, die Gründung eines eigenen „Gewerkschaftsbundes“ müsse seriös geprüft werden, das heißt die eines „schwarzen“. Man sieht, Nerven und Gehirne waren äußerst angespannt. Selbst Landeshauptmann Krainer, der hinsichtlich des unmittelbar zu Unternehmenden vergleichsweise am meisten die Übersicht behielt, meinte vor dem Treffen der Bundesparteileitung in Wartholz am 8. Juni: „Wenn wir dort nicht durchkommen, werden wir ernste Beschlüsse zu fassen haben“. Das lässt vermuten, dass er an Separation der steirischen (und anderer Landesparteien) von der Bundespartei

dachte. Die (Zwischen-)Ergebnisse von Wartholz fand er dann zwar „befriedigend“, er fügte aber doch hinzu: „Es ist notwendig, dass wir bei den Wählern die Meinung machen müssen, wie immer die Beschlüsse gefasst werden.“ Denn er hatte den Verdacht, man wolle in Wien nur „die Reformisten an einen Platz stellen, wo sie fallen müssen. Wir können in Wien keine Position erreichen. Daher ist es notwendig, dass wir in der Partei eine Westfront errichten.“ Von der sprach er noch mehrfach. Anscheinend sollte sich die Konstellation vom Sommer 1945 wiederholen: durch glaubwürdige Drohung mit einer Volkspartei-West in Wien Reform erzwingen.

Ob es dieser oder anderer Drohungen damals noch bedurfte, steht dahin. Denn bereits am 14. Juni 1951 wurde anstelle Figls Raab zum Bundesparteiohmann, anstelle von Felix Hurdes Alfred Maleta zum Generalsekretär designiert; beides mit de facto sofortiger Wirkung. Beruhigt war man in Graz dennoch nicht. Wegart berichtete zwar dem Parteipräsidium am 5. Juli, alle Landesparteisekretäre stimmten darin überein, dass Raab „die letzte Rettung“ wäre. Aber sogar Rupert Roth, der Landesobmann des Wirtschaftsbundes, fand, man müsse jetzt zwar abwarten, was Raab, der Bundesobmann des ÖWB, und Maleta leisten würden; im Übrigen aber gelte es, „Gewehr bei Fuß“ zu bleiben. Auch Gorbach legte Wert darauf, dass die Stimmung in der Landespartei „dieselbe bleiben müsste“ wie in den letzten Sitzungen. Raab und Maleta sollte mitgeteilt werden, dass die Steirer sich nur „unterworfen“ hätten, „um den ferneren Bestand der Partei zu sichern“. Noch glaubte Gorbach „an keinen wesentlichen Wandel bis zum Herbst oder im Herbst“.<sup>30</sup> Im Großen und Ganzen kam es dann aber doch wie geplant. Am 28./29. Jänner 1952 wurde der Außerordentliche Bundesparteitag abgehalten, der Raabs Obmannschaft bestätigte. Zur Einstimmung auf ihn hatte in der Steiermark am 17. November 1951 ein Landesparteitag stattgefunden, der einmahnte, was immer noch nicht realisiert worden war: die Regierungsumbildung. Die fand nun tatsächlich Ende Jänner statt: Hurdes wurde durch den Vorarlberger Ernst Kolb ersetzt, Josef Kraus wie erwartet durch Thoma; mit Reinhard Kamitz hatte schon 1951 ein enger Vertrauter Raabs das Finanzministerium übernommen.

Figl blieb noch Kanzler. Aber unter Raab fuhr die ÖVP nun einen härteren Kurs in der Koalition. Im Herbst 1952 ließ sie die Budgetverhandlungen lieber platzen, statt Kompromisse um jeden Preis einzugehen. Darauf wurde am 22. Februar 1953 neu gewählt. Dabei zeigten sich die Hoffnungen der Volkspartei, ihre „kantigere“ Politik würde ihr den Mittelstand zurückgeführt haben, als einstweilen unbegründet. In Österreich wie in der Steiermark – im Land bei der Wahl zum Nationalrat und der zum Landtag – stieg die SPÖ zur stimmenstärksten Partei auf: Sie lag im Land rund 3.000 Stimmen vor der ÖVP, die gegenüber 1949 nochmals gut 2 Prozentpunkte einbüßte (auf 40,7 %), kaum weniger als im Bundesdurchschnitt. Doch rettete die Wahlarithmetik der Volkspartei ganz knappe Mandatsvorsprünge vor der SPÖ: 74 gegen 73 in Wien, 21 gegen 20 in Graz. Einen Krainer-Effekt konnte man noch nicht ausnehmen. Das zeigte nicht zuletzt das Ergebnis, das VdU/

WdU trotz bereits merkbarer interner Zersetzungserscheinungen in der Steiermark nochmals einbringen konnten: rund 13,6 % Stimmenanteil. In der Landesregierung blieb es bei den bisherigen Zahlen (4 : 4 : 1) und Personen.

Der Erfolg kehrt zurück:

Raab-Kamitz-Kurs, Staatsvertrag, Nationalratswahl 1956

---

Die kritische Phase war für die Volkspartei weder in Wien noch in Graz keineswegs schon ausgestanden. Nach der Wahl löste Raab Figl auch als Bundeskanzler im April 1953 ab. Auf den ersten Blick erstaunlich, waren ihm bald mehr Erfolge beschieden als während der letzten Jahre seinem Vorgänger. ÖVP und SPÖ kooperierten besser und effizienter. Zweifellos war das primär den internationalen Rahmenbedingungen zuzuschreiben, deren günstige Wirkungen auf Österreich nicht abgebremst werden durften. In erster Linie galt es, an dem westeuropäischen Wirtschaftsaufschwung teilzuhaben, die Liberalisierungsschritte des Außenhandels innerhalb der OEEC mitzumachen, die Chancen für Währungsstabilisierung zu nutzen, die unter anderem die Europäische Zahlungsunion EZU damals eröffnete. Das alles erforderte massive Anpassungen bzw. Anstrengungen insbesondere in der österreichischen Wirtschaftspolitik. Der Volkspartei gelang es, sie unter das Motto „Raab-Kamitz-Kurs“ zu stellen. Obwohl die SPÖ im Interesse des Abbaus von Arbeitslosigkeit, im Interesse fortschreitender Industrialisierung des Landes, im Interesse der Zunahme der Masseneinkommen diese Politik mittrug, kam ihr Anteil an ihr in dieser publikumswirksamen Formel nicht vor. Sie vermochte ihr auch keine eigene konkurrenzfähige Devise entgegenzusetzen. Inflationsdämpfung, Abbau der Wirtschaftslenkungsmaßnahmen und überhaupt der Regelungsdichte der Nachkriegszeit, Freisetzung der Produktivkräfte durch „mehr Markt“ und vieles mehr wurden somit überproportional der Volkspartei gutgeschrieben. Dazu kam am 15. Mai 1955 der Abschluss bzw. die Unterzeichnung des Staatsvertrages<sup>31</sup>, in der Öffentlichkeit viel mehr mit Raab und Außenminister Figl als mit Vizekanzler Schärf und Staatssekretär Kreisky assoziiert.

Die Volkspartei war wieder in ruhigeren Gewässern und auf gutem Kurs. Man sah das, als am 13. Mai 1956 wieder der Nationalrat gewählt wurde. Die ÖVP errang einen bedeutenden Erfolg.<sup>32</sup> 218.000 Wähler mehr als 1953 gaben ihr die Stimme, nur 55.000 mehr der SPÖ. Weit mehr als diese profitierte die ÖVP von dem rapiden Zerfall, den sich der VdU seit 1953 selbst beschert hatte. Dessen Nachfolgerin, die FPÖ, büßte rund 190.000 Stimmen ein – beinahe die Hälfte des seinerzeitigen Kapitals der „Dritten Kraft“. In Stimmprozenten kam die ÖVP auf knapp 46, die SPÖ auf 43, die FPÖ auf 6,5, die KPÖ auf 4,4. Die Mandatszahlen lauteten 82 : 74 : 6 : 3. Die Steirische Volkspartei trug zum gemeinsamen Erfolg überdurchschnittlich bei. Zwar lag sie beim Stimmenanteil um rund 0,3 Prozentpunkte unter der Gesamtpartei; aber das war nur dadurch verursacht, dass die

FPÖ in der traditionellen steirischen Hochburg ihres Lagers um 0,4 Prozentpunkte besser abschnitt als österreichweit. Zu dem erwähnten Plus von 218.000 Stimmen, die die ÖVP insgesamt an sich gezogen hatte, steuerte die steirische Volkspartei beinahe 44.000 bei – ein Fünftel, während die Steiermark nur ein gutes Siebentel der österreichischen Wahlberechtigten zählte. Sogar in Graz kam die ÖVP auf 40,2 %, ein Plus von 7,1 Prozentpunkten und von 13.460 Stimmen – rund ein Drittel des Stimmenzuwachses im ganzen Land. Die SPÖ konnte in der Landeshauptstadt nur 3,8 Prozentpunkte zulegen, jeweils etwa die Hälfte zulasten von FPÖ und KPÖ. In einem Satz: In der ÖVP-Landespartei zentrale am Karmeliterplatz in Graz durfte man sich die Hände reiben.

### Gezielter Wiederaufbau im Land: an der Spitze die Volkspartei

In der Tat hatte man im Land während der letzten Jahre die Hausaufgaben gut gemacht. Der Landespolitik war dabei naturgemäß das „Wirtschaftswunder“ zugute gekommen. Es ließ die Landeseinnahmen wachsen. Das Budgetvolumen verdreifachte sich zwischen 1949 und 1956. Je ein Viertel von ihm wurde für das Gesundheitswesen bzw. das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen verwendet, knapp 8 % für Wirtschaftsförderung; die gesamte Landesverwaltung kostete nur ein Sechstel. So entstanden Straßen und Güterwege, Schulbauten und Krankenhäuser, Wasserleitungen und Abwasserkanäle usw.: Die Infrastruktur wurde spürbar besser. Die Agrarförderung durch Land und Landwirtschaftskammer ging in vermehrtem Umfang weiter. Besonderes Augenmerk wurde den Land- und Forstarbeitern gewidmet, 1955 noch ca. 55.000 Personen (nur 11.000 weniger als 1946). Die „Landarbeitsordnung“ und die Einrichtung einer speziellen Landarbeiterkammer, beides im Wege von Landesgesetzen, schufen dafür die Basis.<sup>33</sup> – Überhaupt legten sich die politischen Parteien sichtbar ins Zeug, sie nahmen für Land und Leute Partei. Krainer und seine VP-Regierungskollegen Udier, Prirsch und seit 1953 Karl Brunner – als Nachfolger des als Handelsminister nach Wien gegangenen Illig – waren bestrebt, dass die Volkspartei dabei möglichst die Vorhut bildete. Krainers Prestige wuchs, wie sich zeigen sollte, messbar.

Als Partei befand sich die steirische ÖVP nun außerhalb aller Turbulenzen. Wer in ihr wofür hauptzuständig war, hatte man geregelt. Die Bünde hatten jeweils stabile Führungsverhältnisse, inzwischen mit Udier als Landesobmann auch der ÖAAB. Wirtschafts- bzw. Bauernbund sahen als ihre primären Tätigkeitsfelder die Handels- bzw. die Landwirtschaftskammer. Nicht zufällig fungierten ihre Landesobmänner Rupert Roth bzw. Josef Wallner als Kammerpräsidenten. Die Kammerwahlen brachten gute, zum Teil hervorragende Ergebnisse: Der Wirtschaftsbund kam in der Handelskammer 1955 auf 86 % (um vier mehr als 1950), der Bauernbund in der Landwirtschaftskammer 1954 auf 86,5 %; sein Plus von 7 Prozentpunkten verdankte er damals bereits dem Zerfall der Frei-

heitlichen. In der Landarbeiterkammer, die der Partei zunächst viele Sorgen bereitet hatte, waren die ÖVP-Listen schon 1952 auf 57 % Stimmenanteil gekommen; in den Folgejahren nahm der kontinuierlich zu. Selbst in der Arbeiterkammer schlugen sich ÖAAB/FCG seit Mitte der 1950er Jahre etwas besser als anfangs.<sup>34</sup> Die Partei als solche machte weiter kaum Sachpolitik; die Sitzungsprotokolle ihrer verschiedenen Gremien lassen keine zusammenhängende Beschäftigung mit irgendeinem Thema erkennen. Was auf Landesebene administrativ oder legislativ entschieden werden konnte, ging zu den Regierungsmitgliedern, in Wahrheit zum Landeshauptmann, also zur „Burg“. Krainer hatte übrigens auch den Vorsitz im Landtagsklub übernommen. Er sorgte rundum für möglichste Koordination und Autorität. Einige Personen aus der Steirischen Volkspartei spielten im Bund gewisse Rollen: die Minister Thoma und Illig, Gorbach nun als Obmann des Verteidigungsausschusses, Hans Vollmann bis 1955 bei den langwierigen Verhandlungen des ASVG, später bei dessen fortgesetzten Novellierungen, Adolf Harwalik seit 1956 zunehmend als Schul- und Bildungspolitiker, Theodor Piffel-Percevic debütierte ab 1960 zuerst als Politiker, der sich hauptsächlich mit Fragen des Rechts beschäftigte. Als Gruppe traten die VP-Steirer in Wien nicht auf. Das kam erst später wieder.

Am Karmeliterplatz schaltete Wegart. Gorbach, der zumeist in Wien war und seinem ganzen Naturell zufolge nicht führen wollte, ließ ihm viel Freiraum. Er wusste von Wegarts mit Um- und Vorsicht gepaarten Elan, er konnte dessen „Takt“ vertrauen; relevante Reibungen mit der „Burg“ waren von Wegart nicht zu befürchten. Der selbst verstand sich nicht als Feldherr, sondern als Generalstähler; er liebte militärische Metaphern, sie wurden geradezu zu seinem Markenzeichen. Als solcher gab er sich mit den Qualitäten seines Stabes nie zufrieden.<sup>35</sup> Das wurde von größter Wichtigkeit. Ob er bzw. wie man die finanzielle Stabilisierung schaffte, Voraussetzung für fast alles und jedes, blieb bestens gehütetes Geheimnis. Gewiss ist nur, dass man es zu mehr und verlässlicher eingehenden Spenden brachte. Als Wegart 1962 als LandesparteiSekretär ausschied, konnte er seinem Nachfolger Alfred Rainer jedenfalls beachtliche Reserven hinterlassen. Die finanzielle Solidität ermöglichte schon in 1950ern, das Netz des Parteiapparates dichter zu knüpfen und besser qualifiziertes Personal besser zu bezahlen; das steigerte dessen Motivation, die früher oft „abgelenkt“ gewesen war. Das Nebeneinander von Partei- und Bündesekretariaten in den Bezirken wurde schrittweise von „Einheitssekretariaten“ abgelöst. Schon 1950 hatte man damit begonnen. Damals waren auch diverse Sozialreferate bzw. -organisationen in bzw. im Umfeld der Partei im „Österreichischen Wohlfahrtsdienst“ zusammengefasst worden – der Absicht nach ein schwarzes Gegenstück zur roten Volkshilfe. Auch der „Frauenbewegung“, wie die Organisation jetzt definitiv hieß, nahm man sich endlich mehr an; jahrelang hatte sie ein Dasein im Schatten gefristet, anscheinend weil die Bünde gefürchtet hatten, ihre weiblichen Mitglieder an sie zu verlieren oder gar abtreten zu müssen. 1953 zählte die ÖFB immerhin bereits 4.850 Direktmitglieder; daneben gab es weiter die 27.410 Frauen, die ihre organisatorische „Heimat“ in den drei Bünden hatten. Schub-

kraft bekam das zunehmende Engagement durch die damalige Wahrnehmung, dass Frauen „in überraschend großer Zahl in die Büros, in die Werkstätten und Fabriken eingezogen“ waren; man beobachtete den sozialen Wandel. Das tat man auch im Hinblick auf die jungen Jahrgänge, aber in diesem Segment fiel es noch schwerer, zu effizienten organisatorischen Lösungen zu kommen. Zwar waren die Jahre der Jungen Front vorbei; Strachwitz hatte die Partei längst im Streit verlassen. Aber es existierte die die Partei enttäuschende Österreichische Jugendbewegung, es existierte seit 1949, formell an die Landwirtschaftskammer angebunden, der Bund Steirischer Landjugend, de facto die Nachwuchsorganisation des Bauernbundes. Jahrelang kam Wegart mit seinem Plan nicht recht weiter, eine schlagkräftige „Junge Generation“ zu formieren; erst um 1960 stellten sich da Erfolge ein.

Wegarts Rechenschaftsberichte, die er regelmäßig vor den Landesparteitage erstattete, zeugen von Kontinuität und Wandel in der Parteiarbeit jener Jahre. Die „Interventionsreferate“ der Parteizentrale – so hießen sie ganz öffentlich – wurden weiterhin benötigt. Der Umfang ihrer Beanspruchung stieg sogar, zwischen 1953 und 1957 auf insgesamt ca. 29.500 „Fälle“: Aber es änderten sich die Schwerpunkte, für die interveniert wurde: Arbeitsvermittlung wurde nach wie vor stark nachgefragt, NS-Anliegen gingen stark zurück, Kontakte zu Wohnbauträgern rückten vor usw. Seit Anfang der 1950er Jahre wurde viel Aufmerksamkeit auf spezialisierte Organisationen verwendet: Ärztebund, Kameradschaft der Exekutive, Mieter- und Siedlerbund, Akademikerbund. Die ÖVP arbeitete an einem differenzierter gefächerten, „zielgruppenspezifischen“ Organisationsnetz, sie glaubte, mit dem nicht mehr auszukommen, was sie hatte. Wegart und seine Mannschaft modernisierten auch, was heute „Kommunikationspolitik“ heißt. Der „Karmeliterplatz“ produzierte Betriebszeitungen (nicht der ÖAAB): für Puch, für die Alpine, für Humanic. Dass bei Betriebsratswahlen bei Puch „nahezu 700 Arbeiterstimmen“ erobert werden konnten, schrieb Wegart 1957 nicht zuletzt dem „Puch-Echo“ zu. Etwa gleichzeitig reaktivierte er „Die Information“ als kämpferisch gehaltenes Monatsblatt für alle „Vertrauensmänner“ der Partei unabhängig von ihrer bündischen Zugehörigkeit. Ihre Corporate Identity erfuhr so Veränderung. Überhaupt sah Wegart in den „Vertrauensmännern“ das aktive Segment der Partei, auf das es zunehmend ankommen würde. Auf 12.000 bezifferte er 1956 ihre Zahl; Frauen waren unter diesen „Männern“ noch stillschweigend eingeschlossen. Schon wäre man auf dem Weg von der Mitglieder- zur „Kaderpartei“, sagte Wegart; er orientierte sich dabei an US-Verhältnissen und am Sprachgebrauch des Bundesheeres („Kaderpersonal“). Je günstiger sich Wirtschaftslage und Lebensstandard entwickelten, desto mehr ließen politisches Interesse und Bereitschaft zu aktiver Mitarbeit beim „durchschnittlichen Staatsbürger“ geradezu „automatisch“ nach – in Österreich als „Begleiterscheinung des Raab-Kamitz-Kurses“, sagte er 1957. Nur eine Minderheit besäße „eine besondere politische Ader, eine besondere Fähigkeit zur Menschenführung“. „Diese Minderheit bildet den Kader der Partei.“ Sie müsste demgemäß intensiv geschult werden, die Kosten dafür



dürfte man nicht scheuen. Und tatsächlich konnte er vermelden, allein 1957 hätten bereits 700 Vertrauensleute an „Wochenschulungen“ in Wartholz teilgenommen, sehr viel mehr als je zuvor. Man sieht: An ein eigenes steirisches Schulungszentrum wurde noch nicht gedacht bzw. war noch nicht zu denken; das wurde erst in den 1970er Jahren planbar im Zuge beginnender Parteienfinanzierung aus öffentlichen Budgets.

Wegarts Credo, gewonnen aus seiner soziologischen Analyse zeitgenössischer Entwicklungstrends, lautete: In dem Maße, wie die so genannten Randschichten zahlenmäßig anwachsen, muss die Qualität des Parteikerns steigen, damit dieser stets in der Lage ist, im Falle des Falles auch große, politisch zunächst nicht gebundene Wählermassen aufzurütteln und mitzureißen“, indem „mehr als bisher die Menschen in unserem Lande direkt und persönlich“ angesprochen würden. In anderen und heutigen Worten: Der „Auftritt“ der Partei war einem gründlichen Wandel zu unterziehen.

### Weichenstellung für Jahrzehnte: die Landtagswahl 1957

---

Wählermassen mitzureißen – dazu taugten auch Umwege. Deren wichtigster lautete „Personalisierung“. Die steirische ÖVP entschloss sich dazu, als sie für die nächste Landtagswahl erstmals einen Spitzenkandidaten exklusiv herausstellte: Landeshauptmann Josef Krainer. Veranlasst wurde die Führungsebene dazu durch das Ergebnis der ersten Meinungsumfrage überhaupt, die sie durchführen ließ. Wegart hatte in New York beobachten können, „wie Meinungsforschung vor sich geht“. 1956 beauftragte er Gallup Österreich mit einer Umfrage; dass sie sehr viel Geld kostete und intern umstritten war, focht ihn nicht an. Was Gallup im Detail lieferte, ist leider nicht erhalten. In Wegarts Worten kam als Hauptergebnis heraus, „dass wir erstens als Partei gut lagen, zweitens aber, dass Krainer persönlich als Landeshauptmann noch viel besser abschnitt“. Die „Wahlauseinandersetzung mehr zu personalisieren“ drängte sich also auf. Freilich stimmte Krainer selbst dem „Personenwahlkampf“ erst nach einigem Widerstreben zu.<sup>36</sup> Dessen Voraussetzung war 1956 die Abkoppelung der Landtagswahl von der zum Nationalrat. Den Antrag der SPÖ, gleichzeitig zu wählen, wehrte die ÖVP im Landtag zusammen mit der FPÖ ab. So fand die Wahl erst am 10. März 1957 statt. Ihre Resultate wurden in der Steirischen Volkspartei geradezu legendär (und die Prozedur, die sie ermöglichte hatte, für andere Landesparteien vorbildlich): Erstens gewann die ÖVP im Landtag mit 24 Mandaten de facto die absolute Mehrheit zurück und in der Landesregierung den fünften von neun Sitzen. 46,4 % stimmten für sie, fast 6 Prozentpunkte mehr als 1953; in anderen Worten: Jeden achten ihrer Wähler gewann sie neu. Zweitens vergrößerte sie den Abstand zur SPÖ auf 18.814 Stimmen; obwohl weniger gültige Stimmen als 1956 abgegeben worden waren, hatte sie 1.700 zugelegt, die SP 6.000 verloren. Drittens dankte sie ihren Sieg dem sehr guten Abschneiden in den Städten, besonders dem in Graz; allein in der Landeshaupt-

stadt machte sie gegenüber 1953 11.000 Stimmen mehr. Gewiss profitierte sie gerade in diesen Gemeinden auch von den FPÖ-Verlusten. Aber sie war insgesamt für Schichten und Gruppen wählbarer geworden, die sie früher nicht erreicht hatte: In Graz waren ihre Zuwächse gemessen an den Ergebnissen von 1953 in den Stadtbezirken rechts der Mur am stärksten, gefolgt von Jakomini und Liebenau.<sup>37</sup>

Der Wahlgang von 1957 bezeichnete eine tatsächliche Zäsur,<sup>38</sup> sowohl in der Geschichte der steirischen ÖVP wie in der des Landes selbst. Die Partei beherzigte seitdem durch fast vier Jahrzehnte, dass es in ihrem Interesse lag, den Landtag separat wählen zu lassen, und sie erkämpfte, nicht zuletzt weil sie diese Lektion verinnerlicht hatte, bis 1991 in acht von neun Landtagswahlen hintereinander absolute Mehrheiten (1957–1986). Diese prägten dann naturgemäß mehr oder weniger, das heißt abhängig vom Stellenwert von (Landes-)Politik überhaupt, die Steiermark als Land.

Nach der Wahl 1957 wurden von der Volkspartei im Land bis ins Jahr 1970 noch dreimal „Krainerwahlen“ konzipiert und inszeniert.<sup>39</sup> Die Landtagswählerfolge stellten sich für die steirische ÖVP beinahe unabhängig davon ein, ob der Volkspartei auf Bundesebene der Wind die Segel blähte oder scharf ins Gesicht blies. Im zweiten Fall hatte sie es im Lande nur schwerer, musste sie sich mehr einsetzen. Aber insgesamt unterschied die steirische Wählerschaft, seit sie 1957 erstmals dazu Gelegenheit bekommen hatte, genau zwischen Nationalrats- und Landtagswahlen. Bei den ersten machte sie die wechselnden parteipolitischen Präferenzen der Österreicher mit, bei den zweiten wählte sie konstant die Volkspartei bzw. die Landeshauptleute.<sup>40</sup> Als 1959 der Nationalrat gewählt wurde, blieb die ÖVP auch im Land an Stimmen hinter der SPÖ zurück. Doch schon zwei Jahre später verbesserte sie bei der Landtagswahl am 12. März 1961 ihr „Traumresultat“ von 1957. Die Nationalratswahl am 18. November 1962 – mit Gorbach als Kanzler und Spitzenkandidat – sah die Volkspartei in Bund und Land voran und dasselbe galt für die vom 6. März 1966, damals mit Josef Klaus als Kanzler. Dazwischen wurde am 14. März 1965 der Landtag gewählt und es gab wieder einen Triumph für Josef Krainer sen. und seine Partei: fast 30.000 Stimmen betrug damals der Abstand zwischen ihr und der SPÖ; die FPÖ blieb mittlerweile bei etwas mehr als 5 Prozent Stimmenanteil konstant.<sup>41</sup> Als im gleichen Jahr nach Schärfs Tod wieder ein Bundespräsident zu wählen war, enttäuschten auch die steirischen Wähler den ÖVP-Kandidaten Gorbach; nicht weniger enttäuschte ihn das Engagement der steirischen ÖVP. Die am meisten in der Erinnerung haftenden Resultate bescheren schließlich der 1. bzw. 15. März 1970. Am ersten Tag wurde der Nationalrat gewählt: Die Volkspartei lag nicht nur in Österreich hinter der damals erstmals von Bruno Kreisky geführten SPÖ zurück, sondern auch in der Steiermark; knapp 19.000 Stimmen betrug die Differenz zwischen SPÖ und ÖVP. Zwei Wochen später, als formell über den Landtag und de facto über Krainer abgestimmt wurde, lag die ÖVP um fast 29.000 Stimmen vor der SPÖ. Nie seit 1945 hatte die Volkspartei bei Landtagswahlen so viele Stimmen (rund 356.500) und einen so hohen Stimmenanteil (48,6 %) erreicht. Eineinhalb Jahre später,

im Oktober 1971, wurde sie von der SPÖ um 33.000 Stimmen überflügelt: Es war Nationalratswahl, die erste, in der Kreiskys SPÖ die absolute Mehrheit machte.

## „Politik der Reform“ im Bund und im Land

---

Wann immer die Volkspartei während der 1950er und 1960er Jahre vom österreichischen Wähler geschätzt wurde, geschah dies, weil sie sich als Trägerin von Reform zu präsentieren wusste: 1956 unter Raab, 1962 unter Gorbach, 1966 unter Klaus. Anders als auf der bundespolitischen Bühne behauptete die ÖVP dieses Prestige auf der landespolitischen seit den 1950ern ohne Unterbrechung bis weit in die 1980er Jahre. Das galt namentlich auch während der Schwächephasen der Bundespartei in den späten 1950ern und nach 1970. Gerade ihre Landeshauptleute verkörperten Reformwillen und Reformkompetenz für die Masse der Wählerschaft sinnfällig und glaubwürdig. Solange Krainer sen. amtierte, trat als „Reformer“ allein Hanns Koren weithin sichtbar an seine Seite. Andere VP-Politiker wurden damals nur von bestimmten Zielgruppen, deren Vertreter sie waren oder zu deren Vertretern sie sich zu machen verstanden, wahrgenommen bzw. in den Funktionärsschichten der Partei. Erst während der 1970er Jahre profilierten sich vor dem breiteren Publikum, Landeshauptmann Friedrich Niederls Prestige zielbewusst ergänzend, zusätzlich Personen wie Josef Krainer jun., Bernd Schilcher und in Graz Franz Hasiba. Nicht zuletzt verlangte damals die inzwischen nachhaltig veränderte Medienszene nach mehr Köpfen und Gesichtern.

Soviel bekannt ist, hat nichts das Image der steirischen ÖVP, Reformkraft zu sein, so sehr begründet und bekräftigt wie ihre in aller Öffentlichkeit vorgebrachte Kritik an der Bundespartei zwischen 1957 und 1960 bzw. zwischen 1962 und 1964.<sup>42</sup> Den ersten Anlass gab die Niederlage, die der gemeinsame Kandidat von ÖVP und FPÖ, der Arzt Wolfgang Denk, 1957 bei der Wahl zum Bundespräsidenten hinnehmen musste. Schon sie beschädigte Raabs Ansehen als Stratege schwer. Dann gab sich die SPÖ 1958 ein neues Grundsatzprogramm, worin sie viel von ihrem marxistischen Erbe und von ihrer Kirchenfeindlichkeit opferte. Nicht weniger bedeutsam war damals, dass sie es in einem offenen, viele faszinierenden Diskussionsprozess erarbeitet hatte. Ihr Slogan „Wer mit der Zeit geht, geht mit der SPÖ“ gab darum in der Volkspartei zu Besorgnis Anlass. Demgegenüber hielt die Bundes-ÖVP, wie ihre Kritiker sagten, am „Packeln“ hinter verschlossenen Koalitions- und Sozialpartnertüren fest, am quasi ekelhaften „Junktimieren“ von sachlich nicht Zusammengehörendem, anstelle von „Sachlichkeit“ an trivialer „politischer“ Geschäftemacherei, statt selbst mit neuen Themen und medienbewussten Präsentationsmethoden offensiv zu werden. Dass sie, in heutiger Sprache, das Informations- und Partizipationsbedürfnis der „Bürgergesellschaft“ beinahe ignorierte, deren Selbstbewusstsein sie mit dem Raab-Kamitz-Kurs selbst gefördert hatte, wurde jenseits aller Sachfragen zum Haupt-

kritikpunkt der „Reformer“ um Josef Krainer sen. Sie gingen in die Öffentlichkeit, besonders die „Salzburger Nachrichten“<sup>43</sup> und die „Kleine Zeitung“ unterstützten sie. In Wien gründeten sie eine „Neue Österreichische Gesellschaft“ – die Vorgespräche wurden in Bad Gleichenberg abgehalten –, die in Vorträgen und Diskussionen Umriss einer „neuen Politik“ erörterte.<sup>44</sup> Für nicht wenige Zeitgenossen wurden ihre Veranstaltungen geradezu zu „Events“. Krainer sen. selbst trat mehrfach in Wien auf, bis dahin ganz unüblich für jeden Landespolitiker. Nach der Niederlage bei der Nationalratswahl im Mai 1959 und einem schweren Missgriff Raabs in den anschließenden Regierungsverhandlungen war die Zeit reif für den Wechsel an der Parteispitze. Am 12. Februar 1960 wurde Gorbach als Parteiobmann, Hermann Withalm anstelle Maletas als Generalsekretär bestimmt. Sich für „Reform“ zu engagieren, hatte sich gelohnt und hatte bekannt gemacht.

Mehr als ein halber Erfolg war damit aber nicht erfochten. Im April 1961 folgte Gorbach auch im Kanzleramt Raab nach. Selbstverständlich machte ihm die SPÖ das Leben so schwer wie seinem Vorgänger. Sehr bald schon wurde zum Hauptstreitpunkt, wie vehement Österreich wenn schon nicht den Beitritt zur so doch die Assoziation an die EWG betreiben sollte. Staatsvertrag und Neutralitätsgesetz standen dem Beitritt ganz, einer Assoziation mehr oder weniger entgegen. Die SPÖ bremste, teils deshalb, teils weil sie in der EWG einen „Klub von Kapitalisten“ sah. Das erhitzte die Debatte. Krainer und mit ihm die steirische Volkspartei fassten das Thema wieder als Test über Reformfreudigkeit bzw. Reformunwillen auf. Wiederholt sagte er, Österreich dürfe „in der Neutralität nicht verhungern“. Allerdings blieb er nicht bei bloßer Rhetorik. Er suchte nach neuen parlamentarischen Kombinationen, die geeignet waren, die Blockaden in der bzw. durch die große Koalition aufzulösen; wenigstens machte er den Eindruck, nach ihnen zu suchen. Vor der Nationalratswahl 1962 führten er, Gorbach und andere in Graz Gespräche mit der FPÖ über Zusammenarbeit nach der Wahl. Was sie wirklich bezweckten und wie weit sie gediehen, war dann bald umstritten. Nach dem für die ÖVP günstigen Wahlausgang – sie gewann zwei Mandate, die SPÖ verlor zwei – wurde diese Option nicht weiter verfolgt, die Probe auf ihre Ernsthaftigkeit unterblieb. Denn in der Bundesparteileitung der Volkspartei hätte es gegen sie zumindest massivsten Widerstand, wahrscheinlich eine Mehrheit gegeben. Nach Lage der Dinge konnte Gorbach bei den Regierungsverhandlungen mit der SPÖ im Winter 1962/63 die „Reformer“ also nur enttäuschen. Krainer brach mit ihm, Klaus, 1961–1963 sein Finanzminister, brach mit ihm. Der „Reformzug“ fuhr weiter und erzwang zuerst Gorbachs Resignation, dann im September 1963 auf dem Klagenfurter Bundesparteitag im Zuge einer Kampfabstimmung gegen Heinrich Drimmel die Wahl von Klaus zum Parteiobmann. Im April 1964 avancierte Klaus<sup>45</sup> auch zum Bundeskanzler. So glücklos er 1970 seine Karriere beschloss, wenigstens in einem Punkt hatte er Mitte der 1960er Jahre „Glück“: In der EWG-Frage kam es weder für ihn noch für die „Reformer“ zum Schwur; Italien blockierte Südtirols wegen bis zum Abschluss des „Operationskalenders“ 1969 in Brüssel alle Verhandlungen.

Im Rückblick sieht die „Reformpolitik“ dieser Jahre auf der Bundesebene durchaus ambivalent aus. Sie mobilisierte Problembewusstsein für Österreichs Zukunftsfragen weit über das Problem der Europapolitik hinaus. Fast alles, was sie zum Thema machte, wurde später in den Grundzügen so umgesetzt, wie ihre Protagonisten es schon um 1960 „angedacht“ hatten. Aber diese zeigten damals wenig Respekt für die Argumente ihrer Widersacher, weder für die in noch die außerhalb der Volkspartei. Sie kümmerten sich kaum um die damaligen Realisierungschancen. Es eignete ihnen ein guter Schuss von moralischem Rigorismus. Allerdings kam gerade der in den Medien und beim Publikum überwiegend gut an. Mit seiner Schubkraft punkteten Krainer und die Steirische Volkspartei bei „ihren Steirern“.<sup>46</sup> Die im Land allzeit vorhandene und mobilisierbare Bereitschaft, „Wien“ zu misstrauen, kam ihnen zugute. Freilich, Gehör für ihre Anliegen in der Bundespolitik gab es hier für sie nur, weil sie durch „Reform“ und Reformkompetenz in der konkreten Landespolitik, durch Parteinahme für die vielfältigen Anliegen „vor Ort“ Ansehen und Vertrauen längst gewonnen hatten.

In den meisten Bereichen der Landespolitik brauchte seit den späten 1950er und in den 1960er Jahren nur energisch fortgeführt zu werden, was schon vorher begonnen worden war, natürlich manchmal mit Akzentverlagerungen. Die Ausgestaltung der Infrastruktur ging weiter, Wohnungs- und Eigenheimbau wurden forciert usw. Mehr Augenmerk als bisher musste und konnte dem südsteirischen Grenzland gewidmet werden; die Volkszählung 1961 hatte dramatische Abwanderung aus ihm ausgewiesen. Forciert wurde in den 1960ern der Tourismus; Wegart, seit 1961 als Landesrat unter anderem dafür zuständig, verbreiterte sein Profil durch Engagement für dieses Segment.

#### Neue steirische Kulturpolitik: Hanns Koren

---

Aber nirgendwo sonst wurde so viel Innovation vollbracht und öffentlich wahrgenommen wie in der Kulturpolitik, die seit 1957 Hanns Koren entscheidend gestaltete und prägte.<sup>47</sup> Koren, Universitätsprofessor für Volkskunde und Präsident der Katholischen Aktion in der Steiermark, war 1953 als Abgeordneter zum Nationalrat in die Politik geraten. Erst nach zähem Kampf gegen die untereinander rivalisierenden Ansprüche von Bauern- bzw. Wirtschaftsbund hatte Krainer ihn in die Landesregierung gebracht. Koren startete mit dem „Steirischen Gedenkjahr“ 1959 aus Anlass von Erzherzog Johanns 100. Todestag. Dieses Projekt reichte weit über bloßes Gedenken hinaus. Es mobilisierte in hundert Orten tausende Menschen zu lokalen Initiativen. In einem großen Festzug in Graz fanden Erinnern und aus ihm gespeister Aufbruch sinnfälligen Ausdruck. Das „Gedenkjahr“ vermittelte „steirisches“ Selbstbewusstsein, „steirische“ Aufgeschlossenheit für Neues: Mit ihm wurde „Geschichtspolitik“ gemacht. Erst dieses und zahlreiche anschließende Projekte dem Anschein nach konservativer Orientierung – z. B. eine Serie von Lan-

desausstellungen über Bauern, Handwerker, Berg- und Hüttenleute in der steirischen Geschichte, z. B. das „Steirische Volksbildungswerk“, z. B. das „Österreichische Freilichtmuseum“ – ermöglichten Koren in der Folge, moderne, damals avantgardistische Initiativen zu realisieren bzw. massiv zu fördern: die „Steirische Akademie“, das „Forum Stadtpark“ (beide ab 1960), die Kunstausstellungen unter dem Namen „trigon“ (erstmalig 1963), schließlich ab 1968 den steirischen Herbst. Naturgemäß entzündete sich an ihnen reichlich Streit: Wolfgang Arnold, der Kulturredakteur der ÖVP-Tageszeitung „Tagespost“, schrieb jahrelang gegen sie an, Karl-Hanns Haysen in der „Kleinen Zeitung“ begrüßte sie. In Summe nützten beide Positionen Koren und Krainer, der ihm den Rücken freihielt, nützten beide der Steirischen Volkspartei: Sie zeigte sich als weltoffen, modern, „offen“ für die Visionen der Jugend, sympathisch für potenziell neue Wähler. In den 1960er Jahren begründete sie die „kulturelle Hegemonie“ im Land, die sie durch Jahrzehnte behauptete.

## Die Volkspartei in den 1960er Jahren

---

In der steirischen ÖVP als Partei brauchte, was ihre internen Funktionsmechanismen, was die Funktionsverteilungen in ihr anlangte, während der 1960er Jahre wenig verändert zu werden. Die Wechsel in ihrer Obmannschaft, von denen noch zu reden sein wird, bedeuteten nicht wirklich viel. Nach Wegarts Abgang als Parteisekretär konnten seine Nachfolger – Alfred Rainer 1962–1966, nach dessen frühem Tod Franz Hasiba 1966–1972 – auf den Bahnen weitermachen, die unter ihm gelegt worden waren. Nur mehr oder weniger neu war, dass auf „Bürgermeisterkonferenzen“, die Krainer sen. sehr schätzte, dass auf Schulung von Gemeindepolitikern nun noch mehr Wert gelegt wurde. Im Herbst 1969 wurde zunächst zu diesem Zwecke von Krainer und Wegart auch die heutige Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) „angedacht“ und später ins Leben gerufen.<sup>48</sup>

Ab den 1970ern erfolgte zusätzlich Systematisierung der Arbeit mit ihnen. Neu war, dass nach langem Vorlauf die „Junge Generation in der ÖVP“ Gestalt und Profil bekam.<sup>49</sup> Alfons Tropper hatte als Landesobmann der Österreichischen Jugendbewegung damit begonnen, diese zu „politisieren“; traditionell hatte sie sich mehr jugendpflegerisch ausgerichtet gehabt. Unter der Leitung Gerold Ortner wurde ab 1960 ihr neuer Name gebräuchlich und die politische Akzentuierung mit Nachdruck verfolgt. Ihre Organisationsdichte nahm zu, neue Personen gründeten neue Bezirks- und Ortsgruppen. In Graz entstand, von Fritz Eder geleitet, endlich eine einigermaßen beachtliche Stadtgruppe. Hermann Ritzinger und Walter Heinzinger setzten als Ortner Nachfolger ab 1962 dessen Kurs zielstrebig fort. Jetzt avancierten die Landesobmänner auch zu regulären Mitgliedern des Landesparteipräsidiums. Ein „sicheres“ Mandat im Landtag war mit dieser Funktion während der 1960er Jahre allerdings noch nicht verbunden; Ritzinger rückte 1963 aus

anderen Gründen in ihn ein, Heinzinger nie. (Der machte erst viel später als Generalsekretär des ÖAAB und als Umweltsprecher des NR-Klubs in Wien von sich reden.) – Währenddessen war die „Frauenbewegung“ schon ein Stück weiter gekommen. Ihre Landesobfrau saß bereits seit den späten 1940ern im Parteipräsidium und hatte immer auch ein Mandat inne. In den 1960er Jahren bekleidete Edda Egger diese Funktion.<sup>50</sup> In Klub und Partei genoss sie zunehmendes Ansehen. Das kam langfristig dem Aufstieg der „Frauenbewegung“ insgesamt zugute, auch im Bund.

Bedeutsam wurde, dass Wegart neben seinem Regierungsamt – nach Udiers Ausscheiden aus der Politik – 1964 die Landesleitung des ÖAAB übernahm. Erst seine organisatorische Kompetenz und seine Gabe, „Leute“ zu „entdecken“ und zu hoch aktiver Mitarbeit zu motivieren, machten mit den Jahren aus dem Arbeitnehmerbund ein auch parteiintern ernst genommenes Gebilde. Lange hatte der beinahe nur im öffentlichen Dienst eine größere und in vereinzelt Industriebetrieben einige Anhängerschaft gehabt. Jetzt wurden neue Betriebsgruppen gebildet, nicht zuletzt unter Belegschaften in kleineren Betrieben. Neben vielem anderem sah man darauf, dass die in die Wählerlisten für die Arbeiterkammerwahlen aufgenommen wurden. In den Zahlen der Wahlberechtigten und den Wahlergebnissen schlug sich das dann nieder; 1969 noch wenig, 1974, auf dem Höhepunkt der Ära Kreisky, massiv: In der Steiermark entfielen von einem Plus von insgesamt 28.000 gültigen Stimmen 17.000 auf die Listen von AAB/FCG; erstmals erreichten sie mehr als 25 Prozent Stimmenanteil.<sup>51</sup> – Geradezu selbstverständlich wurde in den 1960ern auch eine eigene Zeitschrift des steirischen ÖAAB ins Leben gerufen, der „Aufbruch“. Nach und nach tauschte Wegarts ÖAAB „altgediente“ Mandatäre zugunsten jüngerer und aktiverer aus: Karl Eichtinger (Kindberg), Johanna Jamnegg (Graz), Josef Lind (Hartberg), Adolf Marczyk (Judenburg), Anton Nigl (Graz), Hermann Ritzinger (Murau) kamen in den Landtag und wirkten in ihren Bezirken als ÖAAB- und/oder als Parteiobleute.

Viel geringer fielen währenddessen Änderungen im Bauernbund aus, wenigstens die „mit freiem Auge“ sichtbaren Änderungen. Dass z. B. 1969 erstmals Frauen an einem Landesbauernrat teilnehmen durften, wurde außerhalb des Bundes kaum registriert.<sup>52</sup> Wallner „musste“ zwar 1961 dessen Präsidentschaft auch auf Bundesebene übernehmen – 1962 wechselte er vom Landtag in den Nationalrat (und wurde dessen 3. Präsident), als Präsident des Landtages folgte im Karl Brunner, der die Landesregierung verließ, (wodurch in ihr Platz für Wegart wurde) –, aber Wallner behielt in der Steiermark bis Ende 1971 bzw. 1972 das Amt des Kammerpräsidenten und die Funktion des Bauernbundobmannes. Beides war nicht nur an und für sich von Bedeutung, als Obmann berief er noch 1969 Josef Krainer jun. zum Bauernbunddirektor, also ihn leitenden Angestellten, und damit in dessen erstes politisches Amt. Wallners fortgesetzte Präsenz im Land fiel aber besonders ins Gewicht, als die Steirische Volkspartei im Winter 1971/72 den durch LH Krainers plötzlichen Tod erzwungenen großen Personalwechsel zu bewältigen hatte.

1963 avancierte Anton Peltzmann zum Wirtschaftslandesrat, 1965 zum Obmann der Landesgruppe des Wirtschaftsbundes. Mit ihm kam der ÖWB wieder in die Landesregierung und bekam das Gewerbe in ihm wieder die erste Rolle. Vor allem aber betrat mit ihm eine eigenwillige und machtbewusste Person die Szene. Sein Vorgänger Rupert Roth hatte, obwohl durch viele Jahre Handelskammer- und nebenher auch Messepräsident in Graz, den Schwerpunkt seiner Aktivitäten in Wien gehabt; besonders Raab hatte darauf Wert gelegt. So hatte Roth in die landespolitischen Kreise niemals Irritationen gebracht, im Gegenteil. Mit Peltzmann wurde das zusehends anders; noch mit Krainer sen. kam es zu Reibungen. Später wurden sie häufiger, schließlich ernst. Wegart und Peltzmann waren, als sie Landesräte wurden, Exponenten ihrer Bünde, sie waren von diesen „gewollt“. Anders verhielt es sich, als nach Ferdinand Prirschs Tod 1965 das zweite „Bauernbundmandat“ in der Landesregierung zu besetzen war. Dieses fiel schließlich an Friedrich Niederl, einen Landesbeamten. Zuletzt hatte er als Bezirkshauptmann von Feldbach nicht nur gute Figur gemacht, sondern in dessen Heimatbezirk auch Wallners Vertrauen gewonnen. So setzte sich die allemal „funktionierende“ Achse Krainer – Wallner – Niederl gegen skeptische Bauernbundfunktionäre durch. Einmal mehr ahnte niemand die langfristige Dimension dieser Personalentscheidung.

In der Steirischen Volkspartei selbst zog Gorbachs Wechsel ins Kanzleramt 1961 de facto das Ende seiner Obmannschaft nach sich. Er selbst hätte diese Konsequenz wohl gerne vermieden. Aber da auch Wegart den „Karmeliterplatz“ verließ und „nach oben“ in die Regierung aufrückte, musste entweder definitiv ein anderer Obmann gewählt werden – wofür nur Krainer in Betracht kam – oder einstweilen ein geschäftsführender. Offenbar erstrebte Wegart diese letzte Rolle für sich. Doch Krainer stellte sich in den Weg. So wenig aktuell die Sache damals war: Tatsächlich wäre mit Wegart als Landesparteiobmann wohl bereits über die irgendwann fällige Nachfolge im Amt des Landeshauptmannes entschieden gewesen. (Krainer war damals 59, Wegart 44 Jahre alt.) Die aber sollte offen gehalten werden. So kam man auf Theodor Piffel-Percevic,<sup>53</sup> den Rechtsexperten der Landwirtschaftskammer und Nationalratsabgeordneten als geschäftsführenden Obmann; das erlaubte, Gorbach 1962 formell wiederzuwählen. Aber schon 1964 wurde Piffel zum Unterrichtsminister in die Regierung Klaus berufen. Die Obmannfrage war wieder akut. Doch inzwischen war Gorbachs Stern gesunken. So sprach nun nichts mehr dagegen, dass am Landesparteitag 1965 der auch formell Landesparteiobmann wurde, der es in vielem längst war: Josef Krainer sen.

So gingen, nimmt man alles in allem, die Dinge während der 1960er Jahre für die Steirische Volkspartei einen recht befriedigenden Gang. Auch die Niederlage der Bundespartei bei der Nationalratswahl am 1. März 1970 änderte daran nichts. Doch dann kam der 28. November 1971. Krainer wurde vom Tod ereilt. Mit einem Schlag schien alles in Frage zu stehen.



- 1 Zu Josef Krainer sen. gibt es umfangreiche Literatur. Vgl. etwa Hanns KOREN/Max MAYR/Kurt WIMMER: Josef Krainer. Ein Leben für die Steiermark. Graz/Wien/Köln 1981. Johannes KUNZ: Josef Krainer. Ansichten des steirischen Landesvaters. Wien 1993. Ferdinand FAULAND: Der lärchene Stipfl. Anekdoten um Josef Krainer. Graz 1972. Wolfgang MANTL: Josef Krainer. In: Herbert DACHS/Peter GERLICH/Wolfgang C. MÜLLER (Hrsg.): Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik. Wien 1995. S. 336–343. Weiters Fritz CSOKLICH: Josef Krainer. In: Neue österreichische Biographie ab 1815. Große Österreicher. Band XXII. Wien/München 1987. S. 64–71. Festschrift für Landeshauptmann Krainer. Zum 60. Geburtstag des steirischen Landeshauptmannes von seinen Freunden und Verehrern. Wien 1963. Kurt WIMMER: Josef Krainer sen. In: Alfred ABLEITINGER/Herwig HÖSELE/Wolfgang MANTL: Die Landeshauptleute der Steiermark. Graz/Wien/Köln 2000. S. 102–123.
- 2 Vgl. Babitsch-Tagebuch, 22. Juni und 2. Juli 1948.
- 3 Zu Josef Wallner siehe Ilse Maria STAUDACHER: Josef Wallner (1902–1974). Ein Leben im Dienst der österreichischen Bauernschaft. Diplomarbeit. Graz 1997.
- 4 Vgl. Archiv der Steirischen Volkspartei, Protokollmappe „1947“.
- 5 Zu seiner Biographie vgl. Paul KAUFMANN: Weg-art. Ein Stück des Weges. Franz Wegart zum 65. Geburtstag. Graz 1983.
- 6 Vgl. die Diagramme in Steirische Bewährung 1945–1955. Zehn Jahre Wiederaufbau in der Steiermark. Hrsg. von der Steiermärkischen Landesregierung anlässlich des zehnten Jahrestages der Beendigung des zweiten Weltkrieges, Graz 1955. S. 105.
- 7 Zum Marshallplan vgl. Wilfried MÄHR: Der Marshallplan in Österreich. Graz/Wien/Köln 1989.
- 8 Vgl. Steirische Bewährung (wie Anm. 6). S. 100–102 und S. 111–122. Leider kaum ausführlicher dazu: Stefan KARNER/Heinz KOPETZ (Hrsg.): Die Grüne Mark. Steirische Land- und Forstwirtschaft im 20. Jahrhundert. 75 Jahre Steirische Landwirtschaftskammer 1929–2004. Graz 2004
- 9 Vgl. Steirische Bewährung (wie Anm. 6). S. 58 (Heimkehrerbetreuung), S. 59–61 (Volksdeutsche), S. 86 f. (Einnahmementwicklung).
- 10 Zum Folgenden anstelle der uferlosen, aber disparaten Literatur zusammenfassend Alfred ABLEITINGER: Politik in der Steiermark. In: Alfred ABLEITINGER/Dieter A. BINDER (Hrsg.): Steiermark. Die Überwindung der Peripherie (= Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945. Schriftenreihe des Forschungsinstituts für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Bd. 6/7). Wien/Köln/Weimar 2002. S. 1–125, hier besonders S. 77–80 (mit Nachweisen). Und Edith MARKO-STÖCKL: Die Formierung des steirischen Parteiensystems 1945–1953. Die Konkurrenz um die „Ehemaligen“. In: Siegfried BEER (Hrsg.): Die „britische“ Steiermark. Graz 1995. S. 57–80.
- 11 Zu Alfons Gorbach vgl. etwa Hanns BLEIER-BISSINGER: Bundeskanzler Gorbach und seine Zeit. Leben und Sterben der Nachkriegskoalition. Graz 1988. Alfons GORBACH: Gedanken zur Politik. 2. Aufl. Wien/Stuttgart/Zürich 1962. Robert KRIECHBAUMER: Alfons Gorbach. Ein Mann des Ausgleichs. Wien 1987 (= Reihe Kurzbiographien des Karl von Vogelsang-Instituts).
- 12 Der Text bei MARKO-STÖCKL: Formierung (wie Anm. 10). S. 76 f.
- 13 Franz WEGART: Gemeinsam werden wir es schaffen. Reden. Graz 1987. S. 17 sowie S. 29, die größeren Zahlen für 1950.
- 14 MARKO-STÖCKL: Formierung. S. 66 (wie Anm. 10) mit Anm. S. 79–81.
- 15 Vgl. ABLEITINGER: Politik (wie Anm. 10). S. 80–83 (mit weiteren Nachweisen).
- 16 Zum VdU siehe Werner MÜLLER-KLINGSPOR: Die Neuformierung des Freiheitlichen Nationalen Lagers in Österreich 1945–1949. Phil. Diss. Wien 1972. Viktor REIMANN: Die Dritte Kraft in Österreich. Wien 1980. Und eine jüngere Arbeit von Lothar HÖBELT: Von der vierten Partei zur Dritten Kraft. Die Geschichte des VdU. Graz/Stuttgart 1999.
- 17 Vgl. dazu Babitsch-Tagebuch, 16. Juni und 25. Juli 1949.
- 18 Vgl. ABLEITINGER: Politik (wie Anm. 10). S. 83–85.
- 19 Babitsch-Tagebuch, 10. Oktober 1949.
- 20 Babitsch-Tagebuch, 22. Oktober 1949.
- 21 Babitsch-Tagebuch, 22. Oktober und 3. November 1949.
- 22 Die Resultate der Kammerwahlen finden sich unter anderem in Herwig HÖSELE/Reinhold LOPATKA/Wolfgang MANTL/Manfred PRISCHING/Bernd SCHILCHER/Andreas SCHNIDER (Hrsg.): Steirisches Jahrbuch für Politik 2003, Graz 2004, S. 236–239.
- 23 Vgl. dazu HÖSELE/LOPATKA/MANTL/PRISCHING/SCHILCHER/SCHNIDER (Hrsg.): Steirisches Jahrbuch für Politik 2003. S. 235.
- 24 Vgl. dazu die Kleine Zeitung vom 4. Juni 1950. S. 2.

- 25 Das Folgende ist zu finden im Archiv der Steirischen Volkspartei, und zwar in den verschiedenen Sitzungsprotokollen in den Protokollmappen „1950“ und „1951“.
- 26 Vgl. Archiv der Steirischen Volkspartei, Protokollmappe „1950“ bzw. Protokoll vom 7. Juli 1950.
- 27 Zu Figl siehe etwa Ernst TROST: Figl von Österreich. Wien/München/Zürich 1972.
- 28 Vgl. die Erklärung, abgedruckt im „Steirerblatt“, 29. Mai 1951.
- 29 Zu Julius Raab siehe etwa Julius RAAB: Verantwortung für Österreich. Wien 1961. Weiters Peter GERLICH: Julius Raab. In: Herbert DACHS/Peter GERLICH/Wolfgang C. MÜLLER (Hrsg.): Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik. Wien 1995. S. 469–478.
- 30 Vgl. Archiv der Steirischen Volkspartei, Protokollmappe „1951“, Protokoll von der Sitzung des Landesparteipräsidiums am 5. Juli. 1951.
- 31 Zum Staatsvertrag siehe Gerald STOURZH: Geschichte des Staatsvertrags 1945–1955. Österreichs Weg zur Neutralität. 3. Aufl. Graz/Wien/Köln 1985.
- 32 Zum Folgenden vgl. Alfred ABLEITINGER: Graz ist anders. Wahlen in der Steiermark zwischen 1956 und 1965 mit Blick auf die ÖVP. In: Hedwig KOPETZ/Joseph MARKO/Klaus POIER (Hrsg.): Soziokultureller Wandel im Verfassungsstaat. Phänomene politischer Transformation. Festschrift für Wolfgang Mantl zum 65. Geburtstag (= Studien zu Politik und Verwaltung, Bd. 90), Wien/Köln/Graz 2004 (2 Bände). S. 703–723 (mit allen Quellen- und Literaturnachweisen).
- 33 Vgl. Steirische Bewährung 1955–1965. Zehn Jahre Aufbau in Freiheit. Hrsg. von der Steiermärkischen Landesregierung. Graz 1965: S. 134 f. (Landesbudgets), S. 93–97 (Landarbeiter). Außerdem Annelies REDIK: Die steiermärkische Landarbeiterkammer. Ihre geschichtlichen Wurzeln, ihre Anfänge und ihr Wirken bis in die Gegenwart. Graz 1988.
- 34 Die Zahlen sind zu lesen bei HÖSELE/LOPATKA/MANTL/PRISCHING/SCHILCHER/SCHNIDER (Hrsg.): Steirisches Jahrbuch für Politik 2003. S. 236–239.
- 35 Für das Folgende vgl. ABLEITINGER: Graz ist anders (wie Anm. 32). S. 712–719 sowie WEGART: Gemeinsam werden wir es schaffen, und hier die „Rechenschaftsberichte“, die er vor den Landesparteitag präsentierte.
- 36 Franz WEGART: Neue Methoden der Arbeit. In: 40 Jahre Steirische Volkspartei (= politicum 23 a). Graz 1985. S. 44.
- 37 ABLEITINGER: Graz ist anders (wie Anm. 32) S. 707.
- 38 Vgl. dazu Archiv der Steirischen Volkspartei, Ordner Landtagswahl 1957, Franz WEGART: Steirische Landtagswahlen 1957. Sonderdruck aus den Österreichischen Monatsheften, S. 3, wo er die Beliebtheit von Krainer folgendermaßen erklärte: „Das große As im Wahlkampf ist aber der ÖVP-Landeshauptmann Krainer, der 95 % der Bevölkerung namentlich bekannt ist und dessen Beliebtheit weit in die Kreise der so genannten Randschichten und auch der Linken hineinreicht.“ Vgl. auch N. N.: Die Krainer-Wahl. In: Kleine Zeitung, 12. März 1957, S. 3–4.
- 39 Zum Begriff selbst siehe auch Archiv der Steirischen Volkspartei, Ordner Landtagswahlen 1961. Erklärung von Landespartei sekretär Franz Wegart zum Ausgang der steirischen Landtagswahlen: „Im ganzen möchte ich noch sagen, dass der Wahlerfolg einen Sieg der Persönlichkeit des Landeshauptmann Krainer bedeutet.“ Zu den „Krainerwahlen“ vgl. auch Max MAYR: Das war Josef Krainer. In: Max MAYR/Kurt WIMMER/Josef KRAINER. Ein Leben für die Steiermark. Graz/Wien/Köln 1981. S. 25–135, hier S. 84.
- 40 Vgl. Alfred ABLEITINGER: Politische Kultur. In: Joseph F. DESPUT (Hrsg.): Vom Bundesland zur europäischen Region. Die Steiermark von 1945 bis heute (= Historische Landeskommision für Steiermark, Hrsg., Geschichte der Steiermark, Bd. 10), Graz 2004. S. 209–260, hier besonders S. 231–241.
- 41 Vgl. auch Fritz CSOKLICH: Vormarsch in den Kerngebieten des Gegners. In: Kleine Zeitung, 16. März 1965, S. 3–4.
- 42 Vgl. zum Folgenden unter anderem Ludwig REICHHOLD: Geschichte der ÖVP. Graz/Wien/Köln 1975. S. 308–349.
- 43 Im Archiv der Steirischen Volkspartei erliegen einige Artikel Alfred Rainers für sie, auf die Generalsekretär Maleta brieflich teilweise heftig reagierte.
- 44 Vgl. Karl GRUBER: Die neue österreichische Gesellschaft. In: 40 Jahre Steirische Volkspartei (= politicum 23a). Graz 1985. S. 98–99. Vgl. auch REICHHOLD: Geschichte der ÖVP (wie Anm. 42). S. 315. Die „Neue Österreichische Gesellschaft“ wurde als „Ennstaler Kreis“ fortgeführt, der von Alfred Rainer mitbegründet wurde.
- 45 Zu Bundeskanzler Klaus siehe Josef KLAUS: Macht und Ohnmacht in Österreich. Konfrontationen und Versuche. Wien/München/Zürich 1971. Weiters Wendelin ETTMAYER/Eugen THURNHER: Josef Klaus. Führung und Auftrag. Graz/Wien/Köln 1985.
- 46 Ein weiteres Indiz für den in dieser Zeit stärker werdenden Einfluss Krainers auf die Bundespartei war die Wahl des steirischen Bauernbundführers Josef Wallner zum gesamtösterreichischen Bauernbundpräsidenten im Jahre 1960. Vgl. dazu Herwig HÖSELE: 40 Jahre steirische Volkspartei. Eine Chronik. In: 40 Jahre Steirische Volkspartei (= politicum 23a). Graz 1985. S. 11–21, hier S. 14.

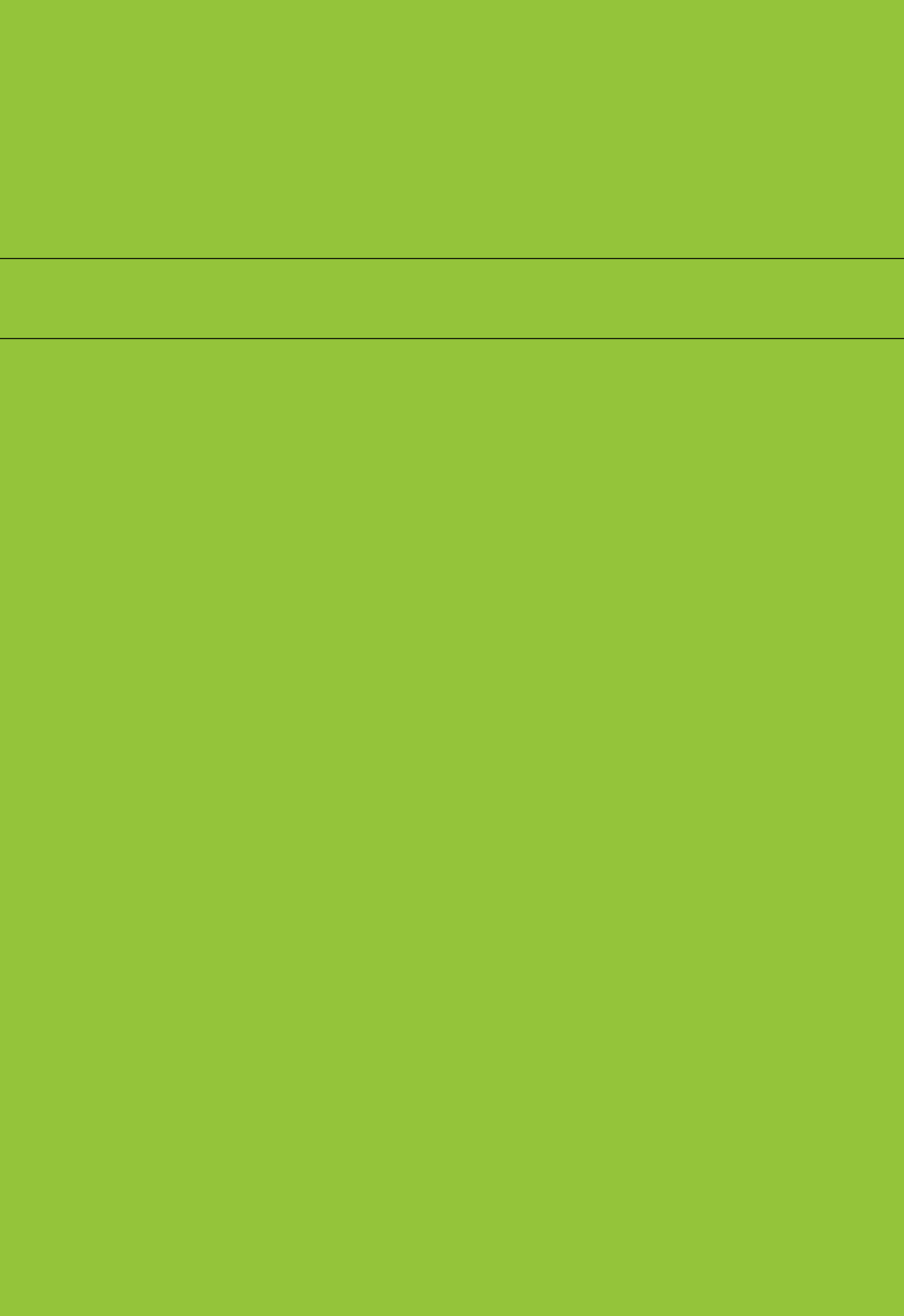
- 47 Zu seiner Person und seinem Wirken gibt es reichhaltige Literatur, wie etwa Wolfgang MANTL: Hanns Koren. In: Herbert DACHS/Peter GERLICH/Wolfgang C. MÜLLER (Hrsg.): Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik. Wien 1995. S. 321–328. Ute DULLNIGG: Hanns Koren. Volkskundler, Kulturpolitiker. Bausteine einer Biographie. Phil. Diss. Graz 1992. Fritz POSCH: Nachruf auf Hanns Koren. In: Zeitschrift des historischen Vereins für Steiermark, 77 Jg. 1986. S. 5–20. Anton L. SCHULLER: Hanns Koren. Volkskundler, Kulturpolitiker. Schriftsteller. Bibliographischer Schlüssel zum Gesamtwerk. Graz 1986. Franz Maria KAPFHAMMER: Hanns Koren. Zu seinem 60. Geburtstag. In: Bildung und Gesellschaft. Festschrift für Hanns Koren (= Steirische Berichte 1966, Heft 5). S. 151–156. Johannes KOREN (Hrsg.): Beim Wort bleiben. Das große Hanns Koren Buch. Graz/Wien/Köln 1991. Johannes KOREN (Hrsg.): Hanns Koren Gesamtausgabe. 3 Bände. Bd. 1: Reden, Bd. 2: Literarische Arbeiten, Bd. 3: Volkskundliche Publikationen. Graz 1996.
- 48 Vgl. Archiv der Steirischen Volkspartei. Protokollmappe „1969“, Protokoll der Landesparteipräsidiumssitzung vom 15. September 1969.
- 49 Vgl. dazu etwa Christian BUCHMANN/Alfred GRINSCHGL/Herwig HÖSELE/Reinhold LOPATKA/Gerold ORTNER/Hermann SCHÜTZENHÖFER (Hrsg.): Für immer jung. 40 Jahre Junge ÖVP in der Steiermark. Graz 1985. 3. Kapitel. S. 32–48.
- 50 Waltraud KLASNIC: Edda Egger (1910–1993). Eine prägende Frau. In: Steirische Portraits (= politicum 83), S. 82–84.
- 51 Vgl. HÖSELE/LOPATKA/MANTL/PRISCHING/SCHILCHER/SCHNIDER (Hrsg.): Steirisches Jahrbuch für Politik 2003. S. 236.
- 52 Vgl. Günther R. BURKERT-DOTTOLO: Das Land geprägt. Die Geschichte der steirischen Bauern und ihrer politischen Vertretung. Graz/Stuttgart 1999. S. 198.
- 53 Zu Theodor Piffel-Percevic siehe etwa die Memoiren: Theodor PIFFL-PERCEVIC: Zuspruch und Widerspruch. Graz/Wien/Köln 1977.

---

„60 Jahre Steirische Volkspartei“

---

# Bilddokumente und Faksimiles 1948–1971





Sitzungsprotokoll der ÖVP

Sitzung vom 28. Juni 1948 um 16.30 Uhr,  
gewesen mit der Landesparteilitung der ÖVP.

Landtagspräsident Herr Dr. Jochum eröffnet die Sitzung um 16.30 Uhr, das Landesgeschäftsamt (LGA) ist von Herrn Jochum persönlich geleitet. Der Landesparteilitung der ÖVP ist von Herrn Jochum eine Begrüßung und eine Mitteilung über die Gestaltung der Landtagswahlen zu erreichen. Herr Jochum bringt zunächst die Probleme der Landesparteilitung zu Wort, deren Lösung jedem einig ist.

Landtagspräsident Jochum berichtet über den Stand der Landesparteilitung, wobei er sich auf die Sitzung vom 28. Juni 1948 bezieht. Er weist darauf hin, dass die Lösung der Probleme der Landesparteilitung im wesentlichen von der Lösung der allgemeinen Probleme der Landesparteilitung abhängt, die durch die Lösung der allgemeinen Probleme der Landesparteilitung erreicht werden kann.

Das Landesgeschäftsamt wird durch Herr Jochum geleitet, während Herr Jochum den Vorsitz führt. Die Sitzung wird von Herrn Jochum geleitet, während Herr Jochum den Vorsitz führt.

Die Sitzung wird um 16.30 Uhr geschlossen.

Protokoll der Sitzung  
2. Sitzungsprotokoll vom 28. Juni 1948

Die Sitzung wird von Herrn Jochum geleitet, während Herr Jochum den Vorsitz führt. Die Sitzung wird von Herrn Jochum geleitet, während Herr Jochum den Vorsitz führt.

Protokoll der Klubtsitzung des Landtagsklubs der ÖVP zusammen mit der Landesparteilitung der ÖVP vom 28. Juni 1948 um 16.30 Uhr. Designierung und Wahl des Landeshauptmannes. Ergebnis: Josef Krainer sen. 27 Stimmen, Udo Illig 6 Stimmen, 1 Stimme ungültig. Damit beginnt die Ära LH Josef Krainer sen.

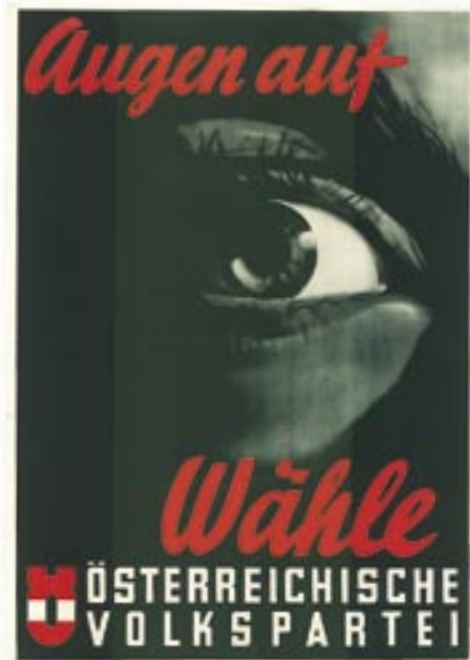
Wahlplakat der Volkspartei zur Landtagswahl 1970.



Zielgruppenplakat (Heimkehrer), 1949.



Wahlplakat mit Alfons Gorbach zur Wahl 1949.



Wahlplakat, 1949.



Wahlplakat, 1949.



Mit der Ausgabe vom 2. Oktober 1951 wurde das „Steirerblatt“ in die „Südost Tagespost“ übergeführt.



Josef Krainer sen. und Staatsvertragskanzler Julius Raab.



Landespartei sekretär Franz Wegart und Josef Krainer sen. bei einer Besprechung.





V. l.: Das Regierungsteam der ÖVP im Jahr 1961 mit Hanns Koren, Tobias Udier, Josef Krainer sen., Ferdinand Prirsch, Franz Wegart und Landtagspräsident Karl Brunner.



V. l.: Landespartei sekretär DI Alfred Rainer, Landesrat Anton Peltzmann und Franz Hasiba während einer Besprechung in Vorbereitung der Landtagswahl 1965.



Alfons Gorbach und Josef Krainer sen.



Bundeskanzler Alfons Gorbach zu Besuch bei US-Präsident John F. Kennedy, 1962.



Die „Krainerwahlen“ – Wahlplakate der Steirischen Volkspartei für die Landtagswahl am 12. März 1961.



Josef Krainer sen. mit dem 1966 neu bestellten Landesparteisekretär Franz Hasiba.



Unterrichtsminister Theodor Piffli-Percevic, Adolf Harwalik und Josef Krainer sen.



Staatsbesuch. V. I.: Julius Raab, Sowjetführer Nikita Chruschtschow, Josef Krainer sen., Nina Chruschtschowa.



Zwei Reformer im Gespräch: Josef Krainer sen. und Bundeskanzler Josef Klaus.





Staatsbesuch des jugoslawischen Staatspräsidenten Josip Broz Tito am 17. Februar 1967 in der Steiermark. Josef Krainer sen. war stets um gute Beziehungen zu Jugoslawien bemüht.



Staatsbesuch der englischen Königin Elisabeth II. in der Steiermark im Jahr 1969. Empfang durch Landeshauptmann Josef Krainer sen. am Flughafen Graz-Thalerhof.



ORF-Reporter Günther Ziesel interviewt den Wahlsieger Josef Krainer sen. am Abend der Landtagswahl 1970. V. l.: Alexander Götz (FPÖ), Alfred Schachner-Blazizek (SPÖ), Josef Gruber, Günther Ziesel, Franz Leitner (KPÖ), Josef Krainer sen., Friedrich Niederl und Hanns Koren.



Am 27. November 1971 verleiht Josef Krainer sen. seinem langjährigen Mitstreiter Bauernbundpräsident Josef Wallner den Ehrenring des Landes Steiermark.



Vater und Sohn. Landeshauptmann Josef Krainer sen. und Dr. Josef Krainer, der 1970 und 1971 die Steiermark im Nationalrat vertrat.

# SÜD · OST Tagespost

Donnerstag, 2. Dezember 1971

GRAZ — Nr. 278 / 2p. 28 — 8071 Graz, Postfach 402 — Tel. 47-40-07 P.h.b. / Preis 5.2.-  
Fernschreiber: Tel. 137, Amt. ADK 148 — Verlagsgesamt 8071 Graz

## Zehntausende säumten Krainers letzten Weg

GRAZ — Landeshauptmann Josef Krainer wurde gestern zu Grabe getragen. Graz und die ganze Steiermark haben ein solches Begräbnis noch nicht erlebt. Erstbeifahrer über die Feldbahnen und Zuschauermassen abzuschätzen zu wollen ist kaum möglich, es müssen Zehntausende gewesen sein. Und auch sonst dürfte es schwer sein, im österreichischen Bereich ein vergleichbares Ereignis zu nennen, ganz zu schweigen von dem Angebot an politischer Prominenz, wie es Graz noch nie gesehen hatte. Es war ein Heimgang, der nie mehr ein solches gleiches finden wird.

Nicht Schoenast und Neupfizer waren es, die Aber-tausende dazu veranlaßten, in unserer Kille um Straßen-rand auszuharren, um dann den schief anlesenden Trauer-

würdigen Schlichtheit der Sensationslust wenig hätte bieten können. Es war echte Anteilnahme, Erwerenz nicht nur vor einem großen Mann, einem bedeutenden Politiker und Staatsmann, sondern Abtätig vor allen von einem Menschen, der jedem einzelnen aus seinem wollen Herzen ganz persönlich etwas zu sagen hatte.

Dieser Grundton bestimmte den ganzen Verlauf von der Trauerfeierung des Landtages über die Abschiedszeremonie im Burgbad, das Begräbnis im Dom, den Zug hinunter wieder zum Landhaus in die Stadt bis zum eigentlichen Begräbnis auf dem kleinen Stotzfeldfriedhof, wo Ehrenzüge aller Prominenzgrade und „einliches Volk“ durcheinandergemischt die Grub ausdün-ten. Eine ins Riesenhafte überdimensionierte Familie.



Der Kutschk mit dem verhüllten Ehrenzug des Verstorbenen in der St. Peter.

bedeutet haben. Aberhaupt der vertrieben-desten Vertrieben, von Teil in Thailand und mit Führung, Ausdehnung gewonnen. Sozialkritik, beim Kinn, Eustachius, Farneserakt, Eindeutigkeit, Kausalität, Einseitigkeit, Laster-verurteilung. Ein solches zurückgegriffen von der sozialistischen Partei der zweiten Teil-zeitung. Die Politik hat alle Hände voll zu tun, um Menschen aus dem sozialen Drogen zum Politik zurückzuführen, auf dem dem der Berg-... hat sich ein... erweisen soll.

Zeitungsausschnitt zum Begräbnis von Landeshauptmann Josef Krainer sen. am 1. Dezember 1971.

„60 Jahre Steirische Volkspartei“

---

# Die Ära Friedrich Niederl 1971/72–1980





## Um Krainers Nachfolge im Land ...

---

Wenig ist so bekannt aus der jüngeren Geschichte der Steiermark und der Steirischen Volkspartei wie das Faktum, dass Landeshauptmann Krainer sen. eine Art politisches Testament hinterließ, das einige Tage nach seinem Tod von seiner Tochter in seiner Briefftasche gefunden wurde und einen klaren Auftrag enthielt: „Der Niederl soll Landeshauptmann werden. Er ist der Verlässlichste und Beste. Mit ihm kann man die Steiermark politisch halten.“ Politisch interessierte Beobachter können Ende 1971 von dieser Einschätzung Krainers kaum mehr überrascht worden sein. Denn in Wahrheit waren die Weichen für Niederl<sup>1</sup> bereits nach der Landtagswahl 1970 gestellt worden. Obwohl erst 1965 in die Landesregierung berufen, war er damals zum Landeshauptmann-Stellvertreter aufgestiegen – nicht Wegart.

Was für diese Option wirklich den Ausschlag gab, ist nicht voll aufzuklären. Sicher traute Krainer Niederl mehr zu, „im Volk“ populär zu werden als Wegart; bei allen seinen Begabungen, auch rhetorischen, war der doch mehr bei den Funktionären der Partei bekannt und beliebt als in der breiten Öffentlichkeit. Gewiss ging es auch darum, dem Bauernbund eine zentrale Rolle zu bewahren; aus dem Personal, das dieser als seines anerkannte, kam einstweilen nur Niederl in Betracht (obwohl der seiner „Herkunft“ nach dem ÖAAB angehörte). Mit einer Rolle spielte vermutlich, dass Wegart (zusammen mit Peltzmann) 1969 nicht nur aus der Sicht des „alten“ Krainer eine Unbotmäßigkeit begangen hatten, als sie gegen dessen und Josef Wallners Willen nach dem Unfalltod des Landtagspräsidenten Richard Kaan im VP-Landtagsklub einen Mann ihrer Wahl als Nachfolger durchgesetzt hatten, Franz Koller. Der gehörte zwar zum Bauernbund, war aber von diesem nicht nominiert worden. Der Vorgang wurde offenbar als eine Art „Testlauf“ für irgendwann fällige, ernstere Entscheidungen aufgefasst – vielleicht mehr von Wegarts Gegnern als von ihm selbst.<sup>2</sup>

Nach der Landtagswahl am 15. März 1970 nahm Koren seinen Abschied aus der Landesregierung; am 4. April wurde er im Parteipräsidium zum neuen Landtagspräsidenten designiert. Da er in der Regierung seit 1963 neben Alfred Schachner-Blazizek (SPÖ) als Krainers zweiter Stellvertreter fungiert hatte, war er auch in dieser Rolle zu ersetzen: durch Niederl oder durch Wegart. Erst am 11. Mai fiel die Entscheidung in der Fraktion einstimmig für Niederl. In den Tagen zuvor war es aber heiß hergegangen. Krainer hatte zur schwersten Waffe greifen müssen und mit seinem Rücktritt gedroht. Daraufhin hatte Wegart verzichtet. In den am 12. und 13. Mai tagenden Parteigremien war ihm von Krainer und Wallner dafür gedankt worden.<sup>3</sup> Dort sprach übrigens LABg. Eberdorfer arglos aus, was ohnehin alle wussten: Für Krainer müsse „ein Nachfolger aufgebaut werden und

Niederl wird als solcher angesehen“ (13. Mai). Niederl seinerseits unterstrich in diesen Tagen, für wie wenig aktuell er dieses Thema hielt: Der Landeshauptmann wäre „ein lächerlicher Stipfl“, verbreitete er; in anderen Worten: Er werde Partei und Land kraft seiner gesunden Konstitution noch lange erhalten bleiben.<sup>4</sup>

So machte es Anfang Dezember 1971 in der Partei keinerlei Schwierigkeiten mehr, Niederl auf den Schild zu heben. Der Landtagsklub nominierte ihn am 9. einstimmig. Ganz anders verhielt es sich bei dem neu zu besetzenden Regierungssitz. Für den auf Krainer jun. lautenden Vorschlag gab es 21 Stimmen, gegen ihn zehn. Dieser Entscheidung war eine Debatte vorangegangen, die die Klubsitzung um eine Stunde verlängert hatte. Als „sehr erbittert“ charakterisierte sie Wegart am Nachmittag im Parteipräsidium. Während dieses nur zehn Minuten brauchte, um zur Kenntnis zu nehmen, was der Klub beschlossen hatte, gingen die Dinge in der anschließenden Sitzung der Landesparteileitung weniger glatt. Zwar gab es in ihr keine spontanen Wortmeldungen, aber die Berichte und drei geheime Abstimmungen nahmen Zeit in Anspruch. Bei diesen wurden von jeweils 45 Stimmen gegen Niederl als Landeshauptmann de facto vier, gegen Wegart als Landeshauptmannstellvertreter sieben, gegen Krainer als Landesrat zehn Stimmen abgegeben; (in dieser Zählung ist Stimmenthaltung des jeweiligen Kandidaten vorausgesetzt.) Kurz: Einige machten ihrem Unmut in aller Stille etwas Luft.

... und in der Partei

---

Während seiner kurzen Sitzung hatte das Präsidium Wegart auch damit betraut, die Geschäfte des Landesparteiobmannes bis zum Parteitag zu führen. Als dienstältester der Bündeobmänner hatte Wegart bereits am 29. November die Sitzung geleitet und die Gedenkrede auf Krainer gehalten. Der Beschluss erfolgte einstimmig und war nicht mehr als selbstverständlich. Aber Gorbach, der als Ehrenobmann an den Sitzungen gewöhnlich teilnahm, wollte mehr wissen. Er fragte, wann die „Frage des geschfd. Landesparteiobmannes (...) behandelt“ würde. Er setzte also voraus, dass Niederl zwar formell Parteichef werden, aber einen geschäftsführenden Parteiobmann wünschen bzw. brauchen würde. Dass er keine Antwort bekam, war gewiss kein Zufall. Nach der Klubsitzung des Vormittags hätte er kaum Heikleres fragen können. Denn nach Lage der Dinge kamen nur zwei Personen in Betracht: Krainer jun., gegen den sich im Klub gerade eine gute Portion Ablehnung bzw. Skepsis artikuliert hatte, und Wegart. Dieser beschränkte sich nämlich keineswegs auf die Besorgung von Routinesachen. Bereits beim nächsten Treffen am 10. Jänner 1972 listete er in sieben Punkten „steirische Aktivitäten“ der Partei auf, die es besonders in Anbetracht der für die Volkspartei nach der Nationalratswahl vom 10. Oktober 1971 ganz schwierigen bundespolitischen Situation unbedingt zu setzen gelte. Neben „Forcierung der Öffentlichkeitsarbeit“ und „großen Vertrauensmännerkonferenzen“ zwecks „Aufbau

des Landeshauptmannes“ verlangte er, dass sich die Partei auf Sport in den Gemeinden konzentriere, sie das „Steiermark-Modell“ vorantreibe, eine (personelle und organisatorische) „Überprüfung der Gemeinden, Bürgermeister und Ortsgruppen“ vornehme, einen aus allen Bünden zu beschickenden Ausschuss einsetze, „worin das Eindringen in die Betriebe besprochen werden soll“, sowie im Hinblick auf die 1973 fälligen Grazer Gemeinderatswahlen ein Komitee bilde, das mit den Funktionären der Stadt „Verbindung aufnimmt“. Für dieses schlug er als Sprecher der Landespartei gleichzeitig Niederl, Peltzmann und sich selber vor; Krainer nannte er nicht. Seine Bemerkung, seit 1961 sei die Zahl der steirischen Arbeitnehmer gestiegen, insbesondere die Zahl der Angestellten sei um 25.000 gewachsen und die der Rentner und Pensionisten um 34 % und das alles habe der Partei „viele Probleme gebracht“, bezog sich ja insbesondere auf die Landeshauptstadt. Während sie in den 1960er Jahren mit Ausnahme der Gemeinderatswahlen ein Ort mit teilweise schier fabelhaften Erfolgen für die ÖVP geworden war – einmal hatte sie mit der SPÖ gleichgezogen, dreimal hatte sie diese hinter sich gelassen –, hatte sich Graz mittlerweile für die Partei geradezu zu einem Katastrophengebiet entwickelt; um 11.000 bzw. fast 16.000 Stimmen lag sie bei den Nationalratswahlen 1970 und 1971 gegenüber der SPÖ zurück (bei alle diese Jahre beinahe konstant gebliebener Zahl von gültigen Stimmen).<sup>5</sup> Neben anderem führte Wegart das darauf zurück, dass die „Atmosphäre“ in der Stadtpartei „vergiftet“ war. In Summe hörte sich das alles wie eine programmatische Erklärung an. Wer wollte, konnte es auch als Kritik an Versäumnissen auffassen, die dem verstorbenen Parteiohmann anzulasten waren. Tatsächlich hatte Wegart, als am 15. November 1971 Tagespost-Chefredakteur Helmut Schuster gegen Ende der Präsidiumssitzung für Graz einen „Verbindungsausschuss“ angeregt hatte und er darauf von Krainer mit der Bemerkung abgefertigt worden war, es existiere ein „echtes Sanierungsprogramm“ für die Stadt, man solle es nur der Jungen ÖVP übergeben, einigermäßen spitz repliziert, Graz brauche „Generalstabsarbeit (...), nicht aber eine kurze Diskussion am Schluss einer Sitzung“. So verwundert es nicht, dass seine Vorschläge jetzt zum Teil reserviert aufgenommen wurden. Besonders der neue Bauernbundobmann Simon Koiner empfahl, „mit den Vertrauensleutekonferenzen, aber auch mit den Grazer Verhandlungen zuzuwarten“. „Vordringlich wäre die Wahl des Landesparteiobmannes“. Von der aber wurde mit keinem Wort geredet. Immerhin beschloss man, den Ausschuss für die Betriebe und das Graz-Komitee einzusetzen.

Schon eine Woche später tagte das Präsidium erneut. Man besprach die kritische Finanzlage, stellte fest, dass mit Ausnahme von Bauernbund und ÖFB die Nominierungen in den Betriebsausschuss erfolgt waren, fixierte den Landesparteitag auf den 18. März. Kein Wort fiel über die Obmann-Frage. So war es auch beim nächsten Mal, am 12. Februar. Erst am 6. März kam das Präsidium zur „causa prima“. Wegarts Bericht zufolge hatten die Bündeobmänner „vor 14 Tagen“ Niederl gebeten, Landesparteiobmann zu werden. Der hatte „Bedenkzeit“ gewünscht und „vor 8 Tagen (...) um die Beistellung eines

geschäftsführenden Landesparteiobmannes ersucht, weil er viel Arbeit habe“. Gleichzeitig hatte er Landesrat Krainer „für diese Funktion“ vorgeschlagen. „Mit dieser Situation sind wir dann in die heutige Bündeobmännerbesprechung gegangen“, resümierte Wegart. Offensichtlich hatte diese Niederls Wunsch zugestimmt. In Wahrheit war gewiss schon früher entschieden worden. Denn, sagte Wegart, es wäre „noch eine zweite Variante zur Debatte“ gestanden, nämlich (anstelle Niederls) Krainer ohne Umschweife zum Obmann zu wählen. Aber „beim ÖAAB“, d. h. in dessen Landesvorstand, habe es dafür nur zwölf Stimmen gegeben, jedoch 22 für die „Kombination“ Niederl/Krainer (und zwei ungültige). „Somit wurde mit Mehrheit dem Wunsche des Landeshauptmannes entsprochen“ fügte Wegart hinzu. Dieser Vorgang musste sich vor der „heutigen“ Besprechung der Bündeobmänner zugetragen und die Causa entschieden haben. Gorbach meinte nämlich unmittelbar anschließend: „Schöner wäre eine einheitliche Stellungnahme gewesen“; ohne sich zur Sache selbst zu äußern, identifizierte er somit die Mehrheitsmeinung im ÖAAB als ein nicht zu übergehendes Hindernis für Krainers direkten Weg zur Obmannschaft. Von einer Variante Niederl/Wegart war allerdings während der letzten Wochen keine Rede mehr gewesen. Selbstverständlich beschloss das Präsidium dann einstimmig die „Kombination“ Niederl/Krainer.

Wohl fühlten sich manche seiner Mitglieder dennoch nicht. Gorbach fragte, ob auch die Delegierten des Parteitages „bei diesem Prozentsatz bleiben“ würden; er fürchtete also unter ihnen auch Widerstand gegen die „Kombination“ und ein schlechtes Bild nach innen und außen. Wegart und Koiner versicherten, ihre Bünde, d. h. deren Delegierte, würden für Niederls „Wunsch“ stimmen (also einhellig). Dasselbe sagten sinngemäß Edda Egger und Walter Heinzinger für die Frauenbewegung bzw. Junge Generation. Peltzmann dagegen schloss sich nicht einfach an, sondern fand nötig, „auf dem Parteitag nicht zu sagen“, dass Niederl eine „Bedingung“ gestellt habe. Naturgemäß bestritt der, dieses Wort jemals gebraucht zu haben. Obwohl bereits abgestimmt worden war, brachte er seine Gründe einmal mehr vor und auch Krainer nahm das Wort mit der Bemerkung, er habe Niederl noch „vor einer Woche“ gebeten, die Funktion „allein zu übernehmen“, sich aber auf dessen Beharren hin „seiner Bitte nicht entziehen“ können. Jungwirth warf noch ein, den Delegierten müsse vermittelt werden, dass Niederl „kein Übergangskandidat“ wäre. Die Sorgen vor der Parteibasis war im Präsidium erheblich. Aber am 10. ordentlichen Landesparteitag am 18. März 1972, der in den Redoutensälen des Grazer Schauspielhauses abgehalten wurde, wurde das Führungsduo Niederl/Krainer mit unerwartet opulenten Mehrheiten gewählt, Niederl mit 480 von 498, Krainer mit 446 von 497 Stimmen. Mit dieser geschickten Personalentscheidung konnte Niederl Machtkämpfe innerhalb der Partei verhindern – wie „profil“ meint<sup>6</sup> – und schuf zugleich für Krainer jun. die Möglichkeit, sich in der Landespolitik zu profilieren. Allerdings hatte der auf den Parteitag explizit klar gemacht, er betrachte seine Rolle nicht als „Warteposition“; implizit hatte er damit Jungwirths „Ball“ aufgenommen.

## Trendwende in der Landeshauptstadt: die Grazer Gemeinderatswahl 1973

---

Inzwischen waren die ersten Gespräche mit den Grazern „fruchtbar“ verlaufen. Überhaupt wurde ab nun kooperiert. Kooperation aller in ihr Maßgeblichen hatte die Partei auch nötig. Um die Finanzen stand es schlecht: Inklusive Präsidentschaftswahl 1974 waren seit 1970/71 vier Wahlgänge zu bestreiten gewesen. Die Reserven schmolzen, Quellen, die der verstorbene Landeshauptmann zum Sprudeln gebracht hatte, waren versiegt. Ein systematisches, jeweils auf eine ganze Woche angelegtes Schulungsprogramm für Gemeinderäte, das man seit Herbst 1970 in Mautern umsetzte, kostete zusätzlich. Dazu kam das ehrgeizige Projekt, in Graz-Andritz ein „Schulungsheim“ zu errichten. Unmittelbar nach der Landtagswahl 1970 hatte man es in Gang gesetzt; bis zu seinem Start als „Josef-Krainer-Haus“ im Oktober 1972 sollte es mehr als 3 Millionen Schilling beanspruchen.<sup>7</sup>

Dabei wusste man nicht, wann welche Wahlkämpfe demnächst zu schlagen sein würden. Seit Oktober 1971 hatte es Kreiskys SPÖ mit ihrer absoluten Mehrheit in der Hand, jederzeit den Nationalrat neu wählen zu lassen, und auf dessen Wahltermin war, wenn irgend möglich, von der ÖVP der Zeitpunkt der nächsten Landtagswahl abzustimmen, in der es für die steirische Partei „ums Ganze“ gehen würde. Fest stand nur, dass 1973 in Graz die Gemeinderatswahl stattfinden musste. Man vermutete, dass ihr Ergebnis und die von ihm ausgelöste Stimmung vorentscheidend für die Landtagswahl sein würden.

Also widmete das Landesparteipräsidium der Landeshauptstadt während des Jahres 1972 mehr Aufmerksamkeit als je zuvor. Sorgen machte, wie erwähnt, das Klima im Funktionärskorps der Stadtpartei. Auch mit dem sich mehr und mehr abzeichnenden Hauptthema der Wahlauseinandersetzung hatte man ernsthafte Schwierigkeiten: mit der geplanten Autobahntrasse von Gösting bis Straßgang. Im Gemeinderat der Stadt hatte die Partei seinerzeit für sie votiert; jetzt wurde diese von einer Bürgerinitiative<sup>8</sup> bekämpft und die FPÖ unter Stadtrat Alexander Götz<sup>9</sup> sprang auf deren Trittbrett. Im Laufe des Herbsts 1972 schaffte es die Volkspartei, sich von dem ursprünglichen Plan abzusetzen und Präferenz für einen durch den Plabutsch zu bauenden Tunnel zu demonstrieren. Dabei kam ihr Bürgermeister Scherbaum (SPÖ) de facto „zu Hilfe“, der durch seine Weisung, tausende gegen die Trasse abgegebene Unterschriften überprüfen zu lassen, massenweise Wähler verärgerte. Zweifellos kam der ÖVP zugute, dass sie Franz Hasiba<sup>10</sup> als Spitzenkandidaten aufstellte; Techniker von Beruf und mit liberal-katholischem Image ausgestattet, war er für das bekannt launische Grazer Bürgertum, die „Geidorfer“, ein gutes Angebot. Außerdem war er in die Konflikte innerhalb der Stadtpartei nicht verwickelt gewesen, also für deren unterschiedliche Gruppen akzeptabel. Und er eignete sich als Protagonist des von der Partei präsentierten „Stadterneuerungskonzeptes“<sup>11</sup> – gewissermaßen ein

Schwesterprogramm des „Modell Steiermark“ –, mit dem die Grazer Volkspartei gerade auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes in die Öffentlichkeit trat. (Auf ein Drittel schlug man später in der Partei den Anteil des „Konzeptes“ am Wahlerfolg an.) Tatsächlich legte die Volkspartei am 25. Februar 1973 5.000 Stimmen zu, die FPÖ fast 6.000, wogegen die SPÖ nicht weniger als 14.000 verlor. An der erbärmlichen Ausgangslage gemessen, war das Plus von 6 Prozentpunkten ein sehr achtbarer Erfolg. In der Folge wählte die ÖVP Götz zum Bürgermeister<sup>12</sup> (und verschaffte sich damit bis zur Landtagswahl „Ruhe“ von der FPÖ). Hasiba ging als Vizebürgermeister in die Stadtpolitik; als sein Nachfolger im Amt des Landespartei sekretärs wurde Karl Maitz bestellt. Da die Zahl der Gemeinderatssitze insgesamt aufgestockt worden war, gab es mehr Positionen zu verteilen statt, wie im Vorfeld befürchtet, weniger; das nützte der internen Konfliktdämpfung.

### „Modell Steiermark“

---

Sich mit Politikfeldern inhaltlich zu befassen, war nie Sache der Partei bzw. ihrer obersten steirischen Gremien gewesen. Wir haben das erwähnt. Aber gegen Ende der 1960er Jahre scheint man das zunehmend als ein Defizit wahrgenommen zu haben. Der „Zeitgeist“ wandte sich nach links. Nicht nur in der „68er-Bewegung“ manifestierte sich das. Breitere Resonanz fand der Glaube, dass man, auf Wissenschaft abgestützt, umfassend innovative, die Gesellschaft insgesamt reformierende Politik „machen“ könne, wenn man nur wollte. „Visionen“ und „Programme“ waren en vogue. Die Bundes-ÖVP hatte in ihrer „Aktion 20“<sup>13</sup> vor Jahren damit begonnen, Kreisky hatte sie mit seinen „1400 Experten“ übertroffen, auf die sich die SPÖ in einer ganzen Serie von Sachprogrammen berief. Wie zehn Jahre zuvor, lag „Reform“ wieder in der Luft. Aber der Volkspartei bzw. der Regierung von Kanzler Klaus traute die Öffentlichkeit sie nicht mehr zu; Landtagswahlen z. B. in Oberösterreich und Salzburg zeigten das. Auch in Graz, auch in der Steiermark drohte die ÖVP einzubüßen, was wir ihre „kulturelle Hegemonie“ genannt haben. Die Stimmung in der jungen Generation, besonders die unter der auch quantitativ anwachsenden Zahl von Studierenden und Universitätsassistenten, wurde zusehends ÖVP-kritisch. Es hatte zu den großen Verdiensten des Parteiobmannes Krainer gehört, dass er darauf konstruktiv reagiert hatte – durch „Öffnung“ zu den „Jungen“ hin. Bernd Schilcher<sup>14</sup>, Wilfried und Ruth Zankel, Helmut Strobl, Gerfried Sperl, auch Gerd Lau lauteten einige der Namen, die für etwa eine Hundertschaft standen, die in die Partei integriert wurden, indem Krainer sie zu aktiver Mitarbeit einlud, ohne zu versuchen, ihre Kritik zu unterbinden. Für solche Mitarbeit brauchte es Foren, Arbeitskreise etc., die jene neuen Themen diskutieren konnten, an denen besonders den „Jungen“, aber auch jüngeren Experten aus unterschiedlichen Berufsfeldern lag. Irgendwann Ende der 1960er Jahre, wahrscheinlich im Herbst 1969<sup>15</sup>, reifte daraus die Idee, eine „Gesamtschau“ für die Lan-

des-, Regional- und Gemeindepolitik in der Steiermark überhaupt zu erarbeiten und die steirische Volkspartei zu deren Trägerin zu machen. Das war die Geburtsstunde des „Modell Steiermark“.

Der Umbruch der politischen Großwetterlage von 1970 gab diesem Gedanken zusätzlich Schubkraft. Wenn man in der Bundespolitik nichts mehr zu sagen hatte und die Bundespartei einweilen rat- und richtungslos dahinschlingerte, wollte die Steirische Volkspartei wenigstens „ihr Haus“ bestellen. Am 2. Juli 1971 beschloss die Landesparteileitung auf Krainers Antrag, das „Stmk-Modell“ wäre „DIE Aufgabe der nächsten Jahre“. Zwölf Arbeitskreise<sup>16</sup> würden es „in engster Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Politik“ entwickeln, ihre Ergebnisse „auf breitester Basis diskutiert werden“. So ließ es die Partei am 5. Juli die Presse wissen. Sachpolitische und kommunikative Dimension wurden somit von Anfang an miteinander verzahnt, die ÖVP übte sich, wie es schien, im „herrschaftsfreien Diskurs“.

Im Oktober 1972 lag ein Textentwurf vor<sup>17</sup>, den Niederl vor dem Parteipräsidium für zwar „nicht fehlerfrei, aber diskutabel“ erklärte. Ab November wollte man auf ihn in Inseraten neugierig machen, über ihn Seminare für das „Offizierskorps der Partei“ (Wegart) veranstalten, alle Ortsgruppen, Bünde und „Zweckverbände“ mit ihm beliefern. Die Endfassung sollte im Herbst 1973 beschlussreif sein, deren Buchfassung dann für 30 Schilling verkauft werden; (die Hälfte davon sollte den Bezirken als Vertriebsorganisationen bleiben – ein finanzieller Anreiz, um die zusätzlich zu motivieren.) Dann aber beschleunigte man den Fahrplan. Man hatte in Erfahrung gebracht, dass die SPÖ „mit Hochdruck“ an ihrem Modell arbeitete, den späteren „Leitlinien für die Steiermark“. Außerdem war es zweckmäßig, noch den Grazer Wahlkampf mit dem „Modell“ zu bereichern. Jedenfalls waren Anfang 1973 bereits 10.000 Exemplare von ihm versandt und „zum Teil bezahlt“. Es fand „viel Beifall und konstruktive Kritik“, sagte Niederl, und „Verschiedenes“ aus ihm wäre bereits im Landesbudget 1973 berücksichtigt; besonders der „Industriepark“ wäre „vordringlich“. Ein Jahr später, im Jänner 1974, ermittelte das Meinungsforschungsinstitut Fessel zur Freude der Partei, dass das „Modell“ 37 % der befragten Steirer und Steirerinnen bekannt wäre; „Bekanntheitsgrad und Glaubwürdigkeit sind einmalig“, referierte Krainer im Präsidium; von den „Leitlinien“ hätten dagegen nur 3 % gehört.

Seinen geradezu durchschlagenden Erfolg dankte das „Modell“ einem Mix von Faktoren: Die steirische ÖVP tat das Optimum, es zu popularisieren. Seine (Taschen-)Buchfassung zeigte ein modernes Design in frischem Zitronengelb, aber kein verstörendes. Innen war seine Sprache verständlich gehalten, überhaupt nicht technokratisch. Es machte intellektuellen Anspruch, ohne „die Leute“ zu überfordern. Diesem perfekten „Marketing“ entsprachen sein Geist, seine Inhalte. Sie wiesen die ÖVP des Landes als weder konservativ noch utopistisch aus, sondern als reformistisch, auf der Höhe der Zeit, inmitten des „sozial-liberalen Konsensus“ der 1970er Jahre. „Die Politik und die Politiker (...) tragen für eine kontinuierliche, störungsfreie Entwicklung“, schrieb Landeshauptmann Niederl einleitend.



Das „konjunkturelle Auf und Ab“ vergangener Jahre wäre „weniger schicksalhaft bedingt als vielmehr ein Mangel unserer Wirtschaftspolitik“ gewesen. „Selbststeuerung“ der Gesellschaft, das klassische liberale Credo, funktioniere nicht usw. Die Volkspartei präsentierte ein ganz und gar optimistisches Verständnis von dem, was mittels Politik machbar wäre. Demgemäß würde diese, wenn man sie richtig betriebe, sowohl die „Informationslücke“ wie das „Orientierungsproblem“ beheben können, an denen die Beziehungen zwischen Gesellschaft und Politik kranken würden, und zudem das „Abstimmungsproblem“ zwischen öffentlichem und privatem Sektor.

Aber selbstverständlich beließ es das „Modell“ nicht bei so allgemeinen Wendungen, auch nicht bei dem Slogan, künftig müsse mehr auf Qualität als auf Quantität geachtet werden. Mit sozialstatistischen Daten, Diagrammen und Karten angereichert, umschrieb es „allgemeine Entwicklungstendenzen in der Steiermark bis 1980“ und ordnete ihnen „Hauptziele“ der Politik zu, z. B. „aktive Strukturpolitik zur Verminderung des wirtschaftlichen Gefälles zwischen den einzelnen Regionen“, „aktive Gemeindegrößenpolitik (...) zum Ausgleich zwischen städtischem und ländlichem Raum“, „Förderung der Finalindustrie“. Dann folgten differenzierte Aussagen zu nahezu allen für politische Gestaltung beanspruchten Feldern, von der Kulturpolitik bis zum Sport. „Schule – Bildung – Erziehung“, „Besser planen – rationeller bauen – schöner wohnen“, starke Wirtschaft (mit Akzenten auf Gewerbe, Handel und „Konsumqualität“) sowie „Landwirtschaft und ländlicher Raum“ wurden am ausführlichsten erörtert. Durch Raumordnung und Raumplanung – eines der heißen neuen Themen jener Jahre –, durch mehr Forschung in Forschungsparks, durch Industrieparks, durch Altstadtpflege und Altbausanierung und vieles mehr sollten praktische Fortschritte erzielt werden. Schließlich fanden sich am Ende Aussagen über „einzelne Budgetansätze“ bis 1980, die die Schwerpunktsetzungen des Modell spiegelten. Sie extrapolierten die bisherigen Wachstumsraten der Landesbudgets seit 1960 in die Zukunft und kamen zum Befund, bedeutende zusätzliche Mittel stünden für politisch gewollte neue Prioritäten zur Verfügung: sozialliberaler Optimismus auf Steirisch. Von Ölkrise, Weltwirtschaftskrise 1975, von der Strukturkrise der verstaatlichten Industrie, die die Steiermark in den 1980ern treffen sollte, ahnte man, als es verfasst wurde, noch nichts.

#### Landtagswahl 1974: Vorwahlkampf, Vorwahlen, Ergebnis

Als das „Modell“ unter „die Leute“ gebracht wurde, sah es für die Volkspartei im Land bereits wieder besser aus. Sie beobachtete nicht nur, dass die SPÖ das erste Jahr nach Landeshauptmann Krainers Tod „verschlafen“ habe. Sie selbst hatte neue Formen gefunden, über die herkömmliche Interessenwahrnehmung durch bündische Funktionäre hinaus mit den Menschen in Kontakt zu kommen: Klubs in Städten, konsequenter Besuch gesellschaftlicher Veranstaltungen durch Mandatäre, Fahrrad- und Wandertage, Organisa-

tion von Reisen, Kinderschitztage usw. Dazu kamen gezielte Postwurfsendungen vor einer Welle von Versammlungen, vor der Publikation des „Modells“. Wahrscheinlich war aber am wichtigsten, was Fessel, neben allerhand Negativem, ermittelt hatte: Die Bevölkerung denke, „die Landesregierung macht sehr viel und strengt sich in der Behandlung der Menschen sehr an“.<sup>18</sup> Für das Frühjahr 1974 nahm man einen „Zwischenwahlkampf“ in Aussicht; die Aktion „Treffpunkt Landeshauptmann“, in deren Rahmen Niederl alle Bezirke besuchte, sollte sein Herzstück sein. Denn noch war über den Termin der Landtagswahl selbst noch nicht entschieden. Dass im Mai nach Bundespräsident Jonas' Tod dessen Nachfolger gewählt werden musste, sorgte für zusätzliche Irritation. Doch Ende Juni entschloss man sich, die Landtagswahl im Oktober stattfinden zu lassen – ein halbes Jahr vor dem regulären Ende der Legislaturperiode. Die FPÖ stimmte im Landtag dafür, die SPÖ dagegen. Niederl nannte dem Präsidium am 2. Juli zwei Hauptgründe: erstens genug Abstand von allenfalls vorzeitigen Nationalratswahlen zu halten, die er für das Frühjahr 1975 erwartete; zweitens Abgänge im Landesbudget 1975, die keine Zeit für „Leerlauf“ ließen (schon im Jänner hatte er gesagt, der neue, spätestens im März 1975 zu wählende Landtag müsse bereits ab April 1975 arbeiten).

In Wahrheit war die SPÖ gut vorbereitet, sie hatte zu Beginn des Sommers ihre Kandidaten schon beschlossen und begann noch im Juli mit „Vorwahlen“ zu deren Bewertung durch das Parteivolk. Damit setzte sie die ÖVP unter Zwang, es ihr gleichzutun.<sup>19</sup> Hinsichtlich „Transparenz“ und „innerparteilicher Demokratie“, Leitvokabeln der „modern“ und „liberal“ denkenden Zeitgenossen, durfte sie hinter der SPÖ nicht zurückstehen. Einen ersten Versuch mit Vorwahlen hatte die steirische Volkspartei schon 1969/70 unternommen; immerhin 40.000 Steirer hatten an ihm teilgenommen und erstmals Computer-Lochkarten zurückgeschickt. Aber seitdem war von Vorwahlen bis Jänner 1974 nicht mehr die Rede gewesen; damals hatte Niederl sie im Präsidium erwogen, aber keine Reaktion darauf erhalten. Nun wurde noch im Juli ein Vorwahlstatut erarbeitet, das Niederl am 5. August der Öffentlichkeit vorstellte. Dem Statut<sup>20</sup> zufolge sollten am 8. September, exakt sechs Wochen vor der Landtagswahl, die Parteimitglieder, aber „auch alle anderen“ Gelegenheit haben, die ÖVP-Kandidaten zu beurteilen. Diese Kandidaten waren zuvor in geheimer Abstimmung von den Hauptbezirksparteitagen zu ermitteln; der jeweilige Bezirksparteivorstand hatte dazu einen Vorschlag zu erstatten, aber auch jeder einzelne Delegierte sollte dort eine Person nennen können, über die zusammen mit allen anderen abzustimmen war. Darauf hielt sich die Volkspartei ebenso viel zugute wie auf den Umstand, dass ihre Vorwahlen nicht auf der Ebene der viel größeren vier Wahlkreise, sondern auf der Ebene der Bezirke stattfinden würden, also „soweit als möglich in kleinen, überschaubaren Bereichen (...), wo die Beziehungen zwischen den Menschen noch enger und weniger anonym“ wären. Die Vorwahlen erforderten den Besuch von Wahllokalen. Die Stimmen von Mitgliedern und Nichtmitgliedern wurden durch verschieden gefärbte Stimmzettel unterscheidbar gemacht und getrennt gezählt. Ihr Gewicht sollte unterschiedlich sein,

denen der Nichtmitglieder wurde primär eine „bedeutsame Erneuerungs- und Korrekturfunktion“ zugeschrieben, die „eine offene Partei beachten“ müsste. Durch Ankreuzen konnte jeder der alphabetisch gereihten Bezirkskandidaten positiv hervorgehoben werden („Vorzugsstimme“), dazu war es für jede Teilnehmerin und jeden Teilnehmer möglich, einen neuen Kandidaten zu nominieren. Die Partei verpflichtete sich, die Ergebnisse zu veröffentlichen und nach einem ausgeklügelten Modus bei der abschließenden Reihung der Kandidaten im Präsidium zu berücksichtigen.

Noch am Abend des Vorwahltages, des 8. September, trat das Präsidium zusammen. „Joschi“ Krainer stellte fest, die Beteiligung wäre nicht zuletzt darum als „gigantisch“ einzuschätzen, weil bei der ÖVP die Wähler in Wahllokale gehen mussten, wogegen es die SPÖ mit brieflicher Abstimmung hatte genug sein lassen. 72.800 Mitglieder hatten teilgenommen, knapp 60 % von allen, in manchen Bezirken, z. B. in Feldbach und Weiz, waren um die 85 % gekommen. Auch 18.172 Nichtmitglieder hatten sich beteiligt. (Dabei waren in diesen Zahlen noch nicht alle Stimmen aus Graz enthalten.) Die allermeisten Bezirkskandidaten hatten hervorragend abgeschnitten, besonders die Abgeordneten hatten ihre Anhängerschaften erfolgreich mobilisiert (nur wenige von ihnen waren abgefallen.) Demgemäß lagen die Ergebnisse so nahe beisammen, dass sie dem Präsidium bei der Reihung nur wenig halfen.

Dass diese somit noch schwieriger sein würde, als sie es schon immer gewesen war, überraschte demnach nicht. Man kam überein, dass drei Gesichtspunkten je ein Drittel Gewicht bei der Entscheidung zukommen sollte:<sup>21</sup> dem Abstimmungsergebnis, das der/die Kandidat/-in auf seinem/ihrem Hauptbezirksparteitag erzielt hatte; dem Vorwahlergebnis; aus den Prozentzahlen dieser beiden Faktoren wurde ein Mittel gebildet, wenn nicht der dritte, das Ermessen des Präsidiums, den Ausschlag anders gab; für den waren unter anderem bündische und regionale Aspekte von Belang (z. B. hatten die Bezirke Bruck, Knittelfeld und Voitsberg bislang keinen VP-Abgeordneten im Landtag gehabt) – Ganz hatte die Führungsetage sich ihrer Entscheidungskompetenz also nicht begeben.

Nur zwei Entscheidungen aus dieser Prozedur sind hier hervorzuheben: Waltraud Klasnic, damals 29 Jahre alt, war vom Bezirk Graz-Umgebung und anschließend vom Wahlkreis 1 nominiert worden. Da es Edda Egger, obwohl inzwischen auch Bundesleiterin der Frauenbewegung, nur mit Mühe gelang, unter 30 Wahlkreiskandidaten vier Frauen zu platzieren, war es bereits ein Erfolg, dass Klasnic als deren zweite nach Johanna Jamnegg auf Platz 13 kam und außerdem, hinter Niederl, Koren und Landespartei sekretär Karl Maitz, auf die 4. Stelle der Reststimmenliste. Ihre Chancen hingen somit von der Zahl der schließlich von der ÖVP zu besetzenden Restmandate ab. Die zweite Entscheidung betraf Bernd Schilcher der, seit Maitz de facto bereits im Herbst 1972 Hasiba als Landespartei sekretär gefolgt war, als „Konsulent“ die „Modell“-Arbeit koordiniert hatte. Obwohl vom Grazer Stadtparteitag nicht nominiert und demgemäß nicht als Bezirkskandidat auf der Vorwahlliste, setzte ihn das Präsidium – statutenkonform! – auf die 11. Stelle im Wahl-

kreis 1 (und weit hinten auf die Reststimmenliste). Anders als für Schilcher sollte es für Klasnic nach der Wahl nochmals spannend werden.

Die Wahl vom 20. Oktober 1974 bescherte bekanntlich der Steirischen Volkspartei und Niederl persönlich einen wahren, nie gekannten und absolut unerwarteten Triumph: 53,27 % der gültigen Stimmen fielen auf sie und 31 von 56 Mandaten. 88.000 Stimmen betrug ihr Abstand zur SPÖ; die FPÖ war, weil offenbar viele ihrer traditionellen Wähler Niederl weiterhin als Landeshauptmann haben wollten, auf 30.000 Stimmen abgesunken.<sup>22</sup> Auch die Grazer Wählerschaft hatte das beste Ergebnis „abgeliefert“, das die ÖVP jemals in der Stadt erzielt hatte: fabelhafte 48,8 Prozent Stimmenanteil, trotz einer, gemessen an der Wahl von 1970, um 5.000 zurückgegangenen Gesamtzahl gültiger Stimmen 75.470 d. h. um fast 11.000 Stimmen mehr als für die SPÖ abgegebenen.

Erst am 6. November tagte das Parteipräsidium wieder. Niederl leitete es mit mehrfach bemerkenswerten Sätzen ein: „Dazu ist nicht viel zu sagen. Wir haben uns herzlich gefreut“, begann er, um sogleich fortzusetzen: „Wir dürfen jedoch keinen Hochmut an den Tag legen, sondern haben damit mehr Verantwortung übernommen.“ Mit der FPÖ war man unterdessen in Parteienverhandlungen einig geworden; sie behielt, was sie gehabt hatte, z. B. den Vorsitz im Kontrollausschuss des Landtages. „Die Sozialisten hingegen müssen zunächst den Verlust verkraften. Für sie und für uns ist es eine große Nervenprobe“, sagte der Landeshauptmann. In zwei Verhandlungsrunden hatten sie sich seit der Wahl hart gezeigt. Von ihren Ressortzuständigkeiten in der Landesregierung hatten sie kaum etwas abtreten wollen. Trotzdem meinte Niederl, vielleicht nicht zur Freude des einen oder anderen seiner ÖVP-Regierungskollegen: „Wir könnten nur Flurbereinigungen anstreben (...) Wir müssen ein Übereinkommen schließen. Die Verhandlungen dürfen nicht so wie in Vorarlberg scheitern.“ Er achtete auf das „steirische Klima“, auf „Zusammenarbeit“. Mit diesen Devisen war die Volkspartei seit vielen Jahren gut gefahren. Sie erforderten jetzt Zurückhaltung.

Beim Tagesordnungspunkt „personelle Entscheidungen“ ging es nach dieser Einleitung sofort herber, klimatisch weniger „steirisch“ zu. Viel war am frühen Vormittag des 6. November im Landtagsklub bereits vorentschieden worden: Die fünf Regierungsmitglieder würden ihre Mandate zurücklegen, Jungwirth für Schilcher, Krainer für Pinegger, womit der Bezirk Voitsberg „versorgt“ war; dagegen gingen Bruck und Knittelfeld leer aus. Es war nur ein Restmandat angefallen, nur 500 Stimmen hatten auf das zweite gefehlt; für das eine war, der Liste entsprechend, im Klub Maitz nominiert worden. Folgerichtig war Edda Egger jetzt „zutiefst enttäuscht“. Von insgesamt 58 Funktionen, die die Steirische Volkspartei in Landesregierung, Landtag, National- und Bundesrat sowie im Grazer Stadtsenat zu besetzen hatte, hätte man den Frauen nur drei eingeräumt (Wilhelmine Moser im National-, Egger selbst im Bundesrat, Jamnegg im Landtag). Dabei hätte die Frauenbewegung starke Mitgliederzugänge (im Sommer 1974 hatte Egger die Zahl 13.000 genannt). Trotzdem hoffte sie noch, „dass ein Weg gefunden wird“. Niederl erklärte, ihre „Erregung“ zu

verstehen, sah aber keinen anderen Weg als „Änderungen“ „im nächsten Jahr“. Allerdings würde auch in diesem Fall Waltraud Klasnic im Bezirk Graz-Umgebung mit Georg Beder, nach Heinzinger Landesobmann der Jungen Volkspartei, konkurrieren. Auch Jungwirth machte sich für die Frauen stark: „Das politische Interesse der Frauen ist gerade in den Städten stark gestiegen.“ Aber einstweilen „ging“ nichts für sie. Ohnehin wurde auch um andere Mandate gefeilscht. Von zig Eingaben, die an ihn und die Parteileitung gerichtet worden waren – massenhaft auch für Klasnic –, war er einigermaßen mitgenommen. „Was ich in den letzten 14 Tagen auf diesem Gebiet mitgemacht habe, ist nicht mehr schön.“ Und nach einer weiteren Diskussionsrunde fügte er sarkastisch hinzu: „Bei 27 Mandaten hätten wir sicher nicht streiten brauchen.“

### 1974–1980: Bestätigung der VP-Politik

---

Was hier über die Mitte und zweite Hälfte der 1970er Jahre noch berichtet werden kann, ist wenig und enttäuschend genug. Denn ab 1974 verfügen wir nicht entfernt mehr über so gute Quellen wie über die Jahre zuvor. Es kann nur summarisch gehalten werden.

Vor allem hatte die Steirische Volkspartei den schweren Schock überwunden, den zuerst die Niederlagen gelegentlich der Nationalratswahlen von 1970 und 1971 ihr zugefügt hatten – die zweite mehr als die erste, denn mit ihr hatte die Wählerschaft bekräftigt, dass sie an der ÖVP sozusagen nichts von dem gutzumachen wünschte, was sie ihr 1970 „angetan“ hatte. Dazu war, noch viel schlimmer, Josef Krainers Tod gekommen. Jetzt, 1974, war seinen Nachfolgern bestätigt worden, dass sie sich selbstständig Ansehen erworben hatten. Das tat der Partei dann nicht nur gut.

Wie schon erwähnt, genossen sie dieses Ansehen primär dank der Politik, die sie in Landesregierung und Landtag machten, dank des Stils, in dem sie mit der Bevölkerung umgingen – und untereinander. Das „steirische Klima“ zu pflegen, war ein wesentliches Element dieses Stils. Demgemäß war die ÖVP im November 1974 mit der SPÖ bald handelseins geworden, daher waren Niederl und seine Regierungskollegen von ÖVP wie SPÖ im Landtag einstimmig wiedergewählt worden. In der Ressortverteilung war fast alles so geblieben, wie es gewesen war. Das, wie angedeutet, schwierige Budget für 1975 hatte man im Landtag so einstimmig beschlossen, wie es mit den Voranschlägen der Jahre zuvor geschehen war und mit denen der nächsten geschehen sollte. Überhaupt brachte die Landespolitik manches „weiter“. Schon zwischen 1971 und 1974 waren Gesetze über die Förderung von Kindergärten, über Altstadterhaltung, über Raumordnung, über einen eigenen Landeswohnbaufonds vom Landtag verabschiedet worden. Zu jedem dieser Themen hatte sich bereits das „Modell Steiermark“ geäußert. In der Legislaturperiode 1974–1978 kamen nun unter anderem Gesetze über Landwirtschaftsförderung, über

land- und fortwirtschaftliche Schulen, über Naturschutz, über Industrieförderung, über Sozialhilfe und eine Bauordnungsnovelle hinzu;<sup>23</sup> dass auch zu den meisten von ihnen im „Modell“ zu lesen gewesen war, bedarf kaum der Erwähnung. Aber mit dem Auflisten dieser Gesetzgebungsakte ist das Reformengagement der 1970er Jahre nicht erschöpft. Nicht weniger Belangvolles geschah, indem viele andere Gesetze in Details novelliert, Förderungskriterien revidiert, Budgetansätze höher dotiert oder gänzlich neu eingerückt wurden. Das alles bedürfte eingehender und sachkundiger Untersuchung. Genannt sei nur der Ausbau der in Österreich damals einzigen landeseigenen „Forschungsgesellschaft Joanneum“, aus der in den 1980ern Joanneum Research hervorgehen sollte. Die im Ganzen günstige Entwicklung der Landeseinnahmen und die der damaligen Bundespolitik ähnliche Bereitschaft zur Kreditfinanzierung machten vielerlei realisierbar. Dazu kam, was die Landespolitik an Maßnahmen des Bundes im Land initiierte bzw. durchsetzte – z. B. endlich im Autobahnbau –, was sie auf kommunaler Ebene anregte, ermöglichte, finanziell förderte. Dazu kam, was fortgeführt wurde, etwa Korens Kulturpolitik durch Kurt Jungwirth. Dazu kamen schließlich die Anfänge „regionaler Außenbeziehungen“; auf Niederls Anstöße hin wurde seit 1975 an einer Arbeitsgemeinschaft der östlichsten Alpenländer gearbeitet, die als ARGE Alpen-Adria am 20. November 1978 in Venedig aus der Taufe gehoben werden konnte.<sup>24</sup>

Hinter allem dem fiel kaum auf, dass die Partei ihre Methoden im Umgang mit dem Wahlvolk stetig modernisierte, dass sie sich insbesondere in der Medienszene gut behauptete, die damals auch in der Steiermark geradezu umgepflügt wurde.<sup>25</sup> Nicht nur verlor die „Tagespost“ an Reichweite. Auch die „Kleine Zeitung“ des im Eigentum des Katholischen Pressvereins stehenden Hauses Styria, zu der die ÖVP immer guten Draht gepflegt hatte, bekam sehr ernste Konkurrenz durch eine Steiermark-Ausgabe der „Kronenzeitung“. Im Übrigen herrschte auf der Führungsebene der Partei, ganz anders als zu Zeiten von Krainer sen., eine Art Balance zwischen einer Mehrzahl von „Machtzentren“. Ob Niederl und „Joschi“ Krainer zusammen stets nur eines bildeten, ist nicht ganz sicher; gewiss aber ist, dass Wegart und mehr noch Peltzmann teils miteinander, teils unabhängig voneinander mitunter selbstständig agierten; dabei kamen auch „Bereichskoalitionen“ mit SPÖ-Kollegen in der Regierung zustande, voran mit Finanzlandesrat Christoph Klausner.<sup>26</sup> Ab wann die Beziehungen in der ÖVP-Führung ernstlich angespannter wurden, ist mangels Quellen nicht zu sagen.

Im Frühjahr 1978 wurde in Graz wieder der Gemeinderat gewählt. ÖVP und SPÖ mussten empfindliche Niederlagen hinnehmen; trotz der leicht gestiegenen Zahl der Gesamtstimmen verlor die ÖVP etwa 6.000, die SPÖ (nochmals) 4.000 Wähler/-innen. Bürgermeister Götz dagegen triumphierte; selbst gegenüber ihrem Erfolg von 1973 legte seine FPÖ 13.000 Stimmen zu, gegenüber 1968 verdoppelte sie sie fast auf 39.485. Sein Grazer Sieg machte Götz wenig später zum Bundesparteiohmann der FPÖ. Für die Volkspartei resultierten aus dem allem mehrere Fragen: War die Entscheidung von 1973, Götz

zum Stadtoberhaupt zu wählen, falsch gewesen? Darauf lautete die Antwort rundweg: nein. Dass Hasiba gewissermaßen Opfer jener Weichenstellung geworden war, musste hingenommen werden; selbstverständlich wählte die ÖVP im Gemeinderat Götz nun wieder zum Bürgermeister. Die zweite Frage bezog sich auf die Bundespolitik: War mit der FPÖ unter Götz nach der nächsten Nationalratswahl in Wien eine Regierungskoalition möglich? ÖVP-Bundesparteiobmann Josef Taus setzte anscheinend auf diese Option, Götz nach eigener Aussage auch.<sup>27</sup> Davon konnte die Steirische Volkspartei nicht unberührt bleiben: Taus führte ihre Landesliste für den Nationalrat an – Reflex u. a. der exzellenten Beziehungen, die zwischen ihm und Landesrat Krainer seit je bestanden. Auch zu Götz hielt Krainer besten Kontakt. Schließlich entzog die Nationalratswahl 1979 der Idee (oder bereits dem Projekt?) die Basis; sie bescherte Kreisky ein drittes Mal in Folge die absolute Mandatsmehrheit. Beide, Götz und Taus, verließen die Bundespolitik. Die Steirische Volkspartei brauchte keine Antwort auf die Frage mehr.

Drittens warfen der Sieg von Götz in Graz und sein Aufstieg im Bund 1978 für die ÖVP im Land die Frage auf, welche Auswirkungen auf die nächste Landtagswahl zu erwarten waren, die spätestens im Herbst 1979 anstand. Die forsche Oppositionspolitik, die Götz – von sozialpartnerschaftlichen und anderen Rücksichten unbelastet, die für die ÖVP galten – gegen Kreisky praktizierte, ließ befürchten, dass sie ihm landespolitisch umso eher zugute kommen würde, als in der steirischen Wählerschaft, anders als 1974, niemand mehr zweifelte, dass Niederl ohnehin mit Glanz und Gloria wiedergewählt werden würde. Niederl selbst sah da ernste Gefahren. Dazu kam, was schon vor 1974 irritiert hatte: Niemand in der „Burg“ oder am „Karmeliterplatz“ konnte 1978 wissen, was Kreisky bezüglich der Nationalratswahl im Schilde führte. Seiner eigenen Darstellung zufolge entschloss sich Niederl persönlich gegen manches Widerstreben in der Landespartei kurzfristig zur Flucht nach vorn, zu einem Landtagswahltermin im Herbst 1978.<sup>28</sup> Die allgemeine Stimmung sprach dafür und konnte, dachte Niederl, nur schlechter werden. Für Vorwahlen brauchte nicht mehr Zeit reserviert zu werden; die waren nicht mehr so gefragt wie früher.

Das Wahlergebnis vom 8. Oktober 1978 bestätigte aus Sicht des Landeshauptmannes seine Entscheidung.<sup>29</sup> Die ÖVP verlor zwar gegenüber 1974 trotz deutlich gestiegener Gesamtstimmenzahl knapp 3.500 Wähler/-innen und 1 Mandat. Mit fast 52 % Stimmenanteil und nun 30 Landtagssitzen behauptete sie sich aber glänzend. Die SPÖ ging nochmals zurück; die Stimmendifferenz zwischen der ÖVP und ihr betrug immer noch 86.000. Götz hingegen wiederholte seinen Sieg vom Frühjahr, jetzt im Land: 47.500 Stimmen und 6,42 % hatte die FPÖ seit 1956 nicht mehr erhalten. Dass sie zu ihren zwei Mandaten trotzdem nur eines hinzugewann, wirkte wie ein Hohn des Wahlsystems. Im Landtag hieß es nun 31 : 22 : 3, in der Landesregierung blieb es beim 5 : 4. Die personelle Zuteilung einiger Landtagsmandate fiel so schwer wie immer. Schilcher stand inzwischen außer Zweifel. Klasnic war 1977 in den Bundesrat entsandt worden – es hatten die „Änderun-

gen“ stattgefunden, die Niederl 1974 prognostiziert hatte. Das war kein Grund für die Frauenbewegung, jetzt zufrieden zu sein. Aber 1981 brachte sie Klasnic in den Landtag.

Niederl war mit dem Resultat voll zufrieden und überzeugt, Wahlen während des Jahres 1979 würden der ÖVP weit mehr geschadet, der FPÖ weit mehr genützt haben. Trotzdem wurde er seines Sieges nicht mehr froh. Waren es zunehmende Querelen in seiner Partei, waren es Probleme seines Privatlebens? 1979 wurde jedenfalls merkbar, dass ihm auch sein Regierungsamt nicht mehr lieb war; es hieß, er habe es bereits wiederholt von einer Minute auf die andere loswerden wollen. Aber noch war der Weg für den von ihm gewünschten – und öffentlich allseits erwarteten – Nachfolger „Joschi“ Krainer nicht genug geebnet. Der hatte da und dort mit Widerständen zu rechnen, ungefähr ähnlich wie 1971/72. Erst das Frühjahr 1980 brachte die Wendung, als sich Peltzmann selbst aus der Politik katapultierte bzw. aus ihr entfernt wurde. Der hatte einerseits sehr hoch gegriffen, als er zu seinem Regierungsamt die Präsidentschaft in der steirischen Wirtschaftskammer für sich beanspruchte und durchsetzte; das machte ihm mehr Gegner als er ohnedies hatte. Andererseits enthüllte die „Kronenzeitung“, von wem immer informiert, seine bzw. seiner Frau Beteiligung an der steirischen Tierkörperverwertungsgesellschaft TKV. Die wickelte als einzige im Land gegen gutes Geld ab, was die Rechtsvorschriften im Umgang mit Tierkadavern geboten. Die Interessenverflechtungen des Wirtschaftslandrates mit einer Monopol-Anstalt gingen zu weit. Schließlich setzte der Landtag mit den ÖVP-Stimmen – ohne die das gar nicht möglich gewesen wäre – einen Untersuchungsausschuss ein, erst den zweiten in seiner Geschichte. Peltzmann musste zurücktreten.

Von der Affäre selbst nicht betroffen, nützte Niederl die Gelegenheit. Umzubilden war das Regierungsteam der ÖVP ohnehin; da konnte alles in einem Zug erledigt werden. Auch war er mit 60 Jahren gerade in dem Alter, in dem abzutreten er sich schon lange vorgenommen hatte.<sup>30</sup> So legte er am 4. Juli 1980 das Amt des Landeshauptmannes nieder. Jetzt stand eine zweite „Ära Krainer“ an.

- 
- 1 Zu Niederl siehe vor allem Hanns KOREN (Hrsg.): Bilder und Texte zum Leben und Wirken des steirischen Landeshauptmannes Friedrich Niederl. Graz 1980.
  - 2 Den Zusammenhang zwischen diesem Vorgang und Niederls Avancement hat zuerst hergestellt: Ernst TROST: Josef Krainer II. Der letzte Landesfürst, Wien 1996. S. 135–138. Trost, auch Kolumnist der „Kronenzeitung“, muss für seine Darstellung sehr gute Informanten gehabt haben. Trotzdem begegnen in seiner Darstellung einige kleine Irrtümer.
  - 3 Vgl. dazu Archiv der Steirischen Volkspartei. Die Darstellung folgt hier den Protokollen in den Protokollmappen „1971“ bzw. „1972“.
  - 4 Friedrich NIEDERL: Neuer Anfang nach dem Krieg. In: 40 Jahre Steirische Volkspartei (= politicum 23a). Graz 1985. S. 39–40, hier S. 40.
  - 5 Die Grazer Wahlergebnisse finden sich für alle Wahlen in: Die Wahlen in der Landeshauptstadt Graz von 1945–1983. Hrsg. vom Magistrat Graz, Statistisches Amt und Wahlamt, 20. Sonderheft. Graz 1984.
  - 6 Vgl. dazu N. N., Lärchener Stipfl. In: profil, Nr. 1, Jänner 1971. S. 18–19.
  - 7 Zum Josef-Krainer-Haus siehe Ludwig KAPFER/Eva KARISCH/Hans PUTZER: Das „Krainerhaus“ – Bildungsstätte der steirischen Volkspartei. In: politicum 66. Graz 1995 (= Sonderpoliticum: Standort Steiermark). S. 127–130. Herwig



- HÖSELE: Das Josef Krainer-Haus – Eine Chronik. In: *politicum* 79 (Politische Kultur). S. 2–11, hier S. 3: „Die Idee zur Gründung des Bildungszentrums der Steirischen Volkspartei am Grazer Pfeifferhofweg hängt eng mit der angesprochenen Phase der Neuorientierung der Politik zusammen.“ Eva KARISCH: Das Josef Krainer-Haus, ein offenes Haus der Begegnung. Politische Bildung am Ende des 20. Jahrhunderts. In: *politicum* 79 (Politische Kultur). S. 21–23. Weiters auch Anna Maria PACHER-STREMPFL: Parteien und ihre Bildungseinrichtungen am Beispiel der beiden im steiermärkischen Landtag vertretenen Großparteien ÖVP und SPÖ. Dipl.-Arb. Graz 1992. S. 113.
- 8 Vgl. dazu die ausführliche Arbeit von Roswitha WEBER: Politische Partizipation in Österreich unter besonderer Berücksichtigung der Bürgerbeteiligung in Graz. Phil. Diss. Wien 1985. S. 29. Erste Variante war die vom Grazer Gemeinderat beschlossene Stadtautobahn durch die westlichen Bezirke von Graz, zum zweiten wurde die teilweise Führung dieser Autobahn über den Verlauf der Alten Poststraße und zum dritten die Variante der Autobahn westlich von Graz diskutiert.
  - 9 Zur Person Götz siehe Wolfgang C. MÜLLER: Alexander Götz. In: Herbert DACHS/Peter GERLICH/Wolfgang C. MÜLLER (Hrsg.): Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik. Wien 1995. S. 169–177.
  - 10 Zu Hasiba siehe Gerhard HIRSCHMANN/Hermann SCHÜTZENHÖFER (Hrsg.): Politik im Dialog (herausgegeben anlässlich des 60. Geburtstages von Franz Hasiba). Graz 1992.
  - 11 Vgl. Grazer Volkspartei (Hrsg.): Stadterneuerungskonzept Graz. Graz 1972.
  - 12 Vgl. dazu N. N., Mit Hirn, Charme und Methode. In: *profil*, Nr. 6, 16. März 1973. S. 12–13. Im Gegenzug verhalf die FPÖ in Klagenfurt dem dortigen Kandidaten der ÖVP, Leopold Guggenberger, auf den Bürgermeisterstuhl. Vgl. N. N., Doppelter Schock. In: *profil*, Nr. 9, 27. April 1973. S. 12–13.
  - 13 Zur „Aktion 20“ vgl. Österreichische Gesellschaft für Politik (Hrsg.): Aktion 20. Symbiose von Politik und Wissenschaft. Wien/München 1967. Weiters Theodor FAULHABER: Geerntet haben andere. Ein Rückblick auf den Vorausblick der „Aktion 20“. In: Andreas KHOL/Günther OFNER/Andreas STIRNEMANN (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1981. München/Wien 1982. S. 159–179.
  - 14 Zur Programmdiskussion innerhalb der Volkspartei siehe auch Bernd SCHILCHER (Hrsg.): Zwischen Pragmatismus und Ideologie. Steirische Beiträge zur Grundlagendiskussion der ÖVP. Graz 1972.
  - 15 Vgl. dazu Archiv der Steirischen Volkspartei, Ordner Steiermark VIII. 72 E + F + G. Bericht der Arbeitsgruppe „Entwicklungsmodell Steiermark“. Graz 1970.
  - 16 Letztlich waren es 14 Arbeitskreise, an denen 164 Politiker und Experten teilgenommen hatten, die Materialien sammelten und bearbeiteten um diesen Landesplan zu erstellen bzw. auszuarbeiten. Themenbereiche bzw. Schwerpunkte waren so: Wahlrechts- und Verfassungsreform, Wirtschaftspolitik mit neuen Instrumenten, aktive Nachbarschaftspolitik mit dem Ausbau zu einer regionalen Außenpolitik, Anschluss der steirischen Verkehrsverbindungen an die internationalen Verkehrswege, Bildung und Erziehung, Neuregelung für das Gesundheitswesen, Sonderprogramme für einen qualitativ hochwertigen Wohnbau und eine offene Kulturpolitik.
  - 17 Vgl. dazu Österreichische Volkspartei/Landesparteileitung Steiermark (Hrsg.): Modell Steiermark. Vorschläge, die Zukunft unseres Landes zu gestalten. Graz 1972. Friedrich NIEDERL: Ein Land plant seine Zukunft. In: Ein Land plant seine Zukunft (= Steirische Berichte 1972, Heft 3–4) Graz 1972. S. 3–4. Siehe auch Franz HASIBA: Modell Steiermark. Krainers Vermächtnis für die Zukunft. In: Österreichische Volkspartei/Landesparteileitung Steiermark (Hrsg.): Steirische ÖVP. Profil einer Partei. Graz 1972. S. 63. Mitte der 1970er Jahre wurde erstmals Bilanz gezogen. Vgl. Österreichische Volkspartei/Landesparteileitung Steiermark (Hrsg.): Modell Steiermark – Steiermarkbericht. Graz 1976. S. 4. Zu den Parteiprogrammen siehe auch N. N., Gehirnprothesen aus Graz. In: *profil*, Jg. 4, Nr. 1, 5. Jänner 1973. S. 12–14.
  - 18 Archiv der Steirischen Volkspartei. Protokollmappe 1974, Präsidiumssitzung vom 10. Jänner 1974.
  - 19 Für das Folgende mit allerdings mehr politikwissenschaftlichem als historisch-ereignisgeschichtlichem Anspruch: Karl KOHLBACHER: Vorwahlen in der Steiermark. Zur Problematik der innerparteilichen Demokratie. Salzburg. Phil. Diss. 1976.
  - 20 Vgl. dazu Archiv der Steirischen Volkspartei. Das Statut findet sich in der Protokollmappe „1974“.
  - 21 Dieser Modus geht hervor aus einem Brief, den Landespartei sekretär Maitz am 8. Oktober 1974 an den Bezirksobmann des ÖVP-Lehrerbundes Bruck/Mur richtete, um die wenig aussichtsreiche Reihung von Hanns Steiner durch das Parteipräsidium zu erläutern; die Kopie des Briefes befindet sich in der Protokollmappe „1974“.
  - 22 Detailliergebenisse in Amt der Steiermärkischen Landesregierung (Hrsg.): Die Landtagswahlen in der Steiermark vom 20. Oktober 1974. Graz 1975.

- 23 Zum Sozialhilfegesetz 1976 inklusive Novellierungen vgl. Anneliese REDIK/Isabella POIER: Steiermark sozial. In: Alfred ABLEITINGER/Dieter A. BINDER (Hrsg.): Steiermark. Die Überwindung der Peripherie. Wien/Köln/Weimar 2002. S. 279–307.
- 24 Zur Gründung vgl. allgemein das Heft 2/3 1998 der Steirischen Berichte, das quasi als Jubiläumshft fungiert. Hier besonders die Beiträge von Gerold ORTNER: Alpen-Adria. Die Idee aus der Grazer Burg. In: Steirische Berichte 2/3, 1998. S. 4–6. Gerald SCHÖPFER: Eine gemeinsame Geschichte. In: Steirische Berichte 2/3, 1998. S. 9. Wolfgang MANTL: Brückenbau am „Runden Tisch“. In: Steirische Berichte 2/3, 1998. S. 14–16. Vgl. weiters auch Gerald SCHÖPFER: Aktive Nachbarschaftspolitik ARGE Alpen-Adria. Fortführung innerösterreichischer Traditionen in die Zukunft. In: politicum 66, 1995 (= Sonderpoliticum: Standort Steiermark). S. 57-58. Manfred PRISCHING (Hrsg.): Identität und Nachbarschaft. Die Vielfalt der Alpen-Adria-Länder. Wien/Graz 1994. Albert F. REITERER/Kurt TRAAR/Ernst GEHMACHER/Franz WEDENIG: Ein gemeinsames Haus. Die ARGE Alpen-Adria: Entwicklungen und Perspektiven. Klagenfurt 1991.
- 25 Dazu vgl. Kurt WIMMER: Die Medien. Das Neue hatte eine Geschichte. In: Alfred ABLEITINGER/Dieter A. BINDER (Hrsg.): Steiermark. Die Überwindung der Peripherie. Wien/Köln/Weimar 2002. S. 665–703. Ergänzend dazu Alfred ABLEITINGER: Politische Kultur. In: Joseph F. DESPUT (Hrsg.): Vom Bundesland zur europäischen Region. Die Steiermark von 1945 bis heute. Graz 2004. S. 209–260, hier S. 250 f.
- 26 Dazu kurz: Gerhart WIELINGER: Landtag und Landesverfassung. In: Joseph F. DESPUT (Hrsg.): Vom Bundesland zur europäischen Region. Die Steiermark von 1945 bis heute. Graz 2004. S. 161–208, hier S. 178 f.
- 27 Die Aussagen von Götz dazu referiert Alfred ABLEITINGER: Kultur (Anm. 25), S. 260, Fußnote 11.
- 28 Diese und die folgenden ihm zugeschriebenen Äußerungen machte Friedrich Niederl im Februar 1985 in dem Gespräch mit dem Verfasser und Peter Bermann, auf das der oben in Anm. 4 zitierte Text zurückgeht; leider wurden Niederls Mitteilungen zu 1978 in diesen Text nicht aufgenommen.
- 29 Detailergebnisse. In: Amt der Steiermärkischen Landesregierung (Hrsg.): Die Landtagswahl in der Steiermark vom 8. Oktober 1978. Graz 1979. Siehe auch Fritz CSOKLICH: Ein Ergebnis des Maßes. In: Kleine Zeitung, 9. Oktober 1978. S. 3. Zur Wahl vgl. auch Kurt WIMMER: Vor vier Jahren haben wir blödere Gesichter gemacht. In: Kleine Zeitung, 9. Oktober 1978. S. 4–5. Erwin ZANKEL: Die Bäume wachsen nicht in den Himmel. In: Kleine Zeitung, 10. Oktober 1978. S. 3.
- 30 Friedrich NIEDERL: Neuer Anfang (Anm. 4). S. 40.

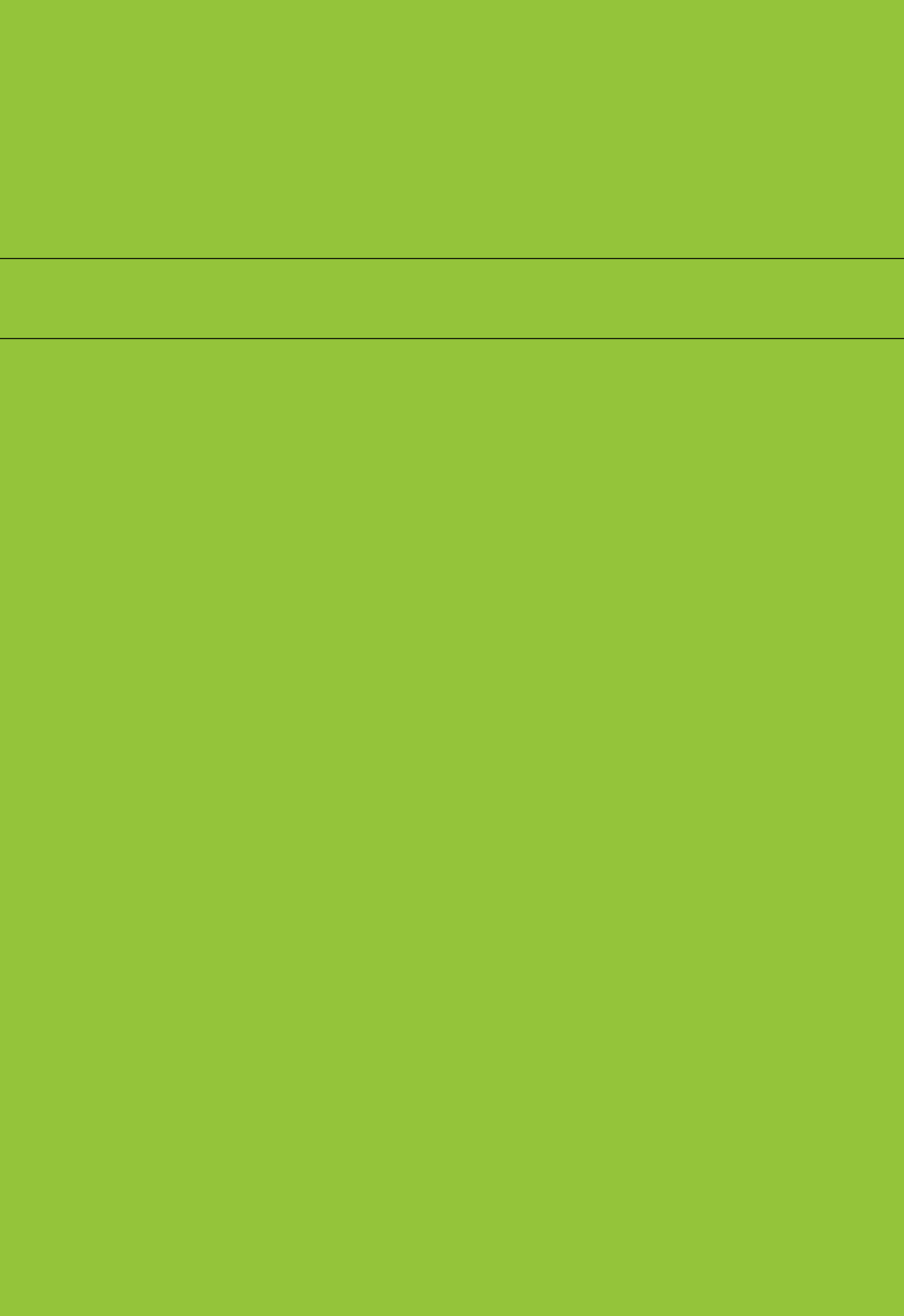


---

„60 Jahre Steirische Volkspartei“

---

# Bilddokumente und Faksimiles 1971/72–1980





Das Führungsduo der Steirischen Volkspartei in den 1970er Jahren: Landeshauptmann und Landesparteiobmann Friedrich Niederl und der geschäftsführende Landesparteiobmann Josef Krainer.



Landeshauptmann Niederl auf dem 10. Landesparteitag am 18. März 1972, der in den Redoutensälen des Grazer Schauspielhauses veranstaltet wurde. Unter den Delegierten erkennt man die damals 27-jährige Waltraud Klasnic.



Buch und Plakat zum ersten „Modell Steiermark“ 1972.  
Rechts: Wahlplakat zur Landtagswahl am 20. Oktober 1974.





Im Oktober 1972 öffnete das Bildungszentrum Josef-Krainer-Haus seine Pforten. Ludwig Kapfer, Franz Feldgrill und Karl Maitz haben wesentlich zu seinem Ausbau beigetragen.



Wechsel im Kulturreferat 1970: Kurt Jungwirth und sein Vorgänger Hanns Koren prägten für nahezu vier Jahrzehnte die offene steirische Kulturpolitik.





VP-Spitzenkandidat Franz Hasiba vor (s)einem Wahlplakat zur Grazer Gemeinderatswahl am 25. Februar 1973.



Plakat mit Landeshauptmann Friedrich Niederl zur Landtagswahl 1974.



Wahlplakat der Steirischen Volkspartei zur Landtagswahl 1974.



VP-Regierungsteam. V. l.: Josef Krainer, Franz Wegart, Friedrich Niederl, Anton Peltzmann, Kurt Jungwirth.



Ein funktionierendes Tandem: Landesparteisekretär Karl Maitz mit Landeshauptmann Friedrich Niederl.



Jubelstimmung am Karmeliterplatz 6 nach dem Triumph bei der Landtagswahl 1974. Mit 53,3 Prozent der Stimmen und 31 Mandaten erreichte die Volkspartei ihr bestes Wahlergebnis der Geschichte.





Mit dem „Modell Steiermark – Steiermarkbericht“ zieht die Volkspartei Bilanz beim Steiermark-Kongress 1976. V. l.: Josef Krainer, Klaus Mehnert, Friedrich Niederl und Hermann Schützenhöfer.



Der legendäre Tonbildwagen von „Modell Steiermark“. Davor von links nach rechts: Bernd Schilcher, Josef Krainer, Franz Hasiba, Karl Maitz und ganz rechts Josef Marko.



Drei Landeshauptleute im Bild: Landeshauptmann Friedrich Niederl am Rednerpult, dahinter am Podium Waltraud Klasnic und Josef Krainer.



Drei starke VP-Landeshauptleute in den 1970er Jahren. Von links nach rechts: Josef Ratzenböck (Oberösterreich), Friedrich Niederl (Steiermark) und Wilfried Haslauer (Salzburg).



Friedrich Niederl mit dem 1979 gewählten Bundesparteiobmann der ÖVP, Alois Mock, Anfang der 1980er Jahre.



Friedrich Niederl vor dem Panther, dem Landeswappen der Steiermark.



Erweiterung des Josef-Krainer-Hauses. Am 31. Mai 1980 wurde der Zubau nach Plänen des Architektenpaares Jörg und Ingrid Mayr eingeweiht.



Landeshauptmann Friedrich Niederl und Bundespräsident Rudolf Kirchschläger im Landhaushof bei der Veranstaltung „800 Jahre Steiermark“ im Jahr 1980.

„60 Jahre Steirische Volkspartei“

---

„Z’samm’arbeiten  
und was weiterbringen“ –  
die Ära Josef Krainer jun.,  
1980–1995





# Die Volkspartei und die Transformation des politischen Systems

Bernd Beutl

---

„Ich werde mit aller Kraft und meinem ganzen Wesen versuchen, mein Bestes für dieses Land zu geben und allen unseren Landsleuten als Landeshauptmann zu dienen, das heißt, ein Landeshauptmann aller Steirer zu sein. Dieses Motto hat schon mein Vater in seiner Antrittsrede als Landeshauptmann gewählt, die er 1948 fast auf den Tag genau vor 32 Jahren hier in diesem Hohen Hause gehalten hat. (...) Wir werden in unserer künftigen Arbeit den bewährten steirischen Weg einer eigenständigen Politik fortsetzen. Und dies wird in der Kontinuität der Zusammenarbeit aller geistigen und politischen Kräfte unseres Landes geschehen.“

Dr. Josef Krainer, Regierungserklärung 4. Juli 1980

## Prolog: Österreich am Anfang der 1980er Jahre

---

Die ab Mitte der 1970er Jahre kompensierten ökonomischen Probleme der österreichischen Wirtschaft brachen mit der zweiten Ölkrise im Jahre 1979 wieder vollends durch. Mit dem Beginn der 1980er Jahre zeichneten sich in Österreich merkbare ökonomische Veränderungen ab, welche die Landespolitik stringent beeinflussten. Das Wirtschaftswachstum sank auf ein Besorgnis erregend niedriges Niveau. Die wirtschaftspolitischen Konzepte der Regierung Kreisky zur Verhinderung steigender Arbeitslosigkeit waren nicht mehr zeitgemäß, ja anachronistisch bzw. konnten die Krise der österreichischen Wirtschaft nicht mehr verschleiern bzw. aufhalten. Die Treffsicherheit war verloren gegangen, die Politik war nicht mehr aktiv, sondern konnte nur mehr reagieren und war hauptsächlich um Schadensbegrenzung bemüht, die Modernisierung der verstaatlichten Industrie – der Übergang von der Grundstoff- zur Finalproduktion – war verabsäumt worden. Die Wirtschaftskrise führte als Konsequenz zu Beginn der 1980er Jahre zu einer Vielzahl von Firmenzusammenbrüchen. Das größte Sorgenkind war dabei die verstaatlichte Industrie, die sukzessive in die roten Zahlen geriet und vermehrt Zuschüsse und Finanzspritzen vom Staat benötigte, um über die Runden zu kommen und die ohnehin nicht gesicherten Arbeitsplätze zu halten. Die Politik des Schuldenmachens und die vermehrten Geldmittel, die in die Betriebe gepumpt wurden, ließen das Staatsdefizit, die Schulden und auf dem Höhepunkt der Krise auch die Arbeitslosenzahlen in die Höhe schnellen. Die mit Schulden finanzierten Reformen begannen ihren Tribut zu fordern, das finanzpolitische Fiasko war nicht mehr zu kaschieren, die Erosion des österreichischen Sozial- und Wirtschaftsgefüges begann einzusetzen und verunsicherte weite Teile der Bevölkerung. Der Beginn der 1980er Jahre zeigt so eine dramatische Zäsur für Österreich.<sup>1</sup>

Um dieser Budget- und Finanzkrise Herr zu werden, beschloss Kreisky mit seinem neuen Finanzminister Salcher – Hannes Androsch war 1981 unter dem Druck seiner Partei und der Öffentlichkeit wegen seiner Steueraffäre zurückgetreten – ein Sparpaket, das unter dem Namen „Mallorcapaket“<sup>2</sup> in die Geschichtsbücher eingegangen ist. Was sich noch verschärfend auswirkte, war die mit der steigenden Staatsverschuldung einhergehende Reduzierung der Sozialleistungen, was durchgehend auf Unverständnis stieß. So verlor die Regierungspartei SPÖ zusehends ihren in den 1970er Jahren erworbenen sozialreformerischen Anspruch und bot über das hinaus – durch verschiedene Skandale und Affären (AKH, Consultatio/Androsch, Sekanina) belastet – eine mehr als unglückliche Performance in der Öffentlichkeit. Kreisky und die SPÖ verloren erstmals spürbar an Zustimmung in der Bevölkerung, was auch von den Demoskopern bestätigt wurde, wobei noch hinzukam, dass eine kritische Presse die Sozialisten verstärkt unter die Lupe nahm und so unter Druck setzte. Korruption, Verschwendung und Filz im Dunstkreis bzw. im Umfeld der Regierung wurden zunehmend von den kritischen Massenmedien, wie „profil“ – Alfred Worm! – und der „Wochenpresse“ thematisiert und erzeugten so ein diffuses Bild der Staats- und Regierungspartei SPÖ, die an Reputation verlor.

#### Reform und Aufschwung der ÖVP – Ende der Ära Kreisky

Alois Mocks Reform der Bundes-ÖVP zeigte unterdessen Wirkung.<sup>3</sup> Als neues Entscheidungsgremium an der Spitze fungierte das Parteipräsidium, zudem wurde das Primat der Gesamtpartei über die Bünde definiert und die Finanzhoheit der Parteizentrale gestärkt. Die Kritik an der sozialistischen Politik wurde prolongiert. Der Zeitpunkt für die Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen den Ansprüchen an den Staat und dessen Möglichkeiten war noch nicht gekommen, weil Kreisky die Illusion zu nähren verstand, Arbeitsplätze durch Schulden zu sichern, obwohl dies in der Realität nur durch die von der ÖVP geforderte Anerkennung der „Leistung und persönlichen Initiative“ und durch Förderung der „Selbsthilfe“ zu erreichen war. Um dies einer breiten Öffentlichkeit erneut darzulegen, startete Mock<sup>4</sup> neue programmatische Initiativen und konnte so die Themenführerschaft in der innenpolitischen Diskussion erreichen: Er setzte dem zunehmend vom Staat abhängigen und entmündigten Bürger das Leitbild des „selbstständigen Menschen“ entgegen. In dem zwischen Frühjahr 1981 und Frühjahr 1982 entworfenen „Modell Österreich“ wurde die „neue Freiheit“ auf die Begriffe „Mitbestimmen, Mitgestalten und Mitverantworten“ gebracht, ein „Mock-Plan“ sah die „Sicherung der Arbeitsplätze“ durch eine „starke Wirtschaft“, durch „weniger Steuer“ und „mehr Kaufkraft“ vor, es wurden aber auch die „Lebenswichtigkeit“ der Umwelt und die Notwendigkeit von „Hilfsbereitschaft“ und „Geborgenheit“ betont. Das Modell einer anderen Politik kam im Wahlprogramm des Jahres 1983 in plakativen Formulierungen wie „Arbeit in gesunden Betrieben statt Pleiten

und noch mehr Steuern“, „Besser wirtschaften statt Schulden und Verschwendung“ oder „Sichere Familien und freie Bürger statt Abhängigkeit und Bevormundung“ zum Ausdruck. Hinzu kam, dass Kreisky 1982 eine empfindliche Niederlage einstecken musste: Das von der ÖVP forcierte Volksbegehren gegen den Bau des Wiener Konferenzentrums erreichte mit rund 1,362.000 Stimmen ein bis heute einzigartiges Rekordergebnis.

Dieses Ergebnis war mehr als ein Zeichen und bewirkte einen Aufwärts- und Mobilisierungsschub für die ÖVP. Auch das Wahlprogramm zeigte Wirkung, denn mit der Nationalratswahl am 24. November 1983 ging die Ära Kreisky<sup>5</sup> zu Ende. Die ÖVP konnte vier Mandate gewinnen, die SPÖ verlor deren fünf, die FPÖ konnte ein Mandat gewinnen. Kreiskys politisches Vermächtnis war das Zustandekommen bzw. das Installieren einer SPÖ-FPÖ-Regierung, nicht zuletzt, um die ÖVP von der Regierung fern zu halten. Der bisherige Unterrichtsminister Fred Sinowatz und der freiheitliche Bundesparteiobmann Dr. Norbert Steger bildeten nach Kreiskys Rückzug eine Koalition zwischen SPÖ und FPÖ, die in der Geschichte der Zweiten Republik bis heute ein Unikum darstellt.<sup>6</sup> Doch auch diese Regierung konnte die wirtschaftlichen Probleme nicht in den Griff bekommen, was zur Folge hatte, dass auch die kleine Koalition von Anfang an nicht beliebt war und weiter an Sympathie verlor.

## Generationswechsel und Rochaden in der Landesregierung

Nachdem Landeshauptmann Niederl und LHStv. Sebastian bereits Ende der 1970er Jahre unisono Amtsmüdigkeit angedeutet hatten,<sup>7</sup> kam es 1980 zu einer großen Rochade in der steirischen Landesregierung wie auch in den beiden großen Parteien ÖVP und SPÖ. Die Wechsel von Dr. Friedrich Niederl zu Dr. Josef Krainer bei der ÖVP und von Adalbert Sebastian zu Hans Groß bei der SPÖ waren dabei bereits bestens vorbereitet worden. Krainer hatte in der Volkspartei nach und nach Persönlichkeiten seines Vertrauens in wichtige Parteifunktionen berufen, womit er von vornherein mit einem neuen Team arbeiten konnte und es ein Übergang ohne Komplikationen war.

Krainers einstimmige Wahl zum Landeshauptmann im Steiermärkischen Landtag am 4. Juli 1980 galt dann fast als selbstverständlich, wurde er doch von der Partei und auch von allen politischen Mitbewerbern als logischer Nachfolger Niederls gesehen, mit dem er in den 1970ern bestens harmoniert und glänzende Wahlerfolge eingefahren hatte und in dieser Phase zudem geschäftsführender Landesparteiobmann war.<sup>8</sup> Gleichzeitig mit Krainer<sup>9</sup> wurde zudem als neuer Agrar- und Wohnbauandesrat Simon Koiner ange-lobt, der zuvor als Präsident der Kammer für Land- und Forstwirtschaft gewirkt hatte und seit 1971 Obmann des Bauernbundes war. Auch Anton Peltzmann musste gehen, an seine Stelle trat der Industrielle Hans Georg Fuchs. Somit waren neben Krainer noch Wegart und Jungwirth vom erfolgreichen Team der 1970er Jahre „übrig“ geblieben. In

Krainers erster Regierungserklärung spiegelten sich dann auch die drängenden Themen der Zeit wider: Das glaubwürdig vorgetragene Bekenntnis, „ein Landeshauptmann aller Steirer“ sein zu wollen, zeigte die integrative Kraft, die die neue Führungspersonlichkeit ausstrahlte und lebte. Die Betonung der steirischen Eigenständigkeit und die Hervorhebung des föderalen Gedankens knüpften fast nahtlos an die „Philosophie“ des „alten“ Krainer an; der „junge“ Krainer sollte die Politik des Vaters mit neuen Methoden und Akzenten prolongieren, allerdings nicht als Schablone, sondern mit dem ihm eigenen Stil: volkstümlich und urban-intellektuell in einem. Vorrangiger Schwerpunkt in Krainers erster Regierungserklärung war das Thema „Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen“,<sup>10</sup> daran angekoppelt eine Aufforderung an den Bund, die Hilfe für die verstaatlichte Industrie durch Investitionen noch zu erhöhen.

### Landespolitik: Strategien zur Bewältigung der ökonomischen Krise

Die steirische Landespolitik sah sich zu Beginn der 1980er Jahre mit einer durch die eintretende Wirtschaftskrise schwierigen Lage konfrontiert. Die weltweite Rezession traf die steirische Stahl- und Grundstoffindustrie in der Obersteiermark mit aller Härte. Die weltweite Überproduktion in der Stahl verarbeitenden Industrie determinierte so eine zunehmend angespannte Situation in der Mur-Mürz-Furche. Die Zukunftsaussichten der Arbeitnehmer in der Obersteiermark, insbesondere in den Industriebetrieben, wurden dadurch arg beschnitten, die sozialen Disparitäten nahmen zu und waren nicht mehr wegzuleugnen bzw. durch Versprechungen zu kompensieren. Der vormalige Standortvorteil, die geographische Nähe zum Erzberg, war irrelevant geworden. Hinzu kam, dass auch die Land- und Forstwirtschaft in eine Krise geriet. Wenig vorteilhaft waren auch die nicht mehr ausreichenden Verkehrsverbindungen der Steiermark, der Anschluss an das westeuropäische Straßennetz und das nicht ausgebaute Bahnnetz verschlechterten die Position der Steiermark noch zusätzlich. Zu all diesen ohnehin schon ungünstigen Faktoren kam noch die Tatsache, dass geplante Betriebsansiedelungen und damit einhergehende Investitionen kaum erfolgten, wenn nicht überhaupt ausblieben. Hauptverantwortlich dafür war nicht zuletzt das künstlich durch Finanzspritzen fast schon anachronistisch hoch erhaltene Lohnniveau der Arbeitnehmer in den verstaatlichten Betrieben, was sich jedoch als kontraproduktiv erweisen sollte, wurden dadurch doch mögliche Investoren verschreckt. Auch die steirischen Bemühungen, Betriebsansiedelungen in der südlichen Steiermark zu ermöglichen, schlugen zunächst fehl bzw. waren nicht wirklich Erfolg bringend.

Die Maßnahmen waren in Summe eine Politik der vielen kleinen Schritte. Wie schon in den 1970er Jahren, gab man über Parteigrenzen hinweg noch immer ein klares Bekenntnis zur verstaatlichten Industrie ab. In der Energiepolitik trachtete man danach,

Einsparungspotenziale zu nützen, aber vor allem eine unabhängige Energiepolitik zu betreiben. In der Wirtschaftsförderung konzentrierte man sich auf die Klein- und Mittelbetriebe, insbesondere hervorgehoben wurde die Jungunternehmerförderung. Als Starthilfe für künftige Hochtechnologieunternehmen wurde der erste „Steirische Technologiepark“ gegründet, 1985 zudem eine spezielle steirische Exportoffensive gestartet, wobei vom Landesbudget zwei Millionen Schilling bereitgestellt wurden. Bereits 1980 forderte Krainer bei einer ersten Regionalkonferenz in der Obersteiermark einen Stahlplan; einige Jahre später wurde mit dem Bund ein steirisches Arbeitsplatzmemorandum präsentiert, das die beschäftigungspolitischen Bemühungen und Konzepte zwischen dem Bund und dem Land koordinieren sollte.

Im Rahmen einer freiwilligen Wirtschaftsförderung versuchte die Landesregierung zudem den Problemen der verstaatlichten Industrie zu begegnen, wobei man betonte, dass dies eigentlich Aufgabe des Bundes sei. Um auch die steigende Problematik der Jugendarbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen, wurde im Jahre 1983 ein umfangreiches Jugendbeschäftigungsprogramm ins Leben gerufen, das mit zahlreichen Projekten bestehende Arbeitsplätze halten sollte. Eine gemeinsame Aktion zur Bekämpfung der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit war auch die Aktion 8000, die vom Land und vom Sozialministerium beschlossen wurde.<sup>11</sup> Diese Maßnahme sah vor, zusätzliche Arbeitsplätze bei Gemeinden und Vereinen für arbeitslose Jugendliche und Langzeitarbeitslose zu schaffen, wobei die Bundesmittel mit Landesgeldern ergänzt wurden. Weiters zu erwähnen ist die steirische Pendlerbeihilfe, die im Landesbudget von 1984 erstmals vorgesehen war. Auch in der Agrarpolitik versuchte man durch innovative Konzepte, wie Förderung von Alternativkulturen und den Anbau von Sonderkulturen, neue Wege einzuschlagen. Die Fremdenverkehrspolitik des Landes zielte darauf ab, die Fremdenverkehrseinrichtungen zu modernisieren, wofür aus dem Landesfremdenverkehrsinvestitionsfonds zusätzliche Gelder lukriert werden konnten. Außerdem wurde zunehmend das Konzept vom „sanften Tourismus“ propagiert, wobei auch die Investitionen in den Thermenregionen in diesem Kontext zu sehen sind, obwohl man ja ursprünglich gehofft hatte, auf Öl zu stoßen.<sup>12</sup> In diesem Zusammenhang waren auch die Landesausstellungen von ökonomischer Bedeutung, die eine direkte Verbindung zwischen Kultur und Fremdenverkehr schufen. In der Verkehrspolitik verfolgte man schon seit den 1970er Jahren die gezielte Verbesserung der steirischen Verkehrsverbindungen, wobei der Ausbau der Süd- und der Pyhrnautobahn im Vordergrund stand.

Vorrang vor all diesen Unterfangen hatte aber die Sicherung der gefährdeten Arbeitsplätze, sodass man ohne Zweifel von einem Primat der Beschäftigungspolitik in den 1980er Jahren sprechen kann, ja muss. Um die dramatische Situation in der Obersteiermark zu entschärfen wurde unter Krainer so auch das Regionalkonzept Obersteiermark 2000 unter der Leitung von Dr. Gunther Tichy in Auftrag gegeben. Der Umweltschutz wurde insbesondere seit 1985 groß geschrieben als eigens dafür ein Umweltlandesrat

(Josef Riegler) geschaffen wurde. Die Umweltpolitik des Landes wurde zudem 1986 durch das steirische Umweltschutzgesetz definiert und so auch aufgewertet.<sup>13</sup>

Nicht zuletzt die ökonomische Krise bewog die Landesregierung dazu, eine Vertretung, die „Steirische Botschaft“, in Wien einzurichten. Dieses „außenpolitische“ Konstrukt wurde Anfang März 1981 installiert, wobei Krainer einen politischen Gedanken seines Vaters aufgriff. Die „Steirische Botschaft“ hatte die Funktion, die innerstaatlichen Kontakte zwischen dem Bund und der Steiermark bzw. auch die Kontakte zwischen der Steiermark und den anderen Bundesländern, also die innerstaatliche Kommunikation, zu intensivieren. Vorrangiges Ziel war es, in der österreichischen Bundeshauptstadt, also in Wien, präsent zu sein und mit einer eigenen Vertretung gesellschaftliche und vor allem auch wirtschaftliche Kontakte zu pflegen und steirische Interessen, besonders aber die Probleme der Obersteiermark, einer breiteren Öffentlichkeit bewusst zu machen. So wurden etwa regelmäßig Diskussionsabende und Wirtschaftstreffen veranstaltet, die Möglichkeiten für steirische Wirtschaftstreibende eröffneten bzw. eröffnen sollten. Auf gesellschaftlicher Ebene wurde der heute schon traditionelle „Steirerball“ ins Leben gerufen.<sup>14</sup> Personell wurde die Vertretung mit dem Berufsdiplomaten Fritz Höss, dem SPÖ-Vordenker und Nationalrat Rupert Gmoser und dem FPÖ-Nationalrat Fritz Probst besetzt, die als Delegierte fungierten, wobei sie keine Verhandlungs- oder Entscheidungsvollmacht innehatten und so vielmehr als Informations- und Kontaktstelle agierten.<sup>15</sup> Später wurde diese Einrichtung als „Steirische Delegation“ weitergeführt.

## Generationswechsel und neue Fundamente in der Steirischen Volkspartei

Der personelle Umbau in der Volkspartei und der damit Hand in Hand gehende Generationswechsel in der Regierung wie in der Funktionärebene wurde 1980 begonnen und sollte sich in der Ära Krainer in temporären Schüben unter dem Terminus „Reform“ wiederholen. Durch neue Methoden der Personalrekrutierung kam es in der Volkspartei am Beginn der 1980er Jahre doch auch zu erkennbaren Spannungen bzw. zu Brüchen. Das mit Fortdauer problematischer werdende Verhältnis zwischen Krainer und Landesamtsdirektor Alfons Tropper belegt dies. Auch der 1963 von Krainer sen. in das VP-Regierungsteam geholte Anton Peltzmann sollte durch die TKV-Affäre zum Problemfall werden und wurde als Konsequenz noch im August 1980, wie bereits erwähnt, ausgetauscht.<sup>16</sup> Anstelle von Peltzmann wurde der Industrielle Hans Georg Fuchs in die Landesregierung berufen, ein Quereinsteiger, dessen Engagement in der Politik klar vor Augen führte, dass das in der Partei verankerte Bündedenken hinterfragt wurde bzw. der traditionelle Machtanspruch der Bünde zu bröckeln begann. Fuchs stand so am Anfang einer Vielzahl von Quereinsteigern, die zunehmend von Krainer entdeckt wurden, wie schon lange zuvor auch Waltraud Klasnic, die nun vom Bundesrat, dem sie seit 1977

angehört hatte, in den Steiermärkischen Landtag wechselte. Neu war mit Krainers Antritt auch die Aufwertung des erstmals eingeführten geschäftsführenden Klubobmannes der VP-Landtagsfraktion; zunächst war in dieser Funktion Franz Feldgrill, ab 11. Oktober 1983 Bernd Schilcher tätig. Der Landtagsklub wurde zu einem neuen Kraftfeld innerhalb der Partei.

Viele der Schlüsselpositionen der Steirischen Volkspartei wurden so von Personen besetzt, die Josef Krainer neu entdeckt hatte oder langjährige Mitarbeiter waren. „Gleichzeitig wurde dies von einem Freundeskreis journalistischer Wegbegleiter mitgetragen.“<sup>17</sup> Schließlich gab es auch eine andere Gruppe: Menschen, die eine „Entdeckung“ des Landeshauptmannes waren, wie der Newcomer und für das „Modell Steiermark für die 80er Jahre“ verantwortliche Geschäftsführer Gerhard Hirschmann<sup>18</sup> der, nachdem er zum Landespartei sekretär avanciert war, nach und nach in höhere Parteifunktionen vorrückte. Formell wurde das alles am 13. Landesparteitag am 15. November 1980 bestätigt.<sup>19</sup>

Auch in der Programmarbeit war man nicht untätig gewesen: Der Diskussionsentwurf des neuen „Modell Steiermark“ war bereits im September 1980 im Grazer Stefaniensaal präsentiert worden und war nun als Fortsetzung zu dem Programm aus dem Jahr 1972 ein auf das neue Dezennium abgestimmtes Konzept. Es war so ein landespolitisches Langzeitprogramm, das erneut von einer Vielzahl von Experten (man spricht von 400!) ausgearbeitet worden war und das Fundament der VP-Politik – und damit auch indirekt der Landesregierung, die Volkspartei hatte sowohl im Landtag als auch auf der Regierungsbank die absolute Mehrheit – bildete. Noch unter dem Tandem Niederl/Krainer war Mitte der 1970er Jahre ein weiteres entscheidendes Projekt für die Partei- und Bildungsarbeit in Angriff genommen und im Frühjahr des neuen Jahrzehnts abgeschlossen worden: die bauliche wie allgemeine Erweiterung des Bildungszentrums Josef-Krainer-Haus. Am 31. Mai 1980 wurde der Erweiterungsbau der Öffentlichkeit präsentiert, das JKH fungierte fortan verstärkt als intellektuelles Flaggschiff für Schulung, Fort- und Weiterbildung der VP-Mandatäre und -Funktionäre und war in diesem Kontext Heimstatt für die breit angelegten Ideen- und Denkwerkstätten der Volkspartei.<sup>20</sup> Doch in den 1980er Jahren entwickelte sich das „Krainer-Haus“, wie die populäre Kurzbezeichnung lautete, zudem „zu einem Ort der Begegnung unterschiedlichster Personen und Tendenzen, zu einer Stätte, die vielen etwas gab, von der durch Jahre viele meinten, sie sei das primäre Forum politischen Dialogs und exemplarischer politischer Kultur – im wertenden Verstande dieses Vokabels –, auf dem man dabei zu sein habe“.<sup>21</sup> Zugleich wurde mit dem „politicum“ eine neue populärwissenschaftliche Zeitschrift vorgestellt und ediert, die bis heute den politischen Diskurs in der Steiermark bereichert und prägt;<sup>22</sup> bis dato sind fast 100 Ausgaben erschienen. So war der Start in die 1980er Jahre für die Volkspartei mehr als gelungen, die ersten Bewährungsproben standen vor der Tür.



Wenngleich die Landtagswahl<sup>23</sup> erst im Herbst des Jahres 1983 anberaumt war, wurde bereits drei Jahre nach 1978 gewählt, was zum Teil mit dem Wechsel in der Landesregierung zu tun hatte. Landeshauptmann Krainer verband mit der Vorverlegung des Plebiszits auch eine Abstimmung über seine Person bzw. seine Politik.<sup>24</sup> Die SPÖ kandidierte mit ihrem neuen Vorsitzenden, den Gewerkschafter Hans Gross, der ebenfalls neu im Amt war.<sup>25</sup> Noch im Frühjahr/Sommer 1980 wurden Umfragen veröffentlicht, die zeigten, dass Verluste für die Volkspartei zu befürchten waren. Diese Daten änderten sich mit dem Amtsantritt von Krainer, der offensichtlich ein positives Image in der Bevölkerung aufbauen konnte. Für die Vorverlegung waren jedoch andere Gründe maßgeblich, die insbesondere von der ÖVP artikuliert und zur Legitimierung genützt wurden, auch wenn die Vorverlegung von SPÖ und FPÖ vehement kritisiert wurde.<sup>26</sup> Durch die sich verschlechternde wirtschaftliche Situation der Steiermark, vor allem im Bereich der verstaatlichten Industrie, sollte zudem rasch eine neue handlungsfähige Landesregierung gebildet werden, die gemeinsam die Probleme meistern sollte. Aus diesem Grunde war ein direkter Vertrauensbeweis der steirischen Bevölkerung notwendig, also eine Legitimation durch eine Wahl.<sup>27</sup>

Die Wahlziele der beiden großen Parteien waren dabei klar definiert. Während Krainer die 30 Mandate zum Ziel erklärte, sprach Groß vage von mehr Vertrauen, was so viel bedeutete, wie das Halten der 23 Mandate und eventuell mehr.<sup>28</sup> Der Wahlkampf<sup>29</sup> wurde von allen Parteien mit nur allen erdenklichen Methoden moderner Massenkommunikation geführt. Die SPÖ warf Krainer darin vor, die Vorverlegung der Wahl aus wahltaktischen Überlegungen angestrengt zu haben, um in der Landesregierung eine Zweidrittelmehrheit zu erlangen.<sup>30</sup> Der Slogan der SPÖ lautete dann auch: „Es droht die totale schwarze Übermacht.“ Die Volkspartei konzentrierte sich auf ihren populären Landeshauptmann, der zur dominierenden Figur der VP-Wahlwerbung wurde.<sup>31</sup> Die VP-Slogans erinnerten an frühere Wahlkämpfe: „Ein Landeshauptmann für alle Steirer“ und „Jetzt müssen wir Steirer zusammenhalten“ waren nicht nur die zentralen Wahlaussagen, sondern zeigten erneut die Fokussierung der Volkspartei auf „das Steirische“ und erneuerten die Anti-Wien-Stimmung. Fritz Csoklich kommentierte den VP-Wahlkampf mit einem Zitat eines Journalistenkollegen: „Völlige Identifizierung zwischen Land und Partei, ein nach innen herzensguter treu sorgender Landesvater für alle Steirer, der aber nach außen hin als harter Kämpfer für die Landesinteressen auftritt; ein Wahlkampf, dessen Stoßrichtung vor allem gegen ferne zentralistische Mächte in der Bundeshauptstadt geht und ein die Person schonender Umgang mit dem politischen Gegner des Landes.“<sup>32</sup> Während der Monate August und September 1981 verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage der Steiermark, sichtbar durch die Eumig-Pleite.<sup>33</sup> So wurde auch das Problem der Arbeitslosigkeit in der Schlussphase zu einem Thema ersten Ranges, das auch in der TV-Debatte der Spitzenkandidaten zur Sprache kam.<sup>34</sup>

Das Wahlergebnis vom 4. Oktober 1981 brachte bei einer erneut hohen Wahlbeteiligung von fast 94 Prozent der Volkspartei die erhofften 30 Mandate und 50,9 Prozent der Stimmen. Damit war das Wahlziel erreicht. Krainer gelang es damit, für die Partei zum dritten Male hintereinander die absolute Stimmenmehrheit zu erobern und dieses in den 1970er Jahren erstmals erreichte hohe Niveau an Stimmen und Mandaten zu halten. Die SPÖ konnte 2,4 Prozent zulegen, und 24 Mandate erreichen, wobei ein Mandat gewonnen wurde, das von der FPÖ kam, die als Verliererin der Wahl 1,3 Prozent einbüßte und nur noch mit zwei Mandataren im Landtag vertreten war.<sup>35</sup> Die regionalen Ergebnisse zeigten starke Unterschiede, wie bei kaum einer Wahl zuvor. Der Landestrend zeigte durchwegs Gewinne für die SPÖ, wobei in den Industriegemeinden eher geringe Zuwächse erzielt wurden. Die Konfrontationsstrategie der FPÖ und der in der Steiermark nicht goutierte Steger-Kurs waren die Hauptursachen für die schweren Verluste der Freiheitlichen. Die größten Verluste verzeichnete die FPÖ in der Landeshauptstadt Graz, wobei der Verlust des im Jahr 1978 gewonnenen Grundmandates in der Obersteiermark noch mehr schmerzte. Die Volkspartei hatte jedenfalls ihre führende Stellung im Land verteidigt. Nun rückte die Landeshauptstadt Graz in den Brennpunkt der Politik.

Bei der Grazer Gemeinderatswahl 1983 sollten die Wähler einen neuen politischen Trend zumindest einmal einleiten: die Ausdifferenzierung und Transformation des politischen Systems. Die seit 1973 regierende schwarz-blaue Rathauskoalition in Graz hatte eine besondere kommunalpolitische Situation hervorgerufen: Die drittstärkste Partei, die FPÖ unter Alexander Götz, konnte den Bürgermeister stellen und wurde bei den Wahlen von 1978 nochmals bestätigt, wobei Götz Zugewinne verbuchen konnte, während die Grazer Volkspartei, die für sich reklamierte, die Arbeit geleistet zu haben, Mandate und Stimmen verlor. Die SPÖ, die seit der Niederlage von Gustav Scherbaum depressive Züge aufwies, verlor auch 1978 weiter an Boden, konnte sich aber durch einen Wechsel an der Parteispitze – auf Karl Stoiser folgte der ambitionierte Alfred Stingl – und durch eine forcierte Programmarbeit bis zum Anfang der 1980er Jahre erholen. Das Wahlergebnis von 1978 hatte zwischen den beiden Koalitionsparteien ÖVP und FPÖ Verstimmungen ausgelöst, was die Zusammenarbeit und die innere Harmonie beeinträchtigte. Zudem war der politische Höhenflug von Götz nach seinem Rücktritt als Bundesparteiohmann der FPÖ im Jahre 1979 vorbei. Götz wollte die Wahl zum Plebiszit über den Bürgermeister machen, indem er vor der Wahl bekundete, zurückzutreten, wenn die FPÖ nicht annähernd ihren Mandatsstand halten werde. Eine weiterer Faktor im Vorfeld der Wahl war das erstmalige Auf- und Antreten der Alternativen Liste Graz (ALG),<sup>36</sup> die nach ihrer Konstituierung 1982 erstmals um Stimmen warb und sich berechnete Hoffnungen auf ein Gemeinderatsmandat machen konnte. Der Wahlkampf sah eine sich modern gebende SPÖ, die damit auch der ALG begegnen wollte, die in SPÖ-Hochburgen auf Stimmenfang ging. Die Grazer Volkspartei mit Spitzenkandidat Franz Hasiba stellte bei dieser Wahl den Bürgermeisteranspruch, nicht zuletzt, um das Image vom ewigen Zweiten abzustreifen. Die FPÖ mit Götz

schien trotz der angesagten Offensive wie gelähmt und fasste kaum Tritt, so als ob sie die kommenden Ergebnisse bereits erwartet hätten. Unkonventionell und frech agierte die ALG, die es perfekt verstand, durch Aktionen auf sich aufmerksam zu machen.

Die Wahl am 23. Jänner 1983<sup>37</sup> brachte dann neben den erwarteten auch überraschende Ergebnisse. Die ALG schaffte auf Anhieb 7 Prozent der Stimmen und zog damit mit vier Mandaten in den Grazer Gemeinderat ein, die SPÖ gewann ein Mandat und konnte sich so konsolidieren bzw. als Gewinner der Wahl fühlen, die Grazer Volkspartei blieb stabil und konnte ihre 18 Mandate halten. Von entscheidender Bedeutung war aber die schwere Niederlage der Freiheitlichen, die zur Folge hatte, dass die Ära Götz als Grazer Bürgermeister definitiv zu Ende war.<sup>38</sup> In den langwierigen Koalitions- und Ressortverhandlungen, die danach zwischen den Parteien geführt wurden, einigten sich Volkspartei und SPÖ – einem Vorschlag der ÖVP folgend – auf eine völlig neue Variante des Regierens. Die unter dem Namen „Hasibingl“ bekannte Teilzeitlösung sah eine zweijährige Amtszeit für Franz Hasiba vor, der damit der erste VP-Bürgermeister von Graz seit 1945 wurde. 1985 wurde er von Alfred Stingl im Amt abgelöst. Mit Erich Edegger wurde zudem ein Politiker der Volkspartei zum Vizebürgermeister gewählt, der intensiv an der Verbesserung der Verkehrspolitik arbeitete und mit der Durchsetzung von „Tempo 30“ wesentlich zur Reduzierung der Unfälle beitrug.

Die Ausdifferenzierung der steirischen Parteienlandschaft war mit dem Einzug der ALG in den Grazer Gemeinderat angedeutet worden, die politische Landschaft war in Veränderung begriffen, die Wähler waren mobiler geworden, besonders in Graz. Doch die Transformation des politischen Systems hatte erst begonnen.

## VP-Landespolitik mit gezielten Akzentuierungen

Das Team der Volkspartei in Landesregierung und Partei wurde bis zur Mitte der 1980er Jahre noch mehrmals umgebildet oder erweitert, wobei die Zugehörigkeit zu einem Bund nicht mehr zwingend war, sondern die persönliche Intuition Krainers die Auswahl bestimmte. Anfang Mai 1983 wurde Fuchs, der in den Nationalrat gewählt wurde, als Wirtschaftslandesrat von Helmut Heidinger abgelöst. Der prononcierte Landwirtschaftspolitiker Josef Riegler trat die Nachfolge von Simon Koiner als Agrarlandesrat an und Franz Feldgrill folgte Hanns Koren als Landtagspräsident, der sich auf Anraten seines Arztes damit von der aktiven Politik verabschiedete.<sup>39</sup> Mit Waltraud Klasnics Wahl zur Dritten Landtagspräsidentin konnte zudem ein starkes Signal in der Politik von Krainer gesetzt werden, Frauen verstärkt mit politischer Verantwortung zu betrauen. Ebenfalls neu in der ersten Reihe der Parteiorganisation war der am 12. Juni 1983 gewählte JVP-Landesobmann, der 23-jährige Jurist Reinhold Lopatka, der mit unkonventionellen Aktionen auf sich aufmerksam machte.

Am 14. ordentlichen Landesparteitag am 19. November 1983, der unter dem Motto „Lebenswerte Steiermark. Arbeit. Umwelt. Familie“ stand, konnte die Volkspartei Bilanz ziehen.<sup>40</sup> Mit insgesamt 192.223 Mitgliedern (Bauernbund: 56.056, ÖAAB: 42.592, Wirtschaftsbund: 26.742, Frauenbewegung: 21.522, JVP: 12.998, Seniorenbund: 32.313) hatte die Partei binnen drei Jahren 7.000 Neuzugänge aufzuweisen, die Organisationsfähigkeit war hervorragend, der Zulauf zur Partei mehr als ermutigend.<sup>41</sup> Landeshauptmann Krainer war – als Personifikation der „steirischen Breite“ – über alle Parteigrenzen und in der Bevölkerung populär und omnipräsent. Der Akzentuierung des Leitthemas Arbeitsplatzsicherung mit Förderung der Klein- und Mittelbetriebe folgte das zweite, das des Umweltschutzes; so reagierte man auch auf die aktuell drängenden Fragen der Zeit, sichtbar durch die neue politische Bewegung der Grünen. Auch für die Arbeit der KPV und der Gemeinden war Umweltschutz nun ein erstrangiges Thema.

In der von Kurt Jungwirth fortgeführten Politik Korens zeigte sich die Offenheit der Partei am klarsten. Jungwirth<sup>42</sup> hatte schon in den 1970er Jahren begonnen, sein Credo von einer dezentralen, auf das ganze Land bezogenen Kulturpolitik umzusetzen und so den Ausbau eines flächendeckenden Netzes kultureller Einrichtungen zu fördern. Die Erhaltung und Erneuerung von Ortsbildern (1980 wurde zum „Jahr der Ortsbildpflege“), die fortgeführte Altstadtterhaltung und die großen Landesausstellungen, das Erzherzog-Johann-Jahr 1982 und das Peter-Rosegger-Jahr 1983 waren nur einige wenige „Signets“ der kulturellen Leistungen. Originär und originell war das von Jungwirth mit dem musikalischen Genius Nikolaus Harnoncourt konzipierte Musikfestival „styriarte“, das 1985 erstmals startete.

In der Verfassungspolitik waren die Verhandlungen über eine neue Landesverfassungsreform mit allen Parteien in vollem Gange, mit dem Entwurf der Professoren Mantl, Brünner, Rack und Doz. Pauger war eine erhebliche Stärkung der Bürgerrechte vorgesehen, allerdings konnten sich die Parteien auf keinen Entwurf einigen. Aber die Einrichtung des ersten Landesrechnungshofs war ein Erfolg. Im Frühsommer 1982 eingeführt, nahm dieser am 1. Jänner 1983 seine Tätigkeit auf, erster Direktor wurde Dr. Gerold Ortner. So war die Regierungspolitik der Volkspartei durchaus erfolgreich.

1985 erfolgte dann eine weitere Umbildung der VP-Regierungsmannschaft. Franz Wegart schied nach über 23 Jahren aus der Regierung aus und wurde Landtagspräsident, Landeskulturreferent Kurt Jungwirth avancierte zum Landeshauptmannstellvertreter und der nach seiner Funktionsperiode als Grazer Bürgermeister wieder für andere politische Ämter zur Verfügung stehende Franz Hasiba Landesrat. Neu und innovativ war, dass Riegler mit den Agenden des Umweltschutzes betraut wurde, was das global wichtiger werdende Thema Umweltschutz sichtbar aufwertete und zeigte, dass die Volkspartei den „Zeitgeist“ erkannt hatte. Es war aber auch das Jahr, in dem die Steiermark ihren wohl bedeutendsten und profiliertesten Kulturpolitiker der Zweiten Republik verlieren sollte: Hanns Koren starb nach langem Leiden am 27. Dezember 1985; das Land stand unter Schock, die Anteilnahme ging über die Grenzen der Steiermark hinaus.<sup>43</sup>

Oppositionspolitik über die Landesgrenzen hinaus – und da primär gegen „Wien“ gerichtet – war, sofern mit dem Begriff „Reform“ verwoben, etwas, womit bei der Bevölkerung gepunktet werden konnte. Der Anti-Wien-Reflex der Volkspartei richtete sich gerade unter dem Eindruck der obersteirischen Krise zunächst gegen die sozialistische Alleinregierung in Wien bzw. ab 1983 gegen die Koalition zwischen SPÖ und FPÖ, die man für die wirtschaftliche Misere des Landes verantwortlich machte. Die Oppositionshaltung richtete sich so gegen den ideologischen Hauptgegner im Bund, was von der Parteiführung vortrefflich als steirische Eigenständigkeit gegenüber den Wiener Zentralstellen argumentiert wurde. Im Lande selbst propagierte und praktizierte man hingegen eine Politik der konstruktiven Zusammenarbeit mit der SPÖ – das viel zitierte steirische Klima! – eine konsensuale Strategie, die vor allem vor Wahlgängen betont wurde. Das Symbol dafür war gerade in der Person von Krainer zu sehen, der nicht müde wurde, seine Arbeit als Landeshauptmann aller Steirer anzulegen und mit dem Bonmot von der „steirischen Breite“ die anderen Parteien im Land geschickt umarmte. Doch nicht alles konnte mit Konsens bewältigt werden.

Ein schwerer, sich über Jahre hinziehender Konflikt, der die steirische Landespolitik über die Maßen beschäftigen sollte, war die Auseinandersetzung mit der Bundesregierung um die Stationierung der 24 von Schweden angekauften Abfangjäger vom Typ Saab-Draken, die ausschließlich in der Steiermark, in den Fliegerhorsten Graz-Thalerhof und Zeltweg, stationiert werden sollten.<sup>44</sup> Von der Bundesregierung 1984 angekündigt, kam es bereits am 10. Oktober 1984 zu ersten Protesten und am 7. Februar 1985 formierte sich ein steirisches Personenkomitee, das gegen die Draken ankämpfte und ein Volksbegehren einleiten wollte. Der Ankauf der veralteten Fluggeräte war ein Kompensationsgeschäft gewesen, bei dem auch Provisionen geflossen waren. Landeshauptmann Josef Krainer sen. hatte noch in den 1960er Jahren für die Stationierung von Abfangjägern in der Steiermark plädiert, sein Sohn wollte nun, zwanzig Jahre später, nichts mehr davon wissen, wobei auch die steirischen Sozialisten schließlich gegen die Stationierung auftraten, die steirische FPÖ hingegen die Entscheidung ihres Bundesministers Frischenschlager unterstützte und die Grünen grundsätzlich gegen den Ankauf von Abfangjägern argumentierten. Die steirischen Politiker, besonders jene von der ÖVP, wiesen vor allem auf die hohe Lärmbelästigung und die unsicheren Flugzeuge hin, die ein erhöhtes Unfallrisiko bedeuteten und eine Gefährdung der Grazer Bevölkerung darstellten. Kurz: Die Steiermark wehrte sich gegen die Stationierung der fliegenden Tonnen, wobei sich in Zeltweg und in Graz mehrere Bürgerinitiativen gegen die ungeliebten Draken formierten. Um seine gegen die Stationierung gerichtete Politik zu untermauern, versuchte LH Krainer alle Mittel einzusetzen und ließ sich so etwa vom Landeshygieniker Josef Möse sogar ein Gutachten erstellen, das die Unverträglichkeit der Draken mit dem steirischen Luft- und Lärmschutzgesetz

belegen sollte. Die Volkspartei goutierte und instrumentalisierte während des Konflikts die Bürgerinitiativen und leitete daraufhin ein landesweites Volksbegehren ein, das insbesondere von Gerhard Hirschmann, Bernd Schilcher und Candidus Cortolezis getragen wurde. Mit dieser Strategie wurde der vor allem von der Volkspartei vorgetragene Protest schließlich zur Landessache gemacht. Die Veranstalter der Demonstrationen in Graz und Umgebung und auch in Zeltweg wurden seitens der Volkspartei noch dazu ermuntert, wobei die größte Demonstration Mitte Mai 1985 in Zeltweg stattfand. Höhepunkt war das steirische Anti-Draken-Volksbegehren, das massiv von der Volkspartei getragen und unterstützt wurde. Ziel war, eine Novellierung des Luftfahrtgesetzes herbeizuführen und den Ankauf bzw. die Stationierung in der Steiermark zu verhindern. Das Volksbegehren lag vom 3. bis zum 10. März 1986 zur Unterzeichnung auf, erzielte in Summe 244.254 Stimmen – es erreichte die meisten Stimmen aller Volksbegehren in der Steiermark – und kam so zur Behandlung in den Nationalrat, wo seine Vorschläge nach heftigen Diskussionen jedoch verworfen wurden. Am 13. Juni 1986 kam es zwar noch zu einer gesamtösterreichischen Anti-Draken-Demonstration in Graz, doch die Würfel waren gefallen. Nachdem es aufgrund der Frischenschlager-Reder-Affäre und nach der Aufkündigung der kleinen Koalition im Bundesministerium für Landesverteidigung zu mehreren Personalrochaden gekommen war – auf Friedhelm Frischenschlager folgte zunächst Helmut Krünes –, geriet mit dem Zustandekommen der großen Koalition zwischen ÖVP und SPÖ ab 1987 Verteidigungsminister Robert Lichal unter Beschuss seiner steirischen Parteifreunde. Nach harten Bandagen und der weiteren Ablehnung ihrer Anliegen durch Lichal drohten die Steirer gar mit der Abspaltung von der Bundespartei, frei nach dem Muster der bayrischen CSU. Der Disput ging dermaßen weit, dass die steirischen VP-Nationalratsabgeordneten im Zuge der Konfrontation sogar einen Misstrauensantrag gegen Lichal stellten, während in der Steiermark Klubobmann Schilcher das Widerstandsrecht in Erinnerung rief und jede Form des gewaltlosen Widerstands unterstützen wollte bzw. befürwortete. Die Bundesregierung blieb jedoch bei ihrer Linie, die ungeliebten „Schwedenbomben“ landeten in Graz am 6. Juni 1988.<sup>45</sup>

Das Superwahljahr 1986 als innenpolitische Zäsur,  
die Transformation der Lager und „Joschi“ Krainer am Zenit

---

Das Anti-Draken-Volksbegehren, dessen Erfolg und seine mediale Verwertung hatten so auch die Funktion einer Kampagne für die kommende Landtagswahl; die Volkspartei versuchte den Ertrag ihrer Oppositionspolitik einzufahren.

Für die Historiographie wie auch für die Politikwissenschaft stellt dabei das Jahr 1986 eine innenpolitische Zäsur ersten Ranges dar. Die Renaissance der Volkspartei war mit dem guten Ergebnis bei der Nationalratswahl 1983 eingeleitet worden, die Möglich-

keit, 1986 erstmals seit 1970 wieder stärkste Partei zu werden, greifbar nahe. Das Superwahljahr, das Jahr der Wechselwähler<sup>46</sup>, das am Ende eine Neustrukturierung des politischen Systems einleitete, begann für die ÖVP verheißungsvoll: Im Präsidentschaftswahlkampf konnte ihr Kandidat, der ehemalige Generalsekretär der UNO, Kurt Waldheim, im zweiten Wahlgang die Mehrheit für sich gewinnen. Zuvor war eine Kampagne gegen Waldheim von der SPÖ initiiert worden, die Österreich in zwei Lager spaltete.<sup>47</sup> Bundeskanzler Sinowatz trat nach der für die SPÖ verlorenen Bundespräsidentenwahl zurück, sein Nachfolger wurde Finanzminister Franz Vranitzky. Die innerhalb des Koalitionspartners FPÖ aufbrechenden Führungs-, Ideologie- und Richtungsdiskussionen brachten schließlich während des Innsbrucker FPÖ-Parteitag am 12. September 1986 einen Eklat und den sich unter rüden Szenen abspielenden Wechsel von Steger zu Haider. Für Bundeskanzler Vranitzky war ein Fortbestand der kleinen Koalition mit der Haider-FPÖ nicht tragbar, weswegen vorzeitige Nationalratswahlen für den 23. November 1986 ausgerufen wurden.<sup>48</sup> Die steirische Landtagswahl<sup>49</sup> fiel so in eine Phase der Innenpolitik, die durch sich verschärfende Kontroversen sowohl auf steirischem Boden als auch im Bund gekennzeichnet war.<sup>50</sup>

Der 15. ordentliche Landesparteitag<sup>51</sup> am 6. September stand daher ganz im Zeichen der Wahlvorbereitungen und der Mobilisierung der Funktionäre sowie der Basis durch die Darlegung der VP-Leistungsbilanz der vergangenen drei Jahre. So punktete die Partei knapp vor Ende der Legislaturperiode noch mit dem Beschluss des „Steiermärkischen Volksrechtgesetzes“. Ein 1985 entwickeltes Grenzlandsonderprogramm sollte Investitionen zum Ausbau der Infrastruktur in den benachteiligten Regionen bereitstellen.<sup>52</sup> Organisatorische Dichte wie Zulauf zur Partei waren nach wie vor auf hohem Niveau bzw. mehr als ermutigend: Die Anzahl der Mitglieder betrug 190.373 (Bauernbund: 57.002, ÖAAB: 43.611, Wirtschaftsbund: 20.816, Frauenbewegung: 20.186, JVP: 15.170, Seniorenbund: 32.730, Direktmitglieder 858). Beim „Modell-Steiermark-Kongress“ am 4. Juli wurde Rechenschaft über die Fortschritte in den Arbeitskreisen der diversen Denkerwerkstätten abgelegt.<sup>53</sup> Eine ganze Reihe von Publikationen war entstanden, wie das umweltpolitische „Weiß-Grüne Manifest“, die Broschüre „Steirische Energiepolitik“, der umfassende Bericht zur Lebenssituation der steirischen Frauen „Steiermark weiblich“ und die Broschüre „Kulturarbeit in der Gemeinde“. Die steirische Verkehrsinfrastruktur hatte Verbesserungen erfahren; Autobahnen, Schnellstraßen wurden weitgehend fertig gestellt, die Modernisierung der Bahnstrecken auf Schiene gebracht. So ging die Volkspartei zuversichtlich in die Wahlen

Nachdem die Volkspartei bei der Landtagswahl 1981 knapp ihr Wahlziel und ihren angepeilten Mandatsstand von 30 erreichen, die SPÖ aber landesweit zulegen und ein zusätzliches Mandat gewinnen konnte, stellte die Volkspartei erstmals seit 1974 wieder die Frage nach der Mehrheit im Lande.<sup>54</sup> Die Ausgangslage hatte sich Mitte der 1980er Jahre auch in der Steiermark entscheidend geändert. Zusätzlich zu den schon etablierten

Parteien war mit der Listengemeinschaft von Grün-Alternativen und Vereinten Grünen eine neue politische Gruppierung auf der politischen Bildfläche der Steiermark erschienen, die erstmals auch für den Landtag kandidierte. Die ÖVP definierte klarerweise das Halten der absoluten Mehrheit, die SPÖ richtete ihre Taktik, analog zu den Wahlgängen 1978 und 1981, darauf aus, vor der Zweidrittelmehrheit und der damit einhergehenden Übermacht der ÖVP zu warnen. Die beiden Kleinparteien verfolgten unterschiedliche Strategien, wobei die Grünen vor allem auf Umweltthemen setzten und sich so als Kontrollinstanz darstellen und profilieren wollten. Die steirische FPÖ war trotz des Führungswechsels an der Spitze knapp vor der Selbstauflösung. Die Parteikrise zeigte sich in internen Querelen und Streitigkeiten der Führungsmannschaft und einer leidigen Steueraffäre, die noch bis 1988 andauern sollte und der Partei viel an Glaubwürdigkeit kostete.

Die Wahlwerbung der Volkspartei wurde mit dem Slogan „Z’samarbeiten und was weiterbringen“ umrissen, im Zentrum stand Krainer, der 1986 am Zenit seiner Popularität angekommen war, zudem einen Bekanntheitsgrad von nahezu 100 Prozent erreichte und ein „im Land unerreichbarer Kommunikator war, der sein Image zu pflegen“<sup>55</sup> wusste. Krainer konnte mit dieser Strategie und dem LH-Bonus punkten. Durch seine Imagevorteile gegenüber dem Spitzenkandidaten der SPÖ, Hans Groß war die Personalisierung des Wahlkampfes eine logische Konsequenz. Der VP-Wahlkampf war in drei Phasen gegliedert: Zunächst wurden die sachpolitischen Leistungen Krainers und der Volkspartei propagiert, dann die Politik der Zusammenarbeit bekräftigt. In der Schlussphase rückte die Persönlichkeit von Krainer in den Mittelpunkt. Die Plakate transportierten die entscheidende Botschaft: „Wer Krainer will, muss ihn auch wählen.“ Der dreiwöchige Intensivwahlkampf spielte sich vor dramatischen Ereignissen der österreichischen Innenpolitik ab: Das Scheitern der Koalition von SPÖ und FPÖ im Bund, die Veröffentlichung des Sanierungskonzepts für die Voest, der Wechsel an der Spitze der FPÖ wurden so auch zu Themen im steirischen Wahlkampf. Die wichtigsten sachpolitischen Themen ergaben sich jedoch durch die gravierenden negativen Folgen der Bundespolitik. Breit diskutiert wurden so das Problem der Verstaatlichten Industrie, vor allem in der Obersteiermark, wo die Krise auf ihrem Höhepunkt angekommen war, die Einkommensverluste der steirischen Bauern in den Grenzlandregionen und – ein Rückgriff – das Thema des von SPÖ und FPÖ abgelehnten Anti-Draken-Volksbegehrens.

Der Ausgang der Wahl am 21. September 1986 war dann mehr als überraschend. Die Volkspartei konnte ihr Ergebnis von 1981 noch übertreffen, obwohl mit der erstmaligen Kandidatur der Alternativen Liste Österreich (ALÖ) insgesamt drei Konkurrenten angetreten waren; die Steirische Volkspartei erreichte 51,75 Prozent und 393.650 Stimmen; die höchste Stimmenanzahl ihrer Geschichte. Die 30 Sitze im Landtag und die bestehenden fünf in der Landesregierung wurden erreicht, wobei das mögliche 31. Mandat erst durch die Reststimmenauszahlung verloren wurde. Die Volkspartei konnte so ihre Klientel hervorragend mobilisieren und gleichzeitig sozialistische Wähler in den klassischen SPÖ-



Hochburgen für sich gewinnen. Die SPÖ verlor in allen Bezirken und rutschte mit 5 Prozent Verlust erstmals seit 1949 unter die 40-Prozent-Marke. Bei einem Verlust von zwei Mandaten wurde so das schlechteste Landtagswahlergebnis seit 1949 eingefahren, wobei die Verluste in Graz und in den Obersteiermark besonders gravierend waren. Als Folge dieses Debakels betrug der Abstand zwischen ÖVP und SPÖ nun 14,1 %. Die Freiheitlichen sackten in der Wählergunst weiter ab und konnten nur mit Mühe ihre zwei Sitze im Landtag halten, was bis zuletzt nicht sicher schien. Letztlich schafften die Freiheitlichen mit nur 90 Stimmen Überhang den Einzug in den Landtag. Trotz der internen Krise schien sich erstmals der Haider-Effekt bemerkbar zu machen. Schmerzhaft für die Partei war jedoch der Verlust des Grundmandates in der einstmaligen freiheitlichen Bastion Graz. Überraschend war der Einzug der Grün-Alternativen Liste, die 4,86 Prozent erreichte, wobei erst in der Endphase der Auszählung die zwei errungenen Mandate gesichert waren und das prognostizierte 31. Mandat der ÖVP noch zu den Grünen wandern sollte. 39 Stimmen hatten den Ausschlag gegeben. Hauptreservoir für die Grünen waren die Landeshauptstadt Graz und weitere städtische Ballungszentren

Die Analysen und Nachbetrachtungen der Wahl ergaben folgende für das österreichische Wahlgesehen der 1980er Jahre charakteristische Muster: Die Erosion der traditionellen Parteibindung und die Veränderung des Wählerverhaltens waren eindeutig. Damit einhergehend war eine Umorientierung und Mobilisierung der Wähler zu konstatieren. Eine neue, vornehmlich urbane Schicht von Wechselwählern stand dem etablierten Parteienspektrum und den konventionellen Parteien skeptisch gegenüber. Mit anderen Worten: Die Dekonzentration des politischen Systems in der Steiermark hatte in dieser Phase begonnen, umweltbewusst orientierte Menschen wandten sich nach und nach von den beiden Großparteien ab und den Grünen zu.<sup>56</sup> Die Analyse zeigte aber noch ein klares Bild: Landeshauptmann Josef „Joschi“ Krainer war am Höhepunkt seiner Beliebtheit.

## Der VP-Aderlass im Bund und die permanente Reform – die Erosion der Wählersegmente

---

So erfolgreich die Landtagswahl verlaufen war, so enttäuschend war das Ergebnis für die Volkspartei bei der Nationalratswahl am 23. November 1986. Die Bundespartei, die sich erstmals seit 1970 wieder Hoffnungen auf den ersten Platz machte, konnte dieses Ziel jedoch nicht erreichen, wenngleich die Meinungsforschung ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen der Volkspartei und der SPÖ prognostiziert hatte. Wahlentscheidend war auch der erstmals wirkende Haider-Effekt. Die FPÖ begann erstmals Wähler von den beiden Großparteien abzuziehen. Mit dem Einzug der Grünen in den Nationalrat war das politische System Österreichs endgültig einer gravierenden Veränderung unterworfen. Das „Zweieinhalbparteiensystem“, das von 1945 an Usus war, entwickelte sich von 1986

an zu einem Mehrparteiensystem im Bund. Sukzessive, aber mit verschiedener Intensität und mit verschiedenen Ausformungen wurde dieses System auch in die Länder transportiert.<sup>57</sup>

Der Eintritt der ÖVP in eine Regierungskoalition mit der SPÖ im Jänner 1987 – Josef Riegler wurde Landwirtschaftsminister, in der Landesregierung folgte ihm Hermann Schaller – sollte die bundespolitische Strategie der Steirischen Volkspartei wesentlich und stringent verändern. Fortan war der Impetus einer starken steirischen Opposition gegenüber dem Bund Vergangenheit, das Ziel verlagerte sich, die Steirer beteiligten sich nun aktiv an innerparteilichen Macht- und Richtungskämpfen im Bund, die nach der verlorenen Nationalratswahl begannen.

Besonders nach 1986 ventilierten die Steirer die Reform der Partei und die Ablöse von Bundesparteiohmann Mock, der mit der Wahlniederlage stigmatisiert war und dem nicht mehr zugetraut wurde, die ÖVP aus der Krise zu führen. Die 1989 verlorenen Landtagswahlen in Kärnten, Salzburg und Tirol entfachten eine Obmandebatte, die zum Rücktritt von Mock führte.<sup>58</sup> Krainer konnte als einer der Königsmacher „seinen“ ehemaligen Landesrat Riegler – der jedoch von vielen als Kompromisskandidat gesehen wurde – als neuen Bundesparteiohmann der ÖVP im Mai 1989 inthronisieren. Rieglers zentrale Leitidee, die „Ökosoziale Marktwirtschaft“, war eine „Versöhnung“ zwischen Ökonomie und Ökologie und als Konzept seiner Zeit voraus.<sup>59</sup> Das Profil der Partei wurde schärfer. Die für die ÖVP so eindeutig positive Regierungsbilanz fand bei der Nationalratswahl 1990 jedoch nicht die erhoffte Anerkennung. Riegler konnte die Talfahrt der Bundes-ÖVP nicht stoppen. Die zunehmende Anziehungskraft Häiders, der 1989 zum Kärntner Landeshauptmann gewählt worden war und geschickt das Protestpotenzial auf sich vereinen konnte, und eine vom Kanzlerbonus Vranitzkys profitierende SPÖ bedeuteten ein wahlstrategisches Dilemma für die Partei, die 9,2 Prozent der Stimmen und 17 Sitze verlor und nur noch auf 60 Mandate kam. Riegler selbst war mit diesem Ergebnis parteiintern in der Defensive, seine Ablöse programmiert. Die 1991 mitunter heftig geführten Diskussionen um die Nachfolge führten zu einer Kampfabstimmung, aus der Erhard Busek<sup>60</sup> gegen Bernhard Görg als Sieger hervorging. Anhaltende Verluste zugunsten der FPÖ ließen immer wieder Stimmen laut werden, die den Verbleib in der Koalition mit der SPÖ kritisierten. Auch der überraschende Sieg Thomas Klestil bei der Bundespräsidentenwahl am 24. Mai 1992 konnte nicht über die Erosionserscheinungen im Wählersegment der ÖVP hinwegtäuschen.

Das Ende des konsensualen Klimas im Land –  
von Kooperation zu Konfrontation

---

Die Ära von Krainer jun. war durch das Image des populären Landesvaters bestimmt, dessen Einfluss weit über die Grenzen der Steiermark reichte, der stets auf einen eigen-

ständigen steirischen Kurs Wert legte und der Kooperation mit den ausländischen Nachbarn einen hohen Rang einräumte. In Fortsetzung der schon in den 1960er Jahren begonnenen Außenpolitik setzte er etwa auch die enge Zusammenarbeit mit Südtirol, die sein Vater bereits begründet hatte, fort und hielt auch weiterhin gute Kontakte zu den später souveränen Teilrepubliken Jugoslawien, Slowenien (hier vor allem zu Lojze Peterle) und Kroatien. Neben einer politisch eher defensiv ausgerichteten Landes-SPÖ und einer bis an den Rand der Auflösung getaumelten FPÖ präsentierte man sich so auch als einzige starke Alternative, die die steirischen Interessen im In- wie im Ausland wahrnahm. Krainer setzte so weiterhin auf die regionale Außenpolitik und die Kulturpolitik.

Die Steirische Volkspartei war unbestritten die führende politische Kraft im Lande, die Parteiarbeit war mit der „Burg“ abgestimmt und funktionierte, einziger Wermutstropfen war der Verlust des so traditionsreichen Blattes, der „Südost Tagespost“, die am 31. März 1987 aufgrund finanzieller Engpässe eingestellt werden musste. Im Jänner 1988 startete unter bescheidenen finanziellen Rahmenbedingungen die Wochenzeitung „Die Steirische“, die versuchte, in die Fußstapfen der Tagespost hineinzuwachsen. „Es gelang dem kleinen Team der Steirischen, diese Wochenzeitung trotz der erschwerten Rahmenbedingungen auf dem steirischen Medienmarkt zu etablieren.“<sup>61</sup>

Der 16. ordentliche Landesparteitag (Motto: „Mit voller Kraft voraus“), der am 15./16. September 1989 in der Grazer Messehalle veranstaltet wurde, ließ erstmals Einblicke in Krainers Zukunftspläne erahnen, im Besonderen, wer die Partei nach ihm führen sollte: Gerhard Hirschmann, der auf Vorschlag von Krainer vom Parteitag zum geschäftsführenden Parteiobmann gewählt wurde und 1989 zudem zum Klubobmann im Landtag avancierte. Hirschmanns Nachfolger als Landespartei sekretär wurde der engagierte Drakenkämpfer und Rechtsanwalt Candidus Cortolezis.<sup>62</sup> Ein Jahr zuvor war es im VP-Regierungsteam zu einer Neubesetzung gekommen. Nach dem Rückzug von Heidinger war mit Waltraud Klasnic erstmals eine Frau mit dem Wirtschaftsressort in einer Landesregierung betraut worden. Ende 1989 präsentierte die Partei in guter Tradition das dritte Landesprogramm, das „Modell Steiermark für die 90er Jahre“, das die Leitlinien des politischen Handelns mit den Schwerpunkten Europapolitik, Arbeit, Wissenschaft und Demokratie vorlegte. So weit, so gut, doch es zogen dunkle Wolken am Horizont auf.

Der Aufstieg der Freiheitlichen zu einem machtpolitischen Faktor in der Steiermark war nicht mehr aufzuhalten. Mit der Beendigung der Führungskrise durch den neuen Landesparteiobmann Michael Schmid 1989 begann auch in der Steiermark die rechtspopulistische Politik Haiders Wirkung zu zeigen.<sup>63</sup> Mit Haiders markigen Sprüchen und der Angriffslust von Schmid änderten sich die politische Kultur und der „Umgangston“. Die radikale Oppositionspolitik der FPÖ traf so auch die Volkspartei, die dem Populismus Haiders wenig entgegenzusetzen vermochte.<sup>64</sup> Die Negierung der von Vranitzky versuchten Ausgrenzungspolitik gegenüber Haider kam hinzu. Auch die zweitstärkste Partei veränderte in diesem Jahr ihr „Gesicht“. Auf Groß folgte Peter Schachner-Blazizek, der eine

Konfrontationsstrategie bevorzugte und ambitioniert seine Partei schrittweise zur stärksten Kraft im Lande zu machen gedachte. „Er griff die ÖVP scharf an und schonte Krainer nicht. Das steirische Klima wandelte sich von vorwiegend heiter zu dicht bewölkt oder sogar stürmisch, von Kooperation zu Konfrontation.“<sup>65</sup> Die Söhne setzten dort fort, wo die Väter aufgehört hatten.<sup>66</sup>

Überhaupt war das Ende des alten und der Beginn des neuen Jahrzehnts von Konfrontation und großen Umbrüchen gekennzeichnet. Mit dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 wurde das Ende des Kommunismus eingeläutet. Die „Dominotheorie“ sollte nun völlig anders zum Tragen kommen: Der Reihe nach zerfielen die einzelnen KP-Regime in Osteuropa, ja auch vor der Sowjetunion und Jugoslawien machte diese Entwicklung nicht Halt. In diesem Kontext wurde die Steiermark 1991 kurzfristig von den kriegerischen Ereignissen im benachbarten Slowenien tangiert. Als Slowenien nach einem Referendum am 25. Juni 1991 seine Unabhängigkeit von Jugoslawien proklamiert hatte, griff die jugoslawische Bundesarmee an. An der steirisch-slowenischen Grenze herrschte Krieg; während der Kampfhandlungen drangen mehrmals jugoslawische Flugzeuge in den südsteirischen Luftraum ein. Mit dem Waffenstillstand am 3. Juli 1991 war die Krise an der Südgrenze vorbei.<sup>67</sup>

Es waren bewegte Zeiten. Nachdem Landeshauptmann Krainer im Spätsommer 1991 ein ernsthaftes Angebot, für das Amt des Bundespräsidenten zu kandidieren, abgelehnt hatte, standen die Landtagswahlen vor der Tür. Im Wahlkampf trat die Volkspartei mit einem völlig neuen Konzept vor die Wähler. Die ausschließlich positive Werbelinie – mit dem Slogan „steiermarkaktiv mit Krainer“ – setzte auf verschiedene Aktionen bzw. konkrete Projekte. In der etwa vierwöchigen Intensivwahlphase wurden gänzlich neue Wahlversammlungen mit dem Schlagwort „Treffpunkt Landeshauptmann“ veranstaltet, die den Charakter einer Talkshow hatten. Wohl nur wenige in der Volkspartei ahnten, dass die Abenddämmerung einer Ära bevorstand.

Das Wahlergebnis vom 22. September 1991 bedeutete das Ende der absoluten Mehrheit der Volkspartei in Landesregierung und im Landtag, die sie seit 1974 gehabt hatte. Mit 343.399 Stimmen erreichte sie 44,2 Prozent und 26 Mandate, die SPÖ 34,9 Prozent und 21 Mandate. Der Wahlsieger FPÖ schnellte mit 15,4 Prozent auf 9 Mandate, die Grünen waren nach internen Querelen nicht mehr im Landtag vertreten. In der Landesregierung stand es nun 4 : 4 : 1. Die Volkspartei verlor rund 50.000 Wähler – vor allem in Gemeinden mit hohem Agrar- und Dienstleistungsanteil –, obwohl Landeshauptmann Krainer 141.422 Vorzugsstimmen erhalten hatte, was ein Vertrauensbeweis erster Güte war, ja „entscheidend dafür, dass die Steirische Volkspartei mit ihrem schmerzlichen Verlust nicht noch mehr unter die Räder kam, war die Möglichkeit der Vorzugsstimmen“.<sup>68</sup> Die Fähigkeit zur scharfen Analyse hatte der vom Landtag erneut gewählte Landeshauptmann aber nicht verloren, wenn er in seiner Regierungserklärung vom 18. Oktober 1991 konstatierte: „Der heute neu konstituierte Landtag repräsentiert das Spiegelbild der am

22. September 1991 tiefgreifend veränderten politischen Landschaft unserer Steiermark.“<sup>69</sup> Der Verlust der absoluten Mehrheit hatte Krainer schwer getroffen, sein Auftritt im Landhaus unterschied sich „elementar von seinen früheren Premieren als Chef einer neuen Landesregierung“.<sup>70</sup> Bei der Zusammensetzung dieser wurden die Karten neu gemischt: Kurt Jungwirth, der über 20 Jahre die Kulturpolitik der Steiermark geprägt hatte, verließ das VP-Team ebenso wie Hermann Schaller, die Kultur wurde zur „Chefsache“. Neu in der Regierung war der Landwirt Erich Pörtl.<sup>71</sup>

Der 17. ordentliche Landesparteitag (Motto: „Heimat Steiermark. Zukunft Europa. Beherzt Partei ergreifen“), der am 23./24. Oktober 1992 erneut in der Grazer Messehalle abgehalten wurde, wurde dann überschattet von der tragischen Erkrankung des Grazer Vizebürgermeisters Erich Edegger, der bald darauf verstarb.

Krainer dokumentierte in seiner Parteitage Rede sein neues Selbstverständnis als „Ehrenpräsident“ der Volkspartei, der nun in noch stärkerem Maße parteiübergreifend Politik betreiben wolle, nicht zuletzt im „Spiel der freien Kräfte“.<sup>72</sup> Newcomer Martin Bartenstein und Ruth Feldgrill-Zankel wurden zu Krainer-Stellvertretern gewählt, außerdem wurde das neue Landesparteistatut beschlossen, das einige Neuerungen enthielt. Der seit dem Frühjahr 1992 amtierende Landespartei sekretär Ludwig Kapfer – Cortolezis war wieder in seine Rechtsanwaltskanzlei zurückgekehrt – konnte sich nun Landesgeschäftsführer nennen, diese Funktion wurde fortan nicht mehr gewählt, sondern vom Parteivorstand bestellt. Hinzu kam, dass kleinere Gremien längere Perioden dienen sollten. Alles in allem waren sowohl die Stimmung als auch die Erwartungshaltung gedämpft gewesen.

1993 wurden erneut größere Umbildungen im Gefüge der Partei vorgenommen. Kapfer, der als Landesgeschäftsführer nur kurze Zeit am „Karmeliterplatz“ schaltete, wurde durch den ehemaligen JVP-Obmann Reinhold Lopatka ersetzt. Hasiba setzte zu seinem nächsten Karrieresprung an, er folgte Franz Wegart als Landtagspräsident, der sich aus der aktiven Politik zurückzog, sieht man von seiner Tätigkeit als Obmann des Seniorenbundes ab. Waltraud Klasnic wurde Zweite Landeshauptmannstellvertreterin, Hirschmann zog als Landesrat für Tourismus und Sport neu in die Landesregierung ein. Dauerthemen der politischen Debatten in dieser Phase waren „eine Bundesstaatsreform, der Ausbau der Pyhrnautobahn und das Bauvorhaben einer Trassenführung durch das Ennstal sowie die Stärkung der Steiermark als Wirtschafts-, Freizeit- und Technologiestandort mit der Einbindung der Hochschulen und dem Ausbau des Fachhochschulwesens“.<sup>73</sup>

---

Exkurs: Der Beitritt Österreichs zur EU – die Steiermark im neuen Europa<sup>74</sup>

Beim EG-Gipfel in Edinburgh war am 12. Dezember 1992 die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit Österreich, Finnland, Norwegen und Schweden mit Anfang des

Jahres 1993 beschlossen worden. Bei diesen Verhandlungen, die am 1. Februar 1993 begannen, waren am 21. Dezember 13 von 29 Vertragskapiteln abgeschlossen. Am 1. Jänner 1994 trat der „Europäische Wirtschaftsraum“ in Kraft, dem auch Österreich angehörte. „Bei den Beitrittsverhandlungen in Brüssel, die am 21. Jänner 1994 aufgenommen wurden, konnten bis 8. Februar 18 Kapitel abgeschlossen werden. Die heikelsten Themen jedoch, zu denen die Weitergeltung des Transitvertrages, die Landwirtschaft und die Zweitwohnsitze gehörten, blieben einer heißen Verhandlungsphase vorbehalten.“<sup>75</sup> Die ÖVP stellte mit Außenminister Alois Mock den Verhandlungsführer, der entscheidend zum Verhandlungserfolg beitrug. Am späten Abend des 1. März wurde der Durchbruch erzielt: beim Transitvertrag war das Ziel – die Schadstoffreduktion – erreicht worden und auch bei der Anpassung der Agrarpreise konnten ausgleichende Zahlungen der EU durchgesetzt werden. Nach langen Beratungen gab der österreichische Nationalrat am 5. Mai mit den Stimmen der Regierungsparteien und des Liberalen Forums dem Vertragswerk seine Zustimmung, sodass wie geplant am 12. Juni 1994 die Volksabstimmung über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union stattfinden konnte.<sup>76</sup> Es folgten Wochen einer intensiven Diskussion mit großer Medienresonanz über die Vor- und Nachteile eines EU-Beitritts, an der sich Regierung und Opposition, Parteien und Interessenvertreter, Experten und prominente Persönlichkeiten, Bürgerinitiativen und einzelne Bürger beteiligten, ohne dass die Lager der Befürworter und der Gegner nur einem Parteischema zuzuordnen waren. Landeshauptmann Krainer sah „einen EU-Beitritt aus politischen, wirtschaftlichen, aus sicherheitspolitischen und kulturellen Gründen für notwendig“.<sup>77</sup> Die EU-Integration und die regionale steirische Nachbarschaftspolitik rückten so mit der Leitidee vom „Europa der Regionen“ zusammen. Bereits 1990 war von der Steiermark ein eigenes Europareferat, das von Reinhard Rack und Franz Lückler geleitet wurde, eingerichtet worden. Mit einer für europäische Verhältnisse überdurchschnittlich hohen Wahlbeteiligung von 81,3 Prozent stimmte das österreichische Volk mit der überwältigenden Mehrheit von 66,6 Prozent dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union zu. Mit der Unterzeichnung des Beitrittsvertrages beim EU-Gipfel in Korfu am 24. Juni erreichte das Europajahr 1994 seinen symbolischen Höhepunkt. Mit dem Datum 1. Jänner 1995 war Österreich Mitglied der EU.

---

#### 1995: Neubeginn und Ende einer Ära – quo vadis, Volkspartei?

Die Verluste der beiden Großparteien SPÖ und ÖVP waren auch bei der Nationalratswahl am 9. Oktober 1994 zum Teil dramatisch; auf alle Fälle verlor die große Koalition die Zweidrittelmehrheit; in der Steiermark verzeichneten beide Parteien einen historischen Tiefstand. Wenngleich das Unbehagen über eine neuerliche Zusammenarbeit mit der SPÖ in weiten Teilen der ÖVP verbreitet war, schloss Bundesparteiobermann Erhard Busek am

25. November 1994 erneut ein Regierungsübereinkommen mit den Sozialdemokraten, worin man sich auf die Budgetsanierung einigte. Der von der Meinungsforschung prognostizierte Fall hinter die Freiheitlichen und die massive Infragestellung der großen Koalition führten rasch zu einer Führungsdiskussion Anfang 1995. Mit der Wahl von Wirtschaftsminister Wolfgang Schüssel<sup>78</sup> zum neuen Bundesparteiobermann beim 30. Bundesparteitag am 21./22. April 1995 begann dann der harte, aber unaufhörliche Aufstieg der ÖVP aus der Talsohle vergangener Niederlagen. Fast prophetisch rief Schüssel den versammelten Delegierten in seiner Antrittsrede zu, was 1995 nur wenige für möglich hielten: „Wir wollen und müssen die Nummer eins in Österreich werden! (...) Ich will mit eurer Hilfe die Nummer eins und Bundeskanzler in Österreich werden!“<sup>79</sup> Mit neuem Elan, einem neuen Team – Klasnic war eine der neuen Stellvertreter – und der Propagierung des „Schüssel-Ditz-Kurses“ versuchte die Volkspartei Wählerschichten zurückzugewinnen. Gute Umfragewerte und der Dissens über die Frage der Budgetkonsolidierung führten zu Neuwahlen.

In der Steiermark war die Zusammenarbeit in der Landesregierung zwischen Volkspartei und Sozialdemokraten mittlerweile auf einem Tiefpunkt angelangt. Die „Blockadepolitik“ der SPÖ in wichtigen Fragen der Landespolitik und das gespannte Verhältnis zwischen Krainer und Schachner-Blazizek ließen viele Kommentatoren zu dem Schluss kommen: „Nichts geht mehr.“ Obwohl die Landtagswahlen erst für 1996 anberaumt waren, die Wahl in der Steiermark wurde vorverlegt, womit man seitens der Volkspartei mit einer Tradition brach. Erstmals seit 1953 wurde die Landtagswahl wieder mit der Nationalratswahl abgehalten. Es schien, als ob Krainer vom (scheinbaren) Aufschwung der Bundespartei profitieren wollte. Doch bereits im Wahlkampf konnte man erahnen, was der Partei bevorstehen sollte.<sup>80</sup> Der Landeshauptmann verband die Wahl zudem mit der Abstimmung über seine Person.

Das Resultat der steirischen Landtagswahl am 17. Dezember 1995 war in seiner Konsequenz das Ende der Ära Krainer jun.

---

1 Vgl. dazu auch Emmerich TALOS: Der Sozialstaat. Vom goldenen Zeitalter zur Krise. In: Reinhard SIEDER/Heinz STEINERT/Emmerich TALOS (Hg.), Österreich 1945–1995. Gesellschaft. Politik. Kultur. Wien 1995. S. 537–551.

2 Kreiskys bevorzugte Urlaubsdestination in den 1980ern.

3 Vgl. dazu Andreas KHOL: Zwischen Technokratie und Demokratie. Die Parteireform der ÖVP 1979/80.

4 Zu Mock vgl. Herbert VYTISKA: Der logische Nachfolger. Alois Mock – eine politische Biographie. Wien 1983.

5 Vgl. dazu das neue Buch von Robert KRIECHBAUMER: Die Ära Kreisky. Österreich 1970–1983. Wien/Köln/Weimar 2004.

6 Zur kleinen Koalition siehe Anton PELINKA: Die Kleine Koalition SPÖ-FPO 1983–1986 (= Studien zu Politik und Verwaltung Bd. 48). Graz/Wien/Köln 1993.

7 Niederl gab in einer Presseerklärung am 17. Juni 1980 folgende Beweggründe für seinen Rücktritt an: „Wenn ich mich nun aus der Politik zurückziehe, liegen die Ursachen weder in meiner Gesundheit – ich fühle mich in einer für mein Alter erfreulichen Gesundheit – noch in meinem 60. Geburtstag. Ich bin nunmehr über 15 Jahre Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung und seit nahezu 9 Jahren Landeshauptmann. In all diesen Jahren habe ich nach

- bestem Wissen und Gewissen versucht, unserem Land und der steirischen Bevölkerung zu dienen. Dieses stete Bemühen hat mich sehr viel Kraft gekostet. (...) Aus diesem Grunde habe ich auch den gegenwärtigen Zeitpunkt zur Bekanntgabe meines Rücktrittstermins gewählt. Vgl. dazu Information, 23. Jg., Juli 1980, Nr. 3, S. 14.
- 8 Zuvor war er einstimmig auch vom Landespartei Vorstand, vom Landtagsklub und von der Landesparteileitung nominiert worden.
  - 9 Zu seiner Biographie vgl. zuallererst das Buch von Ernst TROST: Josef Krainer II. Der letzte Landesfürst. Wien 1996. Weiters Wolfgang MANTL: Josef Krainer jun. In: Alfred ABLEITINGER/Herwig HÖSELE/Wolfgang MANTL: Die Landeshauptleute der Steiermark. Graz/Wien/Köln 2000. S. 151–198.
  - 10 Vgl. Information, 23. Jg., Juli 1980, Nr. 3, S. 8. Siehe auch Fritz CSOKLICH: Ein weites Land. In: Kleine Zeitung, 5. Juli 1980. S. 3.
  - 11 Vgl. dazu „Modell Steiermark“, Bilanz und Programm. Graz 1986.
  - 12 Vgl. dazu Alexander KOZAK: Die regionalen Auswirkungen von neugeschaffenen Kurorten, gezeigt am Beispiel Bad Schönau, Bad Harbach und Loipersdorf. Phil. Dipl.-Arbeit. Wien 1984.
  - 13 Vgl. dazu „Modell Steiermark“. Bilanz und Programm. Graz 1986.
  - 14 Vgl. dazu Maria RANACHER: Die Außenpolitik der Steiermark. Rechtliche Bestandsaufnahme und Bewertung. Dipl.-Arbeit. Graz 1996. S. 69.
  - 15 Vgl. dazu Elisabeth WELZIG: Stoasteirisch ohne Ahnennachweis. In: profil, Nr. 11, 16. März 1981, S. 20–21. Neben den brisanten wirtschaftspolitischen Problemen hatte die steirische Delegation auch eine wechselseitige Öffnung im kulturell-wissenschaftlichen Bereich als Aufgabe.
  - 16 Vgl. dazu Martin ZGONC/Peter P. HABERTA: Oh du mein Österreich. Skandalland 1970–1988. Wien 1988. S. 302–303. 1972 gründete der nach Kanada ausgewanderte George Piller die Gesellschaft TKV, fand investitionsfreudige Steirer, die 4,5 Prozent der Anteile an der Gesellschaft erwarben, und kaufte zusammen mit kanadischen Anlegern um 4,5 Millionen einen veralteten Betrieb für Tierkörperverwertung im steirischen Mürztal. Das Land Steiermark konnte so beim Neubau einer Tierkörperverwertungsanlage sparen und subventionierte die TKV-Gesellschaft, damit Umweltschutzmaßnahmen errichtet werden konnten. Durch einen Unternehmensvertrag mit dem früheren Besitzer hatte sich das Land verpflichtet, jährlich 100.000 Schilling als Ausfallhaftung zu übernehmen. Außerdem wurden um 19,3 Millionen geförderte Investitionskredite bewilligt. Als sich die TKV-Gesellschafter von dem steirischen Betrieb trennten, wollten sie wegen der Millioneninvestitionen 65 Millionen dafür. Die steirische Agrargenossenschaft Agrosserta griff bald zu. Eine Verordnung vom 1. Jänner 1980 verhalf dem Kadaverbetrieb zu einer Monopolstellung und amtlich fixierten Tarifen und damit zu diesem hohen Verkaufspreis. Ein Untersuchungsausschuss beschäftigte sich mit der Rolle von Anton Peltzmann in dieser Angelegenheit. Franziska Peltzmann gestand schließlich ihre Fünfprozentbeteiligung an der Tierkörperverwertung. Vgl. dazu auch N.N., Steirische Apokalypse. In: profil, Nr. 33, 11. August 1980. S. 17–20.
  - 17 Dieter A. BINDER: Steirische oder Österreichische Volkspartei. In: Robert KRIECHBAUMER/Franz SCHAUSBERGER (Hrsg.): Volkspartei. Anspruch und Realität. Zur Geschichte der ÖVP seit 1945. Wien/Köln/Weimar. 1995. S. 559–600, hier S. 597.
  - 18 Vgl. dazu Gerhard HIRSCHMANN: Modell Steiermark. In: Andreas KHOL/Alfred STIRNEMANN (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1979. Wien 1980. S. 121–134. Siehe weiters das Buch Modell Steiermark für die 80er Jahre. Graz 1980.
  - 19 Vgl. dazu die Berichtsmappe zum 13. ordentlichen Landesparteitag, 15. November 1980.
  - 20 Vgl. dazu die Broschüre „Zuhause in der Bildung. Das Josef-Krainer-Haus. Bildungszentrum der ÖVP Steiermark. Graz 1980.
  - 21 Alfred ABLEITINGER: Politik in der Steiermark. In: Alfred ABLEITINGER/Dieter A. BINDER (Hrsg.): Steiermark. Die Überwindung der Peripherie. Wien/Köln/Weimar 2002. S. 1–125, hier S. 17.
  - 22 Die Gründer von „politicum“ waren Herwig Hösele, Ludwig Kapfer und Manfred Prisching. Vgl. dazu auch die Vorstellung der neuen Zeitschrift in der JVP-Zeitung „Orizont“, Nr. 62, März 1981. Fast zeitgleich wurde auch das „Wiener Journal“ von Jörg Mauthe ins Leben gerufen, um ein Gegengewicht zu den linken Zeitschriften „Zukunft“ und „Neues Forum“ zu etablieren. Vgl. auch das in der ersten Nummer veröffentlichte Selbstverständnis der Zeitschrift: politicum 1, Graz 1980. S. 1: „politicum versteht sich als Zeitschrift, die die offene Diskussion pflegt.“
  - 23 Vgl. dazu Herwig HÖSELE: Die Landtagswahlen in der Steiermark vom 4. Oktober 1981. In: Andreas KHOL/Alfred STIRNEMANN (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik. Wien 1981. S. 1–12. Detailliergegebnisse in: Amt der Steiermärkischen Landesregierung (Hrsg.): Die Landtagswahl in der Steiermark vom 4. Oktober 1981. Graz 1982.
  - 24 Vgl. Erwin ZANKEL: Um zwei Jahre vorverlegt: Wahlen schon am 4. Oktober. In: Kleine Zeitung, 23. Juni 1981, S. 2.



- 25 Vgl. dazu Archiv ORF Steiermark, TV-Porträt von LH Krainer und LHStv. Groß. Österreich-Bild vom 6. September 1981. 20 min. Vgl. dazu auch Erwin ZANKEL: Einige kleine Rempelen in ruhiger Steirer-Runde. In: Kleine Zeitung, 26. September 1981. S. 5.
- 26 Vgl. Fritz CSOKLICH/Günther KOGLER: Zuerst Arbeitsplätze – dann Wahltermin. In: Kleine Zeitung, 11. Juli 1981. S. 2–3. Als ein Grund wurde etwa der Wechsel der Verantwortungsträger der beiden Groß- und Regierungsparteien ohne vorhergehende Wahl angegeben. Zudem fand der größte Wechsel innerhalb der Landesregierung seit 1945 statt, in dessen Verlauf mehr als die Hälfte der Regierungsmitglieder ausgewechselt wurde. Weiters sollte ein lang andauernder Wahlkampf vermieden werden. Die ÖVP, die ihrer Tradition gerecht bleiben wollte, die Landtagswahlen eigenständig abzuhalten, beobachtete argwöhnisch groß angelegte Plakataktionen der SPÖ, die sehr früh einsetzten.
- 27 Vgl. dazu N. N.: Krainer sucht Legitimation. Wahlziel wieder 30 Mandate. In: Kleine Zeitung, 12. September 1981. S. 2.
- 28 Vgl. Erwin ZANKEL/Günther KOGLER: Krainer: Wieder 30 Mandate. Groß: 23 wären ein Erfolg. In: Kleine Zeitung, 24. Juni 1981.
- 29 Vgl. dazu Günther KOGLER: Morgenmenschen als Nachtarbeiter. In: Kleine Zeitung, 22. September 1981. S. 3–4.
- 30 Vgl. Ulrich STOCKER: Wahlauftakt mit SP-Strafexpedition. In: Kleine Zeitung, 14. Juni 1981. S. 4–5.
- 31 Erwin ZANKEL: Die steirische Breite umarmte alle und alles. In: Kleine Zeitung, 13. September 1981. S. 3. Kurt WIMMER: Josef Krainer. Vom Tristan bis zum Traubenkocher. In: Kleine Zeitung, 1. Oktober 1981. S. 4–5.
- 32 Fritz CSOKLICH: Die Strategie einer Wahl. In: Kleine Zeitung, 3. Oktober 1981. S. 3.
- 33 Vgl. Erwin ZANKEL: Der Film ist gerissen. In: Kleine Zeitung, 14. August 1981. S. 3. Weiters Rainer STRUNZ: Die Väter der Eumig-Pleite. In: Kleine Zeitung, 14. August 1981: S. 6–7. Erwin ZANKEL: Schicksal der Eumig ist besiegt. In: Kleine Zeitung, 19. August 1981: S. 4–5.
- 34 Vgl. dazu Archiv des ORF Steiermark. TV-Sendung Diskussion der steirischen Spitzenkandidaten zu den steirischen Landtagswahlen. Politik am Freitag vom 25. September 1981. Siehe weiters Österreichische Phonotheek. Landtagswahlen in der Steiermark vom 30. September bis 9. Oktober 1981. Signatur: Akz. 110327–1116446.
- 35 N. N., Krainer schaffte 30, Groß gewann Mandat. In: Kleine Zeitung, 5. Oktober 1981, S. 2–3.
- 36 Vgl. dazu Franz MERLI/Meinrad HANDSTANGER: Die Alternative Liste Graz als Erweiterung des kommunal-politischen Systems. In: Andreas KHOL/Günther OFNER/Alfred STIRNEMANN (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1983. Wien 1984. S. 295–318.
- 37 Vgl. dazu Helmut STROBL: Grazer Gemeinderatswahlen 1983. In: Andreas KHOL/Alfred STIRNEMANN (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1983. Wien 1984. S. 133–140.
- 38 Positiv-gestalterisch wirkte Götz vor allem in der Grazer Kommunalpolitik, wo er den Ausbau der Bürgerbeteiligung förderte. Nach seinem Ausscheiden aus der Politik wurde er 1983 zum Geschäftsführer des Steiermärkischen Technologiezentrums (TECHNOVA) bestellt und übte diese Tätigkeit bis 1993 aus. Ebenfalls 1983 wurde er zum Präsidenten der Grazer Messe International ernannt, eine Tätigkeit, die er auch bis 1993 ausübte.
- 39 Koren wurde vom 14. Landesparteitag zum Ehrenobmann der Steirischen Volkspartei gewählt.
- 40 Vgl. dazu die der Südost Tagespost beigelegte Broschüre zum 14. o. Landesparteitag am 19. November 1983 „Lebenswerte Steiermark“. Graz 1983.
- 41 Zu den Zahlen siehe die Broschüre zum 14. o. Landesparteitag am 19. November 1983 „Lebenswerte Steiermark“. Graz 1983.
- 42 Zu Jungwirth siehe das aktuelle Buch von Karpeter ELIS (Hrsg.): weißgrüne kulturfelder. Wien 2004.
- 43 Vgl. Archiv des ORF Steiermark: Wo der Koren war, da war's schön. Fernsehporträt über den steirischen Kulturpolitiker Hanns Koren 1995.
- 44 Vgl. Walter TANCSITS: Die Auseinandersetzung um Abfangjäger und die Stationierung des SAAB-Draken in Österreich: In: Andreas KHOL/Günther OFNER/Alfred STIRNEMANN (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1986. Wien 1987. S. 583–600. Weiters Karl BAUER: Das steirische Anti-Draken-Volksbegehren (1985–1987). Hartberg 1987. Österreichische Volkspartei/Landesparteileitung Steiermark (Hrsg.): Das steirische Anti-Draken-Volksbegehren von A bis Z. Graz 1985.
- 45 Zu Krainers Erinnerungen an den Konflikt vgl. TROST: Landesfürst (wie Anm. 9). S. 209–225.
- 46 Vgl. dazu Fritz PLASSER/Peter ULRAM: Das Jahr der Wechselwähler. Wahlen und Neustrukturierung des österreichischen Parteiensystems 1986. In: Andreas KHOL/Günther OFNER/Alfred STIRNEMANN (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1986. München/Wien 1987. S. 31–80.

- 47 Vgl. dazu Andreas KHOL: Die Kampagne gegen Kurt Waldheim. Internationale und nationale Hintergründe. In: Andreas KHOL/Günther OFNER/Alfred STIRNEMANN: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1986. München/Wien 1987. S. 97–116.
- 48 Zur Veränderung der Freiheitlichen siehe Alfred STIRNEMANN: Die Freiheitlichen. Abkehr vom Liberalismus? Zu einigen Aspekten der FPÖ unter Jörg Haider. In: Andreas KHOL/Günther OFNER/Alfred STIRNEMANN (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1986. Wien 1987. S. 165–201.
- 49 Vgl. dazu die kompakte Analyse von Peter BERMAN: Die steirischen Landtagswahlen vom 21. September 1986. In: Andreas KHOL/Günther OFNER/Alfred STIRNEMANN (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1986. Wien 1987. S. 81–96. Amt der Steiermärkischen Landesregierung (Hrsg.): Die Landtagwahl in der Steiermark vom 21. September 1986. Graz 1986.
- 50 1986 war das wahlintensivste Jahr in der Steiermark seit Bestehen der Zweiten Republik, denn zusätzlich zur Landtagswahl wurde noch die Landwirtschaftskammerwahl abgehalten.
- 51 Vgl. dazu Sonderausgabe der Information 24/86, zum 15. ordentlichen Landesparteitag. Graz 1986.
- 52 Vgl. dazu Aktion Grenzland. Steirisches Grenzlands Sonderprogramm 1985–1990. Graz 1985.
- 53 Ein Ausblick auf die kommenden fünf Jahre wurde mit der Broschüre „Modell Steiermark“, Bilanz und Programm. Graz 1986 ebenfalls gegeben.
- 54 Vgl. dazu auch Hubertus CZERNIN: Vranitzky ist ein guter Mann. In: profil Nr. 36, 1. September 1986, S. 14–15.
- 55 ABLEITINGER: Politik (wie Anm. 21). S. 17.
- 56 Vgl. dazu auch Joseph MARKO: Kommunale Reformpolitik in Graz. Entstehungsbedingungen alternativer Gruppen, in: Andreas KHOL/Günther OFNER/Alfred STIRNEMANN (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1983. Wien 1984. S. 277–294.
- 57 Vgl. dazu Fritz PLASSER/Peter A. ULRAM: Das Jahr der Wechselwähler. Wahlen und Neustrukturierung des österreichischen Parteiensystems 1986. In: Andreas KHOL/Günther OFNER/Alfred STIRNEMANN (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1985. Wien 1986. S. 31–80.
- 58 Vgl. dazu Fritz PLASSER/Franz SOMMER: Die Landtagswahlen 1989 und die Neustrukturierung regionaler Parteiensysteme. In: Andreas KHOL/Günther OFNER/Alfred STIRNEMANN (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1989. Wien/München 1990. S. 37–66.
- 59 Vgl. dazu Josef RIEGLER/Anton MOSER: Ökosoziale Marktwirtschaft. Denken und Handeln in Kreisläufen. Graz 1996.
- 60 Zu seiner Person vgl. etwa den Sammelband von Elisabeth WELZIG (Hrsg.): Erhard Busek. Ein Porträt. Wien/Köln/Weimar 1992.
- 61 Kurt WIMMER: Die Medien – das Neue hat eine Geschichte. In: Alfred ABLEITINGER/Dieter A. BINDER (Hrsg.): Steiermark. Die Überwindung der Peripherie. Wien/Köln/Weimar 2002. S. 665–703, hier S. 696.
- 62 Vgl. dazu Erwin ZANKEL: Das Parteivolk bestätigte den Kronprinzen. In: Kleine Zeitung, 17. September 1989. S. 6–7. Weiters Die Steirische, 21. September 1989.
- 63 In der Zeit nach Götz hatte die steirische FPÖ offensichtliche Identitätsprobleme. Sowohl die häufig wechselnde Parteispitze – zunächst war Turek Parteiohmann, dann Rader, dann wieder völlig überraschend und gegen den Willen Haiders Turek – als auch die Parteibasis rangen um ein klar erkennbares politisches Profil und gegen die sichtlich schwindende Aufmerksamkeit der Bevölkerung, obwohl Haider 1986 Bundesparteiobmann wurde und dieses Faktum der Partei eigentlich Auftrieb hätte geben sollen.
- 64 Vgl. dazu etwa BINDER: Steirische Volkspartei (wie Anm. 17). S. 599.
- 65 ABLEITINGER: Politik (wie Anm. 21). S. 18.
- 66 In den 1960er Jahren waren die verbalen „Wortgefechte“ zwischen Josef Krainer sen. und Alfred Schachner-Blazizek fast schon legendär.
- 67 Vgl. dazu etwa auch Stefan KARNER: Die Steiermark im 20. Jahrhundert. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft. Kultur. Graz/Wien/Köln 2000. S. 506–508.
- 68 Peter BERMAN: Die Steirischen Landtagswahlen vom 22. September 1991. In: Andreas KHOL/Günther OFNER/Alfred STIRNEMANN (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1991. Wien/München 1992. S. 63–82, hier S. 67.
- 69 Regierungserklärung von Landeshauptmann Dr. Josef Krainer am 18. Oktober 1991.
- 70 TROST: Landesfürst (wie Anm. 9). S. 299.
- 71 Zu seiner Person siehe Hans PUTZER: Erich Pörtl. Heimat, Herz und Hausverstand. Graz 2002.
- 72 Vgl. Erwin ZANKEL: Krainer: „Bin eine Art Ehrenpräsident“. In: Kleine Zeitung, 25. Oktober 1992. S. 8–9.
- 73 KARNER: Steiermark im 20. Jahrhundert (wie Anm. 67). S. 513.

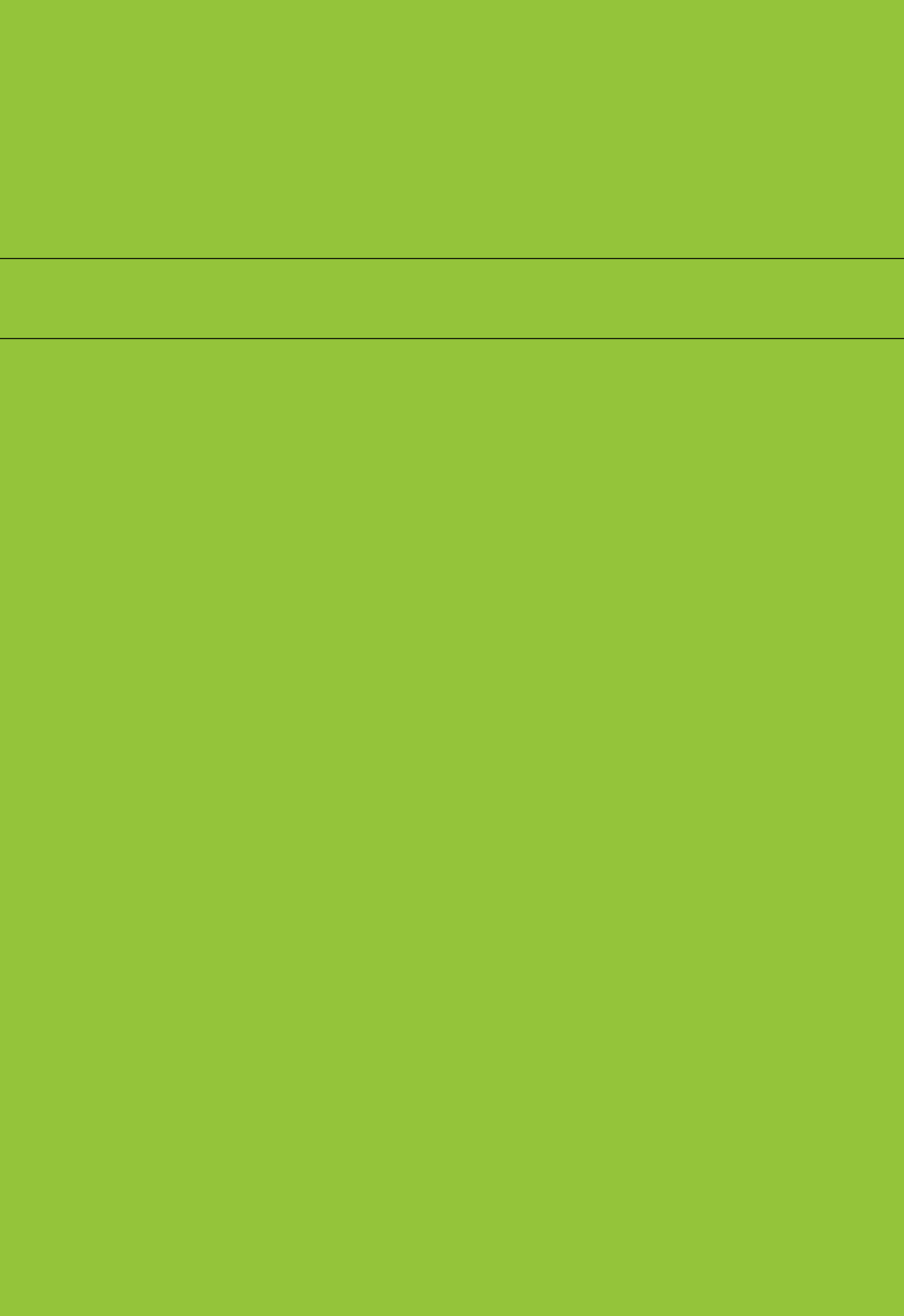
- 74 Vgl. dazu das neue Buch von Anita ZIEGERHOFER: Europäische Integrationsgeschichte. Unter besonderer Berücksichtigung des österreichischen Weges nach Brüssel. Innsbruck/Wien/München/Bozen 2004.
- 75 Karl PISA: Ideen für Österreich. 50 Jahre Österreichische Volkspartei. S. 100.
- 76 PISA: Ideen für Österreich. S. 101.
- 77 KARNER: Steiermark im 20. Jahrhundert (wie Anm. 67). S. 515.
- 78 Zu seiner Person siehe Peter PELINKA: Wolfgang Schüssel. Eine politische Biographie. Wien 2003.
- 79 Gedruckte Rede von Wolfgang Schüssel zum 30. Bundesparteitag der ÖVP. 22. April 1995 (= Heute und Morgen, Nr. 6/Mai 1995). S. 10.
- 80 Vgl. dazu Robert BUCHACHER: Der letzte Kaiser. In: profil, Nr. 40, 4. Dezember 1995. S. 50–53. Vgl. auch Krainers Sicht der Dinge, dargelegt in TROST: Landesfürst (wie Anm. 9). S. 320–349.

---

„60 Jahre Steirische Volkspartei“

---

## Bilddokumente und Faksimiles 1980–1995





Der neu gewählte Landeshauptmann Josef Krainer beim 13. Landesparteitag am 15. November 1980.



Plakat zur Landtagswahl 1981.



Die „Steirische Breite“ in der Karikatur.



In den 1980er Jahren wird die „Modellarbeit“ erfolgreich fortgesetzt.



Die erste Nummer der neuen Zeitschrift „politicum“ im Jahr 1980.



Der brillante Redner. Landeshauptmann Josef Krainer während einer seiner mitreißenden Reden zu Beginn der 1980er Jahre.



Politiker und Freunde zugleich: Der langjährige Bundeskanzler Deutschlands Helmut Kohl und Landeshauptmann Josef Krainer am Wolfgangsee.



Gute Beziehungen zu Südtirol waren immer ein Schwerpunkt steirischer „Außenpolitik“: V. l.: Rosemarie Krainer, Josef Krainer, Sofia Magnago und der langjährige Landeshauptmann von Südtirol Silvius Magnago.





1983 wird Hanns Koren zum Ehrenobmann gewählt. Waltraud Klasnic und Landeshauptmann Krainer applaudieren.



Die „jungen Wilden“: JVP-Obm. Reinhold Lopatka



Franz Hasiba wird 1983 Grazer Bürgermeister.



Die Spitzen der Volkspartei im Landtag 1986. V. l.: Josef Riegler, Franz Wegart, Waltraud Klasnic, Josef Krainer, Kurt Jungwirth, Helmut Heidinger, Franz Hasiba, Bernd Schilcher.



Zwei Landtagspräsidenten und zwei Freunde: Hanns Koren und Franz Feldgrill.



Josef Krainer – ein Landeshauptmann für alle Steirerinnen und Steirer.





Landeshauptmann Josef Krainer und Waltraud Klasnic während des Modell-Steiermark-Kongresses im Stephaniensaal am 4. Juli 1986.



Die Landtagswahl am 21. September 1986 hat einen klaren Sieger. ORF-Reporter Günther Ziesel im Interview mit Landeshauptmann Josef Krainer.



Der Konflikt um die Stationierung der Abfangjäger Mitte der 1980er Jahre. Candidus Cortolezis als Redner vor einem Modell eines abgestürzten „Drakens“.



Sicht vom Eingang des Landhauses auf das Redaktionsbüro der „Südost Tagespost“.



Der neue Vizekanzler und Bundesparteiobmann Josef Riegler, 1989.



Das neue Führungsteam der Volkspartei nach dem Landesparteitag 1992. Von links nach rechts: Josef Krainer, Martin Bartenstein, Ruth Feldgrill-Zankel, Gerhard Hirschmann, Ernst Höller, Ludwig Kapfer.



Behertzt die Stadt erneuern! Das Team der Grazer Volkspartei. V. l.: Helmut Strobl, Ruth Feldgrill-Zankel, Erich Edegger und Werner Stoisser.



Mit der Fortführung des „Modell Steiermark“ gehen die Volkspartei und Landeshauptmann Josef Krainer in die 1990er Jahre.



Die Landtagswahl vom 17. Dezember 1995 bringt der Volkspartei starke Verluste. Josef Krainer tritt als Landeshauptmann noch am Wahlabend zurück. Seine Nachfolgerin wird Waltraud Klasnic.

„60 Jahre Steirische Volkspartei“

---

## Die Ära Waltraud Klasnic





# Ein neuer politischer Stil auf dem Weg ins 21. Jahrhundert

Bernd Beutl

---

„Ich werde mich deshalb ganz besonders bemühen, da zu sein, für die Menschen in unserem Land angreifbar zu sein, offen zu sein für Ideen und Probleme, die Anliegen der Bevölkerung wirklich wahrzunehmen, heiße Eisen nicht wegzuschieben, sondern anzugreifen. Ich habe zu arbeiten gelernt, und ich arbeite gerne. Es geht mir um die Aufrichtigkeit, um Verständnis, Geduld, um Herz und um einen anderen Ton in der Politik. Wir wollen gemeinsam den Weg in die steirische Zukunft gehen.“

Waltraud Klasnic, Regierungserklärung, 23. Jänner 1996

## Prolog: Katharsis und Glücksfall

---

Am Beginn der „Ära Klasnic“ – und das Diktum trifft mittlerweile wohl zu – steht eine Zäsur, die von der Historiographie wie auch von politischen Kommentatoren als dramatisch beschrieben und von vielen Personen, Funktionären und Sympathisanten der Steirischen Volkspartei als Schock erlebt wurde: die steirische Landtagswahl vom 17. Dezember 1995. Der Verlust von ca. 67.000 Stimmen gegenüber dem Ergebnis bei der Landtagswahl 1991 und das Ergebnis von 36,25 % und 21 Mandaten – die SPÖ hatte bei Mandatsgleichstand nur 2.414 Stimmen weniger erreicht – bedeutete das Ende der Ära Dr. Josef Krainer, der noch am Wahlabend vor laufenden Kameras seinen Rücktritt erklärte.<sup>1</sup> Bereits am Nachmittag war die engste Führungsspitze in der Grazer Burg zu einer rasch einberufenen Krisensitzung zusammengekommen. Der Vorschlag Krainers, seinen geschäftsführenden Parteiobmann und Favoriten Gerhard Hirschmann als Nachfolger in Amt und Partei zu positionieren, wurde – einem politischen „Vermächtnis“ gleich – zwar von allen akzeptiert, doch die kommende Entwicklung lässt den Schluss zu, dass Hirschmann selbst – ob aus persönlichen und/oder strategischen Gründen – erhebliche Zweifel an dieser Entscheidung hegte. Einen Tag später, am 18. Dezember 1995, wurden im Josef-Krainer-Haus die Weichen in der Steirischen Volkspartei dann tatsächlich neu gestellt. Hirschmann informierte kurz vor Beginn des einberufenen Parteivorstandes Krainer davon, dass er nicht die Nachfolge antreten werde. An seiner Stelle solle vielmehr die bisher als Wirtschaftslandesrtin in der Regierung tätige Waltraud Klasnic nominiert werden, was Krainer akzeptierte.

Das Wahlergebnis im Parteivorstand war dann mehr als überzeugend, 27 Personen von 28 votierten für Waltraud Klasnic, eine neue Ära in der Geschichte der Steirischen Volkspartei war angebrochen.<sup>2</sup> Das notwendige Erreichen einer Mehrheit im Landtag für die tatsächliche Wahl zum Landeshauptmann sollte der Volkspartei dann doch einiges

abverlangen. In der Landesregierung standen vier VP-Regierungsmitglieder vier SP-Regierungsmitgliedern und einem freiheitlichen Landesrat gegenüber. Die Regierungsverhandlungen und die fixierte Zusammenarbeit mit der SPÖ und der FPÖ brachten eine neue Ressortverteilung. Die SPÖ erhielt das Kulturressort, was so etwas wie ein „Stilbruch“ in der bisherigen Tradition der Aufgabenverteilung war. Am 23. Jänner 1996 wurde Klasnic schließlich mit den Stimmen der Volkspartei, der FPÖ und des Liberalen Forums zum ersten weiblichen Landeshauptmann in Österreich gewählt.<sup>3</sup>

### Kurswechsel in der Landespolitik: vom Konflikt zu Konsens und Kooperation – die integrative Kraft des gelebten Miteinander und der Erfolg der Steiermark

---

In ihrer Regierungserklärung dokumentierte Klasnic denn auch die von ihr bis heute so authentisch propagierte und gelebte Auffassung von einer Politik des Miteinander, des Zuhörens und Helfens und der konstruktiven Zusammenarbeit über Parteigrenzen. Das „Unternehmen“ Steiermark sollte wie ein Familienbetrieb geführt werden, die Politik müsse daher mehr Bürgernähe zeigen und leben.<sup>4</sup> Auch die erstmalige Einführung der „Humanitas-Medaille“, die Verleihung einer Auszeichnung am Tag des Ehrenamts, am 19. November 1997 war ein Signum des neuen Stils. Die neue VP-Regierungsmannschaft hatte mit Gerhard Hirschmann und Erich Pörtl zwei bekannte und arrivierte Mitspieler, neu war der ehemalige Bürochef von LH Krainer, Wirtschaftslandesrat Herbert Paierl,<sup>5</sup> der Landtagsklub wurde weiter vom prononcierten Sozialpolitiker Hermann Schützenhöfer<sup>6</sup> geführt, als Landesgeschäftsführer fungierte weiterhin Reinhold Lopatka, Franz Hasiba wurde erneut zum Landtagspräsidenten gewählt.

Das Team der Steirischen Volkspartei war gut aufgestellt und trotz (oder gerade wegen?) der Wahlniederlage war die Aufbruchstimmung in der Partei vor allem aufgrund der neuen Führungspersönlichkeit deutlich spürbar.<sup>7</sup> Am 9. März 1996 übernahm Klasnic als logische Konsequenz auch den Parteivorsitz<sup>8</sup> und begann mit ihrem Team zügig, mit Fleiß und Tatkraft die ersten Projekte und Maßnahmen zu initiieren bzw. auf Schiene zu bringen. Um den wirtschaftspolitischen Standort Steiermark weiterhin zu stärken und durch konkrete Impulse gut zu positionieren, wurde so unter maßgeblicher Federführung der Volkspartei ein Doppelbudget für die Jahre 1996 und 1997 beschlossen, das eine Dokumentation des nachhaltigen Sparwillens mit gleichzeitig vernünftigen Investitionen war. Hinzu kam das Bekenntnis, die Arbeitnehmer in der Steiermark wesentlich zu fördern. In der Landesregierung waren die Jahre der Konflikte und Auseinandersetzungen zwar nicht gänzlich vorbei, doch Zusammenarbeit und Arbeitswille standen wieder weit öfter auf der Tagesordnung. Als erste nachhaltige Neuerung wurde die Wirtschaftsförderung des Landes reorganisiert, insbesondere die steirische Automobil- und Zuliefererindustrie wurde mit der „Cluster-Philosophie“<sup>9</sup> als übergreifendes Netzwerk zunächst im

Großraum Graz – später in der gesamten Steiermark – positioniert. Hinzu kamen noch der Holz- und Papier-Cluster, den man mit den Aushängeschildern Leykam-Sappi, Brigl & Bergmeister und Mayr-Melnhof verbindet, sowie der Mobilitätscluster (Simmering-Graz-Pauker) und ein Cluster Telekommunikation und EDV mit den Standorten Lebring und Kindberg.

Doch die Erfolge und der frische Wind zeigten sich auch auf anderen Gebieten der Wirtschaft: Insbesondere der Strukturwandel in der Obersteiermark mit der Umstellung von krisengeschüttelten Grundstoffproduzenten auf nunmehr Technologie und Dienstleistung ausgerichtete Unternehmen wurde mit beachtlichen Fortschritten vorangetrieben. Als Vorbote der positiven Entwicklung und demnach auch als Symbol kehrte 1997 die Formel 1 wieder zurück nach Spielberg bei Zeltweg auf den neuen A1-Ring, was die gesamte Region Aichfeld/Murboden belebte. 1997 wurde als weiterer Magnet im Sportbereich das Arnold-Schwarzenegger-Stadion in Graz-Liebenau eröffnet, ein Jahr später holte die Fußballmannschaft von Sturm Graz erstmals den österreichischen Meistertitel in die Steiermark. Im Tourismus konnten durch bewusst von Hirschmann propagierte und organisierte Großveranstaltungen und die Akzentuierung der steirischen „Wellness-Angebote“, etwa in den Thermenregionen, die Besucherzahlen gesteigert werden.<sup>10</sup> Der Wirtschaftboom der Steiermark war unübersehbar.<sup>11</sup>

In der Wissenschafts- bzw. Kulturpolitik engagierten sich sowohl das Land wie die Städte Graz und Kapfenberg in außerordentlichem Maße im neuen Fachhochschulsektor, Joanneum Research wurde und wird weiter ausgebaut, das wechsel- und gegenseitig blockierte Projekt des „Kunsthauses Graz“ wurde nun tatsächlich, wenn auch mit Verzögerungen, auf Schiene gebracht, die Landesausstellungen wurden unter Reduktion der traditionellen steirischen Spezifika mit neuen, postmodernen Inhalten präsentiert und so internationalisiert.<sup>12</sup> Nichtsdestotrotz hat die Analyse einen klaren Befund: Die Erstarrung der vorangegangenen Jahre war durchbrochen, die Steiermark auf gutem Kurs, die Volkspartei als die „Steiermarkpartei“ das Flaggschiff dieser erfolgreichen Politik.

#### Programmatische Neuausrichtung der Volkspartei – Themenführerschaft im Land

---

Auch die Parteiarbeit wurde forciert. Anfang 1996 erhielt die programmatische Neuausrichtung der Steirischen Volkspartei in Abstimmung auf diese Politik erste Konturen. Bereits im Mai wurde von Klasnic und Landesgeschäftsführer Reinhold Lopatka eine erste programmatische Schiene ins Leben gerufen, die „Perspektiven“, die gesellschaftliche wie wirtschaftspolitische Themen behandeln und konkrete Lösungsvorschläge erarbeiten sollte. Im VP-Landtagsklub wiederum waren ergänzend wie eigenständig mehrere Arbeitskreise eingerichtet worden. Im Juni konnte zudem eine erste Zwischenbilanz des noch

unter LH Krainer initiierten Projekts „FrauenLeben“ gezogen werden. Die zweite programmatische Denkwerkstätte war neu und doch bekannt, stand sie doch in der guten Tradition der „Modell-Steiermark-Programmarbeit“. Unter dem Titel „Aktion Vision“ präsentierten Hirschmann und der neue Geschäftsführer des „Modell Steiermark“, der Jurist und ehemalige JVP-Obmann Christopher Drexler, am 16. November 1996 die neue Zukunftsplattform. Das Jahr 1996 zeigte so bereits deutlich erkennbar den neuen Schwung, den die gesamte Partei erfasst hatte, in einem Satz: Die Steirische Volkspartei fasste wieder Tritt, der neue Stil des Miteinander hatte „voll eingeschlagen“<sup>13</sup>, wie die VP-Zeitung „Steirische Wochenpost“ vermelden konnte. Die sukzessiv steigende Popularität von Landeshauptmann Klasnic hatte eine Sogwirkung für die gesamte Steirische Volkspartei.

Am ersten Jahrestag der Wahl von Klasnic, am 23. Jänner 1997, wurde nun begonnen, die im Jahr 1996 gestarteten Vorarbeiten und Initiativen der „Perspektiven“ in konkrete Zukunftsprogramme einfließen zu lassen. Gestartet wurde bewusst mit „Frauen-Zukunft“, dem Programm für eine nachhaltige Frauenpolitik. Das Wirtschafts- und Infrastrukturprogramm „Schienen in die Zukunft“ sollte mit seinen Forderungen nachhaltig die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik der Steiermark beeinflussen. In dieser Reihe folgten zwischen 1997 und 1999 sechs weitere Arbeitsprogramme: das bildungs- und wissenschaftspolitische Programm „Zukunftschance Qualifikation“, das regional- und agrarpolitische Programm „Ländlicher Raum“, das Umwelt- und Naturschutzprogramm „Öko-Zukunft“, das sozial- und gesundheitspolitische Programm „Zukunft im Alter“, das demokratiepolitische Programm „Zukunft: Reform! Politik“ und das kulturpolitische Programm „Zukunft Kultur Politik“. Hinzu kamen 1998/99 weitere Arbeitsprogramme, die mit dem Titel „Mit der Kraft der Steiermark“ ediert wurden und Konzepte wie Lösungsvorschläge für die einzelnen Regionen der Steiermark zum Inhalt hatten. Am 8. Jänner 2000 wurde schließlich als Resultat der „Aktion Vision“ das umfangreiche Zukunftsprogramm „Modell Steiermark Vision“ mit dem Zukunftsforscher John Naisbitt an der Technischen Universität Graz präsentiert.<sup>14</sup>

Der Arbeitseifer und die neue „Philosophie“ des ebenso hart wie professionell arbeitenden VP-Teams in Regierung, Landtagsklub und Parteizentrale konnte nahtlos in die gesamte Parteioorganisation und die Teilorganisationen transportiert werden. Das Räderwerk der Volkspartei lief auf Hochtouren. Parallel dazu stieg das Ansehen von Landeshauptmann Klasnic durch ihre Authentizität und ihre Allgegenwart bei den Menschen seit ihrem Regierungsantritt kontinuierlich – und das nicht nur in der Volkspartei, sondern in der gesamten Bevölkerung. Die Tragödie des Grubenunglücks von Lassing im Bezirk Liezen im Juli 1998 war retrospektiv gesehen der Take-off auf dem Weg zum Erfolg. Das Nichtvorhandensein einer adäquaten Reaktion der politischen Mitbewerber und das im Gegenzug rasche wie einfühlsame Krisenmanagement von Klasnic, die sofort vor Ort unbürokratisch Hilfe zusagte und auch leistete, hinterließen in der öffentlichen wie auch in der veröffentlichten Meinung deutliche Spuren.<sup>15</sup>

Ein markantes Zeichen der Umsetzung des neuen Stils von Klasnic und ihrem Team war der mit Beginn ihrer Amtszeit immer mittwochs abgehaltene „Bürgertag“, an dem alle VP-Regierungsmitglieder sowie der Klubobmann jeweils einen Bezirk besuchten. Sprechertage, Betriebsbesuche und Diskussionen standen auf der Tagesordnung, die Volkspartei war „draußen“, war bei den Menschen, zeigte Bürgernähe. Die Aktion „Bürgertag“ wurde so bis ins Jahr 2000 beibehalten, danach unter einer anderen Bezeichnung und mit einer anderen Ausrichtung prolongiert. Um einen bestimmten Teil der Kommunikation und der Organisation der Partei zu optimieren, wurde begonnen, die „Städteplattform“ einzurichten, die konkrete Hilfestellungen für die VP-Stadtverantwortlichen anbot. Auf dem Medien-sektor wurde das „Stadtzeitungsprojekt“ eingerichtet, die mediale Präsenz der Volkspartei war somit flächendeckend und regelmäßig, die Publikationen konnten im Verbund agieren. Bereits seit 1997 arbeitete das Wahlkampfteam unter Lopatka in Kooperation mit einer Werbeagentur zwei detaillierte Konzepte aus. Doch bevor eines davon zum Einsatz kommen sollte, sollte sich die ganze Aufmerksamkeit der Bundespolitik zuwenden.

### Machtwechsel und Wende in Österreich – Nationalratswahl am 3. Oktober 1999 und die erste ÖVP-FPÖ-Koalition am 4. Februar 2000

---

Die mit dem sukzessiven wie schubartigen Anwachsen der FPÖ in den 1990er Jahren einhergehende Veränderung der politischen Landschaft in Österreich wie partiell auch in der Steiermark sollte am Jahreswechsel 1999/2000 ihren stringenten Höhepunkt erreichen. Das Ergebnis der Nationalratswahl vom 3. Oktober 1999 brachte als Resultat drei annähernd gleich starke Parteien. Die SPÖ hatte massiv verloren und konnte nur noch 65 Mandate erreichen, die ÖVP war nur denkbar knapp (um etwa 400 Stimmen) hinter die FPÖ auf den dritten Rang zurückgefallen, beide Parteien hatten 52 Mandate. Während die Grünen fünf Mandate gewinnen konnten, blieb das Liberale Forum unter den Erwartungen und war nicht mehr im Nationalrat vertreten. Die Partei um Heide Schmidt sollte sich bald danach auflösen und letztlich eine Episode in der österreichischen Parteiengeschichte bleiben.

In der Steiermark verlor die SPÖ 5,6 % der Stimmen, die Volkspartei 2,7 %, auch hier war sie hinter dem Wahlsieger FPÖ nur mehr drittstärkste Kraft: Dies evozierte innerparteiliche Diskussionen und Kritik, nicht zuletzt deswegen, weil der „VP-Aderlass“<sup>16</sup> nun schon seit 1987 nicht gestoppt werden konnte und die undankbare Rolle des Juniorpartners in der Koalition mit der SPÖ von zahlreichen Funktionären und Mandataren hinterfragt wurde. Die kritische Linie der Steirischen Volkspartei an der erstarrten großen Koali-

tion im Bund war daher verständlich und verbunden mit einer Rückbesinnung auf die „steirische Eigenständigkeit“. In einer Resolution durch den Landespartei Vorstand wurde beschlossen, sich vom Stil der bisherigen SPÖ-ÖVP-Koalition im Bund abzusetzen und für die politische Erneuerung einzutreten.<sup>17</sup> Die von der Öffentlichkeit mit Spannung verfolgten Sondierungs- und Verhandlungsgespräche zur Bildung einer neuen Bundesregierung zwischen den Parteien waren schleppend, undurchsichtig und ließen erahnen, dass eine größere politische Wende im Raum stehen könnte. Tatsächlich war „alles möglich, aber nix fix“. Einzig eine Koalition SPÖ-FPÖ war von den Sozialdemokraten dezidiert ausgeschlossen worden. Zunächst verhandelten SPÖ und ÖVP zur Fortsetzung der bestehenden Koalition. Eine Einigung im Jänner 2000 schien zum Greifen nahe, scheiterte jedoch an der fehlenden Unterstützung der Gewerkschaften zum verhandelten Sozial- und Pensionspaket,<sup>18</sup> was bei der SPÖ und Bundeskanzler Klima Resignation auslöste. In einer Kehrtwendung starteten die Gespräche zwischen ÖVP und FPÖ, die – für viele überraschend – rasch und positiv abgeschlossen wurden. Nach einer gemeinsamen Pressekonferenz der beiden Parteichefs, Schüssel und Haider, war die Zusammenarbeit und damit die erste ÖVP-FPÖ-Koalition der Zweiten Republik beschlossene Sache. Am 4. Februar 2000 wurde die neue österreichische Bundesregierung mit Wolfgang Schüssel als Bundeskanzler und Susanne Riess-Passer als Vizekanzlerin von Bundespräsident Thomas Klestil angelobt, die Atmosphäre während des Ernennungsaktes und die massiven Demonstrationen davor hinterließen Irritationen und einen Hauch an Verunsicherung<sup>19</sup>, Diese sollte noch erhöht werden durch die kurzfristig und offensichtlich nicht durchdachten beschlossenen bilateralen Sanktionen der übrigen 14 EU-Staaten gegen die neue Bundesregierung und damit auch gegen Österreich. Die rechtlich bedenklichen Sanktionen richteten sich gegen die Regierungsbeteiligung der FPÖ. Um einen Ausweg aus dem künstlichen Konflikt zu finden, wurde eine Kommission der drei Weisen – drei anerkannte Persönlichkeiten – eingesetzt, die einen Bericht über Österreich im Allgemeinen und über die FPÖ im Speziellen erstellte. Auf Grundlage dieses Berichts wurden die Sanktionen<sup>20</sup> schließlich am 12. September 2000 aufgehoben, das Stimmungsbild hatte sich derweilen zugunsten der ÖVP verändert, die in ihrer gewohnten Rolle als staatstragende und für Österreich auftretende Partei punkten konnte. Die FPÖ hatte aufgrund von Koordinierungsproblemen und erkennbaren Defiziten in der neuen Rolle als Regierungspartner Einbußen im Meinungsbild der Bevölkerung erlitten, die SPÖ war mit der für sie ungewohnten Rolle der Opposition überfordert, kurzum es war „Schüssels Jahr“, wie ein angesehener politischer Kommentator befand.<sup>21</sup>

---

#### Landtagswahl am 15. Oktober 2000 – Erdrutschsieg für die Steirische Volkspartei

Auch in der Steiermark wurde der politische Paradigmenwechsel begrüßt. In einer einstimmig beschlossenen Erklärung des Landespartei Vorstandes am 7. Februar 2000

bekräftigte die Steirische Volkspartei ihre Unterstützung für den neuen Kurs der Bundes-ÖVP.<sup>22</sup> Derweilen waren die strategischen Konzepte, taktischen Maßnahmen und werbe-technischen Initiativen für die beiden anstehenden Wahlgänge in der Steiermark in Umsetzung bzw. in vollem Gange. Ein erster Gradmesser waren die Gemeinderatswahlen am 19. März 2000. Die überaus erfreulichen Ergebnisse – die Volkspartei gewann erstmals seit 25 Jahren bei Gemeinderatswahlen wieder dazu (mit Gewinnen in 80 % der Städte!) und konnte den Abstand zu SPÖ und FPÖ ausbauen – zeigten vor allem eines: Der in den letzten Jahren unaufhörliche Aufwärtstrend der FPÖ war an seinem Zenit angelangt, ja gestoppt. Das ließ einiges erahnen und wirkte für die Funktionäre der Volkspartei wie ein Turboeffekt. Die Berufung des steirischen FPÖ-Landesobmannes Michael Schmid in die Bundesregierung und die daran anschließenden innerparteilichen Turbulenzen bei den steirischen Freiheitlichen verstärkten diesen Trend noch zusätzlich. Auf dem 19. ordentlichen Landesparteitag der Steirischen Volkspartei am 24. Juni 2000 wurde sichtbar, dass die Funktionäre, Mandatäre und alle Teilorganisationen geschlossen hinter Klasnic und ihrem Team standen. Die prononcierte Präsentation als „Steiermarkpartei“ war nicht nur Motto, sondern Programm.<sup>23</sup> In ihrem Referat betonte Klasnic dann auch die Formel, die Arbeitsprogramm, Auftrag und Gesinnung in einem war: „Für die Steiermark Partei ergreifen!“

Nach diesem so wichtigen Parteitag ging die Volkspartei gestärkt in die entscheidende Phase der Vorbereitungen für die Landtagswahl. Die von Landesgeschäftsführer Lopatka minutiös und effizient geplante Wahlwerbung<sup>24</sup> (in Abstimmung mit der Führungsspitze der Partei) sah in ihrer Umsetzung als Ziel vor, neben einem professionell aufgezogenen Medienwahlkampf den persönlichen Kontakt mit den Menschen zu forcieren.<sup>25</sup> Insgesamt 18.000 Mitarbeiter, das so genannte „team Klasnic“, waren mit großem Engagement in den Gemeinden, Städten und Bezirken unterwegs.<sup>26</sup> Im Zentrum des VP-Wahlkampfes standen natürlich die Person Klasnic<sup>27</sup> und die – schon aus den „Krainerwahlen“ bekannte – Hervorhebung der eigenständigen landespolitischen Entscheidung. Gerade die politischen Mitbewerber, SPÖ, FPÖ und Grüne, setzten verstärkt auf bundespolitische Themen, SPÖ-Spitzenkandidat Peter Schachner-Blazizek zeigte auf Plakaten der Bundesregierung gar die „rote Karte“,<sup>28</sup> getroffen werden sollte damit natürlich Klasnic selbst. Die im August 2000 veröffentlichten Umfragen zeigten die Volkspartei jedenfalls in Führung, das tatsächliche Ergebnis wurde von der Meinungsforschung – wie so oft! – verfehlt.

Die Landtagswahl vom 15. Oktober 2000<sup>29</sup> wurde dann tatsächlich zum historischen Ereignis für Waltraud Klasnic und die Steirische Volkspartei.<sup>30</sup> Die Resultate waren eindeutig: Die ÖVP konnte – im Vergleich zu 1995 – den minimalen Abstand von 2.414 Stimmen zur zweitstärksten Partei, der SPÖ, auf 99.836 Stimmen ausbauen und sechs Mandate gewinnen, während die politischen Konkurrenten durchwegs Verluste hinnehmen mussten: die SPÖ verlor zwei Sitze, die Freiheitlichen gar drei, das Liberale Forum schaffte es



nicht mehr in den Landtag, die KPÖ konnte kleine Zuwächse verzeichnen, einzig die Grünen konnten ein Mandat gewinnen. Mit einem bis zu diesem Zeitpunkt einzigartigen Gewinn von 11,10 Prozent erhielt die Steirische Volkspartei 47,29 % Stimmenanteil, die steirische SPÖ sackte auf 32,2 % ab, die Freiheitlichen kamen auf 12,4 %, die Grünen auf 5,6 %. In der Verteilung der Mandate wurde die Mehrheit von der Volkspartei knapp verfehlt, es stand nun: ÖVP 27, SPÖ 19, FPÖ 7, Grüne 3. Aber in der Landesregierung hatte die ÖVP wieder die Mehrheit, fortan hieß es 5 : 3 : 1, kurzum: „Klasnic hat die Verhältnisse wiederhergestellt, die zwischen 1957 und 1991 herrschten.“<sup>31</sup> Erstmals seit 1945 hatte die SPÖ nur drei Regierungsmitglieder. Gleichzeitig war die steirische Landtagswahl die erste schwere Niederlage für die FPÖ unter Bundesparteiobmann Haider, dessen Strahlkraft zu verblasen begann. Waltraud Klasnic war nach diesem fulminanten Triumph tatsächlich so etwas wie der neue Star der ÖVP.<sup>32</sup>

#### Die Fortsetzung der erfolgreichen Politik, der Umbau in Partei und Regierungsteam und die Bestätigung des politischen Trends – 2001–2003

---

Der Erfolg bei der Landtagswahl kam der Volkspartei gerade recht. In ihrer zweiten Regierungserklärung am 7. November 2000 (Motto: „Miteinander weiterarbeiten“) legte Klasnic erneut ein Bekenntnis zu Konsens und gemeinsamer Arbeit ab.

Gezielt konnten nun Projekte in Land und Partei in Angriff genommen werden, die seit längerem – besonders aber seit 1995 – geplant und notwendig waren bzw. wurden. Zuvor kam es jedoch zu entscheidenden Personalrochaden und Neubesetzungen. Die Regierungsverhandlungen mit SPÖ und FPÖ waren abgeschlossen worden und Ausdruck davon, dass die Volkspartei, dem Wahlergebnis entsprechend, verstärkt die Hauptverantwortung für die Steiermark übernahm. Das Finanzressort wurde an Paierl übertragen, die Kultur wechselte nach dem SPÖ-Intermezzo von 1996 bis 2000 wieder zurück zur ÖVP und wurde von Hirschmann geleitet. Neu im VP-Regierungsteam war Schützenhöfer, der das Personalreferat, die Wohnbauförderung und die Jugendagenden übernahm. Landesgeschäftsführer und Wahlkampfleiter Lopatka wurde von Klasnic zum neuen Klubobmann der VP-Fraktion im Landtag vorgeschlagen, seine Wahl nur Formsache. Neuer Landtagspräsident wurde Reinhold Purr. Durch den Wechsel von Lopatka war die arbeitsintensive und für die Parteiarbeit entscheidende Position bzw. Funktion des Landesgeschäftsführers vakant. Klasnics Wahl fiel schließlich – für viele überraschend – auf den politischen Quer-einsteiger, Theologen und Verleger Andreas Schnider, der offiziell am 1. März 2001 seinen „Dienst“ am Karmeliterplatz antrat. Damit war der Umbau der Führungsspitze der Steirischen Volkspartei eingeleitet, in den kommenden Jahren war manche Neubesetzung beabsichtigt, so manche aber auch eine notwendige Reaktion auf plötzlich eintretende politische Dringlichkeiten.

Eine noch im Jahr 2000 getroffene Entscheidung war, das Josef-Krainer-Haus aus dem Parteieigentum abzustoßen, um damit die finanzielle Situation weiter zu entspannen. Damit verlor die Volkspartei – zumindest symbolisch! – ihr Bildungszentrum, das seit 1972 ein Fixpunkt des innerparteilichen wie allgemeinen intellektuellen Diskurses und zudem unentbehrlich für die Schulungsarbeit der Funktionäre gewesen war. Eine wesentliche Aufgabe bzw. Herausforderung, insbesondere für Schnider, war es nun, das barocke Juwel Karmeliterplatz 6 zu einer modernen Parteizentrale umzubauen und so die Funktion(en) des Krainer-Hauses umzuleiten bzw. das vormalige Leistungsangebot nun örtlich neu am Karmeliterplatz 6 anzubieten.<sup>33</sup> Gleichzeitig wurde die Bildungsarbeit der Partei dezentralisiert. Die bereits unter Lopatka begonnene Modernisierung der Partei und die damit einhergehende Heranführung der Mandatäre/Funktionäre an die neuen Medien (verstärkte Computernutzung, Internet-, SMS- und E-Mail-Dienste, Handy) wurde mit dem Engagement von Schnider nicht nur fortgesetzt, sondern nun geradezu perfektioniert. Die virtuelle Begleitung der Mandatäre durch Schnider und sein Team wurde noch durch den in der IT-Branche üblichen und ständigen Schub beschleunigt, was eine grundlegende Veränderung der politischen Arbeit mit sich brachte.<sup>34</sup> Der Terminus „Netzwerk“ war nun nicht mehr singulär politisch zu verstehen.

Die neue Linie wurde zudem durch die Publikationen der Partei sichtbar: Das seit 1980 erscheinende Leitmedium des Krainer-Hauses, das „politicum“, blieb erhalten, erhielt jedoch formell einen neuen Herausgeber<sup>35</sup> und ein abgeschlanktes und elegantes Layout. Auch die seit 1988 bestehende und wöchentlich erscheinende VP-Parteizeitung „Die Steirische Wochenpost“ war in einer zweimonatigen Umbauphase neu strukturiert und gestaltet worden.<sup>36</sup> Mit der Ausgabe Nr. 39 vom 13. Oktober 2001 wurde das Blatt nun als „Die Steirische“ mit einem neuen Erscheinungsbild präsentiert.<sup>37</sup> Eine Novität war hingegen das ebenfalls 2001 zum ersten Mal präsentierte „Steirische Jahrbuch für Politik“, das Jahr für Jahr das politische Geschehen der Steiermark analysierte bzw. kommentierte und in Aufbau und Anspruch eine Anlehnung an das in Wien erscheinende Österreichische Jahrbuch der Politischen Akademie war.<sup>38</sup>

In der Landesregierung war die Zusammenarbeit auch im Jahr 2001 nach wie vor auf Konsens ausgerichtet, die neuen Mehrheitsverhältnisse ließen keinen Zweifel darüber, wer die Marschroute vorgab. Und es war die Volkspartei, die mit großem Elan die drängenden Aufgabenstellungen in Angriff nahm und so die Weichen für die Zukunft stellte. Die Zusammenarbeit und das gute Klima zwischen den in der Landesregierung tätigen Parteien wurde dadurch belegt, dass mehr als 97 Prozent aller Regierungsbeschlüsse einstimmig gefasst wurden. Der positive wirtschaftliche Trend in der Steiermark hielt an, die wirtschaftlichen Daten der Steiermark lagen weit über dem Österreichdurchschnitt, die Jahresbilanzen von LH Klasnic und ihren Landesräten konnte sich daher sehen lassen.<sup>39</sup> Analog zum Budgetkurs der neuen Bundesregierung wurde der Slogan „Keine neuen Schulden“ ausgegeben und die Budgetpolitik des Landes danach ausgerichtet. Zugleich

wurden die Sozial- und Gesundheitsbudgets sowie die Investitionen in die Infrastruktur des Tourismus erhöht und die „Kulturhauptstadt-Projekte“, wie die geplanten Bauten, vorangetrieben bzw. der Ausbau der Kinder- und Familienförderung forciert.<sup>40</sup>

Zu Beginn des Jahres 2002 präsentierte die Steirische Volkspartei dann konzertiert ihre Arbeitsvorhaben. Klasnic machte den Anfang und setzte am 4. Jänner mit ihrem Regierungsjahresprogramm „Zukunftsverantwortung“ neue Maßstäbe: Arbeit schaffen, Kind(er)leben, Gesundheit, die neue Zukunftsregion (die Partnerschaft mit den europäischen Nachbarregionen) und die Fortführung des Budgetkurses waren die wichtigsten Themen. Die Arbeitsprogramme und Konzepte des Landtagsklubs<sup>41</sup> und der Landesräte folgten und waren akkordiert. Landesgeschäftsführer Schnider wiederum startete Mitte Februar die Initiativen „Mittelpunkt Mensch“, ein Impuls zur Stärkung der infrastrukturellen Maßnahmen in den Regionen, und die bereits 2001 konzipierte und begonnene Denkwerkstatt „Vor Ort am Wort“, die bewusst an Modelle und die VP-Tradition der aktiven Bürgerpartizipation anknüpfte und so die Bevölkerung aufforderte bzw. animierte, durch eigene Ideen und Tätigkeiten aktiv an der Gestaltung des Landes mitzuarbeiten.<sup>42</sup>

Währenddessen war die zweitstärkste Partei damit beschäftigt, sich neu zu ordnen und ihre Parteikrise zu beenden. Am 2. März 2002 vollzog die SPÖ, die nach der Wahlniederlage noch immer unter Schock stand, den längst fälligen Wechsel an der Parteispitze. Auf Peter Schachner-Blazizek folgte der ehemalige Sportler und „Quereinsteiger“ Franz Voves, der zunächst keine klare Linie erkennen ließ, die Politik und „Philosophie“ der Zusammenarbeit begrüßte und sichtbare Probleme beim Ein- und Umstieg in die Politik hatte.<sup>43</sup> Erste Querelen zeigten sich dann auch bei der Erstellung des Budgets für das Jahr 2003. Nach langen Verhandlungen in der Landesregierung konnte es im Mai erstmals seit 1999 wieder einstimmig beschlossen werden. Die Hausaufgaben waren gemacht und die Parteien gingen in die Sommerpause, die mit einer Naturkatastrophe einerseits und einem politischen Knalleffekt andererseits abrupt enden sollte.

Das Hochwasser des Sommers 2002 und die Zerstörungen in weiten Teilen Österreichs hatten retrospektiv betrachtet auch indirekte politische Folgen. Die von der Bundesregierung für das Jahr 2003 avisierte Steuerreform wurde auf Eis gelegt und eine Soforthilfe für die Flutopfer im Ausmaß von einer Milliarde Euro beschlossen. Die sich über das Frühjahr und den Sommer hinziehenden Turbulenzen und Richtungskämpfe in der FPÖ entluden sich vordergründig an dieser Entscheidung. Tatsächlich war es ein Machtkampf und die Auseinandersetzung um eine Rückkehr Haider an die Parteispitze, der eine Änderung der Regierungspolitik der FPÖ postulierte. Die durch Haider angestachelte innerparteiliche Opposition zeigte, dass die FPÖ mittlerweile in zwei Lager gespalten war. Die Ereignisse einer Parteitagung in Knittelfeld, bei denen weite Teile der Freiheitlichen Vizekanzlerin Riess-Passer die Gefolgschaft mehr oder minder offen aufkündigten, führten am 8. September 2002 zu ihrem Rücktritt sowie zu den Rücktritten von Finanzminister Grassler und

von Klubobmann Westenthaler. Als logische und notwendige Konsequenz verkündete Bundeskanzler Schüssel Neuwahlen, um für klare Verhältnisse zu sorgen. Als Wahltag wurde der 24. November festgelegt. Die Steirische Volkspartei war darauf vorbereitet, Lopatka wurde zudem nach Wien gerufen, um den Wahlkampf und die Kampagne für Schüssel und die ÖVP zu leiten.

Dem diffusen und mitunter absurden Erscheinungsbild, das die zerstrittene FPÖ und ihre wechselnden Spitzenkandidaten im Wahlkampf boten, und den nicht Tritt fassenden Oppositionsparteien SPÖ und Grüne stand eine professionell durchgeführte Kampagne der ÖVP gegenüber, die mit klaren Botschaften und geschickten Schachzügen punkten konnte.<sup>44</sup> Ein von Landesgeschäftsführer Schnider und der Steirischen Volkspartei perfekt organisierter Kanzlertag am 11. November wurde für Schüssel zu einem Schlüsselerlebnis der ganz besonderen Art: Zwei Wochen vor der Entscheidung zeigten 11.000 Anhänger, die in die neue Grazer Stadthalle gekommen waren, wie groß das Vertrauen in die ÖVP war bzw. wie gut die Mobilisierung der Partei funktionierte.<sup>45</sup> Hinzu kam noch der fliegende Wechsel des in der Bevölkerung populären Finanzministers Grasser von den Freiheitlichen zur ÖVP, der das Angebot von Bundeskanzler Schüssel am 17. November angenommen hatte. Damit wurde ein deutliches Signal an enttäuschte freiheitliche Wähler gesetzt. Noch knapp vor der Wahl sah die Meinungsforschung ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen ÖVP und SPÖ, aber am 24. November 2002 war dann wieder einmal alles anders. Die Volkspartei konnte einen Wahltriumph von historischen Dimensionen feiern. Der Rekordgewinn von 15,37 Prozent (833.159 Stimmen!) ergab insgesamt einen Stimmenanteil von 42,27 Prozent, den Sprung von Platz 3 auf Platz 1 und das Anwachsen von 52 auf 79 Mandate.<sup>46</sup> Damit war die Volkspartei erstmals seit 1966 wieder stärkste politische Kraft in Österreich. In der Steiermark stand der Zuwachs gar mit 17,74 Prozent zu Buche.<sup>47</sup> Die erneut langwierigen, aber diesmal unter völlig anderen Voraussetzungen begonnenen Regierungsverhandlungen brachten nach einer möglichen Option einer Zusammenarbeit zwischen ÖVP und den Grünen dann doch wieder die Neuauflage der ÖVP-FPÖ-Koalition mit Bundeskanzler Schüssel und Vizekanzler Herbert Haupt.

In der Steiermark war es mit den historischen Wahlergebnissen aber noch nicht vorbei. Die konsequente und gute Arbeit der Grazer Volkspartei und ihres Spitzenkandidaten Siegfried Nagl sollte belohnt werden. Nach der phantastischen Eröffnung des für Graz und die Steiermark so wichtigen „Kulturhauptstadtjahres“, für das Bürgermeister Alfred Stingl und vor allem auch der langjährige VP-Kulturstadtrat Helmut Strobl so ausdauernd und leidenschaftlich gearbeitet hatten, stand die Grazer Gemeinderatswahl vor der Tür.<sup>48</sup> Am 26. Jänner 2003 sollte sich auch in der steirischen Landeshauptstadt der politische Trend fortsetzen oder anders formuliert: „Die politische Großwetterlage war (...) von Kopf bis Fuß auf ÖVP eingestellt.“<sup>49</sup> Tatsächlich war das Ergebnis für Nagl<sup>50</sup> und die Grazer Volkspartei ein überwältigender Sieg: ein Zuwachs von 23,2 Prozent auf 36,12 Prozent Stimmenanteil, ein Zugewinn von 8 Mandaten – und analog zur Nationalratswahl der

Sprung von Platz 3 auf Platz 1. Die Volkspartei war damit erstmals seit 1945 stärkste politische Fraktion in Graz und konnte erstmals den Bürgermeister für eine gesamte Legislaturperiode stellen.<sup>51</sup>

## Irritationen, Neustart und Aufbruch – 2003–2005

---

Nach dem verheißungsvollen Beginn des Jahres 2003 (Sieg der Grazer Volkspartei und Wahl von Siegfried Nagl zum Bürgermeister) stand die VP-Führungsspitze vor neuerlichen Umbesetzungen bzw. Karrieresprüngen. Lopatka, der in kurzer Zeit zwei Wahlgänge als Wahlkampfmanager äußerst erfolgreich geleitet hatte, wechselte nach Wien. Auf Wunsch von Bundeskanzler Schüssel wurde er am 28. Februar als erster Steirer zum Generalsekretär der ÖVP bestellt, am 5./6. März wechselte er vom Steiermärkischen Landtag in den Nationalrat. Sein Nachfolger als Klubobmann der VP-Landtagsfraktion wurde der Jurist Christopher Drexler, der sich bald durch seine unkonventionellen Ideen einen Namen machte. Doch auch anderes muss berichtet werden.

Gerhard Hirschmann war Anfang April nach fast 23 Jahren in der Politik von der Regierungsbank in den Vorstand des Landesenergieversorgers Energie Steiermark Holding AG gewechselt,<sup>52</sup> seine Nachfolgerin als Landesrätin wurde die ehemalige Büroleiterin von Klasnic, Kristina Edlinger-Ploder. Am 30. September verließ schließlich Erich Pörtl das VP-Regierungsteam, dem er seit dem 18. Oktober 1991 angehört hatte, sein Nachfolger als Agrarlandesrat wurde Hans Seitinger. Die Wechsel waren gut vorbereitet, deutlich zeigte sich, dass Klasnic bestrebt war, Personen ihres Vertrauens in Schlüsselpositionen einzusetzen und so auch gleichzeitig den Prozess der Verjüngung der Parteispitze zu beschleunigen. Bereits im Sommer 2003 aber begannen die öffentlichen Auseinandersetzungen um die EStAG, die die Landespolitik und die Steirische Volkspartei schwer belasteten.

Erfreulicher war da schon die Eröffnung der neu strukturierten und vorbildlich sanierten VP-Parteizentrale K6 am 15. Oktober 2003. Mit dem modernen Tagungszentrum im 2. Stock und einer neuen Form bzw. Möglichkeit der Begegnung durch eine im Haus geschaffene Event-Zone signalisierte man Offenheit und handelte auch danach. Ebenfalls unkonventionell agierte Schnider (mitunter gegen die Bundespartei), der – auf Basis der Ergebnisse der Bildungsstammtische – mit seinen Ideen und Vorstößen zur Ganztags- und Gesamtschule im Sommer 2003 eine österreichweite Bildungsdebatte in Gang brachte. Schnider und Bildungslandesrätin Edlinger-Ploder urgieren neue Modelle der Pädagogik. Mit dem PISA-Bericht und der Neuausrichtung der Bildungspolitik 2004/2005 war ein Paradigmenwechsel der österreichischen Bildungspolitik zumindest möglich. Die „jungen Wilden“ – zu denen auch Christopher Drexler zu zählen ist – gaben der Volkspartei den liberalen Touch, für den in der Partei seit jeher Platz war, und manifestierten so die Offenheit der Partei.<sup>53</sup>

Das die Partei beherrschende Thema war jedoch ein anderes. Zu Beginn des Jahres 2004 eskalierte der Konflikt um die EStAG endgültig: der Aufsichtsrat „feuerte überraschend den gesamten Vorstand“, also auch Hirschmann. Dieser drohte mit einer Klage auf Wiedereinstellung, die Situation war verfahren, die Irritationen innerhalb der Volkspartei waren zumindest nicht motivierend für die Partei. Mit dem vom Landtag eingesetzten Untersuchungsausschuss am 1. April und dem Rücktritt von Wirtschaftslandesrat Paiery am 5. April begann dann die sukzessive Klärung der Angelegenheit, allerdings mit parteipolitisch motivierten Lenkungsversuchen aller Parteien. Mit dem Sonderlandtag zum Untersuchungsausschuss am 24. November wurde das Kapitel EStAG auf politischer Ebene vorerst beendet, ein Endbericht konnte nicht verabschiedet werden, der Untersuchungsausschuss endete damit ergebnislos. Nachdem Klasnic alle erforderlichen Schritte zum erfolgreichen Neustart des Unternehmens – nun mit dem Namen „Energie Steiermark“ – eingeleitet und umgesetzt hatte, war die Causa vom Tisch. Das geschlossene Auftreten der Volkspartei auf dem 20. ordentlichen Landesparteitag am 24./25. September war dann der perfekt organisierte Neustart, den so viele ersehnt hatten. Klasnic wurde mit einem überwältigenden Vertrauensvotum der Delegierten ausgestattet, ihr Wahlergebnis mit 98,53 % war besser als jenes vom Parteitag 2000. Die weiteren Attacken der SPÖ, die den Kurs der Zusammenarbeit längst verlassen hatte, wurden umso derber, als das geplante Projekt Spielberg aufgrund eines negativen Bescheids des Bundesumweltsenats nicht durchgeführt werden konnte. Trotz einiger Wochen der Unsicherheit konnte schließlich ein Alternative für die Region Aichboden/Murfeld gefunden werden. 2004 war das Jahr – erstmals seit Jahrzehnten – in dem die Arbeitslosenrate in der Steiermark geringer war als österreichische Durchschnitt. Gleichzeitig waren die Beschäftigungszahlen der Steiermark so gut wie nie zuvor. Am 29. Jänner 2005 konnte Klasnic im Knittelfelder Kulturhaus rund 800 ÖVP-Funktionären während des Gemeindetages einen zusätzlichen Motivationsschub für die Gemeinderatswahlen am 13. März geben. Die Parteichefin präsentierte ein gut gefülltes Steiermarkpaket mit Schwerpunkt westliche Obersteiermark, das Investitionsvolumen von rund 300 Millionen Euro war ermutigend und zukunftsweisend.<sup>54</sup> Die Parteiorganisation war derweilen in den Vorbereitungen für die Gemeinderatswahlen. Mit neuen Methoden und der Forcierung der Chancen für junge Menschen („Countdown 2005), die erstmals die Möglichkeit erhielten, bereits mit 16 Jahren zu wählen, war die ÖVP im Trend und auf gutem Kurs.

Am 18. Mai 2005 schließlich beging die Steirische Volkspartei ihr 60-Jahr-Jubiläum. Neustart und Aufbruch waren gelungen, Landeshauptmann Waltraud Klasnic und die Partei gerüstet für die Landtagswahl 2005.

- 1 Gerhard Hirschmann berichtet, dass Krainer bereits am Nachmittag des Wahlsonntags seinen Rücktritt beschlossen hatte. Dazu und zu seiner Person siehe Franz MARHOLD: Geht nicht, gibt's nicht. Tatkraft und Intellektualität in der Politik. Graz 2003. S. 73. Vgl. dazu auch Klaus DUTZLER: Das Ende einer Ära. In: profil, Nr. 51, 19. Dezember 1995, S. 43.
- 2 Zu Klasnic Erinnerungen an diese entscheidenden Vorgänge sowie zu ihrer Person vgl. Hans RAUSCHER: Waltraud Klasnic. Eine Frau neuen Stils an der Spitze der Steiermark. Wien 2000. S. 79–84. Zu ihrer Person weiters Maria SCHAUMAYER: Waltraud Klasnic. Die erste Frau an der Spitze der Steiermark. In: Alfred ABLEITINGER/Herwig HÖSELE/Wolfgang MANTL: Die Landeshauptleute der Steiermark. Graz/Wien/Köln 2000. S. 199–214. Siehe auch das Porträt von Liselotte PALME: Die Steirer-Mama. In: profil, Nr. 3, 15. Jänner 1996, S. 30–32.
- 3 Eine mögliche Wahl des SPÖ-Kandidaten Peter Schachner-Blazizek mit den Stimmen der FPÖ wurde von Bundeskanzler Vranitzky nicht goutiert. Vgl. Stefan KARNER: Die Steiermark im 20. Jahrhundert. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur. Graz/Wien/Köln 2000. S. 518.
- 4 Vgl. dazu: Miteinander für unsere Zukunft. Waltraud KLASNIC: Die Regierungserklärung (= Information 2/96). Graz 1996.
- 5 Vgl. Herbert PAIERL: Cluster & Helle Köpfe. 99 Monate in der Politik. Graz 2004. Weiters auch Hanna KORDIK: Der Reformator. In: profil, Nr. 42, 12. Oktober 1998. S. 38–40.
- 6 Zu seiner Person vgl. Christopher DREXLER/Herwig HÖSELE/Manfred PRISCHING/Herbert ROSSMANN: Streben nach Gerechtigkeit. Soziale Sicherheit nach dem Umbruch. Graz 2002, hier besonders Herwig HÖSELE: Biographische Skizze eines echten Glücksfalles. S. 337–349.
- 7 Auch der Erfolg bei der Landwirtschaftskammerwahl am 28. Jänner 1996 war ein Beleg dafür. Der Bauernbund konnte ein Mandat zulegen.
- 8 Klasnic wurde mit 519 Stimmen (99 Prozent) gewählt. Seit dem 30. Bundesparteitag der ÖVP am 22. April 1995 war sie zudem Stellvertreterin von Bundesparteioibmann Wolfgang Schüssel.
- 9 Als Cluster werden die Anhäufungen von Industrie- und Dienstleistungsbetrieben bezeichnet, die durch Liefer- und Kompetenzbeziehungen und Kooperationen zwischen den einzelnen Branchen miteinander verbunden als Netzwerk agieren. Zum steirischen Auto-Cluster siehe etwa auch Markus HONSIG: General Cluster. In: profil extra, Februar 2002. S. 34–38.
- 10 Vgl. dazu etwa KARNER: Steiermark im 20. Jahrhundert (wie Anm. 3). S. 522–527.
- 11 Vgl. dazu auch Rosemarie SCHWAIGER: Wem gehört der Boom? In: profil, Nr. 40, 2. Oktober 2000. S. 38–41. Die Autorin beantwortet ihre Frage übrigens auf S. 41 eindeutig mit: „Der Boom gehört der ÖVP.“
- 12 Wie etwa die Landesausstellung in Graz comm.gr2000.az.
- 13 Vgl. dazu „Die Steirische Wochenpost“, 18. Juli 1996. S. 3. Ein weiteres Indiz dafür war das steirische VP-Ergebnis bei der erstmals abgehaltenen Wahl zum Europäischen Parlament.
- 14 Vgl. dazu „Aktion Vision. Modell Steiermark“. Graz 2000.
- 15 Vgl. dazu Edith MEINHART/Wolfgang PATERNO/Thomas VASEK: Die Gewalt aus der Tiefe. In: profil, Nr. 31, 27. Juli 1998. S. 64–69. Weiters Edith MEINHART/Ulila SCHMIED/Christa ZÖCHLING: Die Todesfälle. In: profil, Nr. 39, 21. September 1998. S. 22–27.
- 16 Vgl. dazu Herwig HÖSELE: Die „Wende“ und die Steiermarkpartei. In: Herwig HÖSELE/Reinhold LOPATKA/Wolfgang MANTL/Manfred PRISCHING/Bernd SCHILCHER: Steirisches Jahrbuch für Politik 2000. Graz 2001. S. 34–45, hier S. 35.
- 17 Die Resolution hatte folgenden Wortlaut: „Die Verluste von SPÖ und ÖVP zeigen auch einen deutlichen Protest gegen Stil und öffentliches Auftreten der bisherigen Regierungskoalition. Zugleich ist mit dem heutigen Wahlergebnis die nichtsozialistische Mehrheit in diesem Land so groß wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Die Entscheidung des Wählers ist ernst zu nehmen. Es kommt darin auch massiver Protest und deutliche Kritik zum Ausdruck. Beide Parteien haben heute das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte seit 1945 erzielt. Dies muss umfassende und tief greifende Konsequenzen haben, vor allem inhaltlicher Natur. Das Wahlergebnis ist ein Auftrag zu einer umfassenden Erneuerung des politischen Systems in Österreich und zu einer umfassenden Erneuerung der Volkspartei. Dazu wird die Steirische Volkspartei ihren Beitrag ganz konsequent einbringen.“ Zitiert nach Reinhold LOPATKA/Herwig HÖSELE: Steirische Landtagswahl 2000: Der fulminante Sieg hat eine Mutter – Waltraud Klasnic. In: Andreas KHOL/Günther OFNER/Günther BURKERT-DOTTOLO/Stefan KARNER: Österreichisches Jahrbuch für Politik 2000. Wien/München 2001. S. 77–93, hier S. 83. Vgl. auch Interview von Markus HUBER und Rainer NIKOWITZ mit Waltraud Klasnic: „Schüssel soll regieren“. In: profil, Nr. 40, 4. Oktober 1999. S. 83
- 18 Der Vorsitzende der Gewerkschaft Metall/Bergbau/Energie, Rudolf Nürnberger, verweigerte die Unterschrift unter das SPÖ-ÖVP-Abkommen.

- 19 Zu diesen Vorgängen und zur Wende allgemein vgl. Gerfried SPERL: Der Machtwechsel. Österreichs politische Krise zu Beginn des 3. Jahrtausends. Wien 2000.
- 20 Vgl. dazu aus der mittlerweile reichen Literatur, etwa exemplarisch Thomas MAYR-HARTING: Die Sanktionen der EU-14 gegen Österreich. Brüsseler Erfahrungen. In: Andreas KHOL/Günther OFNER/Günther BURKERT-DOTTOLO/Stefan KARNER: Österreichisches Jahrbuch für Politik 2000. Wien/München 2001 S. 389–404. Weiters Reinhard OLT: Die Torheit der Regierenden – oder die sanktionsbewehrte Causa Austriae als Akt Europäischer Verblendung. In: Andreas KHOL/Günther OFNER/Günther BURKERT-DOTTOLO/Stefan KARNER: Österreichisches Jahrbuch für Politik 2000. Wien/München 2001. S. 405–454.
- 21 Vgl. Peter Michael LINGENS: Schüssels Jahr. In: profil, Nr. 43, 23. Oktober 2000. S. 198.
- 22 Zitiert nach HÖSELE: Die Wende und die Steiermarkpartei. S. 43: „Die Zustimmung der Steirischen Volkspartei zur neuen Bundesregierung und ihrem Arbeitsprogramm erfolgt auf Basis der einstimmig vom Landesparteivorstand am 5. Oktober 1999 beschlossenen Resolution. LH Waltraud Klasnic hat daher im Bundesparteivorstand gegen die ursprüngliche VP/SP-Vereinbarung gestimmt, weil dies die Weiterführung der Koalition alten Stils mit einem massiven Belastungspaket bedeutet hätte. Das heißt, die Bürgerinnen und Bürger hätten die Zeche für Versäumnisse und Fehlentwicklungen einer Politik bezahlen müssen, für die seit 30 Jahren die SPÖ die Hauptverantwortung trug. Als die Steiermarkpartei sieht es die Steirische Volkspartei geradezu angesichts der gegenwärtigen politischen Situation in Österreich als ihre besondere Verantwortung an, die Interessen der Steiermark mit größtmöglicher Entschiedenheit wahrzunehmen. (...)“
- 23 Vgl. dazu N. N.: „Steirischen Erfolgskurs fortsetzen“. In: Die Steirische Wochenpost, Nr. 25, 23. Juni 2000. S. 3. Weiters auch Herwig HÖSELE: Der neue Stil und die Erfolgsstory der Steiermark. In: Die Steirische Wochenpost Nr. 25, 23. Juni 2000. S. 2.
- 24 Im Dezember 1999 waren bereits Inseratenkontingente und Plakatstellen fix gebucht worden.
- 25 Vgl. die Darstellung von Reinhold LOPATKA: Der Weg zum Erfolg 2000. In: Herwig HÖSELE/Reinhold LOPATKA/Wolfgang MANTL/Manfred PRISCHING/Bernd SCHILCHER: Steirisches Jahrbuch für Politik 2000. Graz 2001. S. 120–123, besonders S. 121.
- 26 Zwei Innovationen aus dem mit einem neuen Methodenbündel konzipierten Wahlkampf seien hier im Zitat wiedergegeben. Vgl. dazu LOPATKA: Weg zum Erfolg. S. 121–122: „Erstmals wurden individuelle Werbemittel zum Kauf für die Orts- und Bezirksgruppen angeboten, nicht alle Werbemittel waren also gratis. Was als symbolhafter Beitrag gedacht war, wurde zum Faktor. Mehr als 300 Ortsgruppen haben für den Landtagswahlkampf Werbemittel gekauft und dafür S 2.580.000 aufgewendet. Zweite Aktion: Autobeklebung. Ziel war es, pro Bezirk fünf Privatautos mit „team Klasnic“-Klebern als Werbefahrzeuge zu gewinnen. Das Ergebnis: In den letzten fünf Wochen vor dem 15. Oktober waren steiermarkweit mehr als 1.000 Autos (...) unterwegs.“
- 27 Ein weiteres journalistisches Porträt vor der Landtagswahl von Christa ZÖCHLING: Ehrgeizige Mutterliebe. In: profil, Nr. 23, 5. Juni 2000. S. 42–43.
- 28 Was allein schon als Symbol völlig verfehlt war. Schachner-Blazizek machte sich damit zum neutralen (?) Schiedsrichter (!) und verabschiedete sich – symbolisch-semantic – als Gegenspieler. Außerdem sorgte die steirische SPÖ mit einem Brief an ihre Grazer Mitglieder bereits im Mai 2000 für einen Skandal. In dem Brief wurden diese aufgefordert, die politische Gesinnung ihrer Nachbarn auszuforschen. Vgl. Christa ZÖCHLING: Bleierne Zeit. In: profil, Nr. 27, 3. Juli 2000, S. 48–49.
- 29 Analysen und Kommentare zur Wahl sind etwa Reinhold LOPATKA/Herwig HÖSELE: Steirische Landtagswahl 2000: Der fulminante Sieg hat eine Mutter – Waltraud Klasnic. In: Andreas KHOL/Günther OFNER/Günther BURKERT-DOTTOLO/Stefan KARNER: Österreichisches Jahrbuch für Politik 2000. Wien/München 2001. S. 77–93. Alexander JANDA/Franz SOMMER: Vor und nach der „Wende“. Demoskopische Trends und Regionalwahlen als Messfühler der neuen politischen Landschaft. In: Andreas KHOL/Günther OFNER/Günther BURKERT-DOTTOLO/Stefan KARNER: Österreichisches Jahrbuch für Politik 2000. Wien/München 2001. S. 59–76. Und natürlich die zahlreichen Beiträge in Herwig HÖSELE/Reinhold LOPATKA/Wolfgang MANTL/Manfred PRISCHING/Bernd SCHILCHER: Steirisches Jahrbuch für Politik 2000. Graz 2001.
- 30 Eingedenk dessen, dass man mit dem Begriff „historisch“ äußerst sparsam umzugehen hat.
- 31 Alfred ABLEITINGER: Politik in der Steiermark. In: Alfred ABLEITINGER/Dieter A. BINDER (Hrsg.): Steiermark. Die Überwindung der Peripherie. S. 1–125, Zitat S. 21. Der Abstand zur SPÖ war damit wesentlich höher als etwa in den 1970er Jahren, als die Volkspartei unter Niederl die absolute Mehrheit hatte.
- 32 Vgl. dazu Dagmar SCHWELLE: Alle wollen Klasnic sein. In: profil Nr. 43, 23. Oktober 2000. S. 46–48.
- 33 Vgl. dazu in diesem Band den Aufsatz von Andreas SCHNIDER: 60 Jahre Volkspartei wo er unter Punkt IV. darauf eingeht.



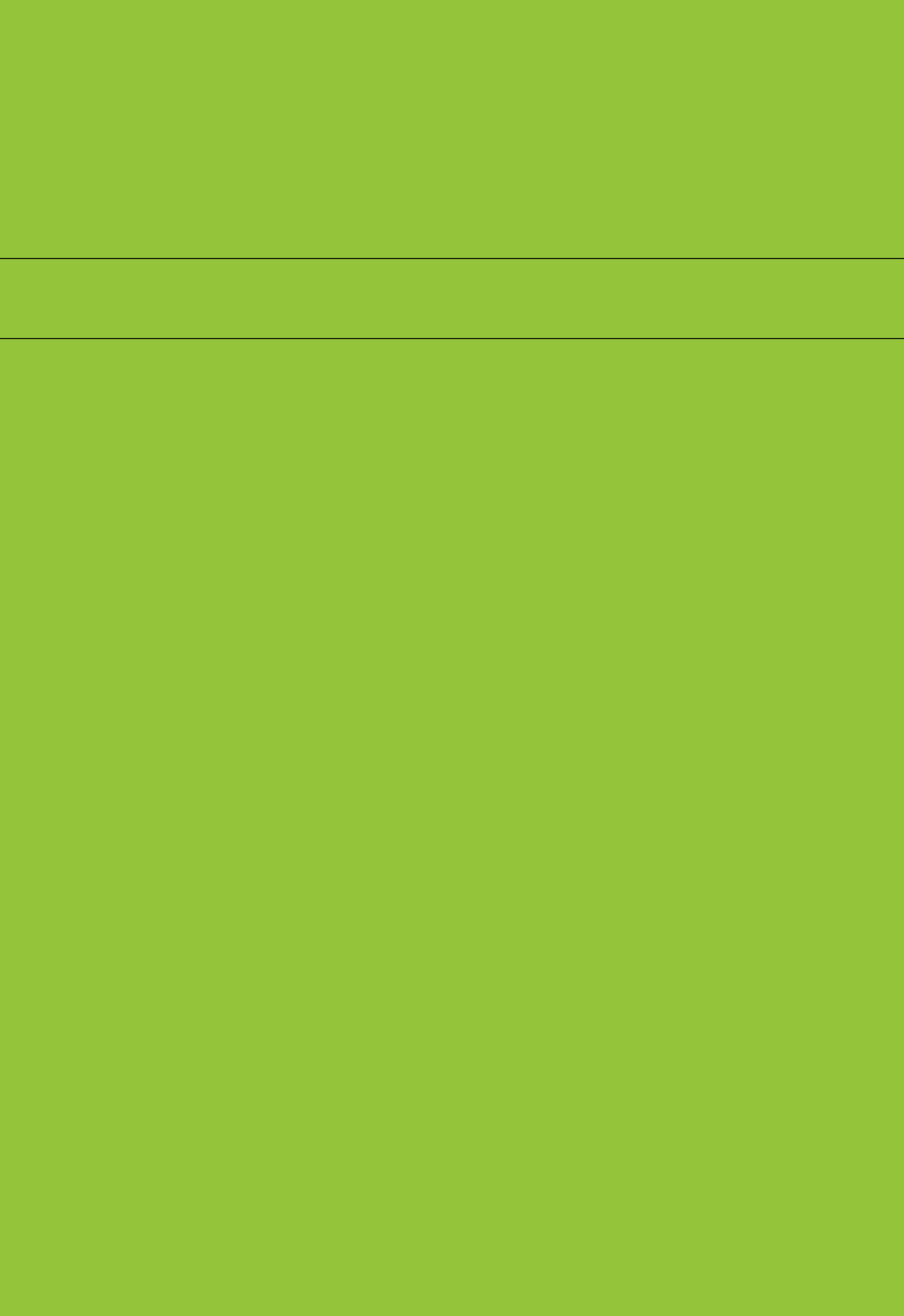
- 34 Zur Schulung und zu weiteren unterstützenden Aktivitäten wurde in einer ersten Phase ab Juli 2001 ein Trainerpool, das so genannte „Team Steiermark“, installiert.
- 35 Das in diesem Kontext gegründete „Steirische Institut für Politik und Zeitgeschichte“.
- 36 Vgl. dazu Volker LIEBMANN: Editorial. Jeden Samstag an 215.000 Haushalte. In: Die Steirische, Nr. 39, 13. Oktober 2001. S. 2.
- 37 Allerdings muss angemerkt werden, dass mit der Neustrukturierung und der Verkleinerung des Redaktionsteams anfangs auch eine Reduzierung des Umfangs einherging.
- 38 Vgl. dazu die Bände des „Steirischen Jahrbuchs für Politik“ der Jahre 2000, 2001, 2002, 2003, 2004.
- 39 Vgl. dazu „Die Steirische“, Nr. 48, 15. Dezember 2001, S. 4. Auch auf Bundesebene sollten die Steirer von sich reden machen: im Oktober trat Fritz Grillitsch die Nachfolge des Salzburgers Georg Schwarzenberger als gesamtösterreichischer Bauernbundpräsident an, Werner Amon trat nach neun Jahren als Bundesobmann der JVP zurück und übergab die Amtsgeschäfte an Silvia Fuhrmann.
- 40 Vgl. dazu Herwig HÖSELE: Jahresbilanz. In: „Die Steirische“, Nr. 49, 22. Dezember 2001, S. 2. Zur Kinderbetreuung siehe auch Verena Steyer: Das Kindergeld und seine steirische Ausformung. In: Herwig HÖSELE/Reinhold LOPATKA/Wolfgang MANTL/Manfred PRISCHING/Bernd SCHILCHER/Andreas SCHNIDER: Steirisches Jahrbuch für Politik 2001. Graz 2002. S. 55–58.
- 41 Vgl. dazu das Konzept des Landtagsklubs „Club Steiermark 2010“ mit insgesamt sieben Arbeitsgruppen zu den Themen „Standort Steiermark“, „Sichere Heimat“, „Reformpolitik“, „Lebensraum Steiermark“, „Moderne Stadt- und Regionalpolitik“, „Junge Steiermark“, „Die Steiermark ist weiblich“.
- 42 Vgl. Volker LIEBMANN: Einmischung erwünscht! In: „Die Steirische“, Nr. 6, 16. Februar 2002. S. 5. Vgl. weiters die Broschüren von „Vor Ort am Wort“. Zu Schniders 1-Jahres-Bilanz siehe etwa Volker Liebmann: Keine Berührungsängste. In: „Die Steirische“, Nr. 7, 23. Februar 2002. S. 5. Vgl. dazu in diesem Band auch den Aufsatz von Andreas SCHNIDER: 60 Jahre Volkspartei wo er unter Punkt III. „Vor Ort am Wort“ noch einmal skizziert.
- 43 Voves hatte zuvor Karriere in der Merkur-Versicherung gemacht und war vor seiner Wahl Vorstandmitglied des Unternehmens.
- 44 Vgl. dazu Elmar PICHL/Christian SCHEUCHER: Wahlkampf 2002. Die Kunst der richtigen Kampagne. In: Clemens Martin AUER/Michael FLEISCHHACKER (Hrsg.): Diesmal. Analysen zur Nationalratswahl 2002. Wien 2003. S. 91–115. Vor allem aber auch das persönliche Wahlkampfagebuch von Lopatka, abgedruckt als Beitrag. Reinhold LOPATKA: „Wer, wenn nicht er!“ In: Herwig HÖSELE/Reinhold LOPATKA/Wolfgang MANTL/Manfred PRISCHING/Bernd SCHILCHER/Andreas SCHNIDER: Steirisches Jahrbuch für Politik 2002. Graz 2003. S. 133–146.
- 45 Vgl. „Die Steirische“, Nr. 41, 16. November 2002. Der Event war die größte politische Wahlveranstaltung Österreichs in einem geschlossenen Raum.
- 46 Zur Nationalratswahl 2002 gibt es mittlerweile eine Vielzahl an Betrachtungen und Analysen. Vgl. exemplarisch die Beiträge des Kapitels Nationalratswahl 2002 In: Herwig HÖSELE/Reinhold LOPATKA/Wolfgang MANTL/Manfred PRISCHING/Bernd SCHILCHER/Andreas SCHNIDER: Steirisches Jahrbuch für Politik 2002. Graz 2003. S. 119–192. Weiters auch das Kapitel Wahlkämpfe und Wahl 2002. In Andreas KHOL/Günther OFNER/Günther BURKERT-DOTTOLO/Stefan KARNER: Österreichisches Jahrbuch für Politik 2002. Wien/München 2003. S. 129–219. Und auch Clemens Martin AUER/Michael FLEISCHHACKER (Hrsg.): Diesmal. Analysen zur Nationalratswahl 2002. Wien 2003.
- 47 Vgl. „Die Steirische“, Nr. 43, 30. November 2002.
- 48 Vgl. dazu Christa ZÖCHLING: Fällt Graz? Hält Graz? In: profil, Nr. 3, 13. Jänner 2003. S. 38–40.
- 49 Ernst SITTINGER: Grazer Wendezeiten. In: Herwig HÖSELE/Reinhold LOPATKA/Wolfgang MANTL/Manfred PRISCHING/Bernd SCHILCHER/Andreas SCHNIDER: Steirisches Jahrbuch für Politik 2003. Graz 2004. S. 66–72, Zitat S. 70.
- 50 Zu seiner Person vgl. Siegfried NAGL: Warum ich? Graz/Gantschenberg/Koroni/St. Bartholomä 2002.
- 51 Völlig überraschend auch das gute Abschneiden der KPÖ mit den Spitzenkandidaten Ernest Kaltenegger. Die Kommunisten erreichten 20 Prozent der Stimmen.
- 52 Vgl. dazu Interview von Rosemarie SCHWAIGER mit Gerhard Hirschmann: „Ein Trottel bin ich gewesen.“ In: profil, Nr. 17, 18. April 2003.
- 53 Vgl. dazu auch Christa ZÖCHLING: Von jungen Wilden hinterm Semmering. In: profil, S. 20–21.
- 54 Um neue Impulse in der Region Aichfeld-Murboden zu setzen, wurde im Februar/März eine „Obersteiermark-Agentur“ eingerichtet.

---

„60 Jahre Steirische Volkspartei“

---

# Bilddokumente und Faksimiles 1995–2005





Wahlkundgebung der Steirischen Volkspartei auf dem Grazer Hauptplatz vor der Landtagswahl am 15. Oktober 2000.



Amtsübergabe und Wahl von Waltraud Klasnic zum Landeshauptmann der Steiermark am 23. Jänner 1996 im Steiermärkischen Landtag. Waltraud Klasnic ist die erste Frau an der Spitze eines österreichischen Bundeslandes. Vorgänger Josef Krainer gratuliert.



Die Arbeitsprogramme „Schienen in die Zukunft“ und „Zukunft – Reform!politik“ des Projekts „Perspektive Steiermark“ dokumentieren die umfangreichen Arbeitsleistungen der Volkspartei.



Mit den Arbeitsprogrammen für die steirischen Regionen und der Fortführung des „Modell Steiermark“ „aktion vision“ setzt die Volkspartei neue Standards.





Das erfolgreiche Team im Jahr 2000. V. l.: Reinhold Lopatka, Gerhard Hirschmann, Landeshauptmann Waltraud Klasnic, Hermann Schützenhöfer, Erich Pörtl und Herbert Paierl.



17. Juli 1998: „Ein Land weint!“ – Bergwerkskatastrophe von Lassing. Waltraud Klasnic ist rasch vor Ort, und leistet ohne großes mediales Aufsehen unbürokratisch Hilfe.



Der 24. November 2002 wird zum Triumph für Wolfgang Schüssel: Erstmals seit 1966 ist die ÖVP Nr. 1 bei Nationalratswahlen. Der persönliche Wahleinsatz von Landeshauptmann Waltraud Klasnic und Wolfgang Schüssels Wahlkampfleiter Reinhold Lopatka bringen in der Steiermark überdurchschnittliche Gewinne.



11.000 Steirerinnen und Steirer füllen am 11. November 2002 die Grazer Stadthalle: der größte Wahlkampf-event der Zweiten Republik in einem geschlossenen Raum, der von LGF Andreas Schnider perfekt organisiert wurde.



Der klare Sieger der Grazer Gemeinderatswahl vom 26. Jänner 2003: Siegfried Nagl, der neue Bürgermeister.





Landeshauptmann Waltraud Klasnic in Audienz bei Papst Johannes Paul II. im September 2003.



Landeshauptmann Klasnic und die Förderung von Kindern. Das Projekt „KindERleben“ der Landesregierung wurde durch eine Initiative von Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic in Gang gebracht.



Der Umbau des Hauses Karmeliterplatz 6 (mit dem Event-Café) zu einer modernen Parteizentrale in den Jahren 2002 bis 2004 ist ein Verdienst von Landesgeschäftsführer Andreas Schnider.



Landeshauptmann Waltraud Klasnic überreicht Elfriede Jelinek den „manuskripte“-Literaturpreis, November 2000.



Das Ehepaar Alice und Nikolaus Harnoncourt zu Besuch in der Grazer Burg anlässlich des grandiosen „styriarte“-Festivals.



Landeshauptmann Waltraud Klasnic mit dem Grazer Schauspieler Peter Simonischek.





Steiermark trifft Kalifornien. V. l.: Alt-Landeshauptmann Josef Krainer, der neue Gouverneur von Kalifornien Arnold Schwarzenegger, Landeshauptmann Waltraud Klasnic und Bundesrat Alfred Gerstl.



Landesparteitag 2004 in der Schwarzhalle: Die Spitzen der Steirischen Volkspartei applaudieren Landeshauptmann Waltraud Klasnic. V. l.: Franz Wegart, Peter Mühlbacher, Erich Pörtl, Gerald Schöpfer, Kristina Edlinger-Ploder, Thomas Einwallner, Reinhold Lopatka, Gilbert Frizberg, Hermann Schützenhöfer, Burgi Beutl, Günther Köberl, Waltraud Klasnic, Martin Bartenstein.



Mit einem eindrucksvollen Wahlergebnis wird Landeshauptmann Waltraud Klasnic am 20. ordentlichen Parteitag am 25. September 2004 wieder zum Landesparteiobmann gewählt.



Die Führungsspitze der Steirischen Volkspartei 2005. V. l.: Landesrätin Kristina Edlinger-Ploder, Landtagspräsident Reinhold Purr (stehend), Landesrat Gerald Schöpfer (sitzend), Landeshauptmann Waltraud Klasnic, Landesgeschäftsführer Andreas Schnider (stehend), Landesrat Hans Seitinger (sitzend), Klubobmann Christopher Drexler (stehend), Landesrat Hermann Schützenhöfer (sitzend).

„60 Jahre Steirische Volkspartei“

---

# Personen sind auch Programme

23 kurze Porträtskizzen



Der Gründungsobmann der Steirischen Volkspartei Alois Dienstleder wurde am 17. Juni 1885 im oststeirischen St. Peter/Ottersbach geboren. Nach Absolvierung der Grazer Handelsakademie war er zunächst in einer katholischen Buchhandlung tätig, dann als Sparkassenbeamter und als Leiter der Abteilung Hypotheken in der Bauernvereinskasse Graz. Begleitend begann er als Werkstudent zunächst das Studium der Medizin, dann das der Rechte an der Universität Graz. Nach dem Krieg konnte er sein Studium fortsetzen und 1920 mit dem Dokortitel abschließen. Nach kurzer Tätigkeit als Rechtsanwaltsanwärter trat er 1922 in den Verwaltungsdienst der Steiermärkischen Landesregierung ein, wo er im Kulturreferat und später bei der Bezirkshauptmannschaft und der Landesagrarbebehörde, zuletzt ab 1928 in der Präsidualabteilung arbeitete. Begleitend setzte er seine juristischen Studien fort, unter anderem in München. In dieser Zeit war er bereits politisch in der Christlich-Sozialen Partei verankert und wurde am 13. November 1933 vom Steiermärkischen Landtag zum Landeshauptmann gewählt. Nach erfolgter Habilitation im Oktober 1934 war er außerordentlicher Universitätsprofessor für Verwaltungs- und Kirchenrecht an der juristischen Fakultät in Graz, 1937 wurde er zum ordentlichen Professor für Rechts- und Staatswissenschaften ernannt. Bereits seit dem Jahr 1935 war er als Obmann des katholischen Pressvereins der Diözese Graz-Seckau aktiv. Ende 1934 war auch das Jahr, in dem er von Karl Maria Stepan als Landeshauptmann der Steiermark abgelöst wurde. Danach widmete er sich hauptsächlich seiner Arbeit als Universitätsprofessor. Nach dem „Anschluss“ im März 1938 wurde er aller Funktionen enthoben, pensioniert und kurzzeitig verhaftet. In der Zeit des NS-Regimes wurde er zu einem erbitterten Gegner des Nationalsozialismus und verbrachte einige Zeit im Konzentrationslager. Seit dem 19. Oktober 1944 wurde er als Patient im Sanatorium der Kreuzschwestern behandelt. Gemeinsam mit Funktionären der ehemaligen Christlich-Sozialen Partei bzw. der Vaterländischen Front gründete er am 18. Mai 1945 im Konventsgebäude der Kreuzschwestern die Steirische Volkspartei und fungierte bis in den Herbst 1945 als deren Parteiohmann. Ab 20. Mai gehörte er als Landeshauptmannstellvertreter der provisorischen steirischen Landesregierung an. Nach den ersten freien Wahlen am 25. November 1945 entsandte ihn die ÖVP am 19. Dezember in den Bundesrat, dessen stellvertretender Präsident er wurde. Alois Dienstleder starb in der Nacht vom 30. auf den 31. Jänner 1946 in Wien.







Edda Egger

---

Edda Egger wurde am 29. Juni 1910 in Bruck an der Mur als zweites von vier Kindern des Offiziers der k. u. k. Marine Friedrich Luschin von Ebengreuth und seiner Gattin Edith geboren. Ihre ersten Lebensjahre verbrachte sie in Pula, ab 1914 war Graz ihr ständiger Wohnsitz. Nach Absolvierung der Pflichtschulen, der Höheren Lehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe und des Berufspädagogischen Seminars in Wien erwarb sie die Lehrbefähigung als Fachlehrerin für Hauswirtschaftsunterricht an höheren Schulen und Fachschulen. Von 1941 bis 1945 bildete sie auch Gewerbelehrerinnen in hauswirtschaftlicher Richtung aus. Im Jahr 1948 begann ihr politisches Engagement mit der Mitarbeit in der Österreichischen Frauenbewegung (ÖFB), von 1953 bis 1958 war sie Grazer Gemeinderätin, ein Jahr zuvor kam sie in den Steiermärkischen Landtag, dem sie bis 1970 angehörte. Von 1955 bis 1972 war sie Vorsitzende des Hauswirtschaftlichen Beirates im Amt der Steiermärkischen Landesregierung. Im Jahre 1960 wurde Egger Abteilungsleiterin an der Höheren Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe und war von 1965 bis 1970 Schulinspektorin für den hauswirtschaftlichen Fachunterricht. 1962 wurde sie vom Unterrichtsministerium zur Mitarbeit an der Lehrplanerstellung nach den Schulgesetzen dieses Jahres herangezogen. In diesem Zusammenhang war sie Autorin eines approbierten Lehrbuches mit dem Titel „Ernährungslehre und Lebensmittelkunde“. Im Jahre 1964 wurde sie schließlich Landesleiterin der ÖFB Steiermark, dieses Amt übte sie bis 1975 aus. Nach der steirischen Landtagswahl am 15. März 1970 wechselte sie bis 1977 in den Bundesrat, ebenfalls im Jahre 1970 wurde sie Bundesleiterin der ÖFB, eine Funktion, die sie bis 1976 innehatte. Ferner war sie Landesleiterin und Mitglied der Bundesleitung der Katastrophenhilfe Österreichischer Frauen (KÖF) sowie gemeinsam mit Dr. Hertha Firnberg Vorsitzende des Österreichischen Frauenrings. Ihre politischen Aktivitäten dehnten sich auch auf europäische Ebene aus: Sie war korrespondierende Expertin der Europäischen Frauen-Union seit 1959, ab 1971 Vorstandsmitglied dieser Union und von 1973 bis 1977 deren Vizepräsidentin. Seit der Gründungsversammlung der Europäischen Union christdemokratischer Frauen im Jahre 1979 in Straßburg war sie deren Vizepräsidentin. Edda Egger verstarb am 15. Oktober 1993 im Alter von 83 Jahren nach einem schweren Autounfall auf der Fahrt von Mariazell nach Graz in der Intensivstation des LKH Leoben.

Die am 15. September 1942 in Kapfenberg als Tochter eines Industriekaufmanns geborene Ruth Zankel besuchte die Volksschule und das Bundesrealgymnasium in Bruck an der Mur und war zum Austauschstudium an der North Phoenix High School in Phoenix, Arizona, USA. Danach studierte sie an der Wiener Hochschule für Welthandel. Nach mehreren Praktika im In- und Ausland begann sie ihren Berufsweg als Sachbearbeiterin im Wiener Institut für Standortberatung bis Dezember 1967. Bereits in den 60er Jahren engagierte



sie sich im Rahmen der Vorbereitungsarbeiten zum ersten „Modell Steiermark“ der Steirischen Volkspartei und war auch beteiligt an den Arbeiten zum „Stadterneuerungskonzept“ der Grazer Volkspartei. Parallel dazu war sie zwischen 1968 und 1970 Journalistin bei der Parteizeitung „Südost Tagespost“ in Graz. Von 1970 bis 1974 übernahm sie die Agenden einer Pressereferentin der VP-Landesparteileitung. Von 1974 bis 1987 arbeitete sie als Leiterin der Öffentlichkeitsarbeit für den Grazer Magistrat. Am 5. Mai 1984 wurde sie in die Stadtparteileitung der Volkspartei gewählt, am 5. Februar 1987 wurde sie Stadträtin, wobei sie für die Bereiche Veterinär- und Marktangelegenheiten, Gewerbe, Liegenschaftsverkehr und als Schwerpunkt für den Fremdenverkehr zuständig war. In diesem Kontext wurde sie auch Vorsitzende des Aufsichtsrates der Grazer Tourismus GmbH. 1987 war sie zudem Landesvorsitzende der Frauen im ÖAAB, seit 20. Mai 1989 war sie auch Mitglied der ÖVP-Bundesparteileitung, zudem auch stellvertretende Obfrau des Vereins zur Förderung der politischen Bildung und Schulung. Am 5. März 1991 trat sie ihr höchstes politisches Amt an, indem sie als Nachfolgerin von Marilies Flemming als Umweltministerin angelobt wurde. Sie übernahm die Ressorts Umwelt, Jugend und Familie. Nach kurzer Amtszeit schied die neue Umweltministerin im November 1992 aus dem Amt, um die Nachfolge des am 28. Oktober verstorbenen Grazer Vizebürgermeisters Erich Edegger anzutreten. Von 1992 bis 1998 war sie Bürgermeisterstellvertreterin von Graz. Ihr Nachfolger als Stadtparteiobmann der Grazer Volkspartei wurde DI Helmut Strobl. Dkfm. Ruth Feldgrill-Zankel lebt in Graz und Frohnleiten.



Alfons Gorbach

---

Alfons Gorbach wurde am 2. September 1898 in Imst in Tirol als Sohn eines Eisenbahnbeamten geboren und übersiedelte als Kind ins steirische Wörschach. Während des Ersten Weltkriegs nahm er als Leutnant der Reserve an mehreren Schlachten an der Italienfront teil und verlor in der 12. Isonzoschlacht durch eine schwere Verwundung ein Bein. Sein Studium der Rechte (1918–1922) schloss er mit dem Dokortitel ab, von 1922 bis 1932 war er als Jurist in der Invalidenentschädigungskommission in Graz tätig. Von 1929 bis 1937 war er – von einer kurzen Unterbrechung im Jahre 1932 abgesehen – Stadtschulrat von Graz, wo er politisch auch als Gemeinderat aktiv war. Im Jahre 1935 sowie in den Jahren 1937 und 1938 war er Mitglied des Landtages bzw. der Landesregierung. Von 1933 bis 1938 war als steirischer Landesführer der Vaterländischen Front ein prononcierter Gegner des Nationalsozialismus. Aufgrund dessen wurde er nach dem „Anschluss“ 1938 sofort aller seiner Ämter enthoben und verhaftet. Von 1938 bis 1942 und wieder von 1944 bis 1945 war er in den Konzentrationslagern Dachau und Flossenbürg interniert. Nach Kriegsende und seiner Rückkehr in die Steiermark war er am Aufbau der Steirischen Volkspartei beteiligt und wurde am 23. Oktober 1945 zum geschäftsführenden Landesparteiobmann ernannt. Nach den ersten Wahlen 1945 wurde er nach Vorschlag Leopold Figls Dritter Präsident des Nationalrats (1945–1953 und wieder 1956–1961), am 16. Juli 1946 Landesparteiobmann der Steirischen Volkspartei. Sein politisches Wirken in der Nachkriegszeit war von der Versöhnung der in der Ersten Republik verfeindeten Lager geprägt. Am 12. Februar 1960 übernahm er als einer der Reformer der Bundes-ÖVP den Parteivorsitz von Staatsvertragskanzler Julius Raab. Von Raab selbst empfohlen, wurde Gorbach am 11. April 1961 Bundeskanzler von Österreich. 1962 führten ihn mehrere Auslandsreisen nach Bern, London, Washington, Paris und Moskau. Mit dem Wahlerfolg bei der Nationalratswahl am 18. November 1962 wurde Gorbach erneut zum Bundeskanzler gewählt, die langen Verhandlungen mit der SPÖ führten erst am 28. März 1963 zu einer neuen Regierung. Auf dem Klagenfurter Parteitag am 20. September 1963 endete die Obmannschaft von Gorbach, sein Nachfolger wurde Dr. Josef Klaus, der ihn am 24. Februar 1964 auch als Bundeskanzler beerbte. 1965 war er Kandidat der ÖVP für die Bundespräsidentenwahl, die er knapp gegen Franz Jonas verlor. Auf dem 8. Landesparteitag der Steirischen Volkspartei am 6./7. November 1965 gab er zudem den Vorsitz der steirischen Landesgruppe auf. Bis zum 20. Jänner 1970 war er als Abgeordneter im Nationalrat politisch aktiv. Am 31. Juli 1972 verstarb Alfons Gorbach knapp vor Vollendung des 74. Lebensjahres nach langer schwerer Krankheit in Graz.

Franz Hasiba wurde am 3. August 1932 in Graz als viertes von sechs Kindern geboren. Nach der Volksschule (Elisabethschule) in Graz besuchte er das Bundesrealgymnasium Lichtenfels, das er im Jahr 1950 mit der Matura abschloss. Der weitere Ausbildungsweg führte ihn nach Wien, wo er an der Universität für Bodenkultur an der Landwirtschaftlichen Fakultät studierte und zudem mehrere Praxisaufenthalte im In- und im Ausland absolvierte. Die Graduierung zum Diplomingenieur erfolgte 1958. Hasiba war sodann für mehrere Molkereigenossenschaften im In- und im Ausland tätig, danach war er in der Landesbaudirektion beschäftigt und dort vor allem für die Grundbeschaffung für den Bau von Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen zuständig. Seine ersten Berührungspunkte mit der Volkspartei datieren vom Frühjahr 1963, als Hasiba Bernd Schilcher und Josef Krainer jun. kennen lernte. Seine eigentliche politische Tätigkeit in der Steirischen Volkspartei begann mit der Mitarbeit im Landtagswahlkampf 1965 für den damaligen Landespartei-sekretär Alfred Rainer. Hasiba nahm zudem weitere Arbeiten auf dem Schulungssektor in Angriff. Nach dem Tod Rainers wurde er mit 34 Jahren Landespartei-sekretär der Steirischen Volkspartei und konzipierte den letzten Wahlkampf von Landeshauptmann Josef Krainer sen. Ab 1967 war er zudem im Landespartei-vorstand des ÖAAB Steiermark. Zwischen 1970 und 1973 war er sodann Abgeordneter zum Steiermärkischen Landtag. In dieser Phase konzipierte und erarbeitete er das Schwesterprogramm zum ersten „Modell Steiermark“, das Stadterneuerungskonzept (für die Reform der Grazer Volkspartei erarbeitete er übrigens das so genannte Partei-erneuerungskonzept), das zum Wahlkampf-schlager für die Grazer Gemeinderatswahl des Jahres 1973 wurde. Ein Jahr zuvor wurde er zum Stadtparteiobmann der Grazer Volkspartei gewählt. Die massiven Verluste der Stadt-SPÖ brachte das Ende von Bürgermeister Gustav Scherbaum. Franz Hasiba und der Freiheitliche Alexander Götz bildeten eine schwarz-blaue Rathauskoalition. Hasiba wurde Klubobmann des ÖVP-Gemeinderatsklubs und Bürgermeisterstellvertreter bis 1983. Das Ergebnis der Grazer Gemeinderatswahl 1983 führte zu einer SPÖ-ÖVP-Koalition mit einer Bürgermeister-Teilzeitlösung („Hasibingl“). Vom 21. März 1983 bis zum 10. Jänner 1985 war Hasiba der erste ÖVP-Bürgermeister von Graz. Am 11. Jänner 1985 wechselte er als Landesrat in die Steiermärkische Landesregierung, betraut mit den Aufgabenbereichen Personal-, Sport- und Sozialversicherungswesen, Arbeitsrecht und Wohnbauförderung. Seit 1987 war er zudem Landesobmann des ÖAAB Steiermark. Am 21. Oktober 1991 wurde er Landeshauptmannstellvertreter, vom 19. Oktober 1993 bis 7. November 2000 war er Präsident des Steiermärkischen Landtags. Franz Hasiba lebt in Graz.





## Gerhard Hirschmann

---

Gerhard Hirschmann wurde am 28. April 1951 im oststeirischen Gnas im Bezirk Feldbach geboren. Nach der Matura in Graz begann das Studium der Rechte an der Karl-Franzens-Universität Graz, das er 1975 mit dem Doktorat abschloss. Nach einem einjährigen Aufenthalt an der Universität Straßburg 1975/76, war er in den Jahren 1976 bis 1978 Leiter des Afro-Asiatischen Instituts in der Leechgasse in Graz. Von 1978 bis 1979 konnte er als Redakteur in der politischen Redaktion der „Kleinen Zeitung“ journalistische

Erfahrung sammeln. Im Sommer 1979 hatte er zwei für seine Lebensplanung konkurrierende Angebote: einerseits, um in der angesehenen Kanzlei des Rechtsanwalts Guido Held zu arbeiten, andererseits, um als Leiter der prolongierten Denkwerkstatt „Modell Steiermark“ für die Volkspartei zu arbeiten. Hirschmann entschied sich nicht zuletzt wegen der Persönlichkeit von Landeshauptmann Dr. Josef Krainer für die Politik. Mit großer Umsicht konzipierte und redigierte er als Geschäftsführer zwischen 1979 und 1981 das „Modell Steiermark“. Mit dem Erfolg avancierte Hirschmann am 1. Dezember zum neuen Landespartei sekretär, 1983 wurde er Abgeordneter zum Steiermärkischen Landtag. Hirschmann war einer der maßgeblichen Strategen, Reformer, Quer- und Vordenker der Steirischen Volkspartei in den 80er und 90er Jahren und fungierte als Sprachrohr von Landeshauptmann Krainer, etwa in der Auseinandersetzung um die Stationierung der Abfangjäger Draken oder in der Obmandiskussion um die Nachfolge von Bundesparteiobmann Dr. Alois Mock. Sein Naheverhältnis zu Krainer ließ ihn als möglichen Nachfolger erscheinen, 1989 wurde er sodann von Krainer zum geschäftsführenden Landesparteiobmann bestellt, außerdem übernahm er als Nachfolger von Dr. Bernd Schilcher die Funktion des Klubobmannes der VP-Fraktion im Steiermärkischen Landtag. Im Zuge einer Regierungsumbildung wurde Hirschmann am 4. November 1993 zum Landesrat bestellt, zuständig für Personalangelegenheiten, Naturschutz und Sport, seit 1995 auch zuständig für Tourismus. Nach der Landtagswahl am 17. Dezember 1995 wurde Hirschmann von Josef Krainer nach Bekanntgabe seines Rücktritts für die Nachfolge als Parteiobmann und als Landeshauptmann vorgeschlagen. Hirschmann nahm das Angebot jedoch nicht an und schlug seinerseits Waltraud Klasnic für diese Funktion vor. Er selbst blieb als Landesrat in der Landesregierung, nach der Landtagswahl 2000 als Leiter der Referate Kultur, Tourismus, Wohnbau und Sport. Am 8. April 2003 wechselte er von der Landesregierung als Vorstand in die EStAG, im Jänner/Februar 2004 folgte aufgrund der internen/externen Turbulenzen das Ende dieses Engagements. Gerhard Hirschmann lebt in Wien und Graz und ist im Bereich Öffentlichkeitsarbeit (Hirschmann & Ecker Lobbying GmbH) tätig.

Udo Illig wurde am 13. April 1897 als Sohn eines Kaufmanns in Graz geboren. Nach seiner Schulausbildung studierte Illig Philosophie und Geschichte, Rechts- und Staatswissenschaften sowie Wirtschaftswissenschaften und promovierte zum Dr. phil., Dr. iur. und Dr. rer. oec. Seit dem Jahr 1922 arbeitete er in der Organisation der gewerblichen Wirtschaft und begann sodann eine Laufbahn als Sekretär der Gastwirte- und Kaffeesiedergenossenschaft. 1927 wurde er erstmals in den Steiermärkischen Landtag berufen, dem er bis 1932 angehörte. Während der NS-Zeit war er zwar politisch ausgeschaltet, beruflich blieb er in der Handelskammer. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war er am Aufbau der Steirischen Volkspartei beteiligt. Zusammen mit Prof. Dr. Taucher baute er die Organisation der Handelskammer der Steiermark in Graz wieder auf, deren Geschäfte er acht Jahre als Kammeramtsdirektor führte. Im Jahre 1946 wurde er zudem als Landesrat in die steirische Landesregierung berufen, in der er für die Referate Gewerbe und Fremdenverkehr zuständig war. Hinzu kam noch, dass ihm die damals wichtige Preisbehörde unterstellt war. Illig war maßgeblich verantwortlich für das steirische Fremdenverkehrsgesetz, das gewerbliche Kreditgesetz und das Bergwachtgesetz. Kurzfristig führte Udo Illig bis 1947 auch den Landtagsklub der Steirischen Volkspartei. Am 27. April 1953 wurde er als Nachfolger des verstorbenen Josef Böck-Greißau zum Bundesminister für Handel und Wiederaufbau in der Regierung von Julius Raab ernannt. Der Aufschwung des österreichischen Exports war verbunden mit dem von ihm geschaffenen Außenhandelsverkehrsgesetz. Als Handelsminister forcierte er die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft mit großzügigen Kreditaktionen für mittlere und kleinere Betriebe des Gewerbes und des Handels. Als Minister für den Wiederaufbau trieb er den Wohnungsbau und den Ausbau des Straßennetzes voran. Auch die Neukodifikation des Österreichischen Bergrechts geht auf ihn zurück. Illigs Rücktritt als Handelsminister Mitte September 1956 war mehr als überraschend, sein Nachfolger wurde Dr. Fritz Bock. Mit seinem Rücktritt begann Illigs Rückzug aus der Politik. In den folgenden Jahren bekleidete er mehrere ehrenamtliche Funktionen mit kulturellen Aufgaben. In diesem Zusammenhang war er Präsident der Kulturhistorischen Gesellschaft für Steiermark, Mitglied des Kuratoriums für das Künstlerhaus Graz und des Steirischen Burgenverbandes sowie Kurator des Landesmuseums Joanneum und Konsulent des Bundesdenkmalamtes. Unter anderem widmete er sich der Restaurierung der von ihm erworbenen Burg Schlaining im Burgenland und der Restauration des Schlosses Eggenberg. Unter anderem engagierte er sich auch für die durchgehende Erschließung der Lurgrotte. Udo Illig verstarb am 22. Jänner 1989 im Alter von 91 Jahren in Graz.





Kurt Jungwirth

---

Kurt Jungwirth wurde am 3. September 1929 als Sohn eines Papieringenieurs in Graz geboren. Ab September 1935 besuchte er die Privatschule der Marienbrüder in Graz, sein Mittelschulstudium begann er im Jahr 1939 an der damaligen zweiten Oberschule für Jungen in der Pestalozzistraße in Graz. Den Zweiten Weltkrieg überstand Jungwirth ohne Schaden. Nach seiner Matura 1947 begann er als Werkstudent das Studium der Romanistik an der Philosophischen Fakultät der Universität Graz. Im Jänner 1952 legte er die Lehramtsprüfung für Latein und Französisch ab, nach dem Probejahr trat er 1953 als Professor und Erzieher in die Bundeserziehungsanstalt Graz-Liebenau ein. 1954/55 war er als Assistent für Deutsch am Lycee de Garçons in Belfort, Frankreich. Von 1957 bis 1970 leitete Jungwirth dann Sprachkurse am Französischen Kulturinstitut in Graz und war auch Lehrbeauftragter für Französisch am DolmetschInstitut der Universität Graz. Von 1963 bis 1966 betreute er im Rahmen der Entwicklungshilfe der Steiermärkischen Landesregierung eine Aktion für afrikanische Stipendiaten. 1967 begann er mit Projekten zur Erwachsenenbildung und übernahm zudem die Redaktionsleitung der vom Steirischen Volksbildungswerk herausgegebenen Kulturzeitschrift „Steirische Berichte“. Der 14. Mai 1970 ist das Datum des Einstiegs in die Politik. Als Quereinsteiger von Landeshauptmann Josef Krainer sen. für das Strategie- und Ideenteam für den Landtagswahlkampf geholt, avancierte Jungwirth nach der Wahl zum Nachfolger von Hanns Koren als Landesrat für Kultur, dessen offene Kulturpolitik Jungwirth prolongierte. 1978 verlagerte er die Landesausstellungen in die Bezirke, womit er die kulturelle Breite der Steiermark forcierte und Dezentralisation zu einem Credo seiner Politik machte. 1974 brachte Jungwirth das Altstadterhaltungsgesetz in den Steiermärkischen Landtag ein, 1977 das Ortsbildgesetz. Der „steirische herbst“ wurde nachhaltig von ihm reformiert, nicht zuletzt durch die Einführung des Intendanturprinzips. Zusammen mit dem musikalischen Genius Nikolaus Harnoncourt rief er 1985 das Musikfestival „styriarte“ ins Leben, in seine Amtszeit fielen auch die Generalsanierung des Landesmuseums Joanneum sowie die Ausdehnung des „trigon“-Gedankens auf Ungarn. Zusätzlich hatte er in der Landesregierung das schwierige Ressort des Naturschutzes zu leiten bzw. auch das des Gesundheitswesens. Mit Verve kümmerte er sich als Landesjugendreferent um die Anliegen der jungen Menschen. 1985 wurde Jungwirth schließlich Landeshauptmannstellvertreter, was er bis zum 18. Oktober 1991 auch blieb. Er ist weiterhin ehrenamtlich Präsident des „steirischen herbstes“ (seit 1976), des Kuratoriums des Joanneums, des Trägervereins der „styriarte“, des Kuratoriums des Österreichischen Freilichtmuseums Stübing, des Steirischen Volksbildungswerkes und des Steirischen Akademikerbundes. Prof. Kurt Jungwirth lebt in Graz.

Die erste Frau an der Spitze eines österreichischen Bundeslandes, Waltraud Klasnic, wurde am 27. Oktober 1945 in Graz geboren und kam kurz nach ihrer Geburt zu Adoptiveltern. Als Einzelkind wuchs sie in ärmlichen Verhältnissen in einer Baracke in Mariatrost auf. Nach Volks- und Hauptschule in Graz arbeitete sie von 1959 bis 1967 als Verkäuferin für Kinderbekleidung in einem Handelshaus. Zusammen mit ihrem Mann Simon konnte sie in den 60er Jahren ein Transportunternehmen aufbauen. Mit einem genuinen sozialen G'spür für die Sorgen der kleinen Leute ausgestattet, begann sich Klasnic bereits 1970 politisch und sozial zu engagieren. Mit 25 Jahren trat sie der Österreichischen Volkspartei bei und gründete die Ortsgruppe der Österreichischen Frauenbewegung in ihrem Heimatort Weinitzen, wo sie als Frau – für damalige Verhältnisse eine Seltenheit – auch dem Gemeinderat angehörte. Von 1972 bis 1977 war sie Hauptbezirksleiterin der Frauenbewegung von Graz und Umgebung; 1975 stieg sie zur stellvertretenden Landesleiterin auf und wurde zudem Mitglied der Wirtschaftskammer Steiermark. Von 1974 bis 1993 war sie als Landesleiterin der Katastrophenhilfe Österreichischer Frauen (KÖF) aktiv. Im Jahr 1977 wurde Klasnic dann Landesleiterin der Frauenbewegung und auch Mitglied des Bundesrates. Vier Jahre später verließ sie die Länderkammer wieder und wurde Abgeordnete zum Steiermärkischen Landtag, 1983 folgte mit der Wahl zur Dritten Landtagspräsidentin der nächste Karrieresprung. 1988 sollte ein weiteres Schlüsseljahr für die angesehene Politikerin werden. Als erste Frau Österreichs wurde Klasnic mit 42 Jahren Landesrätin in der Steiermärkischen Landesregierung mit den wichtigen Ressorts Wirtschaft und Tourismus. Nach den Landtagswahlen des Jahres 1991 wurde ihr Aufgabenbereich mit dem Verkehrsreferat noch erweitert. Ein Jahr zuvor war sie zudem Landesgruppenobfrau des Österreichischen Wirtschaftsbundes (ÖWB) geworden. 1993 wurde sie Vizepräsidentin des ÖWB und Landeshauptmannstellvertreter der Steirischen Volkspartei. Welches politische Gewicht sie mittlerweile hatte, zeigte ihre Wahl zur Stellvertreterin des neuen ÖVP-Bundesparteiobmannes Dr. Wolfgang Schüssel am 22. April 1995. Nach der Landtagswahl am 17. Dezember 1995 wurde Klasnic einen Tag später vom ÖVP-Parteivorstand in geheimer Abstimmung zur Nachfolgerin von Landeshauptmann Dr. Josef Krainer nominiert, am 9. März 1996 übernahm sie als Parteiobfrau auch die Führung der Steirischen Volkspartei. Am 23. Jänner 1996 wurde sie mit den Stimmen der Volkspartei, der Freiheitlichen und des Liberalen Forums als erste Frau Österreichs zum Landeshauptmann der Steiermark gewählt. Am 15. Oktober 2000 erreichte sie bei den Landtagswahlen mit einem Zugewinn von 11 Prozent 47,3 Prozent der Stimmen für die Steirische Volkspartei. Waltraud Klasnic lebt in Weinitzen und Graz.







Simon Koiner

---

Der Bauer Simon Koiner wurde am 3. November 1921 in Pölshof geboren und besuchte nach der Volksschule das Gymnasium in Seckau. Nach der Matura am „Francisco-Josephinum“ wurde er zur deutschen Wehrmacht eingezogen und bei Gefechten an der russischen Front schwer verwundet. Bei seiner Heimkehr war er im Rang eines Leutnants. Nach dem Krieg begann sein politisches Engagement in seinem Heimatbezirk Judenburg: Er war Gründungsobmann des Bundes Steirischer Landjugend und erwarb sich durch seine Tatkraft auf landwirtschaftlichem und politischem Gebiet – zunächst als Vizebürgermeister seiner Heimatgemeinde – großes Ansehen. Von 1963 bis 1977 bekleidete er die Funktionen eines Kammerobmanns der Landwirtschaftskammer und eines Hauptbezirksparteiobmannes der ÖVP Judenburg, deren Ehrenobmann er am Ende seiner Tätigkeit wurde. Mit seinem Eintritt in den Steiermärkischen Landtag im Jahre 1968 empfahl sich Koiner für höhere Weihen. Nachdem er seit Mai 1970 Stellvertreter war, beerbte er am 7. Mai 1971 Josef Wallner als Obmann des Steirischen Bauernbundes, in weiterer Folge wurde er bald auch Vizepräsident des Österreichischen Bauernbundes. Zudem wurde er am 21. Dezember 1971 Präsident der steirischen Landwirtschaftskammer. Im genossenschaftlichen Sektor, wo er zunächst im Obersteirischen Molkereiring „Murboden“ wirkte, war er von 1974 bis 1989 Obmann des Raiffeisenverbandes Steiermark. In den 70er Jahren begannen die harten Auseinandersetzungen zwischen der Bauernvertretung und der Bundesregierung. Koiner zeichnete sich in diesem Kontext durch Fachkenntnisse, agrarpolitischen Weitblick, aber auch durch Härte aus. In Zusammenarbeit mit Landeshauptmann Dr. Friedrich Niederl und Landesrat Dr. Josef Krainer erarbeitete er ein Agrarkonzept mit den Schwerpunkten Bergbauern- und Grenzlandförderung, das im steirischen Landwirtschaftsförderungsgesetz verankert wurde. Mit der Wahl von Landeshauptmann Dr. Josef Krainer zog Simon Koiner als Landesrat für Agrarfragen am 4. Juli 1980 in die Landesregierung ein und wirkte bis zum 15. Dezember 1983 in dieser Funktion. Sein Nachfolger wurde der spätere Vizekanzler und Bundesparteiohmann DI Josef Riegler. 1984 übergab er die Funktion des Obmanns des Steirischen Bauernbundes an Rupert Buchberger. Von April 1986 bis April 1987 war er Obmann der Raiffeisenzentalkasse Steiermark, von 1985 bis 1994 Vizepräsident der Grazer Wechselseitigen Versicherung. Zwischen 1988 und 1990 wirkte er als Generalanwalt des Österreichischen Raiffeisenverbandes. Simon Koiner starb am 29. Dezember 1994 im Alter von 73 Jahren.

Hanns Koren wurde am 26. November 1906 als ältester von fünf Söhnen des Photographenmeisters Hans Koren und seiner Frau Mathilde in Köflach geboren. Nach der Volksschule kam er in das Fürstbischöfliche Knabenseminar und Gymnasium in Graz, wo er 1927 maturierte. Koren nimmt das Studium der Germanistik, Geschichte und Volkskunde an der Grazer Universität auf und promoviert 1932 als Schüler von Viktor von Geramb. Von 1932 bis 1935 ist er Assistent und später Leiter des Instituts für religiöse Volkskunde in Salzburg. Der steirische Landeshauptmann Karl Maria Stepan holt ihn in die Steiermark zurück, wo er 1936 Assistent des Volkskundemuseums des Steiermärkischen Landesmuseums Joanneum wurde. In der NS-Zeit hatte Koren erhebliche Schwierigkeiten durch die neuen Machthaber. Nach dem Militärdienst von 1940 bis 1944 habilitierte Koren im Dezember 1945 für Volkskunde an der Grazer Universität, 1949 wurde er zudem Leiter des Steirischen Volkskundemuseums, 1955 Ordinarius für Volkskunde. Von 1950 bis 1953 war Koren Vorsitzender der Katholischen Aktion, die ihn 1953 der ÖVP als Kandidaten für die Nationalratswahl präsentierte. Von 1953 bis 1957 war er Nationalratsabgeordneter, im selben Jahr gründete er zusammen mit Franz Maria Kapfhammer das Steirische Volksbildungswerk. Der große Schritt in die Politik erfolgte mit der Nominierung als Landesrat durch Landeshauptmann Josef Krainer sen., der verschiedene Bereiche zu einem neuen Kulturressort zusammenfasste. Von 1957 an, zunächst als Landesrat, ab 1963 als Landeshauptmannstellvertreter, war Koren bis 1970 Kulturreferent des Landes Steiermark und in dieser Funktion der Mentor und Motor einer neuen steirischen Kulturpolitik, die mit den Initiativen bzw. Veranstaltungen „Steirisches Gedenkjahr 1959“, „Forum Stadtpark“, „Steirische Akademie“, Gründung und Bau des Österreichischen Freilichtmuseums Stübing, Dreiländerbiennale „trigon“, Avantgardefestival „steirischer herbst“ definiert und skizziert werden kann. Im Jahr 1970 wurde Koren Präsident des Steiermärkischen Landtages, sein Nachfolger als Kulturlandesrat Prof. Kurt Jungwirth, der die Koren'sche Politik fortsetzte. 1972 übernahm Hanns Koren zudem den Vorsitz der vom Journalisten Max Mayr initiierten Aktion „Rettet die Grazer Altstadt“, im selben Jahr wurde er Präsident des Kuratoriums des Steiermärkischen Landesmuseums Joanneum. Im Jahre 1977 wurde er zum Ehrendoktor der Grazer Technischen Universität ernannt, 1982 zum Ehrendoktor der Philosophie der Grazer Universität. Im Jahre 1983 trat Hanns Koren altersbedingt als Präsident des Steiermärkischen Landtags zurück, die Steirische Volkspartei wählte ihn zu ihrem Ehrenobmann. 1985 war Koren noch kurz Vorsitzender des Herausgeberkollegiums der „Kleinen Zeitung“. Am 27. Dezember 1985 verstarb Hanns Koren in Graz.





Josef Krainer sen.

---

Josef Krainer wurde am 16. Februar 1903 in St. Lorenzen bei Scheifling als lediger Sohn von Theresia Krainer geboren. 1910 übersiedelte die Familie auf den Feldbaumerhof des Stiefvaters in Forst bei Kobenz, wo er 1917 den Pflichtschulbesuch beendete. In der elterlichen Landwirtschaft war er als Forstarbeiter tätig und ständig um seine berufliche Fortbildung bemüht: Kurse in der landwirtschaftlichen Fortbildungsschule und der Volkshochschule des Volksbundes in Wien, ein forsttechnischer Lehrgang in Solothurn

in der Schweiz und das autodidaktische Lernen von und aus Büchern belegen das. Mit 18 Jahren war er bereits bei den St.-Georg-Pfadfindern, im Reichsbund der Katholischen Jugend Österreichs, im Katholischen Gesellenverein und im Katholischen Volksbildungs- und Arbeiterverein tätig. 1927 übersiedelte er nach Graz und wurde geschäftsführender Obmann des Verbandes der christlichen Arbeiter und Angestellten in der Land- und Forstwirtschaft, außerdem bekleidete er leitende Funktionen in der Landwirtschaftskrankenkasse und der Landarbeiterversicherungsanstalt bzw. im Reichsverband der landwirtschaftlichen Krankenkassen. Mit 30 Jahren wurde er Vizepräsident der Kammer für Land- und Forstwirtschaft Steiermark, ein Jahr später geschäftsführender Obmann der Volksbank Graz und Vorstandsmitglied des Landwirteverbandes. Von 1934 bis 1938 war er Landtagsmitglied. Mit 33 Jahren, im Jahr 1936, avancierte er zum Bürgermeisterstellvertreter von Graz und wurde zudem zum Präsidenten der Kammer für Arbeiter und Angestellte bestellt. Der „Anschluss“ 1938 bedeutete vorerst das Ende seiner politischen Karriere: Krainer wurde inhaftiert und nach seiner Freilassung streng überwacht. Es folgten die Jahre des „Exils“ in Gasselsdorf im Bezirk Deutschlandsberg, wo er mit seiner Familie lebte und eine kleine Landwirtschaft mit einer angeschlossenen Ziegelei betrieb. In den letzten Tagen des Zweiten Weltkriegs entging er knapp der drohenden Erschießung durch NS-Schergen. In der Gründungsphase der Steirischen Volkspartei wurde er im Juni 1945 zum geschäftsführenden Landesleiter bestellt, nach den Wahlen des Jahres 1945 wurde er Landesrat für den Wiederaufbau der Gemeinden und der Landwirtschaft. Am 6. Juli 1948 wurde er zum Landeshauptmann der Steiermark gewählt und übte dieses Amt fast 24 Jahre aus. Krainer war Spitzenkandidat in sechs Landtagswahlen, seit 1957 wurden von der ÖVP „Krainerwahlen“ konzipiert. Im Jahr 1965 wurde er Landesparteiobmann der Steirischen Volkspartei, von 1965 bis zum Jahr 1968 war er auch im Bundesrat aktiv. Am 15. März 1970 erzielte er – gegen den politischen Trend – mit 48,6 Prozent der Stimmen das beste Ergebnis seiner politischen Laufbahn. Josef Krainer starb im Alter von 68 Jahren am 28. November 1971 bei einer Fasanenjagd in Allerheiligen bei Wildon an einem Herzschlag.

Dr. Josef Krainer wurde am 26. August 1930 als ältester Sohn von fünf Kindern des Josef Krainer und seiner Frau Josefa, geborene Sonnleitner, in Graz geboren, besuchte die Volksschule, das Oeversee-Gymnasium und studierte nach der Matura 1949 in Graz Rechtswissenschaften. Er war Gründungsmitglied der Akademischen Vereinigung für Außenpolitik in Graz. 1951/52 verbrachte er als Fulbright-Stipendiat an der University of Georgia in den USA, wo er Politische Wissenschaften belegte und zum Präsidenten des „Cosmopolitan-Club“ gewählt wurde. Daneben arbeitete er auch als Betriebsleiter in der elterlichen Ziegelei in Gasselsdorf. Promotion, Gerichtspraxis, Praktikum im Kartellrecht 1954, Studienjahr am Bologna-Center an der Johns-Hopkins-University mit wirtschafts- und europapolitischen Studien, Studienaufenthalt am Instituto Pro Civitate Christiana Assisi waren die weiteren Stationen seiner Berufslaufbahn. Von 1956 bis 1962 war er Generalsekretär der Katholischen Aktion, außerdem setzte er sich als Kurator für den Ausbau der Afro-Asiatischen Institute in Wien und Graz ein. In den Jahren 1962 bis 1966 war Krainer wissenschaftlicher Assistent am Institut für Volkswirtschaftslehre und Finanzpolitik des Grazer Nationalökonom Anton Tautscher. 1966 wurde er – von Präsident Wallner vorgeschlagen – zum Direktorstellvertreter und am 1. Jänner 1969 zum Direktor des Steirischen Bauernbundes gewählt. Das Angebot von Bundeskanzler Klaus im Jahre 1969, die Nachfolge von Piffli-Percevic als Unterrichtsminister anzutreten, lehnte er ab, ebenso eine Kandidatur zum Bundesparteiohmann der ÖVP im Jahre 1970. Am 1. März 1970 wurde er in den Nationalrat gewählt, im Jahr darauf wurde er einstimmig zum Obmann des „Steirerklubs“ gewählt. Nach dem Tod seines Vaters berief ihn Landeshauptmann Niederl in die Landespolitik, wo er am 10. Dezember 1971 als Landesrat in die Landesregierung eintrat. Am 18. März 1972 wurde er am 10. Landesparteitag zum geschäftsführenden Parteiohmann gewählt. In der Landesregierung war er in den 1970er Jahren mit dem Agrar- und dem Baureferat betraut. Nach dem Rücktritt von Niederl wurde er am 4. Juli 1980 einstimmig von den Abgeordneten des Landtages zum Landeshauptmann, am 15. November zudem zum Landesparteiohmann gewählt. Als einer der Gründerväter und Motoren der ARGE Alpen-Adria war er deren Vorsitzender im Jahre 1980. Nach den Landtagswahlen 1981, 1986 und 1991 wurde er als Landeshauptmann wiedergewählt. 1989 bestellte er Dr. Gerhard Hirschmann zum geschäftsführenden Landesparteiohmann. Nach massiven Verlusten bei der Landtagswahl am 17. Dezember 1995 trat Krainer als Landeshauptmann und Landesparteiohmann der Steirischen Volkspartei zurück. Am 9. März 1996 wählte die Steirische Volkspartei Krainer zu ihrem Ehrenobmann. Dr. Josef Krainer lebt in Graz.





Friedrich Niederl

---

Dr. Friedrich Niederl wurde am 15. Juli 1920 in Treglwang im Bezirk Liezen auf einem kleinen bergbäuerlichen Anwesen vlg. „Hungerleit'n“ geboren. 1926 erwarben seine Eltern einen Hof auf der Lassinger Sonnseite. Seine ersten Lebensjahre verbrachte er in Lassing bei Selzthal. Nach dem Besuch der Volks- und Hauptschule in Selzthal und Rottenmann verdiente er seinen Lebensunterhalt als Landarbeiter auf dem Hof seiner Eltern und bei der Theresianischen Gutsverwaltung, dann in der Weststeiermark und in der Umge-

bung von Graz. Nebenbei besuchte er Kurse und bestand 1939 die Externistenprüfung an der Grazer Handelsakademie. Von 1939 bis 1940 Bankangestellter, war er sodann beim Landratsamt in Liezen tätig. Mitte 1940 musste er zur deutschen Wehrmacht und war als Gebirgsjäger im Zweiten Weltkrieg in Rumänien, Griechenland und an der Eismeerfront. Im April 1945 führte er als Oberleutnant eine Kompanie zum Schutze von Salzburg in Maria Plain. Nach seiner Rückkehr aus kurzer amerikanischer Kriegsgefangenschaft trat er bei der Bezirkshauptmannschaft Liezen erneut in den Landesdienst ein und setzte als „Werkstudent“ seine Studien an der Grazer Universität fort. Politisch aktiv wurde er mit der Gründung der ÖVP in Liezen, ein Landtagsmandat schlug er 1949 aus. 1951 war er beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung und promovierte zum Doktor juris an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Graz. Von 1952 bis 1959 war er in der Bezirkshauptmannschaft Liezen tätig, 1960 erfolgte seine Bestellung zum Bezirkshauptmann von Feldbach, wobei er einer der jüngsten Bezirkshauptleute Österreichs war. Nach dem Tod von Landesrat Prirsch 1965 wurde Niederl Landesrat, in dieser Funktion führte er die Referate Landwirtschaft und Wohnbau. Politische Erfahrung hatte er zuvor als Mitglied des Gemeinderats, Stadtparteiobmann und Chef des ÖAAB Liezen gesammelt. Als Landesrat setzte er zahlreiche Impulse, vor allem in der Wohnbauförderung. Im Mai 1970 wurde Dr. Niederl zum Landeshauptmannstellvertreter, nach dem Tod von Landeshauptmann Josef Krainer sen. wurde er am 10. Dezember 1971 mit den Stimmen aller im Landtag vertretenen Parteien zum Landeshauptmann gewählt. Im Tandem mit Dr. Josef Krainer führte er in den 70er Jahren die Steirische Volkspartei als deren Obmann. Als Spitzenkandidat für die Landtagswahlen 1974 erreichte Niederl am 20. Oktober 1974 mit 53,2 Prozent und 31 Mandaten das beste Wahlergebnis der Volkspartei, bei der Landtagswahl 1978 konnte er diesen Erfolg konsolidieren. Am 4. Juli 1980, knapp vor seinem 60. Geburtstag, zog er sich aus dem aktiven politischen Geschehen zurück, bis 1986 war noch Obmann der Raiffeisen-Zentralkasse Steiermark. Dr. Friedrich Niederl lebt in Wien und in Kulm/Ramsau.

Herbert Paieryl, wurde am 26. Mai 1952 im oststeirischen Pischelsdorf geboren und genoss seine „Grundausbildung“ in Buchhaltung und Kundenorientierung im elterlichen Gasthaus. Nach der Matura in Gleisdorf begann er zunächst das Studium der Landwirtschaft, dann aber bald das der Raumplanung an der Technischen Universität in Wien, das er in Mindeststudienzeit als Diplomingenieur abschloss. Nach der Übersiedelung nach Graz arbeitete er als beamteter Raumplaner, Mitte/Ende der 70er Jahre begann die Entwicklung von Konzepten für die Steirische Volkspartei. Im Jahr 1980 nahm Paieryl das Angebot des neu gewählten Landeshauptmanns Dr. Josef Krainer an, als dessen Sekretär in sein Büro zu kommen. Von 1980 an gehörte Paieryl dem Büro LH an, seit 1989 war er Büroleiter, das er schließlich 1993 verließ und als Vorstandsdirektor in die landeseigene Stromgesellschaft, die Steweag, wechselte. Paieryls „Comeback“ in den Reihen der Volkspartei erfolgte nach der verlorenen Landtagswahl vom 17. Dezember 1995 im Jänner 1996, als ihn Landeshauptmann Waltraud Klasnic als Wirtschaftslandesrat in die Steirische Landesregierung holte. Paieryls Neupositionierung der steirischen Wirtschaft – mit dem stets propagierten Credo der „hellen Köpfe“ – wurde durch mehrere Konzepte definiert und vorangetrieben, wie etwa das „Concept in progress“, das unter anderem die Bildung und Ausbildung des „Humankapitals“ forcierte. Das Konzept sah zudem eine Stärken-Schwächen-Analyse des steirischen Wirtschaftsraumes vor und als Ergebnis davon die Forderung nach Cluster- und Netzwerkbildung. Als signifikanteste „Marke“ in dieser Strategie wurde 1996 die steirische Automobilindustrie positioniert. Der 1993 von Waltraud Klasnic und Experten der Industrie initiierte Auto-Cluster ACstyria wurde sukzessive zum Motor und Aushängeschild der steirischen Wirtschaft. Im Jahr 1998 wurde das „Österreichische Institut für Formgebung“ aufgelöst. Um diese Lücke zu schließen, wurde von Paieryl und seinen Mitarbeitern im Frühling 2000 die „Österreichische Designstiftung“ in Graz gegründet. Nach dem Wahlerfolg der Steirischen Volkspartei bei der Landtagswahl 2000 übernahm Paieryl auch das Finanzressort und zudem die Agenden der Fachhochschulen. Im Zuge der Causa ESTAG trat Herbert Paieryl im April 2004 als Landesrat zurück. Heute lebt und arbeitet er als Manager des internationalen Magna-Konzerns in Graz, Bad Waltersdorf und Toronto.





## Anton Peltzmann

---

Anton Peltzmann wurde als Sohn des Eisenbahners Anton und der Hausfrau Margarethe Peltzmann am 7. Dezember 1920 im obersteirischen Krieglach geboren. Die Volks-, Bürger- und gewerbliche Fortbildungsschule absolvierte Anton Peltzmann in Mürzzuschlag, bevor er nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges 1938 in die deutsche Wehrmacht einrückte. Noch während des Krieges heiratete Anton Peltzmann. Seine Frau Franziska schenkte ihm drei Kinder. Nach der Heimkehr und dem Ende des Krieges begann Peltzmann eine Lehre als Schmied und legte im Jahr 1947 die Meisterprüfung im Schmiedehandwerk ab und übernahm den großväterlichen Kunstschmiedebetrieb in Mitterdorf im Mürztal, welchen er gemeinsam mit seiner Gattin zu einem führenden Unternehmen seiner Branche ausbaute. Seine politische Karriere begann Anton Peltzmann im Jahre 1948 als Gemeinderat in Mitterdorf im Mürztal. Im Laufe seiner langjährigen politischen Laufbahn war Anton Peltzmann in vielen Funktionen tätig, unter anderem als Vizepräsident und später als Präsident der Wirtschaftskammer und viele Jahre als Landesobmann des Wirtschaftsbundes. Im Jahr 1963 wurde Anton Peltzmann überraschend von Landeshauptmann Josef Krainer sen. als Wirtschafts- und Katastrophenschutzreferent in die Landesregierung berufen, in welcher er unter anderem Initiator des Mittelstandsförderungs- und Jungunternehmerförderungsgesetzes war. Sein großes Engagement für die Jugend hat sich auch im Bau neuer Ausbildungsstätten für den Nachwuchs der Wirtschaft dokumentiert. Peltzmann hat sich auch entscheidend um das Feuerwehrwesen verdient gemacht. Das Ausbildungszentrum der Feuerwehr- und Zivilschutzschule in Lebring geht auf seine Initiative zurück. Sein politisches Credo war: „Wir helfen den Kleinen, die Großen helfen sich selbst.“ Nach dem Ausscheiden aus der Landesregierung im Jahre 1980 bekleidete Peltzmann bis zu seinem Tod die Funktion des Aufsichtsratsvorsitzenden des Bankhauses Krentschker. Anton Peltzmann verstarb am 14. September 2000, einige Wochen vor Vollendung seines 80. Lebensjahres.

Theodor Piffel-Percevic wurde am 17. September 1911 in Obermais bei Meran (Südtirol) geboren. Sein Vater war Generaloberst der k. u. k. Armee. 1942 adoptierte ihn ein Bruder seiner Mutter und gab ihm den Namen Percevic. Er besuchte das Jesuitenkolleg in Kalksburg bei Wien, um dann später in Graz das Studium der Geschichte und der Rechtswissenschaften zu beginnen. In seinen Studienjahren bezog er Position für das bürgerliche Lager. Im Jahr 1937 promovierte er zum Doktor der Rechte und begann sein Gerichtsjahr. 1937 und 1939 wurde er verhaftet, 1939 wegen Teilnahme an einer Protestaktion gegen das Hitler-Mussolini-Abkommen bezüglich Südtirol sogar verurteilt. Nach Kriegsende war er zunächst in einem Wiener Industriebüro beschäftigt, anschließend in der steirischen Landwirtschaftskammer, 1946 als Leiter der Rechtsabteilung, 1950 als Kammeramtsdirektor-Stellvertreter. Piffel trat der ÖVP bei, 1960 entsandte ihn die Steirische Volkspartei in den Nationalrat. Von 1962 bis 1965 unterstützte er Dr. Alfons Gorbach als geschäftsführender Landesparteiobmann. Nach Gorbachs Rücktritt als Bundeskanzler wurde er vom neuen Regierungschef Dr. Josef Klaus als Nachfolger von Unterrichtsminister Dr. Heinrich Drimmel präsentiert. Mit Amtsantritt beschäftigte er sich intensiv mit der Schul- und Hochschulreform, 1966 besuchte er die Bundesrepublik Deutschland, um Informationen über den universitären Bereich einzuholen. Unter seiner Amtsführung wurden in den Bundesländern 34 neue höhere Schulen gebaut. Auch die Neugründung der Linzer Universität und die Gründung der Bildungsuniversität in Klagenfurt gehen auf Initiativen Piffel-Percevic's zurück. Im Jahr 1968 begann die Diskussion um die Einführung eines 13. Schuljahres, gegen das vor allem die mittelständische Wirtschaft, aber auch Parteifreunde aus den Reihen der ÖVP Stellung bezogen. Befürworter eines Volksbegehrens gegen die Einführung eines 13. Schuljahres machten sich besonders in Salzburg und der Steiermark stark. Das Ergebnis des Volksbegehrens brachte die Entscheidung der ÖVP Ende Mai 1969, die Einführung des 13. Schuljahres auszusetzen. Theodor Piffel-Percevic trat aufgrund dieses Beschlusses demonstrativ von seinem Ministeramt zurück und verzichtete zudem auf sein Nationalratsmandat. Er kehrte zurück in die Rechtsabteilung der steirischen Landwirtschaftskammer in Graz und war wieder stellvertretender Kammeramtsdirektor. Nach seiner Demission übernahm er vor allem noch ehrenamtliche Funktionen, so etwa im ORF-Aufsichtsrat und auch als Präsident der Stiftung „Pro Oriente“, wobei er sich in den Dienst für das ökumenische Anliegen stellte und bemüht war, die Kontakte und den Dialog mit den Kirchen des Ostens zu verbessern. Am 22./23. Dezember 1994 verstarb Dr. Theodor Piffel-Percevic im Alter von 83 Jahren in Graz.







## Anton Pirchegger

---

Die Geschichte der ÖVP-Landeshauptleute in der Steiermark beginnt mit dem Bauern Anton Pirchegger, der einer hoch politischen Familie entsprang. Das Licht der Welt erblickte er am 5. Juni 1885 im Bauernhof vlg. Rosenthaler in Leopersdorf in der Gemeinde und Pfarre Allerheiligen im Mürztal. Sein politisches Wirken begann bald nach dem Ersten Weltkrieg mit der Gründung der Raiffeisenkasse sowie der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft in seiner Heimatgemeinde, wo er auch als Gemeinderat aktiv war. Von

1920 bis 1931 war er Abgeordneter zum Nationalrat und hauptsächlich mit Agrarfragen betraut. Das Angebot, in der Regierung Ramek 1926 das Landwirtschaftsministerium zu übernehmen, lehnte er ab, 1927 wurde er Obmannstellvertreter des Reichs-Bauernbundes, 1930 des Steirischen Bauernbundes. 1934 übernahm er das Präsidium des steiermärkischen Landtages und die Stelle des Obmanns der Bezirkskammer für Land- und Forstwirtschaft sowie der Bezirksvertretung Kindberg. Zwischen 1935 und 1938 übernahm er zudem die Führung des Steirischen Landwirteverbandes. Das Jahr 1938 war auch für Pirchegger eine Zäsur, in der Zeit des Nationalsozialismus war er politisch verfolgt und wurde verhaftet. Nach seiner Freilassung war er Bespitzelungen und Schikanen ausgesetzt. Bei Kriegsausbruch mussten drei seiner Söhne zum Militär, von denen einer nicht mehr zurückkehrte. Zu Kriegsende war Pirchegger auf seinem heimatlichen Bauernhof. Am 17. Mai 1945 wurde er nach Graz berufen und übernahm in der provisorischen Landesregierung das Landwirtschafts- und Ernährungsreferat, ein Schlüsselressort. Einen Tag später wurde er in der Gründungssitzung der Steirischen Volkspartei in die provisorische Landesleitung gewählt. Am 13. Juni 1945 erfolgte in Graz die Neugründung des Steirischen Bauernbundes und die Wahl Pircheggers zum ersten Landesobmann. Nach den ersten freien Wahlen am 25. November 1945 wurde Pirchegger vom Landtag zum Landeshauptmann gewählt, damit war er der erste Bauer in diesem Amt. In den schweren Hunger- und Kältejahren 1946 und 1947 setzte sich Pirchegger rastlos für die Steiermark ein, eine Herzattacke Ende 1947 schränkte ihn in der Ausübung seines Amtes ein. Am 6. Juli 1948 legte er sein Amt als Landeshauptmann zurück. Sein Nachfolger wurde Josef Krainer sen. Pircheggers Gesundheit war stark angegriffen. Am 1. März 1949, nur acht Monate nach seinem Rückzug aus der Politik, verstarb Anton Pirchegger auf seinem Hof an den Folgen einer Lungenentzündung.

Erich Pörtl wurde am 3. September 1942 im oststeirischen Löffelbach bei Hartberg geboren, seine Eltern bewirtschafteten einen kleinen Bauernhof. Nach der Volks- und Hauptschule besuchte er die Landwirtschaftliche Fortbildungsschule, die Fachschulen Schielleiten 1959/60 und Kirchberg 1960/61, 1965 beendete er seine Ausbildung mit der Meisterprüfung, 1963 übernimmt er mit 21 Jahren den elterlichen Hof. Etwa in diese Zeit fiel der Beginn seines politischen Engagement, 1962 wurde er zum Bezirksobmann der Landjugend gewählt, was er bis zum Jahr 1965 auch blieb. 1970 zog Pörtl in den Gemeinderat von Hartberg-Umgebung ein – die Gemeinden Flattendorf, Löffelbach und Schildbach wurden zusammengelegt – und bestimmte als Vizebürgermeister maßgebend die Politik dieser jungen Gemeinde. Als Bezirksschulungsleiter der ÖVP erreichte er damals ein gutes Vorwahlergebnis, die weitere Karriere verlief schnell und reibungslos: 1971 wurde er Mitglied der Kammer für Land- und Forstwirtschaft, 1974, nach dem Tod des Hartberger Bauernbundabgeordneten Karl Prenner, Abgeordneter zum Steiermärkischen Landtag. 1980 wurde er Mitglied des Landespartei Vorstandes der ÖVP und zudem Landesparteiobmannstellvertreter. Ende der 80er Jahre/Anfang der 90er Jahre folgten dann die nächsten Schritte auf der Karriereleiter. Zunächst übernahm er am 17. August 1989 das Präsidentenamt der steirischen Landwirtschaftskammer und mit Jahresbeginn 1990 avancierte er zum Obmann des Steirischen Bauernbundes. Er initiierte 1991 die erste Kammerurabstimmung eines österreichischen Bundeslandes, die zu einer eindrucksvollen Legitimation der bäuerlichen Interessensvertretung wurde. Nach der Landtagswahl vom 22. September 1991 wurde Erich Pörtl von Landeshauptmann Dr. Josef Krainer als Landesrat für Agrarfragen und Umwelt in die Landesregierung geholt. Dieses Amt übte er bis zum 30. September 2003 aus, wobei im Laufe der Jahre noch das Naturschutz- und Wohnbaureferat dazukamen. Am 20. November 2004 folgte ihm Gerhard Wlodkowski als Obmann des Steirischen Bauernbundes nach. Erich Pörtl lebt in Löffelbach bei Hartberg.





Josef Riegler

---

Der „Erfinder“ der „Ökosozialen Marktwirtschaft“ wurde am 1. November 1938 in Mörschitzgraben bei St. Peter ob Judenburg als Sohn von Bergbauern geboren. Rieglers Vater fiel im Krieg 1944. Nach der Volksschule war Riegler zwischen 1952 und 1955 auf dem elterlichen Hof tätig, bis 1956 besuchte er die Landwirtschaftliche Fachschule und anschließend bis 1960 die Höhere Bundeslehranstalt in Raumberg bei Irnding, die er mit der Matura abschloss. Von 1960 bis 1965 studierte er an der Wiener Hochschule für

Bodenkultur, Studienrichtung Landwirtschaft, und schloss das Studium als Diplomingenieur ab. Nach dem Studium war er bis 1971 als Landwirtschaftslehrer an verschiedenen Schulen in der Steiermark tätig. Als Diözesanführer engagierte er sich zwischen 1965 und 1970 in der Katholischen Jugend und auch in der Katholischen Aktion, deren Generalsekretär er von 1968 bis 1970 war. 1971 war er zudem Direktor der Landwirtschaftlichen Fachschule in Stainz. Das Jahr 1972 war der Beginn seiner politischen Karriere, er wurde zum Direktor des Steirischen Bauernbundes gewählt. Von 1975 bis 1983 gehörte er dem österreichischen Nationalrat an, im November 1980 übernahm er die Leitung des Österreichischen Bauernbundes, den er bis 1983 führte. 1983 stand der nächste Karriereprung auf dem Plan: Riegler wurde von Landeshauptmann Dr. Josef Krainer in die steirische Landesregierung berufen und mit den Referaten Landwirtschaft, Umwelt und Wohnbau betraut. Mit der Regierungsbeteiligung der Bundes-ÖVP nach 16 Jahren Opposition im Jahre 1987 trat Riegler als Landwirtschaftsminister in die Regierung Vranitzky/Mock ein. Nach den Verlusten der ÖVP bei den am 12. März 1989 abgehaltenen Landtagswahlen in Kärnten, Salzburg und Tirol wurde Riegler nach innerparteilichen Diskussionen am vorgezogenen Bundesparteitag am 20. Mai 1989 mit 90,54 Prozent der Delegiertenstimmen zum neuen Bundesparteiobmann der ÖVP gekürt. Als Nachfolger von Alois Mock beerbte er diesen auch als Vizekanzler und übernahm die Agenden eines Ministers für Föderalismus und Verwaltungsreform. Als Parteiobmann forcierte er die Idee der „Ökosozialen Marktwirtschaft“ und war damit seiner Zeit voraus. Nach den Stimmenverlusten der ÖVP bei der Nationalratswahl 1990 blieb Riegler Vizekanzler einer großen Koalition mit der SPÖ. Am Bundesparteitag der ÖVP Ende Juni 1991 trat er jedoch als Parteiobmann und Vizekanzler zurück und blieb noch bis 1994 Nationalratsabgeordneter. Weiters fungierte er als Präsident des Ökosozialen Forums und der von ihm gebildeten Österreichischen Gesellschaft für Land- und Forstwirtschaftspolitik. Seit 1993 ist Riegler Obmann der Raiffeisenlandesbank Steiermark, seit 1994 Generalanwalt-Stellvertreter des Österreichischen Raiffeisenverbandes. 1996 wurde er zum Vizepräsidenten des Verbandes der Europäischen Landwirtschaft gewählt. Josef Riegler lebt in Graz und Wien.

Der „Bauerneiniger“ Franz Thoma wurde am 30. Juli 1886 in Gröbming als Sohn eines Landwirts und Seilers geboren. Nach der Volksschule besuchte er die Bürgerschule und danach die Preussische Höhere Fachschule für Textilindustrie, außerdem die Landesschule für Alpwirtschaft. In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg war Thoma zunächst in einer Seilfabrik und anschließend auf dem elterlichen Hof tätig, den er später übernahm und eine eigene Seilerei aufbaute. Im Jahre 1914 wurde er zum Militär eingezogen und war Reserveoffizier. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges war er einer der Gründer der nationalen Bauernpartei des Landbundes. 1919 und 1927 wurde er in den steirischen Landtag gewählt, seit dem Jahr 1930 gehörte er dem österreichischen Nationalrat an. Während des Nationalsozialismus war er politischen Verfolgungen ausgesetzt. Von 1939 bis 1941 wurde er erneut zum Kriegsdienst eingezogen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und des NS-Regimes schloss er sich mit der Mehrheit der Landbundführer und den christlich-sozialen Bauernführern zum Bauernbund der Österreichischen Volkspartei zusammen. Sehr bald wurde er zum Vizepräsidenten der österreichischen Landwirtschaftskammer bestellt und im Jahre 1948 als Landesrat in die Steiermärkische Landesregierung gerufen, wo er das Ernährungsreferat leitete. Von 1949 bis 1952 war er Präsident des Steiermärkischen Landtages. Mit der Umbildung der österreichischen Bundesregierung durch Bundeskanzler Leopold Figl übernahm Franz Thoma das Ministerium für Landwirtschaft. Mit dem Motto „Produktionssteigerung und Preisgerechtigkeit“ begann er seine Arbeit. Tatsächlich wurde in den sieben Jahren seiner Ministertätigkeit die Produktion gesteigert, so dass nicht nur der Inlandsbedarf gedeckt wurde, sondern auch große Mengen in den Export gingen. Nach der Nationalratswahl im Jahr 1959 gab er sein Ministeramt ab und blieb noch einige Jahre Nationalratsabgeordneter der ÖVP. Sein Nachfolger als Landwirtschaftsminister wurde Ing. Eduard Hartmann. In seiner aktiven Zeit war Thoma Mitglied und Vorsitzender von zahlreichen landwirtschaftlichen Organisationen und zudem Vorstand des Elektrowerks Gröbming. Franz Thoma starb am 10. Juli 1966 knapp vor Vollendung seines 80. Lebensjahres in Graz.





Josef Wallner

---

Der steirische Bauernführer Josef Wallner wurde am 9. Jänner 1902 in Eibiswald geboren, was nur darauf zurückzuführen war, weil sein Vater damals dort als Gutsverwalter tätig war. Wallners Eltern stammten aus St. Stefan im Rosental und Jagerberg. Wallner arbeitete als Kind auf dem elterlichen Hof. Nach dem Besuch der Volksschule holte sich Wallner seine Kenntnisse vor allem durch zahlreiche Kurse und Schulungen, etwa in der Ackerbauschule Grottenhof. Sein politisches Engagement begann mit der Wahl zum Jungsteirerbundobmann am 8. September 1925, er hatte zudem erste Kontakte zum Bauernbund, vor allem durch dessen Direktor Leopold Zenz. In seinem Heimatort Kirchbach arbeitete er aktiv mit und führte seinen Hof vorbildlich. Ebenfalls im Jahr 1925 gründete er in Kirchbach eine Fleckviehzuchtgenossenschaft. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten war er kurzfristig in Haft, konnte aber in der Kriegszeit seinen Bauernhof bewirtschaften. Gegen Kriegsende wurde zum Volkssturm eingezogen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war er von 1945 bis 1949 und wieder von 1952 bis 1961 Präsident des Steiermärkischen Landtags. 1946 wurde er Obmann des Raiffeisenverbandes Steiermark, 1948 Kammerpräsident und 1949 Obmann des in der Steirischen Volkspartei dominierenden Bauernbundes. Im Jahr 1960 wurde Josef Wallner schließlich einstimmig zum Präsidenten des Österreichischen Bauernbundes gewählt. In dieser Zeit konnte er wesentliche Verbesserungen für den Bauernstand durchsetzen, wie die bäuerliche Altersvorsorge, die 1957 als Zuschussrente eingeführt wurde. Von 1962 bis 1970 war er außerdem Dritter Präsident des Nationalrates. 1969 schließlich wurde die Bauernpension beschlossen, wofür Wallner lange gekämpft hatte. Den Österreichischen Bauernbund übergab er im Jahr 1970 an den Niederösterreicher Roland Minkowitsch, in der Steiermark übergab er die Amtsgeschäfte 1971 dem Obersteirer Simon Koiner. In seiner letzten Amtshandlung überreichte Landeshauptmann Josef Krainer sen. am 27. November 1971 Josef Wallner den Ehrenring des Landes Steiermark. Josef Wallner verstarb am 2. März 1974 an einem Herzinfarkt während einer Genossenschaftsveranstaltung.

Franz Wegart, der am längsten amtierende Spitzenfunktionär der Steirischen Volkspartei, wurde am 25. Juli 1918 in Altneudörfel im Bezirk Bad Radkersburg geboren und kam wenige Wochen nach seiner Geburt zu seinen Großeltern nach Radkersburg. Von 1924 bis 1932 besuchte er die Volks- und Hauptschule in seinem Heimatort und arbeitete nach der Schulzeit als Landarbeiter in der Landwirtschaft bei seinen Großeltern. Den Bürgerkrieg des Jahres 1934 erlebte er in Bad Radkersburg. Nach dem „Anschluss“ Österreichs an Hitler-Deutschland wurde er in den Jahren 1938 und 1939 zur Dienstleistung im Reichsarbeitsdienst herangezogen. Im Jahr 1939 begann seine Militärzeit, er leistete Kriegsdienst in einer Panzerjägerabteilung und hatte militärische Einsätze in Griechenland, Kreta, Norwegen und Russland. Aus dem Krieg kehrt er im Juli 1945 schwer verwundet zurück und geriet in amerikanische Kriegsgefangenschaft. Sein politisches Engagement fiel in die Tage des Sommers 1945. Am 1. September 1945 wurde Wegart zum ÖVP-Sekretär des Bezirkes Radkersburg bestellt und baute mit großem Einsatz die Parteiorganisation im Bezirk auf. Mit 86 Prozent der Stimmen erzielte er bei der ersten freien Wahl nach dem Krieg am 25. November 1945 das beste Wahlergebnis Österreichs. Am 1. Landesparteitag der Steirischen Volkspartei im Jahre 1946 wurde er sodann als Organisationsreferent der Landespartei bestellt, ein Jahr später, im September 1947, übernahm er das vakante Amt des Landespartei-Sekretärs. Mit 31 Jahren, im Oktober 1949, wurde er aus seinem Heimatbezirk Radkersburg in den Steiermärkischen Landtag gewählt, in dem er sogleich die Belange des steirischen Grenzlandes zu einem seiner Schwerpunkte machte bzw. für eine gerechte Sozialpolitik eintrat. Von 1955 bis 1981 war Franz Wegart zudem auch Verlagsdirektor des Österreichischen Verlages in Graz und so wesentlich an der Gestaltung und Ausrichtung der VP-Parteizeitungen beteiligt. Im Jahr 1956 ließ er eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Gallup zur Landtagswahl 1957 durchführen, die als zentrales Ergebnis deutlich die Popularität von Landeshauptmann Josef Krainer sen. zeigte. Die Landtagswahlen 1957 und 1961 wurden von Wegart mit bewusster Akzentuierung der Persönlichkeit von Landeshauptmann Josef Krainer als „Krainerwahlen“ konzipiert. Am 11. April 1961 wurde Wegart Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung, 1964 zudem erstmals Landesobmann des Steirischen Arbeiter- und Angestelltenbundes und am 10. Dezember 1971 Landeshauptmannstellvertreter. Er bekleidete die Referate Personal, Fremdenverkehr, Berufsschulwesen und Sport sowie die Aufsicht über die Sozialversicherung. Am 11. Jänner 1985 wurde er einstimmig zum Präsidenten des Landtages gewählt, diese Funktion übte er bis 18. Oktober 1991 aus. Seit 1988 ist er Obmann des Steirischen Seniorenbundes. Franz Wegart lebt in Graz.





„60 Jahre Steirische Volkspartei“

---

Perspektiven –  
gestern, heute, morgen





Die Steiermark als lebens- und liebenswerte Heimat und dynamische Zukunftsregion – als geistig-kulturelles, wissenschaftliches, wirtschaftliches und gesellschaftliches Zentrum im Südosten Europas zu gestalten und zu profilieren, das ist unser Auftrag. 60 Jahre Steirische Volkspartei bedeutet 60 Jahre Partei ergreifen für die Steiermark, heißt 60 Jahre voller Einsatz für Land und Leute, immer zuerst die Steiermark sehen, dann den größeren österreichischen und europäischen Zusammenhang und dann erst die Partei.

Seit 1945 Partei ergreifen für die Steiermark haben die Landeshauptleute Anton Pirchegger, Josef Krainer I, Friedrich Niederl, Josef Krainer II mit ihren Teams. Wir setzen diese Arbeit nach besten Kräften fort. Es wurden schwierigste Situationen gemeistert. Aus den Trümmern des Krieges wurden nach 1945 im Geiste des Miteinander die Fundamente der neuen Steiermark gelegt, auf die wir auch im 21. Jahrhundert aufbauen können.

Unserem Land wurde nie etwas leicht gemacht, kaum etwas geschenkt, vieles musste hart erarbeitet werden. Aber die Vielfalt des Landes und die Vielfalt der Begabungen der Menschen unseres Landes haben im Miteinander einen erfolgreichen Weg ermöglicht – von den Zerstörungen und Verwüstungen 1945 zu einem blühenden, dynamischen und zukunftsorientierten Land. Was unsere Mütter, Väter, Großmütter und Großväter geschaffen haben, ist ein verpflichtendes Erbe, das wir an unsere Kinder und Enkelkinder weitergeben wollen.

1945 war unser Land zunächst mehrfach – russisch, bulgarisch, jugoslawisch, amerikanisch und britisch – besetzt und an einem Eisernen Vorhang zu einem anderen gesellschaftspolitischen System und damit einem Teil der natürlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsbeziehungen beraubt. Schwere Zerstörungen, hungernde Menschen, das waren alles große Aufgaben, die sich stellten. Die Steirerinnen und Steirer haben der Volkspartei bei den ersten freien Wahlen am 25. November 1945 Hauptverantwortung zugewiesen, der die Landeshauptleute und ihre Teams bis heute gerecht wurden und auch im 21. Jahrhundert gerecht werden. Es gilt dieses Vertrauen stets aufs Neue zu rechtfertigen.

Das Land ist ein fruchtbarer Boden für vielfältige Talente in allen Bereichen – Intellekt, Anmut, Kraft. Arnold Schwarzenegger, Nikolaus Harnoncourt, Maria Schaumayer, Klaus-Maria Brandauer, Peter Simoniscek, zahlreiche Nobelpreisträger aus der Wissenschaft, aber auch die Literatur-Nobelpreisträgerin des Jahres 2004 Elfriede Jelinek – überhaupt Graz als jahrzehntelange heimliche Hauptstadt der deutschsprachigen Literatur mit der Forum-Stadtpark-Gruppe um Alfred Kolleritsch, Peter Handke, Gerhard Roth, Wolfgang Bauer, Barbara Frischmuth –, Karl Böhm, Robert Stolz, die „Miss World“ Eva Rueber-

Staier und Ulla Weigerstorfer, Jochen Rindt und zahlreiche Weltspitzensportler bis zu Renate Götschl kommen aus unserer Steiermark, genauso wie bahnbrechende Unternehmerpersönlichkeiten wie Frank Stronach oder Dietrich Mateschitz. Die Steiermark ist ein Talente-Cluster und es ist unsere Aufgabe, diese Talente bestmöglich zu fördern.

Die neue Steiermark seit 1945 ist eine Erfolgsgeschichte, ist das Land der Zukunft. Das ist das Werk aller Menschen unseres Landes, auf dem wir aufbauen wollen. Vor einigen Jahren ist von unserem Land als Krisenregion die Rede gewesen, heute sind wir eine Zukunftsregion – mit den besten Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsdaten Österreichs. Seitdem ich Wirtschaftsreferentin der Steiermärkischen Landesregierung 1988 wurde, wurden in der Privatwirtschaft 50.000 Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen. In keinem anderen Bundesland Österreichs sind 2004 die Arbeitslosenzahlen so markant zurückgegangen wie in der Steiermark. 2004 war erstmals seit 1945 die Arbeitslosenrate in der Steiermark geringer als in Österreich. Es gab auch das höchste Arbeitsplatzplus Österreichs in den letzten zehn Jahren: Steiermark 8,5 %, Österreich 4,6 %. Wir haben heute den höchsten Beschäftigtenstand, den wir je in der Steiermark hatten.

Schon jetzt kommt österreichweit jedes 3. High-Tech-Produkt aus der Steiermark. Es gilt in den bestehenden steirischen Stärkefeldern die Technologieführerschaft der Steiermark auszubauen und neue Stärkefelder zu schaffen! In der Steiermark sind derzeit 6 von 18 Kinderzentren (davon 4 in Graz) und 9 von 23 Kindern und Kinderzentren (davon 6 in Graz) zu finden. Das heißt, dass rund 37 % der Kompetenzzentren Österreichs in der Steiermark lokalisiert sind.

Vor allem in der Humantechnologie, in der Nanotechnologie und in der Ökotechnik hat die Steiermark einiges an Wachstumsreserven aufzudecken. Durch die Nanotechnologieoffensive konnten ca. € 6,7 Mio. in die Steiermark geholt werden, dies entspricht 61 % der österreichweit zur Verfügung stehenden Mittel (diese ermöglichen es, 2005 drei Leuchtturmprojekte vor Ort zu realisieren). Im Bereich Humantechnologie wird der HAT-Cluster ausgebaut und v. a. durch die Realisierung des Impulszentrums Graz-West weiter an Kraft gewinnen.

### Warum sind die Steirer reformorientierter als andere?

Vielleicht, weil wir es im Laufe der Geschichte oft schwerer gehabt haben, um vieles kämpfen mussten und wussten, dass nur durch beherzte Schritte eine positive Weiterentwicklung möglich ist.

Vielleicht, weil wir das österreichische Bundesland der Vielfalt mit der Harmonie der Gegensätze sind – vom ewigen Eis bis zum Weinland, von den 40.000 Studierenden und tausenden Forschenden und Lehrenden an den Universitäten bis zu den Bäuerinnen und Bauern sowie Hochofen-Arbeitern. Es ist ein weites und fruchtbares Spannungsverhältnis

von Heimatverbundenheit und Weltoffenheit, von Tradition und Fortschritt. Die reiche kulturelle Szene, der österreichweit höchste Anteil an High-Tech-Produkten und der Weg im letzten Jahrzehnt von der einstigen Krisenregion auf die österreichische Überholspur bei Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum, aber auch vielerlei Bildungsinitiativen sind positive Beispiele dieses steirischen Reformgeistes. Insbesondere ist die Steiermark immer auch als demokratiepolitische Reformkraft Österreichs bekannt gewesen. Viele Initiativen wurden in den letzten Jahrzehnten unternommen. Nicht nur zur ÖVP-Reform auf Bundesebene schon in den fünfziger Jahren, sondern insbesondere auch zur Erneuerung der politischen und demokratischen Strukturen Österreichs. So versammelte Landeshauptmann Josef Krainer I bereits vor vier Jahrzehnten in der „Neuen österreichischen Gesellschaft“ kritische Politiker, Wissenschaftler und Publizisten, um Reformvorschläge zu lancieren. So waren wir das erste Bundesland, das Vorwahlen durchgeführt hat. Wir waren ebenso das erste Bundesland, das einen weisungsungebundenen Landesrechnungshof eingeführt hat, der mittlerweile in nahezu allen Ländern Nachahmung fand. Wir waren das erste Bundesland, das ein Volksrechtegesetz mit den weitestgehenden Bürgermitbestimmungsrechten beschlossen hat. Die Initiative zum Österreich-Konvent zur notwendigen umfassenden Staats-, Demokratie- und Verwaltungsreform im Österreich des 21. Jahrhunderts ist auch von der Steiermark ausgegangen.

## Zukunftsregion

---

Es ist aus meiner Sicht eine besonders wichtige Aufgabe und Verantwortung der steirischen Politik, unser Bundesland als Zentrum einer Zukunftsregion zu profilieren, die geistige, kulturelle, wirtschaftliche, gesellschaftliche, wissenschaftliche, ökologische, soziale und politische Strahlkraft auf die Nachbarregionen Oberitaliens, Westungarns, Sloweniens, Kroatiens und die österreichischen Nachbarbundesländer Kärnten und Burgenland zu entwickeln und unter dem Motto „Alte Nachbarn – neue Partner“ historisch gewachsene Verbindungen zu verstärken vermag. Die Steiermark kann damit jene Tradition wieder aufnehmen und zukunftsorientiert weiterführen, die sie historisch zum Beispiel als Zentrum der Habsburger-Ländergruppe Innerösterreichs im 16. Jahrhundert in genau jenem Raum innehatte. Es hat seit jeher zum Selbstverständnis unseres Landes gehört, Brückenbauer zu sein. Trotz nicht immer leichter politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse haben wir bereits in der Vergangenheit immer gute und tiefe Beziehungen zu unseren Nachbarn gepflegt. Meine Amtsvorgänger, die Landeshauptleute Josef Krainer I, Friedrich Niederl und Josef Krainer II, haben schon frühzeitig und pionierhaft diese aktive Nachbarschaftspolitik gestaltet. 1978 wurde unter wesentlicher Mitwirkung der Steiermark die Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria gegründet, die die Regionen der heutigen Zukunftsregion umfasst. Die Steirer waren wesentliche Motoren – vor allem Josef Krainer II – für diese Zusammenarbeit,

die schon vor dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem Beginn des Wiedervereinigungsprozesses Europas viele dieser Entwicklungen vorwegnahm.

Einige Beispiele:

- Es war die bahnbrechende Kulturpolitik Hanns Korens, vor allem auch mit dem Trigon-Gedanken.
- Es sind die nunmehr fünf Universitäten.
- Es ist die Grazer Messe International, die viele Jahrzehnte „Südost“ programmatisch im Titel trug.
- Es ist die Innovationskraft der steirischen Wirtschaft, auch in Forschung und Entwicklung.
- So trat das LD-Stahlverfahren von Leoben-Donawitz aus seinen Siegeszug rund um die Welt an.
- So machte Hans List Graz mit der AVL zum globalen Motorenforschungszentrum.
- So wurde unsere Landeshauptstadt Graz 2003 Kulturhauptstadt Europas.

Die Zukunftsregion ist eine Initiative der Steiermark, die 1998 erstmals gemeinsam mit der Industriellenvereinigung und der Wirtschaftskammer Steiermark präsentiert wurde. Sie soll eine Zusammenarbeit der Regionen auf breiter Basis ermöglichen. Der Name Zukunftsregion hat in diesem Zusammenhang zwei Bedeutungen: Zum einen trägt die Initiative selbst den Namen Zukunftsregion und zum anderen bezeichnen sich die Partnerregionen selbst als die EU-Zukunftsregion.

Partner der Zukunftsregion sind neben der Steiermark die österreichischen Bundesländer Kärnten und Burgenland, die italienischen Regionen Friaul-Julisch-Venetien und Veneto, Slowenien, Nord-Kroatien und die ungarischen Komitate Győr/Moson/Sopron, Veszprém, Baranya, Vas und Zala. 17 Millionen Menschen aus vier Sprach- und Kulturkreisen leben in diesem gemeinsamen Raum, der in den verschiedensten Bereichen, wie zum Beispiel Arbeitsmarkt, Wirtschaft, Kultur, Bildung und Forschung und Infrastruktur, zusammenarbeitet. Die Rolle der Steiermark ist jene des Initiators. Zielsetzung ist, gemeinsam mit anderen Regionen eine gute Basis wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit zu schaffen. Es ist der Gedanke einer Zusammenarbeit auf breiter Basis in einem Raum, der geographisch, historisch und geopolitisch positiv zu erklären ist. Aufwind bekam der Wille zur Kooperation durch die Idee „Europa der Regionen“, die die Stärkung des regionalen Selbstbewusstseins durch Zusammenarbeit von benachbarten Regionen in den Partnerregionen zum Inhalt hatte. Aufgabe ist es, aus der Kooperation „Alte Nachbarn – neue Partner“/„Alte Räume – neue Chancen“ eine in den Herzen und Köpfen der Menschen verankerte Institution zu machen. Nur was vor Ort erklärbar und umsetzbar ist, wird die Menschen nachhaltig überzeugen und ihnen glaubhafte Zukunftsperspektiven aufzeigen. Starke wirtschaftliche Regionen mit einem starken Regional- und Heimatbewusstsein der Menschen und Freude an gemeinsamer Arbeit mit Erfolgsaussicht bringen Sicherheits- und Selbstbewusstsein. Es geht

dabei einerseits um die Bewusstseinsbildung eines großen gemeinsamen Wirtschaftsraumes mit Stärkung des Selbstbewusstseins der Akteure, vor allem der Unternehmen, und andererseits um die Sicherung der Arbeitsplätze der dort lebenden Menschen.

So ist die Steiermark lebenswerte Heimat und Herz der europäischen Zukunftsregion zugleich. Die Initiative Zukunftsregion ist auch im Zusammenhang mit dem Europa der Regionen zu sehen. Denn nur ein Europa der Regionen, das seine Stärke und Vitalität aus der Vielfalt in der Einheit und dem daraus resultierenden fruchtbaren Spannungsverhältnis schöpft, kann nur ein Europa der Bürger sein. Die europäische Idee aber lebt vom Vertrauen und der Unterstützung der Bürger. Es ist daher alles zu unternehmen, um Europa als durchschaubar und mitgestaltbar empfinden zu lassen und die Information und die Vertrauensbildung über und für Europa zu stärken. Europa der Regionen bedeutet für uns, Steirer, Österreicher und Europäer zugleich zu sein.

## Die Gemeinden – unser Fundament

Die Gemeinden sind das tragende Fundament des Zusammenlebens in jeder staatlichen Ordnung. Blühende und lebenswerte Gemeinden, in denen sich die Steirerinnen und Steirer wohl fühlen und mitgestalten, haben daher oberste Priorität in unserer politischen Arbeit. Durch dieses Miteinander von Land und Gemeinden ist die Steirische Volkspartei seit 1945 Bürgermeister- und Gemeindepartei Nummer eins. In alljährlichen Bürgermeistergesprächen werden die Bedürfnisse, Probleme und Wünsche der Gemeinden ausgelotet und durch eine gezielte und koordinierte, schwerpunktorientierte Förderpolitik auch über Bedarfszuweisungen bestmöglich unterstützt. Jeder Euro, der in die Gemeinden investiert wird, gibt starke Impulse für einen vielfachen Multiplikatoreffekt.

## Blick nach vorne

Jubiläen sollen daher nicht so sehr vom nostalgischen Blick auf die „guten alten Zeiten“ dienen, sondern Kraft für die Zukunft geben. Dies gilt ganz besonders auch für das große Österreich- und Steiermarkjahr 2005. Der Blick darauf, wie in den letzten 60 Jahren das neue Österreich, die neue Steiermark gestaltet wurden, ist gleichzeitig auch das Ziel vor Augen haben, wohin sich Österreich und die Steiermark in den nächsten 60 Jahren entwickeln sollen. Die Bewältigung der Herausforderungen der letzten 60 Jahre zeigt uns auch die Dimensionen und gibt uns jene realistische Zuversicht, mit der wir unsere Aufgaben heute und in Zukunft gestalten wollen.

Unser 2001 gestartetes Programm „Kind(er)leben“ stellt sich auch die Fragen: Welche Zukunftschancen hat unsere Jugend? Wie geben wir unseren älteren Mitbürgern

Sicherheit und Geborgenheit? Wie gehen die Generationen und Geschlechter miteinander um? Welche Infrastruktur und welche Bildungssysteme brauchen wir bis 2050.

Geschichte ist Herkunft und Zukunft, ein Baum mit starken Wurzeln, der weiterwächst und gedeiht.

Es ist für die Steirische Volkspartei eine verpflichtende und große Tradition, die Steiermark-Partei und damit auch die steirische Programm- und Zukunftspartei zu sein. Es gibt wohl kaum eine andere Landespartei Österreichs, die eine so große, reiche und starke Tradition der Programmarbeit hat wie die Steirische Volkspartei: mit unserem Langzeitprogramm „Modell Steiermark“ seit über 30 Jahren mit den Konzepten des Landes, mit den Perspektive-Steiermark-Konzepten, mit den großen Jahresthemen seit 2001, Bildung, Sicherheit, Soziales, mit dem am Landesparteitag 2004 eingeleiteten neuen großen Prozess „Zukunft Steiermark“, der auf den festen Fundamenten der vorhin genannten großen Programme aufbaut, mit nunmehr weit über 90 Ausgaben des „Politicums“, mit dem „Steirischen Jahrbuch für Politik“, früher mit unserem Bildungszentrum Josef-Krainer-Haus, jetzt mit unserem Steirischen Institut für Politik und Zeitgeschichte, mit den Denkwerkstätten, mit den Teilorganisationen. Wir sind dankbar dafür, dass im Laufe der Jahre tausende, viele auch parteiungebundene Menschen unseres Landes an diesem großen Diskussionsprozess mitwirken und oft auch unbequeme, aber ungemein befruchtende Diskussionsbeiträge leisten – in einem echten Klima der Offenheit, aber auch der Verbundenheit zu Werten, mit dem Blick auf die großen Fragen der Zeit, aber nicht abgehoben von den konkreten Problemen, Sorgen, Bedürfnissen, Wünschen und Hoffnungen der Menschen unserer Heimat, denen wir Orientierung geben wollen und mit denen wir unsere Zukunftsregion im Südosten Europas als Land der Zukunft in allen Bereichen gestalten wollen.

## Werte und Offenheit

---

Dabei ist bewusst, dass Werte unverändert gültig sind, dass aber gleichzeitig die Strukturen und das Leben sich ändern, dass also immer neue Antworten auf Basis gültiger Werte gegeben werden müssen. Auf dem festen Fundament der Werte gilt es, gerade in unserer sich immer schneller wandelnden Welt, immer wieder die besten Strukturen zu entwickeln, zu verändern. Auf diesem festen Fundament der Werte sind auch Offenheit und Toleranz gegenüber dem Neuen und dem Andersartigen möglich und notwendig. Eine der großen Stärken der Steirischen Volkspartei ist, dass sie eine echte Volkspartei ist, eine echte, große, lebendige, diskutierende, arbeitende Volkspartei der Breite und Vielfalt, der Verbundenheit mit der Heimat und der Offenheit für die Welt sowie der Verbundenheit mit der Tradition und der stetigen Offenheit für die neuen Fragen unserer Zeit, denen wir uns mit Sensibilität, Seriosität und Verantwortung stellen. Auch ein Markenzeichen der Steirischen Volkspartei sind unterschiedliche Meinungen in der Breite und Vielfalt der

Positionen in einer fruchtbaren Spannung, durch die immer neue interessante Impulse, die uns weiterbringen, entstehen. Wir brauchen den Wettstreit der besten Ideen und Umsetzungen für unser Land. Dazu ist eine gute politische Kultur des offenen und ehrlichen Gesprächs notwendig. Eine Politik, die die Begriffe verantwortungsbewusst, sozial, nachhaltig ernst nimmt. Maßnahmen, die heute getroffen wurden, sind zukunftssichernd und müssen als solche erklärt werden: nämlich, dass Sparen kein Selbstzweck, sondern eine lohnende Investition für die Zukunft ist. Es gibt keinen Grund zum Pessimismus. Die besten Jahre liegen nicht hinter uns, sondern kommen erst – für unsere Zukunftsregion. Wir müssen und wollen dafür arbeiten. Es gilt insbesondere realistische, aber begründet hoffnungsvolle Orientierung zu geben. Auch das ist eine große Verantwortung der Politik. Wir bekennen uns zu den grundlegenden Werten, aber wir wissen, dass es einen notwendigen Wandel in den Lebenssituationen gibt.

Es geht mir auch um den Respekt vor den Menschen. Manchmal erwartet man sich schnelle Antworten. Es gibt nicht für alles einfache Antworten. Das Leben ist nicht immer schwarz-weiß, es ist oft vielfältig schattiert, bunt. Es gibt oft nicht ein Entweder-oder, sondern ein Sowohl-als-auch. Es geht oft um die Frage, was das Richtigere ist, was das Bessere ist, was der weniger schmerzliche Weg ist. Für mich steht fest: Gute Politik ist, muss und kann immer nur soziale Politik für die Menschen sein. Der Mensch, seine Würde und seine Entfaltung in der Gemeinschaft sind das Wichtigste.

Soziale Politik muss eine nachhaltige Politik sein. Politik hat gerade auch im Zeitalter der Globalisierung einen besonderen Gestaltungs- und Ordnungsauftrag. Jeder technische, wirtschaftliche, medizinische Fortschritt muss daher dem Menschen dienen – wirklicher Fortschritt ist am menschlichen Maß zu erkennen und zu messen, am Maß einer lebenswerten Gesellschaft.

Die Politik ist gefordert, gerade auch in einer Zeit umwälzender Veränderungen Sicherheit und Orientierung zu geben. Das heißt, den Veränderungsprozess gestalten, positive Entwicklungen fördern, den Menschen nicht nur zu vermitteln, dass sie mit ihren Sorgen und Ängsten ernst genommen werden, sondern hoffnungsvolle Perspektiven aufzuzeigen. Zuwendung zu den Menschen, Hilfsbereitschaft, Mut, Verlässlichkeit, Ehrlichkeit, Verantwortung, Beständigkeit und Standfestigkeit bringen auch das notwendige Vertrauen und die Glaubwürdigkeit. Es gilt auch immer das Positive zu stärken, den positiven Wettstreit der Ideen zu suchen.

Wir brauchen eine auch für die Zukunft gültige und tragfähige Kultur des Miteinander, die vom Zusammenhalt zwischen den Menschen, von einem Denken in Generationen und sozialer Gerechtigkeit bestimmt wird. Es ist eine neue Steiermark und es sind viele Erfolge im Miteinander erreicht worden. Auch in den letzten Jahren waren über 97 % aller Beschlüsse in der Landesregierung einstimmig. Wir arbeiten gerne und viel. Wir nehmen Verantwortung wahr in der Regierung und im Landtag mit unseren Partnern in den Gemeinden und in der Bundesregierung. Wir haben so viele Ansprechpartner in Wien wie



nie zuvor, wobei meine Position ja klar ist: Nicht kontra Wien, sondern pro Steiermark, pro Süden, nicht laut, aber konsequent steirische Forderungen gegenüber den Zentralstellen vertreten und auch durchsetzen. Nicht im Gegeneinander, sondern im Miteinander, damit der Süden Österreichs nach Jahrzehnten wirtschaftlicher Benachteiligungen auf der Überholspur bleiben kann, damit der Aufholprozess fortgesetzt werden kann und damit tragfähige Schienen in die Zukunftsregion gebaut werden können.

Wir reden nicht von Themenführerschaft, wir haben und leben sie – in der täglichen politischen Arbeit. Unser Regierungsteam, unser Klub, unsere Partei. Wir haben die Themenführerschaft auch in den Zukunftsthemen. Wir werden weitere klare Perspektiven für die Zukunft Steiermark, für die Steiermark als Modell einer guten Heimat und Zukunftsregion erarbeiten.

Die Arbeitsbilanz kann sich sehen lassen und ich werde weiter immer zur Zusammenarbeit und zum Miteinander einladen. Denn die Menschen wollen, dass wir arbeiten und nicht wahlkämpfen, und im Miteinander erreichen wir auch viel für unser Land, viel mehr als im Gegeneinander.

Wir haben es in einem Stil in der Politik getan, um den ich mich bemühe. Kein böses und lautes Wort, das Positive stärken, Politik als Wettbewerb der besseren Ideen, ganz gleich, ob sie grün, weiß-grün, blau, gelb oder rot sind, wichtig ist: Das Beste für unser Land. Und wir erreichen es in allen Bereichen und so soll es auch weitergehen. Persönlich geht es mir vor allem auch um Verlässlichkeit und Verantwortung.

Wodurch sind wir unverwechselbar?

Wir sind die Steirische Volkspartei, die Steiermark-Partei, wir ergreifen Partei für die Steiermark und ihre Menschen. Zuerst die Steiermark, dann die Partei. Eigenständig, auch entschieden Partei ergreifend gegenüber den Zentralstellen und miteinander umsetzen. Arbeiten wir mit Herz, Kraft und Verstand für das Land der Zukunft, die Steiermark und ihre Menschen, für die Chancen einer lebenswerten Heimat und Zukunftsregion im Herzen Europas. Wir haben noch viel vor und miteinander wird es gelingen.

Die Verbindung zwischen klug verstandener Tradition und mutiger Innovation hat nicht nur die nunmehr 60-jährige Erfolgsgeschichte der Steirischen Volkspartei geprägt, sie hat auch die wechselvolle Wirtschaftsgeschichte der Steiermark maßgeblich beeinflusst. Ähnlich wie Kunst und Kultur aus der Steiermark hat auch die steirische Wirtschaft bewiesen, dass sie innovativ, grenzüberschreitend und tonangebend sein kann – wenn die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen stimmen.

## Eiserner Vorhang, überkommene Strukturen

---

Der Blick zurück in die Historie zeigt, dass die „Eckdaten“ für die österreichische und damit für die steirische Wirtschaft schon vor Abschluss des Österreichischen Staatsvertrages feststanden: das österreichische Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft, die starke Handelsintegration in den Westen Europas und verstaatlichte Unternehmen als vermeintliches „Rückgrat“ der Wirtschaft.

Zwei dieser Eckdaten sollten sich für die Steiermark als problematisch erweisen: Von den westeuropäischen wirtschaftlichen Integrationsräumen war die Steiermark von allen Bundesländern am weitesten entfernt. Nach Osten und Süden wurde der wirtschaftliche Austausch mit den Nachbarn durch den praktisch unüberwindbaren „Eisernen Vorhang“ verhindert. Die Grenzlandbezirke der Steiermark mit ihren sinkenden Bevölkerungszahlen zählten deshalb auch zu den einkommensschwächsten Regionen Österreichs. Ein weiterer gravierender Wettbewerbsnachteil entstand der Steiermark durch die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) am 1. Jänner 1958. Die Steiermark war von Österreichs Nichtbeteiligung deshalb besonders betroffen, weil mehr als die Hälfte der steirischen Exporte in den EWG-Raum gingen. Österreichs EFTA-Beteiligung im Jahr 1960 war kein ernst zu nehmender Ersatz für die Nichtteilnahme an der EWG. In der Folge verlor die Steiermark Marktanteile im EWG-Raum. Die EWG-Teilnahme, die vor allem von der Volkspartei massiv vertreten wurde, war bekanntlich an der Interpretation der österreichischen Neutralität durch die Sowjetunion und durch das italienische Veto aufgrund der Südtirolkrise gescheitert.

Neben diesem weltpolitisch determinierten Wettbewerbsnachteil war die wirtschaftliche Entwicklung der Steiermark auch durch hausgemachte, der sozialistischen Bundesregierung zu „verdankende“ Standortnachteile geprägt. Die schwerfälligen verstaatlichten Industriebetriebe in der Obersteiermark mit ihren Monostrukturen und ihrer Orientierung auf die Grundstoffproduktion, mit der unterdurchschnittlichen Wachstumsdynamik und einer zu geringen Produktivität waren auf Dauer nicht dazu in der Lage, Wachstum und

Wohlstand in der Region zu sichern. Streikwellen in den 50er Jahren und eine Rezession Anfang der 60er Jahre kennzeichneten die industrielle Wirtschaftsgeschichte in dieser Zeit. Zu lange war man den vergleichsweise guten Erträgen der Schwerindustrie nachgegangen und hatte nicht bemerkt, dass die veränderte Weltmarktlage neue Strategien erforderlich machte. So war etwa dem Erzberg durch billige Übersee-Erze starke Konkurrenz erwachsen. Noch dramatischer präsentierte sich die Situation beim steirischen Braunkohlenbergbau. Die Obersteiermark wurde nach und nach zur Krisenregion.

### ÖVP-Wirtschaftspolitik wirkt

---

Wie sich unterschiedliche wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen auf die Wirtschaft und insbesondere auf die steirische Wirtschaft auswirken, zeigte sich Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre in der Steiermark sehr anschaulich:

- Dank der auf die Sanierung der österreichischen Finanzen gerichteten Budgetpolitik unter Stephan Koren, einer verantwortungsbewussten Sozialpartnerschaft, einer starken Fortschritts- und Technikorientierung und eines Globalabkommens zwischen EWG und Österreich zur Herstellung einer Freihandelszone für gewerblich-industrielle Produkte konnte das Land vom 1968 einsetzenden internationalen Konjunkturaufschwung optimal profitieren. Eine der erfreulichen Konsequenzen: Die traditionell hohe Arbeitslosenrate in der Steiermark sank deutlich.
- Andere Ergebnisse brachte der sozialistische Austro-Keynesianismus, der im Zug der zweiten Ölkrise 1979 einen deutlichen Anstieg des Budgetdefizits verursachte, ohne damit etwas gegen die steigende Arbeitslosigkeit und das Ende der Vollbeschäftigung auszurichten. Das Ergebnis: Von 1973 bis 1986 lag die Arbeitslosigkeit in der Steiermark im Mittel 0,5 % über dem österreichischen Wert. Derzeit liegt die Arbeitslosenrate im Jahresdurchschnitt in der Steiermark um 0,1 % unter dem österreichischen Wert.

### Wendejahr 1989

---

Einen entscheidenden Wendepunkt in der schwierigen Wirtschaftsgeschichte der Steiermark brachte schließlich das annus mirabilis 1989: Am 17. Juni 1989 hatte Österreich – ein historischer Erfolg der Volkspartei – sein Ansuchen um Aufnahme als Vollmitglied in der EG gestellt. Dies war natürlich auch von der Steirischen Volkspartei mit Nachdruck unterstützt worden, da man sich entscheidende wirtschaftliche Impulse als Ausgleich für die steirische Randlage gegenüber Südosteuropa erwarten durfte.

Nur wenige Monate später begann der – zumindest Slowenien gegenüber löchrig gewordene – Eiserne Vorhang in sich zusammenzubrechen. Das Ende der kommunisti-

schen Diktaturen in Osteuropa machte für die Steiermark den Blick frei auf alte Nachbarn, von denen man jahrzehntelang getrennt war – und auf einzigartige wirtschaftliche Chancen. Die steirischen Unternehmen erkannten die neuen Möglichkeiten sehr rasch. Viele Firmen engagierten sich in Ungarn, Slowenien, Tschechien und der Slowakei. Dies führte zu einem starken Wirtschaftswachstum: 1989 wurde die durchschnittliche österreichische Wachstumsrate überholt, 1990 war die Steiermark die österreichische Konjunkturlokomotive mit 7,4 % Wachstum des Bruttoregionalprodukts (ohne Land- und Forstwirtschaft und Energie).

## Modernisierungsschub für die Wirtschaft

---

Die neuen Perspektiven, die das Wendejahr 1989 gebracht hatte, unterstützten den Prozess, dass die historischen „Altlasten“ der steirischen Wirtschaftslandschaft – das Überwiegen der Grundstoffindustrie, das Nachhinken bei Produkt- und Prozessinnovationen, in der Entwicklung von Patenten, in Forschungs- und Entwicklungsausgaben, die niedrigste Produktivitätsrate in den Bruttowertschöpfungen pro Beschäftigten – auf Initiative der Volkspartei rasch und engagiert saniert wurden. Auf breiter Front wurde modernisiert, umstrukturiert und in Richtung Hochtechnologie investiert.

Vor allem die Krise der Obersteiermark, die von Medien als „Industriefriedhof“ etikettiert worden war, hatte handfeste hausgemachte Gründe: die Dominanz der Schwerindustrie, geringe regionale Lieferverflechtungen, das Fehlen von Clusterbildungen, wie sie etwa die japanische Autoindustrie schon lange aufwies, das Fehlen einer Palette an dynamischen und leistungsfreudigen Klein- und Mittelbetrieben, das relativ hohe Lohnniveau der Industriearbeiterschaft, eine mangelnde räumliche und fachliche Mobilitätsbereitschaft der Arbeitnehmer sowie eine im österreichischen Kontext unterdurchschnittliche Produktivität. Die Strukturkrise hatte System: Das jahrelange Festhalten der SPÖ unter Kreisky an den veralteten und nicht mehr wettbewerbsfähigen Organisationsstrukturen war vor allem aus parteitaktischen Gründen erfolgt.

Das „Regionalkonzept Obersteiermark“ setzte daher – neben der Beseitigung der dringendsten Mängel – auf zeitgemäße Strukturen und auf Forschung und Entwicklung. Anwendungsfreundliche Forschungs- und Technologieparks sollten als „Frischzellentherapie“ für die alten Industrieregionen wirken, die Ausbildung der Arbeitnehmer intensiviert, das Arbeitskräftereservoir an Technikern durch Umschulungen verbreitert werden. Das VOEST-Debakel 1985 und die Verluste von über elf Milliarden Schilling hatten die Sanierungsanstrengungen der „Verstaatlichten“ beschleunigt und 1990 zur Gründung der „Austrian Industries AG“ mit Branchenlinien geführt.

Parallel zur Besitz- und Organisationsänderung setzte das Land Steiermark die Erkenntnisse wissenschaftlicher Studien um und versuchte vor allem durch finanzielle

Förderungen in zukunftssträchtige Alternativprojekte, in Bildungsmaßnahmen und durch den Aufbau eines Tourismus- und Event-Standbeins (z. B. „Eisenstraße“) Richtung Zukunft zu steuern.

Die Wirtschaft der Steiermark schaffte den Umschwung von einer „alten“ Industrie-region zu einer High-Tech-Landschaft. Sie wurde innovativer und daher wettbewerbs-stärker als je zuvor. Die Steiermark ist ein dynamisch wachsender Wirtschaftsraum im erweiterten Europa. In unmittelbarer Nachbarschaft zu Slowenien, Kroatien und Ungarn gelegen, ist dieses Bundesland ein interessanter Partner für die neuen EU-Mitgliedsländer und für alle, die in Ost- und Südosteuropa unternehmerisch tätig werden wollen. Durch die einstige Randlage im heutigen erweiterten Europa wurde die steirische Wirtschaft schon früh zu intelligenten Kooperationsformen über die Grenzen hinweg motiviert.

## Clusterland Steiermark

---

Eine besondere Qualität des Standortes Steiermark und der steirischen Wirtschafts-politik war und ist die Clusterbildung – im Sinne einer Agglomeration wettbewerbsstarker Industrie- und Dienstleistungsbetriebe durch zahlreiche Liefer- und Kompetenzbeziehungen sowie Kooperationen zwischen verwandten und zuliefernden Unternehmen. Neben dem Holzcluster, der auf die strategische Positionierung des Bundeslandes als Holz-High-Tech-Land ausgerichtet ist, wurde die Steiermark für ihren großflächigen Automobilcluster bekannt.

Partner des Holzclusters sind unter anderem Firmen der Meyr-Melnhof Holding und der Norske Skog Gruppe. Der ACStyria unterstützt die Bündelung aller in der automotiven Wertschöpfungskette vorhandenen Kräfte der Region und trägt damit zur Steigerung der Innovationskraft und internationalen Wettbewerbsfähigkeit bei. Rund 190 Partnerunternehmen mit 44.000 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von 6,8 Mrd. Euro sind im ACStyria vertreten. Im Fall des Automobilclusters etwa produzieren derzeit mehrere führende Automarken wie Mercedes-Benz, Saab oder BMW Automodelle in der Steiermark. Mit seiner „Strategie 2011“ will der ACStyria zu einem europäischen Center of Excellence im Automobilbau werden. In einer grenzüberschreitenden „Automotive Region Südosteuropa“ will die Steiermark die „koordinierende Rolle als Lead-Partner übernehmen. Als Resultat rechnet man mit einem Wachstum der Unternehmen am Standort, das 30 Prozent über dem westeuropäischen Branchendurchschnitt liegt und mit der Verdoppelung des derzeitigen Geschäftsvolumens in den neuen Zielmärkten wie Asien bis 2007.

Partner des ACStyria sind unter anderem Leitbetriebe wie der renommierte Motorenentwickler AVL-List, MAGNA Steyr AG, der Werkzeugversorger TCM-International, Europas führender Leiterplattenproduzent AT&S, Böhler Schmiedetechnik und DaimlerChrysler Consult.

Weiters ist in der Steiermark ein Humantechnologiecluster ins Leben gerufen worden, bei den Firmen wie Roche Diagnostics, Schinko-Neuroth und Forschungsinstitute (Joanneum Research) vertreten sind. Über einen grenzüberschreitenden Metall- und Elektrocluster wird nachgedacht.

Gerade durch das Clustern der relevanten Produktionszweige und die dadurch freigesetzten Synergien wurde die Wettbewerbsfähigkeit der steirischen Wirtschaft deutlich gesteigert.

Die erfreuliche wirtschaftliche Dynamik der Steiermark in den 90er Jahren wird auch im internationalen Vergleich deutlich: Im Ranking der 243 EU-Regionen hatte sich das Land von Platz 119 im Jahr 1993 auf Platz 53 im Jahr 1998 nach vorne gearbeitet und lag damit im vorderen Drittel der EU-Regionen. Innerhalb Österreichs hat die Steiermark damit etwa Niederösterreich, Oberösterreich, Kärnten und das Burgenland hinter sich gelassen – ein wichtiger Erfolg für die steirische Standortpolitik.

Heute zählt die Steiermark zu den zwanzig attraktivsten Regionen Europas für High-Tech-Unternehmen. An der überdurchschnittlichen Bewertung Österreichs in internationalen Rankings ist die Steiermark mit ihrer hoch entwickelten Cluster-Landschaft maßgeblich beteiligt. Durch die Vernetzung des höchstqualifizierten steirischen Arbeitskräftepotenzials mit dem Know-How steirischer Forschungs- und Entwicklungseinheiten und den daraus entstehenden Synergieeffekten wird der High-Tech-Standort Steiermark auch weiterhin für Topplatzierungen in internationalen Rankings sorgen.

## Die Erweiterungschance

---

Mit der Erweiterung der EU begann das nächste Kapitel in der jüngeren steirischen Erfolgsstory. Die Ausgangssituation der Steiermark im Hinblick auf die wirtschaftlichen Effekte der Erweiterung war und ist privilegiert. Dies hängt nicht nur damit zusammen, dass die Grenze zu Slowenien schon vor 1989 durchlässig war, sondern vor allem auch damit, dass die Steiermark es verstanden hat, ihre geografische, historische und politische Brückenfunktion klug und nachhaltig zu nutzen. Die traditionellen Partnerschaften mit den Nachbarn sind das Kapital für die steirische Zukunft. Es bestehen rege Kontakte zu Regionen in Ungarn – wie etwa Baranya, Zala, Somogy, Vas und Tolna sowie Győr/Moson/Sopron – und zu Slowenien, etwa im Rahmen der ARGE Alpen-Adria. Dazu haben die vielfältigen Aktivitäten der Steiermärkischen Landesregierung, der Industriellenvereinigung Steiermark und Kärnten sowie der Wirtschaftskammer Steiermark maßgeblich beigetragen.

Vor allem Slowenien ist für die Steiermark sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer und kultureller Hinsicht ein wichtiger strategischer Partner, mit dem intensiv an einer gemeinsamen europäischen Zukunft gearbeitet wird. Slowenien liegt mit dem Pro-

Kopf-Import österreichischer Waren unangefochten vor der Schweiz und Deutschland an der Spitze. Trotz der ungünstigen Konjunkturentwicklung konnte 2002 und 2003 eine beachtliche Steigerung der österreichischen Ausfuhren erzielt werden. Ein wesentlicher Grund für die anhaltenden österreichischen Exportzunahmen nach Slowenien liegt darin, dass Österreich mit einem Investitionsvolumen von 1,2 Mrd. EUR per 31. 12. 02 der mit Abstand wichtigste Investor in Slowenien ist. An den rund 400 namentlich erfassten Direktinvestitionen in Slowenien sind in 120 Fällen steirische Firmen beteiligt. Österreichische Unternehmen investierten im ersten Halbjahr 2003 119 Mio. EUR. Damit belegt Österreich mit einem Anteil von rund 32 % an den gesamten ausländischen Direktinvestitionen den ersten Platz in der Investorenrangliste vor der Schweiz (11,5 %) und Deutschland (10,7 %).

Handlungsbedarf besteht aus steirischer Perspektive in diesem Zusammenhang in Sachen Verkehrsinfrastruktur: Die Randlage der Steiermark war in der Vergangenheit besonders aufgrund der schlechten Erreichbarkeit spürbar. Von 267 europäischen Regionen nahm die Steiermark, gemessen an ihrer Verkehrsanbindung, Mitte der neunziger Jahre nur den 221. Platz ein. Eine starke Verkehrsachse mit Slowenien und ein verkehrs- und wirtschaftspolitisch stärkeres Zusammenwachsen von Graz und Marburg/Maribor wurde bereits in Angriff genommen. Als Keimzelle dieser Entwicklung dient die Technologieachse Graz–Marburg/Maribor mit den Kooperationen der Technologieparks, der Erweiterung des Automobilclusters Steiermark um die slowenische Automobilzulieferindustrie und den gemeinsamen Projekten im Medien- und Telekommunikationsnetz.

Im Rahmen der gemeinsamen Dachmarke „EU-Zukunftsregion Südost“ kann und soll die Steiermark eine federführende Rolle für die grenzüberschreitende regionale Entwicklung übernehmen. Die Erweiterung der Europäischen Union um Slowenien und Ungarn bietet die einmalige Chance, diese Region Europas zu einer neuen und bedeutsamen Entwicklungsachse werden zu lassen. Die Steiermark und insbesondere Graz als Dienstleistungs- und Technologiezentrum eröffnen im internationalen Vergleich einmalige Chancen als Drehscheibe und als Verbindungsglied in den EU-Zentralraum. Es ist zu erwarten, dass insbesondere der ostslowenische Raum sowie die südliche Steiermark und das Grazer Becken zu einem Wirtschaftsraum verschmelzen werden.

Die EU-Erweiterung bringt nachweislich Rückenwind für Arbeit und Wirtschaft in Österreich und damit auch für die Steiermark. Schon die Öffnung Osteuropas 1989 hat Österreich seit damals ein zusätzliches BIP-Wachstum von rund 6 % (etwa 14 Mrd. EUR) und insgesamt 60.000 Arbeitsplätze gebracht. Österreich ist der größte Gewinner der Erweiterung der Europäischen Union. Das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) hat in einer Studie Integrationseffekte in Form eines zusätzlichen Wirtschaftswachstums von 0,42 % in den Jahren 1995 bis 2001 ermittelt. Bis 2010 ist mit 30.000 neuen Arbeitsplätzen zu rechnen.

Der Wirtschaftsstandort Steiermark ist heute im Urteil der österreichischen Betriebsansiedlungsagentur Austrian Business Agency (ABA) ein guter Industriestandort mit transparenter strategischer Ausrichtung und einer zufrieden stellenden Verfügbarkeit von Flächen und Fachkräften. Voll punkten kann die Steiermark in ihren spezifischen Stärkefeldern (Automotive, Holz, Metall, Werkstoffe, Nano, IT, Ökotechnologie, Humantechnologie), wo sie eine klarere Positionierung als andere österreichische Bundesländer verfolgt. Die Clusterbildung ist – gemeinsam mit Oberösterreich – am weitesten fortgeschritten. Der steirische Automobilcluster hat bereits europaweite bzw. weltweite Reputation erworben. Mittlerweile tragen 15 industrielle Zentren und Netzwerke zu Aufbau, Weiterentwicklung und Transfer von clusterspezifischem und anwendungsorientiertem technologischen Wissen zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen bei. Die Orientierung auf Forschung und Entwicklung hat sich für die Steiermark bezahlt gemacht: Für die Erreichung der österreichischen Ziele im Rahmen der „Lissabon-Strategie“ – eine Forschungsquote von drei Prozent des BIP bis 2010 – kommt der Steiermark eine Schlüsselrolle zu. Für die Zukunft der Steiermark ist es essenziell, das hohe Weiterentwicklungspotenzial im Land auf politischer Ebene zu unterstützen und das „Innovationsland Steiermark“ sowohl national als auch international besser zu positionieren.

Die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte der Steiermark, die wir heute u. a. mit der Steuerreform 2005 und der Reform der Forschungsförderung offensiv unterstützen, ist nicht denkbar ohne die zukunftsorientierte, strategisch fundierte Wirtschaftspolitik der Steirischen Volkspartei. Sie hat auf besondere Weise für den Wirtschaftsstandort und damit für den Arbeitsstandort Steiermark Partei ergriffen. Die Steirische Volkspartei und ihre Vor- und Querdenker haben immer wieder Innovationskraft unter Beweis gestellt – nicht nur in wirtschaftlichen, sondern auch in gesellschaftspolitischen Fragen. Innovationskraft ist und bleibt in der Wirtschaft wie in der Politik die beste Strategie für eine erfolgreiche und sichere Zukunft.



Sommer 1945: Der Krieg ist endlich vorüber. Die Frauen haben in den schweren Kriegsjahren ihren Mann gestanden, stehen müssen. Und sie haben in dieser Zeit erkannt, was sie zu leisten vermögen. Trotzdem war es selbstverständlich, dass sie ihre Positionen in Familie und Wirtschaft den heimkehrenden Männern überließen. Ebenso selbstverständlich war, dass Frauen damals höchstens mit einer Witwenpension, aber kaum mit einer eigenen Pension rechnen konnten. Schon gar nicht, wenn sie Kinder hatten – auch wenn sie zwischendurch berufstätig waren. Heutige Errungenschaften wie Karenzgeld, Kinderbetreuungsgeld, Elternteilzeit, Familienhospiz-Karenz oder gar pensionsbegründende Kindererziehungszeiten waren damals nicht einmal in träumerischen Ansätzen vorhanden. Allerdings, dass im gesellschaftlichen System arge Schwächen zu Lasten der Frauen existierten, wurde Frauen zunehmend bewusst. Sie begannen sich vermehrt politisch zu interessieren.

Politik mit und für Frauen ist in der Steiermark heute untrennbar mit Frieda Mikola verbunden, jener Frau, die den steirischen Grundstein der Österreichischen Frauenbewegung legte. Bereits vor dem Zweiten Weltkrieg arbeitete Mikola ein Jahrzehnt als Abgeordnete zum Steiermärkischen Landtag, engagierte sich außerdem in Frauen- und Mädchenorganisationen und war Präsidiumsmitglied der „Weltunion katholischer Frauenverbände“. Im September 1945 brachte sie zustande, dass im Rahmen der ÖVP der „Frauenbund“ gegründet wurde, der bald darauf in ganz Österreich den Namen „Österreichische Frauenbewegung“ erhielt. Man widmete sich, in Sektionen untergliedert, der Politik, der Fürsorge, der Volksbildung, der Kultur. Mikolas oberstes Anliegen war es, die steirische Frauenbewegung als politisch arbeitende Organisation aufzubauen. Ihrer Beharrlichkeit und Ausdauer ist es zu danken, dass die Frauenbewegung das Recht auf die Nominierung eigener Kandidatinnen für die Nationalrats-, Landtags- und Grazer Gemeinderatswahlen erhielt. Beharrlichkeit und Ausdauer, aber ebenso Improvisationstalent waren auch anderwärtig notwendig, wie der 1. Landesfrauentag am 12. November 1947 zeigte. Die Bedingungen, unter denen in den Nachkriegsjahren eine Veranstaltung organisiert werden musste, sind heute kaum mehr vorstellbar. Der 1. Landesfrauentag sollte einen einigermaßen würdigen Rahmen erhalten – aber den damals nötigen Ansuchen um Bezugsscheine für Kohle, Fett und etwas Zucker wurde nicht stattgegeben, der Festabend sollte in kalten Räumlichkeiten ohne „gesellschaftliches Ambiente“ und auch ohne Sitzgelegenheiten stattfinden! Die Frauen wussten sich zu helfen. Als Reisegepäck brachte jede ein Säckchen Kohle und ein wenig Essen mit. Die Stühle, immerhin 80 Stück, wurden vom Schauspielhaus ausgeborgt (und zum Haus Karmeliterplatz 6 getragen). Das Geld für Reise, Unterbringung und Essen hatte jede Delegierte selbst aufzubringen. Bei dieser Veranstaltung, die unter dem Motto

„Ideengemeinschaft, Arbeitsgemeinschaft, Friedensgemeinschaft“ stand, wurde auch die erste Landesleitung gewählt, natürlich Nationalrätin Mikola, alle Bezirksreferentinnen und je eine zweite Delegierte gehörten der Landesleitung an, ebenso wurden die Vorsitzenden der Sektionen und Referate bestimmt und auch eine Pressereferentin bestellt – eine Struktur, die grosso modo auch heute noch gilt. Die erste Bilanz, die nach zwei Jahren Arbeit gezogen werden konnte, war beachtlich: Es gab bereits in 16 Bezirken Ortsgruppen, die kulturelle Veranstaltungen wie Ausstellungen, Kurse und Schulungen für Frauen, gesellige Abende und Feste durchführten. Im Bereich Sozialarbeit hat man Hilfsdienste für Hausfrauen eingerichtet, das „Kinderrettungswerk“ wurde in die ÖFB eingegliedert, Erholungsaufenthalte für Kinder und Frauen wurden organisiert. Damals konnte auch das Heim in der Grazer Goethestraße 11, allerdings sanierungsbedürftig, übernommen werden, es bot 25 Seniorinnen ein neues Daheim. Ein Jahr später, beim 2. Landesfrauentag, bildete der Stefaniensaal den Rahmen, richtungweisende Resolutionen wurden beschlossen. Sie zeigen, was in der damaligen Zeit Vorrang hatte, wie trist die Lebensverhältnisse waren, aber auch, wie weitsichtig die Probleme der Frauen von Frauen gesehen wurden.

Hier ein Auszug:

- Schaffung eines österreichischen Ehegesetzes, weil immer noch das deutsche Gültigkeit hat.
- Erstellung von neuen Lehrplänen zum Wohle der Schüler sowie eine Intensivierung der Berufsausbildung.
- Gleiche Besoldung für Männer und Frauen bei gleicher Tätigkeit und Ausbildung.
- Frauen sollen die Möglichkeit der Mitbestimmung bei Personal- und Arbeitsausschüssen erhalten.
- Forderung nach einem 13. Monatsgehalt.
- Förderung des Wohnbaus, besonders in Hinsicht auf die schlechte Wohnungssituation der Landarbeiter.
- Der Landflucht muss Einhalt geboten werden.
- Stabilisierung der Währung.
- Bekämpfung des Schleichhandels und von Diebstählen.
- Die Frage der Zulagenkarten ist zu klären. Den Steirerinnen und Steirern hat man, aus welchen Gründen auch immer, nämlich den niedrigsten Kaloriensatz ganz Österreichs „zugeteilt“.
- Wiedereinführung von Kleiderkarten.
- Klärung der Heimkehrerfrage.
- Keine Freigabe der Abtreibung.
- Förderung der Volksgesundheit (zu dieser Zeit von immenser Bedeutung).

Die anstehenden Probleme waren eine große Herausforderung für die Frauenbewegung. Damals wurde die Maxime erstellt: „Kein Landesfrauentag ohne Resolutionen, keine

Delegiertentagung ohne Beschlüsse für die künftige Arbeit“, eine Maxime, an der auch heute noch festgehalten wird. Es ist unmöglich, alle Gesetze und Verordnungen aufzuzählen, die ohne Einsatz der steirischen Frauenbewegung nicht zustande gekommen wären. Viele Forderungen, die erstmals formuliert wurden, sind mittlerweile Allgemeingut geworden bzw. konnten verwirklicht werden und sind heute integrierter Bestandteil unseres sozialen und gesellschaftlichen Lebens. Nicht umsonst attestierte Bundesleiterin Dr. Marilies Flemming zum 45-Jahr-Jubiläum der steirischen Frauenbewegung den Steirerinnen einen Sonderstatus: „Sie waren nicht nur couragierter und direkter beim Verfolgen politischer Zielsetzungen, sondern haben auch sehr oft politische Pionierarbeit geleistet.“ Und an einer anderen Stelle: „Die steirische Frauenbewegung zeichnete sich in all den zurückliegenden Jahren noch durch eine weitere Stärke aus – nämlich jene des ungeheuer starken Teams und der Mitarbeitermotivation.“ Die Mitarbeitermotivation schlägt sich auch in Zahlen nieder: 1962 fühlten sich 2.700 Frauen in der steirischen FB zu Hause, 1964 waren es rund 5.000, im Jahr 1975 mehr als 14.000. Heute sind es rund 16.000 Mitglieder in 250 Ortsgruppen! 1977 stellte die steirische FB – so wie auch jetzt – die stärkste Landesorganisation Österreichs.

Ein anderer Leitspruch aus der Gründerzeit, der auch heute noch Gültigkeit hat, „Gemeinsam an einem Strang ziehen“, führte im Lauf der Jahre zur Kooperation mit Frauen aus verschiedenen Bünden und Organisationen der ÖVP. Bestes Beispiel war die Wahl der Landesleitung im Jahr 1950: Elvira Keifl wurde erste Stellvertreterin von Landesleiterin Frieda Mikola, LAbg. Sophie Wolf (ÖAAB) zweite, Josefa Krainer (Bauernbund) dritte Stellvertreterin. 1950 war auch das Jahr, in dem der „Hauswirtschaftliche Beirat“ innerhalb der Landesregierung initiiert wurde, ebenso gab es die Gründung der „Hausfrauenvereinigung“ (im Jahr darauf kam die Österreichische Hausfrauen-Union). Frieda Mikola war auch gemeinsam mit Bundesleiterin Lola Solar 1953 Initiatorin der „Europäischen Frauen-Union“. Ein weiterer großer Schritt zur Vertretung von Hausfrauen, die eher unterrepräsentiert waren, war die Konstituierung des „Hauswirtschaftlichen Beirates beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung“, in dem die Mitglieder paritätisch entsprechend der Zahl der Landesräte von den politischen Parteien entsandt werden. Auch die Einrichtung des „Steirischen Mutterhilfswerkes“ (1957) ist dem zähen Bemühen der Frauenbewegung, insbesondere von NRAbg. DI Dr. Johanna Bayer, zu danken. 1957 bleibt auch in anderer Weise in Zusammenhang mit „Gemeinsam an einem Strang ziehen“ in Erinnerung: Die dreitägige Bäuerinnentagung im Grazer Raiffeisenhof mit rund 100 Teilnehmerinnen brachte beachtliche Ergebnisse und weckte großes Interesse – ein Interesse, das auch heute noch unvermindert anhält. Es wurde zur lieb gewordenen Tradition, dass die steirische FB bei der Organisation der Landfrauentagung mitmacht. Eine Gemeinsamkeit besonderer Art über alle Parteigrenzen hinweg entstand aus einer Idee der derzeitigen Landesleiterin, III. Landtagspräsidentin LAbg. Walburga Beutl – die Grazer „Frauenmesse“. Fünf Jahre lang haben sich jeweils bis zu 40 steirische Frauen-

gruppierungen während der Grazer Messe gemeinsam präsentiert und über ihre Anliegen und Ziele informiert.

Tradition, ja eigentlich einer der Schwerpunkte der Arbeit der Frauenbewegung ist das Helfen. Das zeigte sich in den schweren Nachkriegsjahren und ganz besonders bei der Tragödie des Ungarnaufstandes 1956, zu dem ein eigenes Hilfsprogramm für Flüchtlinge erstellt wurde. Unwetterkatastrophen waren 1965 Auslöser für die Gründung der „Katastrophenhilfe Österreichischer Frauen“ (KÖF); damals konnte an 350 Familien insgesamt eine Million Schilling an eingegangenen Spenden ausgezahlt werden. Bis heute helfen die FB-Frauen, wo immer es nötig ist, beispielsweise nach dem Erdbeben in Friaul, den Bedürftigen in Polen, Rumänien und in Medellín (Kolumbien), wobei sie Wert darauf legen und legen, vor allem Hilfe zur Selbsthilfe zu geben.

Die Steiermark ist das Bundesland, in dem Frauen erstmals in hohe politische Positionen gekommen sind. Das Paradebeispiel ist Landeshauptmann Waltraud Klasnic, die von 1977 bis 1991 Landesleiterin war (und von 1974 bis 1993 Landesleiterin der KÖF). Waltraud Klasnic, damals III. Landtagspräsidentin, erklärte 1984 beim 23. Landestag, welcher der Familienpolitik gewidmet war, unter anderem: „Wir müssen den Frauen in unserer Gesellschaft gleiche Chancen geben und wir müssen eine Familienpolitik betreiben, die – nicht nur in Worten, sondern auch in der Tat – Familienpolitik als Zentrum unserer Gesellschaft versteht. Denn Familienpolitik hat einen eigenen Stellenwert, sie ist kein Anhang der Sozialpolitik.“ Und weiter: „Familienpolitik muss dafür sorgen, dass Kinder nicht zum Kennzeichen neuer Armut werden, Familie ist die wichtigste Erziehungs- und Bildungsinstitution unserer Gesellschaft.“

Aus- und Weiterbildung waren und sind auch in der steirischen FB ein Schwerpunkt, heute mehr denn je. Neben praktischen Unterweisungen wie Nähkursen und Ähnlichem gab es auch Vermittlung von politischem Know-how. Zahllose Seminare im Josef-Krainer-Haus vermittelten Wissen in den unterschiedlichsten Sparten. Bildungsreferentin Clementine Staffelbach (vormals Organisationsreferentin) hielt hiebei das Niveau sehr hoch. Studienreisen, Gesprächsrunden, Vorträge und Schulungen machten und machen Frauen fit für die immer größeren Ansprüche in Familie, Arbeit und Politik. Seit 1995 bringt das überparteiliche Projekt „FrauenLeben in der Steiermark“ unter Leitung von Gerhild Rack Jahr für Jahr wichtige themeneinheitliche Bildungsimpulse in alle Bezirke. Leistungswilligen Frauen in Wirtschaft und Politik wurde und wird mit dem Knüpfen von Netzwerken, Mentoring und „Runden Diskussions-Tischen“ das entsprechende Rüstzeug vermittelt. Univ.-Prof. Dr. Reinhard Rack (seit 1995 Mitglied des Europäischen Parlaments), er hat bereits 1990 über den „Weg in die (damalige) EG“ referiert, ist mit seiner Frau Gerhild unermüdlich um die „Europareife“ steirischer Frauen bemüht.

Europäische Zusammenarbeit dokumentiert sich auch auf anderer Ebene: Landesleiterin Edda Egger war unter anderem 1. Vizepräsidentin der Europäischen Frauen-Union. Immer wieder wurden und werden zu Veranstaltungen ausländische ReferentInnen einge-

laden, steirische FB-Delegationen tauschen sich bis zum heutigen Tag regelmäßig mit „Kolleginnen“ aus Deutschland und anderen europäischen Ländern aus. Kirchturmpolitik ist der steirischen Frauenbewegung fremd. So setzten sie sich beispielsweise 1953 unter anderem für die vollkommene Durchführung des Pariser Abkommens für Südtirol ein. Und die Annahme, dass in all den Jahren ausschließlich Frauen- und Familienthemen Inhalte der unzähligen Resolutionen waren, ist schlichtweg falsch! Vom Kartellgesetz (1949) bis zur Änderung der Ladenschlusszeiten (1952), von geforderten Maßnahmen gegen den Verkehrslärm (1953!) über das Verbot von Übungsflügen über Städten und Märkten (1955) bis zur Forderung nach Befreiung von Sozialabgaben für das 13. und 14. Monatsgehalt (1955) und zu Zivilschutz- und Umweltschutzangelegenheiten reichten die Anliegen der steirischen FB. Natürlich galt und gilt der Arbeitsschwerpunkt den vielfältigen Fassetten des Frauenlebens. Das beginnt bei der Wohnsituation (Ruf nach Förderung von Eigentumswohnungen, 1952, nach besserer Wasser- und Stromversorgung bäuerlicher Haushalte, 1953), führt über das Bestreben, Familien in allen Bereichen zu stärken (Forderung der Kinderbeihilfe auch für Bäuerinnen und Wirtschaftstreibende sowie deren Erhöhung, 1951), bis zum Schulwesen (Neubau von Schulgebäuden zur Eindämmung des Wechselunterrichtes, 1953, Verbesserung der Ausbildung der bäuerlichen Jugend, 1955). Das steirische Jugendschutzgesetz 1957 trägt größtenteils die Handschrift der FB-Frauen. Auch die Lebensumstände von Senioren (Forderung der Schaffung von Heimen und geriatrischen Krankenhäusern, 1970), berufliche Chancen von Frauen (Lehrgänge für den beruflichen Wiedereintritt, Teilzeit, 1970/1980) sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf waren und sind FB-Themen.

Alle Forderungen aufzulisten, die in den Resolutionen erhoben wurden, würde ein dickes Buch füllen. Oft mussten und müssen frühere Anträge wiederholt werden, da neue Gesichtspunkte auftauchen. Alte bzw. wieder neu aufgetauchte Anliegen sind u. a. die Eindämmung der Jugendarbeitslosigkeit (erstmalig 1950), eine Witwenpension für die erste geschiedene Gattin (1955), mehr Kindergartenplätze, zeitgemäße Erzieherausbildung sowie Maßnahmen gegen Drogen- und Suchtgiftmissbrauch (1970). Eine Bilanz der FB-Arbeit zu ziehen, ist schwer möglich – es kann immer nur ein Zwischenbericht sein. Alles ist in Fluss, alte Forderungen werden erfüllt, neue ergeben sich durch die gesellschaftlichen Veränderungen. Trotzdem – einige Erfolgsmeldungen sind angebracht: Die 1980 gestellte Forderung nach Hilfe für Alleinerzieherinnen und Mutterschaftsleistungen für Bäuerinnen und Selbstständige ist mit dem Kinderbetreuungsgeld für alle Mütter „entschärft“, die differenzierte „Gesundenuntersuchung neu“ entspricht einer Forderung aus dem Jahr 1970. Ganz Großes ist mit der Pensionsreform geglückt: Seit den 60er Jahren wurde eine gesicherte Altersversorgung für Frauen gefordert – die Anrechnung von Kindererziehungszeiten auf die Pension (7 Jahre) und eine bessere Bemessungsgrundlage sichern nun viele Frauen ab. Die Stützung der Familie, seit Anbeginn ein Anliegen der Frauen, hat nun mit der Steuerreform (besondere Berücksichtigung von „Mehrkinderfamilien“ und Alleinverdienern) eine Entsprechung gefunden.

Studien und Projekte, die in letzter Zeit zum Erfolg führten, waren unter anderem „Frausein in der Steiermark“, „Kindsein in der Steiermark“ und „Das Steirische Frauenmanifest“. Allerdings: Keine Studie, kein Projekt funktioniert ohne entsprechenden Einsatz. Der jeweilige Erfolg wird von der Arbeit unzähliger Frauen im ganzen Land getragen, die Fäden laufen seit jeher im Landessekretariat zusammen. Zur Zeit der Gründung bezahlte die ÖVP-Landesleitung eine FB-Landessekretärin und eine Schreibkraft sowie Brief- und Telefongebühren. Außerdem stellte man der neu gegründeten Organisation zwei Räume zur Verfügung. Sehr viel aufwändiger geht es auch heute nicht zu: Landessekretärin Martha Franz stehen – bei züglicher Arbeitsvermehrung – drei Allrounderinnen – Brigitte Auner, Manuela Kettner und Renate Zöhrer – zur Seite, noch immer in nur zwei Räumen. Übrigens: Fällt das Stichwort Landessekretärin, so kommt unweigerlich der Name Inge Pavlicek zur Sprache, die von 1972 bis 1992 für „ihre“ Landesleiterin und alle Funktionärinnen und Mitglieder unermüdlich im Einsatz war. Unermüdlich im Einsatz werden die Frauen der steirischen Frauenbewegung auch weiterhin bleiben, denn trotz der unübersehbaren Erfolge, die in den 60 Jahren des Bestehens erreicht wurden, gibt es auch weiterhin Aufgaben zu bewältigen, die das Leben der Frauen und damit der ganzen Gesellschaft verbessern werden können.

# Der Steiermärkische Landtag – zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

Christopher Drexler

---

Als am 25. November 1945 erstmals seit 1930, nach vier Jahren autoritären Ständestaats und sieben Jahren nationalsozialistischer Unrechtsherrschaft, demokratisch ein neuer Landtag gewählt wurde, ahnte wohl niemand, welche beispiellose Erfolgsgeschichte die kommenden Jahrzehnte für die Zweite Republik und die Steiermark im Besonderen werden sollte. Zu sehr standen Fragen der Organisation des täglichen Lebens, Beschaffung und Verteilung von Nahrungsmitteln, die notdürftigste Wohnversorgung und Ähnliches im Vordergrund. Beinahe sechzig Jahre später kann auf eine veritable Erfolgsgeschichte, auf Jahrzehnte wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts zurückgeblückt werden. Im Folgenden soll ein sehr subjektiver Versuch unternommen werden, die Rolle des Landtages daran zu würdigen bzw. die zukünftigen Perspektiven des Landesparlaments zu skizzieren.

Früher war alles besser –  
vom behaupteten Bedeutungsverlust der Landtage

---

An langen Landtagssitzungstagen gehört es zum guten Ton – insbesondere in Unterhaltungen zwischen Abgeordneten und Journalisten –, darüber zu lamentieren, wie langweilig diese landesparlamentarischen Übungen doch geworden seien. Vorbei die gesetzgeberischen Sternstunden, keine wortgewaltigen Politoriginale mehr im Saal, die Debatten zu kurzweiligen politischen Lehrstunden zu machen vermochten. Die Tagesordnung schleppt sich dahin: monotone Berichterstattung, lustlose Diskussion und (meist) pannenfreie Abstimmung – der Dreiklang des Landtages. Nicht einmal ein wirklicher Vorwurf an die Akteure schwingt in diesen Analysen mit, der Landtag habe eben keine ernst zu nehmenden Kompetenzen mehr, sei eine Pflichtübung geworden.

Die schleichende Abwanderung von Zuständigkeiten an den Bund, erst recht aber der ungemeine gesetzgeberische Fleiß der Europäischen Union würden den Landtagen gleichsam die Luft zum Atmen rauben. Und tatsächlich: Viele Beschlüsse des Landtages richten sich an den Bund, die Debatten drehen sich um Materien, die den Landesgesetzgeber formal nichts angehen. Die Vorgaben der EU wiederum lassen die Landesparlamente – wie auch den Nationalrat – zeitweise zu überdimensionierten Kopieranstalten verkommen.

Zwei Fragen sind zu stellen: Erstens gilt es zu untersuchen, ob früher wirklich alles besser war. Unabhängig davon ist zweitens zu prüfen, ob es nicht doch auch heute und in Zukunft legitime Aufgaben für das Landesparlament gibt und wie diese vielleicht ein wenig mehr in das Licht der Öffentlichkeit gerückt werden könnten.

Wer einen schleichenden Bedeutungsverlust der Landesebene und insbesondere der Landtage beklagt, sollte den Blick davor nicht verschließen, dass schon das ursprüngliche Kompetenzdesign der Österreichischen Bundesverfassung aus 1920 bzw. 1929 im Bereich der Gesetzgebung den Ländern außerordentlich sparsam Zuständigkeiten übertrug. Die bloße Gesetzgebungskompetenz konnte daher wohl nie als Rechtfertigung für die Einrichtung von Landesparlamenten dienen. Zu leicht wäre es dennoch, aus weiteren Kompetenzen (Budgethoheit, Kontrolle der Landesregierung etc.) schon eine Daseinsberechtigung zu begründen. Wer das Wesen der Landtage verstehen will, muss sich zum Eigenwert der parlamentarischen Debatte bekennen. Die Sitzungen des Landtages sind gleichsam Brennpunkt der politischen und gesellschaftlichen Diskussion im Lande. Es geht um eine Abbildung der Meinungen und Befindlichkeiten der Bevölkerung zum einen und um ein Vermitteln notwendiger Handlungen der Regierenden zum anderen. Mit einem modernen Wort könnte man von einer Mediationsfunktion des Landtages sprechen. Diese scheint vor dem Hintergrund einer täglich komplexer werdenden Welt wohl eher an Bedeutung zu gewinnen denn zu verlieren.

Diesen Gedanken aufgreifend, lässt sich auch das Kopieranstaltsdilemma im Zusammenhang mit der wachsenden Bedeutung der Europäischen Union auflösen. Gerade aus der relativ direkten Rückkoppelung der Debatte in einem Regionalparlament lässt sich möglicherweise ein Momentum für eine Einschränkung des europäischen Einfallsreichtums für Regelungen und Normen gewinnen. Eine Bewegung in diese Richtung zu entfachen, wäre zumindest ein lohnendes Ziel für künftige Landesparlamentarier.

Ob im Übrigen die Qualität von Landtagsdebatten im Vergleich zur Vergangenheit tatsächlich im Schwinden begriffen ist, erscheint zweifelhaft. Es gilt zumindest zu beachten, dass die Verklärung der Vergangenheit anscheinend eine Konstante des menschlichen Denkens ist. Um es mit einem plakativen Beispiel zu demonstrieren, sei die Frage erlaubt, ob es tatsächlich Ausweis großer parlamentarischer Reife war, dass sich der Steiermärkische Landtag im Jahre 1956 zwei Tage lang in einer erbitterten Redeschlacht mit der – zumindest aus heutiger Sicht – skurrilen Frage beschäftigte, ob es den Steirerinnen und Steirern zumutbar wäre, bei Wahlen gedruckte amtliche Stimmzettel zu verwenden.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass früher wahrscheinlich nicht alles besser, sondern höchstens anders war und für die Zukunft gerade im europäischen Kontext große und lohnenswerte Aufgaben auf die Landtage warten könnten.



## Neun mal eins kann weniger sein als eins – von Sinn und Unsinn der Landesgesetzgebung

---

Nicht zuletzt im Lichte der soeben beschriebenen, beinahe rudimentären legislativen Kompetenz der Landtage wird immer wieder die Frage aufgeworfen, ob wenigstens das, was an Gesetzgebung auf Landesebene geschieht, sinnvoll sei. Braucht ein kleines Land wie Österreich tatsächlich neun Bauordnungen, neun Jugendschutz- oder Naturschutzgesetze? Tatsächlich kann diese Frage manchmal nur verneint werden. Wenn der Steiermärkische Landtag am Beginn dieser Gesetzgebungsperiode beispielsweise ein Steiermärkisches Datenschutzgesetz beschlossen hat, welches den Datenschutz für nichtelektronisch verarbeitete Daten regelt, kann man wohl zu Recht der Meinung sein, dass in diesem Fall die Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Ländern den Landtagen eine Lizenz zur Produktion toten Rechts ausstellt.

Der Schlüssel für die Zukunft wäre wohl nur eine sinnvolle Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Ländern. Die Suche nach einer solchen scheint aber der vergeblichen Suche nach dem Stein der Weisen gleichzukommen. Der aktuelle ehrgeizige Anlauf im Rahmen des Österreich-Konvents, hier einen wirklichen Fortschritt zu machen, scheint gerade zu scheitern. Zu reflexhaft gerät jede Initiative in diese Richtung zu einem beinahe kindischen Gezerre um Detailkompetenzen und damit in letzter Konsequenz zu einem Stillstand durch gegenseitige Blockade. Dies ist umso betrüblicher, als es durchaus gute, zukunftstaugliche Argumente für eine ausgeprägte Landeskompetenz in der Gesetzgebung gäbe.

Fernab von Bauordnungs- oder Jugendschutzzeitelkeiten sollte man sich der positiven Kraft eines Experimentierfeldcharakters des Föderalismus bewusst werden. In Fragen der Weiterentwicklung von Verfassung und Demokratie ließe sich dem einiges abgewinnen. Fragen des Wahlrechts, wie etwa die Entscheidung zwischen den Grundsätzen der Verhältnis- oder Mehrheitswahl, des Wahlalters oder des Wahlrechts für Migranten und Migrantinnen, könnten getrost auf Landesebene für die Wahlen zu den Landtagen und Gemeinderäten entschieden werden. Die Entwicklung von plebiszitären Elementen in der Demokratie oder der Direktwahl von Organen könnten so im Wettbewerb der Konzepte weiterentwickelt werden.

## Weniger ist mehr – von der Notwendigkeit der Deregulierung

---

Wie die Gesetzgebung allgemein, so sehen sich auch die Landtage zunehmend der Kritik ausgesetzt, dass ihre Produktion an Rechtsvorschriften zu einem in wachsendem Maße unerträglichen Zustand der Überregulierung führe. Selbst wenn – wie vorhin skizziert – die Landtage an der so genannten Gesetzesflut nur einen geringen Anteil haben,

gilt es, diese Kritik aufzunehmen und sich der Herausforderung zu stellen, einen Beitrag zur Eindämmung von Normen und Vorschriften zu leisten. Wenn selbst unverdächtige Experten, wie der österreichische Sozialrechtler Theodor Tomandl feststellen, dass „die Fülle an Vorschriften in Österreich zu einer Aushöhlung des Rechtsstaats führt“, muss man dieses Problem ernst nehmen.

Die Maxime erfolgreicher zukünftiger Politik muss lauten: „Ermöglichen statt verhindern“. Zu lange dominierte in der Politik und der Verwaltung ein Geist des Verhinderns und der Verunmöglichung. Im Zusammenwirken von Legislative und Exekutive ist ein Anlauf zu unternehmen, diesen gordischen Knoten zu durchschlagen. Vordringlich erscheint eine tiefgehende Durchforstung des bestehenden Paragraphendschungels. Ganze Gesetze oder zumindest Teile davon können wahrscheinlich abgeschafft, zumindest aber auf ihre Zukunftstauglichkeit hin abgeklopft und verbessert werden. Parallel sollten bestehende Gesetzestexte einer sprachlichen Qualitätsoffensive unterzogen werden. Ein unbedeutendes, aber wegweisendes Beispiel unternahm der Steiermärkische Landtag 2004, als er den nur wenigen verständlichen Titel einer Regierungsvorlage „Steiermärkisches Buchmacher- und Totalisateuregesetz“ in die auch ohne Fremdwörterduden verständliche Bezeichnung „Steiermärkisches Wettgesetz“ veränderte.

In einer Übergangszeit werden neben ernsthaften Deregulierungsanstrengungen – die letztlich nur in der Abschaffung von Normen gipfeln können – auch „Katalysator-gesetze“ gebraucht. In diesem Sinne ist die jüngste Initiative zu einem Infrastruktursicherungsgesetz zu verstehen. Ein solches Gesetz, das Großprojekte von überregionalem Interesse erleichtern soll, das das Allgemeinwohl – dokumentiert durch wirtschaftliche Entwicklungschancen und positive Arbeitsmarkteffekte – über Einzelinteressen stellt, könnte einen Funken amerikanischer Aufbruchstimmung auch nach Kontinentaleuropa tragen. Es würde der aus dem 19. Jahrhundert stammende Grundgedanke des Eisenbahnteilnehmungsgesetzes unter den Gesichtspunkten des 21. Jahrhunderts transformiert werden.

### Ein bisserl was geht immer – vom Wesen des Proporz

Die Wahl der Regierung ist eine der vornehmsten Pflichten des Landtages. In der Steiermark ist man dabei allerdings noch immer an das antiquierte System des Regierungsproporz gebunden. Während Vorarlberg und Wien dieses System niemals in den Landesverfassungen festgeschrieben hatten, haben Salzburg und Tirol in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts davon Abschied genommen. Dies aus gutem Grund. Die Tatsache, dass jede im Landtag vertretene Partei ab einer gewissen Größe in der Landesregierung vertreten ist, kann durchaus als gescheitert betrachtet werden. Dass es

über die ersten Jahrzehnte der Zweiten Republik weitgehend klaglos funktioniert hat, ist lediglich dem Umstand zu verdanken, dass es in den proporzregierten Bundesländern meist deutliche absolute Mehrheiten gegeben hat. Dadurch wurden die schädlichen Auswirkungen des Systems nicht so klar sichtbar. Eine Proporzregierung führt entweder dazu, dass im Ringen um den Ausgleich zwischen den Regierungsparteien alle Fraktionen ausreichend finanziell bedient werden und damit das teuerste Regierungssystem konstituiert wird, oder dazu, dass ein Teil der Regierungsmitglieder sich als Opposition in der Regierung versteht und wenig zu einem gemeinsamen, Erfolg versprechenden Handeln beiträgt. Das Markenzeichen entwickelter parlamentarischer Demokratien, das Wechselspiel von Regierung und Opposition, wird dadurch bis zur Unkenntlichkeit entstellt. Es ist eine absolute Notwendigkeit für die Zukunft, diese Ausprägung der Konkordanzdemokratie zu überwinden. Gerade für die Legitimation des Landesparlaments in der Zukunft wird diese Herausforderung zu einer Frage des vitalen Interesses. Selbst um den Preis, dass man sich eines Stücks landespolitischer Gemütlichkeit beraubt und die großen Regierungsparteien bei einer solchen Reform ein gehöriges Stück Risiko auf sich nehmen, muss dieser Systemwandel betrieben und umgesetzt werden. Es braucht für die Zukunft klare Regierungsprogramme von freiwilligen Koalitionen oder mit absoluter Mehrheit ausgestatteten Parteien und keinen Proporzbazar nach dem Motto „Ein bisserl was geht immer!“ oder „Darf’s ein bisserl mehr sein?“.

Wohin die Reise gehen soll –  
von möglichen Zukunftsperspektiven

---

Mediationsfunktion, Deregulierungsinitiativen, föderale Experimentierfelder und die unbedingt notwendige Entflechtung von Regierung und Opposition durch Abschaffung des Proporz als mögliche Zukunftsperspektiven der Landesparlamente wurden bereits aufgezeigt. Daraus und aus einigen weiteren Überlegungen ließe sich ein überzeugender Zukunftsplan für den Landtag entwickeln.

Mut zur Vielfalt! – Irgendwo in den Köpfen der Österreicher ist der Mut zur Vielfalt versteckt, bei vielen wohl zu gut versteckt. Blickt man beispielsweise auf den vorliegenden Verfassungsentwurf des Österreich-Konvents, so lässt sich dieser Mut zur Vielfalt in den Kompetenzbestimmungen kaum finden. Viel zu vieles ist der ausschließlichen Gesetzgebung des Bundes vorbehalten, noch mehr der Grundsatzgesetzgebung des Bundes. Freilich, es geht um Macht, es geht um Geld. Abseits dieser Gründe lässt sich aber wenig ins Treffen führen, dass dem Zentralismus so das Wort geredet wird. Beispiel Schule und Unterricht. Seit Jahren ist Bildungsministerin Gehrler landauf, landab unterwegs, um die Autonomie den Lehrern, Eltern und Schülern schmackhaft zu machen. Diese Autonomie zu verordnen, bleibt aber nach wie vor dem Bund vorbehalten. Vielleicht braucht es im

Zusammenwirken von Bund und Ländern einfach den Mut zu neuen unkonventionellen Wegen in der Kompetenzaufteilung.

Nicht zuletzt gilt es auch immer die Frage zu stellen, wie parlamentarische Abläufe den Gegebenheiten und Anforderungen ihrer Zeit angepasst werden können. Es darf nicht zur unumstößlichen Regel werden, dass man an Ritualen klebt – egal ob sie aus dem 19. oder frühen 20. Jahrhundert stammen –, die möglicherweise nicht geeignet erscheinen, heute oder gar in Zukunft Erfolg garantieren zu können. Nur Mut, die Landtage können eine Zukunft haben, wenn sie sich immer selbst in Frage stellen, aber adäquate Antworten finden.

Wenige Länder, die ihre berufstätigen Frauen so schlecht behandeln wie Österreich. Warum Familienpolitik einen neuen Ansatz braucht und was wir von Europa lernen können.

Aus der Wirklichkeit: „Ich bin selbst zeitlich im Beruf dermaßen gebunden, dass Kinder absolut nicht in Frage kämen. Persönlich würde ich mich für Job oder Kind entscheiden. Beides geht zwangsläufig zu Lasten des Kindes oder des Berufs.“ Aus der Wirklichkeit: „Ich muss sagen, dass ich nur drei halbe Tage arbeiten gehe und manchmal wünsch ich mir, ich würde selbst das nicht tun.“ Zwei Beispiele als treffender Beweis, dass alle (Familien-)Politik der letzten Jahrzehnte nicht verhindert hat, der (Lebens-)Wirklichkeit realistisch in die Augen zu blicken.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts müssen wir nüchtern festhalten, dass für viele Menschen die materielle Basis, Einkommen und Auskommen für die sich stetig verändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und ihre neuen Bedürfnisse nicht mehr im nötigen Maße ausreichend zu sein scheinen. So wird auch die Erfüllung des Kinderwunsches von Frauen und Familien mehr und mehr von der persönlichen Lebenssituation abhängig gemacht.

Dabei spielt neben den materiellen Umständen und deren Ergänzung durch staatliche Transferleistungen ein zweiter Gesichtspunkt zunehmend eine entscheidende Rolle: die Frage nach der Vereinbarung von Familie und Beruf. Dieser immer mehr in den Mittelpunkt der persönlichen Abwägung rückende Aspekt bedeutet, dass nachhaltige Investitionen von öffentlicher Hand und Wirtschaft in eine familien- und kindergerechte Infrastruktur immer bedeutsamer werden.

---

## Eine Gesellschaft ohne Kinder verspielt ihre Zukunft

---

In den vergangenen Jahren hat nicht nur die Zahl der Kinder stetig abgenommen, sondern damit auch die Kinderfreundlichkeit unserer Gesellschaft.

- Laut „Landesstatistik Steiermark“ ist die Zahl der Lebendgeborenen im Jahr 2003 abermals weiter gesunken, und zwar auf den bislang zweitniedrigsten Wert von 10.364 Neugeborenen.
- Die Geburtenrate (Lebendgeborene je 1.000 Einwohner) lag im Jahr 2003 bei 8,8 Lebendgeborenen.
- Die Steiermark liegt damit weiterhin deutlich unter dem Österreichschnitt von 9,5 Lebendgeborenen je 1.000 Einwohner. Niedriger war die Geburtenrate nur im Burgenland (7,8) sowie in Kärnten (8,6).

- Österreich liegt derzeit beim Kinderreichtum weltweit unter den letzten zehn „Rängen“ der insgesamt 191 Länder.
- Unsere Geburtenrate liegt mit 1,3 Geburten pro Frau auch im EU-Vergleich auf der viertletzten Stelle.

Logische Konsequenz, die hinter all diesen „nackten“ Zahlen und Tatsachen steckt: Einerseits gibt es wegen des Geburtenrückgangs immer weniger Kinder in Österreich, andererseits steigt erfreulicherweise die Lebenserwartung an. Aber: Österreich verändert so in einem schleichenden Prozess sein Gesicht!

Diese demographische Entwicklung zu beklagen nützt nichts. Kein Mensch bekommt seine Kinder dem Staat zuliebe! Sich eigene Kinder zu wünschen ist essenzieller Bestandteil unserer biologischen, emotionalen und kulturellen Lebenswelt. Hier ist politisch der Hebel anzusetzen: dass der Wunsch nach Kindern und einer Familie, den die meisten jungen Menschen teilen, auch realisiert werden kann.

Beides, Geburtenrückgang wie auch zurückgehende Kinderfreundlichkeit, hat für soziale Sicherheitssysteme ebenso dramatische Folgen wie für das gesellschaftliche Klima. Beide Trends müssen und können geändert werden, wie die Beispiele etwa in Dänemark oder in anderen Ländern Europas zeigen. Anfang der neunziger Jahre gab es auch dort einen signifikanten Rückgang der Geburtenraten, heute steht Dänemark im europäischen Vergleich mit 1,8 Geburten pro Frau wieder im vorderen Bereich. Ähnlich hat Frankreich es geschafft, unter dem Gesichtspunkt einer bevölkerungsbewussten nachhaltigen Familienpolitik die Rahmenbedingungen für Familie und Kinder stärker in den Mittelpunkt politischen und gesellschaftlichen Handelns zu stellen. Auch dort hält sich die Geburtenrate auf hohem Niveau. Untersuchungen belegen, dass die Wahrscheinlichkeit, dass nach dem ersten Kind weitere Kinder geboren werden, eng mit dem Zeitpunkt der Geburt des ersten Kindes zusammenhängt.

## Paradigmenwechsel in der Frauen- und Familienpolitik

---

Mit anderen Worten: Ein Paradigmenwechsel in der Frauen- und Familienpolitik ist angesagt. Wir müssen diesen wichtigen Wechsel in der Politik vollziehen und speziell in der Volkspartei vorantreiben. Denn es muss uns allen zu denken geben, dass trotz hoher Transferleistungen an Familien und trotz Kindergeldes die Kinderlosigkeit in unserem Land stetig zunimmt.

Dabei sei die Tatsache nicht verkannt, dass sich auch heute junge Menschen in ihrer überwiegenden Mehrheit für Familie und Kinder aussprechen.

Ein interessantes Detail der Studie „Kindsein in der Steiermark“ zeigt beispielsweise die Diskrepanz zwischen der „gewünschten“ und der „tatsächlichen“ Kinderzahl:

- Nur 7,2 Prozent der befragten Steirerinnen und Steirer wünschen sich kein Kind;
- 16,2 Prozent wünschen sich ein Kind;
- 57 Prozent zwei Kinder;
- 15,6 Prozent wünschen sich drei Kinder und immerhin
- 4 Prozent können sich ihre Lebensplanung mit vier und mehr Kindern vorstellen.

Tatsächlich hat aber die durchschnittliche steirische Familie 1,3 Kinder. Das Ziel von Familien-, Sozial- und Bevölkerungspolitik muss es daher sein, Kinderwunsch und Kinderwirklichkeit wieder miteinander in Einklang zu bringen.

### Aufgaben, welche heute in ganz Europa angegangen werden (müssen)

Und unabdingbare Hausaufgaben für die Politik, noch dazu erstrangige Priorität für so genannte sozial-integrative „Volks“-Parteien, die mit dem konsequenten Eintreten für eine moderne Familien- und Frauenpolitik endlich den gesellschaftlichen Entwicklungen und Realitäten nicht mehr hinterherhinken müssten. Denn: Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellt sich heute als die zentrale Aufgabe von nachhaltiger Familienpolitik dar.

Die Steiermark setzt bereits Schritte in diese Richtung. Das Projekt „Väterkarenz“ soll ein wichtiges familienpolitisches Anliegen „unter die Leute“ bringen, zum Gesprächsthema machen, um es dadurch vom Tabu zu befreien. Manche Männer wagen erstmals über eine Karenzierung nachzudenken. So eine Entscheidung verlangt männliches Selbstbewusstsein. Erste Erfolge stellen sich ein – die Zahl der steirischen Väter, die ihren Kindern zuliebe eine berufliche Auszeit in Anspruch nehmen, ist von 355 (Juli 2003) auf 591 (November 2004) gestiegen.

„Musts“ in der Familienpolitik des 21. Jahrhunderts, wie flächendeckende und bedarfsgerechte Angebote an Kinderbetreuung für unter Dreijährige, flächendeckend flexible Öffnungszeiten in den Kindergärten, Angebote an qualifizierten Tagesmüttern, der Aufbau von freiwilligen Ganztagschulen, Bildungsförderung von klein auf oder freiwillige Allianzen zwischen Familien und Betrieben zur Verhinderung des „Karriereknicks“, fallen nicht so ohne weiteres vom Himmel, aber Politiker und Entscheidungsträger aus allen Wolken, wenn der Souverän vermeint, der Staat sei diesbezüglich ein krauser „Rabenvater“.

Um es klar zu sagen: Wir brauchen, um einen mittlerweile symbolträchtigen Begriff zu strapazieren, einen forschen „Ruck“ in der Familienpolitik. Die Bedingungen für Frauen, Familien und vor allem für Kinder müssen sich grundlegend verändern – oder unser Land nimmt schweren Schaden, wenn die „strukturelle Rücksichtslosigkeit“ gegenüber Familien und Kindern weiterhin zum Mainstream unserer Gesellschaft zu gehören scheint.

Der „Ruck“ muss in den Köpfen beginnen. Denn wir halten gerade in Österreich vielfach an überholten Familienbildern fest. Statt Wahlfreiheit zu ermöglichen und dafür die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen, wird die „Familie als Keimzelle der Nation“ gleichsam zur idealisierten wie ideologisch verbrämten Ikone erhoben – nicht zu vergessen, mit traditioneller Rollenverteilung: Die Mutter kommt ihren Aufgaben zu Hause nach, während der Mann den Unterhalt der Familie verdient. Wenn wenigstens die Familienarbeit in ausreichender Weise anerkannt worden wäre – doch auch hier Fehlanzeige! Seit den sechziger Jahren sind Löhne, Gehälter und Pensionen kontinuierlich gestiegen, während sich in Relation dazu der Familienlastenausgleich zu Ungunsten der Familien verschoben hat.

Heute sind Kinder in einem reichen Land eines der größten Armutsrisiken, ist die Gründung einer Familie gleichbedeutend mit sinkendem Wohlstand.

Nicht nur das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen von Kinderlosen ist in den letzten beiden Jahrzehnten ungleich höher gestiegen als das einer Durchschnittsfamilie, auch die Rückkehr in das Berufsleben nach der Kindererziehungsphase ist nicht nur schwierig, sondern auch teuer, zumal dann, wenn mehrere Kinder geboren wurden. Bisherige Pensionssysteme benachteiligten die, die dafür sorgen, dass es auch in Zukunft Beitragszahler gibt, Sozialversicherungssysteme sind meist so organisiert, dass die Anzahl der Familienmitglieder bei der Beitragsberechnung überhaupt keine Rolle spielt.

## Kinder und Beruf in Einklang bringen

---

Der allerwichtigste Beweis, dass ohne inhaltlichen Kurswechsel in der Familienpolitik auch eine latente Lähmung der Wirtschaft einhergeht: Wir haben es verabsäumt, unsere Arbeitswelt so zu gestalten, dass Kinder und Beruf miteinander in Einklang gebracht werden können und sich nicht einander ausschließen. Wer kennt nicht den alten Kalauer „Kinder, Küche, Kirche“?

Ich meine:

- Wir haben viel zu viel Zeit mit der irreführenden Debatte vergeudet, ob die Mütter zu Hause ein Heimchen am Herd oder die berufstätige Mutter eine „Rabenmutter“ ist – ein Begriff übrigens, den es so in keiner anderen Sprache gibt und nur im Deutschen als ein Muster gesellschaftlicher Verurteilung gilt.
- Wir haben aus ideologischen Motiven die einfache Tatsache übersehen, dass Eltern, die mit ihrer Lebensperspektive zufrieden sind, zumeist auch gute Eltern sind.



Ich frage mich immer wieder, ob unsere staatlichen und offiziellen „Rollenzuteiler“ nicht manchmal zu viel schlechtes Gewissen in unsere Familien hineingetragen haben (?!). Wir haben keine „Rabenmütter“! Nein, viel eher hat der Staat seine Aufgabe nicht erfüllt, die Bedingungen für echte Wahlfreiheit zu schaffen und so Perspektiven für junge Menschen zu öffnen. Eine Politik, die Kinder, Karriere und die Harmonie der Generationen auf ihre Fahnen heftet, ist nicht nur zukunftsfähig im besten Sinne des Wortes, sie ist auch wirtschaftsfreundlich. Denn „Vereinbarkeit von Elternschaft und Beruf“ betrifft einerseits die Familie, ist aber andererseits auch ökonomisch ein Thema.

Nicht nur der öffentliche Sektor, auch die Wirtschaft, Handwerksbetriebe, Arztpraxen, andere Selbstständige, muss großes Interesse daran haben, die gut ausgebildeten und tüchtigen jungen Mütter im Betrieb zu halten. Vielerorts herrscht Fachkräftemangel und wir können es uns auch als Volkswirtschaft nicht leisten, auf gut ausgebildete Frauen zu verzichten.

Wir tun's aber. Tatsache ist, dass sich zwar 80 Prozent der Studentinnen mindestens ein Kind wünschen, aber 42 Prozent der Akademikerinnen schließlich kinderlos bleiben. Der Staat investiert sehr viel in die Ausbildung von Mädchen. Sie werden gefördert und ermuntert, eine höhere Bildung anzustreben und den engen Rahmen von traditionellen Frauenberufen selbstbewusst zu überschreiten. Es wird ihnen suggeriert, dass sie alle Möglichkeiten und Chancen haben, was auch tatsächlich stimmt. Aber der Preis ist hoch: Mehr als 50 Prozent der Frauen in Führungspositionen haben kein Kind. Dahinter steht kein kollektiver Egoismus. Das sind nicht nur Frauen oder junge Paare, die selbstsüchtig bloß eigene Ziele befriedigen. Das sind vielmehr Frauen oder Paare, die schnell lernen, dass zu viele Signale so gestellt sind, dass Kinder eine überproportionale Belastung sind und ihre Umgebung kinderfeindlich eingestellt ist. Und die rasch realisieren, dass Kinder und Beruf schwer vereinbar sind. Was tun? Von anderen lernen!

## Von Europa lernen

---

Als Unionsbürger sollten wir schleunigst über den Tellerrand heimischer Familienpolitik blicken. Warum erlebt Frankreich seit gut fünf Jahren geradezu einen Babyboom? Warum gelten in Schweden nur noch drei Prozent der Frauen als „nicht erwerbstätig“? Warum ist in den Niederlanden die Zuwachsrate von erwerbstätigen Müttern mit Kindern unter neun Jahren besonders hoch? Differenzierte Betreuungsmodelle, ganztägige Schulformen und Teilzeitarbeit stehen hinter diesen Entwicklungen. Potenzielle Mütter und Väter wagen ein „Ja“ zu Kindern viel eher, wenn sie sich mit der Betreuung nicht allein gelassen fühlen.

In Europa hat man also die Weichen dafür gestellt, dass Familie und Beruf vereinbar sind. Bei uns ist diesbezüglich noch viel zu tun. Denn wenn wir künftig nicht verstärkt in

„Humanvermögen“ investieren, wenn wir nicht konsequent dafür sorgen, dass der Faktor Kind wieder einen höheren Stellenwert hat, dann brechen weitgehend wirtschaftliche, technologische und vor allem auch kulturelle Innovationspotenziale unseres Landes weg. Dann fehlen Erwerbstätige, Steuer- und Beitragszahler und vor allem potenzielle Eltern, die dafür sorgen, dass Kinder in Österreich geboren, erzogen und ausgebildet werden. Deshalb muss unsere Devise, die auch die EU im „Lissabonner Prozess“ festgeschrieben hat, wenn die Gemeinschaft bis 2010 zur (wissens-)dynamischsten Region der Welt werden sollte, lauten: Unser Rohstoff steckt in den Köpfen der Menschen.

Wenn wir also über „Familie“ reden, geht es nicht nur um privates Idyll, sondern auch um ein Plädoyer gegen ökonomischen Abstieg und für die Wiederentdeckung von Humanität.

Die Junge Volkspartei Steiermark ist mit mehr als 15.000 Mitgliedern, 85 Ortsgruppen und 800 Funktionären die größte politische Jugendorganisation der Steiermark. Betrachtet man die Geschichte der Jungen Volkspartei Steiermark im Verlauf der letzten 60 Jahre, ergibt sich ein Bild voller „positiver“ und sich befruchtender Widersprüche: 60 Jahre alt, aber dennoch jung. Brav und nett, aber doch auch provokativ und aufmüpfig. Ländlich und gleichzeitig urban. Freizeitorientiert und auch gerade dabei politisch. Eine Vielzahl von Spannungsfeldern innerhalb derer sich die Junge Volkspartei bewegt. Der jeweilige Kurs wird dabei meist von ihren Führungspersönlichkeiten bestimmt, die die Junge Volkspartei stets geprägt haben und immer noch prägen.

## Aktionen und Initiativen mit Vorbildwirkung

---

Viele der ehemaligen Obleute und Mitarbeiter der Jungen Volkspartei sind heute große Vorbilder für uns, da sie es geschafft haben, unsere Organisation durch ihre Aktionen und Initiativen nachhaltig zu verändern und zu einem wesentlichen Faktor innerhalb der Steirischen Volkspartei zu machen. Dazu nur einige kurze Ausführungen:

Erstens: Der Reintaler Kreis, von Alfred Grinschgl, Herwig Hösele und Landesrat Hermann Schützenhöfer 1976 gegründet, sowie die von Schützenhöfer ins Leben gerufenen „Steirischen Jugendmodelle“ haben wesentlich dazu beigetragen, dass die JVP heute nicht nur Jugendverein, sondern die einzige relevante politische Jugendorganisation in der Steiermark ist. Zweitens: Die aktionistischen Initiativen von Generalsekretär Reinhold Lopatka, der etwa im Jahr 1984 erfolgreich die erste Urabstimmung innerhalb der Steirischen Volkspartei „angezettelt“ hat, haben viel dazu beigetragen, der Jungen Volkspartei jenen kritischen Geist zu verleihen, von dem sie heute noch profitiert und für den sie auch bekannt ist.

Drittens: Die politischen Forderungen von Klubobmann Christopher Drexler während seiner Tätigkeit als JVP-Obmann, und hier vor allem die einer Wahlaltersenkung auf 16 Jahre, bestimmen auch heute noch die Arbeit der Jungen Volkspartei. Allein diese eindrucksvollen Beispiele zeigen, dass die Junge Volkspartei der Gegenwart, so jung ihre Mitarbeiter und Funktionäre auch sein mögen und sooft sie auch versuchen mögen, neue Wege zu beschreiten, unmittelbar mit den Leistungen und Errungenschaften der vergangenen Jahre verbunden ist. Natürlich haben sich innerhalb der letzten 60 Jahre auch viele Dinge geändert!

Die JVP Steiermark ist heute ein Jugendverein unter vielen, die sich auf dem „Markt der Jugendorganisationen“ behaupten müssen. Das Interesse an Politik und vor allem an politischen Parteien hat durch das vielfach verbreiterte Angebot eher ab- als zugenommen. Die so genannte „Stammwählerschaft“ ist innerhalb der jugendlichen Altersgruppe von heute so gut wie nicht mehr existent. Die Mehrzahl der Jugendlichen wählt heute das beste Angebot und nicht mehr eine politische Partei, der sie sich verpflichtet fühlt. Jugendliche von heute haben eine Vielzahl an Möglichkeiten, ihre Freizeit sinnvoll zu nutzen.

Wenn die Junge Volkspartei von heute auch morgen noch erfolgreich sein will, muss sie sich ständig darum bemühen, die besten Angebote zur Verfügung zu stellen, personell wie inhaltlich. Für die Junge Volkspartei des Jahres 2005 ist entscheidend, vor allem auch eine Botschaft glaubhaft zu vermitteln: Politik ist zwar harte Arbeit, aber es macht auch Spaß! Dies ist jedoch nur dann möglich, wenn es uns gelingt, eine glaubhafte Kombination aus landesweitem Freizeitverein, politischer Interessenvertretung und der viel zitierten „ÖVP-Kaderschmiede“ zu sein. Die Junge Volkspartei von heute muss ein so breites Angebot aufweisen und anbieten, um für alle Jugendlichen, die sich in der Politik und/oder im politischen Umfeld engagieren wollen, offen zu sein. Entsprechend diesen Vorgaben haben wir alle unsere Bemühungen und Aktionen der letzten Jahre konzipiert, gelenkt und durchgeführt, einige davon seien hier erwähnt.

## Freizeitveranstaltungen und politische Arbeit in Symbiose

---

Mit dem JVP-Eventservice unterstützen wir sowohl unsere JVP-Ortsgruppen als auch alle anderen engagierten Jugendlichen, die das Freizeitangebot ihrer Gemeinde oder ihrer Region verbessern wollen, einerseits im organisatorischen, aber auch im finanziellen Bereich. Mit unserem Fun- & Freizeitverein „Styriact“ organisieren wir einzigartige Großveranstaltungen, die jährlich von tausenden Jugendlichen besucht werden und die insgesamt großes Interesse wecken. Mit der Wiederbelebung der in den 1960er Jahren gegründeten JVP-Zeitung „Orizont“ und dem damit einhergehenden Relaunch im Jahr 2004 haben wir die Medienlandschaft um das (immer noch) einzige politische Jugendmagazin der Steiermark bereichert. Mit unseren politischen Diskussionsveranstaltungen auf Gemeinde-, Bezirks- und Landesebene sind wir auch heute, 60 Jahre nach der Gründung, das einzige landesweit vertretene politische Sprachrohr der Jugend. Durch die hervorragende Zusammenarbeit mit den ÖVP-Mandataren auf Gemeinde- und Landesebene sorgen wir dafür, dass die Meinungen, Interessen und Ideen der Jugend nicht nur besprochen, sondern auch umgesetzt werden.

Mit Countdown 2005 haben wir anlässlich der Gemeinderatswahlen das größte Personalentwicklungsprojekt in der Geschichte der JVP Steiermark gestartet. Und dies mit dem Ergebnis, dass mittlerweile rund 700 Jugendliche in den ÖVP-Ortspartei vorständen vertreten sind und rund 500 Jugendgemeinderäte die Interessen ihrer Altersgruppe in den steirischen Gemeindestuben vertreten. Unsere Jugendmandatäre zu betreuen und unsere Funktionäre bei der Verwirklichung ihrer politischen Ziele zu unterstützen, wird auch nach wie vor eine Hauptaufgabe der JVP Steiermark sein. Politik soll also nicht über die Köpfe der Jugendlichen hinweg gemacht werden, sondern die jungen Menschen sollen in den politischen Prozess mit einbezogen werden.

Um das Landesbüro der Jungen Volkspartei Steiermark bei dieser Aufgabe zu unterstützen, haben wir in den letzten Jahren einen Pool an Trainern und Moderatoren aufgebaut, deren Aufgabe es ist, unsere Funktionäre in Form von Seminaren und Coachings zu schulen und zu betreuen. Unter dem Motto „Wer will, muss können!“ – zugleich der Slogan des 24. ordentlichen Landestags der JVP Steiermark – versuchen wir optimale Rahmenbedingungen für Jugendliche zu schaffen, die sich politisch engagieren möchten. Nicht zuletzt dadurch ist es uns seit der letzten Landtagswahl vom 15. Oktober 2000 gelungen, 60 neue Ortsgruppen zu gründen oder zu reaktivieren und insgesamt 2.500 neue Mitglieder für uns zu gewinnen. Zudem wurde das seit 1988 geltende Landesorganisationsstatut reformiert und den heutigen Erfordernissen angepasst.

### „Wählen mit 16“ – ein demokratiepolitischer Quantensprung

---

Diesen Schwung, der nicht zuletzt durch die Wahlaltersenkung auf 16 Jahre im Jahr 2001 ausgelöst wurde, möchten wir auch für die Zukunft nutzen. Die Senkung war auf jeden Fall ein demokratiepolitischer Quantensprung, der einen großen und notwendigen Dynamisierungs- und Innovationsschub für die Politik selbst brachte.

Im Hinblick auf die Gemeinderatswahl 2005 haben wir daher zum ersten Mal unsere Angebote nicht nur unseren Ortsgruppen, sondern auch all jenen ÖVP-Ortsparteien zugänglich gemacht, die bereit sind, Jugendliche in ihre Arbeit aktiv einzubinden. Und dies mit durchschlagendem Erfolg. Über ein Drittel der rund 200 Veranstaltungen und Aktionen, die die JVP Steiermark im Zuge der Wahlbewegung zu den Gemeinderatswahlen am 13. März 2005 durchgeführt oder unterstützt hat, fanden in Gemeinden statt, in denen es zwar (noch) keine JVP-Ortsgruppe gibt, wo wir aber nun über aktive jugendliche Ansprechpartner verfügen, die sich auch in Zukunft an den Initiativen und Programmen der JVP Steiermark beteiligen werden. Die Junge Volkspartei ist damit heute so stark bzw. so gut organisiert wie seit Jahren nicht mehr!

In der Steiermark leben ca. 250.000 Menschen, die zwischen 15 und 30 Jahre alt sind. Ziel der Jungen Volkspartei ist es, diesen Menschen vor allem auch Chancen zu eröffnen, politisch tätig zu werden. Für die Zukunft wollen wir diesen Weg der Öffnung weitergehen, denn nur eine offene Jugendorganisation hat die Möglichkeit, die Unterstützung der Jugendlichen für sich und ihre Ziele zu gewinnen. Mit der Senkung des Wahlalters im Jahr 2001 hat die JVP Steiermark ein Ziel erreicht, das unsere politische Arbeit im letzten Jahrzehnt entscheidend geprägt hat. Zwar betrifft die derzeitige Wahlaltersenkung nur die Gemeindeebene und natürlich wird sich die JVP auch weiterhin für „Wählen mit 16“ auch bei Landtagswahlen einsetzen, doch der Bann ist gebrochen und die größte Hürde übersprungen. Damit wird es auch für uns Zeit, politisch neue Ufer anzusteuern.

Als politische Jugendorganisation ist es eine unserer wichtigsten Aufgaben, eine starke Interessenvertretung für die Jugend in der Steiermark zu sein. Mit unserer neuen starken Struktur, unseren zahlreichen Mandatären auf Gemeindeebene und als Teilorganisation der führenden politischen Kraft in unserem Land sind wir die einzige Jugendorganisation, die dazu in der Lage ist, jugendrelevante Themen nicht nur aufzugreifen, sondern auch zur Umsetzung zu bringen. Bei den Themen „Jugendbeteiligung“ und „Wählen mit 16“ ist dies gelungen. Nun ist es an der Zeit, dies auch bei anderen Themen zu schaffen. Über diese Themen wollen wir uns im wieder belebten Reintaler Kreis, über alle Parteigrenzen hinweg, Gedanken machen, so wie es seit den 1970er Jahren in der JVP Steiermark gute Tradition war und ist. Für das Jahr 2005 wird der Schwerpunkt dabei auf dem Thema „Bildung und Arbeit“ liegen, mit dem wir uns bereits in den letzten Jahren bei mehreren Landeskongressen auseinandergesetzt haben. Nun ist es an der Zeit, aus den vielen Ideen und Vorschlägen, die dabei entstanden sind, konkrete Projekte und Konzepte zu entwickeln und diese gemeinsam mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic und der Steirischen Volkspartei zur Umsetzung zu bringen. Gerade der neue politische Stil von Frau Landeshauptmann Klasnic ist für uns dabei in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung. Zum einen hat ihre auf Konsens und Zusammenarbeit ausgerichtete Politik für uns Vorbildcharakter. Außerdem werden gerade unsere Aktivitäten und Initiativen durch diese Politik des Zulassens gefördert und überhaupt erst ermöglicht.

In den vergangenen 60 Jahren hat die Junge Volkspartei Steiermark viel bewegt und viel erreicht. Sie wird nach wie vor der Garant dafür sein, dass die Steirische Volkspartei eine junge Partei bleibt!

# Österreichische Bauern – stark in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft!

Fritz Grillitsch

---

Die österreichische Landwirtschaft war wie kein anderer Berufsstand im vergangenen Jahrhundert einem großen Strukturwandel unterworfen. Immer im Zentrum dieses Strukturwandels stand der Bauernbund als die Interessenvertretung der Bevölkerung im ländlichen Raum.

## Anfänge des Bauernbundes

---

Die historischen Anfänge des Bauernbundes stellen die seit 1886 in einzelnen Ländern entstandenen politischen Bauernvereinigungen dar. 1899 wurde der Katholisch-Konservative Verein in der Steiermark gegründet, der sich seit 1934 Bauernbund nennt. 1945 wurde der Österreichische Bauernbund, zusammengesetzt aus 9 Landesorganisationen, im Rahmen der Österreichischen Volkspartei neu gebildet. Heute stellt der Bauernbund neben dem Wirtschaftsbund und dem Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbund die bedeutendste Teilorganisation der ÖVP dar und verfügt über die meisten Mitglieder. Eine wichtige Rolle spielte der Bauernbund in der Nachkriegszeit. Die Organisation des Österreichischen Bauernbundes leistete unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg einen großen Beitrag zur Nahrungsmittelversorgung der österreichischen Bevölkerung. Eine entscheidende Rolle spielte der Bauernbund aber auch im Laufe der Jahrzehnte im Bereich der Preispolitik für landwirtschaftliche Produkte. Ein Meilenstein war das Landwirtschaftsgesetz von 1959. In den 50er, 60er und 70er Jahren stand die soziale Absicherung der Bauern und Bäuerinnen im Mittelpunkt der politischen Aktivitäten des Bauernbundes. Stichworte wie Zuschussrenten, Pensionen, Kranken- und Unfallversicherung sowie die Kinderbeihilfe auch für Bauernkinder prägten die damalige Arbeit.

## Österreichs Beitritt zur EU – Wandel und Chancen

---

Eine der größten Herausforderungen der vergangenen Jahrzehnte war aber zweifellos der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union im Jahre 1995. Eines steht heute – zehn Jahre nach diesem Beitritt – außer Frage: Es war eine wichtige und richtige Entscheidung Österreichs, Mitglied dieser Europäischen Union zu werden und am gemeinsamen Europa teilzuhaben. Damit wurde es möglich, mit starker Stimme in der Welt für unsere Bauern auftreten zu können. Bereits einige Jahre davor, nämlich 1989, kam es mit dem Fall des Eisernen Vorhanges zur Öffnung Osteuropas. Uns allen sind die Bilder des dama-

ligen Außenministers Alois Mock noch in Erinnerung, wie er am 27. Juni 1989 am Grenzübergang Klingenbach symbolisch diesen Eisernen Vorhang durchtrennte und damit einen historischen Meilenstein zur Wiedervereinigung unseres Kontinents setzte. Österreich rückte damit vom Rande Europas in dessen Mitte – ins Herz. Für Österreich und seine Nachbarn ergab sich daraus die Chance auf dauerhaften Frieden und Sicherheit. Es bot sich aber auch die Chance auf Wirtschaftswachstum. Mit der Umsetzung der Union erhielt das Wirtschaftswachstum einen ordentlichen Schub. Davon profitierte natürlich auch die Landwirtschaft: Seit der Ostöffnung haben sich die Exporte für die Landwirtschaft in die mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL) mehr als verdreifacht. Allein mit den unmittelbaren Nachbarstaaten und mit Polen ist im Jahr 2007 bereits mit einem Exportvolumen von 516 Millionen Euro zu rechnen. Eine logische Konsequenz der Öffnung Osteuropas war die Erweiterung der EU um zehn neue Mitgliedsländer im Jahr 2004. Auch dieser Schritt barg für die heimische Landwirtschaft einige Risiken. Der Österreichische Bauernbund trat trotzdem für diese Erweiterungsrunde ein, formulierte aber klare Spielregeln, nach denen das größere Europa – und natürlich auch die Landwirtschaft in einer EU der 25 – funktionieren muss. Für uns war und ist die Basis das europäische Modell der Landwirtschaft, das im Dezember 1997 formuliert wurde. Dieses enthält ein klares Bekenntnis zu einer nachhaltigen Bewirtschaftung, einer flächendeckenden Bewirtschaftung sowie zu einer multifunktionalen und wettbewerbsfähigen Landwirtschaft. Ein solches Bekenntnis ist auch angesichts der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) notwendig. Die GAP stand am Anfang der europäischen Einigung und ohne GAP gäbe es heute keinen einheitlichen Markt. Die Fischler-Reform mit dem Betriebsprämienmodell scheint vor dem Hintergrund der laufenden WTO-Verhandlungen sinnvoll. Die Finanzierung kann für die nächsten Jahre nur dann sichergestellt werden, wenn wir in gesellschaftlich akzeptierte Marktprogramme investieren. Wir müssen nun dafür sorgen, dass diese Reform rasch umgesetzt wird. Das ist insofern wichtig, als die Bauern schnellstmöglich Verlässlichkeit und Planungssicherheit benötigen. Die Herausforderung dabei ist es, die willkürliche Neuzuteilung von Prämien zu verhindern und die Produktionseinkommen zu sichern. Bei den weiteren WTO-Verhandlungen müssen wir sicherstellen, dass das europäische Landwirtschaftsmodell offensiv verteidigt wird. Denn die bäuerliche Landwirtschaft ist das europäische Gegenkonzept zu agroindustriellen Strukturen. Außerdem müssen Standards im Bereich Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz sowie soziale Standards mit einbezogen werden. Wir wollen einen fairen Welthandel statt eines freien Welthandels. Vor all diesen Herausforderungen stehen wir Bauern in der nächsten Zeit. Wichtig dabei ist es, nicht der Vergangenheit nachzutruern, sondern offensiv und mutig in die Zukunft zu gehen – mit den richtigen Konzepten und Ideen für den Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft. Ein solches Konzept ist das „Neue bäuerliche Unternehmertum“ des Österreichischen Bauernbundes, das wir vor zwei Jahren in Kufstein beim Bundesbauernrat beschlossen haben.



Uns ist klar, dass die Zukunft der Bauern nicht in einer Politik liegt, die vorschreibt, sondern in einer Politik, die ermöglicht, damit die Zukunft jenen Betrieben gehört, die in der Landwirtschaft bleiben möchten. Für die Agrarpolitik des Bauernbundes bildet eine Landwirtschaft das Leitbild,

- die frische, naturnahe, gesunde Nahrungsmittel und biogene Rohstoffe entsprechend der Nachfrage in ausreichender Menge und optimaler Qualität herstellt,
- die den Lebensraum der Menschen so gestaltet, dass die ökologische Vielfalt bewahrt wird und die Lebensgrundlagen Boden, Wasser und Luft intakt bleiben,
- die so handelt, dass der ländliche Raum für seine Bewohner in seiner Sozial-, Wirtschafts- und Kulturfunktion nachhaltig lebensfähig erhalten und seine Wohn- und Lebensqualität gesichert werden und
- die ein wirtschaftlich stabilisierender Faktor des ländlichen Raums ist.

Bei all unseren Bemühungen steht der Mensch im Mittelpunkt. Unser Verständnis zur Gestaltung des individuellen, gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens in demokratischer Mitverantwortung basiert auf folgenden Grundwerten:

- Familie als Kern unserer Gesellschaft
- Freiheit zur Selbstbestimmung und -entfaltung
- Gerechtigkeit, die allen Lebenschancen sichert
- Chancengleichheit von Mann und Frau
- Solidarität in partnerschaftlicher Mitverantwortung und
- Subsidiarität, die eigenverantwortliches Handeln ermöglicht und fördert sowie die regionale Identität bewahrt.

## Arbeit für das Gemeinwohl

---

Der qualitative Beitrag, den die Bauern zum Gemeinwohl leisten, überragt ihren zahlenmäßigen Anteil an der Gesamtbevölkerung. Eine flächendeckende Bewirtschaftung ist ein gesellschaftliches und gesellschaftspolitisches Anliegen. Die Land- und Forstwirtschaft ist der Motor für die Wirtschaft im ländlichen Raum. Sie ist aber auch Lieferant und Auftraggeber für und von Industrie, Gewerbe und Dienstleistungsunternehmen. Die österreichische Land- und Forstwirtschaft schafft Lebensmittel, Rohstoffe für Gewerbe und Industrie, Lebensqualität und intakten Lebensraum. Bäuerliche Arbeit ist täglich gelebte Schöpfungsverantwortung. Damit die österreichischen Bauern Leistungen von unmittelbar wirtschaftlicher ebenso wie von überwirtschaftlicher Bedeutung erbringen können, ist eine flächendeckende Bewirtschaftung durch bäuerliche Familienunternehmen weit mehr

als eine interessenpolitische Zielsetzung. Die Bauern haben heute neben ihrer Ernährungs- und Rohstofffunktion auch eine Kulturlandschaftsfunktion, eine Stabilitätsfunktion, eine Dienstleistungsfunktion und nicht zuletzt eine Kulturfunktion. All diese Funktionen und unternehmerischen Entscheidungen müssen die Bauern heute unter stark geänderten Vorzeichen treffen. Kreativität, Innovation und Flexibilität sind gefragt, um neue Freiräume optimal zu nutzen. Durch die Erweiterung der Europäischen Union hat sich eine Tür in den Osten aufgetan, die wir nutzen müssen, um unsere Lebensmittel besser zu positionieren. Die Exportoffensive „1-24“ war ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Deshalb wird es unumgänglich sein, noch mehr in Qualität und Innovation zu investieren.

### Wertschöpfungskette und neue Märkte

Solches marktwirtschaftliche Handeln ist ohne Eigentum nicht denkbar. Die Möglichkeit, Eigentum zu haben, zu erwerben oder zu vererben, und der Schutz dieses Eigentums sind daher für unsere Gesellschaft von grundlegender Bedeutung. Grund und Boden dürfen auch in Zukunft nicht zum Spekulationsobjekt werden, sondern müssen in Bauernhand bleiben.

Neues Unternehmertum bedeutet aber auch, den Blick auf den Markt zu richten. Marktfähigkeit heißt zuallererst, den Nutzen für den Konsumenten zu suchen. Es gilt, den Nutzen, der mit den bäuerlichen Produkten mitverkauft und mitempfunden wird, deutlich zu machen. Marktfähigkeit heißt aber auch, möglichst viele und vor allem die ertragreichen Bereiche innerhalb der Wertschöpfungskette zu besetzen: Handel, Veredelung, Verpackung, zusätzliche Beratung und vieles mehr sind äußerst wichtige Geschäftsfelder. Die Landwirtschaft braucht in diesem Sinne eine neue Unternehmens- und Unternehmerrkultur. Wir brauchen auch ein besseres Kostenmanagement. Speziell die Fixkosten in den Betrieben müssen weiter gesenkt werden. Hier sind noch lange nicht alle Potenziale ausgeschöpft. Ein weiterer wichtiger Schritt in eine erfolgreiche Zukunft ist die Erschließung neuer Märkte: Dazu gehört eine klare Ausbaustrategie für erneuerbare Energieträger. Der Bauernbund wird seinen Beitrag dazu leisten, um das Ziel zu erreichen, dass im Jahr 2010 zehn Prozent der Wertschöpfung der Landwirtschaft im Energiesektor erwirtschaftet werden. Zu diesem Sektor gehört der Bereich Biodiesel ebenso wie der des Ökostroms.

### „Bäuerliches Unternehmertum“

Um das „Neue Bäuerliche Unternehmertum“ zu ermöglichen, müssen die Investitionsförderungen verstärkt werden. Ein guter Anlass dafür ist die „Ländliche Entwicklung neu“ in der Programmplanungsperiode von 2007 bis 2013. Hier brauchen wir Mut zur

Veränderung. Wir werden auf eine Verstärkung der Aus- und Weiterbildung hinarbeiten. Denn lebenslanges Lernen ist auch in der Landwirtschaft kein politisches Schlagwort, sondern eine wirtschaftliche Notwendigkeit, um mithalten zu können. Unser Sektor kann sich dabei nicht ausnehmen. Der Bauernbund wird den einzelnen Bäuerinnen und Bauern nie die gesamte Verantwortung für ihre Betriebe abnehmen können. Doch wir werden alles daransetzen, dass wir auch in Zukunft als moderne Lobbying-Organisation unseren Einfluss wahren. Wenn uns das gelingt, dann wird auch weiterhin gelten: Die Bauern sind nicht die Letzten von gestern, sondern die Ersten von morgen.

Medien sind für die geistig-kulturelle und politische Entwicklung generell, aber auch speziell einer Region von entscheidender Bedeutung. Es kann ohne Zweifel eine im positiven Sinne befruchtende Wirkung sein, es besteht aber auch die Gefahr einer negativen Abwärtsspirale. In der Steiermark ist es die befruchtende Wirkung, die es hervorzuheben gilt. Am Beginn des 21. Jahrhunderts ist die Steiermark außerhalb des Wiener Raums der dynamischste und zukunftsorientierteste Medienstandort Österreichs. In der Weihnachtsausgabe der angesehenen „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 24. 12. 2004 beleuchtet dies Reinhard Olt in einer luziden Analyse: „Allenfalls in Branchenkreisen registriert und von außen so gut wie gar nicht wahrgenommen, verschieben sich in Österreich die Gewichte medienpolitischer Akteure vom bisher dominanten Zentrum Wien in die aufstrebende Provinz. Das ist zum einen auf die Aufhebung der Jahrzehnte währenden Monopolstellung des Österreichischen Rundfunks (ORF) zurückzuführen, hängt gleichermaßen aber auch mit dem Wegfall der Grenzen zu den EU-Nachbarländern zusammen. Als eines der markantesten Beispiele für die Veränderung in der medienpolitischen Landschaft kann zweifellos die ‚Styria‘ in Graz gelten, deren nahezu lautlose Ausgestaltung zu einem Medienunternehmen auf dem Fundament der ‚Kleinen Zeitung‘ beruht.“

Diese Entwicklung ist untrennbar mit dem Namen des Styria-Vorstandsvorsitzenden Horst Pirker verbunden. An der Spitze der erfolgreichen „Kleinen Zeitung“ steht der profilierte Erwin Zankel, der die Entwicklung des Blattes seit nahezu vier Jahrzehnten entscheidend mitprägt. Bekennende Steirer sind überhaupt in vielen entscheidenden Medienpositionen in Österreich führend tätig, z. B.

- Hans Dichand, ehemaliger Chefredakteur der „Kleinen Zeitung“, bevor er nach Wien auszog, um zunächst Chefredakteur des „Kurier“ und dann Gründer und Herausgeber der mit weitem Abstand auflagenstärksten österreichischen Tageszeitung, der „Kronenzeitung“, zu werden, deren Verbreitungsdichte weltweit einzigartig ist.
- Peter Rabl, Chefredakteur und Herausgeber der drittgrößten österreichischen Tageszeitung, des „Kuriers“,
- Gerfried Sperl, Chefredakteur des „Standards“, der seit seiner Gründung der österreichischen Qualitätszeitungsszene einen starken Impuls gab,
- Michael Fleischhacker als neuer Chefredakteur der „Presse“ mit ebenfalls starkem steirischen Verlagsmanagement,
- Alfred Grinschgl als Leiter der österreichischen Medienregulierungsinstitution RTR, der zunächst auch der österreichische Privatradiopionier der Antenne Steiermark war,

- Gerhard Draxler, ORF-Informationsintendant
- oder um in die Medien-Zeitgeschichte zu blicken – „Kleine Zeitung“-Langzeitchefredakteur Fritz Csoklich, der entscheidend zum Aufbau der Position der „Kleinen Zeitung“, aber auch zum Rundfunk-Volksbegehren, das den unabhängigen ORF hervorbrachte, mitinitiierte, oder die Styria-Verlagschefs Hans Sassmann und Julius Kainz, beide Verlagsprofis, die genauso wie jetzt Horst Pirker jahrelang an der Spitze des Österreichischen Verlegerverbandes standen und in Wien zunächst im „Kurier“ und später bei der „Presse“ führend wirkten.

Die von Wolfgang Bachmayer, Wolfgang Mantl und Gerald Schöpfer gemeinsam verfasste und im Juni 2002 vorgelegte umfassende Medienstudie Steiermark stellt in ihren Schlussfolgerungen u. a. fest:

„Das Land Steiermark hat die künftigen Möglichkeiten und neuen Märkte in Südosteuropa längst erkannt. Die Zukunftsregion für die Steiermark sind die südöstlichen Nachbarn und der Alpe-Adria-Raum. Voraussetzung für diese Entwicklungen sind eine politische Partnerschaft und eine aktive Befürwortung der raschen EU-Integration der steirischen Nachbarn im Südosten. Durch eine solche, von der Landespolitik vorgelebte Neuorientierung nach Südosteuropa entstehen in der Folge neue wirtschaftliche Chancen für die Steiermark. Die Medien- und Informationswirtschaft übt dabei eine Vorreiter-Funktion für wirtschaftliche Entwicklungen aus. Medien stiften Bewusstsein, informieren, vermitteln und öffnen Märkte. Daraus leitet sich eine zentrale Empfehlung dieser Medienstudie ab, nämlich die Etablierung eines Medienkompetenzzentrums Steiermark, mit Strahlkraft für die gesamte Zukunftsregion, also Ungarn, Slowenien, Kroatien und Oberitalien, nicht zu vergessen die österreichischen Nachbarn Burgenland und Kärnten.

Damit hätte die Steiermark die Chance, zu einem kommunikationswirtschaftlichen Gravitationszentrum im Raum Südostösterreich – Südosteuropa zu werden. Wien hat die Chance schon versäumt, Medienzentrum für Zentraleuropa zu werden, das ist inzwischen München. Die Steiermark könnte das mit Blickrichtung Südosteuropa zustande bringen. In diesem Medienkompetenzzentrum sollten alle jene Aktivitäten gebündelt werden, die schon früher in Ideen wie Alpe-Adria-Region, Trigon-Gedanke, Medienakademie Steiermark usw. zugrunde gelegt wurden. Ziel ist die Etablierung eines neuen Stärkefeldes, das alle medien- und kommunikationswirtschaftlichen Strukturen und Aktivitäten im weiteren Sinn zusammenfasst und koordiniert. Dazu gehören traditionelle Medien genauso wie neue Medien, Verlagshäuser und Content Companies, der Telekommunikationsbereich, Agenturen, Produktion und Druck, Film, Info Broking, Informations- und Wissensmanagement, vor allem aber Medienerziehung und Medienbildung.“

In diesem Sinne wurde auch gemeinsam mit der zuständigen EU-Kommissarin Viviane Reding am 30. Mai 2003 in Graz der „Media Cluster“ für die Zukunftsregion in Graz ins Leben gerufen und mittlerweile auch in Ljubljana, Pecs und Zagreb präsentiert. Der von LH Waltraud Klasnic 2002 initiierte Grazer Fachhochschullehrgang Journalismus und Kommunikation hat als Pflichtfremdsprache Slowenisch im Curriculum. 2004 startete ein MET (Media-Entertainment-Technology)-MBA-Lehrgang für die Zukunftsregion mit der renommierten Steinbeis-Hochschule als Träger in Graz. Am 13. Mai 2004 konstituierte sich der internationale Fachbeirat des „Media Cluster“ mit angesehenen Repräsentanten der Medienwirtschaft der Zukunftsregion und wird weitere Aktivitäten starten.

Ganz grundsätzlich ist bewusst, dass Medienpolitik in hohem Maße auch Kulturpolitik ist, dass die Identität und das Image einer Region in ganz entscheidender Weise von den Medien, ganz gleich wie diese organisiert sind, transportiert und geprägt werden. Für jede Region und gerade für die Steiermark als ein Land der Vielfalt sind die selbstbewusste und zukunftsgerichtete Präsentation der verschiedenen Bereiche des Landes und die Diskussion ihres Leitbildes für die Zukunft von höchstem Interesse – in einem Denken aller Bereiche von Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft.

Die Positionierung unseres Landes, seines großen Innovationspotenziales, das aus der Tradition wächst, und seiner historisch gewachsenen exponierten und zugleich interessanten geopolitischen Lage im neuen Europa auf dem Weg ins neue Jahrtausend muss Teil eines Mobilisierungs- und Vitalisierungsprozesses aller wichtigen Gruppen sein. Hier sind befruchtende und große Wechselwirkungen mit den Medien und Widerspiegelungen durch und mit den Medien von besonderer Wichtigkeit – ein mediales Klima für eine Steiermarkoffensive kann nicht als Kopfgeburt vom grünen Tisch aus erzeugt oder gar verordnet werden, sondern kann sich nur als kreativer Prozess entwickeln.

In diesem Sinne seien einige allgemeine Überlegungen zum Verhältnis Medien und Politik und Chancen und Gefahren in dieser Relation angestellt. Die Informationsflut, die auf uns einströmt, führt aber auch zu einem Phänomen von „overnewsed“ und „underinformed“. Das Weltwissen verdoppelt sich alle fünf Jahre, 80 % aller Informationen, die wir in den letzten 24 Stunden aufgenommen haben, vergessen wir. Unkritischer Informationskonsum, so der Mainzer Medienforscher Prof. Kepplinger, kann eine negative Weltsicht fördern. Wir brauchen Maßstäbe, Fertigkeiten und Orientierungspunkte, die wichtige von der unwichtigen Information auseinander zu halten. Medienpädagogik und Schutz vor medialer Umweltverschmutzung – so genannte Medienökologie – werden also immer wichtiger werden. Der mittlerweile verstorbene amerikanische Medienguru Neil Postman hat Mitte der 80er Jahre den warnenden Bestseller geschrieben: „Wir amüsieren uns zu Tode“. Es gibt tatsächlich große Gefahren, hauptsächlich für Kinder. Einer amerikanischen Studie nach hat ein heute Dreißigjähriger rund 5 Millionen Tote im Fernsehen gesehen.

Reality-TV. Untersuchungen in Schweden ergaben, dass bereits 40 Prozent der Kinder zwischen sechs und zehn Jahren davon überzeugt sind, dass Menschen ausschließlich durch Mord und Totschlag sterben. Was das Fernsehen zeigt, gilt als wirklich. Aus cogito, ergo sum (ich denke, also bin ich) wird video, ergo est: Ich sehe, also ist es.

Durch die Digitalisierung und die Infoflut ist die Gefahr der Spaltung unserer Gesellschaft noch größer geworden – in „onliner“ und „offliner“. Die neue soziale Herausforderung des „digital divide“ – also grob der Teilung von jungen und dynamischen Internet-Usern und einer älteren, sozial benachteiligten Generation (das Schlagwort von Modernisierungsgewinnern und -verlierern trifft hier besonders zu) – heißt daher: Es darf keine Zweiklassengesellschaft und keine neue soziale Spaltung geschaffen werden.

Die Medien sind schuld. Eine der beliebtesten Ausreden gerade auch in der Politik, wenn etwas misslingt oder falsch rüberkommt. Tatsächlich sollten aber gewisse Phänomene und revolutionäre Umwälzungen der Mediengesellschaft auf Grundlage einiger signifikanter Zitate schärfer beleuchtet werden. Massenmedien werden oft als vierte Gewalt in der Demokratie bezeichnet, werden aber allzu oft aus der demokratiepolitischen Diskussion ausgeklammert, was ein verhängnisvoller Fehler ist. Unbestritten ist, dass die modernen Massenmedien unsere Welt, wie es schon in den Sechzigerjahren der amerikanische Medienguru Marshall McLuhan sagte, zu einem globalen Dorf gemacht haben – Informationen machen vor keinen „Eisernen Vorhängen“ und Staatsgrenzen Halt. Keine Zensur kann sie dauerhaft aufhalten. Die Massenmedien, insbesondere das Fernsehen, haben allgemeiner Meinung nach eine entscheidende Rolle beim Zusammenbruch der DDR bzw. des Kommunismus in Osteuropa gespielt.

Allgemein stellt Paul Kennedy (Yale University) in seinem 1993 erschienenen Werk „In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert“ fest: „Die größte Veränderung hat sich indessen auf dem Gebiet der globalen Kommunikation zugetragen. Vor fünfzig oder sechzig Jahren begannen das Radio und das Fernsehen gerade ihre ersten Auswirkungen zu zeigen, dies aber nur unter relativ wenigen reichen Gesellschaften. Jetzt, am Ende unseres Jahrhunderts, beeinflussen sie die Menschen, insbesondere die jüngeren Generationen, auf der ganzen Erdkugel. Während es überdies früher so schien, als sollten die neuen Medien die Macht der Regierungen verstärken (wie Orwell zum Beispiel in seinem Roman „1984“ argumentierte), ist ihre Wirkung in den letzten Jahrzehnten das Gegenteil gewesen: Sie haben das Staatsmonopol auf Information aufgebrochen, sie überschreiten nationale Grenzen und erlauben den Menschen, zu Zeugen der Entwicklungen in anderen Ländern zu werden.“

Im Zeitalter des Infotainments, der Quote, der ständigen Beschleunigung, die zu Kurzatmigkeit und Atemlosigkeit führt, des Internets, kurz der Multimedialisierung und Digitalisierung – wirken seit Jahrzehnten überkommene Politikstrukturen noch archaischer und kontraproduktiv.

Warnfried Dettling hat in diesem Konnex auf das Buch des deutschen Politikwissenschaftlers Thomas Meyer mit dem signifikanten Titel „Politik als Theater – Die neue Macht

der Darstellungskunst“ aufmerksam gemacht und dieses unter anderem folgendermaßen rezensiert: „Zwei Voraussetzungen sind zugleich die kritischen Punkte, an denen sich entscheidet, ob Politik sich auf der öffentlichen Bühne noch mit einem eigenen, eigenständigen Stück behaupten will oder sich längst schon damit abgefunden hat, sich nur noch hinter den Fassaden gleichsam selbst abzuwickeln. Die Annäherung an das Modell einer deliberativen Öffentlichkeit setze ein entgegenkommendes Kommunikationsangebot der Politik und ein Mindestmaß an Inszenierungsdisziplin der Medien voraus. Mit etwas einfacheren Worten: Demokratie braucht Politiker, die etwas zu sagen haben – und Medien, die darüber berichten.“

Was aber geschieht, das ist die Frage, wenn Politiker und Parteien zu den wichtigen Fragen lieber schweigen und die Medien lieber über unwichtige, aber unterhaltsame Dinge berichten wollen und so den öffentlichen Raum entpolitisieren? Wenn die Akteure und Regisseure des politischen Theaters aus unterschiedlichen Motiven, aber mit der gleichen Wirkung zur Politik nichts mehr zu sagen, zu einer öffentlichen Debatte nichts mehr beizutragen wagen? Was könnte dann die lautlose Erosion der Demokratie noch aufhalten?

Das Buch von Thomas Meyer ist geschrieben mit Skepsis, doch nicht ohne Hoffnung. Es will mithelfen zu verhindern, was da kommen könnte, nämlich „eine scheinbar gewaltfreie, in Wahrheit aber machtvolle Austreibung des Politischen“. Und er setzt auf das aufgeklärte Eigeninteresse der Akteure vor und hinter den Kulissen: Beide könnten auf Dauer kein Interesse haben an Inszenierungen, bei denen kein Stück mehr erkennbar ist. Politisches Theater so ganz ohne Politik bewegt am Ende keinen mehr, es verbreitet nur noch Langeweile.

Gewiss: Politik lebt von guter Rhetorik und Politikvermittlung von einem Schuss Theater. Doch irgendwann geht jede Vorstellung einmal zu Ende – und auch jeder Wahlkampf. Dann wird sich zeigen, was das politische Theater geboten hat: etwas mehr öffentliche Verständigung über die gemeinsamen Dinge oder aber bloß „die kurze Lust der glanzvollen Inszenierung, von der nicht viel mehr bleibt als ein kurzer Weg zur Macht und ein langer Verdruss an Politik und Politikern“.

Es wäre daher ein fatales Missverständnis, Medienpolitik auf Präsenz in der „Seitenblicke“-Gesellschaft, Fernseh-Sekundenzahlen, Schlagzeilenproduzieren und möglichst häufige Medienerwähnungen reduzieren zu wollen. Medienpolitik muss demokratiepolitischen und kulturpolitischen Gestaltungswillen zeigen und Rahmenbedingungen für Qualität und Pluralität setzen.

Viele angesehene Publizisten reflektieren die oftmals unbefriedigende Situation, so z. B. der Chefredakteur der „Neuen Zürcher Zeitung“, Hugo Bütler, der im Trend zum Infotainment große Gefahren sieht (NZZ, 5. 12. 1998). „Schon von ihrem Wesen her arbeiten Unterhaltung und Infotainment unter weitgehender Ausblendung des Politischen. Aber vom Blickpunkt eines klassischen Informationsjournalismus aus und angesichts der hoch-



gradigen Vernetzung der heutigen Welt birgt diese Tendenz doch große Risiken. Politik ist Teilhabe an der Gestaltung des öffentlichen Raums.“

Oder der Chefredakteur der „ZEIT“, Roger de Weck, in seinem Leitartikel am 26. September 1997:

„Wir leben im Zeitalter des Fernsehens, das jeden Auftritt zu dramatisieren, jede Botschaft zu verkürzen sucht und in dem Maße versimpelt, in dem die Welt komplexer wird. Das sind an und für sich herrliche Verhältnisse für jene schrecklichen Vereinfacher, die fast schon stolz sind, als Populisten gescholten zu werden. Je tiefer ihr Ansehen, desto größer das Aufsehen, das sie erregen. Aber im Grunde bieten sie genau das am allerwenigsten, was am allermeisten gefragt ist: Orientierung, also Zukunfts- und Richtungsweisendes. Deshalb stoßen sie an ihre Grenzen.“ Es ist in der Tat angesichts des sich fast als *Circulus vitiosus* in Richtung ständig größerer Verdrossenheit bewegenden Verhältnisses Politik – Journalismus nicht leicht, nicht zum Pessimisten, Fatalisten oder Zyniker zu werden. Es gilt freilich, diesen Teufelskreis zu durchbrechen.

Meiner festen Überzeugung nach gibt es eine Wechselwirkung zwischen Politik und Medien. Eine bessere Qualität der Politik führt auch zu besserer Medienqualität.

Einige Schlussfolgerungen daraus: Langfristig kann und darf das Design nicht das Sein ersetzen. „Wag the dog“ ist die Karikatur einer abschreckenden Entwicklung, der gegengesteuert werden muss. Die Anbiederung an den Boulevard verlangt täglich neue, irgendwann nicht mehr steigerbare Prostitution und Trivialisierung. Was kann ein Politiker, der diesen Weg geht, sich, seine Frau und seine Kinder, ihre Kleider, Vorlieben, Wünsche, Sehnsüchte, Tierliebhabereien vermarktet, noch mehr bieten als ihre Schwangerschaft und die gesunde, möglichst kameragerechte Niederkunft. So etwas nutzt sich darüber hinaus früher oder später ab und die mangelnde Substanz wird noch deutlicher sichtbar. Des Kaisers neue Kleider können kein inhaltliches Nackerpatzerl verbergen. Beispiele belegen, dass schlechte Produkte sich auch durch die beste Werbung nicht auf Dauer verkaufen lassen, während gute Produkte ohne entsprechendes Marketing auch Ladenhüter bleiben.

Die Reduktion der Politik auf die Schlüssellochperspektive wäre eine gefährliche Verengung, so würde sich die Demokratie wahrlich zu Tode amüsieren.

Zu einem für die Demokratie richtigen Verhältnis zwischen Journalismus und Politik gehört der gegenseitige Respekt. Politiker, die der jeweiligen Schlagzeile des Tages nachlaufen, verlieren jeden Respekt, werden auf Dauer auch nicht ernst genommen. Respekt erwirbt man nicht mit Kumpanei und dem Reiten auf jeweiligen Modewellen des Zeitgeistes, der einen rasch alt aussehen lässt, sondern nur mit dem Mut zur konsequenten eigenen Meinung und zum Argument. Dies gilt auch, wenn die Bilder und Schlagzeilen immer greller und größer und die Artikel immer kürzer werden. Es besteht im Zeitalter der Überflutung mit Info-Müll der Bedarf und die Aufgabe nach seriöser Orientierung.

Und noch ein Phänomen muss ernst genommen werden: Die immer wieder spürbare Diskrepanz von öffentlicher und veröffentlichter Meinung. Auch die Anstandsregeln

mancher selbst ernannter Tugendwächter der „political correctness“ können in fataler Weise dazu beitragen, den notwendigen Grundkonsens zu unterhöhlen. Verantwortungsbewusste und um die Demokratie besorgte Politiker und Journalisten müssen bereit sein, im Sinne des Sisyphus-Bildes von Camus „dennoch“ zu sagen, auch im Wissen um die vom ehemaligen deutschen Bundespräsidenten Roman Herzog in seiner berühmten „Ruck-Rede“ 1997 angeprangerten Diskussionsrituale:

- „1. Am Anfang steht ein Vorschlag, der irgendeiner Interessengruppe Opfer abverlangen würde.
2. Die Medien melden eine Welle kollektiver Empörung.
3. Spätestens jetzt springen die politischen Parteien auf das Thema auf, die einen dafür, die anderen dagegen.
4. Die nächste Phase produziert ein Wirrwarr von Alternativvorschlägen und Aktionismen aller Art, bis hin zu Massendemonstrationen, Unterschriftensammlungen und zweifelhaften Blitzumfragen.
5. Es folgt allgemeine Unübersichtlichkeit, die Bürger werden verunsichert.
6. Nunmehr erschallen von allen Seiten Appelle zur Besonnenheit.
7. Am Ende steht meist die Vertagung des Problems. Der Status quo setzt sich durch. Alle warten auf das nächste Thema.“

Diese Rituale könnten belustigend wirken, wenn sie nicht die Fähigkeit, zu Entscheidungen zu kommen, gefährlich lähmen würden. „Wir streiten uns um die unwichtigen Dinge, um den wichtigen nicht ins Auge sehen zu müssen.“

Insgesamt kommt es dann zum gefährlichen Reformstau, der die Grundfesten der Demokratie, nämlich das Vertrauen in ihre Problemlösungskraft, auszuhöhlen droht. Erfreulicherweise hat die am 4. Februar 2000 von Wolfgang Schüssel eingeleitete Wende in Österreich zu notwendigen Reformschritten und auch zu einer „Repolitisierung“ geführt.

Selbstverständlich ist immer das Optimum zu suchen und zu finden, wobei sich die Vorstellungen des Optimums im Laufe der Zeit immer wieder ändern, so wie wir es auch in der Wirtschaft in einem großen Paradigmenwechsel von einer nachfrageorientierten zu einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik (Post-Keynes) erleben. Wahrscheinlich geht es immer wieder um Kompromisse, um einen richtigen „policy-mix“. Ewige Dogmen und unabänderliche Wahrheiten in der Politik gibt es nicht. Aber es gibt Grundsätze und Werte, die es immer in veränderten Situationen richtig anzuwenden gilt, also Wertkonservatismus, der zugleich Offenheit und Strukturenerneuerungsbereitschaft beinhaltet. Nicht Extreme und falsche Frontstellungen führen weiter, sondern oft eine ehrliche Position der Mitte. Denn es ist die Formulierung des Philosophen Rudolf Burger vom Herbst 2003 zutreffend: „... Politik ist nur als kompromissfähiges Interessenskalkül möglich, mit Leuten, die mit sich reden lassen, nicht als Durchsetzung absoluter Positionen. Sie ist ein lautes Entweder, das sich auf ein leises Oder eingestellt hat ...“

Große Skepsis ist gegenüber jenen angebracht, die sich im Besitz der Wahrheit und aller Tugenden wähnen. Wichtig ist ein Bekenntnis zu einem Ringen um eine schrittweise Verbesserung unserer Lebensverhältnisse im Bewusstsein von Fehlbarkeit und Irrtum. Und ich bekenne mich zur Möglichkeit der Schaffung, Erhaltung und Erweiterung eines Klimas für eine liberale und offene Gesellschaft. Auf diese Weise muss und kann wirkungsvoll gegen jene Feinde der offenen Gesellschaft aufgetreten werden, wie Fundamentalismus jedweder Provenienz, Xenophobie, Ausgrenzung, Intoleranz, Demagogie, Beliebigkeit, Gleichgültigkeit, ja – und dies sei bewusst erwähnt – auch eine oberflächliche Event- und Spaßgesellschaft als vielleicht wenig sichtbaren, aber süß schmeckenden giftig-gefährlichen Feind.

„Piece-meal social Engineering“ im Sinne Karl Poppers ist in der Politik angesagt. Es geht um eine ständige Reformbereitschaft und um einen ständigen Reformprozess, wobei es Zeitpunkte gibt, wo größere Reformschübe und Strukturveränderungen weniger denkbar, dann wieder unabdingbar erscheinen. Es gilt auch, gewisse Aussagen stets kritisch zu hinterfragen. Weder schrankenloser Neokapitalismus noch sozialdemokratischer Strukturkonservatismus sind in der Lage, die richtigen Antworten im 21. Jahrhundert zu geben. Modischer Vulgärliberalismus hat nichts mit dem notwendigen Ringen um eine offene, liberale, rechtsstaatliche demokratische (Civil-)Gesellschaft zu tun. Es geht um Grundwerte der Demokratie, der Menschenrechte, der ökosozialen Marktwirtschaft, der Nachhaltigkeit, der Politik in allen Bereichen, der Liberalität, also in vielem um Grundwerte, die in der christlichen Soziallehre festgeschrieben sind. So wichtig es ist, dass man sich von alten staatswirtschaftlichen Dogmen verabschiedet, so ist doch ein prinzipieller Unterschied zwischen Wirtschaft und Politik festzuhalten: Ein Staat, ein Gemeinwesen, funktioniert nach anderen Gesetzmäßigkeiten als ein Unternehmen. Er kann und darf nicht in allen Bereichen so geführt werden wie Unternehmen. Politik in einer Demokratie bedarf einer oft mühevollen, langwierigen Überzeugungsarbeit zur Vorbereitung von wichtigen Entscheidungen und muss auch Rückschläge in Kauf nehmen und braucht insgesamt das Vertrauen der Bevölkerung. Vor allem: Politik hat sowohl im globalen Rahmen als auch im nationalen, regionalen und lokalen Rahmen die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu setzen, aber auch insgesamt für das gesamtgesellschaftliche und politische Klima. Bei allem Bekenntnis zur Effizienz muss der Eigenwert der Demokratie bewusst sein. Es wäre langfristig nicht nur ineffizient, sondern eigentlich einen den humanen Fortschritt bedrohenden Totalitarismus fördernd, also sehr kurzfristig, demokratische Fundamente und Prozesse nur nach kurzfristigen ökonomistischen Kriterien beurteilen zu wollen. Es geht um den Primat der Politik vor der Ökonomie. Menschen sind nicht Kostenträger auf zwei Beinen, sondern der Mittelpunkt jeglichen gesellschaftlichen und politischen Handelns. Michael Fleischhacker schrieb in der „Presse“ am 23. August 2003 in einem Kommentar Folgendes:

„... Die adäquate Reaktion auf die geänderten Verhältnisse wäre die Konzentration der Politik auf ihre weiterhin unverzichtbare Aufgabe, nämlich die Schaffung und Gewähr-

leistung stabiler Rahmenbedingungen für eine möglichst weitgehend privatisierte Wirtschaft. Stattdessen häufen sich, das signalisieren Schlagwörter wie die Österreich AG, die Versuche, der Öffentlichkeit weiszumachen, die Politik selbst sei eine Art Wirtschaftsbetrieb.

Wenn es denn unbedingt ökonomisch formuliert sein muss: Erst eine Rückbesinnung der Politik auf ihre Kernkompetenzen wird die Entpolitisierung der Wirtschaft möglich machen.“

Alles andere wäre Abdankung der Politik. Politik ohne Substanz, die sterile Aufgeregtheit der täglichen Schlagzeile, wird längerfristig ohnehin durchblickt und führt zu Vertrauensverlust und Politikverdrossenheit und unterminiert die demokratische Legitimität. Politainment, das Missverständnis, dass Politik Events und Marketing ohne inhaltliche Substanz sein könnte, das Missverständnis, dass der „shareholder-value“ der oberste demokratische Wert sei, muss von einer verantwortungsbewussten und soliden Politik nicht nur vermieden werden, vielmehr muss dem entschieden entgegengesteuert werden.

Tatsächlich hat demokratische Politik im 21. Jahrhundert in einer hochkomplexen Welt eine entscheidende Steuerungs-, Gestaltungs- und Führungsaufgabe – lokal, regional, national, europäisch und global.

Der Präsident der Max Planck-Gesellschaft, Hubert Markl, hat in seinem Buch „Wissenschaft gegen Zukunftsangst“ etwas ganz Entscheidendes auch zur demokratiepolitischen Aufgabe der Medien ausgesagt, was sich nicht nur auf die Wissenschaft, sondern Gesellschaft und Politik insgesamt bezieht:

„Wenn die Industriegesellschaft die wissenschaftsbegründete Gesellschaft in höchster Vollendung (...) ist, dann sind wissenschaftliche Forschung und wissenschaftsgeleitete technische Entwicklung die Quellwasser, aus denen der Strom der gesamten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortentwicklung gespeist wird.“ Und weiter heißt es: „Nur wenn das Bildungs- und Ausbildungssystem einer solchen Gesellschaft so beschaffen ist, dass die Bürger diese Quellen nicht verschütten und dass die Kommunikationsmedien die Brunnen des Wissens nicht vergiften (...), kann eine Industriegesellschaft konkurrenzfähig, entwicklungsfähig, zukunftsfähig sein.“ Es geht um eine Allianz gegen die politische und mediale Brunnenvergiftung, um ein Bündnis für Strukturen, die bessere Qualität von Politik und Medien fördern, die also bestes Quellwasser für die Zukunftsfähigkeit der Demokratie sprudeln lassen.

Wenn dies gelingt, haben Politik und Medien ihren Intelligenztest bzw. „Elchtest“ für die Zukunftsfähigkeit der Demokratie bestanden.

Seit Dezember 1945 stellt in der Steiermark die Österreichische Volkspartei den Landeshauptmann. Fast ebenso lange trägt sie die Verantwortung für die Kulturpolitik des Landes. Mit fünf Jahren Unterbrechung zwischen 1995 und 2000 hat sie bis heute 55 Jahre lang das Kulturreferat geleitet. Die Namen der Funktionsträger: Udo Illig, Tobias Udier, Hanns Koren, Kurt Jungwirth, Josef Krainer, Gerhard Hirschmann und Waltraud Klasnic. Dazu leitete dieselbe Partei auch zwischendurch benachbarte und verwandte Referate Schulen, Wissenschaft, Forschung, Bildung, Jugend. Man darf also behaupten, die ÖVP prägte und prägt das kulturelle Antlitz dieses Landes entscheidend durch Führung und Finanzierung eigener Einrichtungen und Initiativen, durch Subventionierungen, durch Vertrag und Gesetz. In einem Jubiläumsjahr wird hier auf engem Raum versucht, Inventur, Rückblick und Ausblick zu halten.

Die Steiermark ist als ein Land bekannt, in dem Kultur hohes Ansehen besitzt, das sich Werte aus der Vergangenheit bewahrt und zugleich offen für das Neue ist. Man findet in ihr immer wieder erstaunlich viele begabte Menschen. Sie ist durch ihre Grenzlage bestimmt. Im Laufe der Geschichte hat es hier zahlreiche Wechselbeziehungen im Guten wie im Bösen nach Süden und nach Osten gegeben. Die Europäische Union eröffnet der Steiermark durch ihre Position auf der europäischen Landkarte neue, interessante Chancen. In der politischen Praxis bezieht sich der Begriff Kultur hauptsächlich auf alle möglichen Künste. Dass Bildung, Wissenschaft und Forschung genauso dazugehören, ist klar. Darüber wird an anderer Stelle ausführlicher berichtet. Die vielleicht wichtigste Kultur, die Lebenskultur, sollte durch Politik ermöglicht, aber nicht reguliert werden.

Die Reihenfolge der Themen wertet sie in keiner Weise. Hier wird nicht „Ranking“ betrieben. Je nach den Inhalten beschäftigt sich der Text mit der Landeshauptstadt und/oder den steirischen Bezirken.

---

## Theaterstadt Graz – Theaterland Steiermark

---

Theater macht Stadt zur Stadt, großes Theater zur großen Stadt. Oper, Schauspielhaus und Philharmonisches Orchester werden in Graz vom Land Steiermark und der Stadtgemeinde gemeinsam finanziert. 1985 bekam das Opernhaus eine dringend notwendige Renovierung, es hat ebenso wie das Schauspielhaus beste Theateratmosphäre. Zu einem Zeitpunkt, an dem anderswo Theater zugesperrt wurden, erhielt auch das Jugendtheater 2004 renovierte Räume. Theater dieser Dimension kann man nicht halb spielen. Es verlangt Einsatz und Mittel, daher jeweils auch kulturpolitisches Bekenntnis. Das Genre Oper ist eine der großen europäischen Kunstschöpfungen. Aus Italien kam

Oper sehr früh nach Graz und die Grazer Oper ist seit langem für Künstler und Künstlerinnen Sprungbrett in die große Welt. Es gibt rund 30.000 Operntitel und jedes Jahr werden neue Opern geschrieben. Das große Publikum zieht allerdings bekannte Titel vor, daher muss sehr sorgfältig programmiert werden, publikumsfreundlich, aber mit Neugier. Das Sprechtheater hat es in dieser Hinsicht leichter. Die Grazer Häuser sind jedenfalls quicklebendig. Auf ihre künstlerischen Erfolge dürfen Land und Stadt stolz sein.

Rund um sie ist in der Landeshauptstadt eine Szenerie, „Das andere Theater“ mit amateurhaftem bis professionellem Hintergrund entstanden. Diese wiederum ist ein Teil der kräftig gewachsenen Theaterlandschaft in den steirischen Bezirken, die die Steiermark zum Theaterland macht. Die Spielberatung, die unser Land als erstes österreichisches Bundesland eingerichtet hat, trägt gute Früchte. Ein Glücksfall ist die Symbiose zwischen den Theatern und der heutigen Kunstuniversität Graz. Dieses Haus, ursprünglich Akademie, dann zwischendurch Hochschule, geht auf den großen Pionier Erich Markhl zurück und betreibt seit langer Zeit, jetzt unter Otto Kolleritsch, höchst erfolgreich Ostöffnung bei Lehrenden und Studierenden. Die Grazer Bühnen sind kürzlich in eine GmbH. übergeführt worden. In finanziell engen Zeiten werden dadurch Finanzierungen unter genauer Kontrolle verlässlich abgesichert.

#### Der Aufbruch in die Moderne – Museumslandschaft und Häuser der Kunst

---

Eine ähnliche Gesellschaft ist für das Landesmuseum Joanneum geschaffen worden. Ein modernes Museum ist ein kultureller Dienstleistungsbetrieb, daher braucht es im Rahmen seiner Vorgaben finanzielle Beweglichkeit und die Freiheit, Personal seinen Zwecken entsprechend einzusetzen. Diese Veränderung hat dem steirischen Universalmuseum mit seinen 17 Sammlungen gut getan. Mit seinen zahlreichen regionalen und internationalen Beziehungen und Vernetzungen genießt es ausgezeichneten Ruf. Einzelne seiner Juwelen, wie das Prachtschloss Eggenberg mit seinem Park, das Landeszeughaus, die Neue Galerie, die unter Wilfried Skreiner und Christa Steinle Enormes für den Ruf der Kunst geleistet hat und leistet, die Schmiedeeisensammlung, haben europäische Qualität.

50 Jahre sollte es dauern, bis auf das feine, aber kleine Künstlerhaus aus dem Jahr 1952 der Bau des Kunsthauses von Cook und Fournier folgte. Nachdem das Land mit diesem Projekt durch politische Verwicklungen stecken geblieben war, warf sich die Stadt Graz unter Führung ihres Kulturreferenten Helmut Strobl mutig in die Bresche und so gelang das gemeinsame Werk, dessen Führung sinnvoll dem Joanneum unter Peter Pakesch zugeordnet worden ist. Neue Qualitäten und neue Dimensionen werden dort für Graz und die Steiermark möglich.

Einen Sonderstatus genießt in diesem Haus die Fotografie, genauer gesagt, Camera Austria unter Christine Frisinghelli. Das ist gut und richtig in einer Stadt, in der es schon ganz früh im 19. Jahrhundert erstaunlich gute Fotografen gab, und in einem Land, in dem auch der von Erich Kees initiierte Landespreis für Fotografie viele Initiativen beflügelte. Camera Austria stellt und erfüllt höchste internationale Ansprüche und ist eine erste Visitenkarte für die Steiermark und Graz.

Beim Thema Museum muss das Österreichische Freilichtmuseum in Stübing vor den Vorhang gebeten werden. Es ist die einzige gesamtösterreichische Anlage dieser Art. Hier ist zu sehen, wie Menschen in vergangenen Zeiten klug gebaut, bescheiden gewohnt, schwer gearbeitet haben. Geschaffen wurde Stübing in jahrzehntelanger Arbeit von Viktor Herbert Pöttler, getragen wird es von einer gesamtösterreichischen Stiftung. Den Löwenanteil seiner Finanzierung leistet das Land Steiermark. Egbert Pöttler hat es nunmehr übernommen, das Freilichtmuseum in die Zukunft zu führen. Es ist ein Ort des Staunens für Jung und Alt.

Ganz allgemein ist das Interesse für Museen in der letzten Zeit stark gewachsen. Sie werden als Orte für Bildung und Information verstanden und haben sich dementsprechend dem Publikum geöffnet. Zugleich haben sich moderne Aktivitäten von Kulturvermittlung entwickelt, die Besucherinnen und Besuchern Ausstellungen und Sammlungen verständlich und interessant machen. Im ganzen Land sind Zahl und Niveau regionaler und lokaler Museen gestiegen. Das Museumsforum am Joanneum und der Verein Muis tragen dazu bestens bei.

## Landesausstellungen mit steirischen Spezifika

---

Zur Sammlung steirischer Spezialitäten zählen die großen Landesausstellungen. Seit der Gotik in St. Lambrecht 1978 finden sie mit einer einzigen Unterbrechung (Graz 2000) in den steirischen Bezirken statt, seit 1987 wegen der großen Erfolge jedes Jahr. Die Themen kamen oft aus den Regionen, die Schau wurde nicht eingekauft, sondern jeweils entwickelt, großer Wert wurde auf Nachhaltigkeit gelegt, als es diesen Begriff noch gar nicht gab. Das bedeutete zum Beispiel die Aufarbeitung von bestimmten Themen aus moderner Sicht, Renovierungen, Adaptierungen, zum Teil Neubauten von Ausstellungshäusern, Renovierung von Straßen und Plätzen, Beiträge zu regionaler Entwicklung in Tourismus und Gastronomie, zu anderen wichtigen ökonomischen Branchen: Glas im Westen (Bärnbach 88), Wein im Süden (Gamlitz 90), Holz im Norden (Murau 95). Nachnutzungen von prominenten Häusern finden nicht nur in Mürtzschlag, Trautenfels, Bärnbach, Herberstein, Riegersburg statt. Die Musikausstellung 1980 in Admont führte zur Gründung einer Musikschule. Verhandlungen nach dem Schlusskonzert für die Erzherzog-Johann-Ausstellung in Stainz 1982 mit Nikolaus Harnoncourt haben tatsächlich zur Gründung der styriarte geführt, die ja auch jedes Jahr Stainz im Programm hat.

Der Rundlauf der Landesausstellungen durch die steirischen Bezirke ist bald vollbracht. Von 1978 bis 2006 wird es 24 Ausstellungen mit über 3,5 Millionen Besuchern außerhalb von Graz gegeben haben. Eine Infrastruktur wird in vielen Fällen weiterhin zur Verfügung stehen, die dem steirischen Kulturjahr, insbesondere dem Kultursommer, viele neue Chancen eröffnet.

## styriarte

---

Nach ersten tastenden Versuchen übernahm Mathis Huber die Intendanz der styriarte. Binnen kurzer Zeit gelang es ihm, dem Festival einen festen Platz im steirischen, im österreichischen Kulturkalender zu verschaffen. Kluge Programmierung rund um die zentrale Gestalt Harnoncourt, sorgfältige Organisation und intelligente Werbung verschaffen dem Festival hohe Auslastungsziffern und beweisen, dass anspruchsvolle Kunst, gescheit angeboten, ihr großes Publikum hat. Die Verbreitung der styriarte über Fernsehen, Rundfunk und Printmedien ist höchst beachtlich und verdient.

## steirischer herbst

---

Vom Sommer in den Herbst. In seinen Anfängen hatte der steirische herbst 1968 auch traditionelle Programmteile. Hanns Koren nannte ihn eine „Schau der Besten des Landes“. Die damals junge Generation in der Kunst war aber so wild und so produktiv, dass schon ab 1970 nur mehr Avantgarde in seinem Programm Aufnahme fand. In einem Klima neuer Freiheiten wurde er in einer ganz spezifischen Verschränkung zwischen Region und Internationalität ein singuläres Festival, heftig akklamiert und heftig abgelehnt, Gemüter bewegend, für viele im In- und im Ausland interessant. Er lebt von der Phantasie und vom Erfindungsreichtum seiner Künstler und Künstlerinnen. Wichtig ist, dass er als Versuchsbühne stets nach neuen Produkten und Produktionen Ausschau hält. Dafür sorgten jahrelang ein Direktorium unter Emil Breisach, später die Intendanten Peter Vujica, Horst Gerhard Haberl, Christine Frisinghelli und Peter Oswald. Starke Eckpfeiler waren die großen Steirischen Akademien, die Dieter Cwienk organisierte. Mit seiner enormen Medienpräsenz weit über Österreich hinaus ist der steirische herbst der Kulturexportartikel Nummer eins für die Steiermark. Seine Nachhaltigkeit ist in künstlerischen Anregungen, in Produktionen und Institutionen gewaltig. Das geht bis zu Bauwerken im Grazer Stadtbild. Sowohl der Edegger-Steg über die Mur als auch der Dom im Schloßberg und das Lichtschwert vor der Oper gehen auf Programmnummern des steirischen herbstes zurück. Mit der Schaffung der Helmut-List-Halle hat das Festival zusammen mit Graz 2003, der styriarte und dem Eigentümer versucht, einen dringenden Bedarf in Graz zu decken.



Schließlich sind die letzten Neubauten für Musik und Musiktheater – und andere Ereignisse – in Graz, nämlich die Oper und der Stefaniensaal, runde 100 Jahre alt. Der Betrieb der Halle ist allerdings teurer als vorgesehen und hat Probleme bewirkt, die zu lösen sind. Fest steht, dass das Haus eine großartige Investition für die Zukunft ist. Sie braucht ihre Zeit, um national und international voll akzeptiert zu werden.

## Graz – heimliche Hauptstadt der deutschsprachigen Literatur

---

Auch der Literatur verschaffte das steirische und das Grazer Kulturklima eine neue Bleibe im Literaturhaus unter Leitung von Gerhard Melzer. In den 60er und 70er Jahren sorgte eine neue Literatengeneration im Forum Stadtpark dafür, dass Graz als heimliche Hauptstadt der deutschsprachigen Literatur bezeichnet wurde. Nach dem klassischen Lyriker Alois Hergouth kamen Wolfgang Bauer, Peter Handke, Barbara Frischmuth, Gerhard Roth, Helmut Eisendle, Klaus Hoffer, Gunter Falk groß heraus. Alfred Kolleritsch war und ist bis heute mit seinen „manuskripten“ rastloser Botschafter. An seine Seite ist inzwischen Markus Jaroschka mit seinen „Lichtungen“ getreten. Er hat über das Cultural City Network ein internationales, vielsprachiges Gewebe aufgebaut, dessen Fäden in der steirischen Landeshauptstadt zusammenlaufen. Neue Autorinnen und Autoren, neue Namen tauchen aus dem ganzen Land auf und nützen die Chance, ihr Lesepublikum zu finden. Das Lesen von Büchern wird neben und trotz Internets als sehr persönlicher Vorgang weiterleben. Lesen und Surfen sind zwei Paar Schuhe. Die Landesbibliothek und die Bibliotheken der Universitäten und ein dichtes Netz von gut geführten Büchereien in der Steiermark wollen dafür sorgen, dass in der nächsten PISA-Studie Österreich wieder bessere Lesenoten bekommt.

## Grazer Schule der Architektur

---

Die Spannung zwischen Tradition und Moderne zieht sich in der Steiermark wie ein Leitmotiv durch Kulturlandschaft und Kulturpolitik. Sie zeigt sich auffallend in der Architektur des Landes. Eine bewegte Fakultät an der Technischen Universität in Graz brachte eine Generation exzellenter Architekten hervor, die – obwohl keineswegs einem Einheitsstil verschrieben – unter dem Gütesiegel „Grazer Schule“ bekannt wurden und im In- und im Ausland lehrend und planend wirken. Durch sie ist in Graz und in der Steiermark eine Reihe höchst bemerkenswerter moderner Bauten entstanden, die nationale und internationale Interessenten anlocken. Auf der anderen Seite ist es gelungen, durch ein Altstadt-erhaltungsgesetz wertvolle historische Bausubstanz in der Landeshauptstadt lebendig zu erhalten. Das internationale Städteforum hat kräftige Impulse gesetzt, die auch dazu führ-

ten, dass in der Folge ein Steirisches Ortsbildgesetz auf Wunsch und Vorschlag von Gemeinden für die ganze Steiermark wirksam ist.

## Weltkulturerbe

---

Solche Leistungen haben dazu geführt, dass die UNESCO in Paris auf Graz aufmerksam wurde und im Jahr 2000 die historische Innenstadt zum Weltkulturerbe proklamiert hat. Von städtischen Ensembles haben in Österreich nur noch die Zentren von Wien und Salzburg diese großartige internationale Anerkennung gefunden. Dieses Gütesiegel ist für den Ruf der Stadt und für einen Kulturtourismus von Format von unschätzbarem Wert.

Ebenso gewaltig war der Erfolg, den die Landeshauptstadt sich holte, als die Europäische Union 2003 sie zur einzigen „Europäischen Kulturhauptstadt des Jahres“ machte. Mächtig war der Optimismus, den das Gespann Strobl/Stingl versprühen musste, damit die Bundesregierung in Brüssel den notwendigen Antrag stellte, mächtig waren auch die finanziellen Anstrengungen, die Graz und die Steiermark und der Bund in Wien für die Realisierung des Projektes unternahmen, und phänomenal war die Bewegung, die ein Jahr lang die Stadt erfasste und bis heute in vielen Kontakten und Aktionen nachwirkt.

Internationale Durchbrüche dieses Formats gelingen nur dort, wo es reichen Kulturboden gibt. Die Steirer und die Grazer können auf diese Erfolge stolz sein – wenn sie nur wollen. Es bringt einem Land, einer Stadt viele Vorteile, wenn ihr internationaler Ruf sich dauerhaft hebt.

## Steirische Kulturservice-Gesellschaft und Filmförderung

---

Diesen Ruf von Kultur aus der Steiermark jenseits ihrer Grenzen zu pflegen, ist die Aufgabe einer der Neugründungen von Waltraud Klasnic, der Steirischen Kulturservice-Gesellschaft. Zugleich schuf sie die Cine Styria, ein neues Instrument der Filmförderung in der Steiermark. Filmemachen ist nicht billig. Daher ergeht in Österreich seit langem ein Ersuchen an die Bundesregierung. Nach internationalen Vorbildern müsste der Einsatz von privaten Mitteln für die Produktion von Filmen steuerlich absetzbar gemacht werden. Es ist zu hoffen, dass die Haupthürde – das ist in solchen Fällen immer der Finanzminister – bald genommen werden kann. Die Steiermark ist jedenfalls auch für den Film ein guter Boden. Dieter Pochlatkos EPO ist immer wieder gut unterwegs. Die Diagonale, das wichtige österreichische Filmfestival, wird in Graz jedes Jahr von Land und Stadt und von viel Publikum mit offenen Armen aufgenommen. Mittel der öffentlichen Hand finanzieren nicht nur große Projekte, sie wirken auch in weiten Verzweigungen. Als prominentes Beispiel dafür soll am Ende das Musikland Steiermark zitiert werden. Ein Netz von Musik-

schulen zieht sich flächendeckend über alle Regionen. Von dort führen Kraftlinien zur Kunstuniversität und zum Johann-Joseph-Fux-Konservatorium nach Graz sowie für die allerbesten Talente zur großen Welt der Musik. Zugleich wirkt die Tätigkeit dieser Schulen hinüber zur Volkskultur, zu Blaskapellen, zu Chören, zu Bands, zu vielen musizierenden Menschen und ihrem Publikum. Und darum geht es im Letzten bei Kultur. Die Leistungsgesellschaft ist kalt und hektisch. Sie verlangt Qualifikationen, Informationen, Fertigkeiten. Sie verlangt Gehorsam gegenüber Elektronik. Das reicht bei weitem nicht allen für ein erfülltes Leben. Bei Kultur geht es jenseits der materiellen Notwendigkeiten um die schöpferischen Kräfte von Menschen und damit um ihre Lebensfreude, um ihre Fähigkeit, sich in der Welt zurechtzufinden, also um Orientierung, um ihre Lebensinhalte und damit um Lebenssinn, um ihre Bereitschaft, Mitmenschen anzunehmen, und damit um Gemeinschaft. Kulturpolitik reguliert nicht Lebensstile und Lebensweisen, aber im Hintergrund will sie es Menschen möglich machen, in einem freien Land menschenwürdig zu leben.

## Medienorientierte Darstellungspolitik

---

„Der verschärfte Wettbewerb um öffentliche Aufmerksamkeit, rascher wechselnde Nachrichtenlagen und der Druck medienspezifischer Produktions- und Präsentationsregeln bewirken eine graduelle Verlagerung der Handlungslogik politischer Akteure, die die institutionelle Entscheidungspolitik gegenüber einer an den Aufmerksamkeitsregeln des Mediensystems orientierten Darstellungspolitik tendenziell in den Hintergrund treten lässt. Aufmerksame Trend-Beobachter konstatieren ein ‚Auseinanderdriften politischer Kommunikationswelten‘ und eine ‚Spaltung der politisch-medialen Wirklichkeit‘, bei der sich der Wettbewerb um Aufmerksamkeit gegenüber dem politischen Entscheidungshandeln verselbstständigt.“ Diese Feststellungen von Fritz Plasser in seinem jüngsten Buch (Politische Kommunikation in Österreich; Wien 2004) treffen die Herausforderungen politischer Kommunikation punktgenau.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts vollzieht sich in der Politikgestaltung in Österreich eine stille und weit greifende Transformation, die besonders stark bei Wahlkämpfen deutlich wird. Die Parteiendemokratie, die in Österreich eine besondere Ausprägung hat und bis heute einen europaweit einzigartigen Organisationsgrad beibehalten konnte, befindet sich europaweit auf dem Rückzug. Die Mediendemokratie ist unaufhaltsam im Vormarsch. Der Wandel von einer traditionell verankerten Parteien- zu einer an Aufmerksamkeitsregeln orientierten Mediendemokratie ist voll im Gange.

Die besten politischen Inhalte und Ideen bleiben ohne die entsprechende Verpackung und den mediengerechten Verkauf unbeachtet. Die Darstellung von Politik hat, will sie bemerkt werden, spektakulär zu erfolgen. Das gelingt umso besser, je stärker eine Partei die Personalisierung und Inszenierung ihrer politischen Arbeit beherrscht. Erfolgreiche Wahlen schlägt aber heute gleichzeitig jene Partei, die bei stark rückgängigen Wahlbeteiligungen (Steirische Landtagswahlen 2000: 75 %, Gemeinderatswahlen Graz 2003: 58 %, Europawahlen 2004: 42 %) neben der medialen Präsenz die eigenen Mitglieder und Parteigänger mobilisieren kann. Die Steirische Volkspartei hält nach einem Mitgliederschwind in den neunziger Jahren nun konstant ihren Mitgliederstand von 132.000. Bei den Europawahlen erreichte sie mit 118.815 Stimmen nicht einmal ihre Mitgliederstärke, während bei den vergangenen Landtagswahlen 315.474 für Waltraud Klasnic und ihr Team votierten. Die Wählerinnen und Wähler sind tatsächlich wählerischer geworden, die Ergebnisse bei Wahlen sind daher viel größeren Schwankungen ausgesetzt als noch vor wenigen Jahren.

Waren noch vor zwei Jahrzehnten die Medienvertreter jene, die Politik beobachteten, beobachten nun in der Mediendemokratie zunehmend die Politikvertreter die Medien, um sich bestmöglich ins Bild zu bringen. Die Regeln der Mediendemokratie stehen dabei oft im Kontrast zu jenen der Parteiendemokratie. Bei der vorhandenen Parteistruktur der ÖVP mit neun sehr starken und eigenständig agierenden Landesparteien und sechs Teilorganisationen verlangt dieser Gegensatz täglich nicht einfache Kompromisse.

Während die Meinungsbildung innerhalb von Parteien langwierig und vielschichtig ist, hat die mediale Aufmerksamkeit nur jener, der rasch auf Ereignisse reagiert und innerhalb von maximal einer Minute in Nachrichtensendungen mit seiner „Botschaft durchkommt“. Die Willensbildung in politischen Parteien braucht relativ lange, will man auch die Mitglieder in diese mit einbinden. Der Parteiobmann, der Klubobmann oder der Generalsekretär hat jedoch oft innerhalb weniger Minuten für seine Partei Stellung zu beziehen – Verfassungsgerichtshofkenntnisse ebenso zu kommentieren wie Aussagen von Parteikollegen oder des politischen Gegners.

Es erfolgen hier tatsächlich tektonische Verschiebungen in der Politik, die nicht mehr umkehrbar sind. Allein mit der Arbeit des herkömmlichen Parteiapparates sind keine Wahlen mehr zu gewinnen, entscheidend sind der mediale Auftritt des Spitzenvertreters einer Partei und die professionelle Präsentation von Positionen, Konzepten und KandidatInnen. Gefragt sind griffige Sager und eine kameragerechte Aufmachung. Ohne Partei, ohne Plakate, ohne Wahlkampf kann eine Protestpartei mittlerweile zehn Prozent und mehr erreichen, wenn die Unterstützung durch ein großes Medium (z. B. Kronen Zeitung) gegeben ist. Das hat zuletzt bei der Europawahl 2004 die Liste Hans Peter Martin gezeigt.

Die Aktivitäten der Partei spielen zwar auf kommunaler Ebene (Gemeinderatswahlen) und in Interessenvertretungen (Personalvertretungs-, Betriebsrats- und Kammerwahlen) nach wie vor eine Rolle, in der Bundespolitik jedoch verlieren sie tendenziell an Bedeutung. Was bis heute geblieben ist, ist das Monopol des Parteiapparates, Kandidatinnen und Kandidaten aufzustellen. Starke Parteichefs verzichten allerdings seit einigen Jahren nicht mehr darauf, selbst Persönlichkeiten aufzustellen, die nicht aus der „Parteiwelt“, sondern aus der „Medienwelt“ kommen. Bei der Europawahl 2004 waren drei der fünf Spitzenkandidaten medienerprobte ehemalige Journalisten.

Auch bei der Auswahl des Spitzenkandidaten gewinnt der mediale Auftritt Vorrang vor der innerparteilichen Verankerung. Mangelnde Medienresonanz macht einem möglichen Spitzenkandidaten weit mehr zu schaffen als innerparteiliche Kritik. Mit entsprechend positiver medialer Begleitmusik kann ein Parteichef auch viel rascher und nachhaltiger die Ausrichtung seiner Partei ändern als über innerparteiliche Abstimmungsmechanismen.

Die österreichischen Parteien haben bisher ihre zentrale Funktion der politischen Willensbildung auf der Bühne des Parlaments und der Landtage durch ihre Abgeordneten wahrgenommen.

Nun lösen zunehmend „TV-Auftritte“ den parlamentarischen Diskurs ab, der größtenteils unter Ausschluss einer breiten Öffentlichkeit stattfindet, während politische Konfrontationen im Fernsehen auf eine entsprechende Resonanz stoßen. Mehr als zwei Millionen Zuseher verfolgten zu Spitzenzeiten die TV-Diskussion der vier Spitzenkandidaten bei der Nationalratswahl 2002. Nachwahlenanalysen zeigen, dass die TV-Auftritte gerade für Wechselwähler in ihrer Willensbildung von vorrangiger Bedeutung sind. Der Umbruch vom traditionellen zum audiovisuellen Wahlkampf ist bereits erfolgt. „Der Trend zum Regierungsparlament und zur Mediendemokratie ist unverkennbar. Wenn die Entscheidungen in der Regierung fallen und die Debatten in den Medien stattfinden, was macht dann noch das Parlament?“ Das fragt sich daher nicht nur die grüne Vizepräsidentin des deutschen Bundestages, Antje Vollmer, folgerichtig. „Die Handlungsspielräume nationalstaatlicher Politik schrumpfen gegen null, während der Handlungsbedarf exponentiell steigt“, umschreibt der deutsche Soziologe Ulrich Beck das zweite Dilemma, das nationalstaatliche Regierungen und Parlamente plagt. Das gilt umso mehr für Landtage.

Wenn die großen Entscheidungen zunehmend in Brüssel fallen, was bleibt dann für 448 Landtagsabgeordnete und für mehr als 50 Landesräte zu tun, wenn schon die Bundesregierung, 183 Nationalratsabgeordnete und 62 Bundesräte kaum mehr Gestaltungsspielräume vorfinden? Diese Frage wird die Parteien in Zukunft intensiv befassen, da die wichtigen Parteifunktionäre auf Landes- und Bezirksebene größtenteils auch Mandatsträger sind. Hier sind innerparteiliche Konflikte vorprogrammiert. Wer macht in Hinkunft die herkömmliche Parteiarbeit, sollte die Anzahl der Mandatare merklich reduziert werden? Eine weitere Schwächung der Parteiapparate wäre die logische Folge, andererseits haben immer weniger Bürger und Bürgerinnen für diese Vielzahl politischer Mandatsträger Verständnis.

Die Schwerpunktsetzung der Parteiarbeit ist daher neu auszurichten. An der Spitze der Überlegungen haben natürlich die Bearbeitung von Sachthemen (issues) und die Entwicklung von mittel- und langfristigen Perspektiven zu stehen, die eine Partei vertritt. Dabei darf es jedoch eine Partei keinesfalls belassen. Ebenso wichtig sind die Kommunikationsstrategie und das Erscheinungsbild der Partei und ihrer Spitzenrepräsentanten (images). Die Steirische Volkspartei als die Steiermark- und Landeshauptmannpartei kann hier auf eine 60-jährige Erfolgsgeschichte verweisen.

Themenführerschaft gelingt nur dann, wenn es die Partei zustande bringt, über ihre Spitzenvertreter die Aufmerksamkeit der Massenmedien auf ihre Anliegen zu lenken. Der Parteiapparat und die Parteimitglieder schaffen es heute nicht mehr, gegen das Fernsehen und die großen Printmedien die öffentliche Meinung in die von der Parteispitze vorgege-

bene Richtung zu lenken. Hier kommt die zentrale Rolle den wenigen TV-bekanntem Spitzenleuten jeder Partei zu.

So sehr die Mediengesellschaft von Events (gut inszenierten Scheinveranstaltungen) und Images (wohl kalkulierten Handlungen, die Eindruck hinterlassen sollen) geprägt ist, letztendlich wird sich nur der Politiker und mit ihm seine Partei durchsetzen, der am Kern des politischen Handelns mit Verantwortung und Ernsthaftigkeit festhält. Das steht nicht im Widerspruch dazu, dass die Medien- die Parteiendemokratie abgelöst hat. ÖVP-Chef Wolfgang Schüssel war bei den letzten Nationalratswahlen auch deswegen so erfolgreich, weil er niemals um die Gunst von Zeitgeistmagazinen gebuhlt, noch „homestories“ platziert hat, sondern seine Positionen selbstbewusst in den TV-Auftritten klar gemacht hat. Auch Waltraud Klasnic hat durch ihre menschliche Politik stärker als durch mediale Inszenierungen die Steirer und Steirerinnen überzeugt.

### Struktur-, Werte- und Themenwandel

---

Selbst die grandiosen Wahlsiege von Wolfgang Schüssel mit einem Zugewinn von 833.161 Stimmen oder 15,4 Prozentpunkten bei 4,909.645 gültigen Stimmen und von Waltraud Klasnic mit 39.657 Stimmen oder 11,04 Prozent bei 667.059 gültigen Stimmen dürfen nicht über innerparteiliche Probleme hinwegtäuschen, die auch vor der ÖVP nicht Halt gemacht haben. Die ÖVP wie auch SPÖ und FPÖ, etwas schwächer die Grünen, haben aufgrund eines starken Struktur-, Werte- und Themenwandels Probleme.

Erstens haben ÖVP und SPÖ in den letzten zehn Jahren tausende Mitglieder verloren, die FPÖ hat erst zuletzt einen Mitgliederschwund zu verzeichnen gehabt. Zweitens nimmt die Überalterung der Parteimitglieder deutlich zu und drittens weist die aktive innerparteiliche Mitwirkung an der Willensbildung der Parteien Defizite auf, die bei zehntausenden Parteimitgliedern zu einer Lethargie geführt haben. Zu diesen strukturellen Fragen kommt noch der Werte- und Themenwandel. Neben der Neuausrichtung der Parteien auf die neuen Herausforderungen durch die Mediendemokratie haben sie auch Antworten auf diese drei Problemstellungen zu erarbeiten.

Sicherlich ist der europaweit einzigartig hohe Mitgliederstand, den ÖVP und SPÖ gehabt haben, in Zukunft nicht mehr erreichbar, da die Parteien – wie alle großen Organisationen im Land – nicht mehr die Bindungsfähigkeit und auch nicht die Palette an Benefizien leisten können wie noch in den siebziger Jahren. Weniger Mitglieder zu haben, ist nicht unbedingt von Nachteil für eine politische Partei. Viel wichtiger sind engagierte Mitdenker und Mitarbeiter. Daher muss es ein attraktives Angebot für politisch Interessierte geben, die in einer Partei aktiv mitmachen wollen.

Eine moderne, große Volkspartei wird zudem alles unternehmen, um ein weit verzweigtes Netz an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern möglichst in allen Gemeinden und

allen Bevölkerungs- und Altersgruppen aufrechtzuerhalten. Hier wird eine entscheidende Frage sein, Jugendliche, die sich spontan bei Aktionen engagieren, stärker an die Partei heranzuführen und mittels Inter- und Intranet gut zu informieren und auch in parteiinterne Diskussionsprozesse einzubinden. Die Absetzbewegungen der Jugend von den Großparteien haben in vielen Bereichen zu einer starken Überalterung in der ÖVP geführt. Mit einem Bündel von Maßnahmen muss sich auch die ÖVP einem selbst auferlegten Verjüngungsprozess unterziehen, von der örtlichen Ebene bis zum Europaparlament. Von allen Landesparteien hat die Steirische Volkspartei die Verjüngung in den letzten Jahren am stärksten betrieben. Reformfreude und Offenheit waren spürbar, so strahlt die ÖVP für die Jugend Attraktivität aus.

Eine große Chance, die innerparteiliche Kommunikation der Schnelligkeit der Mediendemokratie anzupassen, bietet dabei das Internet bzw. Intranet, das die ÖVP bei der letzten Nationalratswahl in der Innenkommunikation zwischen der Bundes-, der Landesebene und den Teilorganisationen bereits als ausschließliches Medium eingesetzt hat. In wenigen Jahren werden alle Parteimitglieder damit ausgestattet sein. Hier gilt es neue Formen der ständigen Einbindung der Parteimitglieder in die Willensbildung und auch in Entscheidungen zu entwickeln.

## Umbruchphase mit neuen Aufgaben und Themen

---

Wir sind in einer Umbruchphase. Neben der Globalisierung in Wirtschaft und Kommunikation wird es auch die Internationalisierung der Politik auf europäischer Ebene weit stärker als bisher geben. Der zentrale Ort der politischen Willensbildung werden dabei wiederum Medien und Internet sein, weniger die europäischen Institutionen und die Parteien selbst. Trotzdem benötigt man daneben Parteiorganisationen, die jedoch mit der „alten SPÖ und alten ÖVP“, die Massenmitgliederparteien waren, nicht vergleichbar sind. Diese „neuen Volksparteien“ werden in den Parteizentralen professionell mit schlanken Apparaten arbeiten, mit Meinungsforschungsinstituten und Werbeagenturen ebenso eng wie mit universitären Einrichtungen kooperieren und zu NGOs und außerparlamentarischen Think-Tanks den ständigen Kontakt suchen.

Offen bleibt die Frage, ob in 40 Jahren beim 100-Jahr-Jubiläum die Steirische Volkspartei noch im herkömmlichen Sinn bestehen wird oder auch bei uns eine Amerikanisierung erfolgt. Dort werden schon heute in Vorwahlzeiten große Apparate rasch aufgebaut, die nach dem Wahltag ihre Funktion verlieren. Die Parteien in den USA haben in wahlfreien Zeiten nur wenige Mitarbeiter und nicht das dichte Parteinetz, auf das in Österreich die ÖVP und die SPÖ zurückgreifen können.

Sicher werden die Parteien in Österreich weiter in den Hintergrund treten. Wie weit das geschehen wird, ist schwer abschätzbar. Die Parteichefs werden sich die Legitimie-



rung für ihre Vorhaben „am liebsten direkt beim Volk“ (Ralf Dahrendorf) über mediale Schienen holen und danach die Parteigremien einbinden. Die Medien können niemals alle Parteiaufgaben im politischen Prozess übernehmen. Parteien bleiben auch in Zukunft ein wichtiger Teil der Politikgestaltung, jedoch in einer neuen Rolle und mit neuen Aufgaben.

Nur jene Parteien werden eine Chance haben, starke Volksparteien mit Integrationskraft zu bleiben, die ihre Parteistruktur der sich stark ändernden Wählerstruktur öffnen. Offensive Strategien sind hier auch gegen den Widerstand innerparteilicher Funktionsapparate durchzusetzen. Die Auflösung der alten Milieus beruflicher oder religiöser Natur geht Hand in Hand mit einem Wertewandel, der zunehmend Gruppen hervorbringt, die der Mitte zuzurechnen sind und am Scheideweg zwischen ÖVP und Grünen stehen. Hier wird sich in Zukunft insbesondere im städtischen Bereich entscheiden, ob die ÖVP eine große Volkspartei bleiben wird.

Mit dem Werte- ist auch ein Themenwandel gekommen. Fragen der Umwelt, der Gesundheit und der Lebensqualität sowie Fragen der persönlichen Lebensgestaltung gewinnen in der politischen Diskussion immer mehr an Bedeutung. Interessant in diesem Zusammenhang ist eine Fessel-GfK-Umfrage über die von den Österreicherinnen und Österreichern erwünschte Berichterstattung.

Die Frage: „Ich lese Ihnen jetzt einige Themen vor, die in der aktuellen Berichterstattung der Medien wie Fernsehen oder Zeitungen gebracht werden. Wie sollte Ihrer Meinung nach über diese Themen in den Medien berichtet werden?“ wurde wie folgt beantwortet:

	mit ausführlichen Hintergrund- berichten (in %)	mit kurzen Hintergrund- berichten (in %)	nur kurz das Wichtigste (in %)	gar nicht (in %)
Medizin/Gesundheit	54	27	17	0
Umwelt/ Natur	51	29	18	1
Österreichische Innenpolitik	49	28	18	3
Österreichische Wirtschaft	43	29	24	2
Unfälle/Katastrophen	37	35	26	1
Wissenschaft/Forschung/ Schule	37	33	26	2
Sport aus Österreich	30	24	35	10
Berichte über die EU	28	35	31	4
Politik in den Bundesländern	25	40	30	3
Europäische Politik	23	33	37	5
Internationaler Sport	18	27	41	13
Internationale Wirtschaft	17	35	42	4
Außereuropäische Politik	13	29	48	8

Quelle: FESSEL-GfK, Medienberichterstattung 2004 (N = 1.000).

Die ihnen wichtigen Anliegen wollen die Österreicherinnen und Österreicher nicht nur in der Berichterstattung vorfinden, sondern auch von der Politik behandelt und gelöst haben.

Die organisatorischen Anforderungen an die „alten“ Parteien sind groß. Nur mit ständiger Reformbereitschaft können sie sich so „erneuern“, dass sie auch in Zukunft ein unverzichtbarer Faktor im politischen Geschehen bleiben. Inhaltlich gibt es keine Alternativen zu Volksparteien. Anstürme populistischer Bewegungen bringen zeitweilige Erfolge (Haider-FPÖ bei Nationalratswahlen 1999: 27 %, Kaltenecker-KPÖ bei Grazer Gemeinderatswahlen 2003: 21 %, Liste Hans Peter Martin bei Europawahlen 2004: 14 %). Mittel- und langfristig haben sie jedoch gegen offene und führungsfähige Volksparteien keine Chance. Die Steirische Volkspartei kann diese Anforderungen erfüllen. Kompetenz und Selbstbewusstsein machen sie zu einer starken Landespartei der ÖVP.

## I. Unverwechselbare Identität

---

Wenn man sich mit dem Nachtzug von Bruck/Mur der Landeshauptstadt Graz nähert, sieht man auf der rechten Seite der Bahn den zum Zisterzienserstift Rein gehörenden Wallfahrtsort Maria Straßengel im Scheinwerferlicht: von der Wiener Dombauhütte errichtet, ein steirisches Meisterwerk österreichischer Gotik. Wien und Steiermark werden einander näher gebracht und voneinander unterschieden zugleich in einem schlanken, eleganten Bau von großer Unverwechselbarkeit, hierin Zeugnis auch der Eigenart dieses Landes.

Die Steiermark<sup>1</sup> hat, wenn auch in einem gedämpften Tempo, Anteil an den Transformationsprozessen der Moderne. Auch hierzulande ist der Wertewandel in Richtung auf Säkularisierung, Individualisierung, Pluralisierung und Medialisierung anzutreffen, verbunden mit einem Schwund gemeinsamer Lebensorientierungen und Alltagsselbstverständlichkeiten. Die Medien mit ihrer eindringlichen Wörtlichkeit und Bildlichkeit zeigen die Zunahme von Populismus, Nationalismus, Fundamentalismus und Terrorismus zumindest als ein historisch-politisches Bedrohungsszenario, freilich – Gott sei Dank – nicht als brutale Wirklichkeit dieses Landes.

Die Steiermark entwickelte sich im 19. und 20. Jahrhundert zuerst zu einer der großen Industrielandschaften der alten Monarchie und dann in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu einer postindustriellen Dienstleistungs- und Kommunikationsgesellschaft. Aber noch immer – wenn auch mit schwindender Zahl – haben die Berufe des Bauern und des Arbeiters geradezu archetypische Präsenz, was sich im nach wie vor bestehenden politischen Gewicht der Interessenvertretungen von Bauern und Arbeitern niederschlägt.

Im größeren Kontext lässt sich der Wandel von der Ersten zur Zweiten Republik bis in unsere Gegenwart hinein als eine Zunahme des Demokratischen, auch des Liberalen und als ein Rückgang des Christlich-Konservativen in der Politik wahrnehmen, also im Ganzen als eine „Verwestlichung“, der stärkste Schub seit der burgundischen Hochzeit Maximilians I. 1477 und dem – auch dies freilich ein meist unbeachtetes Jubiläumsjahr – 1495 geschlossenen Ewigen Landfrieden. Pluralität und Toleranz, Vertrauen in die produktive Kraft der Vernunft, Kennzeichen der Aufklärungswelt Englands, Schottlands und der Niederlande seit der frühen Neuzeit, erreichten auch Österreich. Der Europagedanke ergriff die Österreicher und erfuhr freilich, nicht zuletzt durch die so genannten EU-Sanktionen im Jahre 2000, inzwischen eine deutliche Abschwächung.

Die Steiermark ist eingebettet in diese Wandlungsprozesse der Zeit. Das Land bietet ein Panorama der Vielfalt. Dies gilt landschaftlich, wirtschaftlich, kulturell und politisch: ein Land mit der zweitgrößten Stadt Österreichs als Landeshauptstadt, mit zahlreichen

höheren Schulen, neuerdings auch Fachhochschulen, fünf Universitäten, mit einer starken Medienwirkung und einer reichen Kunstszene. Der Typus eines kritischen, dem Pluralismus offenen Landesbürgers zeigt sich in dem oft sehr verschiedenen Wahlverhalten in den Gemeinden, im Land und im Bund. Man geht sicher mit der Annahme nicht fehl, dass die Steiermark mit ihrem jahrhundertealten Selbstbewusstsein neben Wien und Tirol eine besonders markante Identität aufweist. Diese Akzentuierung erfolgte schon in der Ersten Republik, wurde in den fünfziger Jahren nicht zuletzt durch die Kulturpolitik Hanns Korens, politisch abgestützt durch die beiden Landeshauptleute Josef Krainer sen. und jun., fortgesetzt und – politisch gesehen – mit einem geradezu trotzigem Selbstverständnis mittels eines kräftigen Druck- und Verweigerungspotenzials, freilich mit wechselnden Erfolgen gegenüber dem Bund, mit fast missionarischem Eifer vertreten.

Als eines der ersten Länder versuchte die Steiermark, Kunst und Wissenschaft, universitäre und außeruniversitäre Forschung zu fördern. Wer Wohlstand zu bewahren und zu vermehren sucht, wer die „Verarmung“ des Landes verhindern will, muss Breite und Spitze in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst und Sport aufweisen. Er muss alle schöpferischen Kräfte nicht nur gewähren lassen, sondern ein förderndes Gespür für Offenheit und Kreativität, für Leistung und „Exzellenz“ entfalten.

Die Erfolgsgeschichte der Zweiten Republik setzte nach 1945 in den westlichen Bundesländern früher ein als in den östlichen. Sie liegt im Ganzen gesehen darin, dass sich die Entwicklung des demokratischen Rechtsstaates mit dem wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau verbinden konnte – in einer Kombination eigener Anstrengungen und jeweils günstiger internationaler Konstellationen. Erst die Zweite Republik wurde als ein „regimen commixtum“ von Demokratie, Rechtsstaat, Bundesstaat mit wohlfahrtsstaatlichen und neuerdings ökologischen Elementen erfolgreich, durchaus gestützt auf die Kraft seiner Wirtschaft und die sie bedingende gesellschaftliche Geltung des Leistungsprinzips.

Was wir das Glück der Zweiten Republik nennen, erkennen wir erst vor der Folie der Unglücksgeschichte der Ersten Republik. 1945 und danach entwickelte sich auf der Legitimitätsgrundlage des Antitotalitarismus (Antinationalsozialismus und Antikommunismus) ein Fundamentalkonsens, ein Österreichbewusstsein in einer lang anhaltenden Wohlstandsperiode, die jetzt auch ihre Probe halten muss, um eine „wetterfeste“ soziale Befindlichkeit des Landes und seiner Menschen zu erneuern.

Die politische Kultur des Etatismus, die ein starkes Vertrauen in die kollektive Vernunft des Staates und seiner Protagonisten (Politiker, Experten, Beamte) in sich birgt, wird herausgefordert durch den globalen Trend eines ökonomischen Funktionalismus, der die Betonung der individuellen Vernunft des wirtschaftenden Subjekts, des marktwirtschaftlichen und wettbewerbsbereiten Unternehmergeistes, enthält und in Konzepte der Deregulierung, Privatisierung und Entstaatlichung mündet, wie wir sie in den letzten 15 Jahren von sehr vielen früher selbstverständlich staatlich regulierten und geführten Bereichen vom Tiergarten Schönbrunn bis zu den Universitäten sehen, wobei meist „Autonomie“ als Fahnenwort dient.

Die schon erwähnte „Verwestlichung“ Österreichs und der Steiermark war verbunden mit einer keineswegs bequemen und gemütlichen Konsequenz, die man die „Entbarockisierung“ Österreichs nennen könnte, die auch bewirkte, dass eine Nüchternheit der Selbstdarstellung der Republik in einer kargen Ästhetik Platz griff, wie sie in diesem Jubiläumsjahr 2005 mannigfach zu bemerken ist. Das Bemerkenswerte an der Steiermark ist jedoch die große Stilsicherheit in der Repräsentation und Präsentation des Landes. Dies wächst aus alter historischer Substanz und ist mitgeprägt durch die Kulturleistung Hanns Korens, des wohl größten Kulturpolitikers eines Bundeslandes seit 1945, eingebettet in die politische Stützung und Öffnung der beiden Josef Krainer.

Die Steiermark war nach den Nazigräueln, den Bombardements und dem besonders verlustreichen Landkrieg im April und im Mai 1945, zumal in der Ost- und Südsteiermark, ein ausgeraubtes, ausgeblutetes Land, das schließlich von Mai bis Juli eine fünffache Besetzung durch sowjetische, bulgarische, jugoslawische, amerikanische und britische Truppen zu tragen hatte, bis dann die britische Besatzungsmacht die endgültige Kontrolle im ganzen Landesgebiet mit abschwächender Intensität bis 1955 übernahm.

Die Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945 und die provisorischen Regierungen in Bund und Ländern verwarfen den Nationalsozialismus. Die Gründergeneration dieser Zeit hatte viele Opfer und Leiden durch die nationalsozialistische Diktatur erduldet. Wir dürfen aber nicht übersehen, dass wir eine Doppelrolle von Opfern und Tätern zu bewältigen haben. Der Nationalsozialismus war nicht zuletzt auch eine „hausgemachte“ österreichische „Erfindung“ des 20. Jahrhunderts. Beim Kommunismus war dies nicht der Fall, er wurde bei den sog. „Kathreinswahlen“ vom 25. November 1945 mit dauerhafter Wirkung aus der politischen Legitimität dieses Landes „hinausgewählt“.

Die rasche Gründung der Parteien und Verbände schuf neben der Kontinuitätsbrücke der Kirche jene „Zwischendecke“ zwischen Bürger und Staat, die für den Wiederaufbau und mit vielen Wandlungen bis heute unerlässlich war und ist. Bald stieß Josef Krainer, die starke Persönlichkeit der folgenden Jahrzehnte, in das neue politische Gravitationszentrum Graz vor.

Die Wiederaufbauphase ist mit den Namen der Landeshauptleute Reinhard Machold, Anton Pirchegger und seit 1948 – mit eindrucksvoller Wirkung bis zu seinem Tod im Jahre 1971 – Josef Krainer eng verbunden. Im Bewusstsein der Öffentlichkeit sind aber auch der langjährige Landeshauptmann-Stellvertreter Alfred Schachner-Blazizek und der kulturinteressierte Grazer Bürgermeister Eduard Speck lebendig, überdies noch Alexander Götz senior und junior, besondere Anwälte der EWG-Annäherung Österreichs und der Steiermark.

Es kann nicht oft genug betont werden, wie sehr die Unverwechselbarkeit und Eigenständigkeit des Landes in vielen Elementen seiner Politik ruht: in der regionalen Außenpolitik, zumal der Betonung der europäischen Integration, der Wirtschafts-, Verfassungs- und Kulturpolitik, aber gerade auch in bestimmten Zügen einer politischen Kultur der „Zusammenarbeit“, die treffend, wenn auch manchmal etwas klischeehaft als „steirisches Klima“

bezeichnet werden. Politisch gesehen begann der betont eigene Weg 1956 mit der Entkoppelung der Landtagswahl von der Nationalratswahl durch Josef Krainer und seinen Landesparteiensekretär Franz Wegart. Früher als anderswo wurden Elemente des Persönlichkeitswahlkampfes erfolgreich ausprobiert. In der schöpferischen Öffnung zu Kräften der Wissenschaft, Kultur und Kunst fanden Land und Stadt ein Profil, das stets die Vitalisierung der Steiermark als Ziel vor sich hatte. Deshalb war die weithin „sichtbare“ Gestaltung der Kulturhauptstadt Europas 2003 in Graz so wichtig und – trotz finanzieller Probleme – auch für die Zukunft so erfolgreich.

## II. Politische Strukturen und Faktoren

---

Es ist hier nicht der Ort, Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit des Bundeslandes Steiermark im Einzelnen nachzuzeichnen. Einen Schlüssel zur Problemreduktion bildet der Hinweis auf das Verhältniswahlrecht, das dazu führt, eine Mehrzahl von Parteien dauerhaft im politischen Prozess zu etablieren, den Landtag mit einer gewissen – freilich nicht mit der Schweiz, den Niederlanden und Israel – vergleichbaren „Fülle“ von Parteien auszustatten und die Landesregierung nach wie vor proportional zu besetzen (wenn auch in ihr selbst dann das Mehrheitsprinzip Platz greift). Dazu kommen die in der politischen Kultur nach wie vor verankerten Konkordanzmuster des Trends zur Einstimmigkeit. Dies wird im Wort von der Politik der „Zusammenarbeit“ ebenso abgebildet wie in der nach wie vor keineswegs erloschenen, freilich sich gerade auch in den europäischen Prozessen verändernden Sozialpartnerschaft. Dazu treten aus der maria-theresianisch-josephinischen Reformtradition stammende kontinentale bürokratische Strukturen, die jedoch heute in einem oft geradezu dramatisch empfunden Wandel begriffen sind.

In seiner Bedeutung meist unterschätzt ist auch der Versuch des Landes in den achtziger Jahren gewesen, die Forderungen der Zeit zu durchdenken und verfassungsrechtlich zu positivieren – durch die Schaffung eines Landesrechnungshofes (LVG vom 29. Juli 1962, LGBl. 59), durch Verstärkung der direkten Demokratie mittels Einführung von Volksrechten nach dem Vorbild der Schweiz (VRG vom 9. Juli 1986, LGBl. 87), noch gesteigert in der Möglichkeit einer Kontrollinitiative der Landesbürger zur Aktivierung des Landesrechnungshofes (KIG vom 7. Dezember 1989, LGBl. 22/1990). Freilich haben gerade die Schwierigkeiten der Abgrenzung der Betroffenen (z.B. ennsnahe Trassenführung im Straßenbau) und das Aufkommen des neuen Populismus das Vertrauen in den entscheidungsstarken mündigen Bürger relativiert.

Hervorzuheben ist die Kompetenzfülle des Landeshauptmannes, der in der Zweiten Republik – abgesehen vom Jahr 1945 (Reinhard Machold) – immer von der ÖVP gestellt wurde (Anton Pirchegger, Josef Krainer sen., Friedrich Niederl, Josef Krainer jun. und Waltraud Klasnic). Der Landeshauptmann ist gerade in der politischen Arena der Medien

so etwas wie ein Staatsoberhaupt des Landes, er ist Regierungschef mit Aufgaben der Landesgesetzgebung und der Trägerschaft von Organisations- und Personalgewalt im Bundesland, Träger in der mittelbaren Bundesverwaltung, hat Kompetenzen in der Vermögensverwaltung des Bundes in den Ländern, aber spielt auch seine Rolle in den Gemeinden und als Präsident des Landesschulrates.<sup>2</sup> Kraft- und Machtquelle ist jedoch ganz besonders die Führungsrolle des Landeshauptmannes in „seiner“ Partei.

In den Interaktionsformen der Nachbarschaftspolitik und der europäischen Integration ist die exekutive Spitze des Landes, also der Landeshauptmann und nicht das Landesparlament, besonders gefordert. In der Steiermark ergab sich die in Österreich nicht häufige Situation, dass in der Periode Hanns Korens der Landtagspräsident als kultureller Repräsentant der Landesidentität so etwas wie eine „neue Kulturpolitik“ kreierte und ein nach außen deutliches Signal der Aufgeschlossenheit, der Qualität und der Zukunftsfähigkeit setzte, weil er persönliches Charisma hatte und immer den Diskurs offen hielt, zuhören konnte, andere mitreden und geistig wachsen ließ.

In den besten Zeiten ist die Steiermark in der Zweiten Republik durch eine über die Landesgrenzen hinauswirkende Vielfalt der Meinungsbildung bei Einheit der Entscheidungsfindung gekennzeichnet, getragen durch bisweilen „wuchtige“, oft farbige, nicht selten schwierige Persönlichkeiten. In allen Parteien fanden sich Menschen aus Fleisch und Blut, mit vielfältigen Fähigkeiten, ja „Gaben“ im biblischen Sinn. Darüber hinaus auch „Köpfe“ in den Kirchen und Verbänden, in Wissenschaft und Kunst!

Das politische System der Steiermark hat eine große Bestandskraft. ÖVP und SPÖ in ihren personellen und sachlichen Konfigurationen bewiesen erstaunliche Standfestigkeit. Die Schwankungen der FPÖ, die in der Steiermark stets eine größere Resonanz fand als in anderen Bundesländern, weisen freilich starke Konjunkturzacken auf. Die KPÖ schied später als aus dem Nationalrat (1959) auch aus dem Landtag (1970) aus, konnte aber unlängst in Graz einen – gesamteuropäisch gesehen – erstaunlichen Erfolg erzielen. Das Liberale Forum war noch stärker als im Bund ein kurzlebiges Phänomen, gelang es ihm doch nicht, wesentliche Teile des Grazer Stadtbürgertums dauerhaft an sich zu binden. Auf der studentischen Ebene war die Konkurrenz der neuen Parteifamilie der Grünen stark, die sich offenbar als jüngstes Kind der Moderne dauerhaft ins politische System einfügten. Ihre Themen haben parteienübergreifende, hohe Legitimität, es gelingt freilich nicht immer, diese Startlegitimität ökologischer Stimmung in Stimmen umzusetzen und entsprechende Beachtung im Wahlergebnis zu finden.

### III. Die drei großen „P“: Programm, Person, Praxis

---

Wissenschaftler wünschen sich stets eine geradlinige Verknüpfung von Programmen durch Personen mit einer schließlich erfolgreichen Praxis, die immer wieder auch norma-

tive Verdichtung erfährt. Es darf jedoch nicht übersehen werden, dass es in der Politik keine Automatik gibt, sondern dass es innerhalb der drei großen „P“ eine gerade durch die Medialisierung verstärkte Betonung der Persönlichkeit in der Politik gibt, durchaus auch in der Demokratie. In typologischer Verdichtung lässt sich dies vor allem an Spitzenpolitikern herausarbeiten. Von ihnen erwartet man neben einer „Grundanständigkeit“, die in der Anerkennung und Berücksichtigung individual- und sozialmoralischer Eckdaten wurzelt, demokratische „Bodenhaftung“ in der „Nähe“ des Bürgers als der Zentralfigur der Demokratie. Daraus wächst nicht ohne mediale Stilisierung die Glaubwürdigkeit der Spitzenpolitiker, etwa der Landeshauptleute.

Mir scheint es in diesem Zusammenhang besonders wichtig, auf das Erfordernis von „Professionalität“ und „Intensität“ hinzuweisen, die oft unterbelichtet bleiben. Ein wohlverstandener Pragmatismus entsteht nicht durch „windige“ Sprüche, ist nicht nur Wille und Vorstellung, sondern Handeln und Tat, Verantwortung und Leistung, gestützt auf Wirklichkeitssinn und Sachverstand, getragen von Ausdauer und Fleiß (das meine ich vor allem mit „Intensität“). Gerade angesichts der Herausforderungen unserer Zeit sind Professionalität und Intensität in der Politik auch moralische Postulate. Ich argumentiere hier aus dem Großrepertoire von Max Webers Begriffspaar Gesinnungs- und Verantwortungsethik und aus der Tradition aristotelischer Praxis- und Klugheitsphilosophie. Übrigens ist nicht nur universitär vermittelte Kenntnis Erfolgsgarantie. Es gibt oft frappierende Amtserfahrung aus der schöpferischen Bewältigung eines „handfesten“ Lebens (z.B. Josef Krainer sen., Hermann Schützenhöfer und Waltraud Klasnic). Die Amtsausübung von Landespolitikern ist nicht selten ziemlich lang (Josef Krainer war deutlich über 20 Jahre Landeshauptmann). Dies erfordert ein starkes Gemüt und psychische Robustheit, Leistungsbereitschaft und Leistungsfreude, Sprach- und Überzeugungsvermögen, Tatkraft, Entscheidungsstärke und Einfallsreichtum, Geduld und kompromissbereite Toleranz mit der Fähigkeit zur Abwägung und zum Ausgleich in Anerkennung dessen, was dem politischen Partner und dem politischen Konkurrenten zugemutet werden kann. Da ist immer auch ein homöopathischer Schuss Populismus dabei, freilich nicht irrationale Emotionalisierung, sondern unmittelbare Zuwendung zum Alltag des Bürgers.

Mit diesen Qualitäten ausgestattet, ist es steirischen Spitzenpolitikern, namentlich den Landeshauptleuten, immer wieder gelungen, auch Programme in Praxis umzusetzen. Von der Politik der Versöhnung und des Wiederaufbaus nach dem Krieg fortschreitend zur Reform, die neben der besonderen steirischen Note eigenständiger Kulturentfaltung schon sehr früh auch die Förderung von Forschung und Entwicklung betont, um das Land mit Spitzenleistungen auszustatten. Aber auch mutige Schritte in Richtung auf Europa und konkrete Nachbarschaftsbeziehungen unter Ausschöpfung aller politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Ressourcen gehören dazu. Das kann sehr schwierig sein, wie das zähe Ringen um Infrastrukturverbesserungen und innovative Projekte zeigt.



Bei Josef Krainer sen. ist der Übergang vom Wiederaufbau zur Reform in einer ziemlich genauen Zweiteilung seiner Amtszeit von 1948 bis 1971 erkennbar, wobei hier bereits das erkennbar wurde, was man dann das Amtsverständnis eines „Landeshauptmannes aller Steirer“, aber auch als „steirisches Klima“ und „steirische Breite“ verstand, durchdrungen von einer Mischmotivation christlicher Standfestigkeit, liberaler Offenheit und parteipolitischen Kalküls.

Hanns Koren, auch er sei hier als herausragende Persönlichkeit der jüngeren steirischen Geschichte genannt, verstand es, durch Bewahrung der als joanneisch verstandenen Traditionen des Landes zur Entprovinzialisierung und Modernisierung der Steiermark beizutragen, und zwar in Eigenständigkeit, ohne ein bloßer „Ableger“ Wiens zu sein. Korens kluges Bewahren half mit, die schmerzlichen Modernisierungskosten „abzufedern“ und das Neue zu begrüßen. Seine kulturellen „Erfindungen“ wirken fort, bedürfen freilich stets der sorgfältig prüfenden Weiterführung ins Ungewohnte.

Gestützt auf intellektuelle Liberalität und Weltgewandtheit, auf steirische Konservativität mit all ihren bäuerlichen Wurzeln und auf postkonziliare Katholizität, trat Josef KRAINER seit Mitte der sechziger Jahre rasch in die vordere Linie der Politik und beeinflusste sie bis zu seinem Rücktritt im Winter 1995/96. Wie alle erfolgreichen Politiker, von seinem Vater angefangen bis zu seiner Nachfolgerin Waltraud Klasnic, ist die geprägte Form gerade auch in der Meisterschaft des in freier Rede geäußerten Wortes, das vom Manuskript gleichsam „abspringt“, Menschen und Situationen direkt gedanklich und sprachlich „ergreift“, jenes Geheimnis, das die Menschen dazu veranlasst, Spitzenpolitiker als ihre „Begleiter“ in historischen Wandlungsprozessen mit all ihren Schwierigkeiten zu akzeptieren. Diese Kenntnis von Gesichtern, Namen, ja von Verwandtschaften, ist in Gemeinden und Ländern leichter zu entfalten als auf der Bundesebene.

Während der Unabhängigkeitsbewegung Sloweniens im Sommer 1991 wuchs Josef Krainer in spannungsgeladenen Wochen, die man fast als „Sternstunden“ zu bezeichnen geneigt ist, in eine europapolitische Entscheidungsrolle hinein. Der durchaus kritisch-nüchterne, damals noch junge Politikwissenschaftler Joseph Marko schrieb: „Mit Ausnahme Dr. Mocks, jedoch gebremst durch dessen diplomatische Contenance, fand Dr. Krainer wie kein anderer österreichischer Politiker eine offene und klare Sprache zu den Vorgängen im südlichen Nachbarland Jugoslawien und trat – aus christlicher und daher anationaler Motivation gespeist – immer für Freiheit, Demokratie und Wahrung der Menschenrechte gegen den ‚Panzerkommunismus‘ ein, ohne auf die unterschwellige – und gegenüber ‚Tschuschn‘ auch latent rassistische – Ausländerfeindlichkeit und das gerade in der Steiermark auch von der ÖVP präsentierte deutsch-nationale Lager auch nur wahlkampfaktisch einzugehen.“<sup>3</sup>

In den schwierigen Jahren nach ihrem Amtsantritt bewies Waltraud Klasnic eine imponierende soziopolitische Integrationskraft. Sie kehrte zu einem eigenen steirischen Wahltermin zurück, der ihr im Jahre 2000 einen großen Erfolg bescherte. Wie wenige

verkörpert Waltraud Klasnic in einer Welt der Europäisierung und Globalisierung Menschlichkeit, die eine friedliche Beheimatung ohne Ausgrenzung in einem Freund-Feind-Denken repräsentiert. Sie tut es in höchstpersönlicher Ausstrahlung und Aktivität. Die Menschen dieses Landes haben all dies angenommen und nicht zuletzt bei der Katastrophe von Lassing 1998 intensiv empfunden. In der Unübersichtlichkeit der heutigen Welt, in der viele Dinge von Menschen nicht beherrschbar sind, ist gerade die Interpretation des Geschehens durch das „Dickicht der Komplexität“ hindurch besonders wichtig. Nicht, dass es im Jahre 2004 zu verschiedenen Irritationen der steirischen Politik gekommen ist, die notwendigerweise gerade auch Landeshauptmann Waltraud Klasnic treffen mussten, verdient Beachtung, sondern die Tatsache, mit welcher Festigkeit und Beständigkeit sie diesen Ereignissen begegnete. Sie hat eine Aura um sich, in der Menschen sich zuhause fühlen, wie sehr auch einzelne politische Details umstritten sein mögen.

Die EU-Erweiterung ist eine Chance Österreichs und gerade im Südosten Europas auch eine Chance der Steiermark. Die steirische Politik greift dieses Thema in Fortsetzung der bis auf Josef Krainer sen. zurückgehenden Politik auf. Mit den Worten Waltraud Klasnics: „Es ist aus meiner Sicht eine besonders wichtige Aufgabe und Verantwortung der steirischen Politik, unser Bundesland als Zentrum einer Zukunftsregion zu profilieren, die geistige, kulturelle, wirtschaftliche, gesellschaftliche, wissenschaftliche, ökologische, soziale und politische Strahlkraft auf die Nachbarregionen Oberitaliens, Westungarns, Sloweniens, Kroatiens und die österreichischen Nachbarbundesländer Kärnten und Burgenland zu entwickeln und unter dem Motto ‚Alte Nachbarn – neue Partner‘ historisch gewachsene Verbindungen zu verstärken vermag.“<sup>4</sup>

Einer der reflexionsstärksten Historiker der Steiermark notierte jüngst: „Land‘ ist gewiss auch ein Synonym für buchstäbliche und für virtuelle Idylle, sein Begriff geht indes- sen im Idyllischen keineswegs auf.“<sup>5</sup> Das Land als „Heimat“ seiner Menschen samt ihren Manifestationen in Politik, Wirtschaft, Recht, Wissenschaft, Kunst und Sport, in all den Aktivitäten und Institutionen gedeiht, wenn es ein partizipatorisches Einandervertrauen der Bürger gibt, das in eine gelassen-kritische Wahl der Repräsentanten mündet. Gute Politiker schaffen die Rahmenbedingungen hierfür, dann wird das Wort „Heimat“ mit bergender Substanz erfüllt und damit der abgedroschenen Phrase „entrissen“. Die Steiermark hat ein politisches System und eine politische Kultur, hat vor allem Menschen, die um diese jeweils neu gestellte Aufgabe wissen und die schöpferische Kraft zu ihrer Lösung aufbringen!

- 
- \* Bei der Literaturbeschaffung war mir meine Grazer Mitarbeiterin, die Historikerin Isabella POIER, behilflich, die an einer Dissertation über die steirischen Wahlkämpfe von 1945 bis 1970 arbeitet.
- 1 Umfassende Information über Österreich, seine Bundesländer, zumal die Steiermark, liefern: Alfred ABLEITINGER/Herwig HÖSELE/Wolfgang MANTL (Hg.): Die Landeshauptleute der Steiermark. Graz/Wien/Köln 2000. – Ds./Dieter A. BINDER (Hg.): Steiermark. Die Überwindung der Peripherie. Wien/Köln/Weimar 2002. – Herbert DACHS (Hg.): Parteien und Wahlen in Österreichs Bundesländern 1945–1991. Wien/München 1992. – Ds./Peter GERLICH/Wolfgang C. MÜLLER (Hg.): Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik. Wien 1995. – Ds. u.a. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik. 3. A. Wien 1997. – Joseph F. DESPUT (Hg.): Vom Bundesland zur Europäischen Region. Die Steiermark von 1945 bis heute. Graz 2004. – Stefan KARNER: Die Steiermark im 20. Jahrhundert. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur. Graz/Wien/Köln 2000. – Wolfgang MANTL (Hg.): Politik in Österreich. Die Zweite Republik: Bestand und Wandel. Wien/Köln/Graz 1992. – Anton PELINKA/Sieglinde ROSENBERGER: Österreichische Politik. Grundlagen – Strukturen – Trends. 2. A. Wien 2002. – Weitere quantitative und qualitative Analysen finden sich im „Österreichischen Jahrbuch für Politik“ seit 1978 (Wien/München), im „Steirischen Jahrbuch für Politik“ seit 2001 (Graz) sowie in der sozialwissenschaftlichen Fachzeitschrift „Politicum“ seit 1980 (Graz).
  - 2 Dazu grundlegend der jetzige Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofes in seiner Linzer Habilitationsschrift: Wolfgang PESENDORFER: Der Landeshauptmann. Historische Entwicklung, Wesen und verfassungsrechtliche Gestalt einer Institution. Wien/New York 1986.
  - 3 Joseph MARKO: Parteien und Wahlen in der Steiermark. In: DACHS, Parteien, 422 (Anm. 1).
  - 4 Waltraud KLASNIC: Heimat und Zukunftsregion. In: Hedwig KOPETZ/Joseph MARKO/Klaus POIER (Hg.): Soziokultureller Wandel im Verfassungsstaat. Phänomene politischer Transformation. FS f. Wolfgang Mantl z. 65. Geb. Wien/Köln/Graz 2004, Bd. 1, 589.
  - 5 Alfred ABLEITINGER: Politische Kultur. In: DESPUT, Bundesland, 253 (Anm. 1).

# Aufbau – Aufstieg – Aufbruch

## Gedanken zu „60 Jahre Steirische Volkspartei“ aus der Sicht der Wirtschaft

Peter Mühlbacher

---

Am 17. April 1945 wurde trotz heftiger Kampfhandlungen vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Wien die Österreichische Volkspartei im Wiener Schottenstift gegründet. Die Idee war geradezu revolutionär, denn die Gründerväter wollten von allem Anfang an eine politische Gemeinschaft beim Wiederaufbau des Landes und für die Zukunft einsetzen, die alle Bevölkerungsschichten umfasst. Die bündische Struktur war einer der wichtigsten Leitgedanken der Männer der ersten Stunde. Die Arbeiter und Angestellten, die Bauern und die Unternehmer sollten innerhalb der Partei eigene demokratische Organisationsstrukturen aufbauen, die in der Lage sind, ihre Bevölkerungsschichten kompetent und zielorientiert zu vertreten und zu vereinen. Wenige Tage später kam es auch in Graz zur Gründung der Volkspartei, die vom Beginn der Zweiten Republik an immer die gestaltende Kraft in der Steiermark war und somit die Hauptverantwortung für die Entwicklung unseres Landes getragen hat und weiterhin tragen wird.

### Eine neue Wählerschicht

---

Der Steirische Wirtschaftsbund als Teilorganisation der ÖVP war ihr nicht nur ein treuer Weggefährte, sondern konnte der stärksten Kraft in der Steiermark auch eine Wählerschicht zuführen, die weniger den christlich-sozialen als eher liberal-konservativen Werten verbunden war. Bereits am 10. Mai 1945 erfolgte im Stainzerhof in Graz die Gründung der Landesgruppe Steiermark des ÖWB. Bei der Gründung umriss der aus Wien gekommene spätere Kanzler und Bundeskammerpräsident Ing. Julius Raab die Zielsetzungen dieser neuen Organisation der Selbstständigen. „Wir werden zu jeder Stunde aus der Verantwortung des Gewissens zum Wohle des Ganzen arbeiten, aber im Interessenkampf die berechtigten Wünsche der gewerblichen Wirtschaft noch mehr als bisher in den Vordergrund stellen.“

Erster Landesgruppenobmann wurde der Grazer Spenglermeister Josef Schneeberger, der auch der provisorischen Landesregierung unter LH Reinhold Machold als Landesrat für Wirtschafts- und Fremdenverkehrsfragen angehörte.

### Kisten als Sitzgelegenheiten

---

Mit für die heutige Zeit unvorstellbaren Schwierigkeiten musste die Organisation aufgebaut werden. Die Tätigkeit des WB begann im Stainzerhof, wo es kein Brennmaterial gab und die wenigen Mitarbeiter nur Kisten als Sitzgelegenheiten hatten. Ein weites

Arbeitsfeld bot sich in diesem Gründungsjahr 1945 für die Teilorganisation der ÖVP: Das bürokratische Agieren der Wirtschaftsämter machte den Unternehmern, die sich dem Wiederaufbau verschrieben hatten, ebenso zu schaffen wie die Briefzensur durch die zunächst russische Besatzung in der Steiermark. Es fehlte in dieser Zeit an allem und jedem. Berufskleidung und Berufsschuhe waren Mangelware, bis es durch eine Initiative steirischer Wirtschaftsbundfunktionäre etwas später in Verhandlungen mit der britischen Besatzungsmacht möglich war, alte britische Militäruniformen zu Arbeitskleidung für die Handwerker umzuschneiden.

### Zahllose Persönlichkeiten aus der Wirtschaft

---

Seit dieser Gründerzeit haben zahllose Persönlichkeiten aus allen Wirtschaftssparten in diesen 60 Jahren ihre Kompetenz der Politik der ÖVP zur Verfügung gestellt: als Landesräte, als National- und Bundesräte, als Landtagsabgeordnete, Bürgermeister oder Gemeinderäte. Entsprechend dem Motto, das Landeshauptmann Josef Krainer sen. damals ausgegeben hatte: „Wer die Freiheit nicht braucht, wer keine Verantwortung gegenüber der Gesamtheit besitzt, der hilft jenen Kräften, die aus wirtschaftlicher Not und Unordnung die Möglichkeit der Beseitigung jedes freien Wirtschaftstreibenden realisieren wollen.“

### Ein sensationelles Ergebnis

---

Die erste Kammerwahl im Frühjahr 1950 brachte für den Wirtschaftsbund ein sensationelles Ergebnis. Die Wahlbeteiligung hat in einzelnen Sprengeln bis zu 98 Prozent der Wahlberechtigten betragen und einen überlegenen Wahlsieg eingebracht: Der Wirtschaftsbund konnte 94 Prozent aller Mandate erringen, noch heute liegen die Wahlergebnisse für den Österreichischen Wirtschaftsbund jenseits der Zweidrittelmarke.

Seit der Gründung gab es gerade im steirischen Wirtschaftsbund den Trend zur inhaltlichen und sachpolitischen Gemeinsamkeit mit den anderen Fraktionen – ein Weg, der bis heute nicht verlassen wurde. In den letzten Jahrzehnten trugen auch das Steirische Mittelstandsförderungsgesetz und das Jungunternehmerförderungsgesetz die eindeutige Handschrift des Steirischen Wirtschaftsverbandes.

### Die Ära Klasnic

---

Nicht erst durch die Globalisierung und Internationalisierung der Wirtschaft und den EU-Beitritt Österreichs haben sich die Voraussetzungen und Inhalte der Wirtschafts- und

Standortpolitik grundlegend geändert. Doch auch in dieser Zeit konnte die Steiermark in nahezu jeder Hinsicht punkten. Diese Tatsache ist mit dem Namen Waltraud Klasnic untrennbar verbunden. „Die Entwicklung der steirischen Wirtschaft kann als die Geschichte einer regionalen Sanierung angesehen werden. Auf das Scheitern strukturkonservierender Maßnahmen folgte eine Phase der organisatorischen und inhaltlichen Umgestaltung, markiert durch die Ausgliederung der Wirtschaftsförderung. Wesentliches Merkmal ist die klare Prioritätensetzung für Innovationen im technologischen und organisatorischen Bereich“, urteilt der bekannte Experte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung Norbert Geldner und stellt damit der Arbeit von Waltraud Klasnic ein besonders gutes Zeugnis aus. Der Experte weiter: „Die Steiermark liegt in den letzten Jahren nicht nur bei den Wirtschaftsdaten vorne, sondern auch im Prozess der institutionellen Erneuerung. Die Radikalität, mit der Reformen umgesetzt wurden, also auch Förderkriterien verändert und Ziele neu definiert wurden, ist zumindest von Wien aus gesehen erstaunlich.“

## Ein neuer Stil

---

Waltraud Klasnic kommt aus dem Bereich der Klein- und Mittelbetriebe. Gerade auf sie scheint der Ausdruck „Die Stärke der Kleinen“ gemünzt zu sein. Seit 1988 hat sie als Landesrätin für die Wirtschaft und wenig später als Landesobfrau des Steirischen Wirtschaftsbundes diese Stärke unter Beweis gestellt. Sie war die erste Frau in einer der höchsten Funktionen der Republik und wie ihr Biograph Hans Rauscher feststellt, verkörpert sie einen neuen Stil in der politischen Landschaft Österreichs.

## Wirtschaftspolitik für die Zukunft

---

„Erfolgreich ist, wer umsetzt!“ Unter dieser Devise steht die neue Wirtschaftspolitik der Steiermark in der Zukunft. Unser Land ist konjunkturresistenter geworden, die Bruttowertschöpfung wuchs sowohl 2003 als auch 2004 stärker als der österreichische Durchschnitt. Die Steiermark hat den politischen Turnaround geschafft und liegt auch in der Beschäftigungsentwicklung sehr gut. Sie ist damit zum Aufsteiger unter den Bundesländern geworden. Nicht zuletzt durch die enge Kooperation mit Landeshauptmann Waltraud Klasnic hat der Steirische Wirtschaftsbund dazu viel beigetragen und vor allem in den Kernbereichen Bürokratieabbau, Abgabensenkung, soziale Absicherung und Standortsicherung viele seiner Forderungen für die steirischen Unternehmer erfolgreich umgesetzt.

Ein Meilenstein in der Interessenvertretung und im Service für steirische Unternehmer ist mit der Neustrukturierung der Wirtschaftskammer gelungen. Der Wirtschaftsbund ist im Jahr 2000 mit der Devise „30 % weniger Einnahmen – 30 % mehr Leistung“ angetreten. Und ich darf als Wirtschaftskammerpräsident mit Stolz sagen, dass wir in der Steiermark dieses Ziel erreicht haben. Bei unserem Sofortservice haben allein im Jahr 2004 mehr als 16.000 steirische Unternehmer unbürokratisch und rasch Rechtsauskünfte erhalten. Mehr als 12.000 Unternehmer wurden zudem unaufgefordert aktiv kontaktiert und über die neuesten Branchenentwicklungen sowie über rechtliche Neuerungen informiert. Der Wirtschaftsbund als treibende Kraft in der Wirtschaftskammer hat die wesentlichen Schritte gesetzt, dass sich die Kammer modern und zukunftsorientiert als Interessenvertreter und Dienstleister positioniert.

## Unternehmerpolitik für alle

---

Wir haben noch wesentliche Ziele vor uns. Die Steiermark ist ein starker Standort, der von Unternehmern und Investoren aus der ganzen Welt geschätzt wird. Ein Schlüssel für die Wirtschaftsentwicklung ist eine funktionierende Infrastruktur. Die Achse Graz–Wien–Linz mit Pyhrn und Semmering muss als vorrangiges Projekt über die Landesgrenzen hinweg umgesetzt werden. Gerade für die kleinen Unternehmen brauchen wir eine soziale Absicherung, steuerliche Entlastung und eine weitere Senkung der Lohnnebenkosten. Die Steuerreform 2005 ist ein Erfolg für die Unternehmer dieses Landes und darüber hinaus für alle, denen diese Unternehmen Arbeit geben. Das Reformwerk trägt die deutliche Handschrift der ÖVP als Wirtschaftspartei. Sie vertritt glaubhaft die Interessen der Unternehmer als jene Gruppe, die in diesem Land etwas bewegt. Denn nur Unternehmer geben Beschäftigung und sorgen damit für Wohlstand und soziale Sicherheit in diesem Land, der Zukunftsregion Südost.

„60 Jahre Steirische Volkspartei“ ist der Titel dieses Buchs und wenn Sie jetzt meinen, ich hätte mit dem Titel „Vision: Steirische Volkspartei 2065“ eine klare Themenverfehlung begangen, so möchte ich Ihnen entgegenen, dass für mich Feierlichkeiten zu Jubiläen nur dann einen Sinn haben, wenn neben dem Blick in die Vergangenheit der Blick in die Zukunft nicht zu gering ausfällt. Ich möchte den Wert des „Sicherinnerns“ nicht schmälern, denn wie schon Richard von Weizsäcker gesagt hat: „Wer vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart.“ Gerade deswegen ist es wichtig, die Vergangenheit aufzuarbeiten, denn das, was wir sind, haben wir unserer Geschichte zu verdanken. Meinen Schwerpunkt möchte ich aber auf die Vision legen, da in diesem Buch an anderen Stellen schon viel authentischer über die Geschehnisse der letzten 60 Jahre berichtet wird. Zudem möchte ich die Dinge zum Thema meines Aufsatzes machen, die meiner Meinung nach unsere Gesinnungsgemeinschaft ausmachen: die Persönlichkeiten und die Werte. Als Stadtparteiobmann der Grazer Volkspartei werde ich natürlich auch die Schlüsselstellen der Geschichte der Grazer Volkspartei aufzeigen.

## Steirische Volkspartei: gute Bilanz

---

Richten wir unseren Blick zunächst in die Vergangenheit, bevor ich mich der Zukunft zuwende. Die Geschichte des Landes Steiermark ist untrennbar mit der Geschichte der Steirischen Volkspartei verbunden. Bis auf eine kurze Zeit nach dem Krieg gehörten alle Landeshauptleute der Steirischen Volkspartei an. Seit Ende des Zweiten Weltkrieges hat unser Bundesland einen einmaligen Aufstieg hinter sich. Den Aufstieg zu mehr Wohlstand in unserem Land nur mit der politischen Führung zu verbinden, wäre natürlich viel zu kurz gegriffen. Es waren die fleißigen und mutigen Frauen und Männer der Aufbaugeneration, die dieses Land zu dem gemacht haben, was es ist, und es sind die Steirerinnen und Steirer, die bis heute mit ihrem Einsatz, ihrer Kreativität und ihrem Gestaltungswillen die Steiermark zu einer der reichsten Regionen der Welt gemacht haben. Aber es wird seine Gründe haben, warum seit 60 Jahren die steirischen Wähler der ÖVP vertrauen. Und das, obwohl viele Politikwissenschaftler meinen, dass die Steiermark von ihrer soziodemographischen Struktur her eher ein sozialdemokratisches Land sein müsste, was sich oft bei Nationalratswahlen ausdrückte. Im Herbst dieses Jahres steht fast genau 60 Jahre nach der ersten Landtagswahl der Zweiten Republik wieder eine Wahl des Landtages an. Die Latte liegt hoch. Mehr als 47 % der Steirerinnen und Steirer schenkten am 15. Oktober 2000 der Volkspartei das Vertrauen. Der Blick ins Jahr 1945 spornt noch mehr zu massivem Einsatz in der Wahlbewegung an: 53 % entschieden sich damals für die Steirische



Volkspartei. Für mich persönlich ist die Kombination aus den richtigen Antworten auf die politischen Fragen der Zeit, einem fundierten Werte- und Weltbild und charismatischen Führungspersönlichkeiten der Schlüssel zum Erfolg der letzten Jahrzehnte. Ob es die Zeit des Aufbaus nach dem Krieg war oder die Herausforderung, die Steiermark vom „Verstaatlichtenindustrieland“ zum „High-Tech- und Clusterland“ umzubauen, die Verantwortungsträger der Steirischen Volkspartei waren stets die Felsen in der Brandung und haben zum richtigen Zeitpunkt die richtigen Entscheidungen getroffen.

### Steirische Volkspartei als Heimat für viele

---

Unzählige Steirerinnen und Steirer waren und sind Mitglied der Familie Steirische Volkspartei. Und das ist es auch, was unsere Gesinnungsgemeinschaft ausmacht: Man fühlt sich als Verantwortungsträger, als Funktionär oder als Mitglied der Steirischen Volkspartei als Teil einer großen Familie. Das Menschliche, das über dem Ideologischen steht, macht uns für einen großen Teil der Bevölkerung zum attraktiven Pool für ihre politischen Ideen. Die Steirische Volkspartei hat zahlreichen Persönlichkeiten viel zu verdanken. Josef Krainer sen., Friedrich Niederl, Josef Krainer jun., Waltraud Klasnic, Hanns Koren, Franz Wegart, Kurt Jungwirth, Franz Hasiba, Erich Edegger oder Helmut Strobl, nur um eine kleine Gruppe verdienter Persönlichkeiten zu nennen. Die Genannten und noch viele mehr haben viel Zeit, viel Arbeit und viel Idealismus in unsere Gesinnungsgemeinschaft investiert. Persönlichkeiten prägten und prägen diese Partei. Aber auch umgekehrt. Die Volkspartei ermöglicht vielen Menschen die Verwirklichung ihrer Vorstellungen. In welcher anderen Gesinnungsgemeinschaft ist es möglich, dass ein ehemaliger einfacher Holzknecht Landeshauptmann wird? Welche Partei gibt einem jungen Menschen wie mir die Möglichkeit und das Vertrauen, Mitglied der Grazer Stadtregierung zu werden? Daher ist es auch wichtig, an dieser Stelle Danke zu sagen. So wie wir unseren Vorgängern danken, die das Fundament für unsere politische Arbeit gelegt haben, so bin ich dankbar für das, was mir die Partei ermöglicht und gegeben hat.

### Steirische Volkspartei zwischen Werten und bunten Hunden

---

Wo viele Menschen zusammenkommen, wie in unserer Gesinnungsgemeinschaft, da kommen auch viele Weltbilder, viele Ideen zusammen. Diese gilt es seit 60 Jahren unter ein Dach zu bringen. Zwischen dem Weltbild des Ennstaler Kreises und der Katholischen Hochschulgemeinde muss ebenso ein Bogen gespannt werden wie zwischen den Interessen des Wirtschaftsbundes und des ÖAAB. Der kleinste gemeinsame Nenner ist hier selten der richtige Weg. Für mich ist das aber auch einer der größten Vorteile unserer Bewegung. Wo

arbeiten Junge und Erfahrene, Wirtschaftstreibende und Gewerkschafter oder Bauern und Städter so eng und gut zusammen? Die viel zitierte Breite der Volkspartei ist einer unserer wesentlichen Wettbewerbsvorteile gegenüber den anderen Parteien. Mein Vorgänger als Stadtparteiobmann, Helmut Strobl, war einer der wichtigsten Vertreter der „bunten Hunde“, einer Gruppe von politisch Aktiven, die viel für eine liberale Grazer Volkspartei beigetragen haben. Für mich ist wichtig, dass die Volkspartei auf klaren Werten beruht. Unser Fundament ist ein christdemokratisches Weltbild. An dieser Stelle möchte ich auch betonen, dass es die Volkspartei war und ist, die sich wie keine andere Partei mit programmatischer Denkarbeit und Visionen für unser Land auseinander setzt. Vom „Modell Steiermark“ über die „Perspektive Steiermark“ bis zur „Zukunft Steiermark“ und von der „Grazer Stadtidee“ bis zu den „Grazer Zukunftsgesprächen“, ergänzt durch die „Politicum“-Reihe und die „Jahrbücher für Politik“, haben unsere politischen Forderungen eine breite inhaltliche Basis und werden in diesen Denkwerkstätten hinterfragt und diskutiert.

## 60 Jahre Grazer Volkspartei

---

60 Jahre Steirische Volkspartei heißt auch 60 Jahre Grazer Volkspartei. Am 25. November 1945 fanden die ersten Gemeinderatswahlen der Zweiten Republik in der Landeshauptstadt Graz statt. Mit 41,75 % erreichte die ÖVP das beste Ergebnis, das sie je bei Gemeinderatswahlen erreichen konnte. Die Sozialdemokraten nahmen die absolute Mehrheit locker und erreichten 51,51 %. Der sozialdemokratische Bürgermeister Engelbert Rückl wurde von Dr. Eduard Speck abgelöst. Hugo Mrazek war als Vizebürgermeister der ranghöchste ÖVP-Vertreter in der Stadt. Anton Bauer, Franz Jawornik und Franz Pratter waren die weiteren ÖVP-Stadtsenatsmitglieder der ersten Stunde. 38 Jahre vergingen, bis mit Franz Hasiba ein Vertreter der Grazer Volkspartei auf dem Bürgermeistersessel Platz nahm. Die Wahlergebnisse der Großparteien ÖVP und SPÖ erreichten seit 1945 nie mehr diese Höhen. Der FPÖ-Vorgänger VdU erreichte gleich bei seinem ersten Antreten bei der Gemeinderatswahl am 9. Oktober 1949 19,79 %. Dramatisch der Niedergang der Grazer SPÖ: Seit der ersten Wahl im Jahr 1945 hat die SPÖ 25,6 % der Stimmen verloren und sich damit halbiert. Zwischen dem VP-Ergebnis von 1945 und dem von 2003 gibt es hingegen nur eine Differenz von 5 %.

## 2003: Die Wende für Graz

---

Insgesamt muss man eine positive Bilanz über die letzten 60 Jahre ziehen. Unvergessen bleibt die Zeit von Erich Edegger als Stadtparteiobmann und Vizebürgermeister. Edegger ist und bleibt einer der wichtigsten und beliebtesten Grazer Stadtpolitiker. Seine

Visionen, vor allem im Verkehrsbereich, sind nachhaltig und auch in unserer Zeit aktuell. Er war Vordenker, aber auch pragmatischer Umsetzer. Gott hat ihn leider viel zu früh von uns genommen.

Meine Vorgänger Franz Hasiba, Erich Edegger, Ruth Feldgrill-Zankel und Helmut Strobl haben den Weg aufbereitet für den triumphalen Wahlsieg am 26. Jänner 2003. Viele Faktoren haben mitgespielt und diesen Erfolg ermöglicht: Die SPÖ war zerstritten, der Sessel des Bürgermeisters vakant. Der Rückenwind und die positive Grundstimmung für die Volkspartei waren durch den Sieg bei der Nationalratswahl sehr groß, gleichzeitig verlor die FPÖ massiv. Aber die Grazerinnen und Grazer haben uns deswegen gewählt, weil sie vor allem uns zugetraut haben, dass wir aus der guten Stadt Graz eine noch bessere machen. Wir hatten und haben die richtigen Kandidaten, die richtigen Ideen und eine professionelle, moderne Werbelinie. Mit einem Zugewinn von fast 13 % konnten wir bei einer Wahlbewegung so viel Vertrauen zulegen wie keine Grazer Partei vor uns. Das bedeutet eine Wende für unsere Landeshauptstadt. Erstmals nach 60 Jahren ist die Grazer Volkspartei die stärkste Fraktion im Gemeinderat, erstmals stellen wir aus eigener Kraft den Bürgermeister. Das ist auch eine große Herausforderung für uns. Wir tragen die Hauptverantwortung für diese Stadt. Das bedeutet zudem eine Umstellung unserer Parteistruktur und unserer Strategie. Ich bin jetzt zwei Jahre Bürgermeister dieser Stadt und kann mit dem Kulturhauptstadtjahr 2003 und vielen wichtigen Weichenstellungen, vor allem im Verkehrsbereich, im Jahr 2004 eine positive Bilanz ziehen. Ich bin gerne Bürgermeister der Landeshauptstadt Graz, weil sie die frischeste, frechste und facettenreichste Stadt Österreichs ist.

## Neue Politikergeneration, neuer Politikstil

Die Welt ist in den letzten 60 Jahren eine andere geworden. Im Jahr 1945 liegt das Durchschnittseinkommen der Arbeiter und öffentlich Bediensteten bei 180 Reichsmark im Monat, das der Angestellten bei 220 Reichsmark. Auf dem Schwarzmarkt kostet ein Kilo Brot 40 Reichsmark, ein Kilo Schmalz 1.000 Reichsmark. Ungarische und bulgarische Zigaretten gibt es 1945 um eine Reichsmark pro Stück, amerikanische Zigaretten kosten 5 bis 10 Reichsmark. Der Hunger war groß, viele Gebäude waren völlig zerstört, Strom und Gas waren Mangelware. Die Zahl der Kriegsoffer riss eine Wunde in die österreichische Bevölkerung. Zigtausende waren als Kriegsgefangene fern der Heimat. Dieser Blick zurück tut uns aus zwei Gründen gut. Erstens, weil uns diese Erinnerungen verdeutlichen, wie gut es uns eigentlich heute geht, und zweitens, weil uns dadurch bewusst wird, wie dankbar wir unseren Müttern und Großmüttern, Vätern und Großvätern sein müssen, für das, was sie für uns aufgebaut haben. Es wird leider viel zu wenig geschätzt, was wir haben, zu wenig wird realisiert, wie gut es uns allen eigentlich geht. Ich habe noch die

Worte von unserem Seniorenbundobmann Präsident Franz Wegart im Ohr, der beim Landesparteitag gesagt hat: „Das Schlimme an unserer Zeit ist, dass wir vergessen haben, wie schlecht es uns einmal gegangen ist, und damit nicht mehr zu schätzen wissen, wie gut es uns heute eigentlich geht.“

Wir leben aber nicht nur in größerem Wohlstand. Globalisierung, neue Medien wie Internet und Handy und ein extrem hoher Bildungsgrad kennzeichnen unsere Gesellschaft.

Wenn die Welt anders geworden ist, muss auch der Politikertyp ein anderer werden. Die Welt ist schnelllebig geworden. Das spüren auch wir Politiker. Gut ausgebaute Straßen und Autos, die 200 km/h und schneller fahren können, machen es möglich, zwischen Bad Aussee und Bad Radkersburg in wenigen Stunden zu verkehren. Das Mobiltelefon lässt uns permanent und an jedem Ort erreichbar sein, E-Mails sind in Sekunden und ohne viel Aufwand verschickt. Und wer eine E-Mail schreibt, erwartet sich binnen 24 Stunden eine Antwort. Die Medienlandschaft ist kaum mit jener der Nachkriegsjahre vergleichbar. Die Anzahl der Journalisten hat sich erhöht, das bedingt einen größeren Bedarf an „G'schichten“. Das Verlangen der Öffentlichkeit nach Transparenz des politischen Prozesses hat sich in den letzten 60 Jahren dramatisch gesteigert. Der Politiker steht permanent unter der Beobachtung der Öffentlichkeit. Auch ist das Bild, das die Menschen von einem Politiker haben, ein anderes geworden. Öffentliche Ämter sind kaum noch mit Ansehen verbunden, Obrigkeitsdenken gehört der Vergangenheit an. Der Politiker ist heute ein moderner Dienstleister. Bürgerkontakt ist selbstverständlich und wird vorausgesetzt. Es wird erwartet, dass ein Politiker 18 Stunden am Tag im Einsatz ist und alle erdenklichen Veranstaltungen besucht, das ist die Realität. Ich habe es mir selbst ausgesucht, politisch tätig zu sein, und ich bin gerne Politiker. Aber diese veränderten Rahmenbedingungen verlangen nach einer neuen Politikergeneration, nach einem neuen Politikertyp.

## Die Volkspartei 2065

---

Ich habe an früherer Stelle schon erwähnt, dass es Menschen sind, die eine Partei prägen. Wenn wir also die Zukunft der Partei beeinflussen wollen, müssen wir den richtigen Menschen Verantwortung geben. Die erste These für eine erfolgreiche Volkspartei 2065 ist daher, politisch interessierten Menschen Chancen zu geben. Ich selbst versuche das vorzuleben. Von den 21 seit der Wahl 2003 aktiven Gemeinderäten der Grazer Volkspartei sind zwölf erstmals in dieser Funktion bzw. in diesem Amt tätig. Eine richtige Blutaufrischung für unsere Partei und ich gebe jungen Menschen gerne Verantwortung! Stellvertretende Klubführung und Parteigeschäftsführung sind in den Händen von Personen, die unter 30 sind. Wenn ich Menschen Verantwortung gebe, dann ist es für mich kein Kriterium, seit wie vielen Jahren sie Parteimitglied sind oder auch nicht. Ich beurteile, ob

sie etwas für diese Stadt oder diese Partei bewegen können und wollen. Der Wille zu positiver Veränderung und konstruktiver Gestaltung unserer Lebenswelt ist für mich dabei vorrangig.

Meine zweite These geht mit der ersten Hand in Hand: wir müssen Menschen von außen einbinden. Legen wir unsere Skepsis vor „Quereinsteigern“ ab und bringen wir Menschen ein gewisses Grundvertrauen entgegen. Das soll aber nicht heißen, dass ich die ehrenamtliche Arbeit unserer Funktionäre nicht schätze, im Gegenteil: Wir brauchen bei unseren Verantwortungsträgern der Zukunft eine Mischung aus beiden Typen. Als dritte These möchte ich formulieren, dass wir Menschen in Verantwortung brauchen, die nicht Politik für die Medien machen. Einige Politiker sind bereit, ihre Grundsätze für eine „G'schicht“ oder ein Bild in einer Zeitung über Bord zu werfen. Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit ist wichtig, ich stelle mich aber gegen eine „Verhaberungspolitik“ mit Medienvertretern. Ich habe geschrieben, dass wir jungen Menschen Verantwortung geben müssen, ich sage aber auch, und das ist meine vierte These, dass wir uns von erfahrenen Menschen begleiten lassen müssen! Wir brauchen alle Generationen. Und da der Anteil der älteren Menschen in der Bevölkerung auch in den nächsten Jahrzehnten immer größer werden wird, brauchen wir auch mehr Persönlichkeiten dieser Generation als Entscheidungsträger unserer Partei. Wichtig ist, dass alle Generationen zusammenarbeiten. Nur dieses Miteinander der Generationen wird uns zum Erfolg führen. Die fünfte These ist eine politisch-inhaltliche. Wir werden auch 2065 erfolgreich sein, wenn wir die besten politischen Ideen auf dem Markt haben. Dafür brauchen wir Vordenker und Visionäre. Denkwerkstätten und Publikationen, wie etwa das „Politicum“, tragen wesentlich dazu bei, dass wir die Themenführerschaft in der politischen Debatte haben. Wir müssen Intellektuelle und Künstler zulassen, die Visionen haben, mit denen wir heute vielleicht noch nichts anfangen können. Wir brauchen dann aber auch die „pragmatischen Umsetzer“, die diese Visionen Realität werden lassen. Bürgernähe ist meine sechste These, ja meine Forderung. Seit 60 Jahren hat sich daran nichts geändert und auch die nächsten 60 Jahre wird Bürgernähe stimmig und richtig sein. Politiker dürfen ihre Entscheidungen nicht abgehoben am grünen Tisch treffen, sondern müssen den Menschen zuhören können und ihre Anliegen und Sorgen verstehen. Meine siebente These schließt an die sechste an. Politiker der Zukunft müssen die Menschen mögen, die Politik muss ihnen Spaß machen, denn Politiker ist kein Beruf, sondern eine Berufung. Meine achte These ist inhaltlicher Natur. Unser ehemalige Vizekanzler Josef Riegler hat mit der ökosozialen Marktwirtschaft ein Zukunftsmodell kreiert. Ich glaube, daran müssen wir gerade in einer globalisierten Welt festhalten. Mit meiner neunten These möchte ich abschließen. Sie ist das Fundament und der Succus der acht bereits genannten. Wir dürfen unsere Werte nicht aufgeben. Was auch passiert, wir dürfen das, woran wir glauben, nicht aufgeben. Werte, Einstellungen und Haltungen dürfen nicht versteckt werden. Erfolgreiche Politiker der Zukunft sollten nicht immer im „Mainstream“ schwimmen. Wir haben unser Wertbild dem Zeitgeist nicht

geopfert. Das dürfen auch die Generationen nach uns nicht tun! Ich möchte aber nicht missverstanden werden: Wer nur seine eigenen Vorstellungen gelten lässt und die Veränderungen der Welt nicht akzeptiert, wird als Politiker der Zukunft nicht reüssieren. Das Motto ist: „Wer Gutes erhalten will, muss manches verändern.“ Ich bin überzeugt, dass die Österreichische Volkspartei auch im Jahr 2065 die bestimmende Kraft in Graz und in der Steiermark sein wird!

Die Steirische Volkspartei erlangte in den letzten Jahrzehnten mehrfach durch weitreichende und unkonventionelle Vorschläge zur Verfassungsreform Aufmerksamkeit. Das „Modell Steiermark“ wurde dabei als Ideenquelle und Stätte des Vor- und Querdenkens weit über die Grenzen hinaus bekannt. Auch die Idee des „Österreich-Konvents“ zur Reform der österreichischen Bundesverfassung wurde etwa – worauf noch näher einzugehen sein wird – in den Reihen der Steirischen Volkspartei geboren.

Im vorliegenden Beitrag wird eine Analyse der Verfassungspolitik der Steirischen Volkspartei – mit dem Schwerpunkt auf den Vorschlägen zur Landesverfassungsreform – in den 60 Jahren ihres Bestehens angestellt. Dem im ersten Kapitel gebotenen Überblick über die Entwicklung der steirischen Landesverfassung folgt im zweiten Kapitel eine Darstellung der Verfassungspolitik der Steirischen Volkspartei im „Zeitraffer“, welche dann im dritten Kapitel einer abschließenden Bewertung und Periodisierung unterzogen wird.

## 1. Entwicklung des steirischen Landesverfassungsrechts

---

Die Steiermark war unter den heutigen Bundesländern das erste, das sich eine republikanische Verfassung gab. Am 6. November 1918 trat eine Konstituierende Landesversammlung zusammen, um aus dem „geschlossene[n] deutsche[n] Siedlungsgebiet des ehemaligen Kronlandes (Herzogtum Steiermark) ... unter dem Namen ‚Land Steiermark‘ eine gesonderte, eigenberechtigte Provinz des Staates Deutschösterreich“ zu bilden.<sup>1</sup> Der konstituierende Beschluss enthielt im zweiten Kapitel auch eine rudimentäre „provisorische Verfassung“.<sup>2</sup> Am 6. Dezember 1918 beschloss der provisorische Landtag eine „Landesordnung für das Land Steiermark“<sup>3</sup>, mit der die monarchische Landesordnung zur Gänze außer Kraft gesetzt wurde.<sup>4</sup> In keinem anderen österreichischen Bundesland geschah dies noch 1918.<sup>5</sup> Auch wenn die Steiermark damit jedenfalls eine Vorreiterrolle einnahm, handelte es sich bei dieser ersten republikanischen Landesverfassung der Steiermark im Wesentlichen bloß um eine „zeitgemäße Adaptierung der alten Kronlandverfassung“<sup>6</sup>, wobei auch die Weiterverwendung des Titels der monarchisch verordneten „Landesordnung“<sup>7</sup> als Hinweis dafür angesehen werden kann.<sup>8</sup> Diese Landesverfassung war inhaltlich freilich ebenso als Provisorium gedacht.<sup>9</sup>

Nach dem Inkrafttreten des Bundes-Verfassungsgesetzes vom 1. Oktober 1920 nahm die Steiermark wiederum eine Vorreiterrolle ein, war sie auch diesmal das erste Bundesland, in dem mit der „vorläufigen Landesverfassung“ vom 26. November 1920<sup>10</sup>

eine an die neue Bundesverfassungsrechtslage angepasste, allerdings bis zum Inkrafttreten der Kompetenzbestimmungen des Bundes-Verfassungsgesetzes befristete<sup>11</sup> (und deshalb „vorläufige“) Verfassung erlassen wurde. Dieser Landesverfassung und dem nach dem Inkrafttreten der Kompetenzbestimmungen des Bundes-Verfassungsgesetzes schließlich erlassenen „Landes-Verfassungsgesetz“ vom 4. Feber 1926<sup>12</sup>, das in weiten Teilen noch heute als wiederverlautbartes Landes-Verfassungsgesetz von 1960 gilt,<sup>13</sup> fehlte es allerdings ebenso an größerer Originalität.<sup>14</sup> Dies war jedoch kein rein steirisches Phänomen.<sup>15</sup> Im Großen und Ganzen war es – worauf noch zurückzukommen ist – ein jahrzehntelang zu bemerkendes Charakteristikum der österreichischen Landesverfassungen, dass diese eng an das Bundesverfassungsrecht angelehnt waren und im Wesentlichen nur in Nuancen voneinander abwichen.<sup>16</sup>

Die Landesverfassung von 1926 wurde – nachdem sie aufgrund der politischen Veränderungen schon einige Monate lang bedeutungslos geworden war<sup>17</sup> – formell durch die – mit Verordnung des Landeshauptmanns erlassene – ständestaatliche Landesverfassung 1934 mit Wirkung vom 1. November 1934 aufgehoben.<sup>18</sup>

Wie die Bundesverfassung wurden auch die Landesverfassungen 1945 wieder in Kraft gesetzt, wobei bis heute unterschiedliche Theorien über die Deutung der historisch-normativen Vorgänge bestehen. Die herrschende „zentralistische“ Theorie geht davon aus, dass durch das Verfassungs-Überleitungsgesetz vom 1. Mai 1945<sup>19</sup> – auch wenn sich dies aus dem Wortlaut nicht unmittelbar ergibt – nicht nur die Bundesverfassungsrechtsordnung, sondern auch die Landesverfassungen als „Ausführungsgesetze“ der Bundesverfassung mit Wirkung vom 19. Dezember 1945<sup>20</sup> zur Gänze wieder in Kraft gesetzt wurden.<sup>21</sup> Peter Pernthaler setzt dem eine „föderalistische“ Theorie entgegen und verweist darauf, dass „die sich in der Notlage selbst verfassenden Länder“ durch die Anerkennung der Staatsregierung und das Festhalten an der Bundesverfassung die Republik wiederbegründeten, da die Staatsregierung von sich aus gar nicht imstande gewesen sei, die Staatsgewalt in den westlichen Bundesländern wiederherzustellen. Die Umdeutung dieser Vorgänge hält er für eine „sehr durchsichtige staatsrechtliche Fiktion, die mit der Realität, aber auch mit zahlreichen Landesverfassungsgesetzen unvereinbar ist, und nur den Zweck hat, ausschließlich der zentralstaatlichen Republikgründung die normative Weihe der ‚historisch ersten Verfassung‘ Österreichs im nachhinein zu verschaffen“.<sup>22</sup> Jedenfalls beschloss auch in der Steiermark die provisorische Landesregierung am 20. November 1945 die Wiedereinsetzung der Landesverfassung von 1926 in der Fassung der Novellen bis 1930.<sup>23</sup> Am 4. Jänner 1946<sup>24</sup> beschloss dann auch der neu gewählte Landtag die Wiedereinsetzung der Landesverfassung rückwirkend mit 12. Dezember 1945.<sup>25</sup>

In den ersten Jahrzehnten der Zweiten Republik setzte sich allerdings dann die wenig spannende Landesverfassungsrechtslage der Ersten Republik fort. Richard Novak bezeichnet diese „Uniformität“ der Landesverfassungen<sup>26</sup> treffend als „Variationen über ein Thema“, macht dafür jedoch zu Recht in erster Linie die „unverhältnismäßige Ein-



engung der Landesverfassungen“ durch die Bundesverfassung verantwortlich, auch wenn er „ein erstaunliches Maß an verfassungspolitischer Lethargie“ der Länder konstatiert.<sup>27</sup>

Die Wende erfolgte erst Ende der 1960er Jahre.<sup>28</sup> Der Nährboden der nun auflebenden „(relativen) Verfassungsautonomie“<sup>29</sup> lag einerseits in einem größeren Freiraum, den der Bundesverfassungsgesetzgeber einräumte und auch der Verfassungsgerichtshof in seiner Judikatur anerkannte<sup>30</sup>, und andererseits in einer neuen dynamischen Verfassungsrechtspolitik der Länder, die einen größeren Freiraum einforderten<sup>31</sup> und ihre Möglichkeiten im Rahmen von inhaltlich gewichtigeren Novellen oder überhaupt Neuerlassungen der Landesverfassungen dann auch zu nutzen begannen.<sup>32</sup>

An der Entwicklung der Landesverfassung der Steiermark in der Zweiten Republik<sup>33</sup> lässt sich dieser Systemwandel sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht zeigen, wobei in der Steiermark – nach einem in den 1970er Jahren begonnenen intensiven Diskussionsprozess – die neue Verfassungsrechtspolitik ab den 1980er Jahren zum Durchbruch kam. So wurde das Landes-Verfassungsgesetz – abgesehen von seiner Wiederverlautbarung 1959 als „Landes-Verfassungsgesetz 1960“<sup>34</sup> – zwischen 1946 und 1981 rein quantitativ betrachtet neunmal novelliert – somit in diesen 35 Jahren durchschnittlich etwa jedes vierte Jahr –, während seit 1982 bereits 18 Novellen zu konstatieren sind; durchschnittlich wurde das Landes-Verfassungsgesetz daher seither etwa alle 15 Monate novelliert. Ebenso deutliche Unterschiede zeigen sich in qualitativer Hinsicht. Denn in der Phase der „Stagnation“<sup>35</sup> handelte es sich bei den Verfassungsänderungen – wie auch in den übrigen Bundesländern – zumeist bloß um bundesverfassungsrechtlich nötige Anpassungen und nur selten um genuin landesspezifische Reformen – und selbst solche Änderungen waren nur ausnahmsweise „spektakulär“.<sup>36</sup> Erwähnt seien die Neuregelung der Wahl der Landeshauptmannstellvertreter 1953<sup>37</sup>, die Verankerung der vorbereitenden Ausschüsse des Landtages und des Kontrollausschusses 1959<sup>38</sup>, die Verlängerung der Gesetzgebungsperiode von vier auf fünf Jahre 1964<sup>39</sup> sowie die Ersatzmänner-Regelung für verhinderte bzw. beurlaubte Mitglieder der Landesregierung<sup>40</sup> und des Landtages<sup>41</sup> 1964 bzw. 1969.

Die Phase der „Dynamik“<sup>42</sup> wurde 1982 mit der bis dahin umfangreichsten Novelle eingeleitet, mit der insbesondere der Landesrechnungshof geschaffen und dem Unvereinbarkeitsausschuss Entscheidungsbefugnis eingeräumt wurde.<sup>43</sup> Es folgten – die wichtigsten Etappen nennend – 1986 die Schaffung umfassender Instrumente der direkten Demokratie,<sup>44</sup> 1988 eine ausdrückliche Regelung über die Landtagsklubs,<sup>45</sup> 1989 die Neuregelung der Unvereinbarkeitsbestimmungen,<sup>46</sup> 1992 die Verankerung eines Ausschusses des Landtages für Europäische Integration<sup>47</sup> sowie 1994 eine Neufassung der Bestimmungen über – nunmehr als Minderheitenrecht ausgestaltete – Untersuchungsausschüsse.<sup>48</sup> 1997 wurden nähere Regelungen unter anderem über die Klubs, die Präsidialkonferenz und die Landtagsdirektion geschaffen sowie das Entschließungsrecht des Landtages ausgedehnt.<sup>49</sup> 2001 folgte die Novellierung der Regelungen über den Kontrollausschuss und den Landesrechnungshof.<sup>50</sup>

Die letzten Ausführungen zeigen, dass auch in der Steiermark die „Pfleger“ des Landesverfassungsrechts, die lange Zeit in sämtlichen österreichischen Bundesländern „einen Tiefstand, ja Stillstand erreicht hatte“, <sup>51</sup> seit Anfang der 1980er Jahre in durchaus beachtlicher Weise neu belebt wurde, wobei die größten Reformschritte noch unmittelbar in den 1980er Jahren erfolgten. Damit nahm die Steiermark in der Umsetzung der seit dem Ende der 1960er Jahre eingeleiteten Diskussionsprozesse allerdings – im Gegensatz zu den Anfängen der Republik – keine Vorreiterrolle ein, sondern folgte zeitlich den anderen Bundesländern in der Modernisierung der Landesverfassung nach. Auch der große „Durchbruch“ bei den Verhandlungen der Parteien über eine neue Landesverfassung konnte im Gegensatz zu den anderen Bundesländern, die ihre Verfassungen inzwischen neu kodifiziert oder zumindest wiederverlautbart haben <sup>52</sup>, bisher – worauf noch zurückzukommen ist – nicht erzielt werden. Die steirische Landesverfassung ist damit heute die älteste der Landesverfassungen in Österreich.

## 2. Verfassungspolitik der Steirischen Volkspartei

---

Die zwei Entwicklungsphasen der Landesverfassungen in der Zweiten Republik – „Stagnation“ bis Ende der 1960er Jahre, dann „neue Dynamik“ <sup>53</sup> – spiegeln sich auch in den Verfassungsreformdiskussionen der Steirischen Volkspartei wider. Bis zum Ende der 1960er Jahre finden sich keine nennenswerten Initiativen zur Reform der steirischen Landesverfassung. Auch in der „Regierungserklärung“ von Landeshauptmann Anton Pirchegger 1945 <sup>54</sup> und in den ersten sechs „Regierungserklärungen“ von Landeshauptmann Josef Krainer sen. bis 1965 <sup>55</sup> spielten Fragen der Landesverfassung keine Rolle. Während sich in dieser Zeit auch in anderen wichtigen Reden von Josef Krainer sen. keine Äußerungen zur Reform der Landesverfassung finden <sup>56</sup>, griff er – sowie freilich auch die ihm folgenden Landeshauptleute – die Frage der (bundesverfassungsrechtlichen) Ausgestaltung des Föderalismus immer wieder auf. Eine besondere Rolle nahm dabei auch der Bundesrat ein, dessen Rechte er gestärkt sehen und den er nach dem Modell des amerikanischen Senates gestalten wollte. <sup>57</sup> Für die Bundesebene forderte Josef Krainer sen. auch die Einführung der proportional zusammengesetzten Bundesregierung nach dem Muster der in seinen Augen ausgezeichnet funktionierenden „Proporz-Länderverfassungen“. <sup>58</sup> Auch wenn er die Schweiz immer wieder als Vorbild nannte, war bei ihm doch auch Skepsis gegenüber zu weitgehenden Instrumenten der direkten Demokratie zu erkennen. <sup>59</sup>

Einen wichtigen Meilenstein stellt zweifellos der 9. Landesparteitag der Steirischen Volkspartei am 12./13. April 1969 dar. Im Rahmen von Arbeitskreisen, darunter der Arbeitskreis „Parteien als Institutionen – Persönlichkeiten als Träger“ unter dem Vorsitz von Landesrat Dr. Friedrich Niederl, wurde konzeptionell der Grundstein für das im Herbst 1969 ins Leben gerufene „Modell Steiermark“ gelegt <sup>60</sup>, das dann auch in Fragen der Lan-

desverfassungsreform wesentliche Akzente setzen sollte. Der genannte Arbeitskreis des Landesparteitages 1969 machte Vorschläge zur internen Parteireform, aber insbesondere auch – der bundesweit in Schwung gekommenen Diskussion folgend<sup>61</sup> – zur Wahlrechtsreform (Vorwahlen, Persönlichkeits- und Mehrheitswahlrecht), wobei es sich freilich noch um keine spezifischen Landesverfassungsreformvorschläge handelte.<sup>62</sup> In einem Interview im November 1969 griff Landeshauptmann Josef Krainer sen. die Forderungen nach einer Wahlrechtsreform in Richtung Persönlichkeits- und Mehrheitswahlrecht in deutlicher Akzentuierung auf.<sup>63</sup> In seiner letzten Regierungserklärung am 14. Mai 1970 bekannte er sich in einer allgemeinen Formel zu „neuen Wegen der Demokratisierung unseres Landes“, die in der Gesetzgebung, in der Geschäftsordnung und in den Beschlüssen des Landtages gesucht und gefunden würden.<sup>64</sup>

Im ersten Buch des „Modell Steiermark“ (1972) werden unter dem Schlagwort „Enger Kontakt zur steirischen Bevölkerung“ die Personalisierung und Regionalisierung des Wahlrechts, Vorwahlen sowie Bürgerinitiativen als Lösungsweg präsentiert. Es solle „das Vorwahlmodell auf landesgesetzlicher Grundlage in Verbindung mit der Wahlrechtsreform (Ein-Mann-)Wahlkreis“ geprüft werden. Eine „steirische Wahlrechtsreform“ mit kleinen, das Verhältnis zwischen Wählern und Gewählten stärkenden Wahlkreisen wird als Alternative zur „Kreisky’schen“ Wahlrechtsreform 1970<sup>65</sup> hervorgehoben, im Gegensatz zu letzterer solle jedoch kein Mehrheitsbeschluss gefasst, sondern eine breite Mehrheit in Regierung und Landtag angestrebt werden. Im Rahmen der institutionellen Verankerung von „Bürgerinitiativen“ soll den Bürgern die Möglichkeit geboten werden, bei Entscheidungen, die grundlegende Lebensverhältnisse berühren, mitwirken zu können.<sup>66</sup>

Während im ersten Bericht des „Modell Steiermark“ Fragen der Demokratie und Verfassungsreform allerdings lediglich in ersten Ansätzen eine Rolle spielten, stehen diese Fragen in dem 1976 vorgelegten Bericht des „Modell Steiermark“ bereits an der Spitze. Unter dem Schlagwort „Demokratiereform – mehr Mitbestimmung für uns alle“ wird den offenen Vorwahlen der Steirischen Volkspartei im September 1974, auf deren Basis das Vorwahlmodell weiterentwickelt werden solle, sowie den Initiativen von Vizebürgermeister Franz Hasiba zur Einbindung der Bürgerinitiativen in Graz („Büro für Bürgerinitiativen“) breiter Raum eingeräumt. Unter der Überschrift „Verfassungsreform“ wird darüber berichtet, dass Landeshauptmann Friedrich Niederl Entwürfe zur Novellierung der Landesverfassung sowie für ein Volksabstimmungsgesetz, ein Volksbegehrengesetz und ein Gesetz über die Unterstützung von Bürgerinitiativen ausarbeiten lassen und Parteienverhandlungen über sie eingeleitet habe. Es solle ein Konsens aller im Landtag vertretenen Parteien über diese Maßnahmen, dem Bürger ein Mehr an Mitentscheidungsmöglichkeiten zu bieten, gesucht werden.<sup>67</sup>

Bereits 1975 hatte es darüber hinaus eine interessante bundespolitische Initiative der Steirischen Volkspartei gegeben. Nach dem großen Erfolg bei der Landtagswahl 1974 – mit 53,27 % erzielte die Steirische Volkspartei das beste Ergebnis der Zweiten Repub-

lik<sup>68</sup> – schlug Landeshauptmann Niederl unter dem Schlagwort „Regierung der Zusammenarbeit“ eine Konzentrationsregierung zwischen ÖVP, SPÖ und FPÖ auf Bundesebene vor. Dadurch sollte offensichtlich die Bundespartei angesichts der großen Erfolge Bruno Kreiskys unterstützt werden. Schon unter dem neuen Bundesparteiobmann Josef Taus – und mit ihm – fand im September 1975 in Graz ein Expertengespräch zu diesem Vorschlag statt<sup>69</sup>, dessen Ergebnisse nach dem neuerlichen Wahlerfolg Kreiskys im Oktober 1975 in einer kleinen Broschüre als „Konzept“ präsentiert wurden.<sup>70</sup>

Am 15. November 1978 nahm Landeshauptmann Friedrich Niederl die Reform der Landesverfassung erstmals in der Zweiten Republik in eine „Regierungserklärung“ eines steirischen Landeshauptmannes auf. Mit der Reform der Landesverfassung und auch des Wahlrechtes solle die direkte Demokratie gestärkt und eine noch engere Bindung von Wählern und Gewählten angestrebt werden.<sup>71</sup>

Einen Höhepunkt erreichte die Landesverfassungsreformpolitik der Steirischen Volkspartei zweifelsohne mit den Arbeitskreisberichten des „Modell Steiermark“ 1979<sup>72</sup> und dem „Modell Steiermark für die 80er Jahre“ 1980<sup>73</sup>. Den wissenschaftlichen Vorsitz des Arbeitskreises „Demokratiereform“ führte Wolfgang Mantl, der sich nach seiner in der Tradition seines Lehrers Gustav E. Kafka stehenden, repräsentative Konzepte bevorzugenden „Frühphase“<sup>74</sup> ab der zweiten Hälfte der 1970er Jahre mit großem Nachdruck „identitären“ Ideen mit der Forderung nach mehr direkter Demokratie und Partizipation zuwandte und die Verfassungsreformpolitik der Steirischen Volkspartei in diesem Sinne maßgeblich beeinflusste.<sup>75</sup> Die umfassenden Ergebnisse des Arbeitskreises „Demokratiereform“ waren nicht nur Schlagworte, sondern erfassten viele Facetten der Demokratie-, Staats- und Verfassungsreform und enthielten dazu jeweils ins Detail gehende Lösungsvorschläge. Neben einer ausgefeilten Wahlrechtsreform auf Landesebene und Vorschlägen zur Reform des Bundesrates sowie der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung auf Bundesebene wurde ein umfassender Katalog zur Reform der Landesverfassung vorgelegt, der insbesondere ins Detail gehende Ausführungen zur Verankerung von vielfältigen Instrumenten der direkten Demokratie sowie Vorschläge eines weitreichenden Ausbaus der Kontrollrechte des Landtages umfasste. Dabei war vor allem auch die Forderung nach einem Landesrechnungshof sowie nach einer Stärkung der Minderheitenrechte im Landtag (z. B. die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen als Minderheitenrecht) enthalten.

In seiner zweiten Regierungserklärung am 21. Oktober 1981 nannte Landeshauptmann Dr. Josef Krainer die Reform der Landesverfassung und die Einrichtung des Landesrechnungshofes an erster Stelle als vorrangige Ziele.<sup>76</sup> Die Parteienverhandlungen, an denen insbesondere Bernd Schilcher, Karl Maitz und Gerhard Hirschmann als Politiker auf Seiten der Volkspartei und Wolfgang Mantl, später auch Joseph Marko als Experten maßgeblich beteiligt waren, führten dann auch – wie oben dargelegt – im Sommer 1982 zum ersten großen Erfolg, nämlich zur Einführung des Landesrechnungshofes. Befruchtend

dafür und für die weitere Arbeit an der Landesverfassungsreform waren auch der von Christian Brünner vorgelegte Sammelband „Korruption und Kontrolle“<sup>77</sup> sowie ein universitäres Expertengespräch an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Karl-Franzens-Universität Graz am 19. März 1982, das in dem von Reinhard Rack herausgegebenen Sammelband „Landesverfassungsreform“ dokumentiert wurde.<sup>78</sup> Interessant ist, dass die im Rahmen der Steirischen Volkspartei 1980 gegründete Zeitschrift „politicum“ (heute: „Politicum“) nur selten speziell den Themen der Demokratie- und Verfassungsreform gewidmet war und erst in jüngster Zeit ein Schwerpunkt in diesem Bereich gesetzt wurde.<sup>79</sup>

Hinter den von der Steirischen Volkspartei gesteckten Erwartungen einer umfassenden Reform der Landesverfassung blieb in der Folge der Entwurf des Amtes der Landesregierung vom 29. August 1982 zur Reform der Landesverfassung zurück. Der auf 1974 begonnenen Vorarbeiten zurückgehende, von Gerhart Wielinger schließlich federführend gestaltete Entwurf wies zwar hohe legistische Qualität auf<sup>80</sup>, enthielt jedoch nur einen Teil der im Rahmen von „Modell Steiermark“ postulierten Instrumente der direkten Demokratie.<sup>81</sup> Aufbauend auf diesem Entwurf des Amtes der Landesregierung, aber die im Rahmen des „Modell Steiermark“ erarbeiteten Ziele berücksichtigend, erstellte daraufhin im Auftrag der Steirischen Volkspartei eine universitäre Expertengruppe mit Christian Brünner, Wolfgang Mantl, Dietmar Pauger und Reinhard Rack – die Genannten waren Ende der 1970er Jahre auch intensiv in Salzburger Verfassungsreforminitiativen eingebunden gewesen – einen „Expertenentwurf“, der im November 1983 der Öffentlichkeit vorgestellt und von der Steirischen Volkspartei zur Grundlage der weiteren Parteienverhandlungen gemacht wurde.<sup>82</sup>

In der Folge wurden auch Entwürfe für eine neue Geschäftsordnung des Landtages und ein ausführendes Volksrechtgesetz erstellt. In dem 1986 vorgelegten nächsten Bericht „Bilanz und Programm“ des „Modell Steiermark“ wird wieder unter dem Schlagwort „Lebendige Demokratie – dienende Verwaltung“ und unter Hinweis auf die Expertengruppe Brünner/Mantl/Pauger/Rack das in den Vorjahren erarbeitete Verfassungsreformprogramm wiederholt.<sup>83</sup> In seiner letzten Sitzung vor den Neuwahlen 1986 beschloss dann schließlich – wie oben dargelegt – der Steiermärkische Landtag eine Landesverfassungsreform, mit der im Wesentlichen die Vorschläge der Steirischen Volkspartei zum Ausbau der direkten Demokratie umgesetzt wurden.<sup>84</sup> In seiner Wortmeldung in dieser Debatte unterstrich Karl Maitz die Bedeutung des „Modell Steiermark“ als Netzwerk von „Menschen (...), die Ideen haben und diese auch durchsetzen“, in dem die Vorarbeiten für „die weitestgehenden Bürgerrechte aller österreichischen Bundesländer“ erstellt worden seien.<sup>85</sup> Auch Landeshauptmann Krainer unterstrich in seiner „Regierungserklärung“ am 6. Dezember 1986 die Bedeutung dieses Ausbaus der Bürgerrechte.<sup>86</sup>

Die 1989 vorgelegten Ergebnisse des „Modell Steiermark“-Ausschusses „Neue Aufgaben für Regionen – Engagement für eine lebendige Demokratie“, geleitet von Reinhard Rack, Gerhard Hirschmann und Bernd Schilcher, messen der Landesverfassungsreform

dann allerdings weniger Gewicht zu, während die Themen der regionalen Außenpolitik und der bevorstehenden EG-Orientierung in den Vordergrund treten.<sup>87</sup> Im „Modell Steiermark für die 90er Jahre“ (1990)<sup>88</sup> wird jedoch wieder verstärkt das Ziel einer neuen Landesverfassung, eines „zeitgerechten Gesellschaftsvertrages“, aufgegriffen. In seiner Regierungserklärung am 18. Oktober 1991 nennt Landeshauptmann Dr. Josef Krainer als einen seiner Arbeitsschwerpunkte den Abschluss der Verhandlungen zur Landesverfassung einschließlich der Umsetzung eines persönlichkeitsorientierten Wahlrechts und fordert die Ermöglichung der Briefwahl bei Landtagswahlen sowie der Direktwahl des Landeshauptmannes.<sup>89</sup> Der Abschluss der Verhandlungen über eine neue Landesverfassung konnte allerdings auch in dieser und in den bis heute folgenden Legislaturperioden nicht erreicht werden.

In ihren beiden „Regierungserklärungen“ vom 23. Jänner 1996 und 7. November 2000 sprach Landeshauptmann Waltraud Klasnic die Landesverfassungsreform nicht direkt an, in beiden Reden forderte sie jedoch eine Demokratiereform, die zumindest die Briefwahl umfassen müsse.<sup>90</sup> Die von ihr in der „Regierungserklärung“ 1996 angesprochene Geschäftsordnungsreform des Landtages konnte dann allerdings 1997 unter den seitens der Steirischen Volkspartei federführenden Verhandlungen von Hermann Schützenhöfer und Reinhold Lopatka samt einer Verfassungsreform, die die organisatorische Stärkung des Landtages im Auge hatte, umgesetzt werden.<sup>91</sup>

1999 legte Landeshauptmann Waltraud Klasnic im Rahmen von „Perspektive Steiermark“ ein umfassendes Arbeitsprogramm „Zukunft: Reform!politik“ vor.<sup>92</sup> Es enthält Vorschläge für eine weitreichende Änderung der Landesverfassung, von denen einige jedoch zuvor einer Änderung der Bundesverfassung bedürfen würden. Darunter finden sich die Abschaffung der zwingend proportional zusammengesetzten Landesregierung, die Direktwahl des Landeshauptmannes, die Einführung eines „minderheitenfreundlichen Mehrheitswahlrechts“, der Ausbau der Kontrollrechte des Landtages, die Personalisierung des Wahlrechts, die Einführung der Briefwahl und striktere Unvereinbarkeitsbestimmungen. Für die Gemeindeebene werden die Direktwahl der Bürgermeister, die Personalisierung des Wahlrechts und – mittlerweile verwirklicht<sup>93</sup> – Wahllalter 16 gefordert. Daneben enthält dieses Programm auch einen umfassenden Katalog zur Reform der Bundesverfassung hinsichtlich seiner Bund/Länder-Regelungen mit dem Ziel einer Stärkung des Föderalismus. Die im Jahr 2000 präsentierte Neuauflage des „Modell Steiermark“ unter dem Motto „Aktion Vision“<sup>94</sup>, politisch geleitet von Gerhard Hirschmann und Christopher Drexler, wiederholte – auf der Grundlage der Ergebnisse des von Hermann Schützenhöfer und Johannes Pichler geleiteten Arbeitskreises „Reform!politik“ – die Forderung nach einem „minderheitenfreundlichen Mehrheitswahlrecht“<sup>95</sup>, der Abschaffung des „Zwangsproporz“ in der Landesregierung, der Direktwahl des Landeshauptmanns und der Bürgermeister sowie einer Neuordnung des Föderalismus in Österreich mit der Idee der Umwandlung des Bundesrates in einen Generallandtag.<sup>96</sup>

Ab dem Jahr 2001 fokussierten sich die Verfassungsreformvorschläge der Steirischen Volkspartei auf eine grundlegende Reform der Bundesverfassung, die dann freilich auch eine grundlegende Reform der Landesverfassung nach sich ziehen bzw. eine solche zum Teil erst ermöglichen sollte. Unter der besonderen Initiative von Herwig Hösele unterstützte die Steirische Volkspartei mit Nachdruck die Einsetzung des Österreich-Konvents, der sich dann am 30. Juni 2003 konstituierte und seine Ergebnisse kürzlich am 28. Jänner 2005 vorlegte. Sechs Funktionäre der Steirischen Volkspartei bzw. „ÖVP-nahe“ steirische Experten waren Mitglieder dieses Österreich-Konvents.<sup>97</sup>

### 3. Bewertung und Ergebnis:

#### Verfassungspolitik zwischen Realismus und Utopie

---

Im Hinblick auf die Landesverfassungsentwicklung in der Steiermark und die Verfassungspolitik der Steirischen Volkspartei lassen sich die 60 Jahre des Bestehens der Steirischen Volkspartei in vier Perioden einteilen. In den ersten 25 Jahren (1945 bis 1969/1970) war für die Steirische Volkspartei die Reform der Landesverfassung kein wesentliches Anliegen. Die Verfassungsreformvorschläge von Landeshauptmann Josef Krainer sen. bezogen sich primär auf eine Änderung bundesverfassungsrechtlicher Regelungen.

Die Reform- und Protestwelle des Endes der 1960er Jahre erreichte dann freilich auch die Steirische Volkspartei. Die Rufe nach einem Ausbau der Demokratie – innerhalb der Steirischen Volkspartei vor allem auch durch Bernd Schilcher und Helmut Strobl personifiziert – führten zu Überlegungen der Demokratiereform sowohl parteiintern als auch im Form einer Verfassungsreform auf Landesebene. Seither ist die Verfassungsentwicklung und -politik von Dynamik geprägt, allerdings lassen sich die nunmehr vergangenen 35 Jahre noch weiter in drei Perioden teilen:

Die – insgesamt damit zweite – Periode von 1969/1970 bis 1979/1980 war der intensiven Programmarbeit gewidmet. In einem deutlich sichtbaren Crescendo wurde unter Landeshauptmann Dr. Friedrich Niederl – und besonders forciert durch Landesrat Dr. Josef Krainer – ein umfassendes Programm der Landesverfassungsreform entwickelt, wobei das „Schweizer Modell“ immer wieder als Vorbild herangezogen wurde.<sup>98</sup> Die Reformvorschläge bewegten sich ganz überwiegend innerhalb der geltenden bundesverfassungsrechtlichen Vorgaben und waren somit grundsätzlich geeignet, ohne Änderung der Bundesverfassung auf Landesebene umgesetzt zu werden.

Die dritte Periode von 1980 bis 1991 war unter Landeshauptmann Dr. Josef Krainer dem intensiven Versuch der tatsächlichen Umsetzung der Verfassungsreformvorschläge auf Landesebene gewidmet. Dabei ist auch auffallend, dass die mit absoluter Mehrheit regierende Steirische Volkspartei die treibende Kraft der Verfassungsreform war und dabei in erster Linie Forderungen erhob, die typischerweise von Oppositionsparteien stammen:

Verankerung umfassender Instrumente der direkten Demokratie und Ausbau der Kontrollrechte sowie der Minderheitenrechte im Landtag. Typische Forderungen einer regierenden Mehrheitspartei nach Stärkung der Effektivität waren deutlich im Hintergrund.<sup>99</sup> Die Vorschläge der Steirischen Volkspartei stießen dennoch auf Widerstand der Sozialdemokraten, aber freilich auch der Bürokratie. Die Einführung des Landesrechnungshofes 1982 und die Verankerung der Volksrechte 1986 konnten erfolgreich umgesetzt werden, das Ziel einer neuen Landesverfassung wurde allerdings nicht erreicht. 1986 kam es offensichtlich aus Zeitdruck angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen, wohl aber auch angesichts der guten medialen und öffentlichen „Vermarktbarkeit“ gerade dieser Reformen zu einem „Vorziehen“ der Verankerung der Volksrechte. Das größte „Zugpferd“ für eine umfassende Verfassungsreform war damit aber auch abhanden gekommen, die weiteren Verhandlungen gestalteten sich damit weitaus schwieriger. Nur mehr wenige punktuelle Ergebnisse konnten in der Folge erzielt werden.

Die vierte Periode schließlich von 1991 bis heute ist von der grundsätzlichen Änderung der landespolitischen Rahmenbedingungen geprägt. Die Steirische Volkspartei verfügt seither über keine absolute Mehrheit im Landtag mehr, das Parteienspektrum ist größer geworden und eine stärkere Polarisierung zwischen Volkspartei und Sozialdemokraten löste das milde „steirische Klima“ ab. Verfassungsreformen sind jedoch aufgrund des Erfordernisses der Zweidrittelmehrheit nach wie vor nur mit Zustimmung beider Großparteien möglich, was angesichts des grundsätzlichen Klimawandels große Veränderungen noch unwahrscheinlicher – wenn auch freilich, wie oben dargestellt, nicht unmöglich – machte. Auch die „Erstarrungserscheinungen“ der großen Koalition auf Bundesebene warfen ihre Schatten auf die Steiermark.<sup>100</sup>

Es brauchte allerdings einige Jahre, bis die Steirische Volkspartei in ihrer Verfassungspolitik auf die neuen Verhältnisse reagierte. blieb es zuerst bei den alten Forderungen, kam es gegen Ende der 1990er Jahre unter Landeshauptmann Waltraud Klasnic zu einer Neubelebung des Verfassungsreformprogramms. Wiewohl die Steirische Volkspartei auch in den 1990er Jahren dem schrittweisen Ausbau der Kontroll- und Minderheitenrechte zustimmte – insbesondere durch die Ausgestaltung der Untersuchungsausschüsse als Minderheitenrecht 1994 und im Rahmen der Verfassungs- und Geschäftsordnungs-novelle 1997 –, waren in den neuen Reformprogrammen nun verstärkt Forderungen nach Stärkung der Effektivität und Regierbarkeit des politischen Systems enthalten, die jedoch aufgrund der politischen Rahmenbedingungen freilich nur geringe Chance auf Realisierung hatten. Im Vergleich zu den früheren Vorschlägen waren diese Ideen auch häufiger nicht innerhalb der bundesverfassungsrechtlichen Vorgaben umsetzbar. Deshalb, aber auch grundsätzlich traten darüber hinaus verstärkt Reformvorschläge für die Bundesverfassung – einerseits was das Verhältnis Bund/Länder betrifft, aber auch in anderen Bereichen – in den Vordergrund. Die Verfassungspolitik entwickelte sich daher in dieser Zeit – überspitzt gesagt – von einem nicht konventionellen, aber doch realisierbaren Pro-



gramm der Landesverfassungsreform – wie noch um 1980 – in Richtung eines zumindest in Teilen schwer realisierbaren Programms mit ansatzweise utopisch-visionären Zügen.

Dies hatte jedoch durchaus seine Logik: Angesichts der politischen Realitäten war eben auch das grundsätzlich realisierbare Programm einer „großen“ Landesverfassungsreform in der Praxis unrealisierbar geworden. Diese Tatsache aber, dass eine größere Verfassungsreform ohnedies unrealistisch war, führte dazu, dass man sich offensichtlich nicht mit „handgestrickten“ Ideen begnügen, sondern daneben auch „utopische“ Vorschläge entwickeln wollte.

Freilich kam damit neben der innovatorischen Phantasie auch ein gewisses Maß an spielerischem Aktionismus hinzu. Dennoch kann nicht verleugnet werden, dass auch viele dieser nunmehrigen Vorschläge auf nationaler und internationaler Ebene Beachtung fanden und neue Akzente der Demokratie- und Verfassungsreform in Österreich setzten. Für eine sicherlich wiederkehrende neue Periode, in der – insbesondere auch nach einer allfälligen Umsetzung der Ergebnisse des Österreich-Konvents – weitreichende Reformen der Landesverfassung politisch möglich sein werden, steht der Steirischen Volkspartei jedenfalls schon jetzt ein großes Set an Reformideen als Diskussions- und Verhandlungsgrundlage zur Verfügung.

- 
- 1 Vgl. das „Protokoll über die Konstituierende Landesversammlung in Steiermark am 6. November 1918“, LGVBl. 1918/78.
  - 2 Vgl. Gerhart WIELINGER/Karl SPREITZHOFER: Der Landtag der Steiermark, in: Herbert SCHAMBECK (Hg.): Föderalismus und Parlamentarismus in Österreich, Wien 1992, S. 441 ff., hier S. 456 f.
  - 3 LGVBl. 1919/50.
  - 4 Vgl. auch Richard NOVAK: Bundes-Verfassungsgesetz und Landesverfassungsrecht, in: Herbert SCHAMBECK (Hg.): Das österreichische Bundes-Verfassungsgesetz und seine Entwicklung, Berlin 1980, S. 111 ff., hier S. 121.
  - 5 Eine Übersicht über die ersten Verfassungsentwicklungen in den österreichischen Bundesländern nach dem Ende der Monarchie boten in einem Exkurs schon Hans KELSEN/Georg FRÖHLICH/Adolf MERKL: Die Bundesverfassung vom 1. Oktober 1920, Wien 1922, S. 203 ff. – Die erste umfassende Darstellung des österreichischen Landesverfassungsrechts erfolgte durch Hans MOKRE: Das Verfassungsrecht der österreichischen Länder, Wien 1929. Fast vierzig Jahre später, 1967, folgte die erste Auflage von Friedrich KOJA: Das Verfassungsrecht der österreichischen Bundesländer, 2. A., Wien/New York 1988. – NOVAK, Bundes-Verfassungsgesetz, S. 111, wies deshalb zu Recht darauf hin, dass das Landesverfassungsrecht in Österreich auch in Hinblick auf Lehre und Literatur ein „Schattendasein“ führt.
  - 6 Gernot D. HASIBA: Die Steiermark und der Gesamtstaat ab 1918, in: Othmar PICKL (Hg.): 800 Jahre Steiermark und Österreich 1192–1992. Der Beitrag der Steiermark zu Österreichs Größe, Graz 1992, S. 471 ff., hier S. 476.
  - 7 Die Tiroler Landesverfassung heißt allerdings bis heute „Landesordnung“.
  - 8 Vgl. in diesem Sinne auch NOVAK, Bundes-Verfassungsgesetz, S. 121, der in der Folge auch eine konzise Analyse dieser republikanischen Landesordnung bietet.
  - 9 Als zentrales Organ war etwa eine „provisorische Landesversammlung“ vorgesehen. – Vgl. in diesem Sinne WIELINGER/SPREITZHOFER, Landtag, S. 457.
  - 10 Gesetz vom 26. November 1920, womit eine vorläufige Landesverfassung für das Land Steiermark erlassen wird, LGBl. 1921/1.
  - 11 Vgl. Art. I leg. cit.

- 12 LGBl. 1926/12.
- 13 Vgl. auch WIELINGER/SPREITZHOFER, Landtag, S. 459.
- 14 Die „vorläufige Landesverfassung“ von 1920 hatte im Übrigen eine Reihe von Bestimmungen wörtlich aus dem Bundes-Verfassungsgesetz übernommen, die in der dann deutlich kürzeren Landesverfassung von 1926 nicht mehr enthalten waren. Vgl. auch NOVAK, Bundes-Verfassungsgesetz, S. 122.
- 15 Eine große Ausnahme stellte die Verfassung Vorarlbergs von 1919 dar (LGBl. 1919/22), die jedoch 1923 einer ebenso weitgehend „angepassten“ Verfassung weichen musste (LGBl. 1923/47). Vgl. dazu NOVAK, Bundes-Verfassungsgesetz, S. 122 f.
- 16 Einen wesentlichen Unterschied stellten allein die Einrichtungen der direkten Demokratie in den „westlichen“ Bundesländern Vorarlberg, Tirol und Salzburg dar. Vgl. NOVAK, Bundes-Verfassungsgesetz, 123 f., m. w. N.
- 17 Vgl. HASIBA, Steiermark, 490 f.; WIELINGER/SPREITZHOFER, Landtag, S. 460.
- 18 LGBl. 1934/73.
- 19 StGBI. 1945/4.
- 20 Grundsätzlich seien die Landesverfassungen wie die Bundesverfassung am 1. Mai 1945 wieder in Kraft gesetzt, Teile davon – die durch äußere Umstände und Zeitereignisse unanwendbar waren – jedoch zugunsten der vorläufigen Verfassung, StGBI. 1945/5, gemäß Art. 4 V-ÜG 1945 suspendiert worden. Vgl. KOJA, Verfassungsrecht, S. 8 ff.
- 21 Vgl. insbesondere KOJA, Verfassungsrecht, S. 8 ff.; zusammenfassend auch NOVAK, Bundes-Verfassungsgesetz, 125 f., m. w. N. – Diese „zentralistische“ Theorie fand auch in der Judikatur Unterstützung; vgl. VfSlg. 2.985/1956.
- 22 Peter PERNTHALER: Entwicklungen der Landesverfassungen, in: Erika WEINZIERL u. a. (Hg.): Justiz und Zeitgeschichte. Symposionsbeiträge 1976–1993, Band 2, Wien 1995, S. 789 ff., hier S. 795.
- 23 Vgl. Steirische Bewahrung 1945–1955. Zehn Jahre Wiederaufbau in der Steiermark. Hg. von der Steiermärkischen Landesregierung anlässlich des zehnten Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkrieges, Graz 1955, S. 33.
- 24 LGBl. 1946/20. – Der Gesetzesbeschluss konnte aufgrund des Zustimmungserfordernisses der Militärregierung und der Vorbehalte derselben allerdings erst am 19. Dezember 1946 kundgemacht werden. Vgl. Gernot D. HASIBA/Martin F. POLASCHEK: Landesgesetzgebung und Landesverwaltung seit 1945, in: Siegfried BEER (Hg.): Die „britische“ Steiermark 1945–1955, Graz 1995, S. 3 ff., hier S. 12 ff.
- 25 Am 12. Dezember 1945 war der Landtag zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten. Dies sollte rückwirkend „sanktioniert“ werden. Vgl. § 4 der Regierungsvorlage, Sten. Prot. Stmk. LT., I. GP., Bl. 1.
- 26 Felix ERMACORA: Vorstellungen und Wirklichkeit im österreichischen Föderalismus 1848 bis 1970, in: Föderalismus in Österreich, Salzburg u. a. 1970, S. 9 ff., hier S. 61, spricht von „beschämender Uniformität“ und „politischer Phantasielosigkeit“.
- 27 NOVAK, Bundes-Verfassungsgesetz, S. 123 f. und S. 128.
- 28 Vgl. NOVAK, Bundes-Verfassungsgesetz, S. 129 ff.; KOJA, Verfassungsrecht, S. 11 f.
- 29 Die Theorie der „relativen Verfassungsautonomie“ wurde durch Friedrich KOJA entwickelt. Vgl. KOJA, Verfassungsrecht, I.A., S. 23.
- 30 Vgl. die ausführliche und aktuelle Analyse bei Richard NOVAK: Kommentar zu Art. 99, in: Karl KORINEK/Michael HOLOUBEK (Hg.): Österreichisches Bundesverfassungsrecht. Textsammlung und Kommentar, Wien/New York (Loseblattsammlung; 1. Lfg. 1999).
- 31 Die Länder richteten 1963/64 ihr erstes Forderungsprogramm an den Bund und erneuerten dieses „in revidierter Form“ 1970. Vgl. NOVAK, Bundes-Verfassungsrecht, S. 131, m. w. N.
- 32 Vgl. etwa zum Entwicklungsstand des Verfassungsrechts in den Ländern am Beginn der 1980er Jahre Reinhard RACK (Hg.): Landesverfassungsreform, Wien/Köln/Graz 1982, S. 177 ff. – Umfassend vergleichend KOJA, Verfassungsrecht.
- 33 Hervorragende Überblicksdarstellungen bieten WIELINGER/SPREITZHOFER, Landtag, S. 456 ff., und Gerhart WIELINGER: Landtag und Landesverwaltung, in: Joseph DESPUT (Hg.): Vom Bundesland zur europäischen Region. Die Steiermark von 1945 bis heute, Graz 2004, S. 161 ff.
- 34 LGBl. 1960/1.
- 35 Richard NOVAK: Über den Beitrag der Länder zur Praxis der Verfassungsgesetzgebung im Bundesstaat, in: Salzburger Symposium zum Jubiläum 60 Jahre Bundesverfassung, Salzburg 1980, S. 61 ff., hier S. 61.
- 36 Vgl. in diesem Sinne auch NOVAK, Bundes-Verfassungsgesetz, S. 128 f., m. w. N.
- 37 LGBl. 1953/35.
- 38 LGBl. 1959/70.
- 39 LGBl. 1964/358.

- 40 LGBl. 1964/358.
- 41 LGBl. 1969/53.
- 42 NOVAK, Beitrag, S. 61 f.
- 43 LGBl. 1982/58. Siehe auch das Landesrechnungshof-Verfassungsgesetz, LGBl. 1982/59.
- 44 LGBl. 1986/86. Siehe auch das Steiermärkische Volksrechtegesetz, LGBl. 1986/87, sowie das Steiermärkische Kontrollinitiativegesetz, LGBl. 1990/22.
- 45 LGBl. 1988/84.
- 46 LGBl. 1989/19.
- 47 LGBl. 1992/47. Siehe auch das Landesverfassungsgesetz über den Ausschuß für Europäische Integration, LGBl. 1992/48.
- 48 LGBl. 1994/107.
- 49 LGBl. 1997/69.
- 50 LGBl. 2001/34.
- 51 NOVAK, Bundes-Verfassungsgesetz, S. 129.
- 52 Wien 1968, Niederösterreich 1979, Burgenland 1981, Tirol 1988, Oberösterreich 1991 (wv.), Kärnten 1996, Salzburg 1999 (wv.) und Vorarlberg 1999. – Genaue Fundstellen finden sich etwa bei Robert WALTER/Heinz MAYER (Hg.): Grundriß des österreichischen Bundesverfassungsrechts, 9. A., Wien 2000, RZ 789.
- 53 Vgl. nochmals NOVAK, Bericht, S. 61 f.
- 54 Sten. Prot., Stmk. LT., I. GP., 28. Dezember 1945, S. 5 ff.
- 55 Sten. Prot., Stmk. LT., I. GP., 6. Juli 1948, S. 495 ff.; II. GP., 12. November 1949, S. 11 ff.; III. GP., 15. April 1953, S. 13 ff.; IV. GP., 9. April 1957, S. 7 ff.; V. GP., 11. April 1961, S. 11 ff.; VI. GP., 7. April 1965, S. 9 ff.
- 56 Wichtige Reden von Landeshauptmann Josef Krainer sen. sind abgedruckt in: Johannes KUNZ (Hg.): Josef Krainer – Ansichten eines steirischen Landesvaters, Wien 1993.
- 57 Vgl. etwa den Vortrag am 15. September 1959 in Innsbruck, abgedruckt unter dem Titel „Die Krise des Systems“ in: KUNZ, Krainer, S. 167 ff., hier S. 169 f.
- 58 Vortrag am 25. November 1960 anlässlich der Vollversammlung des Österreichischen Gewerbevereins, abgedruckt unter dem Titel „Ungelöste Probleme der Gegenwart“ in: KUNZ, Krainer, S. 175 ff., hier S. 185. – 30 Jahre später sollte gerade die Abschaffung dieser in den meisten Ländern bis dahin landesverfassungsrechtlich gebotenen Proporzregierungen zu einem wesentlichen Diskussionsthema der Landesverfassungsreform werden. In Salzburg (LGBl. 1998/72) und Tirol (LGBl. 1998/104) wurden sie auch tatsächlich abgeschafft, in der Steiermark gab es darüber – trotz intensiver Diskussionen – bisher keine Einigung. – Vgl. dazu etwa Herbert DACHS: Der Regierungsproporz in Österreichs Bundesländern – ein Anachronismus?, in: Andreas KHOL/Günther OFNER/Alfred STIRNEMANN (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1994, Wien/München 1995, S. 623 ff.; Theo ÖHLINGER: Verhältniswahl oder Mehrheitswahl der Landesregierung?, in: JRP 1997, S. 162 ff.; Klaus POIER (Hg.): Die österreichische Proporzdemokratie. Muß alles geändert werden, damit es so bleibt, wie es ist? Josef-Krainer-Haus-Schriften, Graz 1997.
- 59 Vgl. etwa die Äußerungen im Referat vor Maturanten am 23. März 1962, abgedruckt unter dem Titel „Warum ist die Demokratie die beste Staatsform?“ in: KUNZ, Krainer, S. 190 ff., hier S. 191.
- 60 Siehe dazu den Beitrag von Alfred ABLEITINGER in diesem Band.
- 61 Vgl. etwa Karl UCAKAR: Demokratie und Wahlrecht in Österreich. Zur Entwicklung von politischer Partizipation und staatlicher Legitimationspolitik, Wien 1985, S. 472 ff.; Klaus POIER: Minderheitenfreundliches Mehrheitswahlrecht. Rechts- und politikwissenschaftliche Überlegungen zu Fragen des Wahlrechts und der Wahlssystematik, Wien/Köln/Graz 2001, S. 178 ff.
- 62 Zweiseitiger Bericht des Arbeitskreises 1 vom 9. Landesparteitag am 12./13. April 1969, Archiv der Steirischen Volkspartei.
- 63 Interview mit Radio Graz vom 17. November 1969, abgedruckt unter dem Titel „Föderalismus-Zentralismus“ in: KUNZ, Krainer, S. 51 ff.
- 64 Sten. Prot., Stmk. LT., VII. GP., 14. Mai 1970, S. 10 ff., hier S. 10.
- 65 NRWO 1971, BGBl. 1970/391. – Vgl. dazu auch POIER, Mehrheitswahlrecht, S. 181 ff.
- 66 Modell Steiermark. Vorschläge, die Zukunft unseres Landes zu gestalten, Graz o. J. (1972), S. 43 f.
- 67 Modell Steiermark. Steiermark Bericht, Graz 1976, S. 11 ff.
- 68 Vgl. die gesammelten Wahlergebnisse im jährlich erscheinenden Steirischen Jahrbuch für Politik, hg. von Herwig HÖSELE/Reinhold LOPATKA/Wolfgang MANTL/Manfred PRISCHING/Bernd SCHILCHER/Andreas SCHNIDER.

- 69 Teilnehmer waren unter anderem: Erhard Busek, Walter Hauser, Andreas Khol, Arnold Koller, Josef Krainer jun., Hans Lechner, Wolfgang Mantl, Friedrich Niederl, Josef Taus, Manfred Welan und Barbara Wicha.
- 70 Zusammenarbeit für Österreich. Das Konzept der ÖVP, Graz o. J. (vermutlich noch 1975).
- 71 Sten. Prot. Stmk. LT., IX. GP., 15. November 1978, S. 11 ff., hier S. 12.
- 72 Modell Steiermark, Graz o. J. (1979), S. 85 ff.
- 73 Modell Steiermark für die 80er Jahre, Graz o. J. (1980), S. 187 ff.
- 74 Vgl. noch Wolfgang MANTL: Repräsentation und Identität. Demokratie im Konflikt. Ein Beitrag zur modernen Staatsformenlehre, Wien/New York 1975.
- 75 Vgl. etwa Wolfgang MANTL: Die Menschen wollen mehr Demokratie, in: steirische berichte, H. 3/1979; sowie MANTLs Beiträge zu den Stichworten „Demokratie“ und „Demokratisierung“ in: Alfred KLOSE/Wolfgang MANTL/Valentin ZSIFKOVITS (Hg.): Katholisches Soziallexikon, 2. A., Graz/Wien/Köln 1980, Sp. S. 398 ff.
- 76 Sten. Prot. Stmk. LT., X. GP., S. 9 ff., hier S. 12.
- 77 Christian BRÜNNER (Hg.): Korruption und Kontrolle, Wien/Köln/Graz 1981.
- 78 Reinhard RACK (Hg.): Landesverfassungsreform, Wien/Köln/Graz 1982.
- 79 H. 29/1986 „Das Schweizer Modell“, H. 41/1989 „Demokratie und Kontrolle“, H. 77/1998 „Diskurs in der Demokratie“, H. 90/2001 „Staatsreform“, H. 94/2003 „Österreich-Konvent“.
- 80 Vgl. Christian BRÜNNER/Wolfgang MANTL/Dietmar PAUGER/Reinhard RACK: Verfassungspolitik, Wien/Köln/Graz 1985, S. 8.
- 81 Vgl. BRÜNNER/MANTL/PAUGER/RACK, Verfassungspolitik, S. 8 und S. 14 ff.; WIELINGER/SPREITZHOFER, Landtag, S. 492.
- 82 Umfassend dokumentiert in: BRÜNNER/MANTL/PAUGER/RACK, Verfassungspolitik.
- 83 Modell Steiermark. Bilanz und Programm, Graz 1986, S. 133 ff.
- 84 Jüngst sehr kritisch zu dieser Reform und ihren Auswirkungen: WIELINGER, Landtag, S. 181 f.
- 85 Sten. Prot., Stmk. LT., X. GP., 9. Juli 1986, S. 866 f. – Einen bundesweiten Vergleich bieten Joseph MARKO/Klaus POIER: Die Verfassungssysteme der Bundesländer: Institutionen und Verfahren repräsentativer und direkter Demokratie, in: Herbert DACHS u. a. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik, 3.A., Wien 1997, S. 817 ff.
- 86 Sten. Prot., Stmk. LT., XI. GP., 6. Dezember 1986, S. 40 f.
- 87 Modell Steiermark. Berichte der Arbeitskreise, Graz 1989, S. 121 ff.
- 88 Modell Steiermark für die 90er Jahre, Graz 1990, S. 223 ff.
- 89 Sten. Prot., Stmk. LT., XII. GP., 18. Oktober 1991, S. 5 ff., hier S. 8.
- 90 Sten. Prot., Stmk. LT., XIII. GP., 23. Jänner 1996, S. 21 ff., hier S. 25; XIV. GP., 7. November 2000, S. 13 ff., hier S. 17.
- 91 LGBl. 1997/69, 70 und 71. – Vgl. auch WIELINGER, Landtag, S. 186 f.
- 92 Zukunft: Reform!politik. Das demokratiepolitische Arbeitsprogramm von Landeshauptmann Waltraud Klasnic und der Steirischen Volkspartei, Graz 1999.
- 93 LGBl. 2001/66.
- 94 Aktion Vision Modell Steiermark, Graz 2000, S. 97 ff.
- 95 Vgl. auch POIER, Mehrheitswahlrecht.
- 96 Vgl. auch Martin F. POLASCHEK: Föderalismus als Wert? Eine Studie zu Reformmöglichkeiten des österreichischen Bundesstaates, Graz 1999.
- 97 Siehe Politicum „Österreich-Konvent“, H. 94/2003. Die steirischen Mitglieder waren Christoph Grabenwarter, Herwig Hösele, Waltraud Klasnic, Siegfried Nagl, Reinhard Rack sowie der Autor selbst.
- 98 Vgl. politicum „Schweizer Modell“, H. 29/1986.
- 99 Während in den ersten „Modell Steiermark“-Berichten derartige Forderungen faktisch gar nicht anzutreffen sind, findet sich im „Modell Steiermark für die 90er Jahre“, S. 230 f., eine kurze Passage, in der eine Verbesserung der politischen Infrastruktur sowie vor allem eine – freilich in der Steiermark nie realisierte – Verlängerung der Legislaturperiode auf sechs Jahre angedacht wird.
- 100 Vgl. etwa das auf steirische Initiative zurückgehende und mehrere „steirische“ Beiträge enthaltende Buch: Alfred PAYRLEITNER (Hg.): Aufbruch aus der Erstarrung. Neue Wege in die österreichische Politik, Wien 1999.

„Nach wie vor“, sagte Landeshauptmann Josef Krainer in seiner ersten Regierungserklärung am 6. Juli 1948, „ist eine hinreichende Ernährung der Bevölkerung nicht nur die Voraussetzung für die Gesundung unserer Arbeitskraft und damit unserer Wirtschaft, sondern auch die Voraussetzung der inneren Ruhe und Ordnung. Die Ernteaussichten sind gut, aber wir hängen vom Wetter ab, weitere Regenfälle könnten unserer Ernte Schaden bringen.“ So war das damals, das Politikmachen und das Leben überhaupt, und es ist gerade einmal ein gutes halbes Jahrhundert her. Krainer appellierte an alle, an dieses Land zu glauben. Man werde an die Arbeit gehen: „Der städtische Wiederaufbau, der im Gegensatz zum Aufbau der zerstörten Kriegsgebiete in der Süd- und Oststeiermark noch völlig darniederliegt, der Ausbau unserer Energiequellen, ein großzügiges Straßeninstandsetzungsprogramm, die Belebung verschiedener zurückgebliebener Industriezweige, der Ausbau des Fremdenverkehrs, der durch die Rückgliederung des Ausseer Landes an Bedeutung gewonnen hat“ und manches andere. Damals wusste man auch noch mehr: „Alle Bemühungen um eine materielle Besserung unserer Lage werden jedoch vergeblich sein“, so sagte Krainer, „wenn wir nicht die geistigen und moralischen Voraussetzungen hierfür aufbringen. Wir müssen uns bewußt sein, daß wir den Vorzug unseres politischen Systems nur dann mit Erfolg vertreten werden, unsere innere und äußere Freiheit nur erhalten, wenn wir auf freier Erkenntnis unsere Pflicht tun. Wir werden uns aber auch nur dann von jenen Mächten unterscheiden, die nicht Demokratie und Toleranz auf ihre Fahnen geschrieben haben, wenn wir die bleibenden Güter christlich-abendländischer Kultur so pflegen und fördern, dass sie tatsächlich unüberwindlich sind. Wenn unser Bekenntnis zu ihnen nur leere Worte sind, dann werden Barbarei und Unfreiheit unaufhaltsam über uns hereinbrechen.“<sup>1</sup>

---

## Der gedämpfte Ton der Nachkriegsjahre

---

Wir beginnen unsere ideologische Zeitreise in einer Nachkriegszeit, die geprägt war von Zerstörungen, dem Kampf gegen Hunger und Unterernährung, von Wiederaufbau, Besatzungszeit<sup>2</sup>, Rohstoffbewirtschaftung, Schillinggesetz, UNRRA, Verstaatlichung als Austrifizierung des deutschen Eigentums, Marshall-Plan. Von den großen Ideologien hatte man die Nase voll, vorderhand; und man konzentrierte sich auf die handfesten Erfordernisse der Lebenswirklichkeit. Die „bürgerliche“ Partei wurde als „Volkspartei“ wiederbegründet. Die Sozialdemokratie schaffte die ideologische Wende zur „Westintegration“. Ein zusätzliches Lager etablierte sich bald neben den beiden Großparteien, enttäuschende

Wahlergebnisse gab es für die Kommunisten. Man integrierte „Parteigenossen“. Es folgten: Raab-Kamitz-Kurs, Sozialversicherungsgesetz, Staatsvertrag. Die Turbulenzen des Krieges hatten auch Karrieremöglichkeiten geschaffen, Verkrustungen zerbrochen, Vakuen aufgetan.<sup>3</sup> Man begann, sich in einem langen Prozess wieder den internationalen Standards anzunähern: das berühmte Donawitzer Stahlverfahren, der Puch 500. Man traute sich langsam, den neu gewonnenen Wohlstand, der in den Ruinen und Hungertagen der Nachkriegszeit so unerreichbar geschienen hatte, zu genießen.<sup>4</sup>

Wolfgang Mantl hat bei der Vorstellung des Bandes „Nachdenken über Politik“ 1986 gesagt: „Die ‚Gründungswahrheit‘ der II. Republik ist die 1945 gefundene österreichische Identität [...], ist die definitive Absage an die Bürgerkriegsbereitschaft der I. Republik. [...] Wir leben – eben gerade auch politisch – in einem ‚gemäßigten Klima‘ von Nüchternheit, Augenmaß, Aushandeln und Kompromiss. Da gibt es keine ‚üppige Vegetation‘, und das wurde durch Jahrzehnte nur als Vorteil betrachtet, später dann, namentlich im kulturellen Bereich, auch als Mangel empfunden, weil emotionell karg und ohne satte Farben. Denken wir an unsere Unfähigkeit, unser Gemeinwesen zu ‚feiern‘. Der kleinstaatliche Republikanismus hat keine Pauken und Trompeten.“<sup>5</sup>

## Technokratie und Pragmatismus

Die steirischen Parteien – Volkspartei und Sozialisten, daneben der kleine VdU – begannen nach dem Krieg ihre Anhänger<sup>6</sup> zu rekrutieren: die Volkspartei in den ländlichen Randgebieten, die Sozialisten in den Industriezonen der Obersteiermark. Man verankerte sich – wie gewohnt – jeweils in Vorfeldorganisationen: Arbeit, Wohnen, Heime, Kindergärten; man etablierte Tauschverhältnisse: getreue Vasallität gegen Zugang zu begehrten Ressourcen. Die Großparteien arbeiteten – in balanciertem Proporz – einigermaßen verträglich zusammen, mit stetem Misstrauen, aber auch mit einer gewissen Wertschätzung zwischen den meisten Spitzenvertretern, unterbrochen von Wahlkämpfen, die im Ton oft relativ scharf ausfielen. Die steirische Volkspartei operierte gerne mit der Eigenständigkeit des Bundeslandes, auch gegenüber dem Bund: der „Anti-Wien-Affekt“; ein Rezept des strategischen Aufbegehrens, leicht durchschaubar, von den Landesbewohnern jedoch geschätzt.

Nachdem man sich aus dem Nachkriegselend erfolgreich herausgearbeitet hatte, setzte man auf Technik, Fortschritt und Wirtschaftswachstum. 1966 wird die Bahnstrecke Bruck–Graz elektrifiziert. 1969 wird die Dachstein-Seilbahn eröffnet. Mit neuen Themen gewann die Volkspartei bundesweit ein modernes Aussehen, mit einer neuen „Politik der Sachlichkeit“, mit der Einbindung von „Experten“, mit der „Aktion 20“; das führte 1966 zur absoluten Mehrheit bei den Nationalratswahlen. Gegenwart bedeutete Fortschritt, Zukunft die konsequente Erfüllung der Gegenwart. Energieknappheiten und Umweltprobleme lagen noch jenseits des Erfahrungshorizontes: kaum noch erste Schritte zur „postindustriellen

Gesellschaft“.<sup>7</sup> Das Gefühl hielt sich bis in die sechziger Jahre. Peter Pilz erinnert sich an seine Jugend in der Obersteiermark: „Wenn ich an Kapfenberg denke, erinnere ich mich an ein Gefühl der Zuversicht. Mein Vater baute mit auf, den Betrieb und die Stadt. Asphalt auf den Straßen, ein neues Stahlwerk, ein neuer Stadtteil, Eis aus dem Automaten, die erste kleine Umfahrung, die erste höhere Schule. Kulturtage, das Hochhaus. Fortschritt bis ins Schuhgeschäft, in dem man sich von der Paßgenauigkeit mittels Röntgenapparat überzeugen konnte. [...] Die Gegenwart war das jeweils nächste Stück Zukunft, und die hatten alle.“<sup>8</sup> Und natürlich, aus Kapfenberger Sicht, der Blick auf die Politik: „Politik war die Gestaltung des Fortschritts, der außerhalb Kapfenbergs mutwillig von der ÖVP blockiert wurde. In Kapfenberg regierte die SPÖ mit Dreiviertelmehrheit. Widerstand war zwecklos.“<sup>9</sup> Zuweilen war der Fortschritt besonders groß: wenn etwa die Wahlbeteiligung in manchen Teilen der Verstaatlichten die schöne Marke von 110 Prozent erreichte; wenn Andersgläubige aus den verstaatlichten Betrieben flogen; wenn einem (politisch) andersfarbigen Betriebsrat Prügel angedroht wurden. In der Steiermark prägten die Eisen- und Stahlbetriebe, ein paar Bergwerke und die Papierindustrie das Bild der modernen Welt. Man freute sich, wenn die roten Wolken aus Donawitz durch das Murtal zogen.

### Lebenswelten in der postindustriellen Gesellschaft

Es war das Zeitalter, in dem man an das Ende der Ideologien glaubte: wohl übertrieben, aber in einer Annäherung der politisch-programmatischen Positionen der österreichischen Großparteien über die Jahre hin doch sichtbar.<sup>10</sup> Die herkömmlichen Mentalitäten, das gegenseitige Misstrauen, die Verankerung in anderen Bezugssystemen waren freilich für die Vertreter der großen Lager noch in den sechziger Jahren stark. Das gilt auch für die Steiermark. Unter Josef Krainer dem Vater dominierte in der Volkspartei selbstverständlich der Steireranzug und die bäuerliche Sichtweise prägte lange Zeit die Politik, trotz des abnehmenden ökonomischen Gewichts der Landwirtschaft. Auch der Sohn blieb – trotz Weltläufigkeit und Urbanität – habituell und moralisch der agrarischen Welt verbunden, auch im Widerstand gegen aufkommende Versuchungen einer „flüchtigen Moderne“: in der Empathie für andere, im Gefühl für Anstand, auch in der Hartnäckigkeit; eine gewisse „Bodenhaftung“, die dem postmodernen Politikopportunismus fremd ist.

Eine andere Brücke, jene zwischen Gamsbart und Boheme, verkörperte in steirischen Landen Hanns Koren: der Volkskundler, zu dessen Markenzeichen sein Ausseer Hut und sein Wetterfleck gehörten und der das Forum Stadtpark schuf, die moderne Kunst verteidigte und den provozierenden Künstlern ihre Reviere sicherte. Dass dieser „Doppelpass“ – Tradition und Moderne, Herkunft und Zukunft, Volksverbundenheit und Intellektualität – lange Zeit gelang, stellte die Stärke der steirischen Volkspartei dar: Kameradschaftsbund und „Manuskripte“, Zeltfest und Vernissage. Alles ging zusammen.

In den sechziger Jahren las man auch in der grünen Mark gelegentlich Herbert Marcuse<sup>11</sup> und legte sich das kleine Büchlein Maos auf den Nachttisch und im nunmehr gesicherten Prozess des Wohlstandsanstiegs begann man, die Konsum- und Überflussgesellschaft zu kritisieren.<sup>12</sup> Die Steirerinnen und Steirer kauften sich Kühlschränke und Fernseher und dann fuhren sie nach Lignano in den Urlaub; Spötter taufte den Ort „Kapfenberg Süd“. Umgekehrt begann sich auch der Steiermark-Tourismus allmählich zu entwickeln, zunächst in den Winterschigebieten und in der Weingegend. In der Oststeiermark begann man nach Öl zu bohren und war zunächst enttäuscht, dass man nur warmes Wasser fand; gegen das Jahrhundertende hin war dann das Thermenland ausgebaut.

Der „skeptischen“<sup>13</sup> folgte zunächst eine „engagierte“ Generation. In Österreich ging es harmloser zu als in Deutschland; ein paar Obszönitäten, ein paar aufgeregte Demonstrationen und künstlerische Experimente.<sup>14</sup> Irgendwann stampften einige durch die Sporgasse in Graz und brüllten Ho-Ho-Ho-Chi-Minh. Dann wieder blockierten einige die Straßenbahn, freilich in Anzug und Krawatte. Es war schon klar: Irgendwie wollte die neomarxistische Kritik – gegen die Monopole und Konzerne – in der Steiermark nicht passen. Die einzigen Konzerne, die verfügbar waren, waren bereits verstaatlicht und es ging ihnen langsam schlechter. In der steirischen Szene waren es nun freilich auch keine linksextremen Studierenden, die den Protest anführten, sondern liberale, katholische, gemäßigte Linke. Viele von ihnen sollten in der Volkspartei Karriere machen, andere wurden Journalisten oder Schriftsteller. Die diversen kommunistischen Splittergruppen, die sich auf universitärem Boden vervielfältigten, bestanden meist aus netten Menschen, die mit Gitarre zur politischen Agitation auszogen.

Es war insgesamt eine aufgeregte, empörungsbereite, kritikfreundliche Zeit. Die diffuse Linksorientierung, die sich unter den Künstlern und Intellektuellen entwickelte, trug in Österreich zum politischen Pendelschwung bei: von der absoluten Mehrheit der Volkspartei zur Kreisky-Regierung. Die Steirische Volkspartei hingegen umarmte alle Kritiker und vermied deshalb den Wechsel. Bruno Kreisky modernisierte, ohne sich um wirtschaftliche Restriktionen zu kümmern: Ausbau der Universitäten, Reduzierung des Bundesheeres, Erneuerung von Justiz und Gesundheitssystem, Abschaffung des Abtreibungsverbots. Peter Pilz notiert: „Als Bruno Kreisky Fred Sinowatz Platz machte, war die sozialdemokratische Modernisierung bereits spürbar am Ende.“<sup>15</sup> Bernd Schilcher ist derselben Meinung: In der zweiten Hälfte des Kreisky-Anismus nur noch „eine Verteilungspolitik mit enormen Kosten und schweren Belastungen für die künftigen Generationen – sowie eine großflächige Strukturhaltung um jeden Preis“<sup>16</sup>.



Provokation wurde in den sechziger Jahren zum Ausdruck der Befindlichkeit einer neuen Generation, zum Karrierevorteil, zum politischen Instrument, zur künstlerischen Essenz.<sup>17</sup> In der Steiermark wurden Initiativen gesetzt, die den Ruf des Landes festigten, ein Experimentierkasten der Moderne zu sein: Forum Stadtpark; Dreiländerausstellung „Trigon“; steirischer herbst.

Die geistige Offenheit, der zumeist eine gewisse Ängstlichkeit und Konformität der Sozialdemokraten gegenüberstand, galt lange Zeit als Markenzeichen der weiß-grünen Volkspartei. In einem „Profil“-Artikel aus dem Jahre 1981 heißt es: „Graz ist am kulturellen Leben Österreichs überproportional beteiligt: nur ein Kulturprofi kann das konzentrierte Programm des ‚steirischen herbstes‘ voll wahrnehmen. Eine Geschichte der deutschsprachigen Gegenwartsliteratur, die sich nicht eingehend mit dem ‚Forum Stadtpark‘ auseinandersetzt, ließe sich bestenfalls als Ladenhüter verschleudern.“ Das hat mit Personen zu tun: „Krainner selbst“, so heißt es in dem erwähnten Artikel (und damit ist der Sohn „Josef II.“ gemeint), „wird heftig, wenn Leute der eigenen Couleur die kulturelle Breite einengen wollen: Lautstark verteidigte er kürzlich den Autor Wolfgang Bauer gegenüber einem Ennstaler ÖVP-Vertrauensmann, der sich von der ‚Unmoral‘ auf der Bühne bedroht sah: ‚Ein Bauer muß als Notwendigkeit der kulturellen Weiterentwicklung seinen Platz haben!‘“

Begründet war diese Auffassung nicht in Indifferenz, sondern in einem generellen Prinzip: „Während der alte Krainer und Hanns Koren [...] davon ausgingen, dass Unorthodoxe, Unbequeme und Revoluzzer den wirklich Starken nicht schwächen, sondern erst recht Kraft geben, hat sich die SPÖ in ein ängstliches Apparatschik-Denken verrannt.“ Auch ein Beispiel für die „Lockerheit“ der VP wird genannt: „Als ÖVP-Kulturlandesrat Kurt Jungwirth bei einer ÖVP-Veranstaltung in Graz Maoisten begrüßte, erstarrte zwar der Referent, Soziologieprofessor Helmut Schelsky, vor Schreck, für die heimischen Schwarzen setzte Jungwirth bloß eine bewährte Tradition fort.“<sup>18</sup> Gerd Bacher charakterisierte Krainer den Jüngeren folgendermaßen: „Die intellektuelle Neugier, Bildung als persönliches Bedürfnis, die Freude am Disput an sich, das Den-Dingen-auf-den-Grund-Gehen, auch wenn keine unmittelbare Nutzenanwendung damit verbunden ist. Das ist aufsehenerregend in Österreich, wo die Kluft zwischen Geist und Macht besonders groß ist.“<sup>19</sup> Dabei sei Krainer weder naiv noch abgehoben: „Er kennt alle Tricks dieser Kaste, aber er verbreitet das Bedürfnis, grundsätzlich zu sein, Zusammenhänge zu erfassen, Entwicklungen und damit der Zukunft auf die Spur zu kommen, die geheimnisvollen Kreuzungen nicht zu verpassen, die darüber entscheiden, ob Politik vom Zug der Zeit abgehängt wird oder dessen Lokomotive ist.“<sup>20</sup>

Erfahrungen ökologischer Skandale in den siebziger Jahren, Energieknappheit und Umweltzerstörung: Man stellte fest, dass man in der Mur – dem zweitschmutzigsten Fluss Europas – seit langem nicht mehr baden durfte oder Fische fangen konnte. Man begann die Papierfabriken zu kritisieren, die ihre Schaumkronen hemmungslos auf den Fluss setzten. Man begann die Luftgüte zu messen und über Energiesparen und Emissionsvermeidung zu diskutieren. Später entdeckte man die Grundwasserverseuchung im Leibnitzer Feld und anderswo. Und Verfechter ökologischer Politik entwickelten in der Folge ihre „Symbole“: etwa die Verweigerung eines Autobahnbaus in der Liezener Gegend, neuerdings den Kampf gegen eine oststeirische Elektrizitätsleitung

Irritationen in der Mitte der siebziger Jahre: Ölkrise, Umweltprobleme, Szenarien einer allgemeinen Ressourcenverknappung, Wachstumsverlangsamung. Auch in der Steiermark bildeten sich irgendwann einmal lange Warteschlangen an den Tankstellen, weil nur noch 20 Liter Benzin pro Fahrzeug ausgegeben wurden. Österreichweit wurde ein autofreier Tag, durch ein Pickerl an der Windschutzscheibe kontrollierbar, eingeführt. Später gab es einen steirischen Spitzenpolitiker, der eine umfassende Neukonzeption anstrebte, aber ohne bleibende Folgen: „So wie die Soziale Marktwirtschaft eine großartige Erfindung West- und Mitteleuropas in den Fünfziger- und Sechzigerjahren war und heute zu Recht als das erfolgreichste Modell gilt, um marktwirtschaftliche Dynamik mit sozialer Fairneß in eine Symbiose zu bringen, so ist“, schlug Josef Riegler vor, „das zukunftssträchtige Modell für das 21. Jahrhundert die Ökosoziale Marktwirtschaft, in der marktwirtschaftliche Dynamik, soziale Fairneß und ökologische Nachhaltigkeit als gleichrangige und gleichwertige Ziele in einem ‚magischen Dreieck‘ vereint sind. Ökosoziale Marktwirtschaft ist auf der einen Seite das effizienteste, wirtschafts- und technologiefreundlichste sowie sozialste Instrument zum Umstieg unserer Wirtschaft und Lebensweise auf ein System der Nachhaltigkeit; sie ist andererseits das gesellschaftspolitische Modell, welches durch die Ausgewogenheit von wirtschaftlicher Dynamik, sozialem Ausgleich und ökologischer Verantwortung einer Gesellschaft auf Dauer Stabilität verleihen kann.“<sup>21</sup>

## Politische Basteleien

---

„Grün“ – das war fortan nicht nur eine Chiffre für die Steiermark. In der österreichischen Politiklandschaft begann die Geschichte der Grünen als Partei – jenseits der Protestbewegung – erst in der Mitte der achtziger Jahre. Noch einmal Peter Pilz: „Zwentendorf und Hainburg waren die zwei Startsignale für die Grünen. [...] Die Zeit war für die grüne Partei reif. Im Winter 1986 sind wir mit acht Koffern ins Parlament eingezogen.“<sup>22</sup> Die politische Landschaft änderte sich in vielerlei Hinsicht. Parteiengesellschaft im

Umbruch? Parteien unter Stress? Grenzen des Parteienstaates? Politikverdrossenheit?<sup>23</sup> Niedergang der Sozialpartnerschaft?<sup>24</sup> Bürgerinitiativengesellschaft? Neue soziale Bewegungen?<sup>25</sup> Jedenfalls eine Auflockerung der politischen Landschaft.<sup>26</sup>

Auf Landesebene erfolgte spät, aber immerhin in der Steiermark ein „weiblicher Ruck“: 1996 gab es die erste Landeshauptfrau Österreichs in der Steiermark; am 23. 1. 1996 wurde Waltraud Klasnic gewählt, die in der Folge – durchaus in einer Stilverschiebung gegenüber ihrem Vorgänger – beeindruckenden Zuspruch finden konnte.<sup>27</sup> Natürlich hatten die Nationalratswahlen 1999 und 2002 auch für die Steiermark ihre Fernwirkungen. In den Worten Wolfgang Mantls: „Wolfgang Schüssel ist kein ‚Haberer‘“ – was ihm in Österreich natürlich schwer zu schaffen macht; „er hat einen kühlen, selbstverständlichen, kontrollierten Umgang mit der Macht, er entschuldigt sich nicht dafür, dass er auf der Welt ist. In seiner persönlichen Struktur ist er ein durchaus sensibler und kreativer Intellektueller von Graden“ – und auch das ist in diesem Lande nicht immer einfach.<sup>28</sup>

### Von der Grundstoff- zur High-Tech-Industrie

---

Kontratieffzyklen? Stagnationsgesellschaft? No-Growth-Society?<sup>29</sup> Die Steiermark bekam die volle Dosis der Krisenjahre in den Siebzigern zu spüren. Der Ökonom Gunther Tichy analysierte 1982: „In der Steiermark, und insbesondere in der Obersteiermark, sind die Struktur- und Wirtschaftsprobleme erheblich größer als im übrigen Österreich. Die Strukturanpassung gelang hier noch weniger als im übrigen Österreich. [...] Von den insgesamt 46.000 Industriebeschäftigten der Obersteiermark sind 21.000 in Bergbau und Eisenerzeugung sowie 12.000 in der Papierindustrie beschäftigt, beides Branchen mit schweren Strukturproblemen und geringen Wachstumsaussichten. [...] Die Struktur der steirischen Wirtschaft ist unterdurchschnittlich wachstumsträchtig (fast alle Branchen einschließlich des Fremdenverkehrs wachsen unterdurchschnittlich und zwar desto langsamer, je wichtiger sie sind) und durch Branchenauswahl und geringe Branchenstreuung überdurchschnittlich krisenanfällig. [...] Die Produktivität liegt in der Steiermark um rund ein Zehntel unter dem österreichischen Durchschnitt.“<sup>30</sup>

Die Eisen- und Stahlindustrie in ihrer herkömmlichen Form geriet in die finale Krise. Landes- und Bundespolitiker garantierten Arbeitsplätze, die es wenige Jahre später nicht mehr geben sollte. Die siebziger Jahre waren eine Wasserscheide: Bis jetzt hatte in einem Reich der Sicherheit und Kontinuität die Benya-Formel gegolten – der jährliche Einkommenszuwachs würde Inflation plus Produktivität betragen, also – über den Daumen gepeilt – reale drei Prozent. Nach diesem Jahrzehnt begann die Gewissheit zu bröckeln und die Obersteiermark war der Vorreiter für die neuen Erfahrungen.

Zu den alten Industriegebieten, die überall in Europa in die Krise gerieten, kamen in der Steiermark die ländlichen Abwanderungsgebiete hinzu, die Gebiete der West- und

Oststeiermark sowie die Seitentäler der Obersteiermark. Und die wirtschaftliche Entwicklung wurde geschwächt durch die Gebiete an der „toten Grenze“ nach Osten und Süden. Irgendwie lag die Steiermark im „Eck“. Ende der Arbeitsgesellschaft? Eine „Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgeht“? Zwei-Drittel-Gesellschaft?<sup>31</sup>

Nach einigen Skandalen, beträchtlichen Milliardenzuschüssen und Studien, die belegten, dass es wesentlich billiger wäre, den Mitarbeitern verstaatlichter Betriebe ihre vollen Gehälter fürs Nichtstun auszuzahlen als sie weiterarbeiten zu lassen, wurden die Betriebe Schritt für Schritt privatisiert. Nach den achtziger Jahren war es eine beeindruckende Erfahrung, wie rasch sich ein altes Industriegebiet wandeln konnte, wenn es musste. Restbetriebe der Verstaatlichten etablierten sich als Global Players. Seitdem hat sich zudem ein Automobil-Cluster in der Steiermark entwickelt, samt einem reichen Kranz von Zulieferbetrieben. Über andere Cluster wird geredet, aber da weder ein Wirtschaftspolitiker noch ein Wirtschaftstheoretiker weiß, wie man zu neuen Clustern kommt, konnte man um die Jahrhundertwende nur die Erfahrung machen, dass der Versuch, sie durch Hochglanzprospekte zu erzeugen, nichts fruchtet.

Die Volkspartei setzte – stärker auf Bundes- als auf Landesebene – generell stärker auf Privatisierung, Deregulierung, Liberalisierung, Entstaatlichung: programmatischer Staatsrückzug; vom Interventions- und Obrigkeitsstaat zum Gewährleistungsstaat; joint ventures und Public Private Partnerships; New Public Management. Natürlich ist dieser Übergang schwierig: Geruhsam ausgegliederte Budgets im Gewande privatrechtlicher Gesellschaften werden erst zur Jahrtausendwende aufgescheucht; in der Steiermark bot die Energiewirtschaft eine Fallstudie.

Die Steiermark ist – trotz guter Ausgangslage – schon deswegen zum Fortschritt verdammt, weil Billiglohnproduktionen aus den ländlichen Gebieten der Steiermark noch rascher abwandern als bisher: die Industrie nach Asien, die mittelständische Wirtschaft in die angrenzenden Länder. Eine qualifizierte Produktion wird sich in den postsozialistischen Ländern entwickeln und die Steiermark muss nicht nur gut, sie muss „Spitze“ sein, um ihren „Spitzenwohlstand“ – und ein wenig Sozialstaatlichkeit<sup>32</sup> – halten zu können. Für die öffentlichen Budgets verschärfen sich die Spannungen: einerseits verschärfte Anforderungen, andererseits der Druck auf die Senkung von Staatsanteilen; zudem Verschuldungsgrenzen angesichts der Maastricht-Kriterien. Es gibt Politiker, die in die Schummelei flüchten: in statistische Budgettrickereien; manche andere versuchen es gar mit der Ehrlichkeit. Aber die Spielräume für eine ernsthafte Sanierung eines Landesbudgets sind ebenso klein wie auf der Bundesebene.

## Schritte zu einer europäischen Neuordnung

---

Kreisky konnte noch – unter Applaus – mit dem unrealistischen Bild von der „Insel der Seligen“ operieren. Selbst in den Zeiten der Zurückgezogenheit spülte allerdings die

Weltgeschichte manches Strandgut herein, nach Österreich und in die Steiermark: 1956 die Ungarn, 1968 die Tschechen, die „Gastarbeiter“ ohnehin. 1980/81 kamen etliche Polen, 1989 Ostdeutsche. Seitdem kommen Asylanten aus aller Welt.

Josef Krainer jr. forcierte – noch zu Zeiten des Eisernen Vorhangs – eine systemübergreifende Nachbarschaftspolitik; etwa durch die Alpe Adria-Initiative. Die Volkspartei war in der Zweiten Republik die Europa-Partei. Die FPÖ forderte noch radikaler als die Volkspartei – und dies auch noch im Jahr 1988 – die EWG-Mitgliedschaft, bis sie binnen weniger Wochen aus taktischen Gründen den Kurs genau ins Gegenteil verkehrte. Die SPÖ pflegte hinhaltenden Widerstand, mit der Hintergrundmotivation: Die Europäische Union steht für jenen Kapitalismus, den man ablehnte. Die Grünen waren ebenfalls dagegen, weil Europa ihnen zu wenig ökologiefreundlich war.<sup>33</sup>

Wladyslaw Bartoszewski hat im steirischen Politikjahrbuch 2002 eine Erinnerung verzeichnet: „In meiner Privatbibliothek besitze ich eine Ausgabe der Landeschronik Steiermark aus dem Jahre 1988. [...] Im Schlusswort des damaligen Landeshauptmanns Josef Krainer ist dort unter anderem zu lesen: ‚Die Europa-Orientierung Österreichs hat für die Steiermark in [ihrer] Randlage eminente Bedeutung. Falls es in einigen Jahren zu einer Neuauflage dieser Chronik der Steiermark kommen sollte, hoffen wir, daß darin der EG-Beitritt Österreichs vermerkt werden kann.‘“<sup>34</sup> Selbst Krainer konnte sich damals wohl nicht vorstellen, dass es so rasch gehen würde. 1995 wurde Österreich Mitglied der EU.

Für die Steiermark war der Beitritt zur Europäischen Union ein wichtiger Schritt. Man war stärker mit den dynamischen Zentren Mitteleuropas verbunden und man gewann ein neues „Hinterland“ im Südosten. Mit der Öffnung der Grenzen nach Slowenien und Ungarn eröffnen sich neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit und der Standortentwicklung.<sup>35</sup> Steirische Unternehmen hatten allerdings schon vor der EU-Erweiterung auf 25 Mitglieder mit rasanten Markterschließungsaktivitäten begonnen. Bartoszewski empfiehlt, gemeinsam das Klischee des „unbekannten Ostens“ zu beenden und nicht mehr vom „Rande Europas“ zu reden, sondern die Nachbarn einfach kennen zu lernen: und „sei es nur, um den oft ins Vergessen geratenen Ruhestätten eigener Großeltern einen längst fälligen Besuch abzustatten“<sup>36</sup>.

## Über die Gegenwart

---

Simon Wiesenthal erhielt 1994 den Menschenrechtspreis der Universität Graz. Er hielt einen Rückblick auf sein bewegtes Leben, aber er sagte auch über seine Vortragserfahrungen: „Ich spreche vor gutgekleideten, gutgenährten, fröhlichen jungen Leuten, und plötzlich frage ich mich: Wie soll ich jemandem, der nie in seinem Leben Hunger oder Kälte gelitten hat, begreiflich machen, wieviel seinerzeit ein Stück Brot, eine Scheibe Kohlrabi oder eine Jacke bedeutet haben?“ Das führt uns zur Nachkriegszeit zurück. Es gibt Begren-

zungen des Lernens aus der Geschichte: „Ich fürchte“, so Wiesenthal, „daß es unmöglich ist, all diese“ – und erst recht andere – „Erfahrungen weiterzugeben. Wir können sprechen und unsere Erinnerungen zu Worten formen. Aber diese Worte, selbst wenn unsere Zuhörer sie begierig aufnehmen, werden in ihren Köpfen nicht wieder zu Wirklichkeit.“<sup>37</sup>

Die Welt als ganze, die europäische zumal, hat sich geändert, in den fünfzig beziehungsweise sechzig Jahren. Erinnerungen verklären. Zukünfte sind unsicher. Aber jede Generation muss sich ihr Leben selbst gestalten; vorzugsweise unter Nutzung historischer Erfahrungen, aber wohl auch nicht ganz ohne den Optimismus, manches noch besser machen zu können.

- 
- 1 Josef KRAINER – Ansichten des steirischen Landesvaters, hrsg. von Johannes Kunz, Wien 1993, 9-15.
  - 2 Manfred RAUCHENSTEINER: Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945-1955, Wien-Köln-Graz 1979.
  - 3 Anton KAUSEL: 50 Jahre österreichisches „Wirtschaftswunder“. Vom rückständigen Nachzügler zum ökonomischen Vorbild, Europäische Rundschau 23 (1995), 107-116.
  - 4 Vgl. auch Karl GUTKAS: Die Zweite Republik. Österreich 1945-1985, Wien 1985; Manfred Jochum: Die Zweite Republik in Dokumenten und Bildern, Wien 1984; Hans Magenschab: Die 2. Republik zwischen Kirche und Parteien, Wien 1968; Wolfgang MANTL (Hrsg.): Politik in Österreich. Die Zweite Republik. Bestand und Wandel, Wien u. a. 1992.
  - 5 Wolfgang MANTL: Denkschritte, politicum 7 (1986), Nr. 30, 54-55.
  - 6 Nicht aus Nachlässigkeit, sondern aus sprachästhetischen Gründen folge ich der Gepflogenheit, die dem männlichen Geschlecht in den Formulierungen einen gewissen Vorzug einräumt. Es sind hier natürlich „Anhängerrinnen und Anhänger“ gemeint und Entsprechendes gilt an anderen Stellen.
  - 7 Daniel BELL: Die nachindustrielle Gesellschaft, Frankfurt 1985.
  - 8 Peter PILZ: Phasen, in: Robert Kriechbaumer (Hg.): Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Die Spiegel der Erinnerung: Die Sicht von innen, Band I, Wien-Köln-Weimar 1998, 279-294, hier 279.
  - 9 Ebd.
  - 10 Albert KADAN / Anton PELINKA: Die Grundsatzprogramme der österreichischen Parteien, St. Pölten 1979; Wolfgang C. MÜLLER, Wilfried PHILIPP und Marcelo JENNY: Ideologie und Strategie österreichischer Parteien: Eine Analyse der Wahlprogramme 1949-1994, in: Wolfgang C. Müller, Fritz Plasser und Peter A. Ulram (Hrsg.): Wählerverhalten und Parteienwettbewerb, Wien 1995, 119-166.
  - 11 Herbert MARCUSE: One Dimensional Man, London 1972.
  - 12 John K. GALBRAITH: Gesellschaft im Überfluß, München 1959; Erich Preiser: Probleme der Wohlstandsgesellschaft, München 1964.
  - 13 Helmut SCHELFSKY: Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart, 2. Aufl., Stuttgart 1954; Helmut Schelsky: Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend, Frankfurt-Berlin-Wien 1975 (erstmalig 1957).
  - 14 Paul BARAN und Paul SWEEZY: Monopoly Capital, 1966; Nicos Poulantzas: Classes in Contemporary Capitalism, 1975; Margaret Wirth: Kapitalismustheorie in der DDR, 1972.
  - 15 PILZ 1998, 283.
  - 16 Bernd SCHILCHER: Vom Sonderfall zum Musterschüler. Österreich auf dem Weg zur europäischen Normalität, in: Robert Kriechbaumer (Hg.): Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Die Spiegel der Erinnerung: Die Sicht von innen, Band I, Wien-Köln-Weimar 1998, 677-708, hier 679.
  - 17 Ernst HANISCH: Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Wien 1994, 179.
  - 18 Elisabeth WELZIG: Der Sterzkaiser, Profil vom 21. September 1981, Nr. 38, 11-16.
  - 19 Gerd BACHER: Der Mann des Denkanstoßes. Versuch einer Charakterisierung des Josef Krainer, in: Gerd Bacher, Karl Schwarzenberg, Josef TAUS (Hrsg.): Standort Österreich. Über Kultur, Wirtschaft und Politik im Wandel, Graz-Wien-Köln 1990, 17-27, hier 21.

- 20 Ebd., 22.
- 21 Josef RIEGLER: 50 gute Jahre für Österreich, in: Robert Kriechbaumer (Hg.): Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Die Spiegel der Erinnerung: Die Sicht von innen, Band I, Wien-Köln-Weimar 1998, 59-86, hier 86.
- 22 PILZ 1998, 286.
- 23 Vgl. Fritz PLASSER: Parteien unter Stress. Zur Dynamik der Parteiensysteme in Österreich, der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten, Wien-Köln-Graz 1987; Anton KOFLER: Parteiengesellschaft im Umbruch. Partizipationsprobleme von Großparteien, Graz-Köln-Wien 1985; Fritz PLASSER, Peter A. ULRAM: Unbehagen im Parteienstaat. Jugend und Politik in Österreich, Wien-Köln-Graz 1982.
- 24 Reinhold KNOLL, Anton MAYER: Österreichische Konsensdemokratie in Theorie und Praxis. Staat, Interessenverbände, Parteien und die politische Wirklichkeit, Wien-Köln-Graz 1976; Alfred KLOSE: Ein Weg zur Sozialpartnerschaft. Das österreichische Modell, Wien 1979; Peter GERLICH, Edgar GRANDE, Wolfgang C. MÜLLER (Hrsg.): Sozialpartnerschaft in der Krise. Leistungen und Grenzen des Neokorporatismus in Österreich, Wien-Köln-Graz 1985; Manfred PRISCHING: Die Sozialpartnerschaft. Modell der Vergangenheit oder Modell für Europa? Wien 1996.
- 25 Bernd GUGGENBERGER: Bürgerinitiativen in der Parteiendemokratie. Von der Ökologiebewegung zur Umweltpartei, Stuttgart u.a. 1980.
- 26 Fritz PLASSER: Parteien unter Streß, Wien 1987; Fritz PLASSER und Peter A. ULRAM: Das Jahr der Wechselwähler. Wahlen und Neustrukturierung des österreichischen Parteiensystems 1986, Österreichisches Jahrbuch für Politik 1986, 31-80; Fritz PLASSER, Peter A. ULRAM und Alfred GRAUSGRUBER: The Decline of Lager Mentality and the New Model of Electoral Competition in Austria, in: Kurt Richard Luther und Wolfgang C. Müller (Hg.), Politics in Austria, London 1992, 16-44; Karl PISA: Von der Lagermentalität zur Meinungspolarität, in: Robert Kriechbaumer (Hg.): Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Die Spiegel der Erinnerung: Die Sicht von innen, Band I, Wien-Köln-Weimar 1998, 239-259; Bernd GUGGENBERGER, Claus OFFE (Hrsg.): An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie. Politik und Soziologie der Mehrheitsregel, Opladen 1984; Helmut WILLKE: Entzauberung des Staates. Überlegungen zu einer sozietaalen Steuerungstheorie, Königstein/Ts. 1983; Franz LEHNER: Grenzen des Regierens. Eine Studie zur Regierungsproblematik hochindustrialisierter Demokratien, Königstein/Ts. 1979.
- 27 Ernst SITTINGER: Der Klansic-Glasnost-Effekt – Warum der Landtagswählerfolg der ÖVP alles andere als Zufall war, Steirisches Jahrbuch für Politik 2000, Graz 2001, 99-102.
- 28 Wolfgang MANTL: Die Nationalratswahl 2002 und der lange Winter der Regierungsbildung, Steirisches Jahrbuch für Politik 2002, Graz 2003, 147-161.
- 29 Vgl. Mancur OLSON und Hans H. LANDSBERG (Hrsg.): The No-Growth Society, London 1975; Walter L. BÜHL: Krisentheorien. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Übergang, 2. Aufl., Darmstadt 1988; Manfred PRISCHING: Krisen. Eine soziologische Analyse, Wien-Köln-Graz 1986; Ezra J. MISHAN: Die Wachstumsdebatte. Wachstum zwischen Wirtschaft und Ökologie, Stuttgart 1980; Klaus von BEYME u.a.: Wirtschaftliches Wachstum als gesellschaftliches Problem, Königstein/Ts. 1978; Burkhard STRÜMPPEL: Die Krise des Wohlstands. Das Modell einer humanen Wirtschaft, Stuttgart u. a. 1977; Grete KLINGENSTEIN (Hrsg.): Krise des Fortschritts, Wien-Köln-Graz 1984; Lester C. THUROW: Die Null-Summen-Gesellschaft. Einkommensverteilung und Möglichkeiten wirtschaftlichen Wandels, München 1981.
- 30 Gunther TICHY: Wege aus der Vergangenheit. Perspektiven der steirischen und der österreichischen Wirtschaftsstruktur, in: politicum 3 (1982), Nr. 12, 26-28.
- 31 Vgl. Wolfgang BONSS, Rolf G. HEINZE: Arbeitslosigkeit in der Arbeitsgesellschaft, Frankfurt a. M. 1984; Meinolf DIERKES, Burkhard STRÜMPPEL (Hrsg.): Wenig Arbeit, aber viel zu tun. Neue Wege der Arbeitsmarktpolitik, Opladen 1985; Ehrenfried NATTER, Alois RIEDLSPERGER (Hrsg.): Zweidrittelgesellschaft. Spalten, splintern oder solidarisieren? Wien 1988; Thomas KUTSCH, Fritz VILMAR (Hrsg.): Arbeitszeitverkürzung. Ein Weg zur Vollbeschäftigung? Opladen 1983.
- 32 Vgl. etwa Philipp HERDER-DORNEICH, Helmut KLAGES, Hans-Günther SCHLOTTER (Hrsg.): Überwindung der Sozialstaatskrise. Ordnungspolitische Ansätze, Baden-Baden 1984; Helmut KLAGES: Überlasteter Staat – verdrossene Bürger. Zu den Dissonanzen der Wohlfahrtsgesellschaft, Frankfurt-New York 1981; Johano STRASSER: Grenzen des Sozialstaats? Soziale Sicherung in der Wachstumskrise, Köln-Frankfurt a. M. 1979; Peter KOSLOWSKI, Philipp KREUZER und Reinhard LÖW (Hrsg.): Chancen und Grenzen des Sozialstaats, Tübingen 1983; Helmut SCHELSKY: Der selbständige und der betreute Mensch. Politische Schriften und Kommentare, Frankfurt-Berlin-Wien 1978; Helmut SCHELSKY: Funktionäre. Gefährden sie Gemeinwohl? Stuttgart-Degerloch 1982; Walter WITTMANN: Der Steuerstaat. Die Ausbeutung der Fleißigen, München 1986; Peter GROTTIAN u. a.: Die Wohlfahrtswende. Der Zauber konservativer Sozialpolitik, München 1988; und viele andere.

- 33 Freda MEISSNER-BLAU: EU – Ein untaugliches Unternehmen, *politicum* 14 (1994), H. 62, 48-49; Eva Glawischnig: Grenzüberschreitender Umweltschutz?, *politicum* 14 (1994), H. 62, 50-51.
- 34 Wladyslaw BARTOSZEWSKI: Perspektiven Europas am Vortag der Erweiterung der Europäischen Union, *Steirisches Jahrbuch für Politik* 2002, Graz 2003, 11-20.
- 35 Vgl. Erhard BUSEK und Emil BRIX (Hrsg.): *Projekt Mitteleuropa*, Wien 1986; Erhard BUSEK und Gerald STOURZH (Hrsg.): *Nationale Vielfalt und gemeinsames Erbe in Mitteleuropa*, Wien-München 1990; Erhard BUSEK und Gerhard WILFLINGER (Hrsg.): *Aufbruch nach Mitteleuropa. Rekonstruktion eines versunkenen Kontinents*, Wien 1986; György KONRAD: *Antipolitik. Mitteleuropäische Meditationen*, Frankfurt a. M. 1985; Wolfgang MANTL (Hrsg.): *Die neue Architektur Europas. Reflexionen in einer bedrohten Welt*, Wien-Köln-Graz 1991; Gerd BACHER, Karl SCHWARZENBERG, Josef TAUS (Hrsg.): *Standort Österreich. Über Kultur, Wirtschaft und Politik im Wandel*, Graz-Wien-Köln 1990.
- 36 BARTOSZEWSKI 2003.
- 37 *Grazer Universitätsreden: Verleihung des Menschenrechtspreises der Karl-Franzens-Universität Graz an Herrn Dipl.-Ing. Dr. h. c. mult. Simon Wiesenthal*, Graz 1994, 39.



In den vergangenen zehn Jahren hat sich für die Steiermark sehr vieles verändert. Durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union, die Ostöffnung und den im Vorjahr vollzogenen EU-Beitritt unserer südöstlichen Nachbarn haben sich für unser Land nicht bloß wirtschaftlich enorme Möglichkeiten geboten. Die Steiermark hat es verstanden, diese Chancen in den meisten Bereichen sehr gut zu nutzen.<sup>2</sup> Auch für die Zukunft stehen die Vorzeichen im gemeinsamen Europa mit unseren alten und neuen Partnern sehr gut.

## Die Steiermark hat die wirtschaftliche Chance der Mitgliedschaft genutzt

---

In wirtschaftlicher Hinsicht hat sich die Steiermark von einer durch die Schwerindustrie geprägten „Krisenregion“<sup>3</sup> zu einem starken Konjunkturmotor Österreichs entwickelt. Die Steiermark hat ihre Stärken genutzt und ist nach einer Neuorientierung der Wirtschaftspolitik heute der wichtigste High-Tech-Produzent Österreichs. Das Instrument „Cluster“ wurde erfolgreich eingesetzt. Kleine und mittlere steirische Unternehmen arbeiten heute Hand in Hand mit weltweit tätigen Konzernen.

Die erfolgreiche wirtschaftliche Aufholjagd spiegelt sich auch in den Wirtschaftsdaten wider. So stieg das steirische Bruttoregionalprodukt im Zeitraum der Jahre 1995 bis 2001 um mehr als 20 Prozent an.<sup>4</sup> In den Beschäftigungsstatistiken ist die Steiermark stets vorne mit dabei. Die Beschäftigung in der Steiermark stieg im Jahr 2004 auf einen neuerlichen Rekordwert.<sup>5</sup> Im Bereich der Jugend- und Frauenarbeitslosigkeit liegt die Steiermark deutlich unter dem österreichweiten Trend.<sup>6</sup>

Diese wirtschaftliche Erfolgsstory der Steiermark hat ihre Wurzeln in der Nutzbarmachung der eigenen Stärken und in der Nutzung neuer Märkte und neuer Innovationschancen. Die steirische Politik hat es verstanden, die in der Region vorhandenen Entwicklungskräfte zu nutzen. Dieses endogene Potenzial wurde durch den exogenen Booster der Europäischen Integration deutlich verstärkt. Sowohl die Erweiterung des Marktes durch den Beitritt Österreichs zur EU im Jahr 1995 als auch die Erweiterung der Union um unsere mittel- und osteuropäischen Nachbarn im Mai 2004 dienten als Zusatztriebwerk für den steirischen Wirtschaftsmotor. Die jüngste Erweiterungsrunde der EU hat sich bereits im gesamten vergangenen Jahrzehnt positiv auf den Wirtschaftsstandort Steiermark ausgewirkt. Hervorragende Wirtschaftsdaten in den steirischen Grenzregionen lassen sich unter anderem eindeutig auf die Ostöffnung seit dem Beginn der 1990er Jahre zurückführen.<sup>7</sup> Auch künftig ist mit positiven Rückkoppelungseffekten im Zusammenhang mit der letzten Erweiterungsrunde zu rechnen.<sup>8</sup>

Die Steiermark ist nicht länger eine „Mark“ per definitionem.<sup>9</sup> Die neue geopolitische Positionierung der Steiermark von einer Grenzregion hin zu einer Drehscheibenfunktion verlangt veränderte infrastrukturelle Rahmenbedingungen. In diesem Bereich wurde vieles erreicht, es besteht allerdings noch immer Nachholbedarf.

Seit Beginn der EU-Mitgliedschaft Österreichs erhielt die Steiermark finanzielle Hilfe zur Strukturverbesserung über die Unterstützung der so genannten Ziel-2-Gebiete. Diese EU-Förderungsmittel wurden bereits im Zeitraum 1995 bis 1999 von steirischer Seite stark genutzt.<sup>10</sup> In den förderfähigen Gebieten der Steiermark leben mit rund 850.000 Einwohnern mehr als zwei Drittel der Steirer. Über die EU-Förderungen der Ziel-2-Gebiete werden auch heute noch starke Impulse für die steirische Wirtschaft gesetzt. Seit dem Jahr 2000 konnten allein über diese Mittel 773 Arbeitsplätze geschaffen werden.<sup>11</sup> Insgesamt standen und stehen in den Jahren 2000 bis 2006 über 200 Millionen Euro an EU-Mitteln für die steirischen Zielgebiete zur Verfügung.<sup>12</sup>

Daneben wurden im Rahmen der Vorbereitung der Erweiterung vom Mai vergangenen Jahres spezielle Programme zur Grenzregionenförderung entwickelt, um den Herausforderungen des größer werdenden Europas in diesen Regionen gewachsen zu sein. Die heimische Politik hat im Bereich der Grenzregionenförderung eine entscheidende Vorreiterrolle gespielt. Auch wenn es in diesen Grenzregionen, die nach wie vor ein unterdurchschnittliches Wirtschaftsniveau aufweisen, nicht nur Gewinner der Erweiterung gab und gibt, spüren wir seit dem Fall des Eisernen Vorhangs, wie gerade diese Grenzregionen aus Sackgassen zu Drehscheiben eines neuen Wirtschaftsaufschwungs werden. Schon im Zeitraum von 1989 bis 1995 verzeichneten die steirischen Grenzbezirke einen Beschäftigungszuwachs von 12,6 Prozent.<sup>13</sup>

Um die Infrastrukturen der Mitgliedstaaten weiter zu harmonisieren und zu verbinden, wird versucht, den Ausbau der so genannten transeuropäischen Netze (TENs) mit europäischen Fördermitteln weiter voranzutreiben. Das TEN-Budget der EU betrug im Zeitraum 1995 bis 2000 insgesamt 2,3 Milliarden Euro, für den Zeitraum 2000 bis 2006 wurden 4,6 Milliarden Euro veranschlagt,<sup>14</sup> die dem Ausbau der transeuropäischen Verkehrs-, Energie- und Telekommunikationsnetze dienen sollen. Dieser Aufbau der transeuropäischen Netze ist für uns nicht zuletzt deshalb so wichtig, weil er sicherstellen soll, dass die Steiermark auch im Bereich der Infrastruktur ihrer neuen Drehscheibenfunktion gerecht werden kann.

---

## Forschung, Entwicklung und Kultur

Im Bereich Forschung und Entwicklung hat die Steiermark im vergangenen Jahrzehnt viel investiert und dadurch ihren Status eines modernen Wirtschaftsstandorts

gestärkt. Diese solide Basis konnte nicht zuletzt durch den Einsatz vieler EU-Fördermittel geschaffen werden. So beteiligten sich vor allem die steirischen Universitäten, aber auch heimische Unternehmen wie AVL List intensiv an den Forschungsrahmenprogrammen der EU. Auf dieser guten Basis gilt es nun auch in Zukunft weiterzubauen.

Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang das Qualifikationspotenzial der grünen Mark.<sup>15</sup> Mit fünf Universitäten, einem reichhaltigen Angebot an Fachhochschulstudien, der Forschungsgesellschaft Joanneum Research und technologieorientierten Kompetenzzentren bietet die Steiermark den besten Nährboden für eine ausgezeichnete Qualifikation junger Menschen. Die steirischen Studierenden sind stets auch interessiert, über den eigenen Tellerrand zu blicken, und nutzen europäische Mobilitätsprogramme wie Erasmus, Sokrates und Leonardo sehr intensiv.

Als Kulturhauptstadt Europas im Jahr 2003 hat Graz bedeutungsvolle Impulse für die gesamte Steiermark gesetzt. Jetzt gilt es, an die Erfolge anzuknüpfen und den über das Jahr 2003 erzielten kulturellen und wirtschaftlichen Mehrwert auch in Zukunft durch gezielte Kulturpolitik nachwirken zu lassen.<sup>16</sup> Das Profil der Steiermark als Kulturland Nummer 1 wurde aber nicht bloß durch die Kulturhauptstadt 2003 geschärft. Daneben existieren zahlreiche Kulturplattformen und -kooperationen, die die Steiermark weit über die Grenzen hinaus als vielfältiges Kulturland bekannt werden ließen.

## Perspektive

---

Die Steiermark kann auf einem soliden Fundament als starke europaorientierte Region aufbauen. Wir müssen uns unserer Funktion als Drehscheibe inmitten eines wieder zusammenwachsenden Europas bewusst sein und versuchen, mit unseren Nachbarn und Partnern noch intensiver zusammenzuarbeiten und den sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenhalt auch täglich zu leben. Meilensteine in dieser partnerschaftlichen Nachbarschaft wurden bereits vor Jahrzehnten gesetzt. Die aus 17 Mitgliedsregionen bestehende ARGE Alpen-Adria wurde bereits im Jahre 1978 gegründet und war durch die Zusammenarbeit über die Grenzen des Eisernen Vorhangs hinweg weltpolitisch einzigartig. Die Steiermark fungierte schon damals als Brückenbauer zu anderen europäischen Regionen.

An diese Tradition der Zusammenarbeit knüpft heute die interregionale Kooperation „EU-Zukunftsregion“<sup>17</sup> an.<sup>18</sup> Die beteiligten Regionen aus Italien, Slowenien, Kroatien, Ungarn und Österreich mit gemeinsam mehr als 17 Millionen Einwohnern haben sich zum Ziel gesetzt, diese Zukunftsregion Europas zu einer neuen und wichtigen Entwicklungsachse werden zu lassen. Speziell der Steiermark kommt dabei die besondere Funktion des Bindeglieds zwischen neuen und alten Partnern innerhalb der EU zu. Einen weiteren großen Schritt setzte die Steiermark kürzlich mit der Übersiedelung des Verbin-

dungsbüros des Landes, der Anlaufstelle für steirische Belange in Brüssel, in ein neues „Haus der Regionen“. Neben dem Steiermarkbüro sollen schon bald weitere Partner das Haus beziehen, um es zu einem gemeinsamen Haus der neuen Zukunftsregion zu machen.

Es zeigt sich, dass die Steiermark die Chancen, die sich aus dem Beitritt zur Europäischen Union vor zehn Jahren geboten haben, sehr gut genutzt hat. Wir sind sehr gut unterwegs. Unser Land hat sich nicht zuletzt durch zukunftsorientierte und weitblickende Politik in vielen Bereichen eine neue Positionierung gegeben. Wir sind nicht mehr „bloß“ das grüne Herz Österreichs, sondern befinden uns auch inmitten des erweiterten und vertieften Europas und hier speziell inmitten einer Region mit ausgezeichneten Zukunftschancen. Nutzen wir auch künftig gemeinsam die Möglichkeiten des geeinten Europas und setzen wir unseren erfolgreichen europäischen Weg damit fort.

- 
- 1 Unter Mitarbeit von Wiss.-Mit. Mag. Albert Posch.
  - 2 Paradoerweise symbolisiert die Stimmungslage in der Bevölkerung ein anderes Bild; vgl. Die Presse Online v. 4.12.2004, Zehn Jahre Österreich in der EU: Schlechte Erfahrungen, <http://www.diepresse.at/Artikel.aspx?channel=p&ressort=eu&id=455071&archiv=false> (5.1.2005); es zeigt sich, dass in diesem Bereich nach wie vor mehr Informations- und Aufklärungsarbeit notwendig ist. Bezeichnenderweise ändert sich etwa das oft negative Europabild sehr rasch dann, wenn Besuchergruppen die EU in Brüssel von innen kennen lernen und sehen, wie Europa vor Ort funktioniert.
  - 3 Herbert PAIERL, Wirtschaftsstandort Steiermark: Chancen und Risiken der EU-Erweiterung, in: Steirisches Volksbildungswerk (Hrsg.), Steirische Berichte 6/2000, Herausforderung Welt – Herausforderung Europa, 20.
  - 4 Lediglich das Burgenland konnte eine höhere Zuwachsrate verzeichnen; vgl. Wirtschaftskammer Österreich, Bruttoregionalprodukt je Einwohner zu laufenden Preisen, <http://wko.at/statistik/bundesland/BulaVgrBrpJeEinw.pdf> (5.1.2005).
  - 5 Vgl. Wirtschaftskammer Steiermark, Beschäftigungsstatistik 2004, [http://www2.wkstmk.at/wko.at/wup/statistik/bs04\\_kurzinformation.html](http://www2.wkstmk.at/wko.at/wup/statistik/bs04_kurzinformation.html) (5.1.2005).
  - 6 Vgl. Wirtschaftskammer Österreich, Arbeitslosigkeit 2002 nach EU-Berechnungskonzept (Labour Force Konzept), <http://wko.at/statistik/bundesland/BulaAmArloEu.pdf> (5.1.2005).
  - 7 Vgl. MAYERHOFER, Brücke oder Bollwerk – Wirtschaftspolitische Strategien der Steiermark an der Nahtstelle zwischen West- und Südosteuropa (2000), 14.
  - 8 WEBER, EU-Erweiterung, Chancen und Potentiale für die südliche Steiermark, [Dissertation, Graz] 2003, 30.
  - 9 Vgl. Die Presse vom 2.4.2004, Das Ende der Steier-Mark, 10.
  - 10 Amt der steiermärkischen Landesregierung, Ziel 2 Steiermark – Österreich, Einheitliches Programmplanungsdokument 2000–2006 (2000), 1.
  - 11 Vgl. Das Land Steiermark Online, Ziel 2 Steiermark 2000 – 2006 Halbzeitbilanz, <http://www.europa.steiermark.at/cms/beitrag/10136613/3135772/> (5.1.2005).
  - 12 Amt der steiermärkischen Landesregierung, Ziel 2 Steiermark – Österreich (2000), 138.
  - 13 MAYERHOFER, Brücke oder Bollwerk (2000), 14.
  - 14 Vgl. Die Europäische Union Online, Transeuropäische Netzze, <http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/lvb/l06019.htm> (5. 1. 2005).
  - 15 Im Jahr 1998 belegte die Steiermark im EU-Regionenranking in der Sparte „Qualifikationspotential“ unter 243 Regionen den ausgezeichneten Rang, 29.
  - 16 Vgl. STEINER/ZAKARIAS, Kultur und Wirtschaft – Was bringt „Graz 2003“?, in: HÖSELE/LOPATKA/MANTL/PRISCHING/SCHILCHER/SCHNIDER (Hrsg.), Steirisches Jahrbuch für Politik 2003, 133.
  - 17 Vgl. Das Land Steiermark online, EU-Zukunftsregion, <http://www.europa.steiermark.at/cms/ziel/2951057/DE/> (5.1.2005).
  - 18 Es hat sich nicht zuletzt im Zusammenhang mit der neuen EU-Verfassung wieder einmal die Sichtweise bewahrt, dass das Europa der Zukunft verstärkt ein Europa der Regionen sein wird; vgl. etwa Rack, Garantien der kommunalen Selbstverwaltung in der neuen EU-Verfassung, ÖGZ 11/2004, 17.

Der Befund heute lautet: Frauen tragen Verantwortung in allen Bereichen der Gesellschaft, der Wissenschaft, der Wirtschaft und Kultur. Sie tun dies mit großer Selbstverständlichkeit und zum Nutzen der Steiermark. Bei einem Rückblick auf sechzig Jahre Zeitgeschichte wird uns aber erstaunlicherweise auch bewusst, dass dies in den Kriegsjahren und in der unmittelbaren Nachkriegszeit ganz ähnlich war. Der Alltag war damals weiblich und er wurde von Frauen in Gang gehalten, solange Männer, Söhne, Mitarbeiter eingerückt oder noch in Kriegsgefangenschaft waren.

Die Politik allerdings war beim Neustart unserer Republik männlich dominiert. Das galt auch für die Steiermark. In diesem Bundesland gab es noch ein zusätzliches Handicap für Frauen, an das man heute kaum noch denkt: Die Übergabe an die britische Besatzungsmacht nach dem Zonenabkommen wurde von den Sowjets um einen Monat verzögert. Die Bewegungsmöglichkeit für Frauen blieb in dieser Zeit eingeschränkt.

Für die ältere Generation sind zwei Schwerpunkte der steirischen Wirtschaft nach dem Krieg erinnerlich. Zum einen war die Landwirtschaft in der Hungerzeit nach dem Krieg wohl der für die Menschen wichtigste Wirtschaftszweig. Bäuerinnen und ihre weiblichen Helferinnen hielten sie in Gang. Im Zuge von Wiederaufbau und Normalisierung erfuhren die kleinbetrieblichen Strukturen einen Wandel, aber die Bäuerin hat auch heute noch die tragende Aufgabe in der steirischen Landwirtschaft. Der zweite Schwerpunkt lag in der Steiermark bei der Schwer-, Maschinen- und Grundstoffindustrie. Diese wurde im Zuge der NS-Kriegsrüstung stark forciert – auch mit Hilfe von Sklaven- und Zwangsarbeitern –, aber nach Kriegsende wurden die Betriebe von der Besatzungsmacht teils demonstert, jedenfalls aber mussten sie für friedliche Märkte erheblich umstrukturiert werden. In diesem technischen Wirtschaftssegment waren und sind Frauen auch heute noch unterrepräsentiert.

Zwischen Landwirtschaft und Schwerindustrie liegt der breite Sektor der gewerblichen Wirtschaft und des Handels. Traditionell und bedarfsgerecht dominieren in diesem Bereich Klein- und Mittelbetriebe. Das bringt den dort verantwortlich tätigen Frauen zwar ein gutes Betätigungsfeld, aber keine Titelseiten in imageprägenden Illustrierten. Die vielen tüchtigen Unternehmerinnen und Frauen in den freien Berufen prägen auch heute das Wirtschaftsgeschehen in der Steiermark. An Firmenneugründungen sind Frauen heute ebenfalls überdurchschnittlich beteiligt.

Über die Jahrzehnte seit Kriegsende hat sich die Zahl der Hörerinnen und Absolventinnen an den steirischen Universitäten und berufsbildenden höheren Schulen kontinuierlich erhöht, ja vervielfacht. Heute sind renommierte Ärztinnen, Pharmazeutinnen, Architektinnen, Anwältinnen, Richterinnen, Staatsanwältinnen, aber auch Intendantinnen, Kuratorinnen, Forscherinnen, Frauen in Universitätsräten steirischer Hochschulen, Unterneh-

merinnen in allen Branchen, Frauen in Spitzenpositionen der öffentlichen Verwaltung, bei NGOs (Non Governmental Organisations) und NPOs (Non Profit Organisations) nicht mehr die bestaunte Ausnahme, sondern normaler und wertvoller Bestandteil der steirischen Gesellschaft. In den sechs Jahrzehnten seit 1945 war es ein weiter, aber sehr erfolgreicher Weg, den Frauen in Verantwortung nahmen. Nicht zuletzt auch in der steirischen Politik.

Zwischen Sophie Wolf, der ersten Landtagsabgeordneten der Steirischen Volkspartei 1945, und Waltraud Klasnic, der ersten „Frau Landeshauptmann“ Österreichs und somit ersten Frau an der Spitze der steirischen Politik, liegen rund 60 Jahre: 60 Jahre seit dem Zusammenbruch des Dritten Reiches und der unmittelbar darauf folgenden Konstituierung der Steirischen Volkspartei. Viele Frauen haben seitdem in den unterschiedlichsten Funktionen das politische Parkett betreten und in den von Wolfgang Mantl definierten historisch-politischen Phasen des Wiederaufbaus (1945–1960) und Protests (1960–1975), der Kontinuität (1975–1990) und Umorientierung (seit den 1990er Jahren)<sup>1</sup> die steirische Politik bis heute nachhaltig mitgestaltet und mitgeprägt.

Im Folgenden wird auf ganz unterschiedliche Aspekte der Thematik eingegangen, die freilich aufgrund der gebotenen Kürze nur überblicksartig erfasst werden können. Zuallererst sei auf die Ausgangssituation 1945 hingewiesen, die unmittelbare Nachkriegszeit, in der Frauen vor allem als Wählerinnen für die Politik von großer Bedeutung waren. Daran anschließend zeigt eine empirische Analyse die Genese der weiblichen Politikerinnen in Landtag, Nationalrat und Bundesrat von 1945 bis heute. Um allen weiblichen Abgeordneten aus den Reihen der Steirischen Volkspartei gerecht zu werden, seien sie an dieser Stelle auch namentlich angeführt. Schließlich soll auch Politik für Frauen nicht unerwähnt bleiben und anhand allgemeiner österreichischer sowie spezieller steirischer Initiativen dargestellt werden.

Am Beginn der Zweiten Republik nahmen Frauen vorerst nur vereinzelt politisch-öffentliche Funktionen ein. Ihre Bedeutung für die Politik darf dabei aber nicht übersehen werden, denn ein Charakteristikum des Wahlkampfes 1945 – zeitgleich fanden am 25. November Landtags- und Nationalratswahlen, die sog. Kathreinswahlen statt – ist die weibliche Dominanz in der Wählerschaft. Ihre Präsenz in der Gesellschaft des alltäglichen Nachkriegslebens war unübersehbar und daher für die wahlwerbenden Parteien unübergbar.

Viele Männer, Väter und Brüder waren aus dem Krieg noch nicht heimgekehrt, manche von ihnen sollten leider nicht mehr zurückkommen. In diesen schweren Stunden der Zweiten Republik leisteten viele Frauen in der Heimat die erste Aufbauarbeit, übernahmen die Rolle des Familienoberhauptes und sorgten für die lebensnotwendige Grundversorgung ihrer Familien. „Das Lebens- und Überlebensgeflecht des Jahres 1945 wurde getragen von Frauen aller Altersstufen, deren so vielfältige Leistungen mit dem Klischeewort ‚Trümmerfrauen‘ geradezu weggewischt erscheinen. Fast alle Funktionen des Alltags wur-

den von ihnen erfüllt. Was Ehe und Familie heißen kann, zeigt der sehnsüchtige Wunsch nach Zusammenführung der Familienmitglieder aus KZ, Krieg und Gefangenschaft. Auch die Trauer um die Toten und das jahrelange Warten, ob nicht doch noch ein Vermißter zurückkäme, ist von diesen Frauen gefühlt und erlitten worden“.<sup>2</sup>

1945 waren von 100 Wahlberechtigten in der Steiermark 62 weiblich, in Graz sogar 64.<sup>3</sup> Diese Tatsache wurde auch im Wahlkampf berücksichtigt, was beispielsweise auf politischen Plakaten oder Flugblättern jener Tage offenkundig zum Ausdruck kommt.

Die Rolle und Bedeutung der Frauen in der steirischen Politik erlebte in den letzten sechs Dezennien freilich einen großen Wandel, und zwar sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht.

In der I. Gesetzgebungsperiode des Steiermärkischen Landtages 1945 waren gerade einmal zwei Frauen (von insgesamt 58 Abgeordneten) – nämlich Sophie Wolf (VP) und Maria Matzner (SP) – im Landtag vertreten. Ebenso waren nur zwei Frauen aus den Reihen der Österreichischen Volkspartei 1945 Nationalratsabgeordnete: die Steirerin Frieda Mikola – sie war überdies auch die erste Landesleiterin der Österreichischen Frauenbewegung in der Steiermark – und die Wienerin Dr. Nadine Paunovic, die Begründerin und erste Bundesleiterin der Österreichischen Frauenbewegung.<sup>4</sup> Heute sind von 56 Mandatären im Steiermärkischen Landtag 16 Frauen. Die ÖVP entsendet derzeit 16 weibliche Abgeordnete in den Nationalrat, drei davon kommen aus der Steiermark. Seit 1945 wurden sieben Frauen aus der Steirischen Volkspartei in den österreichischen Bundesrat entsandt.<sup>5</sup>

Die Tabellen 2 und 3 im Anhang geben in einer knappen Übersicht die kontinuierliche Zunahme der weiblichen Abgeordneten auf Landes- und Bundesebene von 1945 bis heute wieder.

Eine qualitative Bewertung steirischer Frauen in der Politik lässt sich zwar nicht so einfach in statistischem Datenmaterial präsentieren wie die quantitative, dennoch kann sie in einer Vielzahl von „Erstfunktionen“ in Elitepositionen veranschaulicht werden, von denen hier nur einige ausgewählte stellvertretend erwähnt seien: Waltraud Klasnic als erste Landeschefin Österreichs, Mag. Kristina Edlinger-Ploder als jüngste Landesrätin Österreichs, Adelheid Springer als dienstälteste ÖVP-Bürgermeisterin Österreichs (seit 15 Jahren in der steirischen Gemeinde St. Lorenzen bei Scheifling), Hofrätin Dr. Ingrid Klug-Funovits als erste Bezirkshauptfrau Österreichs (Bezirk Deutschlandsberg), die gebürtige Steirerin Dr. Maria Schaumayer als weltweit erste Präsidentin einer Notenbank, Dr. Johanna Bayer als erste Vorsitzende des Bundesrates nach 1945,<sup>6</sup> Frieda Mikola als erste steirische Nationalratsabgeordnete von 1945 bis 1949 und als Begründerin der Frauenbewegung in der Steiermark.

Der 1945 gegründete Österreichische Frauenbund – bald umbenannt in Österreichische Frauenbewegung<sup>7</sup> – ist seit 1972 eine der sechs gleichberechtigten Teilorganisationen innerhalb der Österreichischen Volkspartei. Als stärkste Landesgruppe versteht sich

die Frauenbewegung in der Steiermark als Dachverband aller ÖVP-Frauen und schließt alle sozialen Gruppen ein. Ihr Ziel, die Vertretung aller „Frauen, unabhängig von Standes- und Berufsinteressen“ sowie die Unterstützung Benachteiligter und Hilfsbedürftiger (auch im Ausland), wird seit 1945 unter den jeweiligen steirischen Landesleiterinnen<sup>8</sup> verfolgt.<sup>9</sup> Sie ist nicht bloß als „Interessenvertretung“ für Frauen zu verstehen, sondern befasst sich „als aktive, politische Bewegung ... mit den Problemen der menschlichen Gesellschaft aus der Sicht der Frau“.<sup>10</sup> Viele soziale Initiativen haben ihren Ursprung in der steirischen Frauenbewegung, wie etwa das von Edda Egger schon 1947 ins Leben gerufene Pflegeheim der Österreichischen Frauenbewegung in der Grazer Goethestraße, das nach wie vor in Betrieb ist.<sup>11</sup>

Weiters ist die Katastrophenhilfe Österreichischer Frauen (KÖF) zu erwähnen, die 1965 von Dr. Elisabeth Schmitz nach einer verheerenden Unwetterkatastrophe als gemeinnütziger Verein gegründet wurde. Ihr Ziel war und ist die rasche und unbürokratische, aus freiwilligen Spenden finanzierte Ersthilfe nach unvorhergesehenen Schicksalsschlägen wie Naturkatastrophen, Krankheit oder auch plötzlichem Todesfall.<sup>12</sup> Die KÖF ist in allen Bundesländern installiert, die ehrenamtliche Arbeit erfolgt unter der Obhut einer Landesleiterin.<sup>13</sup> In der Steiermark hatten dieses Amt Edda Egger von 1956 bis 1974, Waltraud Klasnic von 1974 bis 1993 und Walburga Beutl von 1993 bis 1996 inne. Seit 1996 ist Dipl.Sr. Sieglinde Zach in dieser Funktion tätig.

Aber auch in jüngerer Zeit wurden Initiativen zur Unterstützung spezifischer Frauenbelange gesetzt. Zu nennen wäre beispielsweise das Referat „Frau – Familie – Gesellschaft“ am Amt der Steiermärkischen Landesregierung, das seit 1989 von Ridi Steibl geleitet wird. Dort beschäftigt man sich u.a. damit, die „Öffentlichkeit auf die jeweilige Situation von Frauen und Männern aufmerksam zu machen, alternative Möglichkeiten zur besseren Organisation unserer Gesellschaft aufzuzeigen, das Bewußtsein so zu verändern, daß wirkliche Gleichberechtigung von Mann und Frau möglich ist.“<sup>14</sup>

Die unabhängige Plattform „FrauenLeben“, die seit 1995 besteht, versucht u.a. mit Seminarangeboten, Veranstaltungen und Publikationen Frauen in spezifischen Belangen „zu informieren, sie in möglichst vielen Bereichen besser zu qualifizieren und sie untereinander zu vernetzen“.<sup>15</sup> Die Koordinatorin Gerhild Rack und ihr Projektteam entwickeln und erarbeiten in regelmäßigen Sitzungen Konzepte und neue Ideen, um ein Netzwerk für Frauen aufzubauen.

Zum Abschluss sei die Aufmerksamkeit noch auf die Genese steirischer Frauen in ausgewählten Berufsfeldern gelenkt. Als Informationsgrundlage wurden hierfür die Angaben aus den Volkszählungen von 1951 bis 2001 genommen (siehe Tabelle 1).

1951, noch in der unmittelbaren Nachkriegszeit, lebte knapp die Hälfte aller berufstätigen Frauen von der Land- und Forstwirtschaft. Hier ist bis heute der größte zahlen-



mäßige Schwund festzustellen, denn nur ein halbes Jahrhundert später geben nur mehr fünf Prozent der berufstätigen Frauen an, als Bäuerinnen ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Eine völlig gegenläufige Tendenz findet sich in der Berufsgruppe der Akademikerinnen: Hatten Anfang der fünfziger Jahre gerade einmal 1.101 Frauen – das sind 0,5 Prozent aller weiblichen Berufstätigen – einen Hochschulabschluss, so sind es heute ca. 25-mal mehr. Die Zahl der Frauen in freien Berufen hat sich korrelierend mit der steigenden Zahl der Akademikerinnen in den letzten fünf Jahrzehnten mehr als verfünffacht. Interessant ist, dass der Anteil der selbstständigen Frauen zahlenmäßig keinem auffallenden Wandel unterliegt. Innerhalb der Gruppe ist jedoch im Dienstleistungsbereich ein neuer Schwerpunkt entstanden.

Tabelle 1: Anteile bestimmter Berufsgruppen an den berufstätigen Frauen (Volkzählungen 1951–2001)<sup>16</sup>

Jahr	Berufstätige Frauen insgesamt		Bäuerinnen*		Akademikerinnen**		Freie Berufe***		Selbstständige	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
1951	208.015		123.587 <sup>°</sup>	49,4 %	1.101	0,5 %	14.709	7,1 %	25.795	12,4 %
1961	201.582		78.274	38,8 %	1.582	0,8 %	18.518	9,2 %	24.904	12,4 %
1971	176.727		42.659	24,1 %	2.338	1,4 %	23.636	13,4 %	22.994	13,0 %
1981	203.170		30.217	14,9 %	8.117	4,0 %	39.669	19,5 %	32.647	16,1 %
1991	215.202		19.887	9,2 %	15.699	7,3 %	52.370	24,3 %	24.009	11,2 %
2001	248.012		12.309	5,0 %	26.249	10,6 %	78.487	31,6 %	23.081	9,3 %

\* Selbstständige und Mithelfende in der Landwirtschaft

\*\* Hochschule und hochschulverwandte Ausbildung

\*\*\* Gesundheits- und Fürsorgewesen, Unterricht, Bildung, Kunst, Unterhaltung, Rechts- und Wirtschaftsberatung

° Berufstätige in der Land- und Forstwirtschaft

In Frauenbildern ausgedrückt spannt sich der Bogen von der bodenständigen Pionierin Frieda Mikola im Trachtenkostüm mit Hut und Dr. Elvira Keifel, der urbanen Rechtsanwältin und Mitbegründerin des Österreichischen Akademikerbundes mit einem Faible für Pelzcapen, über die vorausblickende und kampferprobte Dame Edda Egger zur heutigen selbstbewussten Frauengeneration, die engagiert und erfolgreich in praktisch allen Lebensbereichen aktiv ist.

Tabelle 2: Frauen im Steiermärkischen Landtag seit 1945<sup>17</sup>

		ÖVP	SPÖ	FPÖ	GRÜNE	LIF
I. GP	1945–1949	1 Sophie Wolf	2			
II. GP	1949–1953	1 Sophie Wolf	2			
III. GP	1953–1957	1 Sophie Wolf	2			
IV. GP	1957–1961	1 Edda Egger	2			
V. GP	1961–1965	1 Edda Egger	2			
VI. GP	1965–1970	2 Edda Egger Johanna Jamnegg	2			
VII. GP	1970–1974	1 Johanna Jamnegg	2			
VIII. GP	1974–1978	1 Johanna Jamnegg	2			
IX. GP	1978–1981	2 Johanna Jamnegg Waltraud Klasnic	2			
X. GP	1981–1986	2 Lindi Kálnoky Waltraud Klasnic	2			
XI. GP	1986–1991	4 Emmy Göber Lindi Kálnoky Waltraud Klasnic Hermine Pußwald	3		1	
XII. GP	1991–1995	5 Walburga Beutl Hermine Frieß Maria Grabensberger Eva Karisch Hermine Pußwald	3	1		
XIII. GP	1995–2000	4 Walburga Beutl Eva Karisch Hermine Pußwald Annemarie Wicher	2	3	1	1
XIV. GP	Seit 2000	3 Walburga Beutl Christine Koller Anne Marie Wicher	8	3	2	

Tabelle 3: Frauen im Präsidium des Steiermärkischen Landtages<sup>18</sup>

		ÖVP	SPÖ	FPÖ
IX. GP	1978–1981		1	
X. GP	1981–1986	1 Waltraud Klasnic (ab 1983)	1	
XI. GP	1986–1991	2 Waltraud Klasnic (bis 1988) Lindi Kálnoky (ab 1988)	1	
XIV. GP	Seit 2000	1 Walburga Beutl (seit 2004)	1	

Tabelle 4: Frauen in der Steiermärkischen Landesregierung<sup>19</sup>

	SPÖ	ÖVP	FPÖ
Landeshauptmann		1 Waltraud Klasnic (seit 23. 1. 1996)	
Landeshauptmann- Stellvertreter		1 Waltraud Klasnic (1993–1996)	
Landesrätin	2 Maria Matzner (1950–1962) Anna Rieder (1994–2000)	2 Waltraud Klasnic (1988–1996) Kristina Edlinger-Ploder (seit 8. 4. 2003)	1 Magda Jost-Bleckmann (2000)

Tabelle 5: Frauen im Österreichischen Nationalrat seit 1945<sup>20</sup>

		ÖVP	SPÖ	FPÖ	GRÜNE	LIF
V. GP	1945–1949	2	8			
VI. GP	1949–1953	2	8			
VII. GP	1953–1956	2	8			
VIII. GP	1956–1959	3	7			
IX. GP	1959–1962	3	8			
X. GP	1962–1966	3	8			
XI. GP	1966–1970	3	8			
XII. GP	1970–1971	2	6			
XIII. GP	1971–1975	4	10			
XIV. GP	1975–1979	5	10			
XV. GP	1979–1983	7	12			
XVI. GP	1983–1986	9	16	1		
XVII. GP	1986–1990	10	16	4	4	
XVIII. GP	1990–1994	10	28	8	6	
XIX. GP	1994–1996	11	21	10	6	5
XX. GP	1996–1999	12	25	12	6	4
XXI. GP	1999–2002	16	25	13	6	
XXII. GP	seit 20. 12. 2002	28	24	6	11	

Tabelle 6: Steirische Frauen im Österreichischen Nationalrat seit 1945<sup>21</sup>

	ÖVP	SPÖ	FPÖ	GRÜNE	LIF
V. GP 1945–1949	1 Frieda Mikola	1			
VI. GP 1949–1953		2			
VII. GP 1953–1956		2			
VIII. GP 1956–1959	1 Johanna Bayer	1			
IX. GP 1959–1962	1 Johanna Bayer	1			
X. GP 1962–1966	1 Johanna Bayer	1			
XI. GP 1966–1970	1 Johanna Bayer	1			
XII. GP 1970–1971	1 Johanna Bayer	1			
XIII. GP 1971–1975	2 Johanna Bayer Wilhelmine Moser	2			
XIV. GP 1975–1979	2 Wilhelmine Moser Maria Stangl	1			
XV. GP 1979–1983	1 Maria Stangl	1			
XVI. GP 1983–1986	1 Maria Stangl	1	1		
XVII. GP 1986–1990	1 Cordula Frieser	1	1		
XVIII. GP 1990–1994	2 Cordula Frieser Ridi Steibl	6	1		
XIX. GP 1994–1996	2 Cordula Frieser Ridi Steibl	5	2		
XX. GP 1996–1999	2 Cordula Frieser Ridi Steibl	6	2		
XXI. GP 1999–2002	3 Cordula Frieser Ridi Steibl Andrea Wolfmayr	5	3		
XXII. GP seit 20. 12. 2002	3 Cordula Frieser <sup>22</sup> Barbara Riener Ridi Steibl Andrea Wolfmayr	4	2		

Tabelle 7: Steirische Bundesministerinnen/Staatssekretärin<sup>23</sup>

	SPÖ	ÖVP	FPÖ
Bundesministerin	1 Helga Konrad (1995–1997)	1 Ruth Feldgrill-Zankel (1991–1992)	
Staatssekretärin			1 Mares Rossmann (2000–2003)

- 1 Wolfgang MANTL: Festsitzung des Steiermärkischen Landtages am 8. Mai 1995 aus Anlaß der Wiederbegründung der Republik Österreich vor 50 Jahren. Stenographischer Bericht, 49. Sitzung des Steiermärkischen Landtages, XII. GP, 8. Mai 1945, 6.
- 2 MANTL, Festsitzung, 5. Zur Situation der Frauen in der Nachkriegszeit siehe Karin M. LIENHART-SCHMIDLECHNER: Frauen – Leben in Männerwelten. Ein Beitrag zur Geschichte der steirischen Frauen in der Nachkriegszeit, Graz 1984.
- 3 Astrid JURJ: Die Novemberwahlen 1945 in der Steiermark. In: Siegfried BEER (Hg.): Die „britische“ Steiermark. 1945 – 1955 (= Forschungen zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark, XXXVIII. Bd.), Graz 1995, 35-55, hier 51. Der Anteil der weiblichen Wähler war bis zu den Landtagswahlen 2000 zwar immer etwas höher als der der männlichen Wähler, ist aber nie über ca. 55 % hinausgegangen.
- 4 Vgl. Herta HAIDER: Die österreichische Frauenbewegung. In: Christliche Demokratie, H. 3 („Die Frau in den christlich-demokratischen Bewegungen Österreichs“), 2. Jg., Oktober 1984, 293-302, hier 293f.
- 5 In chronologischer Reihenfolge sind dies: DI Dr. Johanna Bayer (1953–1957), Edda Egger (1970–1977), Waltraud Klasnic (1977–1981), Dr. Lindi Kálnoky (1982–1983), Emmy Göber (1983–1986), Grete Pirchegger (1986–1997) und Herta Wimpler (seit 22.1.2002).
- 6 1927 wurde erstmals eine Frau Präsidentin des Bundesrates. Es war dies die steirische christlich-soziale Abgeordnete Olga Rudell-Zeynek. Sie übte diese Funktion 1932 ein zweites Mal aus. Siehe [www.parlament.gv.at](http://www.parlament.gv.at).
- 7 Vgl. dazu Heidemarie DAWARI-DEHKORDI: Die Österreichische Frauenbewegung von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Sowi. Diplomarbeit, Linz 1982.
- 8 Steirische Landesleiterinnen waren Frieda Mikola (1945–1958), Dr. Elvira Keifl (1958–1964), Edda Egger (1964–1975), Wilma Moser (1975–1977), Waltraud Klasnic (1977–1991), seit 1991 übt Walburga Beutl diese Funktion aus. Als Landessekretärinnen waren Hildegard Redinger (1945–1972) und Ingeborg Pavlicek (1972–1992) tätig, seit 1992 ist Martha Franz Landessekretärin.
- 9 Vgl. Politicum, Nr. 66, Mai 1995: Standort Steiermark. Entwicklungen und Perspektiven. Zukunft in weißgrün. Ein „Sonderpoliticum“ anlässlich 50 Jahre Steirische Volkspartei, 132.
- 10 HAIDER, Frauenbewegung, 294.
- 11 Siehe Edda EGGER: Verein Frauenheim der Österreichischen Frauenbewegung. In: steirische berichte, H. 5/6, 1972 („der alte mensch“), 36. Zu Edda Egger vgl. die sehr persönlichen Porträts in: Politicum, Nr. 83, Mai 1999: Steirische Portraits, 82-87.
- 12 Edda EGGER: Katastrophenhilfe Österreichischer Frauen. In: steirische berichte, H. 5/6, 1972, („der alte mensch“), 36. In der Steiermark wurde 2003 in 378 Notfällen mit einer Gesamtsumme von € 84.350,11 geholfen (Daten entnommen aus: Tätigkeitsbericht, [www.koef.at](http://www.koef.at), abgerufen am 10. November 2004).
- 13 Die derzeitige Bundesleiterin der Katastrophenhilfe Österreichischer Frauen ist Landeshauptmann Waltraud Klasnic.
- 14 Ridi STEIBL: Referat Frau – Familie – Gesellschaft. In: steirische berichte 5/1994 („Familie heute“), 14f. Siehe auch <http://www.verwaltung.steiermark.at> – Referat 6 A.
- 15 Waltraud KLASNIC: [www.frauen-leben.at](http://www.frauen-leben.at), abgerufen am 10. November 2004.
- 16 Für die Zusammenstellung danke ich Herrn Hofrat Dr. Ernst Burger sowie Herrn DI Martin Mayer von der Fachabteilung 1 C, Landesstatistik, der Steiermärkischen Landesregierung.
- 17 Quelle: Stenographische Protokolle des Steiermärkischen Landtages. Zusammengestellt von Mag. Isabella Poier.
- 18 Quelle: Zusammengestellt nach Gerhart WIELINGER: Landtag und Landesverwaltung. In: Joseph F. DESPUT (Hg.): Vom Bundesland zur europäischen Region. Die Steiermark von 1945 bis heute (= Geschichte der Steiermark. Bd. 10), Graz 2004, 161–208.
- 19 Quelle: Stenographische Protokolle des Steiermärkischen Landtages. Zusammengestellt von Mag. Isabella Poier.
- 20 Quelle: Homepage des Parlaments ([www.parlament.gv.at](http://www.parlament.gv.at)), zusammengestellt von Mag. Isabella Poier. In die Statistik wurden sämtliche Abgeordnete – unabhängig von einem späteren Einstieg bzw. früheren Ausstieg während der Legislaturperiode – aufgenommen.
- 21 Quelle: Siehe FN 20.
- 22 Bis 28. April 2004.
- 23 Quelle: Homepage des Parlaments ([www.parlament.gv.at](http://www.parlament.gv.at)), zusammengestellt von Mag. Isabella Poier.

Der Mensch, der kein Parteibuch hat,  
sei's aus Prinzip, sei's aus Gewissensnöten,  
wird nie ein echter Demokrat –  
geschweige denn ein Aufsichtsrat,  
mit Anspruch auf die Diäten.

Alois Hergouth, 1977

Hergouth, der Lyriker und langjährige Mitarbeiter von Prof. Hanns Koren im Grazer Universitätsinstitut für Volkskunde, wusste natürlich auch schon 1977, dass der Wahrheitsgehalt seines Fünfzeilers beträchtlich hinter seinem Unterhaltungswert zurückblieb. Parteibücher haben in der steirischen Politik nie eine besondere Rolle gespielt. Jedenfalls nicht auf der schwarzen Seite. Ich selbst hatte beispielsweise bereits 12 Jahre lang am Karmeliterplatz gewerkt und sowohl beim „Modell Steiermark“ als auch beim „Salzburger Programm“ mitgearbeitet, bis ich 1975 zum ersten Mal gefragt wurde, ob ich Mitglied der ÖVP sei. Zu dieser Zeit saß ich schon im Landtag, sozusagen als eines der ersten Vorwahlprodukte. Ich war kein Mitglied – und es war ohne Bedeutung. So wie mir ist es vielen anderen ergangen, Otto Hofmann-Wellenhof beispielsweise oder Kurt Jungwirth, Ruth Feldgrill, Helmut Strobl, Gerhard Hirschmann, Lindy Kalnoky, Candidus Cortolezis und Ludwig Kapfer, um nur einige zu nennen.

Natürlich hat auch die Steirische Volkspartei Mitglieder geworben. Mit Parteibuch und allem Drum und Dran. Besonders kräftig in den ersten 25 Jahren nach 1945. So verkündete Franz Wegart im Dezember 1948 als Landespartei sekretär in der „Information“, dem „Kampf- (!) und Nachrichtenblatt“ der VP-Landespartei ganz stolz, dass bereits 91.000 Mitglieder zur Steirischen ÖVP gefunden hätten. Das waren damals 35 % ihrer Wähler. Zwischen 1960 und 1975 ist diese Mitgliederdichte auch in der grünen Mark auf über 50 % angewachsen; aus vielen Gründen.

So war die Partei in diesen Jahren der „Big Spender“ für kleine Leute. Sie erhielten von ihr Arbeit und Wohnungen, Kindergartenplätze und nötigenfalls sogar Spitalsbetten. Als Erwin Zankel und ich 1963 als „Dr. Rainers Kindergarten“ am Karmeliterplatz 6 landeten, fiel mir schon am ersten Tag das „Rechts- und Interventionsreferat“ des Dr. Filipitsch auf. Dort war besonders viel los. Er hat täglich für eine große Zahl kleiner Bürger „Partei ergriffen“ – d. h. ihnen geholfen, so gut es ging. Bei allen Dingen des täglichen Lebens – in direkter Nachfolge der „Sozialausschüsse“, die 1945 für die dringendsten Bedürfnisse der Steirer eingerichtet wurden, aber geistig wohl auch in traditionsreicher Nachahmung des huld- und gnadenreichen fürstlichen Hofstaats früherer Zeiten.

Nicht zuletzt deshalb begann sich aber schon bald Widerstand zu regen. Zunächst bei den Bürgen ohne Parteibuch – aber vor allem bei den Medien. „Parteienverdrossenheit“ machte sich breit bzw. wurde breit gemacht und Wahlabstinenz, vor allem aber setzte ab 1985 ein rasanter Zulauf zu Dr. Haider ein.

Gleichzeitig wurde es immer schwieriger, Arbeit oder auch nur Kindergartenplätze zu vermitteln. Beides wurde knapp. Zudem übernahm der ganz normale Wohnungsmarkt die Aufgaben der Parteien und ihrer Wohnbaugenossenschaften und wenn man schon für ein Bett im Spital intervenierte, dann gleich im Büro des zuständigen Landesrats – oder doch zumindest bei einem Landtagsabgeordneten. Parteien waren out.

Sie haben aber auch selbst positiv reagiert. Zunächst einmal wurde die Mitgliederwerbung deutlich gebremst; heute liegt die Mitgliederdichte der Steirischen ÖVP unter 30 %. Gleichzeitig hat man die defizitäre Parteizeitung eingestellt, das Krainer-Haus als parteiinternes Schulungszentrum verkauft und die Anzahl der Parteiangestellten auf 65 reduziert („Lean Management“).

Insgesamt war das ein nachhaltiger Paradigmenwechsel: Von einer Partei der vorrepublikanischen Beglückung von oben und innerparteilichen Nabelschau hin zum Dienst am Bürger und Wähler. Galten Parteilokale in den 60er und 70er Jahren noch primär als Sozialräume, Debattierklubs und Reiseplaner für Funktionäre, Angestellte und Parteimitglieder, so wurden sie nunmehr auf den Bürger und Wähler umgestellt. Er sollte dort Rat und Hilfe in allen Lebenslagen erhalten und die Möglichkeit, bei wichtigen politischen Programmen mitzureden. Die Politik sollte mit dem Bürger gemacht werden, nicht nur für ihn.

Dieses neue Service war aber auch notwendig geworden, weil die Zahl der verlässlichen Stammwähler rapide absank: Von 75 % im Jahr 1970 auf 25 % im Jahr 2002. Gleichzeitig kletterte der Anteil der Wechselwähler von 7 % auf 25 %. Bei den letzten Gemeinderatswahlen in Graz 2003 wählten überhaupt schon 40 % eine andere Partei als noch 5 Jahre zuvor.

Das alles sind deutliche Anzeichen einer österreichischen Normalisierung. Dazu gehört nicht zuletzt auch die Zunahme bei der „Partei der Nichtwähler“. Von 7,1 % im Jahr 1975 auf 20 % im Jahr 2002. Denn auch Nichtwählen ist ein demokratisches Bürgerrecht.

Derart weitgehende Veränderungen im organisatorisch-strukturellen Aufbau bleiben natürlich nicht ohne Auswirkung auf die restlichen Funktionen einer Partei. Klaus Poier nennt sie, frei nach Hiltrud Nassmacher, die „Bündelung heterogener Bedürfnisse und Interessen der Bevölkerung“, die Umsetzung dieser Bedürfnisse und Interessen in Parteiprogramme und deren Einbeziehung in den aktuellen politischen Prozess.

Nicht erwähnt werden dabei die so genannten Grundsatzprogramme. Tatsächlich gibt es hier eine jahrzehntelange Arbeitsteilung zwischen der Bundespartei und ihren Landesorganisationen. Grundsatzprogramme wie z. B. das Linzer Programm der Sozial-



demokratie oder das nicht minder berühmte „Salzburger Programm“ der ÖVP werden im Bund gemacht; die Landesparteien formulieren Aktionsprogramme, die sich – mehr oder weniger – im Rahmen der Grundsätze bewegen.

Das stimmt freilich nicht immer und nicht überall. So hat z. B. die Steirische VP in den ersten 10 Jahren nach ihrer Gründung den „gemäßigten Linkskurs“ (Norbert Leser) der Bundes-ÖVP nicht mitgemacht. Diese begrüßte beispielsweise den überraschenden Wahlsieg der englischen Labour Party im Jahr 1945 ausdrücklich als einen Sieg der „Schwesterpartei“. Und der mittlerweile längst vergessene Alfred Missong forderte in den von ihm verfassten „programmatischen Leitsätzen“ der ÖVP 1945 ausdrücklich die „Lenkung der Wirtschaft“ durch „Körperschaften und Gewerkschaften“. Beides fand in der Steiermark keinen Anklang. Alfons Gorbach, Josef Krainer und Karl Brunner steuerten vielmehr einen ausdrücklichen Versöhnungskurs gegenüber kleinen Nazis. Denn Gorbach, der gemeinsam mit Leopold Figl, Karl Maria Stepan und Franz Olah im KZ Dachau interniert gewesen war, lehnte es nach 1945 ab, den grauenhaften Nazi-Hass mit einem eben solchen der jungen österreichischen Demokratie zu vergelten. Aus tiefer christlicher Überzeugung: Er und seine Freunde wollten Versöhnung und Integration anstelle von neuerlicher Feindschaft und Bürgerkrieg. Schon 1947 wurde daher in der Steiermark ganz offiziell ein NS-Amnestieausschuss ins Leben gerufen. Die Zusammenführung ehemaliger Gegner und die Integration gegensätzlicher, vormals sogar unversöhnlicher Meinungen stand damit bereits an der Wiege der Volkspartei.

Als sich am 18. Mai 1945 im Haus der Kreuzschwestern in der Grazer Kreuzgasse rund 60 Persönlichkeiten „zwecks Eröffnung der Volkspartei“ trafen, waren die äußerlichen Gegensätze mit Händen zu greifen. Funktionäre der Christlich-Sozialen Partei und der Vaterländischen Front, aber auch des Schober- und Nationalen Wirtschaftsblocks und des Landbunds trafen dort auf „Heimkehrer“, Widerstandskämpfer und langjährige KZ-Insassen. Sie alle legten ein gemeinsames Bekenntnis zu Österreich, zur Steiermark und zur Demokratie ab. Sie alle wollten mit den Gräueln des österreichischen Bürgerkriegs, der Naziannexion und des darauf folgenden Weltgewitters nichts mehr zu tun haben. Und sie alle wollten aus den Fehlern der Ersten Republik und der Naziherrschaft lernen. Das war tatsächlich das Programm einer künftigen Integrationspartei.

Aber auch später klappten immer wieder Gegensätze zwischen den abstrakten Grundsätzen der Bundespartei und der konkreten Politik in den Ländern. Während beispielsweise das „Salzburger Programm“ ein deutliches Bekenntnis zur Marktwirtschaft und zum „freien Wettbewerb“ ablegt, hat die Steiermärkische Landesregierung zwischen 1972 und 1986 unter VP-Führung in sozialistischer Manier Milliarden-Subventionen in die verstaatlichte Industrie des Landes gepumpt und damit veraltete Strukturen verfestigt, die beispielsweise jede neue Betriebsansiedlung in der Mur-Mürz-Furche unmöglich gemacht haben. Erst Josef Krainer, Waltraud Klasnic und vor allem Herbert Paiarl haben dieser

Politik mit der Errichtung eines Automobil-Clusters ein Ende gesetzt. Allerdings nach dem Desaster der Verstaatlichten im Jahre 1986.

Umgekehrt verharnte die Bundes-ÖVP bis vor kurzem mit einer erstaunlichen Starrheit in ihrer ideologischen Ablehnung von Gesamtschulen, wiewohl in der Steiermark bereits längst Formen dieser Gesamtschule eingeführt wurden – einfach um den realen Bedürfnissen der Schüler und Eltern entgegenzukommen.

Die Steiermark war auch das erste Bundesland, das ein Langzeit-Sachprogramm entwickelt hat, das bekannte „Modell Steiermark“. Mentor und jahrelanger politischer Betreiber dieses Modells war Dr. Josef Krainer, wichtige Geschäftsführer Karl Maitz und Gerhard Hirschmann. Es existiert in drei Auflagen: für die 70er, die 80er und die 90er Jahre. Nie zuvor und niemals danach ist in Österreich ein ähnliches Unternehmen gestartet worden. Nämlich landesweit und auf einer praktikablen und verständlichen „mittleren Abstraktionshöhe“. Sozusagen in der Belle Etage – über dem Souterrain der herkömmlichen Aktions- und Wahlprogramme, aber unterhalb der abstrakten und daher nicht selten blassen und missverständlichen Grundsätze in den obersten Geschossen. So nach dem unverbindlichen Schema „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“.

Über 20 Jahre, von 1972 bis 1995, hat dieses „Modell Steiermark“ die Politik des Landes nachhaltig beeinflusst. Als Weg und als Zielorientierung.

Hunderte Wissenschaftler, Intellektuelle, Künstler, Architekten und andere Freischaffende, aber auch Beamte, Bauern und Wirtschaftstreibende haben sich immer wieder an den Arbeiten zum Modell Steiermark beteiligt. Für viele war schon der Weg das Ziel: teilzunehmen an einem intellektuellen Aufbruch, in engen Kontakt zu treten mit Politikern und den Dialog zwischen Theorie und Praxis zu führen.

Ich selbst wiederum habe durch meine Formulierungsrolle beim ersten „Modell Steiermark“ gemeinsam mit Alfons Tropper, aber vor allem in den Bildungs- und Gesundheitskapiteln der drei Modelle, mein Rüstzeug für die konkrete Politik im Landtag bei der Ausgliederung und im Aufsichtsrat der Krankenanstaltengesellschaft wie auch im Landeschulrat erhalten. Vieles, was ich bei der Modellarbeit gelernt habe, konnte in der Praxis erprobt werden. Einiges ist sogar erhalten geblieben.

So wie mir ist es zahlreichen anderen in der Steirischen Volkspartei ergangen. Auch in weitaus einflussreicheren Funktionen: Ruth Feldgrill beispielsweise als Ministerin und Vizebürgermeisterin, den meisten VP-Mitgliedern der Steirischen Landesregierung und im Grazer Stadtsenat und der Führung von Franz Hasiba, aber auch vielen Abgeordneten und Bürgermeistern. Wir alle haben „lebenslang“ von der intensiven Beschäftigung mit speziellen Problemkreisen gezehrt. Sachlich und strategisch. Die „echten“ Bedürfnisse und die „wirklichen“ Interessen der Menschen herauszufinden, sie in Programme umzusetzen, Lösungen zu entwickeln; die richtigen Kombattanten zu entdecken, eine öffentliche Darstellung der Probleme und Lösungen zu entwickeln, die Bürger und Medien gewinnen kann – das alles fällt einem nicht in den Schoß, sondern

muss in langjähriger, mühsamer Kleinarbeit gelernt werden. Mit allen Rückschlägen und Misserfolgen.

Und dennoch glaube ich nicht, dass sich dieser intensive Programmprozess in derselben Art jemals noch wiederholen lässt. Aus mehreren Gründen.

Zum einem war der damalige starke Wunsch nach einer funktionierenden Verbindung zwischen Wissenschaft und Politik ein einmaliger „Nachholprozess“, der eng mit den Zielen der 68er-Bewegung verknüpft gewesen ist. Von den „think tanks“ des Präsidenten Kennedy bis zur Aktion 20 von Bundeskanzler Klaus spannte sich weltweit der Wunsch nach „Verwissenschaftlichung“ einer bis dato reinen „G´spür-Politik“. Diese notwendige Verwissenschaftlichung der politischen Arbeit wird in der Sache bleiben – sie wird allerdings andere Formen annehmen. Denn auch hier wirkt sich der erwähnte Paradigmenwechsel aus: Die Initiative zur programmatischen Arbeit und zum Problemlösen wird mit Sicherheit von den herkömmlichen Parteien zu den Klubs und Fraktionen abwandern. Dieser Prozess ist bereits im Gange. Sowohl zu kurz- wie zu langfristigen programmatischen Überlegungen melden sich heute im Bund und in den Ländern weit häufiger die Klubobmänner zu Wort als die Parteigeschäftsführer. Letztere sehen es eher als ihre Aufgabe an, großen Diskussionsrunden eine Heimstätte zu bieten und technische wie auch logistische Aufgaben zu erledigen.

Hinzu kommt die wachsende Bedeutung der Zivilgesellschaft. Auch sie wird in Österreich politische Initiativen übernehmen. Anderswo ist das längst schon der Fall. In den Vereinigten Staaten beispielsweise sind es seit vielen Jahrzehnten angesehene Wissenschaftler und Publizisten, die mit ihren Büchern und Publikationen politische Diskussionsprozesse in Gang setzen. Denken wir an Benjamin Barber, Samuel Huntington, Francis Fukuyama, Noam Chomsky, Paul Kennedy, Jermy Rifkin, Robert Putnam, oder Emmanuel Todd. Dasselbe gilt für Frankreich (Andre Glucksmann, Pierre Manent, Youssef Courbage, Jean-Claude Chesnais, Alain Touraine, J. P. Sardon) und auch schon für Deutschland (Ulrich Beck, Niklas Luhmann, Jürgen Habermas, Josef Stiglitz, Sefan Hradil, Dietrich Schwanitz).

Hierzulande sind politisch-wissenschaftliche Vorschläge von Intellektuellen und Publizisten noch rar. Vor allem in Buchform. Eher gibt es vereinzelte Zurufe an die Adresse der Politik oder es wird überhaupt noch auf Äußerungen von „oben“ gewartet, die man dann genüsslich zerpfückt.

Aber auch das wird sich ändern. Schon deshalb, weil programmatische Initiativen, die nicht von einer politischen Partei kommen, ein höheres Ansehen genießen, zumindest aber den Ruf einer größeren Objektivität. Klubs und subsidiär auch die Parteien werden demnach künftig zwischen verschiedenen Alternativen wählen und eklektisch vorgehen können. Auch mit Ideen und Entwürfen, die europa- und weltweit erörtert werden. An die Stelle der herkömmlichen Programmarbeit werden die kurz- und längerfristige Problem- arbeit sowie der politische Diskurs um Lösungen treten. Alles das auf eben jener verständ-

lichen und ansprechenden mittleren Abstraktionshöhe, auf der sich auch das „Modell Steiermark“ befunden hat.

Grundsatzprogramme werden in absehbarer Zeit hingegen obsolet sein. Einmal, weil an die Stelle der überkommenen absoluten Parteiideologien zunehmend spezielle, anlassbezogene Wertediskussionen treten: so z. B. zum Problem des Klonens oder der genetischen Behandlung von Lebensmitteln; zum Verhältnis zwischen Bund und Ländern, zu unseren Beziehungen zu den USA, zum Fundamentalismus usw.

Zweitens hat man längst erkannt, dass politische Persönlichkeiten die eigentlichen Programme sind. Entscheidend für die Entwicklung eines Landes sind weniger viele hundert Seiten geduldigen Papiers, sondern die Haltungen, Einstellungen und Problemzugänge der führenden politischen Persönlichkeiten. Ihre Bereitschaft zur Integration und zur Empathie, also zum Sichhineinversetzen in den jeweils anderen: Was kann man ihm zumuten, wo liegen die Grenzen? Ganz besonders wird es auch auf die Einstellung dieser Führungspersonalitäten zum Einzelnen und zum Staat ankommen, zur Tradition und zur Erneuerung, zur Vielfalt und zum Pluralismus, zur Internationalität, zur Religion und zu Kultur und Bildung. Entscheidend ist schließlich ihr politischer Wille zur Gestaltung und Veränderung.

Das gilt natürlich auch schon heute. So meinte Hanns Koren zum 40. Geburtstag der Steirischen Volkspartei, dass ihre Geschichte letztlich eine Geschichte in „Menschenbildern“ sei, nämlich jener Persönlichkeiten, die 40 Jahre hindurch tatsächlich die steirische Politik bestimmt haben. Sie sind es, die sich im Gedächtnis einprägen, nicht die vielen papierernen Grundsätze.

Schließlich können wir damit rechnen, dass die Bürger und Wähler der Zukunft immer häufiger selbst „Partei ergreifen“, wenn es um die Politik vor der Haustür geht, also um Fragen, die den Einzelnen, seine Familie und die Nachbarschaft treffen. Selbstständigkeit, Unabhängigkeit und Selbstbewusstsein werden zunehmen, auch der Mut, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen.

Andererseits werden die Bürger bei den großen Fragen des Landes, der Nation, Europas und der Welt zu jener Partei und ihren führenden Persönlichkeiten „greifen“, die die Zeichen der Zeit erkannt und verstanden haben. Das ist 60 Jahre lange hindurch in diesem Land die Steirische Volkspartei gewesen. Sie wird es vermutlich weiterhin sein, wenn ihre Proponenten offen, auf Vielfalt bedacht und erneuerungsbereit bleiben. Und wenn sie vor allem die wichtigste Funktion einer Partei wahrnehmen: den Nachwuchs zu pflegen, um stets die besten Köpfe für die politische Führung im Land zu finden.

Wo kämen wir hin, wenn alle sagten:  
„Wo kämen wir hin“ und niemand ginge,  
um einmal zu schauen wohin man käme,  
wenn man ginge. (Kurt Marti)

Nach der Jahrtausendwende ist das Wort „Reformen“ in aller Munde. Stehen wir an der Wende zu etwas völlig Neuem? Neu ist in jedem Falle die Rasanz, in der sich die Notwendigkeit offenbart, Altes, überholte Muster und Strukturen in vielen Bereichen im öffentlichen wie auch im privaten Leben über Bord zu werfen. Wie geht man mit dem Neuen um in einer Partei, deren Mitglieder oftmals mit dem Titel „Die Konservativen“, die Bewahrenden, bezeichnet werden? Auch vor dem Selbstbild und der Struktur der Steirischen Volkspartei macht das neue Denken nicht Halt, es verlangt auch hier eine Orientierung, sei es eine Neuorientierung, eine Veränderung von Strukturen oder auch die wichtige Bewahrung von als wertvoll Erkanntem.

## I. Der Wille zur Veränderung

---

Das Jahr des Jubiläums fällt mit dem Wahljahr in der Steiermark zusammen. Vorausgegangen sind diesem Jahr zum Teil heftige Diskussionen über den politischen Stil, die Formen der politischen Auseinandersetzung, gerade – aber nicht nur – wenn es um Wahlen geht. Die zumindest unansehnliche Negativ-Kampagnisierung hochrangiger VertreterInnen der Steirischen Volkspartei im vergangenen Jahr, die jedoch vom politischen Mitbewerber augenscheinlich bis zu den Wahlen weitergeführt wird, zwingt zu einer Thematisierung der Stilfrage. Ist es lauter, wenn die Honoratioren anderer Parteien unter der Flagge des „Miteinander“, das Waltraud Klasnic in ihrem politischen Wirken ins Leben gerufen hat, gerade die Kooperation aufkündigen und sich in wahltaktischem Populismus versteigen? Die neue Sachlichkeit in der Politik hat sich noch nicht herumgesprochen. Die Steirische Volkspartei hat heuer und auch in der Vergangenheit bewiesen, dass sie zum Dialog fähig ist. Sowohl gegenüber dem Bund als auch innerhalb des eigenen Landes. Das zeichnet sie aus. Wenn auch manchmal der Dialog der widerstreitenden Meinungen nicht spannungsfrei verläuft, dann steht jedoch im Anfang und im Ende der Wille zu einer positiven Veränderung. Wir sind eben nicht die Starrköpfe, die auf ihrem Rechthaben beharren und jeden anderen vorzeitig vom Spielfeld schicken. Diese Offenheit und Toleranz gilt es innerhalb der Volkspartei zu bewahren, mögen andere sich auch versprechen, daraus Nutzen zu schlagen.

## II. Die unsichtbare Grenze aufheben

---

Unsichtbar ist die Grenze, die es zwischen Mitgliedern und Funktionären, Sympathisanten und Nichtsympathisanten, Wählern und Nichtwählern gibt. Gibt es sie überhaupt? Woraus ist sie entstanden? Was folgt aus ihr?

Immer lauter wird der Ruf in Richtung Politik, dass es mit Privilegien und scheinbarer Abgehobenheit der Politiker ein Ende haben muss. Das Ansehen von Politikern ist auf einen Tiefpunkt gesunken (wobei ein Blick in die Geschichte verrät, dass es um das Ansehen der politischen Kaste nie besonders gut bestellt war). Dabei fragt längst keiner mehr nach, ob Vorwürfe stimmen. Es ist mittlerweile „in“, dass Politiker „out“ sind. Die Gründe für dieses „Outsein“ sind in der unsichtbaren, aber spürbaren Grenze zwischen Politikern und BürgerInnen zu suchen.

Meine These ist, dass es in diesem Konflikt um Privilegien nur um ein und dasselbe Privileg auf mehreren Nebenschauplätzen geht, nämlich das „Beteiligtsein“ an alle BürgerInnen betreffenden – also politischen – Entscheidungen. Das Bedürfnis der BürgerInnen heute ist ein anderes als noch vor Jahren. Ging es früher um das Bedürfnis, informiert zu werden, oder später darum, an fundamentalen Entscheidungen über Volksbefragungen involviert zu sein, dann sind wir heute an einem Punkt angelangt, wo das Mitwirken am politischen Prozess im Vordergrund steht. Nicht mehr nur gefragt werden, ob eine Entscheidung in Ordnung ist, sondern diese selbst mitgestalten ist die Anforderung heutiger Tage. Wie kann man so eine Form der gemeinsamen politischen Prozesse in die Tat umsetzen?

### a) Bürgerpartizipation

Wir haben uns im Zuge der österreichweiten Diskussion des Themas Schule und Bildung ab dem Sommer 2003 darum bemüht, diese Bürgerpartizipation umzusetzen. Die Steirische Volkspartei geht damit einen neuen Weg der Bürgerpartizipation.

Im Rahmen der Diskussion um Inhalte und Anforderungen einer grundlegenden Reform des österreichischen Schulsystems wurden von der Steirischen Volkspartei in Zusammenarbeit mit dem Forschungsinstitut für angewandte Sozialforschung „x-sample“ qualitative und quantitative Methoden der empirischen Sozialforschung angewendet und miteinander in einem Modell der Bürgerpartizipation an politischen Entscheidungsprozessen kombiniert. Die Anwendung dieser Erhebungsmethoden erfolgte im Rahmen der steiermarkweiten Projektreihe der „Vor Ort am Wort“-Stammtische. An den Stammtischen, von denen zwischen August und Oktober 2003 zum Thema „Schulreform – Schule neu denken“ sechs abgehalten wurden, hatten Lehrer, Eltern und Schüler (ca. 150 Personen) die Gelegenheit, ihre Vorschläge und Anregungen für die Schulreform in die Diskussion einzubringen. Nach dieser ersten qualitativen Erhebung

von Themenfeldern und Problembereichen folgten die Schritte zur inhaltlichen Auswertung, Bündelung, quantitativen Absicherung und inhaltlichen Weiterentwicklung. Im Einzelnen sahen die Arbeitsschritte des Bürgerpartizipationsmodells<sup>1</sup> folgendermaßen aus:

1. Fokusgruppen (= „Vor Ort am Wort“-Stammtische)<sup>2</sup>, bestehend aus den von einer Schulreform betroffenen Lehrern, Schülern und Eltern sowie Vertretern der Schuladministration und aus schulnahen Bereichen. Moderierte Gruppendiskussion mit Diskussionsprotokoll. (qualitativ empirisch)
2. Auswertung und Analyse der Ergebnisse durch das Forschungsinstitut „x-sample“
3. Zusammenführung der Analyse in Form einer Forderungszusammenstellung durch die Steirische Volkspartei
4. Möglichkeit der Kommentierung der durch das Forschungsinstitut gewichteten Kernthemen durch Beteiligte an den Fokusgruppen
5. Repräsentative Umfrage über Inhalte der Forderungszusammenstellung (quantitativ empirisch)
6. Expertenbefragung zu ermittelten Kernthemen (qualitativ empirisch)
7. Zusammenführung von Kernthemen und Expertenaussagen zu einem Modell im Erstentwurf (z.B. Die steirische Tagesschule)
8. Detailarbeit unter Einbeziehung eines möglichst großen Personenkreises zur Erarbeitung eines zur Umsetzung reifen Modells

Die Ergebnisse der oben genannten Schuldiskussion wurden zum einen in die bundesweite Diskussion eingebracht, zum anderen wurde am Beispiel der steirischen Tagesschule deutlich, dass auch eine rasche Umsetzung möglich ist, wenn Partei und Regierungsteam Hand in Hand arbeiten. Unter Federführung von Landesrätin Kristina Edlinger-Ploder wurden bereits 20 Tagesschulen in der Steiermark realisiert.

## b) E-Parlament

Die neue Zeit verlangt nicht nur neue Wege, sie bietet auch welche an. Um einen direkten Draht zu BürgerInnen zu haben, ist das Internet geradezu ideal. Im Frühjahr 2005 startet der Pilotversuch der Steirischen Volkspartei, BürgerInnen über ein elektronisches Parlament im Internet regelmäßig zu politischen Diskussionen zu Wort kommen zu lassen. Gemeinsam mit Kooperationspartnern aus der Wirtschaft wollen wir eine Plattform aufbauen, die mit einem toten E-Mail-Briefkasten oder einem Chat-Room nichts mehr gemein hat. In moderierten Diskussionen sollen BürgerInnen die Chance bekommen, ihre Meinung nicht nur zu deponieren, sondern sie auch mit anderen zu diskutieren. Am Ende einer solchen E-Parlamentsdebatte steht natürlich die Abstimmung in Form eines E-Votings. Gerade für junge Menschen zwischen 16 und 20 Jahren wird die Steirische Volkspartei im Jahre 2005 neben dem E-Parlament auch eine „Junge Nacht der Politik“ anbieten, in die das E-Parlament selbstverständlich inkludiert ist.

### III. Vor Ort am Wort

---

Beim Thema Bürgerpartizipation sind wir an einem zentralen Punkt in den Überlegungen zur Ausrichtung einer modernen Partei angelangt. Wie schafft es eine Parteiorganisation, sich zum Motor der Eigeninitiative über Partei- und sonstige Grenzen hinweg zu machen, und BürgerInnen die Möglichkeit zu geben, selbst zu entscheiden, selbst mit möglichst großer Unterstützung aktiv zu werden?

Wie das oben genannte Beispiel der Bildungsdiskussion gezeigt hat, kann es gelingen, BürgerInnen in die politische Entscheidungsfindung mit hineinzunehmen.

Dieses Bestreben wurde von der Steirischen Volkspartei ab dem Jahr 2001 bereits auch auf die Ebene der Ortsgruppen der Partei verlagert. Die gesamte Projektreihe „Vor Ort am Wort“ steht unter dieser Prämisse. Als Initialzündung der Projektreihe wurden ab 2001 die Ortsgruppen eingeladen, mit professioneller Moderation Gruppen zu bilden und sich Gedanken über die wichtigsten Anliegen und Vorhaben des Ortes, der Gemeinde zu machen. Bedingung war, dass diese Gruppen heterogen zusammengesetzt sein mussten, d.h., es gab Vorgaben, BürgerInnen in einer bestimmten Quote einzubinden, die nicht in einer Funktion in der Steirischen Volkspartei tätig sind, und eine repräsentative Vertretung der Gemeindebewohner herzustellen. Aus diesen „Vor Ort am Wort“-Veranstaltungen in den Gemeinden sind unzählige Ideen hervorgegangen.<sup>3</sup> Jede dieser Ideen wurde von den Ortsgruppen auf ihre Umsetzbarkeit hin gesichtet. Nun begann ein Prozess in den Gemeinden, der nicht immer zu einem konkreten Ziel führte, in 147 Fällen jedoch war es möglich, die Ideen der Gemeindebewohner mit tatkräftiger Unterstützung von Sponsoren und Vertretern der Landesregierung der Steirischen Volkspartei und nicht zuletzt mit einem immensen Maß an Eigeninitiative zu realisieren. In der Publikation „Vor Ort am Wort“-Projekte, erschienen im Jänner 2005, sind alle diese umgesetzten Projektideen auf Initiative der Steirischen Volkspartei nachzulesen.

Mit dieser Initiative hat die Arbeit der Volkspartei in der Steiermark eine neue Dimension bekommen. Es geht auch in der Zukunft darum, die Energie und die Ideen der Basis zu fördern, zu unterstützen und den Ideen eine Plattform zu bieten. Dies ist umso mehr in einer Zeit mit einem Mangel an finanziellen Ressourcen gefragt. Die Zeit der Wunderwuzzi-Politik ist endgültig Geschichte, in der der Wunsch genügt und die Politik umsetzte.

### IV. Das Josef-Krainer-Haus und das Haus K6

---

Ganz im Sinne der oben ausgeführten Erkenntnis war es an der Zeit, dass die zentrale Bildungsstätte der Steirischen Volkspartei, das Josef-Krainer-Haus, umstrukturiert wurde. Im Jahre 2000 fiel die Entscheidung, statt eines zentralen Bildungshauses die Bildungsarbeit zu dezentralisieren, in die Orte und Gemeinden hinauszutragen und Teile des



Josef-Krainer-Hauses in die renovierte und neu organisierte Parteizentrale am Karmeliterplatz (K6) überzuführen. In der Parteizentrale wurden zur Steigerung der Schlagkraft und Effektivität Arbeitsbereiche mit hoher gegenseitiger Verschränkung eingerichtet, die den Zweck erfüllen, sich aus der starren, veralteten Hierarchie zu lösen und hoch flexibel den wechselnden Anforderungen der Parteiarbeit gerecht zu werden.

Das war auch der Startschuss für „Vor Ort am Wort“, eine zeitgemäße und angefragte politische Bildungsarbeit in den Orten und Gemeinden der Steiermark. Bisher wurde im Josef-Krainer-Haus auch die Programmarbeit der Steirischen Volkspartei in Angriff genommen. Nunmehr gehen wir auch da neue Wege. Wir versuchen erstmals auch die Bezirke der Steiermark in großem Umfang in die Erarbeitung unseres „Zukunftsprogramms“ 2005 einzubeziehen. Die programmatische Arbeit, ein wesentliches Fundament der Steirischen Volkspartei, geschieht mit Einladung an die Mitglieder der Steirischen Volkspartei steiermarkweit. Ein zentraler Grundsatz bei der Umstrukturierung des Hauses am Karmeliterplatz war die Herstellung einer transparenten und einladenden Atmosphäre. Im Zuge dessen wurde im Eingangsbereich ein Café eingerichtet, das für jedermann zugänglich ist und in dem Raum für Veranstaltungen aller Art gegeben ist. Für Veranstaltungen und Seminare wurden auch noch weitere Räumlichkeiten im Haus eingerichtet, die mittlerweile lebhaft von verschiedensten Gruppen genutzt werden. Zur neuen Transparenz gehört auch die Möglichkeit zum Blick in die Geschichte der Steirischen Volkspartei. Zu diesem Zweck wurde das Archiv der Steirischen Volkspartei an den Karmeliterplatz übersiedelt und auf den neuesten Stand gebracht.

## V. Politische Symbolsprache

---

Politik lebt zu großen Teilen von der Kleinarbeit hinter den Kulissen, der Erarbeitung von Inhalten, den Terminen, die nicht öffentlich wahrgenommen werden, und den unzähligen Gesprächen, die sich um die Anliegen der Menschen drehen. Politik lebt in der öffentlichen Wahrnehmung aber besonders von Symbolen. Ein Beispiel: Der Autocluster in der Steiermark. Die viele Kleinarbeit, die zur Einrichtung des Automobilclusters hinter den Kulissen geleistet wurde, ist in weiten Teilen nicht sichtbar geworden. Der Autocluster und tausende Arbeitsplätze, die dieser in der Steiermark geschaffen hat, sind jedoch Symbol für die Bemühungen von Waltraud Klasnic und dem Regierungsteam der Steirischen Volkspartei, die Steiermark zu einem Land mit sicheren Arbeitsplätzen zu machen. Hier ließen sich unzählige weitere Beispiele anführen. Waltraud Klasnic hat in der Steiermark einen Meilenstein gesetzt. Sie hat die Nähe zu den Menschen in der Steiermark zu einem Markenzeichen gemacht, das sie täglich lebt. Die Aktion „Unterwegs vor Ort“ ist das Symbol, das anschaulich macht, wofür Waltraud Klasnic und die Steirische Volkspartei stehen. Jeden Monat seit Anfang des Jahres 2004 ist das gesamte Regierungsteam der

Steirischen Volkspartei in einem Bezirk der Steiermark einen Tag lang unterwegs bei den Menschen. Am Abend gibt es offene Gespräche am „Vor Ort am Wort“-Stammtisch mit allen Regierungsmitgliedern, zu denen jeder eingeladen ist, um in diesem Rahmen seine Themen auf den Tisch zu bringen. „Unterwegs vor Ort“ ist ein Symbol für die neue Politik bei den Menschen. Diese Politik kommt ohne herrschaftliches Gehabe aus und bewegt sich auf die Menschen zu, findet zwischen den Menschen im Gespräch statt.

- 
- 1 Die Berichte und Analysen des Forschungsinstituts „x-sample“ und die Materialien der Steirischen Volkspartei zur Schuldiskussion sind verfügbar im Archiv des steirischen Instituts für Politik und Zeitgeschichte, Karmeliterplatz 6, 8010 Graz.
  - 2 Projektreihe politischer Stammtisch der Steirischen Volkspartei
  - 3 [www.vorortamwort.at](http://www.vorortamwort.at) – Link Diskussionen 2002

## Vorbemerkung

---

Die Phasen der wirtschaftlichen Entwicklung der Steiermark in der Zweiten Republik folgen weitgehend dem generellen konjunkturellen Verlauf der österreichischen Volkswirtschaft. Als chronologische Markierungen kann man grob folgende Abschnitte annehmen:

Das Jahrzehnt von 1945 bis 1955 war vom Wiederaufbau, welcher durch kräftige Auslandshilfen (vor allem Marshall-Plan) unterstützt wurde, und durch die unter Mitwirkung der Sozialpartner erreichte Stabilisierung der Wirtschaft gekennzeichnet.

Von 1955 bis 1962 folgte nach Abschluss des Staatsvertrages die Phase des so genannten „Wirtschaftswunders“. Von 1962 bis 1968 wurde die Wirtschaft von einer „Strukturkrise“ erfasst, auf welche von 1968 bis 1973 ein neuerlicher Aufschwung folgte.

Die Jahre von 1973 bis 1986 waren durch die Erdölschocks und durch den so genannten „Austrokeynesianismus“ geprägt.

Ab 1986 bis 1989 wurde bereits die erste Phase der Budgetkonsolidierung und der Deregulierung eingeleitet, welche sich dann in der Folge durch den Beitritt Österreichs zur EU (1995) und durch die zu erfüllenden Konvergenzkriterien weiter verstärkte. Aber auch die zunehmende Globalisierung und die Ostöffnung seit 1989 prägen die jüngste Entwicklung der heimischen Wirtschaft.

## Ausgangslage nach dem Zweiten Weltkrieg

---

Der Zweite Weltkrieg hatte auf die Steiermark verheerende Auswirkungen. Bombentreffer, Zerstörung sowie die Demontagen und sonstigen Plünderungen fügten dem Land ungeheure materielle Verluste zu. Durch den Mangel an Energie und Rohstoffen und durch den Umstand, dass viele Produktionseinrichtungen in den Fabriken und Bergwerken nur noch Torsi waren, konnte das Wirtschaftsleben nur sehr langsam in die Normalität zurückfinden.

Im Gegensatz zu den westlichen Bundesländern waren die Ausgangsbedingungen für den Wiederaufbau in der Steiermark deutlich schlechter. Zur nachteiligen Startposition trug 1945 auch die traditionelle Wirtschaftsstruktur bei, die sich in einer starken Gewichtung des Montan-, Eisen- und Stahlbereiches manifestierte. Die Verstaatlichungsgesetze von 1946 und 1947 betrafen die Steiermark ganz besonders, weil hier – vor allem in der obersteirischen Industriezone – wesentliche Bereiche der österreichischen Grundstoff- bzw. Schwerindustrie angesiedelt waren, welche unter den Begriff des „Deutschen Eigen-

tums“ fielen. Dazu kam noch, dass sich nach dem Zweiten Weltkrieg die Grenzlage für die Steiermark nachteilig auswirkte, weil die Grenzsituation durch die unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Systeme verschärft war. Dies bewirkte, dass vor allem die südöstlichen Grenzregionen der Steiermark in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung gehemmt wurden. Die Wachstumsverzögerung gegenüber dem österreichischen Durchschnitt war sowohl im Pro-Kopf-Einkommen als auch in zahlreichen Wohlstandsindikatoren ablesbar.

### Das so genannte „Wirtschaftswunder“

---

In den fünfziger Jahren wurde der Konsum kräftig ausgeweitet. In einer regelrechten „Ess- und Fresswelle“ kam es zu einer Steigerung im Verbrauch der verschiedensten Konsumgüter. Die österreichische Wirtschaftsentwicklung wies in der Aufschwungphase von 1953 bis 1962 ein Wachstum des realen Inlandsprodukts von 74 %, und damit eine jährliche Wachstumsrate von 6,3 % auf. Hingegen sank die Arbeitslosenrate kontinuierlich; sie hatte 1953 immerhin 8,7 % betragen, schließlich konnte man 1961 mit 2,5 % das erfreulichste Ergebnis seit dem Zweiten Weltkrieg erzielen. Diese sehr positive Entwicklung der ökonomischen Daten schlug sich auch in der Verbesserung der ganz konkreten materiellen Lebensbedingungen nieder.

Die Haushalte wurden mit neuer, arbeitssparender Technologie in Form von elektrischen Haushaltshilfen „aufgerüstet“. In Küchen nach amerikanischer Bauart fanden sich erstmals Mixer und elektrischer Kühlschrank. Aber auch die Staubsauger und die elektrischen Waschmaschinen waren stark im Kommen.

Es sei auch auf den Beginn des Fernsehens hingewiesen. Am 1. August 1955 begann der Österreichische Rundfunk mit seinen Fernsehsendungen.

### Die Strukturkrise ab 1962

---

Mit der Rezession von 1962 wurde in Österreich eine Periode verlangsamten Wirtschaftswachstums eingeleitet. Von der 1962 einsetzenden Strukturkrise war die Steiermark besonders betroffen, weil sich diese in der stark verankerten Grundstoffproduktion und damit in der verstaatlichten Industrie spürbar machte. Während die Grundstoffindustrie in der ersten Nachkriegszeit kräftig expandierte und bis zum Ende der fünfziger Jahre sogar bessere Erträge als die Finalgüterproduktion erzielte, zeigten sich nun Absatzprobleme und Ertragseinbußen. Besonders ab 1965 gab es in der steirischen Industrie ein verlangsamtes Wachstum. Dieser Abschwächungsprozess war wegen der Schwäche der von der Schwerindustrie geprägten Wirtschaftsstruktur sehr deutlich. Der mit Beginn der sechziger Jahre beginnende strukturelle Wandel in Richtung Finalproduktion setzte im

Westen Österreichs bereits früher ein. Lediglich um 1973/74, als es kurzzeitig zu einem Boom der Grundstoffindustrien kam, konnte die Steiermark etwas in der Brutto-Wertschöpfung aufholen. Als dieser Boom jedoch wieder vorbei war, setzte sich die aufgezeigte Tendenz auch noch in den siebziger und achtziger Jahren fort. Ein weiteres Problem war die unterdurchschnittliche steirische Produktivität. Zwischen 1961 und 1968 konnten nur 90,2 % und in den folgenden Jahren nur mehr 88,8 % der gesamtösterreichischen Produktivitätswerte erzielt werden.

Zusammenfassend muss diagnostiziert werden, dass die damalige wirtschaftliche Entwicklung der Steiermark von einer hohen Agrarquote, industriellen Monostrukturen und Grundstofflastigkeit sowie von relativer Rückständigkeit, unterdurchschnittlicher Wachstumsdynamik und geringer Produktivität gekennzeichnet war. Dies erklärt auch die damals erhobene Forderung nach strukturverbessernden Maßnahmen.

### Neuerlicher Aufschwung ab 1968

Für ganz Europa bedeutete das Jahr 1968 mit seinen Studentenrevolten einen merkbaren Einschnitt in der politischen und kulturellen Entwicklung. Doch auch für die wirtschaftsgeschichtliche Entwicklung war 1968 eine Zäsur. Mit diesem Jahr begann ein Konjunkturaufschwung, welcher auch Österreich erfasste. Die Phase von 1968 bis 1974 wurde zu einer der längsten Hochkonjunkturperioden der Zweiten Republik. Es gab damals beachtliche reale Wachstumsraten des Brutto-Inlandsprodukts von durchschnittlich 5,4 %, womit sogar die übrigen OECD-Staaten übertroffen wurden. Damals konnte die Industrie einen bemerkenswerten Beitrag zum Wachstum leisten, die vorangegangene Phase der Strukturkrise scheint zu einer Verbesserung der Angebotsstruktur und zu dynamischen Anpassungsprozessen geführt zu haben.

Für die steirische Wirtschaft gab es damals einen mit der Einführung der elektronischen Datenverarbeitung verbundenen Innovationsschub. Allmählich begann sich der Computer durchzusetzen: 1969 wurden in der Steiermark 28 Computer installiert, die meisten davon standen in Graz. Ab 1972 erfolgt die Computerisierung der Gebietskrankenkasse und der Polizeidirektion. Zur Innovationsfreudigkeit der steirischen Wirtschaft trugen sowohl die Universitäten als auch die privaten Forschungseinrichtungen bei. Das Ende dieser Hochkonjunkturperiode trat mit dem „Ölpreisschock“ des Jahres 1973 ein.

### Erdölschocks und Austrokeynesianismus

Mit der Erdölkrise 1973/74 kam es weltweit zu einem Konjunkturreinbruch, der mit einer drastischen Steigerung der Rohstoff- und Energiepreise verbunden war. In Öster-

reich wurde eine Politik des „Durchtauchens“ eingeschlagen, welche das hohe Beschäftigungsniveau aufrechterhalten sollte; denn die Vollbeschäftigung hatte höchste Priorität. Von der zweiten Ölkrise (1979) war in Österreich besonders die verstaatlichte Industrie, bzw. die Grundstoffindustrie betroffen („Stahlkrise“). Der Staat versuchte durch kräftige Finanzspritzen das Überleben gefährdeter Großbetriebe zu sichern. Dies führte aber auch zur Kritik, die verstaatlichten Betriebe wären ein „Fass ohne Boden“. Es kam zu einigen spektakulären Firmenzusammenbrüchen in der Steiermark wie beispielsweise der Konkurs der Firma Eumig in Fürstenfeld oder die Grazer Papierfabrik Arland, die 1983 den Ausgleich anmeldete. Seitens der Steiermärkischen Landesregierung wurden in diesem Zeitraum die Instrumente der Wirtschaftsförderung ausgebaut. Das seit 1977 bestehende Steiermärkische Mittelstandsförderungsgesetz und das Steiermärkische Industrieförderungsgesetz wurden 1985 novelliert. Mit der Schaffung der Innofinanz – Steiermärkische Forschungs- und Entwicklungsförderungsgesellschaft mbH wurden die Beratung für Jungunternehmer und die Maßnahmen der Technologiepolitik intensiviert.

## Budgetkonsolidierung und Deregulierung

---

Nach den Nationalratswahlen vom 23. November 1986 kam es zur Großen Koalition von SPÖ und ÖVP unter Bundeskanzler Vranitzky. Damit kam es auch zu einer Wende in der österreichischen Wirtschaftspolitik, denn die rapid ansteigende Staatsverschuldung hatte einen Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik notwendig gemacht. Die wirtschaftlichen Probleme der Steiermark dieser Periode sind wie folgt zu charakterisieren:

- In der Steiermark dominierten jene Wirtschaftsbranchen, die auch im österreichischen Durchschnitt wenig zum Wirtschaftswachstum beitrugen.
- In Bezug auf die Bereitschaft zu Produkt- und Prozessinnovationen, in der Neuanmeldung von Patenten, in den Ausgaben für Forschung und Entwicklung und anderen zentralen zukunftsweisenden Indikatoren rangierten die steirischen Werte lange hinter dem gesamtösterreichischen Durchschnitt.
- Die Steiermark wies in den Bruttowertschöpfungen pro Beschäftigten die niedrigste Produktivitätsrate auf.
- Die Steiermark wies bis 1987 die höchste Landesverschuldung pro Kopf der Bevölkerung auf. Der Schuldendienst machte bereits rund 20 % der laufenden Landeseinnahmen aus.
- Der Anteil der Steiermark am Bruttoinlandsprodukt Österreichs sank zwischen 1960 und 1990 deutlich ab, das Wachstum des nominellen Bruttoinlandsproduktes blieb in den siebziger und achtziger Jahren meist unter den gesamtösterreichischen Werten. Erst 1989 gelang es der Steiermark, die durchschnittliche österreichische Wachstumsrate zu überholen.

Die obersteirischen Industrien erlebten in den ersten Jahrzehnten nach 1945 einen Aufschwung, dessen Antriebskräfte im nationalen wie auch im globalen Zusammenhang lagen. Sowohl die durch den Wiederaufbau bedingte Inlandsnachfrage als auch der internationale Engpass an Grundstoffen begünstigten die Eisen- und Stahl produzierenden Betriebe. Die Konjunktur überdeckte lange die problematische Struktur dieser Industriezone. Ab Mitte der sechziger Jahre änderte sich die Situation aufgrund von Abschwächungstendenzen in der internationalen Nachfrage und durch die Konkurrenz der Niedriglohnländer. Als Symbol für die obersteirische Wirtschaft gilt der Erzberg. 1955 lieferte er rund 2,6 Millionen Tonnen Eisenerz und deckte damit rund 93 % der gesamten österreichischen Erzförderung ab. Bis 1960 wurde die Fördermenge noch auf 3,3 Millionen Tonnen gesteigert.

Der geringe Fe-Gehalt der steirischen Erzvorkommen führte in der Folge allerdings zu hohen Förder- und Transportkosten, woraus sich ein ernster Konkurrenzdruck durch die Niedrigpreiseerze aus Übersee ergab. Darauf reagierte man in Eisenerz mit Rationalisierungsschritten und der Mechanisierung der Erzaufbereitung. Doch trotz aller Modernisierungs- und Rationalisierungsanstrengungen können die Konkurrenznachteile, die sich aus der geringen Konzentration und aus der verkehrsgeographischen Lage ergaben, nicht völlig aufgehoben werden. Als der Wiener Wirtschaftsjournalist Horst Knapp die Idee kolportierte, den steirischen Erzberg „einzumotten“, führte dies zu einem Entrüstungsturm. Dabei bedachte man vor allem die regionalen Probleme, denn Ersatzarbeitsplätze fehlten in der abgeschiedenen Region. So zeigte es sich, dass Eisenerz zu jener Problemregion innerhalb der überalterten obersteirischen Industriezone gehörte, wo der Rückgang des industriellen Sektors bereits eine regionale Sklerose auslöste. Zu deren Indikatoren zählen eine hohe Abwanderungsquote und Einbußen in der Nahversorgung der Bevölkerung.

### Die verstaatlichten Betriebe werden neu organisiert

---

Erste Krisen der Stahlbranche, welche die Steiermark besonders trafen, wurden zunächst als Konjunkturrückschlag interpretiert und tatsächlich sollte es mit dem weltweiten Konjunkturaufschwung Anfang der siebziger Jahre zu einer kurzen Besserung kommen. Dieses Zwischenhoch verzögerte die notwendigen strukturpolitischen Eingriffe, weil man nach wie vor den Charakter der Krise unterschätzte.

Durch viele Jahre hatte man im Eisen- und Stahlsektor auf strukturelle Reformen verzichtet, zur Konservierung alter Strukturen wurden Milliarden an Steuergeldern als Erhaltungssubventionen gewährt. Erst als die Betriebe von der Krise so tief erfasst wurden, dass die Weiterführung unfinanzierbar erschien, wurden echte Reorganisationsmaßnah-

men ergriffen. Damit setzte auch die Tendenz ein, die verstaatlichten Betriebe weitgehend aus der politischen Einflussnahme zu entlassen und die betriebswirtschaftliche Logik agieren zu lassen. Innerhalb der verstaatlichten Betriebe kam es zu mehreren Umstrukturierungsversuchen, immer wieder wurden Anläufe zu neuen Strategien entwickelt, wobei in der Unternehmensphilosophie die Grundsätze Konzentration versus Dezentralisation gegeneinander abgewogen wurden. Anfang der siebziger Jahre versuchte man die Eisen- und Stahlindustrie durch Konzentrationen für den Weltmarkt wettbewerbsfähiger zu machen, dies führte zur Gründung der ÖIG und ÖIAG. Im Sinne dieser Tendenz wurden 1973 mit dem Stahl-Reorganisationsgesetz die steirische Alpine und die VÖEST Linz zur VOEST-ALPINE AG zusammengefasst und die Edelstahlfirmen Böhler und Schoeller-Bleckmann wurden zunächst als Tochtergesellschaften zugeordnet. 1975 erfolgte dann die Gründung der „Vereinigten Edelstahlwerke AG“ (VEW), in welche die Edelstahlwerke der Gebrüder Böhler & Co, die Schoeller-Bleckmann-Werke und die Gusstahlwerke AG in Judenburg vereinigt wurden. Allerdings hatte sich international der Wettbewerb dramatisch verändert, denn die weltweiten Überkapazitäten führten zu einem aggressiven Marktverhalten. Dazu kam das Problem der Wettbewerbsverzerrungen, weil es europaweit zu öffentlichen Subventionen in dieser sensiblen Branche gekommen war. Das Fiasko der VOEST im Jahr 1985, das Verluste von über 11 Milliarden Schilling brachte, war der Anstoß zu tief greifenden Organisationsreformen. Diese Politik, welche in der Bildung von größeren Einheiten die Überlebensfähigkeit der Eisen- und Stahlbranche erblickte, wurde bis zur 1990 erfolgten Gründung der Austrian Industries AG weitergeführt. Zum neuen Konzern, der 1989 mit fast 80.000 Arbeitnehmern einen Bruttoumsatz von über 140 Milliarden erreichte, gehörten in der Steiermark auch die Betriebe von Alpine, Böhler, Schoeller-Bleckmann, Austria Draht (Bruck), die Bergbaubetriebe der Graz-Köflacher-Bahn (GKB), die Weizer Elin, das Kinderberger Rohrwerk, VA-Glas in Eisenerz, die Simmering-Graz-Pauker-Werke in Graz, die Steirische Elektronik usw. In der Folge wurden erfolgreiche Anstrengungen unternommen, einzelne Betriebe über die Börse oder als „Management-Buy-Outs“ in die freie Marktwirtschaft zu entlassen.

### Der Markt wird größer: Ostöffnung, Integration und Globalisierung

Das Jahr 1989 markierte in ganz Europa eine Zäsur in der Nachkriegsentwicklung. Die unvermutete Implosion der kommunistischen Systeme Ostmitteleuropas und der Fall des Eisernen Vorhanges veränderten den geopolitischen Standort Österreichs. Die Wiedervereinigung Deutschlands und die Aufhebung der sichtbaren politischen Trennlinien quer durch Europa brachten auch ökonomische Herausforderungen, denn die Volkswirtschaften der ehemaligen Ostblockstaaten begannen sehr schnell, sich in Richtung Marktwirtschaft zu transformieren. Zahlreiche steirische Unternehmen nutzten die Chance, in den



Ländern des ehemaligen Ostblocks Firmen zu gründen und dort arbeitsintensive Veredelungsarbeiten durchführen zu lassen. Aber auch heimische Versicherungen und Banken begannen ihre Geschäftstätigkeit über die Grenzen hinaus auszudehnen. Der mit 1. Mai 2004 vollzogene Beitritt der zehn neuen Mitgliedsstaaten zur Europäischen Union veränderte die wirtschaftspolitische Perspektive der Steiermark grundlegend. Erstmals nach 1945 lag unser Bundesland nicht mehr am Rand Europas, sondern fand sich plötzlich im Herzen des Kontinents wieder. Für die Wirtschaft ergibt sich dadurch die einmalige Situation, dass all diese Märkte mit hohem Nachholbedarf in unmittelbarer geographischer Nähe liegen.

„Der Verzicht auf politische Gestaltung der sozialen Verhältnisse und die Bereitschaft, normative Gesichtspunkte zugunsten der Anpassung an vermeintlich unausweichliche systemische Imperative des Weltmarktes einzubeziehen, beherrschen die öffentlichen Arenen der westlichen Welt. (...) Eine Partei, die sich noch Gestaltungskraft zutraut, muss innerhalb des nationalen Spielraums – des einzigen, in dem sie aktuell handeln kann – auf den europäischen Handlungsspielraum vorausgreifen. Und der muss programmatisch mit der doppelten Zielsetzung erschlossen werden, ein soziales Europa zu schaffen, das sein Gewicht in die kosmopolitische Wagschale wirft.“

Aus der Rede von Jürgen Habermas „Die Einbeziehung des anderen“ am 5. 6. 1998 in Berlin, Willy-Brandt-Haus.

Die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen ändern sich heute rascher denn je und die Menschen brauchen gerade dann, wenn sie mit permanenten Veränderungsprozessen konfrontiert sind, Halt, Stabilität und klare Leitlinien. Die Politik muss im Sinne von Jürgen Habermas gestalten, denn nichts ist gefährlicher als die programmatische Entleerung der Politik, die an der politischen Kraft des Machbaren zweifelt.

Vor 15 Jahren wurde mit dem Fall des Eisernen Vorhanges Europa einig und frei. Mittel- und Osteuropa wachsen wieder zu einer Gemeinschaft zusammen, seit 1. Mai 2004 mit 10 neuen Beitrittsstaaten sogar innerhalb der Europäischen Union. Österreich und die Steiermark rücken von der Peripherie ins Zentrum Europas. Das sind gewaltige Veränderungen, die eine Herausforderung für Politik, Staat und Demokratie sind. In Zeiten des Umbruchs und der Schnelllebigkeit gibt es naturgemäß Irritation und Verunsicherung. Auch außerhalb Europas erleben wir neue Verhältnisse: Es gilt die Antwort zu finden auf postsozialistische Totalitarismen, islamische Fundamentalismen, die tagtäglich über die Fernsehbilder zur Verunsicherung beitragen. Der asiatische Raum ist in einem rasanten Wirtschaftsaufbruch, die Frage der Wettbewerbsfähigkeit Europas bricht immer mehr auf. In solchen Zeiten sind Veränderungsbereitschaft und Veränderungsgeist gefragt, um soziale Standards anzupassen und somit abzusichern. Dies ist die größte Herausforderung für die Politik in der heutigen Zeit.

Die Politik kann und soll den Menschen nicht sagen, wie sie leben sollen. Aber sie muss unter Beweis stellen, dass sie gemeinsam mit den Menschen auf der Suche ist: auf der Suche nach dem Sein und dem Sinn, daseinsbegründende Werte, die allzu oft dem Soll und Haben untergeordnet werden.

In meinen Augen hat Österreich eine nachhaltige reformerische Politik dringend notwendig. Sie ist dann machbar, wenn man Grundsätze hat, die in den Lebensfragen unverrückbar bleiben. Diese Grundsätze sind für mich in der Soziallehre verankert. Sie ist

und bleibt der Fels in der Brandung auch in stürmischen Zeiten, da lasse ich mich nicht beirren oder verunsichern!

Die christliche Soziallehre ist Kern unseres weltanschaulichen Erbes. Sie verkörpert das abendländische Bestreben nach der Balance, nach dem Gleichgewicht, nach der Gelassenheit, nach dem menschlichen Maß. Die christliche Soziallehre steht deshalb auch im Zentrum der abendländischen Wertewelt:

Sie integriert das solidarische, das liberale und das konservative Denken Europas. Das möchte ich ein wenig erläutern.

#### 1. Das solidarische Erbe:

Der Sozialismus als ausformuliertes Programm ist mausetot. Er hat sein Versagen in der Wirklichkeit in den Ländern des realen Sozialismus bewiesen, und er hat seine Hilflosigkeit in den abgeschwächten westlichen Varianten unter Beweis gestellt. Aber es bleibt ein wichtiges Anliegen, das auch die christdemokratische Bewegung immer geteilt hat: das humanitäre Gefühl für die Schwachen, die Entrechteten, die Mitmenschen. Es bleibt die Überzeugung, dass Arbeit Sinnerfüllung ist, so wie es das Wiener Programm des ÖAAB von 1946 schon sagt. Arbeit ist nicht identisch mit irgendwelchen Jobs. Arbeit ist eine Lebensperspektive für junge Menschen. Arbeit ist nicht eine Ware wie andere auch. Arbeit für alle ist die Voraussetzung, dass Menschen miteinander gut auskommen können. Gut zu wissen, dass Österreich in den Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten im Europa der Union nach Luxemburg an 2. Stelle liegt und damit einen absoluten Spitzenplatz einnimmt.

#### 2. Das liberale Erbe:

Es schließt das wirtschaftsliberale Erbe ein, den politischen Liberalismus, die kulturelle Liberalität. Aber auch dabei geht es um Balancen. Eine turbokapitalistische Beliebigkeit, die die ganze Welt nur in Dimensionen der Verwertbarkeit sieht, ist das eine Extrem. Eine wohlfahrtsstaatliche Rundumversorgung, die die Wirtschaftskraft unterhöhlt, ist das andere Extrem. Es geht aber nicht um den lauwarmen Kompromiss, sondern um eine Neugestaltung und Weiterentwicklung des Sozialstaates. Wir müssen den Sozialstaat nachhaltig ausgestalten, das heißt auch: Wer den Sozialstaat retten will, muss ihn in Frage stellen, um den Selbstbedienungsladen für jene, die sich's immer schon richten konnten, zu schließen, aber sturmfest zu machen für jene, nämlich die sozial Schwachen, die ihn wirklich brauchen. Und wir müssen ein Gleichgewicht zwischen den Generationen schaffen, ohne Ausbeutung der einen durch die anderen.

#### 3. Das konservative Erbe:

Der Konservatismus hat keinen guten Ruf. Aber die Menschen können ohne Kontinuität, ohne Verlässlichkeit, ohne Werte nicht leben. Es geht nicht darum, dass alles gleich bleibt. Wer will, das alles beim Alten bleibt, verschlechtert seine Lage. Aber im Reformprozess müssen wir mit Sensibilität und Fingerspitzengefühl darauf achten, dass Veränderungen erklärbar und verkraftbar bleiben. Was man in 30 Jahren nicht angepackt

hat, kann man in 3 oder 4 Jahren nicht gelöst haben, ohne sich der Gefahr auszusetzen, bei der Beseitigung von Unrecht neuem Unrecht den Weg zu ebnen. Es geht darum, dass die Menschen sich auf Strukturen verlassen und an Werten orientieren können. Es ist nicht alles beliebig. Es ist nicht alles gleichgültig.

Das soll uns unterscheiden. Wir sind für eine Politik des „Heute, Hier und Jetzt“ nicht zu haben, so als wären wir die einzige und letzte Instanz, als sei vor uns nichts gewesen und werde nach uns nichts mehr sein. Wir wissen, dass wir im großen Strom der Zeit nicht der Weisheit letzter Schluss sind.

Aber wir sind in eine Zeit gestellt, in der Frieden, Freiheit und Wohlstand Geschenke sind, die zu bewahren, weiterzuentwickeln und weiterzugeben die schönste, schwierigste und wichtigste Aufgabe ist und bleibt.

Das also ist die christliche Soziallehre, wie ich sie sehe: das Beste aus der europäischen Tradition bewahren und unter neuen Umständen weiterentwickeln. Und das ist auch der Platz einer Volkspartei – die ja deswegen eine „Volkspartei“ ist, weil sie keine Klassenpartei ist und keine einseitigen Positionen vertritt. Das soll man nie vergessen. Aus Erfahrungen lernen, die besten Erfahrungen verwerten – das ist Zukunftsfähigkeit.

Auf Initiative der Steirischen Volkspartei unter Waltraud Klasnic hat die Österreichische Volkspartei bei ihrem Bundeskongress in Alpbach 2001 die ÖVP-Sozialcharta verabschiedet. Waltraud Klasnic gilt auf Grund ihrer ganzen Persönlichkeit als das soziale Gewissen in der ÖVP. Die stärkere Betonung des Sozialen in der Bundespartei ist daher vor allem ihr Verdienst. In der ÖVP-Sozialcharta ist unser Grundsatz in der Sozialpolitik eindeutig festgehalten:

„Unser Verständnis von zeitgemäßer Sozialreform stellt neben allen Fragen der Finanzierung und Organisation den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt des Solidarsystems. (...) Die Achtung der unveräußerlichen Menschenwürde ist der Ausgangspunkt unseres wirtschafts- und sozialpolitischen Handelns. Dies gilt besonders gegenüber Menschen in Not, Krankheit, hohem Alter und mit Behinderungen.“

Daraus folgt: Die ÖVP und die Steirische Volkspartei stehen auf der Seite nachhaltiger Sozialreformen, um das Solidarsystem zu sichern und es nicht in die Krise zu führen. Umbau und nicht Abbau von sozialen Standards ist unser Ziel!

Die Österreichische Volkspartei hat eine lange soziale Tradition. Von Karl Kummer, dem großen Sozialreformer, über die Sozialministerin Grete Rehor, die Bundesparteiobermänner Alois Mock und Josef Riegler bis zur ersten Frau als Landeshauptmann Waltraud Klasnic. Die ÖVP war es, die die Familienbeihilfe, das Karenzgeld, das Pflegegeld, das Kindergeld, die aktive Arbeitsmarktpolitik und das Wohnungseigentum eingeführt hat. Waltraud Klasnic war es, die sich in der Steiermark für ein modernes Kinderbetreuungsgesetz, den Lehrstuhl für Pflegewissenschaften, die Babyklappe und die anonyme Geburt sowie für eine umfangreiche Integration von Menschen mit Behinderungen in Schule und Beruf

eingesetzt hat. Die Inhalte der Sozialpolitik der Steirischen Volkspartei werden in einem weiß-grünen Sozialplan, der von den Grundsätzen der christlichen Soziallehre getragen ist, programmatisch vorgegeben. Der weiß-grüne Sozialplan umfasst die Themenbereiche „Altwerden in der Steiermark, Integration von Menschen mit Behinderungen, Medizin- und Gesundheitswesen, Drogenprävention und Integration ausländischer Mitbürger“. Im Sinne unserer Programmatik gilt es, dass die Starken für die Schwächeren eintreten und sie nicht fallen lassen.

Ein besonderer Schwerpunkt der Bemühungen der Steirischen Volkspartei galt stets dem Arbeitsmarkt. Dieser Einsatz zeigt nun die entsprechenden Erfolge. Die Steiermark ist zum Vorzeigeland in der Arbeitsmarktentwicklung geworden. Im Bundesländervergleich liegt sie beim Rückgang der Arbeitslosigkeit an der Spitze und bei der Zahl der Beschäftigten in allen Bereichen über dem Österreich-Durchschnitt. Im November 2004 lag die Arbeitslosenquote in der Steiermark bei 6,7 %, während der Österreichschnitt 7,1 % betrug. Vergleicht man die Oktober-Arbeitslosenquote im Betrachtungsraum von 1979 bis 2004 so ist die Arbeitslosenquote in der Steiermark von 7,0 auf 5,9 gesunken, während sie im Österreichschnitt von 6,7 auf 6,5 gesunken ist.

Mit Nachdruck kämpfen wir um das große Ziel der Einkommensgerechtigkeit und stehen mit dem Mindestlohn zur wichtigsten Forderung der Arbeitnehmer, nämlich dass Menschen mit ihrem Einkommen auch ein geordnetes Auskommen haben müssen. Wir fordern weiters ein neues allgemeines Arbeitnehmerrecht, um die Grundsätze der sozialen Sicherung auf alle Beschäftigungsverhältnisse anwendbar zu machen. Während es in anderen Bereichen eine deutliche Überregulierung gibt, so offenbaren sich hier immer wieder Regelungslücken, die zu füllen sind. Weil Arbeit ein Teil der Sinnerfüllung des Lebens ist, besteht der Schwerpunkt unserer Bemühungen in der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, da es unsere soziale Verpflichtung ist, Jugendliche in den Berufsprozess zu integrieren. Hier gilt es, alle Ansätze zur Schaffung der Beschäftigung von Jugendlichen auszuschöpfen und die Lehrlingsbeschäftigung offensiv zu fördern.

In Zukunft sind wir gefordert, uns aktiv mit den Folgen der Überalterung unserer Gesellschaft auseinander zu setzen. So steigt mit der kontinuierlich höheren Lebenserwartung auch das soziale Risiko der Pflegebedürftigkeit. Es ist daher notwendig die Frage zu stellen, ob wir uns das „Altern in Würde“ noch leisten können. Wir müssen den „Vorrang von Prävention und Rehabilitation vor Pflege“ sowie den Grundsatz „ambulant vor stationär“ umsetzen. Wir müssen den Ausbau altersgerechter Wohn- und Lebensformen forcieren und wir müssen uns stärker als bisher um die Situation jener Menschen kümmern, die den schweren Beruf der Altenpflegerin und des Altenpflegers ausüben. Wenn wir es ernst nehmen mit dem „Altern in Würde“, so müssen wir im reichen Land Österreich auch ernsthaft darüber nachdenken, welchen Beitrag jeder Einzelne zur Finanzierung der Altenpflege leisten muss. Denn schon in 10 Jahren wird es in Österreich um 300.000 pflegebedürftige Menschen mehr geben als heute.

Bei all diesen Fragen müssen wir wieder auf den Kern der christlichen Soziallehre zurückkommen: Es geht um Subsidiarität und um eine Qualität der Vorsorge. Denn der Mensch steht im Mittelpunkt unserer Überlegungen, um dessen soziale Zukunft wir uns von der Steirischen Volkspartei sorgen werden. „Hinschauen, nicht wegschauen“, ist unser Programm, denn es gilt nach Jean-Jacques Rousseau: „Sobald einer über die Staatsangelegenheiten sagt: Was geht's mich an?, muss man damit rechnen, dass der Staat verloren ist.“

## A wie Allgemeines vorweg

---

Umweltschutz ist eine vergleichsweise „junge“ Aufgabe der Politik. Nicht, dass nicht auch schon frühere Generationen vor der Herausforderung gestanden wären, ihre Umwelt lebensfähig und -wert zu erhalten, es sei hier bloß an die seit Jahrhunderten bekannte Form der agrarischen Dreifelderwirtschaft erinnert, doch allgemein haben die Menschen Umwelt und Natur immer mehr als Bedrohung denn als durch Menschenhand bedroht erfahren.

Ähnliches gilt für den mittlerweile bedauerlicherweise sehr inflationär verwendeten Begriff „Nachhaltigkeit“. Sein Ursprung ist zweifelsfrei in der Forstwirtschaft zu finden, gemeint wurde und wird damit jene Form von Waldbewirtschaftung, bei der nicht mehr als der jeweilige Zuwachs entnommen wird.

Es ist hier nicht der Ort, um weit reichende semantische Überlegungen über die Begriffe Umweltschutz und Nachhaltigkeit anzustellen, grundsätzlich dürfte aber ein allgemeiner Konsens darin bestehen, dass Umwelt- und Naturschutz unverzichtbare Bestandteile jeder Politik sind, die sich einer „nachhaltigen Entwicklung“ verschrieben hat.

Es lassen sich in jedem Fall sehr konkrete Zeitpunkte formulieren, die ein Sprechen vom „jungen“ Aufgabenfeld Umwelt und Nachhaltigkeit rechtfertigen.

- 1972 veröffentlichte der „Club of Rome“ seine „Grenzen des Wachstums“. Gespeist vom Widerstandspotenzial der 68er-Bewegung, wurde vor den globalen Auswirkungen eines ungezügelten Ressourcenverbrauchs im Sinne eines ungebremsten Wachstums gewarnt. Mögen sich auch manche der hier formulierten Bedrohungsszenarien als übertrieben herausgestellt haben, die Grundannahme hat gestimmt.
- Bereits 1975 ist – von vielen völlig unbemerkt – eine global gänzlich neue Situation eingetreten. Zum ersten Mal in der Geschichte haben die Menschen mehr Ressourcen – mehr Natur – verbraucht, als die Natur selbst zu reproduzieren imstande ist.
- 1983 hat die UNO in Genf eine „Weltkommission für Umwelt und Natur“ eingerichtet. Unter dem Vorsitz von Gro Harlem Brundtland wurde
- 1987 das wegweisende Dokument „Our Common Future“ (Unsere gemeinsame Zukunft) veröffentlicht, das den Begriff „Sustainable Development (Nachhaltige Entwicklung) in den globalen politischen Diskurs eingeführt hat.
- Parallel dazu wurden Begriffe wie saurer Regen (CO<sub>2</sub>-Emission), Ozonloch, Wasserqualitätsstatus bei Fließgewässern und Seen, Atommüll sowie die Endlichkeit der fossilen Energieträger einer breiten Bevölkerung unmittelbar erfahrbar bewusst.

- 1987 formulierte ein Steirer, Josef Riegler, das Konzept der ökosozialen Marktwirtschaft (→ O wie ökosoziale Marktwirtschaft).
- Auf der UN-Konferenz in Rio wurde 1992 die UNO-Kommission für nachhaltige Entwicklung eingesetzt (→ K wie Kyoto-Protokoll).

Naturgemäß ist die steirische Politik der Nachhaltigkeit vor diesem Hintergrund der globalen Entwicklung zu sehen. Eine Umweltpolitik mit der Mentalität der Schrebergärtnerei wäre ein Widerspruch in sich. Die Steiermark hat nicht nur sehr früh die Notwendigkeit eines Umweltressorts in der Geschäftsverteilung der Steiermärkischen Landesregierung erkannt, sie hat – dank herausragender Persönlichkeiten von Josef Riegler über Hermann Schaller bis hin zu Erich Pörtl – Umweltpolitik von Anbeginn an integrativ, das heißt im Kontext mit allen der Erhaltung des Lebens und der Lebensvielfalt unmittelbar verpflichteten Verantwortungsbereichen, verstanden. 24 Blitzlichter sollen im Folgenden 24 Aspekte der steirischen Umweltpolitik – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – erhellen.

## B wie Biomasse

---

Einerseits: Der Wald bedeckt knapp 62 Prozent der steirischen Landesfläche, Raps und Ölsaatfrüchte werden zu einer auch ökonomisch immer attraktiveren Alternative für die heimische Landwirtschaft.

Andererseits: Der Preis für ein Barrel Rohöl liegt nun schon länger beständig bei 40 US-Dollar, sowohl die Hauptliefergebiete für Rohöl (der arabische Raum) als auch für Erdgas (Russland) sind geopolitisch unsichere Regionen. Zudem und vor allem ist Energie aus nachwachsenden Rohstoffen weitgehend CO<sub>2</sub>-neutral.

Die Steiermark ist beim Einsatz erneuerbarer Energie vorne dabei. Mit einem Anteil von 25 Prozent am Gesamtenergievolumen liegt sie weit über dem EU-Schnitt von sechs Prozent. Biogas, auch zur Verstromung, stellt ein großes Potenzial dar. Zusätzliche Flächen für Raps und weitere Ölsaaten werden angestrebt. Bei der Biodieselerzeugung geht der Trend von Einzeltankstellen zur flächendeckenden Einmischung, um bis 2008 den Sollwert von knapp sechs Prozent Anteil zu erreichen (→ H wie Holz).

## C wie Celsius

---

Die Erde hat Fieber, neun der zehn heißesten Sommer seit es Wetteraufzeichnungen in der Steiermark gibt, hat es in den letzten 30 Jahren gegeben. Und von den zehn größten in Europa gemessenen Hochwasserereignissen fallen neun in die letzten 20 Jahre. Umweltpolitik der Zukunft wird vor allem auch Klimaschutzpolitik heißen.



Zum einen wird es darum gehen, möglichst rasch und global eine Trendumkehr herzustellen, selbst wenn die konkreten Auswirkungen – „Das Klima hat ein langes Gedächtnis“ – erst in Jahrzehnten zu spüren sein werden, zum anderen brauchen wir kurzfristige klimawandelpolitische Maßnahmen, von der Trinkwassersicherung über Bewässerungsprojekte bis hin zu verbessertem Hochwasserschutz oder dem Einkreuzen mediterraner Pflanzenarten.

## D wie Deponieverordnung

---

Die Steirerinnen und Steirer produzieren jährlich eine halbe Milliarde Kilogramm Müll. Mit der flächendeckenden Umsetzung der neuen Deponieverordnung am 1. Jänner 2004 ist es zu einem Paradigmenwechsel in der Abfallwirtschaft gekommen. Nur mehr biologisch, thermisch oder mechanisch vorbehandelter Abfall wird deponiert. Auf diese Weise wird das Abfallvolumen um 70 Prozent reduziert. Bis 2020 ist mit keiner Neuerrichtung oder Ausweitung von vorhandenen Deponien zu rechnen.

Zugleich wurde somit eines der spannungsgeladesten Themen der Kommunal- und Regionalpolitik entschärft.

## E wie Energiepolitik

---

Wenn Politik „mit Steuern steuern“ heißt, wird es auch in der Zukunft notwendig sein, klima- und umweltneutrale Energie durch fiskalische Maßnahmen zu unterstützen; Stichwort: Einspeiseregulierung. Dabei ist aber die Balance hin zum wirtschaftlich und sozial Sinnvollen und Notwendigen zu wahren. Letztlich gilt es alle Maßnahmen auszuschöpfen, die eine höhere Energieeffizienz zur Folge haben.

## F wie Feinstaub

---

Die Steiermark hat weltweit das erste Feinstaubmaßnahmenpaket beschlossen. Mit 61 konkreten Maßnahmen, von der Förderung von Nachrüstdiepartikelfilter-Systemen über Geschwindigkeitsbeschränkungen in Sanierungsgebieten bis hin zur Heizkesselaustauschaktion sowie zur Unterstützung von Fernwärmeanschlüssen, wird dem Feinstaub der Kampf angesagt.

Der Schlüssel wird aber bei den Bürgerinnen und Bürgern selbst liegen. Solange sie ihr Mobilitätsverhalten nicht merklich verändern, sind die Maßnahmen der öffentlichen Hand nur eingeschränkt erfolgreich (→ V wie Verkehr).

## G wie Gemeinden

---

Politik hat dort den größten Erfolg, wo sie gemeinsam mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern vor Ort die jeweiligen Herausforderungen in Angriff nimmt und aus diesen Betroffenen Beteiligte macht. Auf dem Reißbrett entworfene Gemeindeentwicklungsprogramme sind out, gefragt sind „Lokale-Agenda-21-Gemeinden“. Hier wird konkret nachhaltige Entwicklung erörtert, geplant und realisiert. Der Dialog ersetzt die Bevormundung. 117 steirische Gemeinden haben bis Ende 2004 einen so genannten LA-21-Prozess gestartet. Betreut werden sie vom Verein für Ökologische Landentwicklung Steiermark (ÖLE).

## H wie Holz

---

Holz ist neben dem Wasser die steirische Ressource schlechthin. Sie zu nutzen ist ökologisch klug und ökonomisch sinnvoll. Mehr Holz zu verwenden, hilft dem Klima, steigert die Lebensqualität und sichert Arbeitsplätze in den Regionen.

Deklariertes Ziel des Lebensressorts ist es, den Anteil des Baustoffes Holz von derzeit fünf auf 20 Prozent zu steigern, zur Gewinnung der Raumwärme verstärkt auf Stückholz, Hackschnitzel und Pellets zu setzen und vor allem auch in Holzforschungsinitiativen zu investieren, um die Wertschöpfung in der Steiermark zu behalten.

## I wie Integration statt Fundamentalismus

---

Scheuklappen sind nie und nirgendwo gut. Nicht nur, dass sie den Blick aufs Ganze verstellen, sie fokussieren zudem nicht selten Partikuläres. Weder der Umwelt- noch der Naturschutz dürfen auf Verhinderungsstrategien reduziert werden. Gerade die Naturschützer sollten wissen, dass die Natur mit ihren prozessartigen Abläufen kein statisch Absolutes kennt.

## J wie Jahrbuch

---

Der so genannte Umweltschutzbericht – „Umwelt in der Steiermark“ – gilt unter Experten und Journalisten als Vorzeigedokumentation der Arbeit der Landesregierung. Seit knapp zwanzig Jahren wird alljährlich der Umweltstatus der grünen Mark muster-gültig dokumentiert.

## K wie Kyoto-Protokoll

---

Als unmittelbare Folge der Rio-Konferenz hat die UNO 1997 das so genannte Kyoto-Protokoll verfasst. Österreich verpflichtet sich darin, die CO<sub>2</sub>- und Treibhausgasemission bis ins Jahr 2012 um mindestens 13 Prozent gegenüber dem Volumen von 1990 zu reduzieren. Dieses Ziel ist nur mehr mit tief greifenden Maßnahmen bei den Emittenten Verkehr und Industrie zu erreichen. Demgegenüber sind beim dritten Hauptverursacher, dem Bereich Wärme, für den das Lebensressort direkt verantwortlich ist, infolge legislativer Maßnahmen wie die Bindung der Wohnbauförderung an nicht fossile Energieträger wesentliche Erfolge erzielt worden.

## L wie Landwirtschaft

---

Das Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Umwelt war nicht immer ungestört. So kam es 1990 anlässlich der Erlassung einer Wasserschongebietsverordnung infolge intensiven Maisanbaus noch zu heftigen Diskussionen. Mittlerweile sind die steirischen Bäuerinnen und Bauern unverzichtbare Partner des Umweltschutzes geworden. Rund zwei Drittel aller Betriebe mit etwa drei Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche haben sich dem „Österreichischen Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft“ (ÖPUL) verpflichtet. Auch der Anteil an Biobauern in der Steiermark ist im österreichischen Schnitt sehr hoch.

## M wie Mur-Sanierung

---

Jede Politik hat ihre Initiationsprozesse. Für die steirische Umweltpolitik sind dies sicherlich die Mur- und die Raab-Sanierung gewesen. Aus den Mitte der Achtzigerjahre des vorigen Jahrhunderts faktisch toten Gewässern sind dank enormer Anstrengung von Wirtschaft und öffentlicher Hand wiederum lebendige Fließgewässer geworden.

## N wie Naturschutz

---

50 Prozent der steirischen Landesfläche sind geschützt, 14,4 Prozent als Natura-2000-Gebiete ausgewiesen. Mit dem Nationalpark Gesäuse und den sechs Naturparks Grebenzen, Mürzer Oberland, Pöllauer Tal, Sölkäler, Steirische Eisenwurzten und Südsteirisches Weinland sind chancenreiche regionale Impulszentren geschaffen worden, die Naturschutz, Bildung, Erholung und Regionalentwicklung vernetzen.

Die Steiermark setzt auf Vertragsnaturschutz, der den Ausgleich mit den Betroffenen sucht und nicht im Sinne einer Hoheitsverwaltung verordnet. Mittelfristig ist allerdings unmissverständlich festzuhalten, dass die steigenden Ansprüche des Naturschutzes ohne zusätzliche Finanzierungsquellen nicht zu erfüllen sein werden.

#### O wie ökosoziale Marktwirtschaft

Josef Rieglers ökosoziale Marktwirtschaft ist ein politisches Handlungsmodell, bei dem das Wirtschaften auf sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verantwortung beruht. Umweltqualität und soziale Lebensqualität stehen gleichrangig neben dem wirtschaftlichen Interesse der Wohlstandssicherung. Die gesamte Politik des „Lebensressorts“ fühlt sich diesem Konzept zutiefst verbunden.

#### P wie persönliche Verantwortung

Nichts ist weniger nachhaltig, als die Menschen aus ihrer persönlichen Verantwortung für ihr Leben und ihren Lebensraum zu entlassen.

#### Q wie Qualitätssicherung

Auch wenn bei diesem Thema viele nicht unmittelbar an Umwelt, Natur und Nachhaltigkeit denken, die Sicherung unserer Lebensmittelqualität darf an dieser Stelle nicht vergessen werden. Gerade im Bereich der Tiergesundheitsdienste hat das Veterinärwesen gemeinsam mit den bäuerlichen Produzenten maßstabgebende Standards eingeführt. Das landwirtschaftliche Versuchswesen steht im Bereich der pflanzlichen Qualitätssicherung um nichts nach. Hier wird vor allem auf Biodiversität und die Erhaltung traditioneller Sorten geachtet.

#### R wie Regionalwirtschaft

Das Verständnis für Energiebilanzen von über die halbe Welt transferierten Produkten wird immer größer. Initiativen wie der Regionalcluster Hartberg oder die Bioregion Murau zeigen, dass es auch anders geht. Wer auf regionale Energie, Produkte und Dienstleistungen setzt, erhält nicht nur die Wertschöpfung vor Ort, er trägt auch zu einer entscheidenden Verbesserung der Umweltbedingungen bei. Die Sicherung der sozialen und

edukativen Grundversorgung, ein naturschonender Ressourcenverbrauch sowie die Erhaltung, Stärkung und Weiterentwicklung der Regionalkultur sind darüber hinaus unverzichtbare Grundlagen jeder erfolgreichen Regionalwirtschaft.

### S wie Stoffflusswirtschaft

---

Stoffflusswirtschaft – die logische Konsequenz jeder zeitgemäßen Abfallbewirtschaftung – heißt, aus ökologischen Problemen einen ökonomischen Wert zu erzielen.

Nur ein Beispiel für viele: Das Konzept der Südsteirischen Energie- und Eiweißzeugungsgenossenschaft (SEEG), aus einem Problemstoff – Altspeiseöl – einen Energieträger zu machen, ist in doppelter Weise zukunftsweisend: Hier werden Umweltbelastungen durch Abfallbeseitigung reduziert und zugleich die vorhandenen Energiereserven dieses Abfallprodukts optimal genutzt.

### T wie Technologietransfer

---

Die Steiermark hat gerade in Fragen der erneuerbaren Energie, des Wassermanagements oder der Abfallwirtschaft globale Vorzeigeprojekte entwickelt. Diese stellen eine außerordentliche Exportchance dar. Die rasant wachsenden Märkte im südostasiatischen Raum, aber auch die neuen EU-Mitgliedsstaaten sind schon längst auf das Umwelt-Know-how-Land Steiermark aufmerksam geworden.

### U wie Unternehmensphilosophie

---

Erfolgreiche Unternehmer sind sich nicht nur ihrer sozialen Verantwortung – Stichwort: Corporate Social Responsibility (CSR) – bewusst. Sie wissen auch um den Wert nachhaltigen Denkens und Handelns. Die „Wirtschaftsinitiative Nachhaltigkeit“ (WIN) unterstützt mit einem Pool hoch qualifizierter WIN-Konsulenten Unternehmer, umwelt- und klimabewusst zu handeln. Ein WIN-Beratungsscheck von bis zu 1000 Euro erleichtert Interessierten den Einstieg in eine nachhaltige Zukunft.

### V wie Verkehr

---

Die Frage des Umganges mit dem menschlichen Bedürfnis nach Mobilität wird immer mehr zum Schlüssel jeder Umweltpolitik. Der notwendige Ausbau des öffentlichen

Verkehrs – insbesondere auf der Schiene – braucht auch die Bereitschaft jedes Einzelnen, auf dieses Angebot zurückzugreifen. Vor allem für den Großraum Graz ist die Verwirklichung eines S-Bahn-Angebotes gerade auch aus umweltpolitischer Notwendigkeit unumgänglich.

## W wie Wasser

---

Die Steiermark ist das Wasserschloss Mitteleuropas. Für dieses wichtigste aller Lebensmittel haben wir eine besondere Verantwortung. Um der gesamten Steiermark sauberes und leistbares Wasser auch weiterhin zur Verfügung stellen zu können, investiert das Land in den nächsten Jahren rund 100 Millionen Euro in das „Wassernetzwerk Steiermark“.

Die Wasserqualität der steirischen Fließgewässer liegt bei mehr als 90 Prozent in den Güteklassen I, I-II und II.

Auch im Bereich des Abwassers ist die Steiermark mustergültig. Während beispielsweise die „EU-Hauptstadt Brüssel“ bei einem Versorgungsgrad von 25 Prozent liegt, kann die Steiermark auf 85 Prozent verweisen.

Gerade weil wir heute eine so hohe Wasserqualität und -sicherheit haben, müssen wir unsere langfristige Verantwortung besonders ernst nehmen. Wasser ist und bleibt eine Aufgabe der öffentlichen Hand und gehört nicht in den Bereich privatisierbarer Güter.

## X wie ein X für ein U vormachen

---

Noch immer soll es Zeitgenossen geben, die Umweltschutz und wirtschaftliche Entwicklung als Gegensätze sehen. Daher gilt es unverändert, die unzähligen Möglichkeiten, mit Nachhaltigkeit neuen Wohlstand zu schaffen, zu kommunizieren.

Auch hier wieder nur ein Beispiel:

Weit mehr als 100 bäuerliche Holzlieferanten sind in so genannten Holz-Contractingprojekten zu Wärmedienstleistern geworden.

## Y wie YOUgend

---

Zugegeben: dieses „Y“ ist schon ein wenig konstruiert, außerdem sei hier ein Danke an die Urheber des Wortspiels, die Gestalter der Jugend-Landesausstellung in Bad Radkersburg, gesagt.

Aber das Anliegen rechtfertigt die Tat. Nachhaltige Entwicklung ist Politik für die Zukunft. Unsere demographische Entwicklung wiederum ist ein Anlass zur Sorge. Nur

wenn wir hier eine Trendumkehr – Stichwort: KINDerLEBEN – schaffen, werden wir den letzten noch nötigen Motivationsschub für ein umweltbewusstes Leben und Wirtschaften erzielen können.

## Z wie Zusammenfassung

---

Umweltpolitik, Naturschutz und nachhaltige Entwicklung sind, wie vor allem auch der letzte Punkt gezeigt hat, politische Querschnittsaufgaben. Es geht hier um ein – im besten Sinne – christliches Schöpfungsverständnis, das ein Gestalten der Umwelt im Interesse unserer Nachkommen meint.

Umweltpolitik schafft Lebensqualität.

Oder um es in einem Satz mit Bertrand Russell zu sagen: „Die (entscheidende) Frage heute ist, wie man die Menschheit überreden kann, in ihr eigenes Überleben einzuwilligen.“

Drei Interessen sind es, drei Gründe, die eine mehr oder weniger große Zahl an Menschen dazu verleiten, sich politisch zu engagieren, Politikerin oder Politiker zu werden:

Das Engagement für eine Idee, eine Sache, eine Revolution etwa, oder auch „nur“ ein sinnvoll erscheinendes Projekt, womöglich auch gegen eines? Anderen Mitmenschen helfen wollen, deren Lebensqualität verbessern, sich ihres Schicksals annehmen, für „andere da sein“, sich aufopfern. Befriedigung eigener Interessen, materieller zum Beispiel, die Lust an der Ausübung von Macht oder „nur“ schlicht Erleben von Glücksgefühl, wenn man anderen geholfen hat. Eine Idee/Sache, die Menschen oder bloß Eigeninteresse – es darf angenommen werden, dass wohl bei allen PolitikerInnen alle drei Motive eine Rolle spielen. Entscheidend ist, wo jeweils der Schwerpunkt liegt. Waltraud Klasnic unterstelle ich zum Beispiel, dass die Menschen ihr wichtigstes Anliegen sind, ihre „Sache“ ist die Steiermark als Ganzes, ihr Eigeninteresse befriedigt sie mit Glücksgefühlen, für andere „da sein“ zu können, für andere „etwas zustande gebracht zu haben“. Intellektuelle Arroganz verleitet dazu, sie als „Mutti“ zu qualifizieren – was für eine Fehleinschätzung!

Es gibt auch eine soziale, eine emotionale Intelligenz und wir sollten froh sein, wenn sich Frauen und Männer, ausgestattet mit dieser Eigenschaft, für die Politik zur Verfügung stellen. Es dürfen, sollten durchaus mehr davon sein. Meist gibt die Biographie Aufschluss darüber, wo tatsächlich bei einzelnen PolitikerInnen die oben zitierten Interessenschwerpunkte liegen. Den Wählerinnen und Wähler, ist in diesen Dingen ein gut entwickeltes Sensorium, ein gutes G'spür, eigen. Es gibt auch jene, die in erster Linie ihre Eitelkeit befriedigen müssen, immer im Mittelpunkt stehen wollen, die sie umgebenden Menschen werden zur Claque degradiert, für Machtinteressen instrumentalisiert, man kann dies ganz gut daran beobachten, wie dieser Typus eines Politikers zum Beispiel mit seiner näheren Umgebung „umspringt“.

---

## Was ist Kulturpolitik?

---

Die geneigten LeserInnen mögen ihre eigenen Erfahrungen mit Interessenschwerpunkten der gewählten Mandatäre diesen zuzuordnen, sie werden die verschiedenen Typen gut erkennen. Was nun macht aber – um uns dem Thema zu nähern – einen/eine KulturpolitikerIn aus, dazu geeignet, eine Stadt zur Kulturstadt werden zu lassen, sie dazu zu „machen“? Soll die Kulturpolitik, sollen ihre Träger bzw. handelnden Personen zulassen, befördern oder gestaltend eingreifen? Hat Hanns Koren „nur“ zugelassen, auch befördert, ja eingreifend gestaltet? Ich meine, er hat in erster Linie zugelassen, zugleich sensibel, aber deutlich befördert, auf diese Weise sanft gestaltet – da lässt sich im Rück-



blick trefflich diskutieren. Viel wichtiger aber als die Frage, wo hier wohl der Schwerpunkt lag, ist die innere Haltung des Kulturpolitikers zur Kultur im Allgemeinen, zur Kunst, zu den Künstlerinnen und Künstlern, den kreativen Köpfen im Besonderen, im Land und in der Stadt. Kunst und Kultur müssen dem/der KulturpolitikerIn „Spaß machen“, muss ihn/sie faszinieren. Neugier für das „Noch-nie-da-Gewesene“, Interesse an der Auseinandersetzung, Sensibilität für die Kreativen, das Wissen um die Bedeutung von Kunst und Kultur und ihrer Protagonisten für die Entwicklung unserer Gesellschaft – das macht KulturpolitikerInnen aus. Sie müssen für die Sache, für die Kulturpolitik leben. Und sie müssen die Atmosphäre, das Ambiente, die Voraussetzungen für die Entfaltung der – immer und ausreichend vorhandenen – Kreativität schaffen. Hier geht es eben nicht nur um die materielle Ausstattung oder um optimale Infrastrukturen. Es geht – und vor allem – um eine Haltung.

### Liberale Kulturpolitik der Volkspartei

---

In der Steiermark – und auch in Graz – wurde in den letzten Jahrzehnten seitens der Politik und der Verwaltung für Kunst und Kultur Partei ergriffen, über KulturpolitikerInnen im engeren Sinn weit hinaus. Ansonsten wäre etwa die Kulturstadt Graz nicht denkbar, da waren viele beteiligt. Und es wurde zur guten, von Hanns Koren begründeten Tradition, dass hierzulande vor allem die Steirische Volkspartei kulturpolitisch führend tätig war und ist, insbesondere mit ihrer Bereitschaft zur Offenheit gegenüber allem Kreativen, dem Neuen, auch Ungesicherten. Liberale Kulturpolitik – ein guter Ruf, den es zu wahren gilt. Die Inhalte aber von Kunst und Kultur – und um diese geht's ja eigentlich – stammen von den Kreativen, den Künstlerinnen, Künstlern und WissenschaftlerInnen, den KopfarbeiterInnen, den „hellen Köpfen“ im Land und in der Stadt. Das Potenzial ist groß, größer scheint's als anderswo – woran das liegen mag? Ist es die Chance, sich hier besser entfalten, kreativ und erfolgreich sein zu können als zu Hause? So manche KärntnerInnen im Exil bestätigen diese Theorie.

Graz ist – gemessen an der Einwohnerzahl – die Universitätsstadt Österreichs. Studierende und Lehrende sind Kreativpotenzial und interessiertes Publikum der Kunst- und Kulturszene, vor allem wenn es um Alternatives, Experimentelles, Widerspenstiges und Ungesichertes geht. Zugleich legt ein gut informiertes, eher an gesichertem Kulturgut, an Bewährtem, also Traditionellem interessiertes, etabliertes Bildungs- und Besitzbürgertum großen Wert auf hohe Qualität kultureller Ereignisse. Darauf aufbauendes Mäzenatentum ist zwar vorhanden, wäre in einer Kulturstadt – wenn man diesem selbst gewählten Titel auch diesbezüglich entsprechen wollte – aber noch um einiges auszuweiten. Es geht nicht um Benefizien, Spenden oder bloß geschicktes Marketing, es geht um Investition in die Kreativität und damit in die aktive Gestaltung unserer Zukunft.

Die Geschichte von Graz und der Steiermark zeigt, dass Multikulturalität, wenn schon nicht gewolltes Programm, so doch immer wieder gegenseitige und wechselseitige Anregung, Befruchtung bedeutete. Die oft bemühte Rede vom Schnittpunkt mehrerer Kulturen, von einer jener Regionen Europas, die durch Grenzen u n d Brücken geprägt sind, hat schon seine Richtigkeit und macht zu einem sehr wesentlichen Teil steirische Eigenart aus. Vor allem die Musik- und Kunstgeschichte, und hier wiederum die Baukunst, hinterließen davon sicht- und hörbare Zeichensetzungen. Auch das schafft anregendes Ambiente, weitet den Horizont ganzer Künstlergenerationen. Und strahlt ebenso aus, über die Grenzen, die Zeiten, in das öffentliche Bewusstsein. Man könnte meinen, Graz und seine Kulturszene sind ein einziges Kontrastprogramm. Und tatsächlich, was ehemals in den 60er und 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts – klingt nach weit zurückliegender Vergangenheit! – noch zu heftigen Auseinandersetzungen führte, als sich Rebellisches am Konservativen rieb und umgekehrt, siehe Forum Stadtpark, steirischer herbst, die Literatur- und die Jazzszene etc., lebt heute ohne Kampfgetöse als liberal akzeptiertes buntes Potpourri nebeneinander, wie eben das kulturelle Angebot einer pluralistischen Gesellschaft. Man sollte das nicht gering schätzen, denn anderswo wird noch mehr oder weniger direkt zensuriert. Aber deutlicher erkennbares Profil, mehr Spitze – betreffend Niveau u n d Zuspitzung –, würde dem breit angelegten, bunten Treiben durchaus gut tun.

### Kulturprogramm mit großer Dichte

---

Wie auch immer: Wenn zum Beispiel die beiden Leiter des Institut Francais in Graz, Alphonse Drouan und Marie-Claude Forisan, beide im diplomatischen Dienst der Kulturnation Frankreich weit gereiste Kunstkenner mit internationalem Horizont, unisono behaupten, keine Stadt dieser Größenordnung zu kennen, die tagtäglich ein Kulturprogramm derartiger Dichte u n d Qualität wie Graz bietet, dann darf man dieses große Kompliment auch einmal selbst bewusst annehmen. Doch wer meint, seit 2003 werden in Graz nur mehr große Brötchen gebacken, irrt. Eine Kulturstadt braucht auch das regionale Format als breite Basis – allerdings mit der Gefahr, in das Provinzielle abzugleiten. Dann flaniert man durch die Stadt und gibt sich dem gepflegten Minderwertigkeitskomplex gegenüber Wien und anderen hin, in Wahrheit dem persönlichen Frust über versäumte Chancen. Man vernetzt sich international und glaubt daran, ab nun auch in die Welt zu strahlen – bis Graz-Umgebung reicht's dann. Immer wieder treffen sich auch einige Veteranen, besingen die Zeiten des Aufbruchs in die Moderne, tauschen Abenteuer zum Thema: „Das waren halt noch Zeiten, da war noch was los!“ aus, würden „heute alles anders und natürlich besser machen“ und wundern sich über das

Desinteresse der bereits übernächsten Generation an diesen alten Geschichten. Auch das macht Kulturstadt Graz aus. Aber Depression in dieser Dimension?! Ein bisschen weniger täte es auch.

### Die Nachhaltigkeit der „Kulturhauptstadt Europas“

Graz – Kulturhauptstadt Europas ist durchaus nachhaltig, auch wenn die nicht enden wollende Diskussion darüber anderes signalisiert. Gerne aus diesen Diskussionen ausgeblendet, als hätten sie mit graz03 nichts zu tun, werden etwa die neuen Kulturbauten Kunsthaus, Stadthalle, Literaturhaus, Kindermuseum, das Popkulturzentrum, die Helmut-List-Halle. Sie alle werden bemerkenswert hervorragend bespielt und vom Publikum bestens angenommen, darüber hinaus ihrer Architektur wegen zum Teil weltweit bestaunt. Ihre Finanzierung ist – bei aller Problematik der Helmut-List-Halle – langfristig gesichert. Auch die von vielen als bloßer Gag missverstandene Murinsel wird sich noch als gut genutzter Ort für Kulturveranstaltungen erweisen. Allein dieses Konvolut an räumlicher Quantität und nachgewiesener architektonischer und inhaltlicher Qualität führt jeden Zweifel an der Nachhaltigkeit von graz03 ad absurdum. Hinzu kommt noch eine Reihe an Strukturänderungen, zum Teil durch graz03 vorgegeben oder ausgelöst, zum Teil durch neue VerantwortungsträgerInnen eingebracht. Deren Auswirkungen werden erst mittelfristig spür- und sichtbar. Es darf angenommen werden, dass sie im Großen und Ganzen zu einer guten Entwicklung beitragen, denn ausgefahrene Bahnen machen gerade in Sachen Kulturpolitik, in der Innovation zur Pflicht gehört, wenig Sinn. Außerdem kann nicht Gewolltes jederzeit nachjustiert werden. Die von Grund auf neue Vorgangsweise bei Evaluierung und Förderung der Grazer Kulturszene und die ersten Schritte für ein gemeinsames Marketing der großen Kulturveranstalter der Steiermark und ihrer Schwerpunkte auf internationalem Parkett sind ganz offensichtlich professionell gelungen – um nur zwei Neuerungen nach graz03 zu nennen, die recht gute Akzeptanz beim jeweils angepeilten Zielpublikum erfahren. Die aus meiner Sicht wichtigste Nachhaltigkeit von graz03 aber ist durch Umfragen belegt: der Anteil jener – ich zitiere Wolfgang Lorenz – „Grazerinnen und Grazer, die erkannt haben, dass Kunst und Kultur mehr bedeuten als eine Beschmückung des grauen Alltags, nämlich Über-Lebensmittel für die Entwicklung unserer Gesellschaft“, ist seither deutlich größer geworden. Das erste macht eine Stadt zur eigentlichen K u l t u r s t a d t.

### Kreativität an die Macht – Plädoyer für eine offene Kulturpolitik

„Phantasie muss (also) an die Macht!“ – immer wieder, um eine der Parolen von 1968 zu bemühen. Nur mit diesem Ziel können die Kreativen, die Kopfarbeiter, die Kultur-

träger, die Künstlerinnen und Künstler den Inhalt, die Substanz, den Content schaffen, als Voraussetzung für eine lebendige Kulturszene einer Stadt wie Graz. Sie werden dabei „abweichendes Verhalten“ an den Tag legen, sie werden unangepasst sein, widerborstig, uns „den Spiegel vorhalten“, uns erheben und erfreuen, erschüttern und heruntermachen. Wir werden das zulassen wollen, nicht nur – mitunter – ertragen müssen, denn sie eröffnen uns mit ihren Kreationen neue Horizonte, ganze Welten, die uns ansonsten unzugänglich bleiben. Zugleich werden wir von ihnen hohe Qualität einfordern. Kulturpolitik muss für die Phantasie auch weiterhin Partei ergreifen! Sie muss zulassen und fordern, gezielt fördern und sanft gestalten. Die zurzeit handelnden Personen stehen in der guten Tradition einer offenen und liberalen Kulturpolitik im Land Steiermark und ihrer Kulturhauptstadt Graz. Die Voraussetzungen sind gegeben, dass Graz auch in Zukunft Kulturstadt sein wird. Darum muss man täglich ringen. Genügend viele Grazerinnen und Grazer wollen und werden das tun.

Die Erfolgsgeschichte der Zweiten Republik und somit auch der Steiermark wurde wesentlich von den Bäuerinnen und Bauern mitgeschrieben. Daran ändert auch nichts, dass die Zahl der in der Landwirtschaft Tätigen aus unterschiedlichsten Gründen sehr stark zurückgegangen ist. Im Gegenteil, dieses oft so genannte Bauernsterben ist letztlich die Kehrseite der enormen Leistungssteigerungen in der Land- und Forstwirtschaft, die nur möglich waren, weil die steirischen Bäuerinnen und Bauern – auch in schwierigsten Zeiten – die Herausforderungen immer wieder angenommen haben. Sie waren gestärkt aus ihrer Verwurzelung mit Grund und Boden und aus der Kraft ihres Glaubens heraus bereit, neue Wege zu gehen und nicht an ihrer Zukunft zu zweifeln. Gestützt auf ihren Fleiß und ihre Familien waren sie sich sicher, die Zukunft zu meistern.

Der Wandel vom Selbstversorger zum marktorientierten bäuerlichen Unternehmer – der sich mehr denn je auf dem freien Markt behaupten muss – war nicht einfach, vielfach war er sehr schmerzvoll und voller Entbehrungen.

Die Land- und Forstwirtschaft hat mit diesem Prozess Zehntausende Arbeitskräfte verloren, viele Betriebe haben diesen Umbruch nicht geschafft, dennoch hat die Landwirtschaft ihre Produktion vervielfacht. Sie hat Herausforderungen des Umweltschutzes wie die Nitratproblematik im Leibnitzer Feld in den 80er Jahren in den Griff bekommen und sie hat unverdienterweise die Lebensmittelskandale jenseits der Grenzen wie BSE oder MKS bewältigen müssen. Und sie hat vor allem den EU-Beitritt – trotz enormer Umstellungen – offensiv gemeistert und einigermaßen gut überstanden.

Gerade auch deshalb müssen wir unseren jungen Übernehmern immer wieder in Erinnerung rufen, dass jede Generation auch in der Vergangenheit vor große Probleme gestellt war und diese nur durch persönlichen Einsatz, Mut und Initiative lösen konnte. Die Aufgaben, die heute vor den Jungen stehen, scheinen nicht leichter, aber auch nicht schwerer zu sein als jene Aufgaben, die deren Väter und Großväter bewältigen mussten.

Sicher sind die Anforderungen andere. Ausbildung, Weiterbildung, Wissenserwerb, Schulung spielen heute und in Zukunft eine noch größere Rolle als in der Vergangenheit.

Die bäuerlichen Vollerwerbsbetriebe von heute sind kapitalintensive, hoch technisierte und spezialisierte Familienunternehmen, die neben der Produktion von gesunden Lebensmitteln auch die Landschaft gestalten. Ohne die Bergbauern, die Rinderbauern und die Milchbauern oder die Obst- und Weinbauern ist die Schönheit unseres Landes unvorstellbar.

---

## WTO und EU-Osterweiterung

---

Wir leben in einer sehr bewegten Zeit, die immer schnelllebigter wird und sowohl national als auch international voller Veränderungen ist. Die aktuell wieder aufgenomme-

nen WTO-Verhandlungen bereiten der steirischen Landwirtschaft große Sorgen: Die Europäische Union hat angeboten, mittelfristig (bis 2017) auf Exporterstattungen zu verzichten, wenn auch Länder wie die USA, Kanada, Australien oder Neuseeland ihre Exporthilfen abschaffen. Kommt es bei den anstehenden Verhandlungen wirklich zu dieser Entscheidung, kann das schwer wiegende Folgen für wichtige heimische Sparten wie Milch, Rinder, Schweine und Getreide haben. Bei Überschüssen wird der Preis so weit sinken, bis man zu Weltmarktpreisen exportieren kann. Nur wenn europaweit agrarische Überkapazitäten auf den Energiesektor umgelenkt werden, macht dieser Verzicht auf Exporterstattungen tatsächlich Sinn. Es ist aus der Sicht von Bauernbund und Landwirtschaftskammer auch inakzeptabel, dass der Import von Agrarprodukten aus Ländern mit wesentlich niedrigeren Produktions- und Lohnkosten sowie Umweltstandards liberalisiert wird. Beides zusammen würde für wichtige Produktionssparten in Österreich das Ende bedeuten. Es darf aber zu keinem ruinösen Wettbewerb auf den europäischen Agrarmärkten kommen. Deshalb müssen für sensible Produkte wie Milch, Rind- oder Schweinefleisch entsprechend hohe Importzölle bestehen bleiben. Europa muss mit einer Stimme dagegen kämpfen. Mit der Erweiterung wurde für Mitteleuropa auch wieder jener Markt Wirklichkeit, der für uns bis 1918 bestanden hat. Wir müssen aber damit rechnen, dass der gemeinschaftliche Wirtschaftsraum mit den günstigen Agrarflächen in Ungarn, der Slowakei oder Polen Auswirkungen auf unsere Märkte haben wird. Vor allem die Produktion in den benachteiligten Gebieten, in unseren Berggebieten sowie der Getreidebau und der Gemüsebau werden den Druck spüren.

Die Veredelungswirtschaft, wie die Schweine- und Geflügelhaltung, wird möglicherweise durch billigere Futtermittel Vorteile haben. Wir müssen uns mit unseren Qualitätsprodukten im Export durchsetzen. Dahingehende Initiativen des Landwirtschaftsministeriums sind hier bereits auf die richtigen Schienen gestellt.

In den Hang- und Steillagen der Obersteiermark werden in Zukunft die Landschaftspflege und die Erhaltung der Kulturlandschaft, gemessen an der Produktion, noch wichtiger. Aber auch diese Leistungen müssen honoriert werden. Mit ÖPUL und AZ wurde der Grundstein in Österreich gelegt. Sollte die europäische Finanzierung hier zurückgehen, müssen Gemeinden, das Land und der Bund ausreichend eigene Mittel bereitstellen, damit die Bauern die Kulturlandschaft der Steiermark erhalten können. Schließlich kommen bereits 80 Prozent der Urlaubsgäste wegen der gepflegten und schönen Landschaft.

## Preis und Wert

---

Ohne Zweifel ist die Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft nicht zufriedenstellend. Unsere Lebensmittel waren aber noch nie so sicher und auch noch nie so streng kontrolliert wie heute. Die Qualitätssicherung nach höchsten internationalen Standards ist

Türöffner für die Märkte geworden. Deshalb ist es notwendig, jetzt und in Zukunft den Bauern faire Preise für ihre Erzeugnisse zu zahlen. Hier sind alle Verarbeitungs- und Vermarktungsbetriebe bis hin zum Lebensmittelhandel gefordert. Wir müssen, wenn es notwendig wird, auch zusätzliche Belastungen abwenden. Es darf nicht dazu kommen, dass die Grundsteuer erhöht wird oder die Einheitswerte den Verkehrswerten angeglichen werden. Das würde die wirtschaftliche Basis der bäuerlichen Familienbetriebe erheblich schwächen. Daher: Ein striktes Nein zu solchen immer wieder ins Spiel gebrachten Überlegungen.

Viele Landwirte bewegt seit einigen Jahren insbesondere auch das Thema Natura 2000. Seit Generationen haben die Bauern bewiesen, dass sie mit Natur, Umwelt und Landschaft verantwortungsvoll und sorgsam umgehen. Diese Kompetenz wird zunehmend von Umweltschutzgruppierungen und durch Umweltrichtlinien der EU strittig gemacht. Immer häufiger werden die Bauern mit detaillierten Bewirtschaftungsvorschriften konfrontiert und die Bewirtschaftung in ausgewiesenen Natura-2000-Gebieten eingeschränkt. Hier ist Augenmaß notwendig. Es ist falsch, ein teures Landschaftsmanagement aufzubauen und zu glauben, dass unser Land vom Schreibtisch aus gepflegt werden kann. Wir Bauern wehren uns nicht gegen einen sinnvollen Umweltschutz. Wir sind nur gegen einen realitätsfremd verordneten Umweltschutz. Das Ziel muss ein freiwilliger Vertrags-Naturschutz sein, bei dem auch die freiwillig auferlegten Nachteile entsprechend abgegolten werden. Und eines sei hier unmissverständlich festgehalten: Dieser Ausgleich darf nicht auf Kosten des Agrarbudgets erfolgen – wie es manche Umweltschützer gerne sehen würden.

## Jahrhundertherausforderung Klimawandel

Keine andere Berufsgruppe ist beim Wirtschaften vom Wetter so abhängig wie die Bauern. Sie spüren die Auswirkungen des Klimawandels als Erste. Mittlerweile bestätigen Klimaforscher und Versicherungsgesellschaften, dass sich extreme Wettererscheinungen in immer kürzeren Abständen wiederholen und dass die klimabedingten Schäden drastisch ansteigen. Die Bauern hatten in den vergangenen Jahren Überschwemmungen, Dürren, Stürme und verheerende Hagelschläge zu verkraften.

Stefan Schleicher von der Universität Graz prognostiziert, dass 2012 das Wirtschaftswachstum vollkommen für die Reparatur der klimabedingten Schäden herangezogen werden muss. Deshalb brauchen wir in unserem Land eine aktive Klimastrategie. Das heißt: Wir brauchen einen forcierten – und keinen halbherzigen – Ausbau des Ökostroms. Wir brauchen einen beschleunigten – und keinen verhaltenen – Ausbau der Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Energien. Und: Wir müssen alle Möglichkeiten des Biotreibstoffeinsatzes nutzen. Die politischen Verantwortungsträger sind daher aufgefordert, die notwen-

digen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die im Regierungsübereinkommen der Bundesregierung festgehaltene „Klimastrategie“ und die „Kyoto-Ziele“ keine Schlagwörter bleiben.

## Zukunftsperspektiven

---

Bauern und Bäuerinnen sind die Verwalter von Grund und Boden. Ihr Auftrag ist es, nachhaltig zu wirtschaften und in Verantwortung für künftige Generationen Grund und Boden weiterzugeben. Deshalb ist es für sie selbstverständlich, immer in die Zukunft zu schauen.

Wie geht es weiter mit der Land- und Forstwirtschaft? Welche Chancen und Perspektiven eröffnen sich für die Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark im Jahre 2020? Wo könnte es Einschränkungen, Nachteile oder Probleme geben? Eines vorweg: Die Land- und Forstwirtschaft mit ihren vor- und nachgelagerten Bereichen wird auch im Jahre 2020 eine tragende Säule im Wirtschaftsgeschehen des ländlichen Raumes sein. Bisher sind etwas mehr als 20 Prozent aller Berufstätigen im gesamten Agrarkomplex beschäftigt. Diese Position gilt es zu halten, wenngleich es zu Verschiebungen und Veränderungen bei der rein agrarischen Produktion kommt. Daher muss eines noch viel deutlicher in unser Bewusstsein rücken: Die Bauern sind Unternehmer, deren Grund und Boden einen hohen Wert hat und der in den kommenden Jahrzehnten noch mehr an Wert gewinnen wird. Grund und Boden sind das wertvollste Kapital der Zukunft. Viele Vollerwerbsbetriebe werden deshalb weiter auf Wachstum setzen und als bäuerliche Unternehmer ihre Betriebe noch höher spezialisieren und ihre Kernkompetenz als Lebensmittelproduzenten weiter ausbauen. Diese Betriebe dürfen nicht in ihrem Wachstum gehindert werden, sie brauchen die volle Akzeptanz der Bevölkerung und der politischen Verantwortungsträger.

Ein Teil der Betriebe wird den bewährten Weg der Bioproduktion gehen – wo die Steiermark Wegbereiter und Vorreiter war. Ein erheblicher Teil wird aber zusätzlich zur Lebensmittelproduktion neue Einkommensergänzungen oder zusätzliche Einkommensnischen finden. Dafür ist der Bauernhof eine entscheidende Voraussetzung. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien hier Urlaub am Bauernhof, Direktvermarktung, Seminarbauernhöfe, das Anbieten typisch bäuerlicher Arbeiten wie Grünraumpflege oder auch Winterdienste wie Schneeräumung für nichtbäuerliche Auftraggeber, Kinderbetreuung und Betreuung Pflegebedürftiger auf den Höfen und die Energieversorgung des ländlichen Raumes aufgezählt. Solche und ähnliche Dienstleistungen werden künftig noch stärker nachgefragt und machen die Bauern zum ländlichen Unternehmer. Der Ideenreichtum unserer Bäuerinnen und Bauern ist hier unerschöpflich.

Wir können stolz sein auf diese Landwirtschaft, auf unsere Bäuerinnen und Bauern, auf ihren Ideenreichtum, ihren Innovationsgeist, auf ihre Schaffenskraft.



Eine Schlüsselfrage, damit sich die Landwirtschaft gut entwickeln kann und die Kräfte des Strukturwandels gebremst werden, ist die Aus- und Weiterbildung. Wer fachlich gut ausgebildet ist und seine persönlichen Stärken kennt, der wird sich im immer härter werdenden Wettbewerb besser behaupten. Als Spezialisten und Unternehmer dürfen die Bauern anderen Berufsgruppen nicht nachhinken. Der Wettbewerb wird in nächster Zeit noch stärker werden. In diesem Fall zählt nicht nur die Betriebsgröße, sondern auch die Investitionskraft, Mut zu Neuem, rasche Entscheidungen, unternehmerisches Denken und Handeln.

## Produktionstrends

---

Der technische Fortschritt wird auch weiterhin das bäuerliche Arbeiten bestimmen. Größere Maschinen, die weitere Einsparung von Arbeitszeit und mehr Automatisierung bei den innerbetrieblichen Abläufen werden den Arbeitseinsatz der Veredelungsproduktion weiter reduzieren. Wir leben in einer Marktwirtschaft, in der nicht mehr das Produktionsdenken, sondern das Marktdenken dominiert. Wer Zugang zum Markt bzw. zum Endverbraucher der Produkte hat, sei es nun als Direktvermarkter, als Belieferer von Nischenmärkten oder als Dienstleister, hat Vorteile gegenüber jenem, der für den anonymen Massenmarkt produziert.

Das erfolgreiche Agieren auf dem Markt ersetzt das Produktionswissen nicht, sondern setzt es voraus. Mit der Hinwendung zum Markt steigt auch die Bedeutung bäuerlicher Zusammenschlüsse in Erzeugergemeinschaften, Erzeugerringen und anderen Organisationen, um der Konzentration des Handels von der Produzentenseite eine adäquate Antwort zu geben.

Auch im Ackerbau wird sich einiges ändern. Neue Kulturpflanzen tauchen auf: Sudan gras, Zuckerhirse, Energiewälder als Rohstofflieferanten für Biogasanlagen und Heizwerke, Ölpflanzen für die Treibstoffherzeugung. Diese Chancen sollten offensiv genutzt werden.

Gerade in einer von globalen Entwicklungen geprägten Gesellschaft werden regional erkennbare und somit unverwechselbare Lebensmittel an Bedeutung gewinnen. Deshalb muss es uns gelingen, vor allem auch die inländischen Konsumenten von unseren frischen, gesunden und qualitätsgesicherten Lebensmitteln zu überzeugen. Was sind nun die Perspektiven für unsere Hauptsparten?

- Wir hoffen, dass der heimische Obstbau seine dynamische Entwicklung fortsetzt und auf den Exportmärkten weiter punktet und
- sich der heimische Gemüsebau als bedeutender regionaler Versorger mit reifen, inhaltsstoffreichen Gemüsen behauptet.
- Steirisches Kürbiskernöl hat als EU-weit geschütztes Produkt das Potenzial, als trendige, gesunde Spezialität europaweit in den Regalen zu stehen und ein echtes internationales Leitprodukt der Steiermark zu werden.
- Die Spitzenposition des steirischen Weines gilt es zu halten und auszubauen.

- Die Schweinehaltung – ein tragender Wirtschaftszweig in der Ost- und Südsteiermark – wird sich auf das ständige Auf und Ab der Preise einstellen und sollte das hohe Niveau behalten.
- Die bisher schon rückläufige Rinderhaltung steht vor Veränderungen und neuen Herausforderungen. Der Trend zur Mutterkuhhaltung wird anhalten. Qualitätsprogramme wie Almo, Styriabeef in enger Kooperation mit Vermarktungsfirmen müssen noch stärker werden.

Der Rückgang der Zahl der Milchproduzenten kann in der Zukunft durch innerbetriebliche Aufstockung der Wachstumsbetriebe aufgefangen werden und zu einer leichten Zunahme der Milchmarktleistung führen. Nur dann wird die Kulturlandschaft in den Berg- und Grünlandgebieten weiter erhalten bleiben. Allerdings, die Direktzahlungen für diese Gebiete müssen ausgebaut werden. Denn Landschaft kann man nicht importieren!

Erneuerbare Rohstoffe sind die Energiequellen der Zukunft. Deshalb wird der Bauer im Jahre 2020 eine zentrale Funktion als Energiewirt einnehmen. Er wird Wärme-Dienstleister Nummer eins in unserem Land sein und die Bevölkerung mit Wärme aus Holz – Hackschnitzel und Pellets – versorgen. Für das Waldland Steiermark ergibt sich damit eine große Chance: Der Wald wird immer mehr zu einer der wichtigsten Energie- und Rohstoffquellen. Diese Möglichkeiten müssen wir verstärkt nützen.

Die Landwirtschaft wird aber auch ein viel stärkeres Gewicht als Stromlieferant bekommen und landwirtschaftliche Flächen zur Stromerzeugung aus Biogas umlenken. Europaweit wird auch die Biotreibstoffproduktion zunehmen. Daher erwarten wir in den nächsten Jahren eine Entspannung der Getreidemärkte, weil der Anbau von Raps und Getreide zur Treibstoffherzeugung attraktiver wird. Deshalb besteht nach Jahren rückläufiger und stagnierender Erzeugerpreise erstmals die Chance, dass die Agrarpreise mittelfristig wieder anziehen werden.

Letztlich dürfen wir aber die Entwicklung der bäuerlichen Betriebe nicht nur von der ökonomischen Seite her betrachten. Die Zukunft eines Hofes hängt vor allem davon ab, wie die jüngere Generation mit der älteren zusammenarbeitet. Die rechtzeitige Hofübergabe ist auch ein Ausdruck des Vertrauens in die jüngere Generation. Dieses Vertrauen, das in einer harmonischen Familie heranreift, ist eine wichtige Grundlage für die Bewältigung unserer Aufgaben. So sind gute Familien, in denen unsere Kinder und Enkelkinder in Geborgenheit aufwachsen, die Basis unserer bäuerlichen Familienbetriebe und damit unserer Zukunft. Die Bauern waren und sind auch in Zukunft der Garant einer gesunden Lebensmittelerzeugung und erhalten und pflegen die Kulturlandschaft und sie sehen sich auch in der Zukunft als die tragenden Partner im ländlichen Raum.

Unsere Steiermark ist ein Land mit Zukunft, einer Zukunft mit Bauern!

---

1 Dieser Artikel ist eine redigierte Fassung des Festreferats anlässlich der 75-Jahr-Feier der Kammer für Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark.



„60 Jahre Steirische Volkspartei“

---

## Anhang

Zeittafel

Wahlergebnisse

Personen

Daten

Fakten



# Zeittafel 1945–2005

---

1945

---

17. April: Im 1. Wiener Bezirk kommt es im Schottenstift zur Gründung der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) mit den „Gründungsvätern“ Leopold Kunschak, Leopold Figl, Lois Weinberger, Hans Pernter und Felix Hurdes.
27. April: In Österreich wird noch gekämpft. In Wien kommt es zum Abschluss der (geheimen) Verhandlungen über eine provisorische Staatsregierung unter Karl Renner. Die Proklamation über die Unabhängigkeit Österreichs ist die Geburtsstunde der Zweiten Republik.
29. April: Im Wiener Rathaus versammeln sich um 10 Uhr die Bundesregierung und Vertreter der sowjetischen Besatzungsmacht. Im Parlament verkündet Karl Renner die Wiederherstellung der Republik Österreich. Gleichzeitig werden die NS-Gesetze außer Kraft gesetzt, der „Anschluss“ für null und nichtig erklärt.
1. Mai: Verfassungsgesetz: Die provisorische Regierung beschließt ein Gesetz über das neuerliche Inkrafttreten der österreichischen Verfassung vom 1. Oktober 1920 in der Fassung von 1929.
- 8./9. Mai: Kapitulation der Deutschen Wehrmacht. Ende des Zweiten Weltkrieges und des NS-Regimes in Europa. Einmarsch der Roten Armee in Graz. In der Folge kommt es zur fünffachen Besetzung der Steiermark durch Sowjets, Briten, Amerikaner, Tito-Partisanen und Bulgaren. Provisorischer Landeshauptmann wird der Sozialist Reinhard Machold (1879–1961).
18. Mai: Gründung(sversammlung) der Steirischen Volkspartei. Gründungsobmann und auch erster provisorischer Landesleiter wird der ehemalige Landeshauptmann Universitätsprofessor Dr. Alois Dienstleder, dem bereits im Juni 1945 Josef Krainer als geschäftsführender Landesleiter beigelegt wird.
- Juni: Josef Krainer sen. wird geschäftsführender Landesleiter der Steirischen Volkspartei.
4. Juli: Unterzeichnung des 1. Kontrollabkommens durch den Alliierten Rat.
7. Juli: Erste Bezirksleitertagung der Steirischen Volkspartei beschleunigt den Aufbau der Parteiorganisation.
24. Juli: Zonenvertrag: Die Briten werden damit die Besatzungsmacht in der Steiermark.
22. August: Die UNRRA (United Nation Relief and Rehabilitation Administration) beschließt, Österreich Hilfe zu leisten.
11. September: Erste Sitzung des Alliierten Rates bringt Anerkennung der politischen Parteien Österreichs (ÖVP, SPÖ, KPÖ).
23. Oktober: Landesparteitagung der Steirischen Volkspartei mit Hinblick auf die ersten freien Wahlen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Über Antrag von Josef Krainer sen. wird Dr. Alfons Gorbach geschäftsführender Landesparteiobmann.

- 26. Oktober: Gründung der VP-Wochenzeitung „Das Steirerblatt“.
- 25. November: „Kathreinwahlen“: Die ersten freien Nationalrats-, Landtags- und Gemeinderatswahlen seit 1930 bringen einen großen Erfolg für die ÖVP. Sie erringt sowohl im Bund als auch im Land die absolute Mehrheit. Mandatsverteilung im Bund: ÖVP 85, SPÖ 76, KPÖ 4. Mandatsverteilung im Land: ÖVP 26, SPÖ 20, KPÖ 2.
- 20. Dezember: Angelobung der neuen Bundesregierung, Leopold Figl wird Bundeskanzler. Alfons Gorbach Dritter Nationalratspräsident.
- 28. Dezember: Landesrat Anton Pirchegger wird Landeshauptmann der Steiermark.

## 1946

---

- 1. Jänner: Das „Steirerblatt“ erscheint erstmals als Tageszeitung.
- 31. Jänner: Tod von Alois Dienstleder.
- 16. Juni: 1. Landesparteitag der Volkspartei. Gorbach wird Landesparteiobmann, der junge Heimkehrer Franz Wegart wird zunächst Organisationsreferent, ein Jahr später Landespartei sekretär.
- 28. Juni: 2. Kontrollabkommen der Besatzungsmächte mit Reduzierung der alliierten Kontrolle.
- 26. Juli: 1. Verstaatlichungsgesetz bringt die Verstaatlichung der steirischen Großbetriebe und Banken.

## 1947

---

In der Steiermark herrscht Energie- und Nahrungsmittelmangel. Die Landesregierung fordert eine erhöhte Nahrungsmittelzuteilung. Urteile bei den ersten NS-Kriegsverbrecherprozessen. Erste Heimkehrertransporte kommen in Graz an.

- 14. Jänner–25. Februar: Abhaltung der ersten Konferenzen der Sonderbeauftragten für den österreichischen Staatsvertrag in London. Bis 1953 finden insgesamt 260 Sitzungen statt.
- 6. Februar: 2. Verstaatlichungsgesetz. Verstaatlichung nahezu der gesamten steirischen Schwerindustrie und Energiewirtschaft.
- 8. März: Beginn der UNRRA-Hilfe für Österreich.
- 5. Juni: Präsentation des Marshall-Planes durch den amerikanischen Außenminister George C. Marshall. Im Rahmen des ERP (European Recovery Programme) werden die USA bis 1953 Waren, Rohstoffe und Kapital zum Wiederaufbau von Österreich liefern.
- 2. Juli: Österreich stellt ein Ansuchen zur Aufnahme in die UNO (United Nations Organisation).

## 1948

---

- 21. April: Amnestie für minderbelastete Nationalsozialisten.
- 29. April: Die Steiermark weist jugoslawische Gebietsforderungen zurück.

- 2. Mai: Wiedererscheinen der „Kleinen Zeitung“.
- 2. Juli: Abkommen zwischen Österreich und den USA über wirtschaftliche Zusammenarbeit wird in Wien unterzeichnet („Marshall-Plan-Abkommen“).
- 6. Juli: Wahl von Josef Krainer sen. zum Landeshauptmann. Beginn der Ära Krainer I. Im Zentrum der Politik steht der Wiederaufbau der Steiermark.
- 14. September: Rückgabe des Ausseer Landes von Oberösterreich an die Steiermark.
- 9. Oktober: Wiedereröffnung der Grazer Herbstmesse.

## 1949

---

Die Westmächte verzichten auf deutsches Eigentum in der Steiermark, der Erzberg bleibt steirisch.

- 5. Februar: Gründung einer vierten Partei, des Verbandes der Unabhängigen (VdU), aus dem die FPÖ hervorgehen wird. Bei Wahlen tritt der VdU als Wahlverband der Unabhängigen (WdU) an.
- 15. Mai: Erstmals verkehren wieder Schnellzüge zwischen Graz und Wien.
- 9. Oktober: Nationalrats- und Landtagswahlen: Veränderung der politischen Landschaft durch das erstmalige Antreten des VdU. Die ÖVP verliert die absolute Mehrheit. Mandatsverteilung im Bund: ÖVP 77, SPÖ 67, KPÖ 5, VdU 16. Mandatsverteilung im Land: ÖVP 22, SPÖ 18, KPÖ 1, VdU 7.

## 1950

---

- 30. September: Kommunistische Ausschreitungen wegen des 4. Lohn- und Preisabkommens auch in der Steiermark.
- 30. Dezember: Tod von Bundespräsident Karl Renner, zwei Wochen nach seinem 80. Geburtstag.

## 1951

---

- 29. März: Wiedereröffnung der Schöcklseilbahn.
- 2. April: Eröffnung des Flugfeldes in Zeltweg.
- 6. Mai: Erste Bundespräsidentenwahl durch das Volk. Theodor Körner geht aus der Stichwahl als Sieger hervor.
- 23. Juni: Landung des ersten Passagierflugzeuges auf dem Flughafen Graz-Thalerhof.
- 2. Oktober: Umbenennung des „Steirerblattes“ in „Süd-Ost-Tagespost“.

## 1952

---

- Franz Thoma geht als Landwirtschaftsminister nach Wien.
- 20. Juni: Eröffnung des Künstlerhauses in Graz.



31. Juli: Österreich wendet sich in einem Memorandum an alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, um die Weltöffentlichkeit auf den Staatsvertrag aufmerksam zu machen.  
10. Dezember: Die Radkersburger Brücke wird internationale Grenzübertrittsstelle.

## 1953

---

22. Februar: Nationalrats- und Landtagswahlen. Die ÖVP muss Verluste hinnehmen. Mandatsverteilung im Bund: ÖVP 74, SPÖ 73, VdU 14, KPÖ 4. Mandatsverteilung im Land: ÖVP 21, SPÖ 20, VdU 6, KPÖ 1. Josef Krainer sen. bleibt Landeshauptmann. DDDr. Udo Illig wird Handelsminister, in der Landesregierung folgt ihm Karl Brunner.  
19. März: Abkommen über den „Kleinen Grenzverkehr“ mit Jugoslawien.  
2. April: Julius Raab wird Bundeskanzler. Beginn des „Raab-Kamitz-Kurses“.  
1. Juli: Ende des Marshall-Plans. Österreich hatte Hilfeleistungen in der Höhe von 960 Millionen US-Dollar erhalten.  
1. August: Abschaffung der Lebensmittelkarten und der Lebensmittelrationierung.  
26. November: Leopold Figl wird neuer Außenminister.

## 1954

---

14. März: Josef Schoiswohl wird Bischof von Graz-Seckau.  
3. Dezember: Eröffnung des neu gebauten Grazer Hauptbahnhofes.

## 1955

---

24. März: Einladung an Bundeskanzler Raab zu Gesprächen in Moskau.  
11.–15. April: Die Moskauer Verhandlungen führen zum Moskauer Memorandum, das militärische Bündnis- und Basenfreiheit, freiwillige Neutralität, Truppenabzug, Korrektur des Staatsvertragsentwurfes von 1949, Ablöselieferungen und den österreichisch-sowjetischen Handel festlegt.  
15. Mai: Unterzeichnung des Staatsvertrages – „Österreich ist frei!“ (Leopold Figl).  
1. August: Übertragung der ersten österreichischen Fernsehsendung vom Schöckl.  
20. September: Die britischen Besatzungstruppen verlassen die Steiermark.  
26. Oktober: Bundesgesetz über die immer währende Neutralität Österreichs. Der 26. Oktober wird 1956 zum Tag der Fahne erklärt und ab 1965 zum Nationalfeiertag.  
6. Dezember: Anerkennung der Neutralität Österreichs durch die vier Signatarmächte.  
14. Dezember: Aufnahme Österreichs in die UNO.

## 1956

---

- Im Jahre 1956 fällt die Entscheidung, die steirische Landtagswahl von der Nationalratswahl abzukoppeln. Josef Krainer sen. bricht aufgrund dieser Frage seine USA-Reise ab.  
8. April: Gründung der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ).

13. Mai: Nationalratswahlen: Die ÖVP kann Stimmen und Mandate zulegen. Mandatsverteilung im Bund: ÖVP 82, SPÖ 74, FPÖ 6, KPÖ 3.

4. November: Befreiungskampf der Ungarn („Ungarn-Aufstand“) führt zu einem Flüchtlingsstrom in die Steiermark, 20.000 Menschen werden versorgt.

## 1957

---

10. März: Die erste eigenständig durchgeführte Landtagswahl in der Steiermark bringt der Volkspartei einen großen Erfolg. Mandatsverteilung: ÖVP 24, SPÖ 21, FPÖ 3. Die Wahlstrategie ist auf die Persönlichkeit von Landeshauptmann Josef Krainer sen. zugeschnitten: Beginn der „Krainerwahlen“. Die Volkspartei erringt den fünften Regierungssitz in der Landesregierung. Dieser wird mit Universitätsprofessor Hanns Koren besetzt: Beginn der neuen steirischen Kulturpolitik.

## 1958

---

Gezielte Grenzlandförderung durch eine Initiative von LH Josef Krainer sen.

## 1959

---

10. Mai: Verluste bei der Nationalratswahl für die Volkspartei. Mandatsverteilung im Bund: ÖVP 79, SPÖ 78, FPÖ 8.

11. Mai: Das Erzherzog-Johann-Gedenkjahr ist der Beginn der steirischen Landesausstellungen.

## 1960

---

Das „Steirerjahr“ in Wien: Alfons Gorbach wird ÖVP-Bundesparteiobmann, Josef Wallner wird Präsident des Österreichischen Bauernbundes.

1. Jänner: Unterzeichnung des EFTA-Vertrages.

20. Juni: Eröffnung der ersten „Steirischen Akademie“.

6. Juli: Staatsbesuch des sowjetischen Ministerpräsidenten Nikita Chruschtschow (in Graz).

4. November: Eröffnung des „Forum Stadtpark“.

## 1961

---

12. März: Die Landtagswahl in der Steiermark endet mit einem Zugewinn für die Volkspartei. Mandatsverteilung: ÖVP 24, SPÖ 20, FPÖ 3, KPÖ 1. Franz Wegart, von 1947 bis 1961 VP-Landespartei sekretär, wechselt in die Landesregierung.

11. April: Alfons Gorbach wird österreichischer Bundeskanzler und löst Julius Raab ab.

3. Juni: Treffen des US-Präsidenten John F. Kennedy mit Nikita Chruschtschow in Wien.

1962

---

18. November: Bei den Nationalratswahlen kann die ÖVP um zwei Mandate zulegen. Mandatsverteilung: ÖVP 81, SPÖ 76, FPÖ 8. Alfons Gorbach wird wieder Bundeskanzler.

1963

---

Anton Peltzmann zieht als Landesrat in die Landesregierung ein.

15. September: Eröffnung der Dreiländer-Kunstaussstellung „trigon“ in Graz.

1964

---

24. Februar: Rücktritt von Alfons Gorbach. Sein Nachfolger als Bundeskanzler und ÖVP-Bundesparteiohmann wird Finanzminister Dr. Josef Klaus. Neuer Unterrichtsminister wird Dr. Theodor Piffli-Percevic.

5.–12. Oktober: Das erste Volksbegehren der Zweiten Republik, das „Rundfunkvolksbegehren“, erhält ca. 800.000 Unterschriften.

1965

---

14. März: Die Landtagswahlen in der Steiermark bringen der Volkspartei erstmals seit 1945 wieder die absolute Mandatsmehrheit. Mandatsverteilung: ÖVP 29, SPÖ 24, FPÖ 2, KPÖ 1. In der Landesregierung kommt es zu Rochaden, nach dem Tod von Ferdinand Prirsch wird der Bezirkshauptmann von Feldbach, Dr. Friedrich Niederl, zum Landesrat ernannt.

6./7. November: LH Josef Krainer sen. wird am 8. Landesparteitag zum Landesparteiobmann gewählt, ihm zur Seite steht als neuer geschäftsführender Parteiohmann Dr. Theodor Piffli-Percevic.

1966

---

6. März: Nationalratswahlen. Die ÖVP erreicht erstmals seit 1945 wieder die absolute Mehrheit. Mandatsverteilung: ÖVP 85, SPÖ 74, FPÖ 6. Nach zwei Jahrzehnten der großen Koalition bildet Bundeskanzler Josef Klaus die erste Alleinregierung. 28. November: Der Tod von Landespartei sekretär Dr. Alfred Rainer ist ein schwerer Verlust für die Volkspartei. Einer seiner engsten Mitarbeiter, DI Franz Hasiba, übernimmt das Management der Partei mit zunehmend modernen Methoden.

1967

---

17. Februar: Der Besuch des jugoslawischen Staatspräsidenten Josip Broz Tito in der Steiermark ist ein Meilenstein in den guten Nachbarschaftsbeziehungen der Steiermark.

1968

---

23. September: Erstmalige Eröffnung des Avantgardefestivals „steirischer herbst“ in Graz.

1969

---

23. Juni: Amtsantritt des neuen Bischofs Johann Weber.

12. Oktober: Eröffnung der neuen Grenzbrücke in Bad Radkersburg durch Josip Broz Tito und Bundespräsident Franz Jonas.

1970

---

1. März: Politischer Umbruch in Österreich: Bruno Kreisky und die SPÖ erobern bei den Nationalratswahlen die relative Mehrheit. Mandatsverteilung: SPÖ 81, ÖVP 79, FPÖ 5. Bruno Kreisky wird Bundeskanzler.

15. März: Josef Krainer sen. schafft bei den Landtagswahlen die Trendumkehr und bleibt mit der Volkspartei stimmen- und mandatsstärkste Fraktion. Mandatsverteilung: ÖVP 28, SPÖ 26, FPÖ 2. Im Jahr 1970 kommt es zudem zu ersten Überlegungen für ein breit gefächertes, alle Politikfelder abdeckendes Langzeitprogramm für das Land. Hanns Koren wird Landtagspräsident, Prof. Kurt Jungwirth folgt ihm als Landesrat für Kultur nach und setzt die offene Kulturpolitik des Landes fort.

26. Juli: Erstes Autorennen auf dem neuen Österreichring bei Zeltweg.

7. September: Eröffnung des Österreichischen Freilichtmuseums in Stübing.

1971

---

10. Oktober: Nationalratswahlen. Die SPÖ erreicht die absolute Mehrheit. Mandatsverteilung nach Wahlrechtsreform: SPÖ 93, ÖVP 80, FPÖ 10.

28. November: Ein schwarzer Sonntag für die Steiermark: Nach fast 24 Jahren als Landeshauptmann stirbt Josef Krainer sen. während einer Treibjagd in Allerheiligen bei Wildon. Sein politisches Vermächtnis bestimmt als Nachfolger Dr. Friedrich Niederl als Landeshauptmann, der sich als geschäftsführenden Parteiohmann Dr. Josef Krainer an seine Seite holt.

10. Dezember: Wahl von Dr. Friedrich Niederl zum Landeshauptmann der Steiermark.

1972

---

18. März: Auf dem 10. Landesparteitag der ÖVP Steiermark wird das Führungsduo Friedrich Niederl/Josef Krainer bestätigt.

Oktober: Präsentation des „Modell Steiermark“, des ersten Langzeitprogramms einer politischen Partei in der Steiermark. Das neue Bildungszentrum der ÖVP, das Josef-

Krainer-Haus, öffnet in Graz-Andritz seine Pforten und bleibt bis zum Ende des Jahrtausends Schnittstelle von Kommunikation, Begegnung, Bildung, Medienarbeit und fungiert als Informationsdrehscheibe und parteiübergreifendes Netzwerk.

## 1973

---

25. Februar: Gemeinderatswahlen in Graz. Stimmengewinne für ÖVP und FPÖ. Das Wahlergebnis wird maßgeblich beeinflusst durch den anhaltenden Konflikt bzw. die Unzufriedenheit um die geplante Autobahntrasse durch Graz-Eggenberg. Abwahl von Bürgermeister Gustav Scherbaum (SPÖ) und Bildung einer blau-schwarzen Rathauskoalition mit der FPÖ unter Alexander Götz, der Grazer Bürgermeister wird. Die Volkspartei mit Spitzenkandidat Franz Hasiba hat deutliche Zuwächse. Wahlkampf der Grazer Volkspartei mit dem „Stadterneuerungskonzept“, dessen Vorschläge in die Grazer Stadtpolitik einfließen. Franz Hasiba ist bis 1983 Vizebürgermeister.

## 1974

---

20. Oktober: Historischer Erfolg der Volkspartei bei den Landtagswahlen in der Steiermark. Mit Dr. Friedrich Niederl als Spitzenkandidat werden 53,3 % der Stimmen und 31 Mandate erreicht. Mandatsverteilung: ÖVP 31, SPÖ 23, FPÖ 2.

## 1975

---

Februar/März: Kündigungswelle bei den Puchwerken in Graz und den Juniorwerken in Köflach lösen eine Krise in der Industrie aus.

19. Juli: Tödlicher Verkehrsunfall von ÖVP-Bundesparteiobermann Karl Schleinzer in Bruck/Mur.

5. Oktober: Die Nationalratswahlen bringen erneut eine absolute Mehrheit für Bruno Kreisky und die SPÖ. Mandatsverteilung: SPÖ 93, ÖVP 80, FPÖ 10.

## 1976

---

23. Februar: Konstituierung des Städteforums Graz.

27. Juli: In Graz findet die erste Gehirntumorlaserstrahloperation statt.

## 1977

---

Die Internationalen Neuberger Kulturstage finden erstmals statt.

## 1978

---

11. August: Eröffnung des Gleinalm-Autobahntunnels.

- 8. Oktober: Die Landtagswahlen in der Steiermark bringen eine Bestätigung für LH Niederl und die Volkspartei. Mandatsverteilung: ÖVP 30, SPÖ 23, FPÖ 3.
- 5. November: 1. Volksabstimmung in Österreich – über das Atomkraftwerk Zwentendorf. 50,47 % sprechen sich gegen die Inbetriebnahme aus.
- 20. November: Gründungsversammlung der Arbeitsgemeinschaft Alpen Adria (ARGE Alpen Adria) in Venedig. Die Steiermark ist ein Gründungsmitglied.

## 1979

---

- Februar: Serielle Fertigung des Mercedes Puch-G-Geländewagens bei Steyr-Daimler-Puch
- 6. Mai: Die Nationalratswahlen bringen wieder eine absolute Mehrheit für die SPÖ. Mandatsverteilung: SPÖ 95, ÖVP 77, FPÖ 11.

## 1980

---

- 4. Juli: Wahl von Dr. Josef Krainer zum Landeshauptmann der Steiermark. Das Motto seiner ersten Regierungserklärung: „Ich will ein Landeshauptmann aller Steirer sein!“ Mit dem Beginn des neuen Jahrzehnts findet die Programmarbeit im „Modell Steiermark für die 80er Jahre“ ihre Fortsetzung. Rochaden in der Volkspartei wie in der Landesregierung stehen am Beginn der Ära von Dr. Josef Krainer. Ebenfalls 1980 wird das Bildungszentrum der Volkspartei, das Josef-Krainer-Haus, baulich erweitert. Gründung der Zeitschrift „politicum“.

## 1981

---

- 26.–28. Juni: Mehr als 800.000 Menschen nehmen an den Feierlichkeiten des „Steirischen Katholikentages“ in Graz teil.
- 12. September: Eröffnung des neuen ORF-Zentrums in Graz-St. Peter.
- 4. Oktober: Bei den vorzeitig stattfindenden Landtagswahlen bestätigen die Steirer Landeshauptmann Dr. Josef Krainer. Mandatsverteilung: ÖVP 30, SPÖ 24, FPÖ 2.

## 1982

---

- Februar: Alpine Skiweltmeisterschaften in der Dachstein-Tauern-Region (Schladming und Haus).
- 30. Mai: Die Erdfunkstelle Aflenz geht zur Herstellung der Telefonverbindungen über Satellit in Betrieb.
- 16. August: Erster Erdgasfund in der Steiermark. („Ludersdorf 1“).
- 5. November: Gründungsparteitag der Alternativen Liste Österreichs (ALÖ) in Graz.

1983

---

23. Jänner: Gemeinderatswahlen in Graz. Niederlage für die FPÖ. Ende der Ära Alexander Götz. Teilzeitkoalition zwischen ÖVP und SPÖ. Franz Hasiba wird erster ÖVP-Bürgermeister in Graz (bis 1985). Danach folgt ihm Alfred Stingl (SPÖ).
24. April: Die Nationalratswahlen bedeuten das Ende der Ära Kreisky. Mandatsverteilung: SPÖ 90, ÖVP 81, FPÖ 12. Die SPÖ verliert die absolute Mehrheit und bildet mit der FPÖ eine kleine Koalition. Fred Sinowatz wird Bundeskanzler.
25. Mai: Die Leykam-Papierfabrik in Niklasdorf wird geschlossen.
- 10.–13. September: Papst Johannes Paul II. besucht den Wallfahrtsort Mariazell.

1984

---

23. Juni: In Landeskrankenhaus Graz kommt das erste Retortenbaby auf die Welt.

1985

---

- Konflikt der Steirischen Volkspartei mit der Bundesregierung und der Bundes-ÖVP um die Stationierung der Draken-Abfangjäger. Einleitung des Anti-Draken-Volksbegehrens.
22. Juni: Das Musikfestival „styriarte“ wird unter der Ägide von Prof. Kurt Jungwirth und unter der Leitung von Nikolaus Harnoncourt erstmals veranstaltet.
27. Dezember: Tod von Hanns Koren, dem Doyen der steirischen Kulturpolitik.

1986

---

10. März: Das Anti-Draken-Volksbegehren erzielt über 244.000 Unterschriften.
- September/November: Höhepunkt der Krise in der verstaatlichten Industrie. Abbau Tausender Beschäftigter. Der Vorstand der VÖEST erstellt sein Reformkonzept „VOEST-ALPINE – Neu“, Abbau von 9000 Mitarbeitern innerhalb von 3 Jahren, die Standorte Donawitz, Erzberg, Judenburg und Kindberg sind am schwersten betroffen.
21. September: Landtagswahlen in der Steiermark. Die Steirische Volkspartei kann ihre absolute Stimmenmehrheit ausbauen. Mandatsverteilung: ÖVP 30, SPÖ 22, FPÖ 2, Grüne 2. Veränderung des politischen Systems durch den Einzug der Grünen in den Steiermärkischen Landtag.
23. November: Bei den Nationalratswahlen kann die ÖVP die SPÖ nicht überholen. Gewinner ist die FPÖ. Erstmals wirkt der so genannte „Haider-Effekt“. Franz Vranitzky wird Bundeskanzler. In die neue Bundesregierung entsendet die Steirische Volkspartei DI Josef Riegler als Landwirtschaftsminister. Mandatsverteilung: SPÖ 80, ÖVP 77, FPÖ 18, Grüne 8.

1987

---

31. März: Einstellung der VP-Parteizeitung „Südost Tagespost“.

1988

---

21. Juni: Waltraud Klasnic übernimmt als erste Frau ein Landesregierungsamt (Wirtschaft) und ist in den kommenden Jahren am wirtschaftlichen Erfolg der Steiermark beteiligt.

1989

---

20. Mai: Landwirtschaftsminister DI Josef Riegler wird zum Bundesparteiobmann der ÖVP gewählt.

6. Juni: Die ersten fünf Abfangjäger des Bundesheeres vom Typ Saab-35-F-Draken aus Schweden landen auf dem Flughafen Graz-Thalerhof.

In der Steirischen Volkspartei wird die Parteispitze erweitert. LH Dr. Josef Krainer führt mit Dr. Gerhard Hirschmann wieder das Modell des „geschäftsführenden Parteiobmannes“ ein. Im Zuge der Vorbereitungen für die Landtagswahl erarbeitet die Steirische Volkspartei das „Modell Steiermark für die 90er Jahre“.

1990

---

7. Oktober: Die Nationalratswahl bringt der ÖVP Verluste und eine herbe Enttäuschung. Mandatsverteilung: SPÖ 80, ÖVP 60, FPÖ 33, Grüne 10.

1991

---

18. Juni: Intervention der jugoslawischen Armee gegen die Selbstständigkeit Sloweniens. Bundesheereinsatz an der slowenischen Grenze.

22. September: Landtagswahl in der Steiermark. Die Volkspartei verliert 7 % und den fünften Regierungssitz. Mandatsverteilung: ÖVP 26, SPÖ 21, FPÖ 9.

1992

---

29. April: Offizielle Eröffnung des „Chrysler-Eurostar-Werkes“ in Graz-Thondorf. Das ist der Start des erfolgreichen steirischen Automobil-Clusters.

1993

---

Dr. Reinhold Lopatka wird neuer Landespartei sekretär der Volkspartei (nun mit der Bezeichnung Landesgeschäftsführer), Waltraud Klasnic Landeshauptmannstellvertreterin und DI Franz Hasiba Landtagspräsident. Die Pyhrnautobahn ist durchgehend fertig gestellt.

20. März: In Schladming und Salzburg beginnen die „Special Olympics“, erstmals außerhalb Nordamerikas.

3. Dezember: Beginn des Briefbombenterrors: Eines der ersten Opfer ist Pfarrer Janisch aus Hartberg.



1994

---

28. Februar: „Steirischer Verkehrsverbund“ tritt in Kraft.

Februar: 52.000 Steirer sind ohne Arbeit. Das ist die höchste Arbeitslosenrate seit 1945 (11,7 %).

12. Juni: Volksabstimmung über den EU-Beitritt: 66,58 % Ja-Stimmen, in der Steiermark 68,7 % Ja-Stimmen.

5. Oktober: Nationalratswahlen. Starke Gewinne für die FPÖ und Einzug des Liberalen Forums in den Nationalrat. Mandatsverteilung: SPÖ 65, ÖVP 52, FPÖ 42, Grüne 13, Liberales Forum 13.

1995

---

1. Jänner: Beitritt Österreichs zur Europäischen Union.

April: Eröffnung des Steiermark-Hauses in Brüssel.

21./22. April: Dr. Wolfgang Schüssel wird neuer Bundesparteiobmann der ÖVP.

22. September: Erste Sendung des ersten österreichischen Privatradios „Antenne Steiermark“ in Dobl.

17. Dezember: Nationalratswahlen und Landtagswahlen in der Steiermark. Die Volkspartei verliert 8 %. Ende der Ära Josef Krainer II. Einen Tag später wird Waltraud Klasnic zu Krainers Nachfolgerin nominiert. Mandatsverteilung im Land: ÖVP 21, SPÖ 21, FPÖ 10, Grüne 2, Liberales Forum 2. Auf Bundesebene wird die SPÖ gestärkt, die ÖVP stagniert. Mandatsverteilung im Bund: SPÖ 71, ÖVP 52, FPÖ 42, Grüne 13, Liberales Forum 11.

1996

---

23. Jänner: Waltraud Klasnic wird als erste Frau in Österreich zum Landeshauptmann eines Bundeslandes gewählt.

9. März: Waltraud Klasnic übernimmt als Parteiobfrau auch die Führung der Steirischen Volkspartei, an deren Parteispitze neue und alte Gesichter zu finden sind. Neu im Regierungsteam der Volkspartei ist DI Herbert Paierl, der in den kommenden Jahren – zusammen mit LH Klasnic – die treibende Kraft der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung der Steiermark ist. In diesen Jahren entwickelt sich der steirische Autocluster zu einem wichtigen Faktor der steirischen Wirtschaft.

1997

---

Viktor Klima wird Bundeskanzler. Rückkehr des A1-Ringes, „2. Ökumenische Versammlung“ in Graz.

## 1998

---

13. April: Mit einem 5 : 0 im Arnold-Schwarzenegger-Stadion gegen die Wiener Austria fixiert der „SK Sturm Graz“ den 1. Bundesliga-Fußballmeistertitel für die Steiermark.
1. Juli: EU-Ratspräsidentschaft Österreichs. Die Steiermark als Gastgeberland. Die EU-Wohnbauminister treffen sich am 22. und 23. Oktober in Graz.
- 17./26. Juli: Bergwerksunglück von Lassing. Tod von zehn Bergleuten. „Wunder von Lassing“: Rettung des Bergmannes Georg Hainzl.

## 1999

---

- Februar: Nordische Schiweltmeisterschaft in der Ramsau.
3. Oktober: Die Nationalratswahlen bringen eine Veränderung des politischen Systems in Österreich. Mandatsverteilung: SPÖ 65, FPÖ 52, ÖVP 52, Grüne 14.

## 2000

---

4. Februar: Regierungswechsel in Österreich. Zum ersten Mal in der Geschichte bilden ÖVP und FPÖ auf Bundesebene eine Koalitionsregierung aus der Konsequenz des Wahlergebnisses der Nationalratswahl 1999 und dem Scheitern der Gespräche zwischen SPÖ und ÖVP. Dr. Wolfgang Schüssel wird Bundeskanzler.
15. Oktober: Landtagswahlen in der Steiermark. Die Volkspartei erringt mit Spitzenkandidantin Waltraud Klasnic 47,3 % der Wählerstimmen und 27 Mandaten einen Sieg und kann einen bis zu diesem Zeitpunkt noch nie da gewesenen Zugewinn von 11 % verbuchen. Mandatsverteilung: ÖVP 27, SPÖ 19, FPÖ 7, Grüne 3.

## 2001

---

11. März: Neuer VP-Landesgeschäftsführer wird Universitätslehrer Univ.-Doz. Mag. Dr. Andreas Schnider.
22. April: Bischofwechsel in der Steiermark. Amtsübergabe von Johann Weber an Egon Kapellari.
29. April: Die „Neue Zeit“ wird eingestellt.

## 2002

---

- 7./8. September: „Knittelfeld und die Folgen“. Schwere Differenzen in der FPÖ bringen den Rücktritt von Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer, Finanzminister Karl Heinz Grasser und Klubobmann Peter Westenthaler. Die Schwierigkeiten der ÖVP mit dem Koalitionspartner FPÖ münden in Neuwahlen.

11. November: In der neuen Grazer Stadthalle organisiert die Steirische Volkspartei die größte politische Indoor-Veranstaltung der Zweiten Republik.
24. November: Erdrutschsieg für die ÖVP bei den Nationalratswahlen. Mit 42,3 % der Stimmen und 79 Mandaten wird die ÖVP unter Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel bestätigt und ist erstmals seit 1966 wieder stärkste politische Kraft in Österreich. Mandatsverteilung im Bund: ÖVP 79, SPÖ 69, FPÖ 18, Grüne 17.

## 2003

---

Graz ist für ein Jahr Kulturhauptstadt Europas. Neubauten: Stadthalle, Murinsel, Kunsthaus, Lift bei der Mariensäule Am Eisernen Tor. Mag. Kristina Edlinger-Ploder und Hans Seitinger werden neue Landesräte.

26. Jänner: Gemeinderatswahlen in Graz. Die Grazer Volkspartei erringt mit ihrem Spitzenkandidaten Mag. Siegfried Nagl 36,12 %, wird damit erstmals stärkste Partei in Graz und kann nach fast zwei Jahrzehnten wieder den Bürgermeister stellen.

Mai: Eröffnung des Stiftsmuseums Admont.

17. November: Der ehemalige Bodybuilder und Filmstar Arnold Schwarzenegger wird zum Gouverneur von Kalifornien gewählt.

## 2004

---

Veränderung des Regierungsteams der Steirischen Volkspartei: Univ.-Prof. DDr. Gerald Schöpfer wird Nachfolger von DI Herbert Paiel als Wirtschaftslandesrat.

24./25. September: 20. ordentlicher Landesparteitag der Steirischen Volkspartei.

10. Dezember: Nobelpreis für die österreichische Schriftstellerin Elfriede Jelinek.

## 2005

---

13. März: Gemeinderatswahlen in der Steiermark.

18. Mai: 60 Jahre Steirische Volkspartei.

# Wahlergebnisse seit 1945

(zusammengestellt bzw. überarbeitet von Isabella Poier)

## Steiermärkischer Landtag

Wahlergebnisse seit 1945

Jahr	Wahlberechtigte		WB %		Stimmen		ÖVP		SPÖ		FPÖ		Grüne		KPÖ		LIF		Sonstige	
	abs.	%	abs.	%	abs.	ungültig	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
1945	531.256	498.441	93,82	6,060	492.381	gültig	261.065	53,02	204.774	41,59	-	-	-	-	26.542	5,39	-	-	-	-
1949	678.267	661.986	97,60	10,521	651.465	gültig	279.453	42,90	243.861	37,43	94.698	14,54	-	-	29.528	4,53	-	-	3.925	0,60
1953	708.320	680.151	96,02	20,232	659.919	gültig	268.546	40,69	271.162	41,09	89.837	13,61	-	-	29.039	4,40	-	-	1.335	0,20
1957	718.898	696.903	96,94	17,558	679.345	gültig	315.197	46,40	296.383	43,63	46.103	6,79	-	-	17.590	2,59	-	-	4.072	0,60
1961	733.380	713.741	97,06	13,036	700.705	gültig	330.164	47,12	292.068	41,68	50.726	7,24	-	-	26.880	3,84	-	-	867	0,12
1965	747.334	716.986	95,94	12,016	704.970	gültig	341.308	48,41	297.166	42,15	41.165	5,84	-	-	22.535	3,20	-	-	2.796	0,40
1970	782.674	740.454	94,61	7,110	733.344	gültig	356.325	48,59	327.906	44,71	38.641	5,27	-	-	9.904	1,35	-	-	568	0,08
1974	777.490	739.149	95,07	10,265	728.884	gültig	388.283	53,27	300.189	41,18	30.608	4,20	-	-	9.804	1,35	-	-	-	-
1978	796.273	754.136	94,71	13,233	740.903	gültig	384.905	51,95	298.560	40,30	47.562	6,42	-	-	9.876	1,33	-	-	-	-
1981	826.598	775.006	93,76	20,325	754.681	gültig	384.048	50,89	322.416	42,72	38.135	5,05	-	-	10.082	1,34	-	-	-	-
1986	858.603	788.413	91,83	27,685	760.728	gültig	393.650	51,75	286.327	37,64	34.884	4,59	28.366	3,73	8.945	1,18	-	-	8.556	1,13
1991	903.486	809.502	89,60	33,037	776.465	gültig	343.427	44,23	271.232	34,93	119.462	15,39	22.372	2,88	4.627	0,60	-	-	15.345	1,98
1995	894.456	777.467	86,92	16,544	760.923	gültig	275.817	36,25	273.403	35,93	130.492	17,15	32.831	4,31	4.360	0,57	29.238	3,84	14.782	1,95
2000	903.852	674.658	74,64	7,599	667.059	gültig	315.474	47,29	215.619	32,32	82.767	12,41	37.399	5,61	6.872	1,03	7.373	1,11	1.555	0,23

Wahlber. = Wahlberechtigte; WB % = Wahlbeteiligung in %

## Stmk. Landtag – Mandatsverteilung

Stmk. Landesregierung – Regierungssitze  
seit 1945

Jahr	ÖVP	SPÖ	FPÖ*	Grüne	KPÖ**	LIF
1945	26 (5)	20 (4)	-	-	2	-
1949	22 (4)	18 (4)	7 (1)	-	1	-
1953	21 (4)	20 (4)	6 (1)	-	1	-
1957	24 (5)	21 (4)	3	-	-	-
1961	24 (5)	20 (4)	3	-	1	-
1965	29 (5)	24 (4)	2	-	1	-
1970	28 (5)	26 (4)	2	-	-	-
1974	31 (5)	23 (4)	2	-	-	-
1978	30 (5)	23 (4)	3	-	-	-
1981	30 (5)	24 (4)	2	-	-	-
1986	30 (5)	22 (4)	2	2	-	-
1991	26 (4)	21 (4)	9 (1)	-	-	-
1995	21 (4)	21 (4)	10 (1)	2	-	2
2000	27 (5)	19 (3)	7 (1)	3	-	-

\* LTW 1949 und 1953: WdU

\*\* LTW 1949: KPÖ und Linksozialisten; LTW 1953: Volksoption  
LTW 1961: KPÖ und Linksozialisten

In Klammern () die Verteilung der Regierungssitze

## Nationalrat – Mandatsverteilung

seit 1945

Jahr	ÖVP	SPÖ	FPÖ	Grüne	KPÖ	LIF
1945	85	76	-	-	4	-
1949	77	67	16	-	5	-
1953	74	73	14	-	4	-
1956	82	74	6	-	3	-
1959	79	78	8	-	-	-
1962	81	76	8	-	-	-
1966	85	74	6	-	-	-
1970	81	78	6	-	-	-
1971	80	93	10	-	-	-
1975	80	93	10	-	-	-
1979	77	95	11	-	-	-
1983	81	90	12	-	-	-
1986	77	80	18	8	-	-
1990	60	80	33	10	-	-
1994	52	65	42	13	-	11
1995	52	71	41	9	-	10
1999	52	65	52	14	-	-
2002	79	69	18	17	-	-

# Nationalrat – Österreich

## Wahlergebnisse seit 1945

Jahr	Wahlberechtigte			Stimmen		ÖVP		SPÖ		FPÖ <sup>1</sup>		Grüne <sup>2</sup>		KPÖ <sup>3</sup>		LIF		Sonstige	
	abs.	WB %	gültig	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
1945	3.449.605	3.253.329	3.217.354	1.602.227	49,80	1.434.898	44,60	-	-	-	-	-	-	174.257	5,42	-	-	5.972	0,19
1949	4.391.815	4.250.616	4.193.733	1.846.581	44,03	1.623.524	38,71	489.273	11,67	489.273	11,67	-	-	213.066	5,08	-	-	21.289	0,51
1953	4.586.870	4.395.519	4.318.688	1.781.777	41,26	1.818.517	42,11	472.866	10,95	472.866	10,95	-	-	228.159	5,28	-	-	17.369	0,39
1956	4.614.464	4.427.711	4.351.908	1.999.986	45,96	1.873.295	43,05	283.749	6,52	283.749	6,52	-	-	192.438	4,42	-	-	2.440	0,06
1959	4.696.603	4.424.658	4.362.856	1.928.043	44,19	1.953.935	44,79	336.110	7,70	336.110	7,70	-	-	142.578	3,27	-	-	2.190	0,05
1962	4.805.351	4.506.007	4.456.131	2.024.501	45,43	1.960.685	44,00	313.895	7,04	313.895	7,04	-	-	135.520	3,04	-	-	21.530	0,48
1966	4.886.818	4.583.970	4.531.885	2.191.109	48,35	1.928.985	42,56	242.570	5,35	242.570	5,35	-	-	18.636	0,41	-	-	150.585	3,32
1970	5.045.841	4.630.851	4.588.961	2.051.012	44,69	2.221.981	48,42	253.425	5,52	253.425	5,52	-	-	44.750	0,98	-	-	17.793	0,40
1971	4.984.448	4.607.616	4.556.990	1.964.713	43,11	2.280.168	50,04	248.473	5,45	248.473	5,45	-	-	61.762	1,36	-	-	1.874	0,04
1975	5.019.227	4.662.684	4.613.432	1.981.291	42,95	2.326.201	50,42	249.444	5,41	249.444	5,41	-	-	55.032	1,19	-	-	1.464	0,03
1979	5.186.735	4.784.173	4.729.251	1.981.739	41,90	2.413.226	51,03	286.743	6,06	286.743	6,06	-	-	45.280	0,96	-	-	2.263	0,05
1983	5.316.436	4.922.454	4.853.417	2.097.808	43,22	2.312.529	47,65	241.789	4,98	241.789	4,98	65.816	1,36	31.912	0,66	-	-	103.563	2,13
1986	5.461.414	4.940.298	4.852.188	2.003.663	41,29	2.092.024	43,12	472.205	9,73	472.205	9,73	234.028	4,82	35.104	0,72	-	-	15.164	0,31
1990	5.628.912	4.848.741	4.704.894	1.508.600	32,06	2.012.787	42,78	782.648	16,63	782.648	16,63	225.081	4,78	25.685	0,55	-	-	150.093	3,19
1994	5.774.000	4.730.987	4.633.114	1.281.846	27,67	1.617.804	34,92	1.042.332	22,50	1.042.332	22,50	338.538	7,31	11.919	0,26	276.580	5,97	64.095	1,38
1995 <sup>4</sup>	5.768.099	4.959.455	4.844.173	1.370.510	28,29	1.843.474	38,06	1.060.377	21,89	1.060.377	21,89	233.208	4,81	13.938	0,29	267.026	5,51	55.640	1,15
1999	5.838.373	4.695.225	4.622.354	1.243.672	26,91	1.532.448	33,15	1.244.087	26,91	1.244.087	26,91	342.260	7,40	22.016	0,48	168.612	3,65	69.259	1,50
2002	5.912.592	4.982.261	4.909.645	2.076.833	42,30	1.792.499	36,51	491.328	10,01	491.328	10,01	464.980	9,47	27.568	0,56	48.083	0,98	8.354	0,17

Wahlber. = Wahlberechtigte; WB % = Wahlbeteiligung in %

1 1949 und 1953: WGU

2 1983: VGO-Stimmen (93,798 / 1,93 %) bei „Sonstige“ enthalten

1986: GAL-Stimmen (6,005 / 0,12 %) bei „Sonstige“ enthalten

1990: VGO-Stimmen (92,277 / 1,96 %) bei „Sonstige“ enthalten

3 1953: Wahlgemeinschaft Österreichische Volkspolizei 1956, 1959, 1962, 1966: Kommunisten und Linkssozialisten

4 Stimmenergebnis unter Berücksichtigung der Wiederholungswahl vom 13. 10. 1996

# Nationalrat – Steiermark

## Wahlergebnisse seit 1945

Jahr	Wahlberabgegeben			Stimmen		ÖVP		SPÖ		FPÖ <sup>1</sup>		Grüne <sup>2</sup>		KPÖ <sup>3</sup>		LIF		Sonstige	
	WB %	ungültig	gültig	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
1945	531.238	499.310	93,99	5.449	493.861	261.358	52,92	205.779	41,67	-	-	-	-	26.724	5,41	-	-	-	-
1949	678.328	664.301	97,93	10.546	653.755	280.719	42,94	244.482	37,40	94.991	14,53	-	-	29.617	4,53	-	-	3.946	0,60
1953	708.311	682.335	96,33	19.817	662.518	269.662	40,70	272.360	41,11	89.895	13,57	-	-	29.177	4,40	-	-	1.424	0,22
1956	716.017	698.769	97,59	11.659	687.110	313.510	45,63	302.325	44,00	47.513	6,91	-	-	23.762	3,46	-	-	-	-
1959	726.066	701.489	96,62	11.108	690.381	308.835	44,73	312.776	45,30	47.116	6,82	-	-	21.654	3,14	-	-	-	-
1962	739.653	714.987	96,67	10.088	704.899	327.853	46,51	304.810	43,24	48.034	6,81	-	-	24.202	3,43	-	-	-	-
1966	752.162	727.606	96,74	10.550	717.056	356.703	49,75	313.763	43,76	34.976	4,88	-	-	11.331	1,58	-	-	283	0,04
1970	782.640	749.353	95,75	9.807	739.546	337.463	45,63	354.023	47,87	36.877	4,99	-	-	8.988	1,22	-	-	2.195	0,29
1971	772.901	740.471	95,80	10.822	729.649	324.894	44,53	357.198	48,95	35.594	4,88	-	-	11.963	1,64	-	-	-	-
1975	779.866	750.536	96,24	10.033	740.503	325.372	43,94	372.219	50,27	33.936	4,58	-	-	8.976	1,21	-	-	-	-
1979	811.261	779.044	96,03	11.269	767.775	317.651	41,37	394.397	51,37	47.184	6,15	-	-	8.543	1,11	-	-	-	-
1983	836.331	801.368	95,82	14.301	787.067	332.668	42,27	389.179	49,45	31.265	3,97	-	-	14.361	1,82	-	-	13.603	1,73
1986	859.323	820.081	95,43	21.189	798.892	327.557	41,00	352.219	44,09	79.364	9,93	-	-	32.592	4,08	-	-	-	-
1990	883.795	823.232	93,15	28.137	795.095	263.800	33,18	344.525	43,33	133.797	16,83	-	-	31.334	3,94	-	-	15.928	2,00
1994	905.719	793.151	87,57	20.457	772.694	212.122	27,45	282.781	36,60	181.051	23,43	-	-	47.683	6,17	-	-	8.040	1,04
1995	904.431	791.823	87,55	27.292	764.531	225.620	29,51	303.089	39,64	162.195	21,21	-	-	30.830	4,03	-	-	7.499	0,98
1999	912.056	731.249	80,18	9.704	721.545	193.381	26,80	243.917	33,80	210.672	29,20	-	-	41.960	5,82	-	-	18.993	2,63
2002	920.100	771.855	83,89	9.257	762.598	340.185	44,61	281.965	36,97	73.540	9,64	-	-	53.011	6,95	-	-	6.628	0,87

Wahlber. = Wahlberechtigte; WB % = Wahlbeteiligung in %

1 1949 und 1953: WdU

2 1983: VGO-Stimmen (12,195 / 11,55 %) bei „Sonstige“ enthalten

3 1990: VGO-Stimmen (8,818 / 7,11 %) bei „Sonstige“ enthalten

3 1953: Wahlgemeinschaft Österreichische Volkspopposition

## Wahlen zum Europäischen Parlament

### Österreich

Jahr	Wahlber.	abgegeben			Stimmen			ÖVP		SPÖ		FPÖ		Grüne		LIF		Sonstige	
		WB %	ungültig	gültig	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	
1996	5.800.377	3.928.538	67,73	134.393	3.794.145	1.124.921	29,56 (7)	1.105.910	29,15 (6)	1.044.604	27,53 (6)	258.250	6,81 (1)	161.583	4,26 (1)	98.877	2,61 (0)		
1999	5.847.660	2.888.733	49,40	87.380	2.801.353	859.175	30,67 (7)	888.338	31,71 (7)	655.519	23,40 (5)	260.273	9,29 (2)	74.467	2,66 (0)	63.581	2,27 (0)		
2004	6.049.129	2.566.639	42,43	66.029	2.500.610	817.716	32,70 (6)	833.517	33,33 (7)	157.722	6,31 (1)	322.429	12,89 (2)			349.696	13,62 (2)*		

\* Liste Martin

### Steiermark

Jahr	Wahlber.	abgegeben			Stimmen			ÖVP		SPÖ		FPÖ		Grüne		LIF		Sonstige	
		WB %	ungültig	gültig	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	
1996	908.555	570.919	62,84	13.742	557.177	169.400	30,40	162.569	29,18	160.735	28,85	32.128	5,77	17.921	3,22	14.424	2,59		
1999	913.643	397.854	43,55	8.465	389.389	117.151	30,09	125.856	32,32	97.470	25,03	30.609	7,86	8.285	2,13	10.018	2,57		
2004	936.389	348.286	37,19	7.295	340.991	118.815	34,84	121.693	35,69	22.374	6,56	34.675	10,17			40.874	11,99*		

\* Liste Martin

Wahlber. = Wahlberechtigte; WB % = Wahlbeteiligung in %



## Gemeinderat – Graz

### Wahlergebnisse seit 1945

Jahr	Wahlberechtigte		WB %		Stimmen		ÖVP		SPÖ		FPÖ		KPÖ		Grüne		LIF		Sonstige		
	abs.	%	abs.	%	abs.	ungültig	gültig	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
1945	109.678	99,867	91,05	1,442	98,425	41,092	41,75 (15)	50,703	51,51 (19)	-	-	6,630	6,74 (2)	-	-	-	-	-	-	-	-
1949	152.904	147,510	96,47	3,545	143,965	45,618	31,69 (16)	59,097	41,05 (20)	28,487	19,79 (10)	8,147	5,66 (2)	-	-	-	-	-	-	2,616	1,82 (0)
1953	160.306	152,251	94,98	6,325	145,926	47,920	32,84 (16)	62,238	42,65 (21)	26,773	18,35 (9)	8,530	5,85 (2)	-	-	-	-	-	-	459	0,31 (0)
1958	166.244	156,842	94,34	4,938	151,904	56,790	37,39 (18)	71,206	46,88 (23)	18,019	11,86 (6)	5,889	3,88 (1)	-	-	-	-	-	-	-	-
1963	172.160	162,758	94,54	3,281	159,477	55,230	34,63 (17)	74,192	46,52 (23)	23,313	14,62 (7)	5,528	3,47 (1)	-	-	-	-	-	-	1,214	0,76 (0)
1968	174.616	163,355	93,55	3,335	160,020	50,770	31,73 (15)	83,457	52,15 (26)	20,909	13,07 (6)	4,502	2,81 (1)	-	-	-	-	-	-	382	0,24 (0)
1973	177.733	160,768	90,45	3,523	157,245	55,759	35,46 (20)	69,550	44,23 (26)	26,515	16,86 (9)	4,795	3,05 (1)	-	-	-	-	-	-	626	0,40 (0)
1978	179.854	162,241	90,21	3,482	158,759	49,772	31,35 (18)	65,490	41,25 (23)	39,485	24,87 (14)	3,196	2,01 (1)	-	-	-	-	-	-	816	0,51 (0)
1983	180.419	159,681	88,51	4,392	155,289	50,258	32,36 (18)	65,255	42,02 (24)	23,992	15,45 (9)	2,849	1,83 (1)	10,399	7,04 (4)	-	-	-	-	2,002	1,29 (0)
1988	182.384	157,175	84,53	10,692	143,483	45,748	31,88 (19)	60,933	42,47 (25)	16,927	11,80 (7)	4,426	3,08 (1)	7,074	4,93 (2)	-	-	-	-	8,375	5,84 (2) <sup>1</sup>
1993	189.156	143,785	76,01	9,268	134,517	35,129	26,11 (15)	46,687	34,71 (21)	26,971	20,05 (12)	5,647	4,20 (2)	7,073	5,26 (3)	-	-	-	-	13,010	9,67 (3) <sup>2</sup>
1998	180.532	111,425	61,72	2,527	108,898	25,274	23,21 (13)	33,645	30,90 (18)	29,166	26,78 (16)	8,555	7,86 (4)	6,110	5,61 (3)	2,868	2,63 (1)	-	-	3,280	3,01 (1) <sup>3</sup>
2003	187.305	109,335	58,37	1,279	108,056	39,029	36,12 (21)	27,975	25,89 (15)	8,626	7,98 (4)	22,425	20,75 (12)	8,930	8,26 (4)	381	0,35 (0)	-	-	690	0,64 (0)

Wahlber. = Wahlberechtigte; WB % = Wahlbeteiligung in %

1 GBL: 1 Mandat

2 ÖABP: 1 Mandat, GRÜN: 1 Mandat

3 ÖABP: 1 Mandat

## Gemeinderat – ohne Graz

### Wahlergebnisse seit 1950

Jahr	Stimmen			ÖVP		SPÖ		FPÖ		Grüne		KPÖ		LiF		Sonstige	
	Wahlberechtigte	WB %	ungültig	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
1950*				225.111	38,85	230.209	39,73	64.438	11,12	-	-	26.677	4,60	-	-	33.033	5,70
1955	547.078	520.309	12.634	231.777	45,65	226.845	44,68	1.212	0,24	-	-	13.631	2,68	-	-	34.210	6,74
1960	562.441	532.312	12.903	234.656	45,18	227.591	43,82	27.492	5,29	-	-	13.915	2,68	-	-	15.755	3,03
1965	576.313	547.543	12.101	246.072	45,96	242.109	45,22	21.314	3,98	-	-	11.376	2,12	-	-	14.571	2,72
1970	596.699	561.041	10.810	250.138	45,46	253.326	46,04	25.539	4,64	-	-	8.150	1,48	-	-	13.078	2,38
1975	628.429	590.345	12.168	273.953	47,38	255.672	44,22	25.713	4,45	-	-	8.065	1,39	-	-	14.774	2,56
1980	658.574	612.976	14.048	278.710	46,53	270.461	45,16	26.038	4,35	-	-	6.234	1,04	-	-	17.485	2,92
1985	687.621	638.737	20.333	291.497	47,14	266.894	43,16	21.766	3,52	8.720	1,41	6.865	1,11	-	-	22.662	3,66
1990	715.056	656.241	25.397	279.493	44,30	256.240	40,62	53.416	8,47	9.928	1,57	5.646	0,89	-	-	26.121	4,14
1995	733.796	615.106	15.230	252.229	42,05	229.919	38,33	67.702	11,29	12.238	2,04	4.130	0,69	1.593	0,27	32.065	5,35
2000	738.465	590.583	8.618	250.295	43,01	226.004	38,83	65.958	11,33	12.099	2,08	3.071	0,53	370	0,06	24.168	4,15

Wahlber. = Wahlberechtigte; WB % = Wahlbeteiligung in %

\* Einzelne Daten des Jahres 1950 konnten nicht eruieret werden.

# Arbeiterkammer Steiermark

## Wahlergebnisse seit 1949

Jahr	Wahlberechtigte		WB %		Stimmen		FSG-SPÖ <sup>1</sup>		ÖAAB-ÖVP <sup>2</sup>		FA-FPO <sup>3</sup>		KPÖ <sup>4</sup>		GE <sup>5</sup>		Parteilose Liste		AUGE/JUG <sup>6</sup>		
	abs.	% (M)	abs.	% (M)	ungültig	gültig	abs.	% (M)	abs.	% (M)	abs.	% (M)	abs.	% (M)	abs.	% (M)	abs.	% (M)	abs.	% (M)	
1949	162.690	132.507	81,45	1.439	131.068	85.716	65,40 (73)	12.349	9,42 (10)	19.198	14,65 (16)	13.805	10,53 (11)	-	-	-	-	-	-	-	-
1954	184.834	142.728	77,22	4.468	138.260	100.143	72,43 (85)	19.134	13,84 (14)	3.738	2,70 (2)	-	-	11.808	8,54 (8)	3.437	2,49 (1)	-	-	-	-
1959	211.808	152.330	71,92	5.165	147.165	104.104	70,74 (82)	23.664	16,08 (17)	4.837	3,29 (2)	-	-	11.554	7,85 (8)	3.006	2,04 (1)	-	-	-	-
1964	233.894	157.115	67,17	4.915	152.200	108.881	71,54 (83)	25.814	16,96 (17)	3.889	2,56 (2)	-	-	11.889	7,81 (7)	1.727	1,13 (1)	-	-	-	-
1969	228.176	144.054	63,13	2.012	142.042	103.942	73,18 (84)	27.308	19,23 (20)	5.814	4,09 (3)	4.978	3,50 (3)	-	-	-	-	-	-	-	-
1974	255.823	172.517	67,44	2.320	170.197	116.028	68,17 (78)	42.803	25,15 (27)	5.358	3,15 (2)	5.740	3,37 (3)	268	0,16 (0)	-	-	-	-	-	-
1979	266.499	163.208	61,24	1.754	161.454	112.839	69,89 (79)	42.294	26,20 (28)	3.544	2,20 (2)	2.240	1,39 (1)	537	0,33 (0)	-	-	-	-	-	-
1984	277.908	177.744	63,96	3.681	174.063	107.711	61,88 (70)	59.336	34,09 (38)	2.780	1,60 (1)	3.118	1,79 (1)	1.118	0,64 (0)	-	-	-	-	-	-
1989	267.483	131.628	49,21	5.647	125.981	74.980	59,52 (67)	37.978	30,15 (35)	7.772	6,17 (6)	3.311	2,63 (1)	1.940	1,54 (1)	-	-	-	-	-	-
1994	359.554	106.142	29,52	6.246	99.896	53.724	53,78 (62)	26.915	26,94 (31)	15.287	15,30 (16)	1.711	1,71 (0)	2.259	2,26 (1)	-	-	-	-	-	-
2000	328.610	143.002	43,52	2.142	140.860	86.231	61,22 (69)	36.178	25,68 (28)	12.411	8,80 (9)	1.536	1,10 (1)	-	-	-	-	-	-	4.504	3,20 (3)

Wahlber. = Wahlberechtigte; WB % = Wahlbeteiligung in %

- 1 Sozialdemokratische Gewerkschafter
- 2 Österreichischer Arbeiter- und Angestelltenbund
- 3 Freiheitliche Arbeitnehmer; 1949: VÖU; 1954: Wählergruppe der Unabhängigen und Parteilosen
- 4 Ab 1969: Gewerkschaftlicher Linksblock (GLB)
- 5 Liste der Gewerkschaftlichen Einheit
- 6 Alternative und Grüne GewerkschafterInnen (Grüne)

# Wirtschaftskammer Steiermark

Wahlergebnisse seit 1950

Jahr	Wahlberechtigte			Stimmen			ÖWB <sup>1</sup>		FWW <sup>2</sup>		RFW <sup>2</sup>		Sonstige		
	abs.	WB %	gültig	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
1950	38.377	84,57	31.281	25.579	81,77	3.408	10,90	-	-	-	-	2.294	7,33	-	-
1955	39.231	35.340	90,08	665	34.675	86,08	11,98	4.154	11,98	-	-	673	1,94	-	-
1960	41.309	37.232	90,13	1.015	36.217	87,69	10,88	3.940	10,88	-	-	519	1,43	-	-
1965	34.367	31.159	90,67	731	30.428	89,63	10,10	3.072	10,10	-	-	82	0,27	-	-
1970*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1975	46.171	41.201	89,24	594	40.607	90,00	10,00	4.061	10,00	-	-	-	-	-	-
1980*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1985	54.335	41.374	76,15	657	40.717	86,49	9,09	3.702	9,09	1.765	4,33	33	0,08	-	-
1990	62.819	41.775	68,92	816	40.959	73,87	7,93	3.249	7,93	7.151	17,46	301	0,73	-	-
1995	58.425	35.508	60,77	720	34.788	67,78	7,35	2.557	7,35	7.611	21,88	1.039	2,99	-	-
2000	55.145	30.825	55,90	317	30.508	71,52	6,66	2.031	6,66	5.877	19,26	782	2,56	-	-

Wahlber. = Wahlberechtigte; WB % = Wahlbeteiligung in %

\* 1970 und 1980 fanden keine Wahlen statt, da sich nur eine wahlwerbende Gruppe um Mandate bewarb.

1 Österreichischer Wirtschaftsband (ÖVP)

2 Freier Wirtschaftsverband (FPÖ)

3 Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreiber (FPÖ)

# Landarbeitskammer Steiermark

## Wahlergebnisse seit 1952

Jahr	Wahlber.abgegeben	Stimmen			ÖVP		SPÖ		FPÖ	
		WB %	ungültig	gültig	abs.	% (M)	abs.	% (M)	abs.	% (M)
1952 <sup>1</sup>	48.014		37.521	21.416	57,08 (19)	16.105	42,92 (16)	–	–	–
1957	42.383	87,10	581	21.302	58,63 (21)	15.032	41,37 (14)	–	–	–
1963	40.735	90,82	507	22.109	60,59 (22)	14.300	39,19 (13)	79	0,22 (0)	–
1968	35.089 <sup>2</sup>	85,97	473	29.694	57,43 (20)	12.640	42,57 (15)	–	–	–
1973	31.417 <sup>2</sup>	79,34	303	24.623	61,31 (23)	8.649	35,13 (12)	877	3,56 (0)	–
1978 <sup>3</sup>	29.052 <sup>2</sup>	68,88	230	19.780	67,13 (24)	6.502	32,87 (11)	–	–	–
1983	9.609	77,35	71	7.362	70,21 (25)	2.193	29,79 (10)	–	–	–
1988	8.372	74,69	81	6.172	76,93 (27)	1.424	23,07 (8)	–	–	–
1994	8.153	56,51	112	4.495	77,89 (28)	994	22,11 (7)	–	–	–
2000	8.026	55,38	61	4.384	79,22 (17)	911	20,78 (4)	–	–	–

Wahlber. = Wahlberechtigte; WB % = Wahlbeteiligung in %

1 Die Wahlbeteiligung betrug rund 80 %. Die fehlenden Daten waren nicht eruierbar.

2 inklusive Pensionisten

3 Wahl vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben

# Landwirtschaftskammer

Wahlergebnisse seit 1949

Jahr	Wahlberabgegeben			Stimmen		Steirischer Bauernbund ÖVP <sup>1</sup>		Steirisches Landvolk SPO <sup>2</sup>		Freiheitliche Bauernschaft FPÖ <sup>3</sup>		Liste der Klein-, Mittel- und Bergbauern		Allgemeiner Bauernverband	
	WB %	ungültig	gültig	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
1949	168.724	142.782	84,62	969	141.813	112.798	79,54 (32)	11.260	7,94 (1)	17.665	12,46 (6)	90	0,06 (0)	-	-
1954	168.021	151.635	90,25	3.160	148.475	128.507	86,55 (33)	14.331	9,65 (6)	5.637	3,80 (0)	-	-	-	-
1959	172.795	159.102	92,07	2.850	156.252	130.513	83,54 (33)	16.043	10,26 (6)	9.696	6,20 (0)	-	-	-	-
1964*	158.758	143.514	90,40	2.955	140.559	123.065	87,55 (35)	11.419	8,13 (2)	6.075	4,32 (2)	-	-	-	-
1966*	168.085	148.146	88,14	3.865	144.281	122.247	84,73 (33)	15.641	10,84 (5)	6.393	4,43 (1)	-	-	-	-
1971	158.959	131.959	83,01	2.870	129.089	110.093	85,28 (35)	14.354	11,12 (4)	4.642	3,60 (0)	-	-	-	-
1976	152.874	119.598	78,22	2.828	116.770	101.530	86,95 (36)	11.273	9,65 (3)	3.213	2,75 (0)	-	-	754	0,65 (0)
1981	147.921	111.574	76,25	3.012	108.562	93.244	85,89 (35)	11.295	10,40 (4)	3.522	3,22 (0)	-	-	501	0,49 (0)
1986	146.066	113.776	77,89	3.215	110.561	94.560	85,53 (35)	12.768	11,55 (4)	2.355	2,13 (0)	-	-	878	0,79 (0)
1991	142.503	103.190	72,41	3.995	99.195	79.788	80,44 (33)	9.825	9,90 (3)	9.582	9,66 (3)	-	-	-	-
1996	133.478	78.109	59,45	1.716	76.393	64.215	84,06 (34)	6.866	8,99 (3)	5.312	6,95 (2)	-	-	-	-
2001	119.055	66.845	56,15	2.001	64.844	54.278	83,71 (34)	5.657	8,72 (3)	4.909	7,57 (2)	-	-	-	-

Wahlber. = Wahlberechtigte; WB % = Wahlbeteiligung in %

\* Die Wahl von 1964 wurde vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben. 1966 fanden Neuwahlen statt.

1 1949: 1. Steirischer Bauernbund

2 1949: Österreichischer Arbeitsbauernbund

3 1949: Unabhängiger Bauernbund im VdU; 1954: Nationale Bauernschaft

# Landespersonalvertretung Steiermark

## Wahlergebnisse seit 1973

Jahr	Wahlber. 6.128	abgegeben 5.886	Stimmen			ÖAAB-FCG <sup>1</sup>		FSG-SPÖ <sup>2</sup>		ALF <sup>3</sup>		Sonstige	
			WB % 96,05	ungültig 198	gültig 5.688	abs. 4.121	% 72,45	abs. 1.312	% 23,07	abs. -	% -	abs. 255	% 4,48
1977	6.692	6.198	92,61	302	5.896	4.694	79,61	1.202	20,39	-	-	-	-
1981	7.134	6.709	94,04	308	6.401	5.141	80,32	1.260	19,68	-	-	-	-
1985	7.348	6.914	94,09	344	6.570	5.475	83,33	1.095	16,67	-	-	-	-
1990	7.465	6.857	91,86	358	6.499	4.048	62,29	853	13,13	1.256	19,33	342	5,26
1995	7.716	6.880	89,17	295	6.585	4.203	63,83	854	12,97	1.528	23,20	-	-
2000	8.061	6.968	86,44	215	6.753	4.626	68,50	1.114	16,50	1.013	15,00	-	-

Wahlber. = Wahlberechtigte; WB % = Wahlbeteiligung in %

1. Österreichischer Arbeiter- und Angestelltenbund und Fraktion Christlicher Gewerkschafter

2. Sozialdemokratische Gewerkschaft im Landesdienst und Unabhängige

3. ALF: Aktives Landesforum

## 1945–2005: Daten, Fakten, Personen

---

### VP-Landeshauptleute der Steiermark

---

1945–1948: Anton PIRCHEGGER

1948–1971: Josef KRAINER sen.

1971–1980: Dr. Friedrich NIEDERL

1980–1995: Dr. Josef KRAINER

seit 1996: Waltraud KLASNIC

### VP-Landesparteioibmänner

---

1945–1946: Univ.-Prof. Dr. Alois DIENSTLEDER

1946–1965: Dr. Alfons GORBACH (1962–1965 mit Dr. Theodor PIFFL-PERCEVIC als geschäftsführendem Landesparteioibmann)

1965–1971: Ökonomierat Josef KRAINER sen.

1972–1980: Dr. Friedrich NIEDERL (mit Dr. Josef KRAINER jun. als geschäftsführendem Landesparteioibmann)

1980–1995: Dr. Josef KRAINER (seit 1989 mit Dr. Gerhard HIRSCHMANN als geschäftsführendem Landesparteioibmann)

seit 1996: Waltraud KLASNIC

### VP-Landesparteisekretäre (seit 1992 Landesgeschäftsführer)

---

1945–1946: Ing. Karl KOBER

1947–1962: Franz WEGART

1962–1966: Dr. Alfred RAINER

1966–1973: DI Franz HASIBA

1973–1981: Dr. Karl MAITZ

1981–1989: Dr. Gerhard HIRSCHMANN

1989–1992: Dr. Candidus CORTOLEZIS

1992–1993: Ludwig KAPFER

1993–2001: Dr. Reinhold LOPATKA

seit 2001: Univ.-Doz. Mag. Dr. Andreas SCHNIDER

### VP-Klubobleute im Steiermärkischen Landtag

---

1945–1947: DDDR. Udo ILLIG

1947–1948: Hugo MRAZEK

1948–1971: LH Josef KRAINER sen.

1971–1980: LH Dr. Friedrich NIEDERL



1980–1983: Franz FELDGRILL  
1983–1989: Dr. Bernd SCHILCHER  
1989–1993: Dr. Gerhard HIRSCHMANN  
1993–1994: Dr. Karl MAITZ  
1994–2001: Hermann SCHÜTZENHÖFER  
2001–2003: Dr. Reinhold LOPATKA  
seit 2003: Mag. Christopher DREXLER

#### Mitglieder der Steirischen Volkspartei in den Bundesregierungen

Franz THOMA: BM für Land- und Forstwirtschaft, 1952–1959  
DDDr. Udo ILLIG: BM für Handel und Wiederaufbau, 1953–1956  
Dr. Alfons GORBACH: Bundeskanzler, 1961–1964  
Dr. Theodor PIFFL-PERCEVIC: BM für Unterricht,, 1964–1969  
DI Josef RIEGLER: Vizekanzler und BM für Föderalismus und Verwaltungsreform, 1987–1991  
Dkfm. Ruth FELDGRILL-ZANKEL: BM für Umwelt, Jugend und Familie, 1991–1992  
Dr. Martin BARTENSTEIN: Staatssekretär, 1994, BM für Umwelt, 1995, BM für Umwelt, Jugend und Familie, 1996, seit 2000 BM für Arbeit und Wirtschaft.

#### Mitglied des Europäischen Parlaments (MEP)

Univ.-Prof. DDr. Reinhard RACK seit 1. Jänner 1995

#### Die Präsidenten des Steiermärkischen Landtages

##### I. Gesetzgebungsperiode

Landtagswahl: 25. November 1945

Präsident: Josef WALLNER (ÖVP) ab 12. Dezember 1945

2. Präsident: Franz STOCKBAUER (SPÖ) ab 12. Dezember 1945

##### II. Gesetzgebungsperiode

Landtagswahl: 9. Oktober 1949

Präsident: Franz THOMA (ÖVP) ab 5. November 1949

Josef WALLNER (ÖVP) ab 16. Februar 1952

2. Präsident: Franz STOCKBAUER (SPÖ) ab 5. November 1949

Karl OPERSCHALL (SPÖ) ab 28. April 1952

3. Präsident: Franz SCHEER (VdU) ab 13. Juni 1950

##### III. Gesetzgebungsperiode

Landtagswahl: 22. Februar 1953

Präsident: Josef WALLNER (ÖVP) ab 18. März 1953

2. Präsident: Karl OPERSCHALL (SPÖ) ab 18. März 1953
3. Präsident: Franz SCHEER (VdU) ab 18. März 1953

#### IV. Gesetzgebungsperiode

Landtagswahl: 10. März 1957

- Präsident: Josef WALLNER (ÖVP) ab 18. März 1957
2. Präsident: Karl OPERSCHALL (SPÖ) ab 18. März 1957
  3. Präsident: Dr. Anton STEPHAN (VdU) ab 9. April 1957

#### V. Gesetzgebungsperiode

Landtagswahl: 12. März 1961

- Präsident: Karl BRUNNER (ÖVP) ab 11. April 1961
2. Präsident: Dr. Richard KAAAN (ÖVP) ab 14. April 1964
  3. Präsident: Anton AFRITSCH (SPÖ) ab 11. April 1961

#### VI. Gesetzgebungsperiode

Landtagswahl: 14. März 1965

- Präsident: Dr. Richard KAAAN (ÖVP) ab 7. April 1965  
Franz KOLLER (ÖVP) ab 10. Februar 1969
2. Präsident: Anton AFRITSCH (SPÖ) ab 7. April 1965
  3. Präsident: Franz KOLLER (ÖVP) ab 7. April 1965  
Dr. Helmut HEIDINGER (ÖVP) ab 10. Februar 1969

#### VII. Gesetzgebungsperiode

Landtagswahl: 5. März 1970

- Präsident: Univ.-Prof. Dr. Hanns KOREN (ÖVP) ab 6. April 1970
2. Präsident: Franz ILESCHITZ (SPÖ) ab 6. April 1970
  3. Präsident: Franz FELDGRILL (ÖVP) ab 6. April 1970

#### VIII. Gesetzgebungsperiode

Landtagswahl: 20. Oktober 1974

- Präsident: Univ.-Prof. Dr. Hanns KOREN (ÖVP) ab 12. November 1974
2. Präsident: Franz ILESCHITZ (SPÖ) ab 12. November 1974  
Hans GROSS (SPÖ) ab 21. Oktober 1975
  3. Präsident: Franz FELDGRILL (ÖVP) ab 12. November 1974

#### IX. Gesetzgebungsperiode

Landtagswahl: 8. Oktober 1978

- Präsident: Univ.-Prof. Dr. Hanns KOREN (ÖVP) ab 23. Oktober 1978

2. Präsident: Hans GROSS (SPÖ) ab 23. Oktober 1978  
Annemarie ZDARSKY (SPÖ) ab 4. Juli 1980
3. Präsident: Franz FELDGRILL (ÖVP) ab 23. Oktober 1978

#### X. Gesetzgebungsperiode

Landtagswahl: 4. Oktober 1981

- Präsident: Univ.-Prof. Dr. Hanns KOREN (ÖVP) ab 21. Oktober 1981  
KR Franz FELDGRILL (ÖVP) ab 18. Oktober 1983  
Franz WEGART (ÖVP) ab 11. Jänner 1985
2. Präsident: Annemarie ZDARSKY (SPÖ) ab 21. Oktober 1981
3. Präsident: KR Franz FELDGRILL (ÖVP) ab 21. Oktober 1981  
Waltraud KLASNIC (ÖVP) ab 18. Oktober 1983

#### XI. Gesetzgebungsperiode

Landtagswahl: 21. September 1986

- Präsident: Franz WEGART (ÖVP) ab 18. Oktober 1986
2. Präsident: Annemarie ZDARSKY (SPÖ) ab 18. Oktober 1986
3. Präsident: Waltraud KLASNIC (ÖVP) ab 18. Oktober 1986  
Dr. Lindi KALNOKY (ÖVP) ab 21. Juni 1988

#### XII. Gesetzgebungsperiode

Landtagswahl: 22. September 1991

- Präsident: Franz WEGART (ÖVP) ab 18. Oktober 1991  
DI Franz HASIBA (ÖVP) ab 19. Oktober 1993
2. Präsident: Dr. Christoph KLAUSER (SPÖ) ab 18. Oktober 1991
3. Präsident: Mag. Ludwig RADER (FPÖ) ab 18. Oktober 1991

#### XIII. Gesetzgebungsperiode

Landtagswahl: 17. Dezember 1995

- Präsident: DI Franz HASIBA (ÖVP) ab 12. Jänner 1996
2. Präsident: Dr. Dieter STRENITZ (SPÖ) ab 12. Jänner 1996
3. Präsident: DI German VESKO (FPÖ) ab 12. Jänner 1996

#### XIV. Gesetzgebungsperiode

Landtagswahl: 15. Oktober 2000

- Präsident: Reinhold PURR (ÖVP) ab 7. November 2000
2. Präsident: Dr. Anna RIEDER (SPÖ) ab 7. November 2000
3. Präsident: Ing. Hans KINSKY (ÖVP) ab 7. November 2000  
Walburga BEUTL (ÖVP) ab 21. September 2004

15. Mai 1945–7. August 1945

Provisorischer Landeshauptmann

Reinhard MACHOLD (SPÖ)

Landeshauptmannstellvertreter

Prof. Dr. Alois DIENSTLEDER (ÖVP), Viktor ELSER (KPÖ)

Landesräte

Raimund BACHMANN (KPÖ), Norbert HORVATEK (SPÖ), Fritz MATZNER (SPÖ),  
Anton PIRCHEGGER (ÖVP), Ditto PÖLZL (KPÖ), Josef SCHNEEBERGER (ÖVP)

8. August 1945–27. Dezember 1945

Landeshauptmann

Reinhard MACHOLD (SPÖ)

Landeshauptmannstellvertreter

Prof. Dr. Alois DIENSTLEDER (ÖVP), Viktor ELSER (KPÖ)

Landesräte

Norbert HORVATEK (SPÖ), Fritz MATZNER (SPÖ), Anton PIRCHEGGER (ÖVP),  
Ditto PÖLZL (KPÖ), Josef SCHNEEBERGER (ÖVP), Ing. Dr. habil. Ferdinand WULTSCH (SPÖ)

28. Dezember 1945–5. Juli 1948

Landeshauptmann

Anton PIRCHEGGER (ÖVP)

Landeshauptmannstellvertreter

DI Tobias UDIER (ÖVP), Reinhard MACHOLD (SPÖ)

Landesräte

Josef HOLLERSBACHER (ÖVP), Norbert HORVATEK (SPÖ), DDDr. Udo ILLIG (ÖVP),  
Josef KRAINER (ÖVP), Fritz MATZNER (SPÖ), Prof. Engelbert RÜCKL (SPÖ) bis 25. März 1946,  
Ludwig OBERZAUCHER (SPÖ) ab 29. März 1946

6. Juli 1948–11. November 1949

Landeshauptmann

Josef KRAINER (ÖVP)

Landeshauptmannstellvertreter

DI Tobias UDIER (ÖVP), Reinhard MACHOLD (SPÖ)

## Landesräte

Norbert HORVATEK (SPÖ), DDDr. Udo ILLIG (ÖVP), Fritz MATZNER (SPÖ),  
Ludwig OBERZAUCHER (SPÖ), Ferdinand PRIRSCH (ÖVP), Josef THOMA (ÖVP)

12. November 1949–14. April 1953

## Landeshauptmann

Josef KRAINER (ÖVP)

## Landeshauptmannstellvertreter

Reinhard MACHOLD (SPÖ), DI Tobias UDIER (ÖVP)

## Landesräte

Dr. Josef ELSNITZ (VdU), Norbert HORVATEK (SPÖ), DDDr. Udo ILLIG (ÖVP),  
Fritz MATZNER (SPÖ), Maria MATZNER (SPÖ) ab 15. Februar 1950,  
Ludwig OBERZAUCHER (SPÖ) bis 15. Februar 1950, Ferdinand PRIRSCH (ÖVP)

15. April 1953–8. April 1957

## Landeshauptmann

Josef KRAINER (ÖVP)

## Landeshauptmannstellvertreter

Reinhard MACHOLD (SPÖ) bis 21. Jänner 1954, Norbert HORVATEK (SPÖ) ab 30. Jänner 1954,  
DI Tobias UDIER (ÖVP)

## Landesräte

Karl BRUNNER (ÖVP) ab 15. Mai 1953, Norbert HORVATEK (SPÖ) bis 30. Jänner 1954,  
DDDr. Udo ILLIG (ÖVP) bis 13. Mai 1953, Fritz MATZNER (SPÖ),  
Ferdinand PRIRSCH (ÖVP), DDr. Alfred SCHACHNER-BLAZIZEK (SPÖ) ab 30. Jänner 1954,  
Dr. Anton STEPHAN (VdU)

9. April 1957–10. April 1961

## Landeshauptmann

Josef KRAINER (ÖVP)

## Landeshauptmannstellvertreter

Norbert HORVATEK (SPÖ) bis 15. Juni 1960, Fritz MATZNER (SPÖ) ab 15. Juni 1960,  
DI Tobias UDIER (ÖVP)

## Landesräte

Karl BRUNNER (ÖVP), Univ.-Prof. Dr. Hanns KOREN (ÖVP),  
Fritz MATZNER (SPÖ) bis 15. Juni 1960, Maria MATZNER (SPÖ), Ferdinand PRIRSCH (ÖVP),  
DDr. Alfred SCHACHNER-BLAZIZEK (SPÖ), Adalbert SEBASTIAN (SPÖ) ab 15. Juni 1960

11. April 1961–16. April 1965

Landeshauptmann

Josef KRAINER (ÖVP)

Landeshauptmannstellvertreter

Fritz MATZNER (SPÖ) bis 31. Dezember 1963,

DDr. Alfred SCHACHNER-BLAZIZEK (SPÖ) ab 31. Dezember 1963,

DI Tobias UDIER (ÖVP) bis 31. Mai 1963,

Univ.-Prof. Dr. Hanns KOREN (ÖVP) ab 5. Juni 1963

Landesräte

Hannes BAMMER (SPÖ) ab 1. Jänner 1964, Josef GRUBER (SPÖ) ab 13. März 1962,

Univ.-Prof. Dr. Hanns KOREN (ÖVP) bis 5. Juni 1963,

Maria MATZNER (SPÖ) bis 12. März 1962, Dr. Friedrich NIEDERL (ÖVP) ab 22. Februar 1965,

Anton PELTZMANN (ÖVP) ab 5. Juni 1963, Ferdinand PRIRSCH (ÖVP) bis 16. Februar 1965,

DDr. Alfred SCHACHNER-BLAZIZEK (SPÖ) bis 1. Jänner 1964, Adalbert SEBASTIAN (SPÖ),

Franz WEGART (ÖVP)

17. April 1965–13. Mai 1970

Landeshauptmann

Josef KRAINER (ÖVP)

Landeshauptmannstellvertreter

Univ.-Prof. Dr. Hanns KOREN (ÖVP), DDr. Alfred SCHACHNER-BLAZIZEK (SPÖ)

Landesräte

Hannes BAMMER (SPÖ), Josef GRUBER (SPÖ), Dr. Friedrich NIEDERL (ÖVP),

Anton PELTZMANN (ÖVP), Adalbert SEBASTIAN (SPÖ), Franz WEGART (ÖVP)

14. Mai 1970–9. Dezember 1971

Landeshauptmann

Josef KRAINER (ÖVP)

Landeshauptmannstellvertreter

DDr. Alfred SCHACHNER-BLAZIZEK (SPÖ) bis 17. September 1970,

Adalbert SEBASTIAN (SPÖ) ab 28. September 1970, Dr. Friedrich NIEDERL (ÖVP)

Landesräte

Hannes BAMMER (SPÖ), Josef GRUBER (SPÖ), Prof. Kurt JUNGWIRTH (ÖVP),

Dr. Christoph KLAUSER (SPÖ) ab 28. September 1970, Anton PELTZMANN (ÖVP),

Adalbert SEBASTIAN (SPÖ) bis 28. September 1970, Franz WEGART (ÖVP)

10. Dezember 1971–11. November 1974

Landeshauptmann

Dr. Friedrich NIEDERL (ÖVP)

Landeshauptmannstellvertreter

Adalbert SEBASTIAN (SPÖ)

Franz WEGART (ÖVP)

Landesräte

Hannes BAMMER (SPÖ), Josef GRUBER (SPÖ), Prof. Kurt JUNGWIRTH (ÖVP),

Dr. Christoph KLAUSER (SPÖ), Dr. Josef KRAINER (ÖVP), Anton PELTZMANN (ÖVP)

12. November 1974–14. November 1978

Landeshauptmann

Dr. Friedrich NIEDERL (ÖVP)

Landeshauptmannstellvertreter

Adalbert SEBASTIAN (SPÖ)

Franz WEGART (ÖVP)

Landesräte

Hannes BAMMER (SPÖ), Josef GRUBER (SPÖ), Prof. Kurt JUNGWIRTH (ÖVP),

Dr. Christoph KLAUSER (SPÖ), Dr. Josef KRAINER (ÖVP), Anton PELTZMANN (ÖVP)

15. November 1978–3. Juli 1980

Landeshauptmann

Dr. Friedrich NIEDERL (ÖVP)

Landeshauptmannstellvertreter

Adalbert SEBASTIAN (SPÖ), Franz WEGART (ÖVP)

Landesräte

Hannes BAMMER (SPÖ), Josef GRUBER (SPÖ), Prof. Kurt JUNGWIRTH (ÖVP),

Dr. Christoph KLAUSER (SPÖ), Dr. Josef KRAINER (ÖVP), Anton PELTZMANN (ÖVP)

4. Juli 1980–20. Oktober 1981

Landeshauptmann

Dr. Josef KRAINER (ÖVP)

Landeshauptmannstellvertreter

Hans GROSS (SPÖ), Franz WEGART (ÖVP)

Landesräte

DI Hans-Georg FUCHS (ÖVP) ab 26. August 1980, Josef GRUBER (SPÖ),  
Gerhard HEIDINGER (SPÖ), Prof. Kurt JUNGWIRTH (ÖVP), Dr. Christoph KLAUSER (SPÖ),  
Ing. Simon KOINER (ÖVP), Anton PELTZMANN (ÖVP) bis 20. August 1980

21. Oktober 1981–10. Jänner 1985

Landeshauptmann

Dr. Josef KRAINER (ÖVP)

Landeshauptmannstellvertreter

Hans GROSS (SPÖ), Franz WEGART (ÖVP)

Landesräte

Dipl.-Ing. Hans-Georg FUCHS (ÖVP) bis 9. Mai 1983, Josef GRUBER (SPÖ),  
Gerhard HEIDINGER (SPÖ), Dr. Helmut HEIDINGER (ÖVP) ab 10. Mai 1983,  
Prof. Kurt JUNGWIRTH (ÖVP), Dr. Christoph KLAUSER (SPÖ),  
Ing. Simon KOINER (ÖVP) bis 15. Dezember 1983,  
DI Josef RIEGLER (ÖVP) ab 16. Dezember 1983

11. Jänner 1985–17. Oktober 1986

Landeshauptmann

Dr. Josef KRAINER (ÖVP)

Landeshauptmannstellvertreter

Hans GROSS (SPÖ), Prof. Kurt JUNGWIRTH (ÖVP)

Landesräte

Josef GRUBER (SPÖ), Dipl.-Ing. Franz HASIBA (ÖVP), Gerhard HEIDINGER (SPÖ),  
Dr. Helmut HEIDINGER (ÖVP), Dr. Christoph KLAUSER (SPÖ), DI Josef RIEGLER (ÖVP)

18. Oktober 1986–17. Oktober 1991

Landeshauptmann

Dr. Josef KRAINER (ÖVP)

Landeshauptmannstellvertreter

Hans GROSS (SPÖ) bis 3. April 1990,  
Univ.-Prof. DDr. Peter SCHACHNER-BLAZIZEK (SPÖ) ab 3. April 1990,  
Prof. Kurt JUNGWIRTH (ÖVP)

Landesräte

Josef GRUBER (SPÖ) bis 18. Oktober 1988, DI Franz HASIBA (ÖVP),  
Gerhard HEIDINGER (SPÖ) bis 21. November 1987,



Dr. Helmut HEIDINGER (ÖVP) bis 21. Juni 1988, Waltraud KLASNIC (ÖVP) ab 21. Juni 1988,  
Dr. Christoph KLAUSER (SPÖ), DI Josef RIEGLER (ÖVP) bis 27. Jänner 1987,  
DI Hermann SCHALLER (ÖVP) ab 27. Jänner 1987,  
Dr. Dieter STRENITZ (SPÖ) ab 21. November 1987,  
Erich TSCHERNITZ (SPÖ) ab 18. Oktober 1988

18. Oktober 1991–22. Jänner 1996

Landeshauptmann

Dr. Josef KRAINER (ÖVP)

Landeshauptmannstellvertreter

Univ.-Prof. DDr. Peter SCHACHNER-BLAZIZEK (SPÖ),

DI Franz HASIBA (ÖVP) bis 19. Oktober 1993,

Waltraud KLASNIC (ÖVP) ab 19. Oktober 1993

Landesräte

Dr. Gerhard HIRSCHMANN (ÖVP) ab 19. Oktober 1993,

Waltraud KLASNIC (ÖVP) bis 19. Oktober 1993,

Erich PÖTL (ÖVP), Ing. Hans-Joachim RESSEL (SPÖ),

Dr. Anna RIEDER (SPÖ) seit Jänner 1994, DI Michael SCHMID (FPÖ),

Dr. Dieter STRENITZ (SPÖ), Erich TSCHERNITZ (SPÖ) bis Jänner 1994

23. Jänner 1996–15. Oktober 2000

Landeshauptmann

Waltraud KLASNIC (ÖVP)

Landeshauptmannstellvertreter

Univ.-Prof. DDr. Peter SCHACHNER-BLAZIZEK (SPÖ)

Landesräte

Günter DÖRFLINGER (SPÖ), Dr. Gerhard HIRSCHMANN (ÖVP),

DI Herbert PAIERL (ÖVP), Erich PÖTL (ÖVP), Ing. Hans-Joachim RESSEL (SPÖ),

Dr. Anna RIEDER (SPÖ), DI Michael SCHMID (FPÖ)

Seit 7. November 2000

Landeshauptmann

Waltraud KLASNIC (ÖVP)

Landeshauptmannstellvertreter

Univ.-Prof. Dr. Peter SCHACHNER-BLAZIZEK (SPÖ) bis 12. März 2002,

Mag. Franz VOVES (SPÖ) ab 12. März 2002, DI Leopold SCHÖGGL (FPÖ)

## Landesräte

Dr. Gerhard HIRSCHMANN (ÖVP) bis 8. April 2003,  
Mag. Kristina EDLINGER-PLODER (ÖVP) ab 8. April 2003,  
Günter DÖRFLINGER (SPÖ) bis 8. April 2003,  
Mag. Wolfgang ERLITZ (SPÖ) ab 8. April 2003,  
Dr. Kurt FLECKER (SPÖ),  
DI Herbert PAIERL (ÖVP) bis 5. April 2004,  
DDr. Gerald SCHÖPFER (ÖVP) ab 10. April 2004,  
Erich PÖRTL (ÖVP) bis 30. September 2003,  
Johann SEITINGER (ÖVP) ab 30. September 2003,  
Hermann SCHÜTZENHÖFER (ÖVP)



A. Dienstleder



J. Schneeberger



A. Pirchegger



J. Hollersbacher



F. Thoma



K. Brunner



H. Koren



F. Wegart



H. G. Fuchs



S. Koiner



H. Heidinger



J. Riegler



G. Hirschmann



H. Paierl



H. Schützenhöfer



K. Edlinger-Ploder



U. Illig



J. Krainer



T. Udier



F. Prirsch



A. Peltzmann



F. Niederl



K. Jungwirth



J. Krainer



F. Hasiba



H. Schaller



W. Klasnic



E. Pörtl



J. Seitinger



G. Schöpfer

Gesetzgebungsperiode 1945–1949

Kanzleidirektor Rudolf BAUER  
Univ.-Prof. Dr. Alois DIENSTLEDER  
Landesschulinspektor Prof. Dr. Viktor DUSS  
Josef EGGER  
Ing. Alois GANGL  
Adolf HOLIK  
Landesrat a. D. Josef HOLLERSBACHER  
Johann JANDL  
Martin KAPLAN  
Hugo KOFLER  
Hans LAUFENSTEIN  
Josef MÖSTL  
Hugo MRAZEK  
Karl PFEILER  
Balthasar PONSOLD  
Leopold PRASSL  
Karl PREGETTER  
Georg RESCH  
Ökonomierat Johann RESCH  
Plazidus SIEBER  
Alfred SMOLANA  
Franz STIBOLLER  
Adolf THALLER  
DI Tobias UDIER  
Hans VOLLMANN  
Hans WABNEGG  
Ökonomierat Josef WALLNER  
Alois WITRISAL  
Albert WLASTO  
Sophie WOLF

Gesetzgebungsperiode 1949–1953

Dr. Franz ALLITSCH  
Vizebürgermeister Dr. Hans AMSCHL  
Ökonomierat Ferdinand BERGER  
Ökonomierat Gottfried ERTL

Ökonomierat Oswald EBNER

Josef EGGER  
Josef HEGENBARTH  
Peter HIRSCH  
DDD. Udo ILLIG  
Dr. Richard KAAAN  
Franz KOLLER sen.  
Vinzenz PÖTZ  
Leopold PRASSL  
Richard SCHLACHER  
Alfred SMOLANA  
Franz STIBOLLER  
Josef STÖFFLER  
Adolf THALLER  
BM a. D. Franz THOMA  
DI Tobias UDIER  
Ökonomierat Josef WALLNER  
Franz WEGART  
Sophie WOLF

Gesetzgebungsperiode 1953–1957

Dr. Franz ALLITSCH  
Ökonomierat Ferdinand BERGER  
Leopold EBNER  
Ökonomierat Oswald EBNER  
Ökonomierat Gottfried ERTL  
Josef HEGENBARTH  
Peter HIRSCH  
Otto HOFMANN-WELLENHOF  
DDD. Udo ILLIG  
Dr. Richard KAAAN  
Ing. Hans KOCH  
Franz KOLLER jun.  
Dr. Josef PITTERMANN  
Ferdinand PRIRSCH  
Dr. Alfred RAINER  
Richard SCHLACHER

Franz STIBOLLER  
Josef STÖFFLER  
DI Tobias UDIER  
Ökonomierat Josef WALLNER  
Franz WEGART  
Anton WEIDINGER  
Sophie WOLF

Gesetzgebungsperiode 1957–1961

Dr. Emmerich ASSMANN  
Ökonomierat Ferdinand BERGER  
Gottfried BRANDL  
Ökonomierat Oswald EBNER  
Edda EGGER  
Ökonomierat Gottfried ERTL  
DDr. Arthur FREUNBICHLER  
Josef HEGENBARTH  
Peter HIRSCH  
Dr. Richard KAAAN  
Ing. Hans KOCH  
Franz KOLLER jun.  
Matthias KREMPL  
Karl LACKNER  
Alois LAFER  
Hans NEUMANN  
Ernst PICHLER  
Dr. Josef PITTERMANN  
Dr. Alfred RAINER  
Primarius DDr. Gerd STEPANTSCHITZ  
Josef STÖFFLER  
Ökonomierat Josef WALLNER  
Franz WEGART  
Anton WEIDINGER

Gesetzgebungsperiode 1961–1965

Dr. Emmerich ASSMANN  
Ökonomierat Ferdinand BERGER  
Präsident Gottfried BRANDL  
Rupert BUCHBERGER

Edda EGGER  
Franz FELDGRILL  
Ökonomierat Josef HEGENBARTH  
Ing. Hans KOCH  
Franz KOLLER jun.  
Franz KRAUS  
Matthias KREMPL  
Karl LACKNER  
Alois LAFER  
Ing. Wilhelm MANDLBAUER  
Hans NEUMANN  
Johann PABST  
Anton PELTZMANN  
Dr. Josef PITTERMANN  
Heribert PÖLZL  
Karl PRENNER  
Dr. Alfred RAINER  
Hermann RITZINGER  
Primarius DDr. Gerd STEPANTSCHITZ  
Vizebürgermeister Josef STÖFFLER

Gesetzgebungsperiode 1965–1970

Kommerzialrat Gottfried BAIER  
Rupert BUCHBERGER  
Siegfried BURGER  
Edda EGGER  
Prof. Dr. Karl EICHTINGER  
Franz FELDGRILL  
DI Hans Georg FUCHS  
Josef HEGENBARTH  
Dr. Helmut HEIDINGER  
Johanna JAMNEGG  
Dr. Richard KAAAN  
Ing. Hans KOCH  
Simon KOINER  
Franz KOLLER jun.  
Karl LACKNER  
Alois LAFER  
Johann LAUTNER

Josef LIND  
Anton MAUNZ  
Prof. Dr. Eduard MOSER  
Johann NEUMANN  
Anton NIGL  
Johann PABST  
Anton PELTZMANN  
Josef PITTERMANN  
Heribert PÖLZL  
Karl PRENNER  
Dr. Alfred RAINER  
Hermann RITZINGER  
Friedrich SCHAFFER  
DI Hermann SCHALLER  
Josef SCHRAMMEL  
Josef STÖFFLER  
Franz TRUMMER

Gesetzgebungsperiode 1970–1974

Johann AICHHOFER  
Rupert BUCHBERGER  
Dr. Leopold Johann DORFER  
DI Dr. Siegfried EBERDORFER  
Prof. Dr. Karl EICHTINGER  
Franz FELDGRILL  
DI Hans Georg FUCHS  
Alexander HAAS  
Alois HARMTODT  
Dr. Helmut HEIDINGER  
Johanna JAMNEGG  
Simon KOINER  
Karl LACKNER  
Alois LAFER  
Josef LIND  
Adolf MARCZIK  
Anton MAUNZ  
Johann NEUHOLD  
Anton NIGL  
Dr. Richard PIATY

Erich PÖLTL  
Georg PRANCKH  
Karl PRENNER  
Hermann RITZINGER  
Alfred SCHÖGGL  
Josef SCHRAMMEL  
Alois SEIDL  
DI Hermann SCHALLER  
Primarius DDr. Gerd STEPANTSCHITZ  
Ing. Hans STOISSER  
Franz TRUMMER

Gesetzgebungsperiode 1974–1978

Johann AICHHOFER  
Rupert BUCHBERGER  
Dr. Leopold Johann DORFER  
DI Dr. Siegfried EBERDORFER  
Prof. Dr. Karl EICHTINGER  
Franz FELDGRILL  
DI Hans Georg FUCHS  
Alexander HAAS  
Dr. Helmut HEIDINGER  
Johanna JAMNEGG  
Simon KOINER  
Franz KOLLMANN  
Karl LACKNER  
Josef LIND  
Hermann LUSSMANN  
Dr. Karl MAITZ  
Adolf MARCZIK  
Johann NEUHOLD  
Anton NIGL  
Dr. Richard PIATY  
Adolf PINEGGER  
Erich PÖLTL  
Heribert PÖLZL  
Georg PRANCKH  
Hermann RITZINGER  
DI Hermann SCHALLER

Dr. Bernd SCHILCHER  
Josef SCHRAMMEL  
Primarius DDr. Gerd STEPANTSCHITZ  
Ing. Hans STOISSER  
Franz TRUMMER

Gesetzgebungsperiode 1978–1981

Johann AICHHOFER  
Rupert BUCHBERGER  
Dr. Leopold Johann DORFER  
Prof. Dr. Karl EICHTINGER  
Franz FELDGRILL  
Alexander HAAS  
Alois HARMTODT  
Dr. Helmut HEIDINGER  
Johanna JAMNEGG  
Richard KANDUTH  
Waltraud KLASNIC  
Simon KOINER  
Franz KOLLMANN  
Karl LACKNER  
Josef LIND  
Dr. Karl MAITZ  
Adolf MARCZIK  
Johann NEUHOLD  
Dr. Richard PFOHL  
Dr. Richard PIATY  
Adolf PINEGGER  
Erich PÖTL  
Georg PRANCKH  
Hermann RITZINGER  
DI Hermann SCHALLER  
Dr. Bernd SCHILCHER  
Josef SCHRAMMEL  
Hubert SCHWAB  
Primarius DDr. Gerd STEPANTSCHITZ  
Ing. Hans STOISSER  
Franz TRUMMER

Gesetzgebungsperiode 1981–1986

Johann AICHHOFER  
Rupert BUCHBERGER  
Dr. Leopold Johann DORFER  
Dr. DI Helmut DORNIK  
Prof. Dr. Karl EICHTINGER  
Franz FELDGRILL  
Wilhelm FUCHS  
Alois HARMTODT  
Dr. Helmut HEIDINGER  
Dr. Gerhard HIRSCHMANN  
Dr. Lindi KALNOKY  
Richard KANDUTH  
Waltraud KLASNIC  
Franz KOLLMANN  
Hermann KRÖLL  
Josef LIND  
Dr. Karl MAITZ  
Johann NEUHOLD  
Dr. Friedrich PFOHL  
Adolf PINEGGER  
Hermann RITZINGER  
Dr. Bernd SCHILCHER  
Josef SCHRAMMEL  
Hermann SCHÜTZENHÖFER  
Hubert SCHWAB  
DDr. Hans STEINER  
DDr. Hans STEPANTSCHITZ  
Ing. Hans STOISSER  
Peter STOPPACHER

Gesetzgebungsperiode 1986–1991

Johann BACHER  
Walburga BEUTL  
Rupert BUCHBERGER  
Dr. Candidus CORTOLEZIS  
Dr. Leopold DORFER  
Prof. Dr. Karl EICHTINGER



Wilhelm FUCHS  
Emmy GÖBER  
Alois HARMTODT  
Dr. Gerhard HIRSCHMANN  
Dr. Lindi KALNOKY  
Richard KANDUTH  
Waltraud KLASNIC  
Franz KOLLMANN  
Hermann KRÖLL  
Dr. Reinhold LOPATKA  
Dr. Karl MAITZ  
Franz MAJCEN  
Johann NEUHOLD  
Dr. Friedrich PFOHL  
Adolf PINEGGER  
Erich PÖTL  
Hermine PUSSWALD  
Dr. Benno RUPP  
Dr. Bernd SCHILCHER  
Josef SCHRAMMEL  
Hermann SCHÜTZENHÖFER  
Hubert SCHWAB  
Johann SCHWEIGHOFER  
Gertrude SEIDL  
DDr. Hans STEINER  
Ing. Hans STOISSER

Gesetzgebungsperiode 1991–1996

Johann BACHER  
Walburga BEUTL  
Dr. Candidus CORTOLEZIS  
Hermine FRIESS  
Dr. Gilbert FRIZBERG  
Helmut GLASER  
Heinz-Johann GLÖSSL  
Dr. Maria GRABENBERGER  
Gottfried GRILLITSCH  
DI Franz HASIBA  
Dr. Gerhard HIRSCHMANN

DI Dr. Franz JEGLITSCH  
Richard KANDUTH  
Dr. Eva KARISCH  
Ing. Sepp KAUFMANN  
Josef KOWALD  
Ing. Hans LÖCKER  
Dr. Reinhold LOPATKA  
Dr. Karl MAITZ  
Franz MAJCEN  
Günther POSCH  
Alfred PRUTSCH  
Reinhold PURR  
Hermine PUSSWALD  
Franz RIEBENBAUER  
Hermann SCHÜTZENHÖFER  
Josef STRASSBERGER  
Kurt TASCH  
Sieglinde ZACH

Gesetzgebungsperiode 1996–2000

Johann BACHER  
Walburga BEUTL  
Erwin DIRNBERGER  
DI Franz HASIBA  
Ing. Mag. Peter HOCHEGGER  
DI Dr. Franz JEGLITSCH  
Dr. Eva KARISCH  
Ing. Hans KINSKY  
Ing. Hans LÖCKER  
Dr. Reinhold LOPATKA  
Franz MAJCEN  
Günther POSCH  
Alfred PRUTSCH  
Reinhold PURR  
Hermine PUSSWALD  
Franz RIEBENBAUER  
Peter RIESER  
Hermann SCHÜTZENHÖFER  
Josef STRASSBERGER

Kurt TASCH  
Peter TSCHERNKO  
Anne Marie WICHER

Gesetzgebungsperiode 2000–2004

Johann BACHER  
Walburga BEUTL  
Benedikt BITTMANN  
Erwin DIRNBERGER  
Mag. Christopher DREXLER  
Dr. Hans-Helmut FORENBACHER  
Anton GANGL  
Ernst GÖDL  
Erwin GRUBER  
Eduard HAMEDL  
GREGOR HAMMERL  
Wolfgang KASIC

Ing. Hans KINSKY  
Günther KÖBERL  
Mag. Christine KOLLER  
Friedrich KREISL  
Mag. Dr. Oliver KRÖPFL  
Dr. Reinhold LOPATKA  
Franz MAJCEN  
Ing. Josef OBER  
Reinhold PURR  
Hermine PUSSWALD  
Dr. Wolf RAUCH  
Franz RIEBENBAUER  
Peter RIESER  
Josef STRASSBERGER  
Kurt TASCH  
Peter TSCHERNKO  
Anne Marie WICHER  
DI Odo WÖHRY

---

Die Abgeordneten der Steirischen Volkspartei zum Österreichischen Nationalrat

Gesetzgebungsperiode 1945–1949

Ing. Leopold BABITSCH  
Wilhelm BLEYER  
Karl BRUNNER  
Dr. Alfons GORBACH,  
    3. Präsident des Nationalrates  
Franz KUMMER  
Dr. Franz LACH  
Hans MAURER  
Frieda MIKOLA  
Johann PÖTSCH  
Ferdinand PRIRSCH  
Hans ROTH  
Anton SEINER  
Alois WÖFLER

Gesetzgebungsperiode 1949–1953

Ing. Leopold BABITSCH  
Wilhelm BLEYER  
Karl BRUNNER  
Dr. Alfons GORBACH,  
    3. Präsident des Nationalrates  
Ing. Franz KORTSCHAK  
Hans MAURER  
Hans ROTH  
Dr. Rupert ROTH  
Dr. Ernst STRACHWITZ  
Barthold STÜRGKH  
Hans VOLLMANN

Gesetzgebungsperiode 1953–1956

Wilhelm BLEYER

Dr. Alfons GORBACH,

3. Präsident des Nationalrates

Univ.-Prof. Dr. Hanns KOREN

Ing. Franz KORTSCHAK

DI Hans KOTTULINSKY

Johann PÖTSCH

Hans ROTH

Dr. Rupert ROTH

Dr. Karl SCHWER

Barthold STÜRGKH

Hans VOLLMANN

Gesetzgebungsperiode 1956–1959

DI Dr. Johanna BAYER

Wilhelm BLEYER

Dr. Hermann GEISSLER

Dr. Alfons GORBACH,

3. Präsident des Nationalrates

Adolf HARWALIK

Univ.-Prof. Dr. Hanns KOREN

Ing. Franz KORTSCHAK

Hans ROTH

Dr. Rupert ROTH

Dr. Karl SCHWER

Barthold STÜRGKH

Othmar TÖDLING

Hans VOLLMANN

Gesetzgebungsperiode 1959–1962

DI Dr. Johanna BAYER

Wilhelm BLEYER

Dr. Hermann GEISSLER

Dr. Alfons GORBACH,

3. Präsident des Nationalrates

Adolf HARWALIK

Ing. Franz KORTSCHAK

Dr. Theodor PIFFL-PERCEVIC

Dr. Rupert ROTH

Dr. Karl SCHWER

Barthold STÜRGKH

Franz THOMA

Othmar TÖDLING

Hans VOLLMANN

Josef WALLNER

Anton WEIDINGER

Gesetzgebungsperiode 1962–1966

DI Dr. Johanna BAYER

Hermann FRITZ

Karl FRODL

Dr. Hermann GEISSLER

Adolf HARWALIK

Matthias KREMPL

Johann SCHROTTER

Dr. Karl SCHWER

Barthold STÜRGKH

Othmar TÖDLING

Hans VOLLMANN

Josef WALLNER, Nationalratspräsident

Anton WEIDINGER

Gesetzgebungsperiode 1966–1970

Dr. Hermann FRITZ

Karl FRODL

Dr. Hermann GEISSLER

Adolf HARWALIK

Matthias KREMPL

Wilhelm MANDL

Johann NEUMANN

Johann SCHROTTER

Othmar TÖDLING

Hans VOLLMANN

Josef WALLNER

Anton WEIDINGER

Gesetzgebungsperiode 1970–1971

Siegmund BURGER  
Dr. Hermann FRITZ  
Karl FRODL  
Adolf HARWALIK  
Franz KOLLER  
Dr. Josef KRAINER  
Johann NEUMANN  
Ing. Josef LETMAIER  
Johann SCHROTTER  
Othmar TÖDLING  
Hans VOLLMANN

Gesetzgebungsperiode 1971–1975

DI Dr. Johanna BAYER  
Siegmund BURGER  
Ing. Heinz Rudolf FISCHER  
Karl FRODL  
Adolf HARWALIK  
Dr. Paul KAUFMANN  
Franz KOLLER  
Dr. Josef KRAINER  
Ing. Josef LETMAIER  
Dr. Eduard MOSER  
Wilhelmine MOSER  
Johann NEUMANN  
Mag. Manfred SCHLÖGL  
Johann SCHROTTER  
Othmar TÖDLING

Gesetzgebungsperiode 1975–1979

Siegmund BURGER  
Karl FRODL  
Dr. Hans HAFNER  
Dr. Paul KAUFMANN  
Karl LAFER  
Ing. Josef LETMAIER  
Dr. Eduard MOSER  
Wilhelmine MOSER

Johann NEUMANN  
Dr. Fritz PELIKAN  
DI Josef RIEGLER  
Dr. Josef TAUS  
Ing. Karl URL

Gesetzgebungsperiode 1979–1983

Siegmund BURGER  
Paul BURGSTALLER  
Karl FRODL  
Dr. Hans HAFNER  
Walter HEINZINGER  
Dr. Paul KAUFMANN  
Karl LAFER  
Ing. Josef LETMAIER  
Hermann LUSSMANN  
Johann NEUMANN  
Dr. Fritz PELIKAN  
Dr. Alois PUNTIGAM  
DI Josef RIEGLER  
Maria STANGL  
Dr. Josef TAUS  
Ing. Karl URL

Gesetzgebungsperiode 1983–1986

Paul BURGSTALLER  
Dr. Gilbert FRIZBERG  
Dr. Karl FRODL  
DI Hans Georg FUCHS  
Dr. Hans HAFNER  
Walter HEINZINGER  
Ing. Ludwig KOWALD  
Karl LAFER  
Hermann LUSSMANN  
Johann NEUMANN  
Georg PRANCKH  
Dr. Alois PUNTIGAM  
Maria STANGL  
Dr. Josef TAUS

Gesetzgebungsperiode 1986–1990

Paul BURGSTALLER  
Ernst FINK  
Mag. Cordula FRIESER  
Dr. Gilbert FRIZBERG  
Dr. Hans HAFNER  
Walter HEINZINGER  
Ing. Ludwig KOWALD  
Hermann LUSSMANN  
Dr. Alois PUNTIGAM  
DI Josef RIEGLER  
Ing. Ernst SCHINDLBACHER  
Dr. Josef TAUS

Gesetzgebungsperiode 1990–1994

Dr. Martin BARTENSTEIN  
Dr. Christian BRÜNNER  
Paul BURGSTALLER  
Ernst FINK  
Mag. Cordula FRIESER  
Dr. Hans HAFNER  
Walter HEINZINGER  
Ing. Ludwig KOWALD  
Dr. Alois PUNTIGAM  
DI Josef RIEGLER  
Ing. Ernst SCHINDLBACHER  
Ridi STEIBL  
Josef STRASSBERGER  
Dr. Josef TAUS

Gesetzgebungsperiode 1994–1995

Werner AMON  
Ernst FINK  
Mag. Cordula FRIESER  
Dr. Hans HAFNER  
Peter LEITNER  
Dr. Karl MAITZ  
Dr. Reinhard RACK  
Ridi STEIBL  
Johannes ZWEYTICK

Gesetzgebungsperiode 1996–1999

Werner AMON  
Ernst FINK  
Mag. Cordula FRIESER  
Hermann KRÖLL  
Peter LEITNER  
Dr. Karl MAITZ  
Dr. Reinhard RACK  
Franz STAMPLER  
Ridi STEIBL  
Mag. Dr. Josef TRINKL  
Johannes ZWEYTICK

Gesetzgebungsperiode 1999–2002

Werner AMON  
Ernst FINK  
Mag. Cordula FRIESER  
Werner MIEDL  
Ridi STEIBL  
Mag. Dr. Josef TRINKL  
Dr. Andrea WOLFMAYR  
Johannes ZWEYTICK

Gesetzgebungsperiode seit 2002

Werner AMON  
Anton DOPPLER  
Mag. Cordula FRIESER  
Fritz GRILLITSCH  
Dr. Vincenz LIECHTENSTEIN  
Dr. Reinhold LOPATKA  
Werner MIEDL  
Dr. Hannes MISSETHON  
Jochen PACK  
Michael PRASSL  
Barbara RIENER  
Ridi STEIBL  
Mag. Dr. Josef TRINKL  
Dr. Andrea WOLFMAYR  
Johannes ZWEYTICK

Die Abgeordneten der Steirischen Volkspartei zum Österreichischen Bundesrat\*

---

1945–1949

Univ.-Prof. Dr. Alois DIENSTLEDER  
Adolf LESKOVAR  
DI Carl LIPP  
Franz SCHAFFER  
Josef ZINGL

1949–1953

DI Carl LIPP  
Johann PÖTSCH  
Georg RESCH  
Dr. Karl SCHWER

1953–1957

DI Leopold BABITSCH  
DI Dr. Johanna BAYER  
Prof. Johann KRAKER  
Johann PÖTSCH

1957–1961

DI Leopold BABITSCH  
Hans BISCHOF  
Franz FELDGRILL  
Peter HIRSCH  
Otto HOFMANN-WELLENHOF

1961–1965

Hans BISCHOF  
Ing. Gottfried ERTL  
Peter HIRSCH  
Otto HOFMANN-WELLENHOF

1965–1970

Hans BISCHOF  
Gottfried BRANDL  
Siegfried EBERDORFER  
Otto HOFMANN-WELLENHOF  
Josef KRAINER

1970–1974

Edda EGGER  
Walter HEINZINGER  
Otto HOFMANN-WELLENHOF  
Matthias KREML  
Johann PABST

1974–1978

Edda EGGER  
Otto HOFMANN-WELLENHOF  
Waltraud KLASNIC  
Johann PABST  
Eduard PUMPERNIG  
Peter STOPPACHER

1978–1981

Otto HOFMANN-WELLENHOF  
Waltraud KLASNIC  
Anton NIGL  
Eduard PUMPERNIG  
Peter STOPPACHER

1981–1986

Emmy GÖBER  
Alexander HAAS  
Dr. Friedrich HOESS  
Dr. Lindi KALNOKY  
Dr. Paul KAUFMANN  
Anton NIGL  
Dr. Richard PIATY  
Eduard PUMPERNIG  
Dr. Gerd STEPANTSCHITZ  
Herbert WEISS

1986–1991

Alfred GERSTL  
Hans GUGGI

\* Die Bundesratsabgeordneten wurden nach den Perioden des Landtages in den Bundesrat entsandt.

Alexander HAAS  
Dr. Friedrich HOESS  
Dr. Vincenz LIECHTENSTEIN  
Anton NIGL  
Grete PIRCHEGGER  
Ing. Alfred WAHL  
Herbert WEISS

1991–1995  
Alfred GERSTL  
Dr. Ernst Reinhold LASNIK  
Dr. Vincenz LIECHTENSTEIN  
Grete PIRCHEGGER  
Ing. Peter POLLERUHS  
Herbert WEISS

1996–2000  
Alfred GERSTL  
Dr. Vincenz LIECHTENSTEIN  
DI Hannes MISSETHON  
Grete PIRCHEGGER  
Ing. Peter POLLERUHS  
Peter RIESER

2000–2005  
DI Heribert BOGENSBERGER  
Dr. Karl-Heinz DERNOSCHEG  
Fritz GRILLITSCH  
Prof. Herwig HÖSELE  
Dr. Vinzenz LIECHTENSTEIN  
Univ.-Doz. Mag. Dr. Andreas SCHNIDER  
Herta WIMMLER

#### Die Teilorganisationen der Steirischen Volkspartei

---

Steirischer Bauernbund  
Obmänner  
1945–1949: Anton PIRCHEGGER  
1949–1971: Josef WALLNER  
1971–1984: Simon KOINER  
1984–1989: Rupert BUCHBERGER  
1989–2004: Erich PÖLTL  
seit 2004: Gerhard WLODKOWSKI  
Direktoren  
1945–1960: Leopold BABITSCH  
1960–1969: Karl SCHWER  
1969–1972: Dr. Josef KRÄINER  
1972–1980: DI Josef RIEGLER  
1980–2000: Dr. Alois PUNTIGAM  
seit 2000: Franz TONNER

Steirischer ÖAAB  
Obmänner  
1945–1946: BR Adolf LESKOVAR

1946–1950: NR Wilhelm BLEYER  
1950–1964: DI Tobias UDIER  
1964–1987: Franz WEGART  
1987–1995: DI Franz HASIBA  
(seit 1991 mit geschäftsführendem  
Landesobmann Hermann  
SCHÜTZENHÖFER)  
seit 1995: LR Hermann  
SCHÜTZENHÖFER  
Landessekretäre  
1945–1947: Josef SAUER  
1947–1948: Dr. Franz ZOBEL  
1948–1978: Josef GSCHIEL  
1978–1991: LABg. Hermann  
SCHÜTZENHÖFER  
1992: Mag. Hubert STOPPACHER  
1992–1996: Mag. Christopher DREXLER  
seit 1996: Herbert ROSSMANN

Steirischer Wirtschaftsbund

Obmänner

1945–1946: KR Josef SCHNEEBERGER

1946–1951: DI Carl LIPP

1951–1966: Dr. Rupert ROTH

1966–1980: KR Anton PELTZMANN

1980–1990: Ing. Hans STOISSER

1990–1997: Waltraud KLASNIC

seit 1997: KR Peter MÜHLBACHER

Landessekretäre bzw. Direktoren

1945: Dr. Alois G. MAITZ

1945–1963: KR Josef STÖFFLER

1963–1967: Heribert PÖLZL

1967–1980: Dr. Leopold J. DORFER

1980–1983: Dr. Gerd NOVAK

1983–1995: Dr. Benno RUPP

1996–2002: Mag. Thomas SPANN

2002–2003: Dr. Leopold STROBL

seit 2003: Mag. (FH) Jakob TAIBINGER

Junge Volkspartei Steiermark

Obmänner

1945–1947: Prof. Dr. Josef HALPER

1947–1948: Anton Maria GÖLLES

1948–1951: Dr. Ernst STRACHWITZ

1951–1956: Dr. Wilhelm

DRUSCHKOWITSCH

1956–1960: Dr. Alfons TROPPE

1960–1963: Dr. Gerold ORTNER

1963–1966: Hermann RITZINGER

1966–1972: Walter HEINZINGER

1972–1976: Ing. Georg BEDER

1976–1979: Hermann SCHÜTZENHÖFER

1979–1983: Dr. Alfred GRINSCHGL

1983–1991: Dr. Reinhold LOPATKA

1991–1993: Mag. Christopher DREXLER

1993–1996: Mag. Josef SCHRAMMEL

1996–1997: Achim ERTL

1997–1999: Johann BAUMGARTNER

1999–2000: Mag. Oliver KRÖPFL

seit 2000: Thomas EINWALLNER

Landessekretäre

1945–1949: Anton Maria GÖLLES

1949–1952: Walter HOFMANN

1952–1954: Alfons TROPPE

1954–1956: Oskar WEIGEL

1956–1957: Anton MÖHNER

1957–1960: Gerold ORTNER

1960–1961: Leo SPIELHOFER

1961–1965: Roman LEITGEB

1965–1966: Rudolf SEYFRIED

1966–1970: Bernd RESSLER

1970–1976: Hermann SCHÜTZENHÖFER

1976–1982: Ernest SCHWINDSACKL

1982–1988: Christian BUCHMANN

1988–1991: Otto TANDL

1991–1993: Christian LEITNER

1993–1997: Jakob TAIBINGER

1997–1999: Kurt EGGER

1999–2000: Nicole PRUTSCH

2000–2004: Marco MIEDL

seit 2004: Klaus HATZL

Frauenbewegung Steiermark

Landesleiterinnen

1945–1958: Frieda MIKOLA

1958–1964: Dr. Elvira KEIFL

1964–1975: Edda EGGER

1975–1977: Wilma MOSER

1977–1991: Waltraud KLASNIC

seit 1991: Walburga BEUTL

Landessekretärinnen

1945–1972: Hildegard REDINGER

1972–1992: Ingeborg PAVLICEK

seit 1992: Martha FRANZ



## Steirischer Seniorenbund

### Obmänner

1965–1966: Dr. Alfred RAINER

1966–1972: Dr. Josef PITTERMANN

1972–1988: Otto HOFMANN-WELLENHOF

seit 1988: Franz WEGART

### Landesgeschäftsführer

1965–1984: Ferdinand MAJER

1984–1994: Othmar R. HAIDER

seit 1994: LAbg. Gregor HAMMERL

# Autorenverzeichnis

---

Alfred Ableitinger, geb. 1938, Univ.-Prof. i. R. am Institut für Geschichte an der Universität Graz.

Martin Bartenstein, geb. 1953, Dr. phil, Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit.

Bernd Beutl, geb. 1971, Mag., Historiker und Archivar.

Walburga Beutl, geb. 1946, Dritte Präsidentin des Steiermärkischen Landtages.

Christopher Drexler, geb. 1971, Mag. iur. und Klubobmann des Landtagsklubs der Steirischen Volkspartei.

Kristina Edlinger-Ploder, geb. 1971, Mag. iur., Landesrätin für Finanzen, Jugend und Generationen, Schulen und Wissenschaft in der Steiermark.

Thomas Einwallner, geb. 1979, Landesobmann der Jungen Volkspartei Steiermark.

Fritz Grillitsch, geb. 1959, Präsident des Österreichischen Bauernbundes.

Klaus Hatzl, geb. 1977, Landesgeschäftsführer der Jungen Volkspartei Steiermark.

Herwig Hösele, geb. 1953, Leiter des Referates „Politik und Öffentlichkeitsarbeit“ im Büro Landeshauptmann Klasnic, Mitglied des Bundesrates.

Waltraud Klasnic, geb. 1945, Landeshauptmann der Steiermark.

Reinhold Lopatka, geb. 1960, Dr. iur., Nationalratsabgeordneter, Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei.

Wolfgang Mantl, geb. 1939, o. Univ.-Prof. am Institut für Öffentliches Recht, Politikwissenschaft und Verwaltungslehre an der Universität Graz, Vorsitzender des Österreichischen Wissenschaftsrates.

Peter Mühlbacher, geb. 1946, Präsident der Wirtschaftskammer Steiermark.

Siegfried Nagl, geb. 1963, Mag. rer. soec.oec., Bürgermeister der Stadt Graz.

Isabella M. Poier, geb. 1974, Mag. iur. und Dissertantin am Institut für Öffentliches Recht, Politikwissenschaft und Verwaltungslehre der Universität Graz.

Klaus Poier, geb. 1969, Ass.Prof. am Institut für Öffentliches Recht, Politikwissenschaft und Verwaltungslehre der Universität Graz.

Manfred Prisching, geb. 1950, Univ.-Prof. am Institut für Soziologie der Universität Graz.

- Reinhard Rack, geb. 1945, o. Univ.-Prof. für Verfassungs-, Verwaltungs- und Europarecht an der Universität Graz, Mitglied des Europäischen Parlaments.
- Maria Schaumayer, geb. 1931, Dkfm. Dr., langjährige Präsidentin der Österreichischen Nationalbank, Regierungsbeauftragte für Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter.
- Bernd Schilcher, geb. 1940, o. Univ.-Prof. i. R. für Zivilrecht und Ausländisches und Inländisches Privatrecht der Universität Graz.
- Andreas Schnider, geb. 1959, Univ.-Doz., Landesgeschäftsführer der Steirischen Volkspartei, Mitglied des Bundesrats.
- Gerald Schöpfer, geb. 1944, o. Univ.-Prof. am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Landesrat für Wirtschaft und Europa.
- Hermann Schützenhöfer, geb. 1952, Landesrat für Personal, Jugend, Pflichtschulen und Wohnbau.
- Johann Seitinger, geb. 1961, Landesrat für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt, Nachhaltigkeit, Wasser, Natur, Wohnbauförderung und Ortserneuerung.
- Helmut Strobl, geb. 1943, Dipl. Ing., 1993 bis 2001 Grazer Kulturstadtrat.
- Gerhard Wlodkowski, geb. 1948, Präsident der Kammer für Land- und Forstwirtschaft, Obmann des Steirischen Bauernbundes.



